

DIE VERWALTUNG DES KATHOLISCHEN KIRCHENVERMÖGENS
IM GROSSHERZOGTUM BADEN BIS ZUR ERRICHTUNG DES
KATHOLISCHEN OBERSTIFTUNGSRATES
(1803 - 1860)

Eine rechtshistorische Studie unter Berücksichtigung
der Entwicklung in den süddeutschen Staaten

INAUGURAL-DISSERTATION
zur Erlangung der juristischen Doktorwürde
der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg im Breisgau

vorgelegt von
Anselm Dietrich
aus
Singen/Htw.

1966

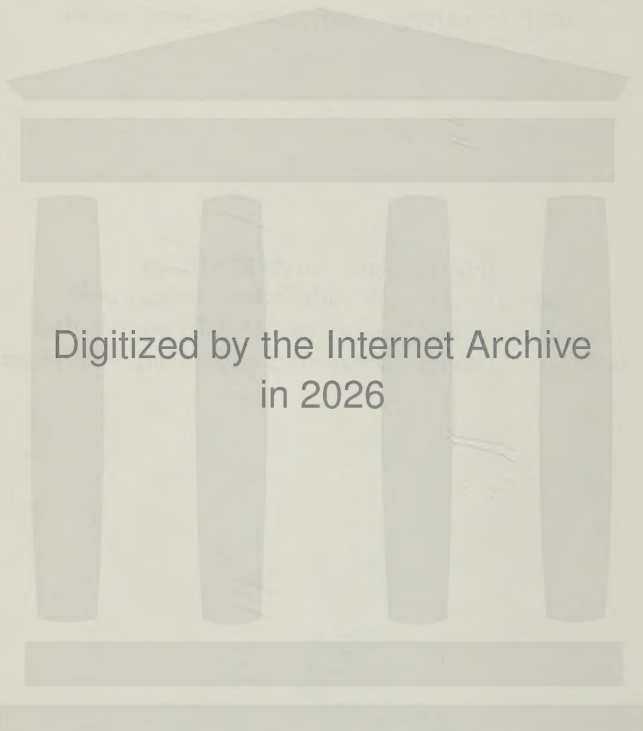
DIE VERWALTUNG DES KATHOLISCHEN KIRCHENVERMÖGENS
IM GROSSHERZOGTUM BADEN BIS ZUR ERRICHTUNG DES
KATHOLISCHEN OBERSTIFTUNGSRATES
(1803 - 1860)

Eine rechtshistorische Studie unter Berücksichtigung
der Entwicklung in den süddeutschen Staaten

INAUGURAL - DISSERTATION
zur Erlangung der juristischen Doktorwürde
der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert - Ludwigs - Universität zu Freiburg im Breisgau

vorgelegt von
Anselm Dietrich
aus
Singen/Htw.

1966



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Meiner lieben Mutter



INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungsverzeichnis	XI
Quellen- und Literaturverzeichnis	XIV
Vorwort	XLIII
I. Von der Säkularisation bis zum Ende der napoleonischen Zeit	1
§ 1. Die geistigen Voraussetzungen der Säkularisation.	1
1) Der Febronianismus	2
2) Der Josefinismus	5
§ 2. Die Säkularisation von 1803: Der Reichsdeputationshauptschluß.	9
1) Vorgeschichte.	9
2) Umfang der Säkularisation.	10
3) Aus der Säkularisation entspringende Vermögensansprüche der Kirche gegen- über dem Staat	12
4) Die Säkularisation in ihren Auswirkun- gen auf die Stellung der kath. Kirche in Deutschland	16
§ 3. Die staatlichen Religionsedikte	18
1) Allgemeiner Sinn und Zweck der Kon- stitutions- und Organisationsedikte bzw. -reskripte.	18
2) Der paritätische Staat	20
3) Der Aufbau des landesherrlichen Kir- chenregimentes	22
a) Iura maiestatica circa sacra.	22
b) Die iura maiestatica circa sacra. . und ihre in den Religionsedikten erfahrene Ausgestaltung	22

α) Die staatliche Zulassung als Voraussetzung jeder kirchlichen Tätigkeit	22
β) Das landesherrliche Patronatsrecht	23
γ) Die Übernahme bisher kirchlicher Aufgaben durch den Staat	23
δ) Das landesherrliche Plazet und der "recursus ab abusu"	24
4) Die staatliche Verwaltung des Kirchenvermögens	26
a) Die Funktion des Kirchenvermögens .	26
b) Umfang des staatlicherseits anerkannten Kirchenvermögens	26
c) Die Verwaltung des Kirchenvermögens	28
α) in der Markgrafschaft Baden . .	28
β) nach den Vorschriften der badi- schen Religionsedikte von 1803 und 1807	29
§ 4. Der Aufbau der staatlichen Kirchenvermö- gensverwaltung im Großherzogtum Baden: ein Vergleich mit den in den Königreichen Württemberg und Bayern und in der franzö- sischen Pfalz getroffenen Regelungen. . .	32
1) Die staatlichen Oberbehörden	32
a) in Baden	32
α) Die Kath. Kirchenkommission und die Zusammensetzung des von ihr verwalteten allgemeinen Kirchen- vermögens	32
β) Die Kath. Kirchenökonomiekom- missionen	35

III

γ) Das Kath. Kirchendepartement	37
δ) Die Kath. Kirchensektion	40
b) in Württemberg.	42
c) in der französischen Pfalz.	43
d) in Bayern	43
2) Die staatlichen Mittelbehörden	45
a) in Baden: die Großherzoglichen Kreis- direktorien.	45
b) in Württemberg.	47
c) in Bayern	47
3) Die staatlichen Unterbehörden.	49
a) in Baden	49
α) Die Bestandteile des Ortskirchenver- mögens	49
β) Die Großherzoglichen Ämter	50
b) in Württemberg.	53
c) in der französischen Pfalz.	53
d) in Bayern	55

II. Das Zeitalter des frühen Konstitutionalismus und die Hochblüte des südwestdeutschen Staats- kirchentums.

57

§ 5. Geistige Strömungen und politische Kräfte zur Zeit der Errichtung der Oberrheinischen Kirchenprovinz.

57

1) Die süddeutschen Konstitutionen - erste Siege des Liberalismus	57
2) Der Wessenbergianismus	60
3) Das südwestdeutsche Staatskirchentum	64
a) Seine 1815 geschaffene politische Ausgangslage	64
b) Seine geistigen Grundlagen.	64

c) Die "Grundzüge zu einer Vereinbarung über die Verhältnisse der kath. Kirche in deutschen Bundesstaaten!"	65
4) Der Aufstieg des Papsttums nach 1815.	71
§ 6. Die Errichtung der Erzdiözese Freiburg und der Erlaß der landesherrlichen Verordnung vom 30. 1. 1830	73
1) Die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen der Kurie und den Staaten der Frankfurter Konferenz.	73
2) Der Verlauf der zwischen den Frankfurter Staaten und dem Heiligen Stuhl geführten Verhandlungen.	74
a) Von der Frankfurter Deklaration bis zum Erlaß der Zirkumskriptionsbulle "Provida solersque".	74
b) Von der Zirkumskriptionsbulle bis zum Erlaß der Ergänzungsbulle "Ad dominici gregis custodiam".	77
3) Die landesherrliche Verordnung vom 30. 1. 1830	80
4) Die das Kirchenvermögen betreffenden Bestimmungen der landesherrlichen Verordnung vom 30. 1. 1830	82
§ 7. Die Verwaltung des Kirchenvermögens in der Zeit des uneingeschränkten Staatskirchentums in Baden (1815 - 1853).	86
1) Die staatliche Kirchenvermögensverwaltung . .	86
a) Die Kath. Kirchensektion und der Kath. Oberkirchenrat	86
α) Die Dezentralisation der staatlichen Kirchenvermögensverwaltung.	86

β)	Die der unmittelbaren Aufsicht der Kath. Kirchensektion unterstellten Fonds und die Art ihrer Verwaltung . . .	88
δ)	Die Stellung der Kath. Kirchen- sektion innerhalb des Großherzoglichen Ministeriums des Innern.	89
δ)	Der Kath. Oberkirchenrat	91
b)	Die Kreisdirektorien und Kreisregierungen .	92
α)	Die Kreisdirektorien	92
β)	Die Kreisregierungen	95
c)	Der Kath. Stiftungsvorstand	96
d)	Die bischöfliche Mitaufsicht über das Kir- chenvermögen und die beginnende Unterschei- dung zwischen weltlichem und kirchlichem kath. Stiftungsgut.	105
2)	Die Verwaltung der niederen Kirchenpfünden. .	108
a)	Die besetzten Kirchenpfünden	108
b)	Die erledigten Kirchenpfünden.	108
3)	Die Dotation des Erzbistums.	111
a)	Die tatsächlich vollzogene Ausstattung des Erzbistums	111
α)	Die Ausstattungsrente.	111
β)	Die Realdotation.	113
b)	Die kirchliche Verwaltung der Erzbistums- dotation	114
α)	Die Entstehung einer kirchlichen Dota- tionsverwaltung und ihre Beaufsichtigung durch den Staat (1827 - 1835).	114
β)	Die Entwicklung der kirchlichen Dota- tionsverwaltung bis zum tatsächlichen Ende der bisher geübten staatlichen Oberaufsicht (1835 - 1853)	119

c) Erzbischöfliches Ordinariat und Erzbischöfliches Domkapitel	122
4) Die Verwaltung der Landkapitelfonds	127
§ 8. Die im Blick auf die badischen Verhältnisse sich zeigende Übereinstimmung und Eigentümlichkeit der Kirchenvermögensverwaltung in Württemberg, Hessen - Darmstadt und Bayern.	129
1) Die Kirchenvermögensverwaltung im Königreich Württemberg	129
a) Der Kath. Kirchenrat	129
b) Die Verwaltung der kath. Lokalfonds.	130
c) Die Verwaltung der Kirchenpfünden und Landkapitelfonds	136
d) Das Bischöfliche Ordinariat und die Verwaltung der Bistumsdotation	137
2) Die Kirchenvermögensverwaltung im Großherzogtum Hessen.	141
a) Die Aufhebung des Kath. Kirchen- und Schulrates und die Neugestaltung der Kirchenvermögensverwaltung.	141
b) Die Verwaltung des allgemeinen Kirchenvermögens.	145
α) Der allgemeine kath. Kirchenfonds	145
β) Die Bistumsdotation	146
c) Die Verwaltung des örtlichen Kirchenvermögens	146
α) Die Kath. Kirchengeschichte.	146
β) Die staatliche Aufsicht und kirchliche Mitaufsicht über die "kath.-kirchlichen" Lokalfonds.	149
γ) Zusammenfassung und Vergleich	152
d) Die Verwaltung der niederen Kirchenpfünden	155

3) Die Kirchenvermögensverwaltung im Königreich Bayern	157
III. Der Kampf gegen das Staatskirchentum und die badische Konvention von 1859.	160
§ 9. Die Neuformierung kirchlicher Kräfte im Zeitalter der Restauration	160
1) Das Anwachsen des päpstlichen Ansehens bei Episkopat und Klerus.	160
a) Die Reaktion des Episkopates der Oberrheinischen Kirchenprovinz auf die landesherrliche Verordnung vom 30. 1. 1830	160
b) Das Erwachen eines streng kirchli- chen Geistes in Klerus und Episkopat	162
2) Konservative und liberale kath. Stände- vertreter als Verfechter kirchlicher Selbständigkeit gegenüber dem Staat . .	165
3) Die synodalen Bestrebungen in Baden . .	169
§ 10. Die Revolution von 1848: Ihre Rückwirkun- gen auf die innerkirchliche Entwicklung und das Verhältnis von Kirche und Staat. .	171
1) Abschied von der Idee des Staatskir- chentums.	171
2) Die Kirche entdeckt das "katholische Volk"	173
3) Die Konkordatsära	176
§ 11. Die badische Konvention vom 28.6.1859. . .	180
1) Die zwischen dem Heiligen Stuhl und der badischen Regierung gepflogenen Vertrags- verhandlungen (1855 - 1859)	180
a) Der päpstliche Basisvorschlag vom 27. 6. 1855 und die badische Ant- wortnote vom 21. 5. 1856	180

VIII

b)	Der päpstliche Konventionsentwurf vom 13. 12. 1856 und die badische Antwortnote vom 19. 3. 1857	182
c)	Der päpstliche Konventionsentwurf vom 16. 9. 1857.	186
d)	Die Auseinandersetzung über das erzbischöfliche Mitaufsichtsrecht über die sogenannten weltlichen kath. Stiftungen und das Problem der Pfründaus-scheidung.	187
2)	Die in der Konvention vom 28. 6. 1859 ge-troffene Regelung der Kirchenvermögensver-waltung in Baden.	189
a)	Realdotation und Verbot einer neuerli-chen Säkularisation.	189
b)	Grundsatz der kirchlichen Vermögensver-waltung.	189
c)	Die oberste gemischte Verwaltungskom-mission.	190
α)	Die Delegation der erzbischöflichen Verwaltungsrechte	190
β)	Die Zusammensetzung der obersten ge-mischten Verwaltungskommission. . . .	191
γ)	Die Abgrenzung der Verwaltungskompe-tenz des Erzbischofs und der obersten gemischten Verwaltungskommission. . .	193
δ)	Die erzbischöfliche Oberaufsicht. . .	194
ε)	Die staatliche Mitaufsicht.	196
η)	Der Aufgabenbereich der obersten ge-mischten Verwaltungskommission. . . .	198
d)	Die Verwaltung der sogenannten nicht-kirchlichen oder weltlichen kath. Stif-tungen	199

e) Die Kath. Distriktsstiftungskommissionen	201
f) Die Kath. Stiftungskommissionen	201
g) Die Verwaltung der niederen Kirchen- pfründen	202
h) Die Verwaltung des nicht der Aufsicht der obersten gemischten Verwaltungskom- mission unterstellten Kirchenvermögens .	203
α) Die Erzbistumsdotation.	203
β) Das Vermögen der Landkapitel.	203

§ 12. Die badische Konvention im Spiegel der zwischen Kirche und Staat getroffenen Vereinbarungen in Württemberg und Hessen - Darmstadt.	204
1) Die vorläufige württembergische Überein- kunft vom 12. 1./16. 1. 1854.	204
2) Die vorläufige hessische Übereinkunft vom 23. 8. 1854	205
3) Die württembergische Konvention vom 8. 4. 1857.	208
§ 13. Das Ende der Konkordatsära	216
1) Der Umschwung von 1860.	216
2) Die nationalliberale Bewegung	217
3) Die Stellung der Nationalliberalen zur Kirche	219
4) Die Niederlage Österreichs in Italien . . .	221
5) Evangelische Besorgnisse	222
6) Die Ablehnung der badischen Konvention durch die II. Kammer am 30. 3. 1860.	223

IV. Das badische Kirchengesetz vom 9. 10. 1860 . . .	228
§ 14. Die nach der Ablehnung der Konvention durch die II. Kammer entstandene kir- chenpolitische Situation in Baden. . . .	228
1) Die Gefahr eines neuen Kirchenkampfes	228
2) Kompromißbereitschaft der Großherzog- lichen Regierung	229
§ 15. Die Bestimmungen des Kirchengesetzes vom 9. 10. 1860.	231
1) Allgemeiner Teil: Der weltanschau- lich neutrale Staat	231
2) Besonderer Teil: Das System der staat- lichen Kirchenhoheit.	235
3) Die Regelung der Kirchenvermögensver- waltung (§ 10 KG)	239
a) Die "gemeinsame Leitung der Kir- che und des Staates"	239
b) Das "den kirchlichen Bedürfnissen" gewidmete Vermögen	239
c) Das Eigentum am Kirchenvermögen. .	243
d) Die Mitwirkung der "berechtigten Gemeinden" an der Verwaltung des Kirchenvermögens	243
e) Die Priorität der vom Stifter an- geordneten Vermögensverwaltung . .	245
f) Abschließende Wertung des § 10 KG	246
V. Zusammenfassung	248
VI. Anmerkungen.	257

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

a.A. =	anderer Ansicht
AfkKR =	Archiv für kath. Kirchenrecht
Anm.(ohne weitere Angabe) =	Anmerkung der vorliegenden Arbeit
bad. =	badisch
Baier. Reg.Bl. =	Bayerisches Regierungsblatt
bayer. =	bayerisch
BB =	Badische Biographien
Beil. =	Beilage
Ber. =	Bericht
bischöfl. =	bischöflich
Ed. =	Edikt
Erl. =	Erlaß
erzb. =	erzbischöflich
ev. =	evangelisch
FDA =	Freiburger Diözesanarchiv
fl =	Gulden
franz. =	französisch
geistl. =	geistlich
GLA =	Generallandesarchiv Karlsruhe
Gr. =	Großherzoglich
hess. =	hessisch
Hess. Reg.Bl. =	Hessisches Regierungsblatt
HJ =	Historisches Jahrbuch
HZ =	Historische Zeitschrift
IPO =	Instrumentum Pacis Osnabrugense
kanon. =	kanonisch
kath. =	katholisch
KE =	I. Bad. Konstitutionsedikt v. 14. 5. 1807
KG =	Gesetz, die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchl. Vereine im Staate betr., v. 9. 10. 1860
KG-Entw. =	Regierungsentwurf zum KG

kgl. =	königlich
kirchl. =	kirchlich
KO =	Kath. Oberstiftungsrat
KomO =	Kurbadische Kath. Kirchenkom- missionsordnung v. 31. 10. 1803
Komm.Ber. =	Kommissionsbericht
KS =	Kath. Kirchensektion
KV =	Erzb. Kapitelsvikariat
landh. =	landesherrlich
LThK =	Lexikon für Theologie und Kirche
MdI =	Ministerium des Inneren
Ministerial-VO =	Verordnung des MdI
n. F. =	neue Folge
oberrh. =	oberrheinisch
OE =	III. Bad. Organisationsedikt v. 11. 2. 1803
OKR =	Kath. Oberkirchenrat
OR =	Ordinariatsregistratur Frei- burg/Breisgau
Ordin. =	Ordinariat
org. =	organisch
OrgR =	Gr. Bad. Organisationsreskript v. 26. 11. 1809
RDHS =	Reichsdeputationshauptschluß v. 25. 2. 1803
Reg. =	Regierung
Gr. Reg. =	Großherzoglich Badische Re- gierung
Reg.Bl. =	Badisches Regierungsblatt
Reg. Begründung =	Regierungsbegründung
RGZ =	Entscheidungen des Reichsge- richts in Zivilsachen
s. =	siehe
S. (ohne weitere Angabe) =	Seite der vorliegenden Arbeit
sc. =	scilicet
sog. =	sogenannt

XIII

Sp. =	Spalte
staatl. =	staatlich
Staats- und Reg.Bl. =	Württembergisches Regierungsblatt
StG =	bad. Stiftungsgesetz v. 5. 5. 1870
StV =	Kath. Stiftungsvorstand
südd. =	süddeutsch
südwestd. =	südwestdeutsch
theol. =	theologisch
Verb. =	Verbindung
Verw.Ed. =	Verwaltungsedikt
vgl. =	vergleiche
VO =	Verordnung
landh. VO =	landesherrliche Verordnung
Vollzugs-VO =	Vollzugsverordnung
vorderösterr. =	vorderösterreichisch
VU =	bad. Verfassung von 1818
weltl. =	weltlich
württ. =	württembergisch
Ziff. =	Ziffer
zit. =	zitiert

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

I. Ungedruckte Quellen

- 1) Akten des Generallandesarchivs Karlsruhe (GLA)
 a) Akten des Großherzoglich Badischen Ministeriums
 des Innern

GLA 233/10701: Kirchenvermögen: Die Verwaltung des Kirchenvermögens und des Pfründvermögens....
 (1869 - 1911)

234/ 1534: Generalia: Kirchenverwaltung: Die Bestellung einer Superrevision für die Rechnungen der ev. und kath. Kirchenfonds, welche von den beiden Kirchensektionen unmittelbar verwaltet werden (1830 - 1858)

235/ 7184: Die Aufhebung des Kath. Oberkirchenrates betr.

235/12898: Generalia: Kath. Kirchensachen: Bistum: Die zur Ausstattung des Erzbistums Freiburg gehörigen Gebäude und Gärten betr.: auch Veräußerungen und Neuerwerbungen (1827 - 1934)

235/12903: Generalia: Kirchensachen: Bistum: Stiftung: Die Stiftung des Erzbischofs Bernhard Boll zu Freiburg zu Gunsten des dortigen Domkapitels (1836 - 1941)

235/12906: Generalia: Kath. Kirchensachen: Bistum: Die erzb. Gebäude und Gärten, hier Erwerbung und Verkauf von Liegenschaften des erzb. Interkalarfonds betr. (1867 - 1906)

235/12915: Normalia: Kath. Kirchensachen: Verwaltung des Rechnungswesens: die allgemeine kath. Kirchenkasse (1807 - 1932)

- GLA 235/12916: Generalia: Kath. Kirchensachen: Dienste:
Die Erzb. Bauämter (1821 - 1940)
- 235/12917: Normalia und Generalia: Kirchensachen:
Kath. Kirchenvermögen: Die Kath. Stiftungs-
kommissionen bzw. seit 1890 Stiftungs-
räte, Teil I (1860 - 1893)
- 235/12920: Normalia: Kath. Kirchensachen: Der Kath.
Oberstiftungsrat, dessen Errichtung und
Kompetenz betr.
- 235/12996: Normalia: Kath. Kirchensachen: Besetzung der
kath. Kirchenpfünden; hier den Bezug des
sog. Kapitels- oder Dekanatsmonats betr.
(1823 -)
- 235/13015: Generalia: Kath. Kirchensachen: Allgemeine
Fonds: den Breisgauer Religionsfonds und
dessen Zubehörden, den Dominikanerfonds in
Konstanz, den Radolfzeller Filialreligions-
fonds und den Ottersweierer Rektoratsfonds
betr. (1863 - 1929)
- 235/13040: Generalia: Kath. Kirchenverwaltung: Die kath.
Kirchenschaffnei Heidelberg (1841 - 1925)
- 235/13158: Generalia: Kath. Kirchensachen: Vermögens-
verwaltung: Die kath. Religions- und Stu-
dienfondsverwaltung in Freiburg, jetzt kath.
Stiftungsverwaltung Freiburg (1823 - 1932)
- 235/13165: Generalia: Kath. Kirchensachen: Vermögen:
Den geistlichen Seminarfonds in Bruchsal
betr. (1864 - 1927)
- 235/13168: Bezirksamt Konstanz: Generalia: Kirchensa-
chen: Kath. Religionsfonds: Der Religions-
fonds des obern Fürstentums (1868 - 1924)
- 235/31764: Generalia: Kath. Kirchensachen: Die kath.
örtlichen Fonds (1862 - 1952)

- GLA 236/ 494: Staatsanstalten-Commission: Generalia: Kanzleisache: Die Organisation der Staatsanstalten-Commission (1807 - 1831).
- 236/7761: Kanzleisache: Die Konstituierung des Gr. Bad. Geheimen Raths-Collegii; Polizeidepartement; jetzt Ministerium des Innern: Teil II (1813 - 1836).
- 236/7763: Kanzleisache: Die Organisierung einer eigenen Rechnungsrevision bei dem Landespolizeiministerialdepartement, Ökonomiekommission und deren Vereinigung mit jener des Ministerium des Innern. Teil I (1810 - 1825).
- 236/7764: Generalia: Kanzleisache: Die projektierte Errichtung einer vereinigten Revisionsbehörde bei dem Ministerium des Innern und Aufhebung dieses Vorhabens und Abgabe der bisher von der Ministerialrevision abgehörten Rechnungen zur Oberrechnungskammer, zur ev. Kirchensektion oder an die Lokalbehörden, dann das Rechnungsbureau bei dem Ministerium des Innern. Teil II (1829 - 1857).

b) Akten der Kath. Kirchensektion

- GLA 48/5362: Kath. Kirchensektion: Bistum: Acta: Die Geschäftsordnung und das Geschäftsverhältnis zu dem Domkapitel und Generalvikariat betr. (1829 - 1847).
- 234/1420: Acta generalia: Kirchendienste: Dekanate: Die Regulierung der Gebühren für die Erzb. Dekanate und Landesherrlichen Dekanate (1807 - 1857).

- GLA 234/ 1422: Acta generalia: Kirchendienste: Die Art der Investitur der Pfarrer. Anweisung ihrer Kompetenzen (1810 - 1861).
- 234/ 1472: Generalia: Kirchenhoheit: Einzug und Verrechnung der Dotationssumme des Erzb. Seminars und desfallsiger Gehalt des Verrechners (1828 - 1841).
- 234/ 1515: Acta generalia: Kirchenordnung: Den Entwurf einer allgemeinen Verordnung für die Landkapitelsstatuten, die Einteilung der Landkapitel betr. (1838 - 1857).
- 234/ 1533: Budget: Kath. Kultus: Die Aufstellung der dreijährigen Budgets in Bezug auf den Kath. Kultus: Titel XII - A (1828 - 1862).
- 235/12902: Acta generalia: Bistum: Stiftungen: Die Stiftung des Erzbischofs Bernhard Boll in Freiburg zu Gunsten des Erzb. Domkapitels (1836 - 1850).

c) Sonstige Akten der allgemeinen staatlichen Kirchenverwaltung

- GLA 233/10666: Duplikate, Entwürfe und Übersetzungen zu den Akten über die kath. kirchlichen Angelegenheiten und Konkordatsverhandlungen (1818-1860).
- 234/ 942: Generalia: Kirchenverwaltung: Die Oberaufsicht über die Stiftungen in grund- und standesherrlichen Orten (1808 - 1809).
- 234/ 943: Generalia: Kirchenverwaltung: Die Abhör der Kirchenfonds, Heiligen- etc. Rechnungen betr. (1808 - 1810).

GLA 234/ 944: Generalia: Kirchenverwaltung: Den Beizug der kath. Pfarrer zur Abhör der Heiligen- und milden Stiftungsrechnungen, non nomine ordinariatus, sed nomine proprio und ohne neuen Kostenaufwand (1809).

235/13032: Normalia: Kirchensachen: Kirchenhoheit: Regelung der Verhältnisse des Staates zur kath. Kirche im Großherzogtum Hessen (1854 - 1935).

d) Akten des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten

GLA 48/ 5333: Kirchenhoheit: Den mit den Fürstentümern Hohenzollern - Hechingen und Hohenzollern - Sigmaringen wegen Anschließung an das diesseitige Erzbistum abgeschlossenen Staatsvertrag betr. (1827-1842).

48/ 5335: Kirchenhoheit: Dotation des Erzbistums Freiburg (1820 - 1842).

48/ 5338: Abschrift der Fundationsurkunde des Landesbistums vom 16. 10. 1827 mit angehängter Dotationsurkunde vom 23. 12. 1820.

48/ 5343: Kirchenhoheit: Die Geschäftsordnung für das Erzb. Domkapitel in Freiburg (1829 - 1847).

2) Akten der Ordinariatsregistratur Freiburg (OR)

OR I: Kirchenvermögen: Generalia: I. Bischöfliche Mitaufsicht über die Verwaltung des Kirchenvermögens. II. Beschwerden über stiftungswidrige Verwendung. III. Stand der allgemeinen Fonds (1833 - 1859).

OR II: 1862, Faszikel VIII: Errichtung des Kath. Oberstiftungsrates.

XIX

OR III: Kirchenvermögen: Generalia: Anordnungen über die
Verwaltung des Kirchenvermögens: Kapitalien,
Liegenschaften, Rechnungswesen: Normalakten
(1828 - 1869).

II. Gedruckte Quellen

(Soweit eine Angabe über die Zitierweise fehlt, werden die einzelnen Werke unter dem Namen ihres Herausgebers zitiert werden.)

Annalen

Annalen der Großherzoglich Badischen Gerichte. Mannheim und Straßburg 1833 ff.

(zit.: Annalen)

Anzeigebblatt

Anzeigebblatt für die Erzdiöcese Freiburg. Freiburg 1857 ff.

(zit.: Anzeigebblatt)

Badischer Landtag

Badischer Landtag. Verhandlungen über die Konvention mit dem päpstlichen Stuhle, 39. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer vom 29. 3. 1860

(zit.: Bad. Landtag. Verhandlungen über die Konvention)

Badischer Landtag

Badischer Landtag. Verhandlungen der Ersten Kammer über die sechs Gesetzentwürfe, die kirchliche Frage betreffend, 22. und 23. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer vom 23. und 24. 8. 1860

(zit.: Verhandlungen der I. Kammer zum KG-Entw.)

Badischer Landtag

Badischer Landtag. Verhandlungen der Zweiten Kammer über die sechs Gesetzentwürfe, die kirchliche Frage betreffend, 60.-64. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer vom 27., 28., 30. und 31. 7. 1860

(zit.: Verhandlungen der II. Kammer
zum KG-Entw.)

Begründung

Begründung zu dem Gesetzentwurf über
die rechtliche Stellung der Kirchen und
kirchlichen Vereine im Staate.

Karlsruhe 1860

(zit.: Reg.Begründung zum KG-Entw.)

Binding, Karl

Die Verfassung des Großherzogtums Ba-
den. In: Deutsche Staatsgrundgesetze,
Heft VIII, Leipzig 1899

Constitutions Edikt

Erstes Constitutions Edikt, die kirch-
liche Staatsverfassung des Großher-
zogthums Baden betreffend. Karlsruhe
1807

Denkschrift

Denkschrift über die Entwicklung der
Rechtsverhältnisse zwischen dem badi-
schen Staat und den beiden christlichen
Kirchen, erstellt vom Ministerium des
Kultus und Unterrichts gemäß eines Auf-
trages des Badischen Landtages vom
6. 8. 1924 an die Regierung. Beilage
zur Niederschrift über die 13. Sitzung
des Badischen Landtags vom 27. 1. 1926
(Nr. 81).

(zit.: Denkschrift von 1926)

Denkschrift

Denkschrift des Erzbischofs von Freiburg
im Betreff der von der Großherzoglich
Badischen Staatsregierung der Zweiten
Kammer der Landstände am 22. 5. 1860
vorgelegten sechs Gesetzentwürfe. Frei-
burg 1860

(zit.: Erzb. Denkschrift von 1860)

- Entscheidungen Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
(zit.: RGZ)
- Grundlagen Die neuesten Grundlagen der deutsch-katholischen Kirchenverfassung in Aktenstücken und ächten Notizen von dem Emser Congreß, dem Frankfurter Verein und der preußischen Übereinkunft. Stuttgart 1821
(zit.: Die neuesten Grundlagen der deutsch-kath. Kirchenverfassung)
- Heiner, Franz Die kirchlichen Erlasse, Verordnungen und Bekanntmachungen der Erzdiözese Freiburg. Freiburg/Brsg. 1892
- Heitz, Eugen Rechnungs- und Verwaltungsvorschriften der Erzdiözese Freiburg (Lose-Blatt-Sammlung). Freiburg/Brsg. 1951
- Huber, Ernst Rudolf Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. 3 Bde, Stuttgart 1961 - 1966
(zit.: Huber, Dokumente I)
- Kirchen-Commissions-Ordnung Kurbadische katholische Kirchen-Commissions-Ordnung. Karlsruhe 1804
- Kommissionsbericht Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf über die bürgerliche Standesbeamtung in Ausnahmefällen. Erstattet von dem Abgeordneten Ludwig Haeusser. Karlsruhe 1860
(zit.: Komm.Ber. über den Gesetzentwurf über die bürgerliche Standesbeamtung in Ausnahmefällen)

Kommissionsbericht

Kommissionsbericht der Ersten Kammer über die staatlich-kirchlichen Gesetzentwürfe im Allgemeinen und über den Gesetzentwurf, die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Besonderen. Erstattet vom Geheimen Hofrat von Mohl.

(zit.: Komm.Ber. der I. Kammer zum KG-Entw.)

Kommissionsbericht

Kommissionsbericht der Zweiten Kammer zu dem Gesetzentwurf über die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staat. Erstattet vom Abgeordneten Hildebrandt.

(zit.: Komm.Ber. der II. Kammer zum KG-Entw.)

Kommissionsbericht

Kommissionsbericht über die Vereinbarung der Großherzoglichen Regierung mit dem päpstlichen Stuhl vom 28. 6. 1859. Erstattet vom dem Abgeordneten Hildebrandt.

(zit.: Komm.Ber. über die Vereinbarung von 1859)

Lang, Johann Jakob

Sammlung der Verordnungen der oberrheinischen Kirchenprovinz. Tübingen 1835/36

Maaß, Ferdinand

Der Josephinismus. Quellen zu seiner Geschichte in Österreich 1760 - 1850. 5 Bde. In: *Fontes rerum Austriacarum*. Zweite Abteilung: *Diplomataria et acta*, Bd. 71 - 75. Wien und München 1951-1961

Mercati, Angelo

Raccolta di Concordati su materie ecclesiastiche tra la Santa Sede e le Autorità Civili. Vol. I: 1098-1914. Rom 1954
(zit.: Mercati I)

- Münch, Ernst Vollständige Sammlung aller ältern und neuern Konkordate nebst einer Geschichte ihres Entstehens und ihrer Schicksale. Bd. 2. Leipzig 1831
(zit.: Münch, Bd.2)
- Officielle Actenstücke Officielle Actenstücke über die Schul- und Kirchenfrage in Baden. Heft VI. Freiburg/Brsg. 1869
(zit.: Officielle Actenstücke VI)
- Organisation Organisation der Badenschen Lande. Mannheim 1803
(zit.: Organisation der Badenschen Lande)
- Petzek, Joseph Systematisch-chronologische Sammlung der politisch-geistlichen Gesetze, die von ältesten Zeiten her bis auf 1795 für die vorderösterreichischen Lande erlassen worden sind und noch bestehen. 2 Bde, Freiburg/Brsg. 1796
(zit.: Petzek I und II)
- Pfaff, Paul Zusammenstellung kirchlicher und staatlicher Verordnungen für die Geistlichkeit des Bistums Rottenburg. Rottenburg/Neckar 1897
- Protokoll Protokoll der außerordentlichen Reichsdeputation zu Regensburg. 2 Bde. Regensburg 1803
(zit.: Regensburger Protokolle I und II)
- Regierungsblatt Großherzoglich-Badisches Staats- und Regierungsblatt 1806 ff., ab 43. Jahrgang (1845): Großherzoglich-Badisches Regierungsblatt, ab 67. Jahrgang (1869): Gesetzes- und Verordnungsblatt für das

Großherzogtum Baden.

(zit.: Reg.Bl.)

Regierungsblatt

Königlich-Baierisches Regierungsblatt
1806 ff.

(zit.: Baier. Reg.Bl.)

Regierungsblatt

Großherzoglich-Hessisches Regierungs-
blatt, Jahrgang 1832.

(zit.: Hess. Reg.Bl.)

Regierungsbegrün-
dung

Gesetzes-Entwurf. Die Rechtsverhältnisse und Verwaltung der Stiftungen betreffend und Regierungsbegründung. Beilage zum Protokoll der 8. öffentlichen Sitzung der II. Kammer vom 11. 10. 1869.
(zit.: Reg.Begründung zum StG-Entw.)

de Roskovány,
August

Monumenta catholica independentiae postestatis ecclesiae ab imperio civili. Tom. II, Quinqueecclesiis (Fünfkirchen) 1847

(zit.: Roskovány II)

Sammlung

Obermüller: Vollständige Sammlung der Großherzoglich-Badischen Regierungsblätter, von deren Entstehung 1803 bis Ende 1851. Mannheim 1844 und 1856. 4 Bde: Bd.1 (1803 - 1825), Bd.2 (1826 - 1833), Bd.3 (1834 - 1841), Bd.4 (1842 - 1851).
(zit.: Sammlung I, II, III und IV)

Sammlung

Sammlung der Vorschriften über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens und die Besteuerung für katholisch-kirchliche Bedürfnisse in Großherzogtum Baden. Heft I. Freiburg/Brsg. 1893
(zit.: Sammlung der Vorschriften über die Verwaltung des kath. Kirchenvermögens)

- Schmidt, Arthur Kirchenrechtliche Quellen des Großherzogtums Hessen. Gießen 1891
- Schneider, Philipp Die partikulären Kirchenrechtsquellen in Deutschland und Österreich. Regensburg 1898
(zit.: Schneider, Kirchenrechtsquellen)
- Seng Katholische Kirchenkommissionsordnung mit Erläuterungen für das Großherzogtum Baden. 2. Auflage, Freiburg/Brsg. 1834
- Staats- und Regierungsblatt Königlich-Württembergisches Staats- und Regierungsblatt. 1807 ff.
(zit.: Staats- und Reg.Bl.)
- Utz, Fridolin Das Katholische Kirchenwesen im Großherzogtum Baden. Eine Sammlung der Großherzoglich-Badischen Gesetze und Verordnungen, die auf die Katholische Kirche und Geistliche Bezug haben, sowie der erzbischöflichen Verordnungen. Freiburg/Brsg. 1851, 2. Auflage 1853
(zit.: Utz 1853)
- Verhandlungen Verhandlungen der Stände-Versammlung des Großherzogthums Baden im Jahre 1859/60. Enthaltend die Beilagen zu den Protokollen der Zweiten Kammer von ihr selbst amtlich herausgegeben. Karlsruhe 1860
(zit.: Verhandlungen der Stände-Versammlung 1859/60)
- Verordnungsblatt Großherzoglich-Badisches Verordnungsblatt für den Oberrheinkreis, Jahrgang 1853
(zit.: VO-Bl. des Oberrheinkreises)

- Verordnungsblatt Großherzoglich-Badisches Verordnungs-
blatt für den Seekreis. Jahrgang 1854
(zit.: VO-Bl. des Seekreises)
- Verordnungsblatt Großherzoglich-Badisches Verordnungs-
blatt für den Unterrheinkreis.
Jahrgang 1854
(zit.: VO-Bl. des Unterrheinkreises)
- von Vogt, Adolf Sammlung kirchlicher und staatlicher
Verordnungen für das Bisthum Rotten-
burg. Schwäbisch Gmünd 1876
- Walter, Ferdinand Fontes iuris ecclesiastici antiqui
et hodierni. Bonn 1861
- Zeumer, Karl Quellensammlung zur Geschichte der
Deutschen Reichsverfassung in Mittel-
alter und Neuzeit. 2. Auflage,
Tübingen 1913

III. Sekundärliteratur

(Soweit eine Angabe über die Zitierweise fehlt, werden die einzelnen Werke unter dem Namen ihres Verfassers zitiert werden.)

- Ammann, Fritz Die kirchliche Rechtspersönlichkeit im Großherzogtum Baden (Nach Rechtsgrund, Trägerschaft und Inhalt). Freiburg/Brsg. 1908, Diss. iur.
- Andreas, Willy Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation und Verfassung in den Jahren 1802 - 1818. Bd. 1, Leipzig 1913
- Bader, Carl Der badische Concordatssturm und seine Herkunft. In: Hist.-pol. Blätter, 1860, Bd. 1, S. 217 ff.
(zit.: Bader, Concordatssturm)
- Bader, Carl Die katholische Kirche im Großherzogtum Baden. Freiburg/Brsg. 1860
- Bauer, Clemens Politischer Katholizismus in Württemberg bis zum Jahr 1848. Freiburg/Brsg. 1929. In: Schriften zur deutschen Politik, hrsg. von Georg Schreiber, Heft 23 und 24
- Bechtold, Otto Der "Ruf nach Synoden" als kirchenpolitische Erscheinung im jungen Erzbistum Freiburg (1827 - 1860). Ein Beitrag zum Verhältnis von Staat und Kirche im Großherzogtum Baden und zur Geschichte der religiösen Aufklärung in Süddeutschland. Diss. theol., Freiburg/Brsg. 1958

- Beck, Josef Ignaz Heinrich von Wessenberg. Sein Leben und Wirken. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der neueren Zeit. Karlsruhe 1874
- Bertele, Kurt Der Umschwung in der badischen Kirchenpolitik von der Konvention zwischen der Krone Baden und dem Heiligen Stuhle vom 28. 6. 1859 bis zur Kirchengesetzgebung des Jahres 1860. Diss. iur., Heidelberg 1930
- Blum, Lily Staatsminister August Lamey. Ein badischer Politiker der Reichsgründerzeit. In: Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte, Heft 63, Heidelberg 1934
- Bockenheimer,
Karl Georg Der Wiener Kongreß und die katholische Kirche. In: AfKKR 1863, Bd.9, S. 339 ff.
- Brück, Heinrich Die oberrheinische Kirchenprovinz von ihrer Gründung bis zur Gegenwart. Mainz 1868
- Dor, Franz Heinrich Bernhard von Andlaw, ein badischer Politiker und Vorkämpfer des Katholizismus. Freiburg/Brsg. 1910 (zit.: Dor, von Andlaw)
- Dor, Franz Franz Joseph Ritter von Buß in seinem Leben und Wirken geschildert. Freiburg/Brsg. 1911
- Dorneich, Julius Der badische Politiker Franz Joseph Buß. Diss. phil., Freiburg/Brsg. 1921
- Dyroff, Anton Die Entwicklung des bayerischen Staatskirchenrechts bezüglich des Ortskirchenvermögens bis zum Konkordat von 1817. In: Annalen des Deutschen Reiches für

Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Bd. 38, S. 641 - 676. München 1905

Ehmke, Horst

Karl von Rotteck, der "politische Professor". In: Freiburger rechts- und staatswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 3, Karlsruhe 1964

Eichmann, Eduard -
Mörsdorf, Klaus

Lehrbuch des Kirchenrechts auf Grund des Codex Juris Canonici. 3 Bde, 10. Auflage, Paderborn 1959 - 1964

Feine, Hans Erich

Kirchliche Rechtsgeschichte. Die Katholische Kirche. 4. Auflage, Köln und Graz 1964

Föhr, Ernst

Die Neuordnung der kirchlichen Vermögensverwaltung in der Erzdiözese Freiburg. In: Oberrheinisches Pastoralblatt 1959, Bd. 60, S. 29 - 35

Franz, Georg

Kulturkampf. Staat und Katholische Kirche in Mitteleuropa von der Säkularisation bis zum Abschluß des preußischen Kulturkampfes. München 1954

Freisen, Joseph

Verfassungsgeschichte der Katholischen Kirche Deutschlands in der Neuzeit. Berlin und Leipzig 1916

Friedberg, Emil

Corpus Juris Canonici. 2 Bde, Leipzig 1879/81
(zit.: Friedberg, CIC)

Friedberg, Emil

Der Staat und die katholische Kirche im Großherzogthum Baden seit dem Jahre 1860. Leipzig 1871

- Gebhardt, Bruno Handbuch der Deutschen Geschichte. 4 Bde, 8. Auflage, Stuttgart 1954 - 1960. Bd. 3: Von der Französischen Revolution bis zum Ersten Weltkrieg. (zit.: Gebhardt III)
- Geier, Fritz Die Durchführung der kirchlichen Reformen Josephs II. im vorderösterreichischen Breisgau. In: Kirchenrechtliche Abhandlungen, hrsg. von Ulrich Stutz, Heft 16 und 17, Stuttgart 1905
- Glockner, Karl Badisches Verfassungsrecht. 2. Auflage, Karlsruhe 1930
- Göller, Emil Die Vorgeschichte der Bulle "Pro-vida solersque", Teil II. In: FDA 1928, Bd. 29, n.F., S. 436 ff.
- Gönner, Richard -
Sester, Josef Das Kirchenpatronatsrecht im Großherzogtum Baden. In: Kirchenrechtliche Abhandlungen, Heft 10 und 11, Stuttgart 1904 (zit.: Gönner - Sester)
- Golther, Ludwig Der Staat und die katholische Kirche im Königreich Württemberg. Darstellung der geschichtlichen Entwicklung des Verhältnisses zwischen beiden und des geltenden Rechts auf Grund der Gesetzgebung von 1862. Stuttgart 1874
- Gottron, Adam B. Mainzer Kirchengeschichte. Mainz 1950
- Gröber, Konrad Heinrich Ignaz Freiherr von Wessenberg. In: FDA 1927, Bd. 28 n.F., S. 362 ff. und FDA 1928, Bd. 29 n.F., S. 294 ff.
- Großmann, Josef Die Besetzung der höheren Kirchenämter im Erzbistum Freiburg. Diss. iur., Freiburg/Brsg. 1953

- Haeusser, Ludwig Verhandlungen der Zweiten Kammer über die 6 Gesetzentwürfe. Karlsruhe 1860
- Hagen, August Geschichte der Diözese Rottenburg. 3 Bde, Stuttgart 1956 - 1960 (zit.: Hagen I, II, III)
- Hagen, August Staat und katholische Kirche in Württemberg in den Jahren 1848 - 1862. In: Kirchenrechtliche Abhandlungen, Heft 105/108, 2 Bde, Stuttgart 1928 (zit.: Hagen, Staat und Kirche I und II)
- Heimberger, Hans Die konfessionell beschränkte weltliche Stiftung und ihre Verwaltung im Großherzogtum Baden. In: Kirchenrechtliche Abhandlungen, Heft 41, Stuttgart 1907
- Hermelink, Heinrich Geschichte des allgemeinen Kirchenguts in Württemberg. Stuttgart 1904
- Hinschius, Paul Das Kirchenrecht der Katholiken und Protestanten in Deutschland. System des Katholischen Kirchenrechts. 6 Bde, Berlin 1869 - 1897
- Huber, Ernst Rudolf Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. 3 Bde, Stuttgart 1957 - 1963. Bd. 1: Reform und Restauration 1789 bis 1830 (zit.: Huber I)
- Isele, Eugen Die Säkularisation des Bistums Konstanz und die Reorganisation des Bistums Basel, dargestellt mit besonderer Berücksichtigung der Entstehung und Rechtsnatur des Diözesanfonds. In: Freiburger Veröffentlichungen aus dem

- Gebiete von Kirche und Staat, hrsg.
von Ulrich Lampert, Bd. 3, Basel und
Freiburg/Schweiz 1933
- Jolly, Julius Die badischen Gesetzentwürfe über die
kirchlichen Verhältnisse. Heidelberg
1860
- Kintzinger, Joseph Die katholische Kirche und die katholi-
sche Geistlichkeit im Großherzogthum
Baden. Karlsruhe 1847
- Klein, Karl Die landesgesetzliche Stellung der Dom-
capitel in der oberrheinischen Kirchen-
provinz hinsichtlich der Diöcesanver-
waltung. In: AfkKR 1879, Bd. 41, S.222
ff.
- Lammeyer, Joseph Die juristischen Personen der katholi-
schen Kirche historisch und dogmatisch
gewürdigt auf Grund des neuesten
kirchlichen und staatlichen Rechts.
Paderborn 1929
- Lauer, Hermann Geschichte der katholischen Kirche im
Großherzogtum Baden. Freiburg/Brsg.
1908
- Lexikon für Theo- Lexikon für Theologie und Kirche. 10
logie und Kirche Bde, 2. Auflage, Freiburg/Brsg. 1957-
1965
(zit.: LThK II, III, IV, V, VII und X)
- Longner, Ignaz Beiträge zur Geschichte der oberrhei-
nischen Kirchenprovinz. Tübingen 1863
(zit.: Longner, Beiträge)
- Longner, Ignaz Darstellung der Rechtsverhältnisse der
Bischöfe in der oberrheinischen Kirchen-
provinz. Tübingen 1840
(zit.: Longner, Rechtsverhältnisse)

- Maas, Heinrich Geschichte der Katholischen Kirche
im Großherzogtum Baden. Freiburg/
Brsg. 1891
- Maas, Heinrich Die kirchlichen Verhältnisse in Ba-
den nach den Gesetzen vom 9. Oct.
1860 und den Vereinbarungen mit der
Kirche. In: AfkKR 1862, Bd. 8, S.123
ff.
(zit.: Maas, AfkKR 1862, Bd. 8)
- Maier, Albert Der Stiftungsrat als Verwalter des
katholischen Ortskirchenvermögens im
Baden und seine Vorgeschichte. Diss.
iur., Freiburg/Brsg. 1914
- Meister, Karl Das Beamtenrecht der Erzdiözese Frei-
burg. In: Kirchenrechtliche Abhand-
lungen, Heft 9, Stuttgart 1904
- Mejer, Otto Zur Geschichte der römisch-deutschen
Frage. 3 Bde, Rostock 1871/72, Frei-
burg/Brsg. 1885
(zit.: Mejer I, II, III)
- Meurer, Christian Das bayerische Kirchenvermögensrecht.
3 Bde, Stuttgart 1899 - 1919
(zit.: Meurer I und II)
- von Mohl, Robert Staatsrecht, Völkerrecht und Politik.
3 Bde, Tübingen 1860 - 1869
(zit.: von Mohl I)
- von Mohl, Robert Das Staatsrecht des Königreiches Würt-
temberg. 2 Bde, 2. Auflage, Tübingen
1840
(zit.: von Mohl, Staatsrecht II)
- Müller, Josef Die bischöflichen Diözesanbehörden,
insbesondere das bischöfliche Ordi-
nariat. In: Kirchenrechtliche

- Abhandlungen, Heft 15, Stuttgart 1905
- Peveling, Hans Der badische Kirchenkonflikt der Jahre 1832 - 1854. Diss. phil., Heidelberg 1954
- Pfister, Erwin Johann Josef Geschichtliche Darstellung der Staatsverfassung des Grossherzogthums Baden und der Verwaltung desselben. Nach Quellen bearbeitet und mit Urkunden belegt. Teil 1: Die Regierung Carl Friedrichs, des Ersten Grossherzogs von Baden 1806 bis 1811. Heidelberg 1829
- Pfister, Erwin Johann Josef Geschichtliche Entwicklung des Staatsrechts des Großherzogthums Baden und der verschiedenen darauf bezüglichen öffentlichen Rechte. Nach Quellen bearbeitet und mit Urkunden belegt. Teil 1: Heidelberg 1836, Teil 2 Abteilung 1: Heidelberg 1838, Teil 2 Abteilung 2: Mannheim 1848
- Prestinari, Bernhard August Hat die katholische Kirche in Baden ein Recht an dem ihren Bedürfnissen gewidmeten Vermögen ? Ein Beitrag zur Beurtheilung des den Ständekammern vorliegenden Entwurfes eines Stiftungsgesetzes. Freiburg/Brsg. 1870
- Reinhard, Wilhelm Die Anfänge des Priesterseminars und des Theologischen Konvikts der Erzdiözese Freiburg im Breisgau. In: FDA 1928, Bd. 29 n.F., S. 184 ff.
- Rosshirt, Franz Karl Neuere Staatsgesetzgebung über das Stiftungswesen. In: AfkKR 1871, Bd. 25, S. 89 ff.

- Sägmüller, Johann Baptist Der Rechtsanspruch der katholischen Kirche in Deutschland auf finanzielle Leistungen des Staates. Freiburg/Brsg. 1913
- Sartorius, Carl Die staatliche Verwaltungsgerichtsbarkeit auf dem Gebiete des Kirchenrechts. München 1891
- Scharnagl, Anton Zur Geschichte des ~~Reichsdeputations-~~hauptschlusses von 1803. In: HJ 1951, Bd. 70, S. 238 ff.
- Schenkel, Karl Das Staatsrecht des Großherzogtums Baden. In: Handbuch des öffentlichen Rechts, Bd. 3, 1. Halbband, Freiburg/Brsg. und Tübingen 1884
- Schmitt, Josef Die Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften. Freiburg/Brsg. 1921
(zit.: J. Schmitt, Ablösung)
- Schmitt, Josef Kirchenbaupflicht nach gemeinem und badischem Recht mit besonderer Berücksichtigung der Pflichten des badischen Domänenfiskus und der badischen Standesherrschaften. Karlsruhe 1912
(zit.: J. Schmitt, Kirchenbaupflicht)
- Schmitt, Josef Simultankirchenrecht im Großherzogtum Baden (einschließlich des Altkatholikenrechtes) unter der Herrschaft des bürgerlichen Gesetzbuches. Karlsruhe 1909
(zit.: J. Schmitt, Simultankirchenrecht)

- Schmitt, Josef Staat und Kirche. Bürgerlich-rechtliche Beziehungen infolge der Säkularisation. Freiburg/Brsg. 1919
(zit.: J. Schmitt, Staat und Kirche)
- Schmitt, Josef Vertretung des örtlichen katholischen Kirchenvermögens im bürgerlichen Rechtsverkehr. In: Badische Rechtspraxis und Annalen der Großherzoglich Badischen Gerichte 1903, Bd. 5, S. 202 ff. und 215 ff.
(zit.: J. Schmitt, Bad. Rechtspraxis 1903)
- Schnabel, Franz Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. 4 Bde, Freiburg/Brsg. 1929 ff. Bd.2: Monarchie und Volkssouveränität, 2. Auflage 1949; Bd. 4: Die religiösen Kräfte, 3. Auflage 1955
(zit.: Schnabel II und IV)
- Schnabel, Franz Der ~~Zusammenschluß~~ Zusammenschluß des politischen Katholizismus in Deutschland im Jahre 1848. In: Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte, Heft 29, Heidelberg 1910
(zit.: Schnabel, Zusammenschluß)
- Schneider, Heinz
Theodor Die Staatsaufsicht über das Vermögensgebaren der Kirchen in der Pfalz. Diss. iur., Freiburg/Brsg. 1951
(zit.: Schneider, Staatsaufsicht)
- Schnütgen, Alexander Der kirchlich - politische Kreis um Franz Josef Mone. Vornehmlich auf Grund des Mone-Briefwechsels im Karlsruher Generallandesarchiv. In: FDA 1921, Bd. 22 n.F., S. 68 ff.; FDA 1925, Bd. 26 n.F., S. 1 ff.; FDA 1926,

- Bd. 27 n.F., S. 153 ff.
- Scholtissek,
Marietheres Die innere Verwaltung Badens unter
Minister Bekk in der vormärzlichen
Zeit. Diss. phil., München 1959
- Schotte, Heinrich Zur Geschichte des Emser Kongresses.
In: HJ 1914, Bd. 35, S. 86 ff.,
319 ff., 781 ff.
- Schröcker, Sebastian Die Kirchenpflegschaft. Die Verwal-
tung des Niederkirchenvermögens
durch Laien seit dem ausgehenden
Mittelalter. In: Görres-Gesellschaft.
Veröffentlichungen der Sektion für
Rechts- und Staatswissenschaft,
Heft 67, Paderborn 1934
(Schröcker, Kirchenpflegschaft)
- Schröcker, Sebastian Die Verwaltung des Ortskirchenver-
mögens nach kirchlichem und staat-
lichem Recht. In: Görres-Gesell-
schaft, Veröffentlichungen der Sek-
tion für Rechts- und Staatswissen-
schaft, Heft 70, Paderborn 1935
(zit.: Schröcker, Ortskirchenver-
mögen)
- Schweitzer, Johannes Zur Geschichte des kirchlichen Bau-
wesens der Erzdiözese Freiburg.
In: FDA 1923, Bd. 24 n.F., S. 1 ff.
- Spohn, Georg Badisches Staatskirchenrecht.
Karlsruhe 1868
- Staatslexikon Staatslexikon. Recht, Wirtschaft,
Gesellschaft, hrsg. von der Görres-
Gesellschaft. 8 Bde, 6. Auflage,
Freiburg/Brsg. 1957 - 1963
(zit.: Staatslexikon III, IV)

- Stempf, Ludwig Das Gesetz über Kirchen- und Schul-
baulichkeiten vom 26. 4. 1808.
Donaueschingen 1860
- Storz, Hermann Staat und katholische Kirche in
Deutschland im Lichte der Würzburger
Bischofsdenkschrift von 1848.
Bonn 1934
- Strobel, Ferdinand Der Katholizismus und die liberalen
Strömungen in Baden vor 1848. Teil-
druck: Der Kampf mit dem kirchlichen
Liberalismus. Diss. phil., München
1938
- Stutz, Ulrich Das Münster zu Freiburg/Breisgau im
Lichte rechtsgeschichtlicher Betrach-
tung. Tübingen und Leipzig 1901
- Stutz, Ulrich Der neueste Stand des deutschen Bi-
schofswahlrechtes. Mit Exkursen in
das Recht des 18. und 19. Jahrhun-
derts. In: Kirchenrechtliche Abhand-
lungen, Heft 58, Stuttgart 1909
(zit.: Stutz, Bischofswahlrecht)
- Triepel, Heinrich Delegation und Mandat im öffentlichen
Recht. Stuttgart und Berlin 1942
- Vigener, Fritz Gallikanismus und episkopalistische
Strömungen im deutschen Katholizis-
mus zwischen Tridentinum und Vatica-
num. In: HZ 1913, Bd. 111, S. 495 ff.
- Vogt Das katholische Kirchengut im Würt-
temberg. In: AfKKR 1863, Bd. 9, S.
37 ff.
- Walz, Ernst Das Staatsrecht des Großherzogtums
Baden. In: Das öffentliche Recht der
Gegenwart, Bd. 5, Tübingen 1909

- von Weech, Friedrich Baden von 1852 - 1877. Karlsruhe 1877
- von Weech, Friedrich Badische Biographien. Teil I - VI, Karlsruhe und Heidelberg 1875-1935 (zit.: BB I,II, III, V und VI)
- Wemmer, Ludwig Der Kampf der katholischen Kirche um die Schulen in Baden. Diss. iur., Berlin 1942
- Wetterer, Anton Das Bischöfliche Vicariat in Bruchsal vom der Säcularisation 1802/03 bis 1827. In: FDA 1928, Bd. 29 n.F., S. 49 ff.; FDA 1930, Bd. 30 n.F., S. 208 ff.
- Wielandt, Friedrich Das Staatsrecht des Grossherzogthums Baden. In: Handbuch des öffentlichen Rechts, Bd. 3, 1. Halbband Abteilung 3, 2. Auflage, Freiburg/Brsg. und Leipzig 1895
- Wild, Dieter Die Auseinandersetzung des deutschen Liberalismus mit den Konkordaten des 19. Jahrhunderts. Diss. phil., Freiburg/Brsg. 1957
- Will, Erich Entstehung und Schicksal der Konvention zwischen dem Heiligen Apostolischen Stuhl und der Krone Baden vom 28. Juni 1859. Ein Beitrag zur römisch-badischen Kirchenpolitik zwischen 1850 und 1860 nach Regierungsakten und Archivalien des Erzbischöflichen Ordinariates Freiburg. Diss. phil., Freiburg/Brsg. 1951

- | | |
|------------------------|---|
| <u>Winter</u> , Eduard | Der Josefinismus und seine Geschichte.
Beiträge zur Geistesgeschichte Österreichs 1740 - 1848. Brunn/München/
Wien 1943 |
| <u>Wolf</u> , Erik | Ordnung der Kirche, Lehr- und Hand-
buch des Kirchenrechts auf ökumeni-
scher Basis. Frankfurt/Main 1961 |
| <u>Würth</u> , Gerhard | Staat und Kirche auf dem Gebiete der
kirchlichen Vermögensverwaltung nach
badischem Recht. Diss. iur., Heidel-
berg 1932 |

IV. Zeitschriften

(Es sind hier nur solche Zeitschriften aufgeführt, die wegen besonderer, nicht mit Namen gezeichneter Beiträge zur Arbeit herangezogen wurden.)

Archiv für katholisches Kirchenrecht mit besonderer Rücksicht auf Österreich und Deutschland. Innsbruck 1857 ff.

(zit.: AfkKR)

Historisch - politische Blätter für das katholische Deutschland. München 1860 ff.

(zit.: Hist.-pol. Blätter)

VORWORT

Die vorliegende Arbeit verdankt ihre Entstehung der Anregung von Herrn Professor Dr. Erik Wolf, eine Studie über die Errichtung und Entwicklung des Kath. Oberstiftungsrates in Baden anzufertigen. Der Kath. Oberstiftungsrat wurde 1862 gemeinsam von Kirche und Staat als zentrale Verwaltungsbehörde des kath. Kirchenvermögens in Baden ins Leben gerufen und bestand - ab 1934 unter der ausschließlichen Oberaufsicht des Erzbischofs von Freiburg und den Namen Erzb. Oberstiftungsrat tragend - bis 1959 ¹⁾.

Ein eingehendere Beschäftigung mit dem Thema ließ es als geraten erscheinen, den Darlegungen über die Errichtung des Kath. Oberstiftungsrates eine zusammenfassende Geschichte der Kirchenvermögensverwaltung in Baden von 1803 bis 1860 voranzuschicken. Da jedoch für den genannten Zeitraum ausführliche Einzeluntersuchungen fehlen, entschloß sich der Verfasser, anstelle einer orientierenden Übersicht eine detaillierte Darstellung der badischen Kirchenvermögensverwaltung für die Jahre 1803 bis 1860 zu versuchen.

Für die Bereitstellung der hierzu verwandten Akten des Bad. Generallandesarchivs und der Erzb. Ordinariatsregistratur in Freiburg/Breisgau soll an dieser Stelle besonders gedankt werden.

Der vergleichenden Betrachtung der Kirchenvermögensverwaltung in Württemberg, Hessen und Bayern wurde ein größerer Raum als ursprünglich vorgesehen zugestanden, da auch hier der Mangel an vorarbeitenden Detailuntersuchungen ein genaueres Eingehen auf die Verhältnisse in den genannten Staaten nahelegte. Die Ausführungen über die Kirchenvermögensverwaltung in den Nachbarländern Badens erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und wollen zunächst nur dazu dienen, die Eigentümlichkeit der badischen Verhältnisse besser hervortreten zu lassen.

Die Ausführlichkeit, mit der für die Zeit bis 1860 die Kirchenvermögensverwaltung in Baden und den benachbarten süddeutschen Staaten behandelt wurde, machte es zuletzt notwendig, die Darstellung der Errichtung und Entwicklung des Kath. Oberstiftungsrates, die ursprünglich im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit stehen sollte, einem nachfolgenden Band, der auf diese Weise schon angekündigt wird, vorzubehalten.

I. VON DER SÄKULARISATION BIS ZUM ENDE DER NAPOLEONISCHEN ZEIT (1803 - 1815)

§ 1. Die geistigen Voraussetzungen der Säkularisation

Die Säkularisation stellte den schwersten Eingriff in die Vermögensverhältnisse der Kirche seit ihrer Errichtung in Deutschland dar. Sie verlor einen großen Teil des Kirchenvermögens und jeden Einfluß auf die Verwaltung des ihr verbleibenden Restes. Die Kirche wurde dem Staat untergeordnet. Die Kirchenverwaltung, soweit sie die landh. Kirchengewalt als iura circa sacra für sich beanspruchte, bildete von nun an einen Teil der inneren Staatsverwaltung, die fortbestehende kirchl. Verwaltung der iura in sacris wurde einer engmaschigen staatl. Aufsicht unterworfen. Der weitgehende Verlust des Kirchenvermögens und die Auflösung der kirchl. Vermögensverwaltung gingen Hand in Hand mit einem fast völligen Zusammenbruch der Hierarchie. Dem Zerfall der äußeren Organisation der Kirche entsprach im Innern ein religiöser Niedergang und eine gegenüber den Zeitströmungen in die Verteidigung gedrängte kath. Theologie.

Die große Bedeutung der Säkularisation für die Weiterentwicklung der kirchl. Vermögensverwaltung läßt ein näheres Eingehen auf einige ihrer Ursachen als berechtigt erscheinen. Aus der Vielfalt der die Säkularisation bewirkenden Gründe seien zwei verschiedenen Quellen entspringende, sich in der Gegnerschaft zum päpstlichen Machtanspruch aber begegnende geistesgeschichtliche Kräfte hervorgehoben. Sie hatten entscheidenden Anteil an der inneren Schwäche der Kirche im Zeitpunkt der Säkularisation und beeinflussten maßgeblich ihre Neugestaltung in den darauffolgenden Jahrzehnten.

1) Der Febronianismus

In der Kirche besteht eine natürliche Spannung zwischen dem die Einzelkirche leitenden Episkopat und dem der Gesamtkirche vorstehenden Papsttum. Der Episkopat ist die horizontale, das Papsttum die vertikale Komponente der kirchl. Hierarchie. Der Verlauf der Kirchengeschichte zeigt, daß entsprechend der inneren Kraft des Papsttums die Rechte des Episkopates aufgewertet oder eingeschränkt wurden. Schon in der Zeit der Reformkonzilien, die das Papsttum in sich zerrissen, seiner geistigen Autorität beraubt und kirchenpolitisch weitgehend entmachtet sah, fanden die innerkirchlichen Kräfte, die einer Zurückdrängung des päpstlichen Einflusses das Wort redeten, eine starke Stütze im aufstrebenden Königtum. In Frankreich machte sich der König zum Vorkämpfer einer von Rom weitgehend unabhängigen "ecclesia gallicana" und erklärte sich zum Schutzherrn der franz. Kirche und ihres Episkopates gegen alle unrechtmäßigen Angriffe des Römischen Stuhles. ²⁾

Die Pragmatische Sanktion von 1438, ³⁾ die zum Grundgesetz des Gallikanismus wurde, fand in Deutschland ihr Gegenstück in den "Gravamina der Deutschen Nation wider den Römischen Hof" ⁴⁾. Ihren Kern bildeten die Klagen gegen die römische Verwaltungs- und Besteuerungspraxis sowie gegen die Art des kirchl. Prozeßwesens.

In Deutschland führte die Reformation und in ihrem Gefolge die Gegenreformation zu einem stärkeren Zusammenrücken des Rom treugebliebenen Episkopates. Der Niedergang des Papsttums im 18. Jahrhundert ⁵⁾ führte zu einem Wiederaufleben der nie ganz tot gewesenen episkopalistischen, nationalkirchlichen Gedankengänge. Ihr Hauptverfechter im 18. Jahrhundert war der Trierer Weihbischof von Hontheim, dessen Pseudonym Justinus Febronius ⁶⁾ der neuen Bewegung, die besonders an den Höfen der rheinischen Kurfürsten Eingang fand, den Namen "Febronianismus" gab.

Von Hontheim forderte den nationalkirchlichen Zusammenschluß

der deutschen Reichskirche und ihre Autonomie gegenüber Rom. Er verwarf die Exemption der Klöster von der ordentlichen Bischofsgewalt und verlangte die Aufhebung der päpstlichen Reservationen und der Jurisdiktionsrechte der päpstlichen Nuntien⁷⁾. Dafür sollte dem Kaiser und den weltl. Reichsfürsten - als Protektoren der bischöfl. Rechte gegenüber dem päpstlichen Machtanspruch - ein wesentlicher Einfluß auf die deutsche Reichskirche eingeräumt werden⁸⁾.

Als 1785 in München neben Köln, Wien und Brüssel die vierte Nuntiatur⁹⁾ im Reich errichtet wurde, erließen die Rheinischen Kurfürsten und der Erzbischof von Salzburg im August 1786 die sog. Emser Punktation, die für das Verhältnis der deutschen Reichskirche zu Rom folgende Grundsätze aufstellte¹⁰⁾: 1. Innerhalb ihres Sprengels sind allein die Bischöfe zur Ausübung der kirchl. Jurisdiktionsgewalt befugt. Die bestehenden Exemptionen der Mönchsorden und die mit der ordentlichen Amtsgewalt der Bischöfe konkurrierende Jurisdiktion der Nuntien sind deshalb aufzuheben. Den Bischöfen sind ihre ursprünglich innegehabten Amtsbefugnisse durch Übertragung der ohne Rechtsgrund erlangten päpstlichen Reservationen zurückzugeben. 2. Päpstliche Bullen und Breven erhalten erst durch die Annahme der Bischöfe ihre kirchenrechtliche Wirksamkeit in Deutschland. Die Bischöfe können "vermög der von Gott erhaltenen Gewalt zu binden und zu lösen" selbständig Kirchengesetze erlassen und von den Vorschriften "allgemeiner und besonderer Kirchengesetze" Dispens erteilen¹¹⁾. 3. Zur Appellation an das päpstliche Gericht hat der Papst "iudices in partibus" zu ernennen oder ein Provinzialgericht einzusetzen, das im Namen des Papstes zu entscheiden hat. 4. Die an die Kurie zu zahlenden Palliengelder und Annaten sollen zugunsten geringfügiger Taxen beseitigt werden. 5. Ein bald einzuberufendes deutsches Nationalkonzil soll die auf die Basler Konzilsdekrete und das Aschaffenburgische Konkordat von 1448 zurückgehenden päpstlichen Reservationen und Privilegien aufheben. Für den Fall, daß das Nationalkonzil nicht zustande kommt, wird es dem Kaiser und dem gesamten Reich überlassen, die ursprüngliche Verfassung der deutschen Reichs-

kirche wiederherzustellen¹²⁾.

Die Emser Punktation bildete den Höhepunkt des im Zeichen des Febronianismus zwischen dem deutschen Episkopat und der Kurie entbrannten Kampfes. Die im Gefolge der franz. Revolution hereinbrechenden Wirren und die mangelnde Unterstützung von Seiten Kaiser Josefs II. ließen die deutschen Erzbischöfe ihre in Bad Ems verkündeten Ziele nicht mehr erreichen¹³⁾.

Obwohl die Führer der kirchl. Fronde gegen Rom im Staatskirchentum der absolutistischen Staaten eine Bedrohung ihrer eigenen episkopalistischen Ziele erkannten¹⁴⁾, billigten sie die josephinischen Kirchenreformen, um sich die Unterstützung und den Schutz des Kaisers und anderer Reichsfürsten in ihrem Kampf gegen die päpstlichen Vorrechte zu sichern¹⁵⁾.

Die Betonung des nationalen Charakters der deutschen Reichskirche und die daraus abgeleitete Forderung nach Ausschluß jedes landfremden Einflusses auf die kirchl. Verhältnisse in Deutschland¹⁶⁾ klangen wie eine kirchl. Billigung des staatlicherseits angestrebten Landeskirchentums. Die Bereitschaft der febronianischen Kirchenführer, Kaiser und Reich das Recht zur selbständigen Ordnung der deutschen Reichskirche zuzuerkennen¹⁷⁾ und die angestrebte kirchl. Reform in den Dienst der Staatsraison zu stellen¹⁸⁾, tat ein übriges, die kirchl. Widerstandskraft gegen die Säkularisation und den in ihrem Gefolge verwirklichten Anspruch des Staates auf selbstherrliche Regelung der kirchl. Verhältnisse zu untergraben.

2) Der Josefinismus

Was der absolutistische, auf das Gottesgnadentum begründete Staat der Gegenreformation der Kirche an Freiheit und selbständigem, vom staatl. Organismus unabhängigem korporativem Leben belassen hatte, versuchte der auf der naturrechtlichen Lehre von der Einheit aller öffentlichen Gewalt aufbauende Staat des aufgeklärten Absolutismus vollends zu beseitigen. Die aus dem "Staatsvertrag" abgeleitete Verpflichtung der Staatsgewalt, für die leibliche und geistige Wohlfahrt der Untertanen zu sorgen, ließ es als notwendig erscheinen, daß jede innerhalb des Staates wirkende Korporation, also auch die Kirche, dem in den Gesetzen sich äußernden Staatswillen als Repräsentanten des Gemeinwohls unterworfen war. Neben der Förderung von Handel und Wandel betrachtete der aufgeklärte absolutistische Staat die Erziehung des Volkes als seine vornehmste Aufgabe. In der Mitwirkung an der staatl. Erziehungsarbeit lag der gesellschaftliche Wert der Kirche, da die von ihr verkündete Moral und Religion die Annahme von Kultur und Zivilisation durch die breiten Volksmassen förderte. Für den aufgeklärten Absolutismus war die Kirche ein Teil der dem Staat zur Verfügung stehenden öffentlichen Machtmittel, die er zur Erreichung seiner Ziele verwenden konnte¹⁹⁾.

Soweit die Kirche sich von ihrer als Hauptzweck verstandenen Erziehungsaufgabe entfernt hatte, konnte sie der Staat durch unmittelbare organisatorische Eingriffe darauf zurückführen²⁰⁾. Mit Ausnahme von dogmatischen Fragen²¹⁾ unterstand die Kirche wie ein anderer staatl. Verwaltungszweig den Anordnungen der Regierung. Die Abgrenzung der staatl. und rein kirchl. Belange lag im Ermessen der Staatsgewalt.

Nach ihrem bedeutendsten Vertreter gab man dieser staatskirchlichen Lehre und der von ihr ausgehenden politischen Bewegung den Namen "Josefinismus"²²⁾. Die wichtigsten wissenschaftlichen Vertreter des Josefinismus waren die Kano-

nisten und Staatsrechtslehrer Kaiser Josefs II.²³⁾.

Die Einbeziehung der Kirche in den Aufgabenbereich und Verwaltungsaufbau des Staates führte dazu, daß dem absoluten Monarchen ein Obereigentum über alles kirchl. Vermögen zugesprochen wurde. Hieraus wurde wiederum das Recht des Staates abgeleitet, das Kirchenvermögen zur Erreichung staatl. Zwecke einzuziehen und mit Abgaben aller Art zu belegen. Der Staat habe allerdings dafür zu sorgen, daß das zum standesgemäßen Unterhalt der Geistlichen und zur öffentlichen Kultausübung erforderliche Kirchenvermögen erhalten bleibe²⁴⁾.

Die allgemein gegenüber der Kirche bestehende Schutz- und Aufsichtspflicht des Staates gebe ihm außerdem das Recht, die stiftungsgemäße Verwendung des Kirchengutes durch die Kirchendiener zu überwachen und eine zu starke Belastung desselben durch in- oder ausländische kirchl. Obrigkeiten zu verhindern. Der Staat habe das Kirchengut entsprechend dem größeren kirchl. Nutzen und dem Erfordernis für das Heil der Seelen neu zu verteilen²⁵⁾. Ihm stehe es zu, die Grenzen der Diözesen und der einzelnen Pfarreien zu bestimmen, um eine bessere religiöse Erziehung des Volkes zu gewährleisten. Das Unterrichtswesen sei im übrigen keine kirchl., sondern eine rein staatl. Angelegenheit²⁶⁾.

Getreu diesen Lehren erließ Josef II. das Klosteraufhebungspatent v. 28.2. 1782, das die beschaulichen, nicht der Jugend-erziehung, der Krankenpflege oder der Seelsorge dienenden Klöster aufhob und ihr Vermögen in einem vom Staat zentral verwalteten Religionsfonds²⁷⁾ zusammenfaßte. Der so gebildete Vermögensfonds diene neben der Versorgung der aus den Klöstern vertriebenen Religiösen der Errichtung neuer Pfarreien und Diözesen²⁸⁾, der Aufbesserung zu gering dotierter Pfründen²⁹⁾, der Verleihung von Tischtiteln³⁰⁾ und der Ausstattung neu gegründeter Generalseminarien³¹⁾. Da die Ertragnisse des Religionsfonds nicht ausreichten, um alle ihm vom Staat auferlegten Lasten zu tragen, wurde eine Religionsfondssteuer eingeführt, die vom Pfarrklerus und den

noch bestehenden Klöstern aufgebracht werden mußte³²⁾. Die Interkalargefälle vakanter Pfründen flossen ebenfalls in den Religionsfonds³³⁾. Um sich Geld für die staatl. Normalschulen zu beschaffen, hob Josef II. die in einzelnen Orten bestehenden religiösen Bruderschaften auf und zog deren Vermögen ein³⁴⁾.

Die Verwaltung des ganzen Kirchenvermögens nahm der Staat als Obereigentümer desselben für sich in Anspruch³⁵⁾. Dem Bischof wurde lediglich Einsicht in die Stiftungsrechnungen zugebilligt³⁶⁾.

Die Errichtung, Aufhebung und Neueinteilung kirchl. Sprengel sowie die Verstaatlichung des kirchl. Schulwesens und der Theologenausbildung führte der josephinische Staat ohne Mitwirkung kirchl. Stellen durch. Nicht die kirchl. Reform, sondern die bessere Erfüllung der Staatszwecke stand im Vordergrund dieser Maßnahmen³⁷⁾. Sie dienten auch die Aufhebung der päpstlichen Reservationen, die Unterstellung der exemten Klöster unter die Jurisdiktion der Landesbischöfe und das Verbot der Appellation an den Papst bzw. dessen Vertreter, den Nuntius³⁹⁾, nicht der Stärkung der bishöflichen Gewalt, sondern dem Ausbau einer staatl. kontrollierten Landeskirche⁴⁰⁾.

Bei ihrem Kampf gegen die päpstlichen Jurisdiktionsrechte, Reservationen und Privilegien, die der Ausbildung einer Landeskirche im Wege standen, kamen den Vertretern des Josefinismus die febronianischen Bestrebungen des deutschen Episkopates sehr gelegen. Sie hatten dadurch die Möglichkeit, in der Auseinandersetzung mit Rom ihre staatskirchlichen Ziele unter dem Deckmantel eines Verteidigers der Freiheiten der deutschen Reichskirche zu verbergen⁴¹⁾.

Die josephinischen Reformen führten dazu, daß sich die Stellung der kath. Kirche im Staate nur noch unwesentlich von derjenigen einer ev. Landeskirche unterschied. Die privilegierte Stellung der Kirche entsprang jetzt allein ihrer religiös-sittlichen Bildungsfunktion im Dienste des Staates. Als moralische Anstalt⁴²⁾ war sie Teil der Staatsverwaltung,

das Kirchengut öffentliches, dem Gemeinwohl gewidmetes Vermögen. So trug die josefinische Lehre und Praxis wesentlich zur geistigen Vorbereitung der Säkularisation und der ihr in den deutschen Mittelstaaten nachfolgenden staatl. Kirchenverwaltung, wozu auch die staatl. Kirchenvermögensverwaltung zählte, bei.

§ 2. Die Säkularisation von 1803: Der Reichsdeputations- hauptschluß

1) Vorgeschichte

In dem den zweiten Koalitionskrieg abschließenden Frieden von Lunéville (1801) erkannte das Reich offiziell den Rhein als seine Westgrenze an und verpflichtete sich, die weltl. Reichsfürsten für ihre auf dem linken Rheinufer gelegenen Besitzungen rechtsrheinisch zu entschädigen⁴³⁾. Unter dem maßgeblichen Einfluß Frankreichs wurden die geistl. Hochstifte, die reichsunmittelbaren Abteien, die Reichsstädte und die Gebiete der Reichsritterschaft sowie kleinerer Reichsfürsten zur Entschädigung der in Napoleons Gunst stehenden Territorialfürsten bestimmt. Bei der Auswahl der zu entschädigenden Reichsfürsten und der Bemessung der dem einzelnen Reichsfürsten zufallenden Entschädigungslande spielte die Absicht Napoleons eine große Rolle, gegenüber Österreich und Preußen einen Block deutscher Mittelstaaten unter Frankreichs Führung zu schaffen⁴⁴⁾. So kam es, daß die Markgrafschaft Baden unter gleichzeitiger Erhebung in den Rang eines Kurfürstentums einen ihre Verluste auf dem linken Rheinufer weit übersteigenden Anteil an den säkularisierten und mediatisierten Gebieten Süddeutschlands erhielt.

Während das Hausgut der mediatisierten weltl. Herren nicht angetastet wurde, beschloß die mit der Durchführung der Säkularisation bzw. Mediatisation beauftragte Reichsdeputation, daß nicht nur die geistl. Gebiets Herrschaften mit den daraus fließenden Einkünften, sondern auch das kirchl. Vermögen der Fürstbistümer, Domkapitel und Klöster zur Entschädigung weltl. Reichsfürsten herangezogen werden sollte. Die rechtliche Grundlage der Säkularisation bildete der Reichsdeputationshauptschluß (RDHS) v. 25.2. 1803.

2) Umfang der Säkularisation

Die §§ 34, 36 und 61 RDHS⁴⁵⁾ wiesen die Einkünfte und Güter der in den vorausgehenden §§ aufgehobenen weltl. Herrschaften der Reichsabteien und Fürstbistümer den zu entschädigenden Fürsten an (§§ 36, 61), verleibten das Vermögen der Domkapitel und ihrer Dignitaren den bischöfl. Domänen ein (§ 34) und überwiesen dieselben zusammen mit allen "Gütern, Rechten, Kapitalien und Einkünften" der "namentlich und förmlich zur Entschädigung angewiesenen Stifter, Abteien und Klöster" (§ 36) dem Staatsärar der neuen Landesherren.

Die Säkularisation der Fürstbistümer beschränkte sich also nicht auf die Rechte und Einkünfte der geistl. Hochstifter. § 34 in Verb. mit § 61 RDHS schlug gleichermaßen das kirchl. Bistumsvermögen dem Fiskus der neuen Landesherren zu⁴⁶⁾.

Die Bistümer blieben jedoch als kirchl. Rechtssubjekte bestehen (§ 62).

In gleicher Weise umfaßte die Säkularisation der reichsunmittelbaren Klöster neben der weltl. Herrschaft des Klosters auch die Klostergemeinschaft selbst mit allen damit verbundenen Vermögenswerten (§§ 36, 42).

Die Fürstbistümer und die gesondert hierzu angewiesenen "Stifter, Abteien und Klöster" (§ 36) dienten als bloße Entschädigung für die auf dem linken Rheinufer erlittenen Verluste. Ihre Säkularisation trat mit Verkündung des RDHS ein⁴⁷⁾. Anders verhielt es sich mit den Gütern der übrigen in den alten oder im Gefolge der Säkularisation neu erworbenen Gebieten befindlichen "fundierten Stifter, Abteien und Klöster". § 35 RDHS überließ es dem Gutdünken der weltl. Landesherren⁴⁸⁾, diese Güter - mitsamt den Klöstern (§ 42) - unangetastet zu lassen oder einzuziehen, um sie "sowohl zum Behufe des Aufwandes für Gottesdienst, Unterrichts- und andere Anstalten gemeinnütziger Art, als zur Erleichterung ihrer Finanzen" verwenden zu können.

§ 35 stellte im Gegensatz zu den §§ 34, 61 keine neue Säkularisation sondern nur eine Säkularisationsermächtigung zugunsten der Landesherren dar⁴⁹⁾. Es gab allerdings keinen Fürsten, der die in § 35 enthaltene Ermächtigung nicht ausgeschöpft hätte⁵⁰⁾.

Die Grenzen der Säkularisation zeigten die §§ 63 und 65 RDHS auf, die "jeder Religion" den "Besitz und ungestörten Genuß ihres eigentümlichen Kirchengutes, auch Schulfonds nach der Vorschrift des Westf. Friedens" (§ 63) sowie den Fortbestand der "frommen und milden Stiftungen" unter "landesherrlicher Aufsicht und Leitung" (§ 65) garantierten. Unter dem "eigentümlichen Kirchengute" verstand § 63 neben den Schulfonds das der Ausübung des Kultes, der Pfarrseelsorge und der Armenfürsorge dienende Vermögen der lokalkirchlichen Institute, die von der Säkularisation nicht erfaßt wurden⁵¹⁾. Zu dem von der Säkularisation nicht betroffenen Kirchengut waren wohl auch jene allgemeinen Fonds zu rechnen, die einer Vielzahl von lokalkirchlichen Instituten gewidmet waren.

3) Aus der Säkularisation entspringende Vermögensansprüche
der Kirche gegenüber dem Staat

Der RDHS hatte die Tendenz, die Existenz und das Vermögen jener kirchl. Institute, die unmittelbar den religiösen Bedürfnissen des Volkes dienten, zu erhalten und diejenigen kirchl. Institute, die diesem Zweck nur mittelbar förderlich erschienen, aufzuheben und zu enteignen. So kam es, daß der RDHS die ortskirchlichen Rechtsinstitute und Vermögenswerte - im Gegensatz zu den Klöstern - von der Säkularisation ausnahm.

Da die Ortsgeistlichen nur die Gehilfen und Beauftragten des Bischofs als des eigentlichen Pfarrers und Seelsorgers der Diözese waren, mußten die gleichen Gründe, die zur Erhaltung der lokalkirchlichen Institute und ihres Vermögens führten, auch bewirken, daß die mit der Ausübung des Bischofsamtes zusammenhängenden diözesankirchlichen Institute bestehen blieben ⁵²⁾. Dementsprechend stellte § 62 fest, daß "die erzbischöflichen und bischöflichen Diözesen" mit ihren Domkapiteln ⁵³⁾ im "bisherigen Zustande" bis zu einer reichsgesetzlichen Neuregelung fortbestanden.

Die weitere Folgerung, das diözesankirchliche Vermögen ebenso wie das Vermögen der Lokalkirchen von der Säkularisation auszunehmen, zog jedoch der RDHS nicht. Das diözesankirchliche Vermögen verfiel vielmehr gem. den §§ 34, 61 RDHS der Säkularisation. Zum Ausgleich hierfür verband § 35 das Recht der weltl. Landesherren, alle auf ihrem Territorium befindlichen Klöster zu säkularisieren, mit der Verpflichtung, aus dem so säkularisierten Kloostervermögen "den Domkirchen, welche werden beibehalten werden", eine "feste und bleibende Ausstattung " zugewähren.

Das Rechtsinstitut der "Domkirche" stand stellvertretend für das ganze Bistum, dessen ursprünglich alleiniger Vermögensträger es war. § 35 verlieh daher nicht nur der Domkirche, sondern allen jenen verfassungsmäßig notwendigen

diözesankirchlichen Instituten, die im Laufe der Zeit neben der Domkirche eigene Rechtspersönlichkeit erlangt hatten, wie z.B. der mensa episcopalis, dem Domkapitel und dem bischöfl. Seminar, einen Ausstattungsanspruch gegenüber dem Staatsapparat. Nicht die Domkirche allein, das Bistum sollte neu dotiert werden ⁵⁴⁾.

Der Ausstattungsanspruch des § 35 wurde allen "Domkirchen, welche werden beibehalten werden", zuerkannt. Domkirchen, die anlässlich der ins Auge gefassten Neuordnung der kirchl. Verhältnisse aufgehoben würden, sollten ihren Dotationsanspruch verlieren. Daraus folgt, daß die an die Stelle der alten tretenden neuen Domkirchen den Ausstattungsanspruch von jenen übernahmen ⁵⁵⁾.

Der Anspruch des § 35 richtete sich auf "feste und bleibende Ausstattung", d.h., er bezog sich auf eine Realdotation des Bistums. Die Ausdrucksweise "feste und bleibende Ausstattung" wies darauf hin, daß das Bistum mit Hilfe der neuen Vermögenszuweisung in der Lage sein sollte, sich selbst zu unterhalten. Nur ein in Grundstücken und ständigen Fonds angelegter Vermögensstock, dessen jährlicher Ertrag die Ausgaben der Bistumsverwaltung deckte, nicht aber eine jährlich vom Staat gewährte Geldrente konnte den Anspruch auf "feste und bleibende Ausstattung" befriedigen ⁵⁶⁾.

In Art. 8 der Deklaration von 1818 ⁵⁷⁾ anerkannten die Staaten der Frankfurter Konferenz ⁵⁸⁾ ihre aus § 35 RDHS fließende Verpflichtung zur Realdotation der auf ihren Territorien befindlichen Bistümer. Dieses Anerkenntnis wiederholten noch einmal Art. 3 der württ. Konvention v. 8. 4. 1857 ⁵⁹⁾ und Art. 3 der bad. Konvention v. 28. 6. 1859 ⁶⁰⁾.

Neben dem Ausstattungsvorbehalt zugunsten der Domkirche enthielt § 35 RDHS keinen weiteren selbständigen Verpflichtungsgrund des Staates. Insbesondere ergab die den säkularisierenden Landesherren erteilte Auflage, das eingezogene Klostergut "zum Behufe des Aufwandes für Gottesdienst, Unterrichts- und andere Anstalten gemeinnütziger Art" oder

zur "Erleichterung ihrer Finanzen" zu verwenden, keinen eigenständigen, vermögensrechtlichen Anspruch der Kirche gegenüber dem Staat ⁶¹⁾. Vielmehr verwies die Verwendungsaufgabe des § 35 auf die aus der Universalsukzession folgende Rechtspflicht des Staates, die auf dem Klostervermögen ruhenden "altrechtlichen" - d.h. nicht wie der Dotationsanspruch der Domkirchen infolge der Säkularisation neu entstandenen ⁶²⁾ - Verbindlichkeiten zugunsten fortbestehender lokal- und diözesankirchlicher Rechtsinstitute ⁶³⁾ zu erfüllen ⁶⁴⁾. Für die Fiskalschulden der ehemals geistl. Landesherrschaften erkannte § 77 RDHS den in § 35 nur mittelbar in Bezug genommenen gemeinrechtlichen Grundsatz, daß Vermögensgesamtheiten mit Aktiva und Passiva auf ihre Erwerber übergehen ⁶⁵⁾, ausdrücklich an. Was aber für die Fiskalschulden der einverleibten Hochstifter und Reichsabteien recht war, mußte für die auf dem säkularisierten Klostervermögen lastenden kirchl. Verbindlichkeiten billig sein. ⁶⁶⁾

Die auf dem eingezogenen bischöfl. Domänen und den domkapitelischen Gütern zugunsten diözesankirchlicher Institute ruhenden "altrechtlichen" Lasten gingen natürlich in gleicher Weise und aus den gleichen Gründen wie die Verbindlichkeiten des säkularisierten Klostervermögens auf den Staat über ⁶⁷⁾. Da das säkularisierte Bistumsvermögen zur Befriedigung der augenblicklichen und zukünftigen Bedürfnisse des Bistums bestimmt war, mußte der säkularisierende Staat bis zur Erschöpfung des eingezogenen Kirchenvermögens zur Ausstattung der diözesankirchlichen Institute und zur Deckung wachsender kirchl. Bedürfnisse dieser Anstalten beitragen. Verleibte der Staat das säkularisierte Kirchenvermögen seinem Staatsärar ein, wie dies ausnahmslos geschah, so konnte er die Erschöpfungseinrede nicht mehr geltend machen und haftete in unbeschränkter Höhe für die Deckung der aus kirchl. Eigenmitteln nicht zu bestreitenden kirchl. Ausgaben ⁶⁸⁾.

Die aus der Säkularisation erwachsenden "altrechtlichen" Ansprüche lokal- und diözesankirchlicher Rechtsinstitute

standen selbständig neben dem "neurechtlichen" Ausstattungsanspruch der Domkirche ⁶⁹⁾. Während sich aber der Ausstattungsanspruch nur auf den im Zeitpunkt der Dotationsgewährung vorhandenen kirchl. Aufwand bezog, ging der gegenüber dem säkularisierten Bistumsvermögen bestehende "altrechtliche" Anspruch auf Befriedigung aller gegenwärtig oder zukünftig auftretenden finanziellen Bedürfnisse des Bistums. Dieser "altrechtliche" Anspruch war daher umfassender als der "neurechtliche" Anspruch auf Bistumsausstattung ⁷⁰⁾. Zu seiner Befriedigung war aber keine Hingabe liegender Güter erforderlich. Es genügten hierzu Leistungen in Geld ⁷¹⁾.

Zur Befriedigung der mit der Säkularisation übernommenen "altrechtlichen" Verbindlichkeiten erklärten sich die Staaten der Frankfurter Konferenz von 1818 in § 71 der von ihnen verabschiedeten "Grundzüge zu einer Vereinbarung über die Verhältnisse der kath. Kirche in deutschen Bundesstaaten" bereit, einen vom Staatsgut abgesonderten, allgemeinen kath. Kirchenfonds zu bilden, aus welchem "diejenigen Kirchenbedürfnisse bestritten werden können, für deren Befriedigung örtliche Fonds entweder garnicht vorhanden oder doch nicht zureichend sind" ⁷²⁾.

4) Die Säkularisation in ihren Auswirkungen auf die Stellung der kath. Kirche in Deutschland

Die Säkularisation hob die Reichsunmittelbarkeit der deutschen Bischöfe auf, beendete die auf ihren Reichsfürstenstand gegründete Gleichstellung von kirchl. und weltl. Gewalt im Reich und unterstellte die bischöfl. Ordinariate und Domkapitel der Landeshoheit der weltl. Fürsten. Da die von der Säkularisation begünstigten Staaten mit Ausnahme Bayerns und Österreichs einen ev. Charakter trugen, sah sich die Kirchengewalt vieler Bistümer einer in der Praxis des ev. Landeskirchentums groß gewordenen Staatsbürokratie gegenüber. Der aufgeklärte, dem Josefinismus der kath. Staaten zugetane Geist dieser Staatskanzleien tat ein übriges, die bischöfl. Ordinariate in eine drückende landh. Abhängigkeit zu bringen. Die bisher freie Kirche mußte sich nun die Organisation ihrer Sprengel, die Besetzung ihrer Ämter und die Ausbildung ihres Klerus, um nur einige wichtige Punkte zu nennen, von der Staatsgewalt vorschreiben lassen. Der Verlust ihres Vermögens machte sie wehrlos gegen jede vom Staat anbefohlene Beschränkung ihrer Organisation und ihres Wirkungsbereiches.

Im Widerspruch zur Bestandsgarantie des § 62 RDHS verhinderten die neuen Landesherren die Neubesetzung verwaister Bischofsstühle und beraubten so die schwer getroffenen Bistümer ihrer Hirten. Ohne Rücksicht auf die Diözesangrenzen gestanden die neuen Landesherren nur jenen Bischöfen eine kirchl. Jurisdiktionsbefugnis zu, die innerhalb ihrer Landesgrenzen residierten. So setzte Baden für die innerhalb seiner Grenzen befindlichen Teile "ausländischer" Diözesen besondere Generalvikariate ein ⁷³⁾. Auf diese Weise waren kurze Zeit nach der Säkularisation die deutschen Bistümer entweder ihrer Vorsteher beraubt oder in verschiedene Teile auseinandergerissen.

Der vollständig feudalisierte, aus der Zeit des "ancien

régime" stammende deutsche Episkopat, an dessen Spitze der febronianischen und josephinischen Ideen anhangende Erzbischof von Mainz und Bischof von Konstanz, Freiherr von Dalberg⁷⁴⁾, stand, verfügte nicht über die Führungsqualitäten, um eine innere Reform der vom reichsfürstlichen Rang in landh. Abhängigkeit gestürzten Kirche einleiten zu können.

§ 3. Die staatlichen Religionsedikte

1) Allgemeiner Sinn und Zweck der Konstitutions- und Organisationsedikte bzw. -reskripte

Die infolge der Mediatisation und Säkularisation eingetretene Verdoppelung und Verdreifachung ihres Staatsgebietes zwang die süd- und südwestd. Mittelstaaten zum Umbau ihrer Regierungskollegien und zur Errichtung einer neuen Verwaltungsorganisation. Die Verschiedenartigkeit und Mannigfaltigkeit der in den mediatisierten und säkularisierten Territorien vorgefundenen staatl. Gewaltverhältnisse erschwerten den Aufbau einer einheitlichen Verwaltung. Die Eingliederung bisher reichsunmittelbarer und unter Landeshoheit stehender Städte, deren Stadtrechte in vieler Weise voneinander abwichen, verlangten nach einem die innere Verfassung und Autonomie regelnden, einheitlichen Kommunalrecht. Ein weiteres der gesetzlichen Regelung bedürftiges Problem war die persönliche Stellung der ehemals reichsunmittelbaren Standesherrn im Staat. Die in den einzelnen Landesteilen herrschenden lehensrechtlichen Verhältnisse mußten auf eine neue Grundlage gestellt, die Beziehungen zwischen standesherrlichen und landh. Ämtern geordnet werden.

Einen der wichtigsten Fragenkomplexe, die eine rasche Lösung verlangten, bildete das zukünftige Verhältnis von Kirchl. und staatl. Gewalt. Der Gebietszuwachs von 1803 brachte es mit sich, daß von nun an in allen deutschen Mittelstaaten größere Gruppen von Protestanten und Katholiken zusammenlebten. Waren die bisher auf dem Reichsgebiet bestehenden Territorien an eine Konfession gebunden, so verlangten die neuen Staatsgebilde mit ihrer konfessionell gemischten Bevölkerung nach einem veränderten Verhältnis der Staatsgewalt zu den drei im Reich anerkannten christlichen Bekenntnissen 75). Die Einordnung der ihrer Reichsunmittelbarkeit verlustig gegangenen kath. Kirche in den Staat stellte die neuformierten Staaten vor ebenfalls neuartige staatsrechtliche Probleme.

Zur Lösung dieser und vieler anderer Fragen, die sich aus der neuen Staatsbildung ergaben, erließen das Königreich Württemberg, das Großherzogtum Baden, das Herzogtum Nassau, um nur einige der deutschen Mittelstaaten zu nennen, in rascher Folge mehrere Organisations- und Konstitutionsedikte. So erließ z.B. Baden nach Erwerb von geistl., reichsstädtischen und kurpfälzischen Gebieten im Jahre 1803 13 Organisationsedikte⁷⁶⁾ und nach Erwerb vorderöstr., fürstenbergischer und leiningenscher Gebiete und der Erhebung zum Großherzogtum in den Jahren 1807 - 1809 weitere sieben Konstitutionsedikte⁷⁷⁾. Das III. Organisationsedikt und das I. Konstitutionsedikt befaßten sich ausschließlich mit dem Verhältnis von Kirche und Staat und führen deshalb auch den Namen "Religionsedikte". Besondere Religionsedikte verkündeten auch die anderen deutschen Mittelstaaten⁷⁸⁾.

Hier sollen nur die bad. Religionsedikte und einige zum Vergleich den Religionsedikten benachbarter Staaten entnommene Vorschriften Berücksichtigung finden.

2) Der paritätische Staat

Die von der Säkularisation begünstigten Dynastien Südwest- und Westdeutschlands waren alle evangelisch. Die Erweiterung ihrer bisher rein ev. Territorien um große kath. Gebiets-
teile zwang sie ⁷⁹⁾, den Staat in ein paritätisches Verhält-
nis zu den beiden christlichen Kirchen zu bringen ⁸⁰⁾. So
sicherten das III. Bad. Organisationsedikt v. 11. 2. 1803
(OE) und das württ. Religionsedikt v. 14. 2. 1803 ⁸¹⁾ den
kath. Untertanen die freie Religionsausübung und den unge-
störten Genuß ihres Kirchengutes zu.

Das I. Bad. Konstitutionsedikt v. 14. 5. 1807 (KE) stellte
die Religionsausübung der Katholiken und Evangelischen unter
besonderen Staatsschutz (Art. 7 KE). Katholiken und Evange-
lische sollten den gleichen Zugang zu Staatsstellen haben
(Art. 15, 17 OE; 7, 8 KE). Die kirchl. Ortsbürgerschaft,
d.h. das Recht zur öffentlichen Religionsausübung und zur
Wahrnehmung pfarrlicher Rechte, stand der kath. und ev. Kir-
che im allgemeinen nur in jenen Gemeinden zu, in denen sie
sie schon vor 1806 besaßen (Art. 2, 3 KE; 1 OE). In unge-
mischten Gemeinden, in denen nur ein Bekenntnis die kirchl.
Ortsbürgerschaft besaß, waren alle fremden Religionsverwand-
ten dem Pfarrbann des Kirchspiels unterworfen, so daß der
jeweilige Pfarrherr die Eheeinsegnung, die Annahme zur Taufe
und das Begräbnis auch für die Angehörigen der nicht orts-
ansässigen Religion vorzunehmen hatte (Art. 22 KE) ⁸²⁾.
Jedoch erlaubten Art. 1 OE unter gewissen Voraussetzungen und
Art. 4 KE schlechthin den Zuzug andersgläubiger Personen in
ungemischte Gemeinden, und Art. 3 KE, 19 OE stellten es
sodann dem Landesherrn frei, konfessionell gemischten Ge-
meinden einen paritätischen Charakter zu verleihen.

Württemberg stellte ursprünglich die Parität der Konfessio-
nen nur in den "Neuwürttemberg" genannten Entschädigungs-
landen her, während es in den württ. Stammlanden die ev.-
luth. Landeskirche als Staatskirche beibehielt ⁸³⁾. Erst
das Religionsedikt v. 15. 10. 1806 dehnte die Parität der

beiden großen christlichen Konfessionen auf ganz Württemberg aus⁸⁴⁾.

3) Der Aufbau des landesherrlichen Kirchenregimentes

a) Iura maiestatica circa sacra

Das Gegenstück zur Gleichberechtigung der ev. und kath. Kirche im Staat stellte deren Gleichbehandlung durch den Staat dar. Das im kath. Österreich entwickelte josefinische Kirchensystem erleichterte das Bestreben der neuen Landesherren, die kath. Kirche in gleicher Weise wie die ev. Landeskirche der staatl. Verwaltung einzugliedern und sie bei der Ausübung ihrer Amtspflichten den staatl. Gesetzen und Weisungen zu unterwerfen. Diesem Ziel dienten die in den Religionsedikten enthaltenen Bestimmungen über die staatl. Kirchenherrlichkeit, d.h. die von den Landesherren in Anspruch genommenen "Iura maiestatica circa sacra" ⁸⁵⁾.

Die auf den sog. äußeren Bereich der Kirche sich beschränken- den Iura maiestatica circa sacra gliederten sich in das ius reformandi, ius advocatiae und ius inspectionis ⁸⁶⁾.

Das ius inspectionis, das dem Visitationsrecht des als Oberhaupt seiner Kirche amtierenden ev. Landesherren entstammte und inzwischen zum wichtigsten der drei Majestätsrechte geworden war, bildete für den aufgeklärt - absolutistischen Staat den Ansatzpunkt für die einseitige Abgrenzung des kirchl. und staatl. Bereiches, die Eingliederung der kirchl. in die staatl. Verwaltung, die strukturelle Veränderung der Kirche sowie für die völlige Kontrolle aller kirchl. Amtshandlungen.

b) Die Iura maiestatica circa sacra und ihre in den Religions- edikten erfahrene Ausgestaltung

α) Die staatliche Zulassung als Voraussetzung jeder kirch- lichen Tätigkeit

Art. 1 KE machte die Ausübung eines religiösen Bekenntnisses von der vorhergehenden Staatsgenehmigung abhängig. Das I. KE unterschied zwischen der staatl. Duldung eines Bekenntnisses und der Verleihung eines besonderen Staatsschutzes für dessen

kirchl. Institutionen. So bestimmte Art. 7 KE, daß Katholiken und Evangelische für ihre Kircheneinrichtungen einen besonderen Staatsschutz genießen, die jüdische Religionsgemeinschaft aber nur konstitutionsmäßig geduldet sein sollte.

β) Das landesherrliche Patronatsrecht

Der Landesherr nahm für sich ein aus der landh. Souveränität abgeleitetes, allgemeines Besetzungsrecht für alle Pfarrpfründen in Anspruch. Dieses landh. Patronatsrecht, das in allen Staaten der späteren Oberrh. Kirchenprovinz in Geltung stand ⁸⁷⁾, bezog sich auf alle Kirchenpfründen des Landes und sollte verhindern, daß kirchl. Ämter an Personen verliehen wurden, die in staatl. Hinsicht mindergenehm waren. Soweit Kirchenpfründen im Privatpatronat weltl. Standes- und Grundherren standen, benötigten die auf sie präsentierten Kandidaten vor ihrer kirchl. Investitur die landh. Genehmigung ⁸⁸⁾.

Nach Art. 13 KE hatte die oberste Kirchenbehörde die Möglichkeit, vom Landesherrn nominierte Kandidaten wegen ihrer Unwürdigkeit oder Unfähigkeit abzulehnen. Benannte der Landesherr dreimal hintereinander einen nach Ansicht der Kirchenbehörde untauglichen Kandidaten, so ging für diesen Fall die Berufung eines neuen Pfründinhabers auf die Kirche über. Die zuständige Kirchenbehörde konnte auch jetzt die vakante Pfründe nur mit einem Bewerber, der dem Staat genehm war, besetzen, da sich der Landesherr in Art. 21 KE ein absolutes Veto gegen alle "in Staatshinsicht bedenklich" erscheinenden Personen vorbehalten hatte. Dieses Veto richtete sich selbst gegen mißliebige Kapläne und Hilfsgeistliche aller Art ⁸⁹⁾.

γ) Die Übernahme bisher kirchlicher Aufgaben durch den Staat

Die Religionsedikte engten den kirchl. Bereich einseitig zugunsten des Staates ein.

Zur Übernahme bisher kirchl. Aufgaben durch den Staat boten sich zwei Wege an. Zum einen konnten die betreffenden Aufga-

ben rein weltl. Behörden übertragen werden ⁹⁰⁾, zum anderen konnten sie den geistl. Kirchendienern im Auftrag des Staates überlassen bleiben, und diese insoweit zu Staatsdienern erklärt werden.

Bei der Übernahme der Standesbeamtung durch den Staat, die Art. 24 OE noch zu den kirchl. Angelegenheiten gezählt hatte, wählte das I. KE die letztere Möglichkeit. Die Ortspfarrer, denen weiterhin die Führung der Personenstandsregister oblag, amtierten "bei der Verkündigung und Einsegnung der Ehe, bei der Annahme zur Taufe, bei der Ablegung des Religionsbekenntnisses, beim Übertritt von einer Kirche zur anderen, oder beim Begräbnis" nicht nur als Diener der Kirche, sondern auch als Diener des Staates. Sie hatten sich "in der religiösen Art ihrer Verrichtung solcher Handlungen nach den Gesetzen ihrer Kirche, hingegen in Hinsicht auf Zeit- und Ortsverhältnisse, sowie auf die Beurkundung nach den Gesetzen des Staates zu richten" (Art 22 KE).

b) Das landesherrliche Plazet und der "recursus ab abusu"

Als rechtmäßige Gegenstände der Kirchengewalt bezeichnete Art. 12 KE die religiöse und sittliche Unterweisung und Beaufsichtigung der Kirchenmitglieder, die Prüfung und Zulassung der Geistlichen, ihre Investitur und Leitung bei der Ausübung ihres seelsorgerlichen Amtes sowie die Gebrauchsregelung für kirchl. Gebäude und Gerätschaften. In diesem Rahmen konnte die kirchl. Verwaltung und Gerichtsbarkeit selbständig tätig werden (Art. 14 KE).

Zur Verhinderung einer dem staatl. Interesse nicht förderlichen Entwicklung behielt sich die Staatsgewalt die Kenntnisnahme von allen "Gewaltshandlungen der Kirche in ihrem Innern" ⁹²⁾ vor und unterwarf alle kirchl. Verordnungen und bischöfl. Unterweisungen (Hirtenbriefe) der vorhergehenden staatl. Genehmigung, d.h. dem landh. Plazet ⁹³⁾.

Jedem von einem kirchl. Erkenntnis oder einer kirchl. Verfügung Betroffenen stand es frei, unter der Vorgabe kirchl.

Amtsmissbrauches an die staatl. Stellen zu appellieren (recursus ab abusu). Die zuständige Staatsbehörde konnte nach Einsicht in die Akten die betreffende kirchl. Anordnung aufheben, wenn sie von ihrer Rechtswidrigkeit bzw. Mißbräuchlichkeit überzeugt war (Art. 21 KE).

Die so beschränkte und in jeder Hinsicht kontrollierte Kirchengewalt durfte gem. Art. 20 KE ⁹⁴⁾ nur von einer innerhalb der Landesgrenzen dauernd residierenden kirchl. Obrigkeit ausgeübt werden.

4) Die staatliche Verwaltung des Kirchenvermögens

a) Die Funktion des Kirchenvermögens

Das Kirchenvermögen dient dem Erhalt der Kirche und ihrem Dienst an der Welt. Zu diesem Zweck folgt die Verwaltung des Kirchenvermögens wie jede andere Vermögensverwaltung in erster Linie dem Gesetzen der Rentabilität und Wirtschaftlichkeit, ohne bei ihrer Anwendung eigentümlich kirchl. Züge aufzuweisen.

Das Vermögen der Kirche ist Zeichen ihrer Konkretheit und Geschichtlichkeit, Garant ihrer Freiheit. Es verhilft der Kirche zur Unabhängigkeit nach außen und dient ihr als Schutz gegen Eingriffe in ihr inneres Leben. Diesen Aufgaben kann das Kirchenvermögen nur gerecht werden, wenn seine Verwaltung in den Händen der Kirche liegt. Daher mußte es für die Kirche verderblich sein, wenn ihr Vermögen in die ausschließliche Verwaltung des Staates überging. Die Gesetzgebung des absolutistisch - josefinischen Staates bewies, daß es neben der Säkularisation des Kirchenvermögens kaum ein besseres Mittel als die Verstaatlichung der Kirchenvermögensverwaltung gab, um die Freiheit der Kirche zu beseitigen.

b) Umfang des staatlicherseits anerkannten Kirchenvermögens

Der Umfang des staatlicherseits anerkannten Kirchenvermögens richtete sich nach den §§ 63, 65 RDHS.

Art. 18 OE verbot im Anschluß an § 63 RDHS, daß jemals "ein Religionstheil zu dem Mitgebrauche und Mitgenusse von Kirchen-, Pfarr- oder Schulgebäuden, von Kirchen-, Pfarr- und Schulgütern oder Einkünften, in deren unbestrittenen Genuß ein anderer Religionstheil dormalen steht" zugelassen werde.

Art. 20 OE bezeichnete die von jedem "Religionstheil" hergebrachten "Spitäler, Siechenhäuser und Almosengaben" als

"kirchliche Angehörde", beschränkte aber den Alleingenuß der berechtigten Konfession - unter Berufung auf die auch von § 63 RDHS als maßgebend bezeichneten Bestimmungen des Westf. Friedens - auf diejenigen nach der Reformation entstandenen Wohltätigkeitseinrichtungen und Almosenstiftungen, für die der Stifter "die Alleinbegünstigung" ausdrücklich vorgesehen hatte⁹⁵⁾. Art. 20 OE, der an § 65 RDHS anknüpfte, machte deutlich, daß § 65 RDHS nicht das Eigentum einer "jeden Religion" an ihren "frommen und milden Stiftungen" verneinen wollte, wie vielleicht aus seiner im Vergleich zu § 63 RDHS unverbindlicheren Formulierung geschlossen werden könnte⁹⁶⁾. Art. 20 OE sah in allen von einem Religionsteil bzw. einer Kirche⁹⁷⁾ "hergebrachten" Armenstiftungen, gleichgültig, ob er für sie einen Alleingenuß anerkannte oder nicht, eine "kirchliche Angehörde", d.h. einen Teil des Kirchenvermögens⁹⁸⁾.

Demnach rechneten die §§ 63, 65 RDHS und ihnen folgend die Art. 18, 20 OE das kath. Kult -, Schul- und Armenvermögen zum kath. Kirchenvermögen.

Nach Art. 9 KE gehörten zum "Eigentum" der "Kirche" "Liegenschaften, Renten, Bauansprachen und bewegliches Gut, das sie dermalen zum Gebrauch ihres Gottesdienstes auch ihrer Kirchen-, Pfarr- und Schuleinrichtungen wirklich und unbestritten besitzt". Die kath. "Kirchen-, Pfarr- und Schuleinrichtungen" umfaßten auch die kath. Wohltätigkeitseinrichtungen, die Art. 9 KE nicht gesondert erwähnte. Hierfür spricht vor allem, daß die in Ausführung des I. KE "für die kirchliche Eigenthums- Verwaltung und Vertretung" errichteten Kath. Kirchenökonomiekommissionen auch zur Verwaltung der Spital-, Siechen- und Almosenkassen berufen waren⁹⁹⁾. Sodann verwandte die bayer. Konstitutionsurkunde v. 1. 5. 1808 den Begriff der "Pfarr-, Schul- und Kirchengüter" im hier angegebenen Sinne, d.h. als Sammelbegriff für das der Kirche gehörende Vermögen "des Kultus, des Unterrichts und der Wohltätigkeit"¹⁰⁰⁾.

Dem nicht sogleich säkularisierten Klostervermögen ¹⁰¹⁾ sprach bereits Art. 21 OE den kirchl. Charakter ab. Diese Feststellung, die sich auf § 35 RDHS stützen konnte, wiederholte Art. 9 Abs. 2 KE und bestimmte, daß bei Auflösung einer Ordensgemeinschaft ihr Vermögen dem Staatsärar anheimfallen sollte.

c) Die Verwaltung des Kirchenvermögens

α) in der Markgrafschaft Baden

Von allen südwest- und westdeutschen Mittelstaaten, die die napoleonische Ära überdauerten, hatte allein Baden schon vor der Säkularisation einen beträchtlichen kath. Bevölkerungsanteil besessen ¹⁰²⁾. In der Markgrafschaft Baden regelten zwei markgräfllich-bad. Postscripti v. 28. 10. 1790 und v. 21. 8. 1791 die Verwaltung des kath. Kirchenvermögens ¹⁰³⁾.

Das markgräfllich - bad. Postscriptum vom 28. 10. 1790 legte den Umfang der bei der Verwaltung der kath. "Ortsheiligen" zugestandenen kirchl. "Mitsorge" näher fest, nachdem schon früher das kath. Ortskirchenvermögen der Verwaltung von bürgerlichen, den einzelnen Gemeinden angehörenden und unter der Aufsicht des "Fürstlichen Hofraths-Collegium" stehenden "Heiligenpflegern" anvertraut worden war ¹⁰⁴⁾. Es wies den Heiligenpfleger an, zu der jährlichen von dem zuständigen landh. Amt gemeinsam mit den sonstigen Gemeinderechnungen vorzunehmenden Abhör der "Heiligenrechnung" (Lit. A) den Pfarrherrn einzuladen (Lit. B) und dessen zur Vermögensverwaltung vorgebrachten "Monita" zu Protokoll zu bringen. Auf etwaige Beschwerden des Pfarrers hatte das landh. Amt billige Rücksicht zu nehmen (Lit. C,D). Dem Pfarrherrn war ein summarischer Auszug über die von der Rechnungsabhör genehmigten Ausgaben und Einnahmen zu geben sowie auf Verlangen eine schriftliche Bescheidung der von ihm vorgebrachten Monita zu erteilen (Lit. E, F, G). Dem bischöfl. Ordinariat stand es frei, sich den summarischen Rechnungsauszug vom jeweiligen Pfarrer zur Einsicht vorlegen zu lassen. Die Originalrechnungen konnten nur im Rahmen von Generalvisitationen im

Beisein eines landh. Kommissars oder auf sonstige ausdrückliche landh. Erlaubnis vom Bischof bzw. seinem Beauftragten überprüft werden (Lit. H). Zur Anschaffung von Kirchengeräten bedurfte der Heiligenpfleger eines ihre Notwendigkeit bestätigenden pfarramtlichen Nachweises (Lit. I). Umgekehrt war der Heiligenpfleger nicht verpflichtet, auf alleinige Anforderung des Pfarrherrn hin Kultgegenstände anzuschaffen. Die Dekreturbefugnis für das örtliche Kirchenvermögen stand allein den weltl. Behörden zu (Lit. H).

Die in der ehemals kath. Markgrafschaft vorhandenen allgemeinen "kirchlichen frommen Stiftungen", d.h. Vermögen, das zum Unterhalt von Spitälern, Waisenhäusern und Erziehungsanstalten bestimmt und dessen Nutznießung nicht örtlich begrenzt war ¹⁰⁵⁾, standen schon seit dem 16. Jahrhundert unter unmittelbarer landh. Verwaltung ¹⁰⁶⁾. Diese wurde durch das Postscriptum v. 28. 10. 1790 ausdrücklich bekräftigt und blieb weiterhin der Obsorge des Fürstlichen Hofratskollegiums anvertraut (Lit. M).

Die "Mitsorge" des bischöfl. Ordinariates für das unter landh. Verwaltung stehende allgemeine und örtliche Kirchenvermögen beschränkte sich auf den Genehmigungsvorbehalt bei Änderungen des Stiftungszweckes (Lit. N) und bei Veräußerung von kirchl. Liegenschaften und Mobilien, soweit sie "durch Foundation oder Herkommen" dem "geistlichen Stiftungsfundus" einverleibte "Güter" waren. Zur Veräußerung von "nicht rentablen oder dem Verderben ausgesetzten" Mobilien und zur Verpachtung - auch Erbpacht - von Stiftungsgütern genügte die Einwilligung des Landesherrn (Lit. O) ¹⁰⁷⁾.

ß) nach den Vorschriften der badischen Religionsedikte
von 1803 und 1807

§ 63 RDHS sicherte "jeder Religion" neben dem "Genuß" den "Besitz" des ihr gehörenden Kirchen- und Schulvermögens zu. "Besitz" konnte aber, sollte er nicht mit dem Begriff "Genuß" identisch sein, nur das Recht "jeder Religion" zur

Verwaltung ihres Kult- und Schulvermögens bedeuten. Der § 63 RDHS nachgebildete Art. 18 OE sprach nur vom alleinigen Genuß- und Gebrauchsrecht eines jeden "Religionstheils", erwähnte jedoch dessen Besitz- oder Verwaltungsrecht nicht. Die Erklärung für diese Unterlassung gab Art. 20 OE, der bestimmte, daß die Verwaltung der Wohltätigkeitseinrichtungen und Armenstiftungen "dem Religionstheil, der sie hergebracht hat", nicht entzogen werden dürfe, und zwar selbst dann nicht, wenn ihr Genuß auch Angehörigen anderer Konfessionen offenstünde. Damit stellte Art. 20 OE klar, daß das Verwaltungsrecht gegenüber dem Alleingenußrecht ein Weniger bedeutete und im Falle der Armenfonds noch erhalten blieb, wenn letzteres fehlte. War aber das Alleingenußrecht wie bei dem Kult- und Schulvermögen gegeben, so erübrigte sich eine besondere gesetzliche Erwähnung des Verwaltungsrechtes des jeweiligen "Religionstheils", da es sich von selbst verstand. Daraus folgt, daß dem kath. "Religionstheil" in den Art. 18, 20 OE die Verwaltung seiner Kult-, Schul- und Armenfonds zugestanden wurde.

Einer kirchl. Vermögensverwaltung wollten Art. 18, 20 OE nicht das Wort reden. Sie stand für den damaligen Gesetzgeber nicht zur Diskussion. Nach josephinisch-absolutistischer Staatsauffassung und Verwaltungspraxis, wie sie mit den Postscriptis v. 28.10.1790 und v. 21.8.1791 in Baden Eingang gefunden hatte, war die Verwaltung des Kirchenvermögens keine kirchl., sondern eine weltl., dem Landesherrn obliegende Aufgabe. Verwaltung durch den kath. Religionsteil konnte daher nur heißen, daß der bad. Markgraf bereit war, mit der landh. Verwaltung des kath. Kirchenvermögens kath. Beamte zu betrauen. So ließ Art. 22 Ziff. 1 OE an der Fortdauer der staatl. Kirchenvermögensverwaltung in Baden keinen Zweifel und dehrte die Geltung der genannten Postscripti auf die neuerworbenen geistl. Gebiete aus. Die bisher in den geistl. Territorien geübte kirchl. Verwaltung des Bistumsvermögens¹⁰⁸⁾ fiel mit der Säkularisation desselben ebenfalls dahin.

Das I. KE ersetzte den Begriff "Religionstheil", der, solange er gleichzeitig die Kirche und den konfessionellen Bevölkerungsanteil bezeichnete, im Bereich der Kirchenvermögensverwaltung zu Mißverständnissen führen mußte ¹⁰⁹⁾, durch die fester umrissenen Begriffe "Kirche" und "Kirchengewalt". Art. 12 KE gestand der "Kirchengewalt" die "Miteinsicht in die Verwaltung des gesellschaftlichen Kirchenvermögens" und die "Beiwirkung zur Sorge für dessen Erhaltung" zu. Ob unter der "Beiwirkung" noch die im Postscriptum v. 28. 10. 1790 und in Art. 22 OE verbrieften bischöfl. Genehmigungsrechte zu verstehen waren, mußten die Ausführungsgesetze zum I. KE erweisen.

Für die staatl. Verwaltung des Kirchenvermögens sah Art. 20 KE die Errichtung besonderer kath. "Oeconomiedeputationen" vor.

Die 1803 erlassenen Religionsedikte Württembergs, Hessen-Darmstadts und Nassau-Weilburgs unterstellten die Verwaltung des nicht säkularisierten Kirchenvermögens der landh. Aufsicht, wobei sich der Umfang des landh. Aufsichtsrechtes nach dem jeweiligen Erfordernissen richten sollte ¹¹⁰⁾.

§ 4. Der Aufbau der staatlichen Kirchenvermögensverwaltung im Großherzogtum Baden: ein Vergleich mit den in den Königreichen Württemberg und Bayern und in der französischen Pfalz getroffenen Regelungen

1) Die staatlichen Oberbehörden

a) in Baden

α) Die Kath. Kirchenkommission und die Zusammensetzung des von ihr verwalteten allgemeinen Kirchenvermögens

Das I. Bad. Organisationsedikt v. 4. 2. 1803 ¹¹¹⁾ teilte die damalige Markgrafschaft Baden in die drei Staatsverwaltungsbezirke "Badische Markgrafschaft" (im wesentlichen aus den alten bad. Landen bestehend), "Badische Pfalzgrafschaft am Rhein" (im wesentlichen aus Teilen der Kurpfalz und des Hochstiftes Speyer bestehend) und "Badisches Oberes Fürstentum" (im wesentlichen aus dem Hochstift Konstanz und den Reichsstädten Überlingen und Pfullendorf bestehend) unter je einem Hofratskollegium ein. Den Hofratskollegien übergeordnet war das Geheimratskollegium in Karlsruhe, das sich wiederum in drei Departements gliederte und zu dessen Beratung in kath. Kirchenangelegenheiten eine Kath. Konferenz, bestehend aus allen kath. Mitgliedern des Geheimratskollegiums, eingerichtet wurde (Art. 1, 2). Mit der "Verwaltung aller Staatsrechte in Kirchen- und Schulsachen" in der Markgrafschaft und in der Pfalzgrafschaft am Rhein wurde eine Kath. Kirchenkommission mit Sitz in Bruchsal beauftragt. Sie unterstand unmittelbar dem Geheimratskollegium und zählte zu ihren ausschließlich kath. Mitgliedern u.a. zwei "Consultirende, geistliche Räte" (Art. 4) ¹¹²⁾. Im Oberen Fürstentum nahm das dortige Hofratskollegium (mit Sitz in Konstanz) die "kirchlichen Staatsgeschäfte" wahr (Art. 8).

Die Kath. Kirchenkommission, deren Aufgabenbereich und Arbeitsweise in der Kurbadischen Kath. Kirchenkommissionsordnung v. 31. 10. 1803 (KomO) ¹¹³⁾ bis in alle Einzelheiten

hinein festgelegt wurde, war eine den Hofratskollegien koordinierte Kollegialbehörde. Sie verwaltete alle in den "Markgrafschaften am Rhein" ¹¹⁴⁾ gelegenen allgemeinen kath. Fonds, übte die mittelbare Aufsicht bzw. "Oberpflegschaft" über die Verwalter der kath. Lokalstiftungen bzw. "Ortsheiligen" und überwachte die ordnungsgemäße Verwaltung der Kirchenpfründen.

Das bis 1803 unter markgräfllich-bad. Verwaltung stehende allgemeine Kirchenvermögen bestand hauptsächlich aus "frommen Stiftungen" ¹¹⁵⁾. So bildeten auch bei Errichtung der Kath. Kirchenkommission Armen-, Kranken- und Waisenanstalten sowie besondere Unterstützungskassen den wesentlichsten Teil der ihrer Verwaltung anvertrauten allgemeinen kath. Fonds ¹¹⁶⁾. Dazu kamen im Laufe der nächsten Jahre eine stattliche Anzahl kath. Gymnasial- und Lyzeumsfonds aus neu erworbenen Gebieten ¹¹⁷⁾. Der Anfall der Kurpfalz 1803 und des vorderöstr. Breisgaus 1805 brachte den Erwerb großer hauptsächlich Kultzwecken gewidmeter Fonds. Gemeint sind hier der Pfälzer Administrationsfonds, der Heidelberger Hauptschulfonds und die an Baden übergegangenen Teile des vorderöstr. Religionsfonds und des vorderöstr. Studienfonds, die alle aus dem Vermögen bereits in früherer Zeit säkularisierter kirchl. Institute entstanden waren ¹¹⁸⁾. Da Baden einen Teil des ihm überwiesenen Vermögens der Fürstbistümer Speyer und Konstanz den in Bruchsal und Konstanz fortbestehenden Generalvikariaten als kirchl. Gut überließ, so u.a. den Meersburger und Bruchsaler Priesterseminarfonds ¹¹⁹⁾ sowie den Konstanzer Domfabrikfonds ¹²⁰⁾, bekam das von der Kath. Kirchenkommission bzw. ihren Nachfolgebehörden verwaltete allgemeine Kirchenvermögen weiteren Zuwachs. 1820 wurde das Vermögen der in Baden noch bestehenden 13 Kapuziner- und drei Franziskanerklöster zu einem Bestandteil des allgemeinen Kirchenvermögens erklärt ¹²¹⁾. 1807 und 1810 wurden drei Interkalarfonds mit Sitz in Freiburg, Karlsruhe und Heidelberg gegründet, die sich aus den Erträgen der vakanten Pfründen des ganzen Landes speisten und gottesdienstlichen

Zwecken dienten 122).

Für die einzelnen ihrer unmittelbaren Verwaltung zugewiesenen kath. Fonds ernannte die Kath. Kirchenkommission besondere Stiftungspfleger, die nur auf ihre Dekreturen hin tätig wurden und alljährlich der Kath. Kirchenkommission oder den von ihr beauftragten Revisoren Rechnung legten (§§ 82, 83, 85 KomO).

Die "Oberpflegschaft" über die kath. Lokalstiftungen gab der Kath. Kirchenkommission das Recht zur jährlichen Anforderung von summarischen Rechnungsauszügen und, wo sie es für nötig befand, zur Überprüfung der Originalrechnungen (§ 83 KomO). Die Kath. Kirchenkommission konnte die Lokalstiftungen zu Beiträgen für die allgemeinen Fonds verpflichten (§ 88 KomO). Die Verwalter der Lokalstiftungen waren in allen wichtigen Angelegenheiten der Vermögensanlage, der Güterbewirtschaftung und des Naturalienverkaufes an die Anweisungen der Kirchenkommission gebunden (§§ 66 - 73 KomO). Unständige Ausgaben, insbesondere Ausgaben für Kirchen-, Schul- und Spitalbauten, durften nur mit Zustimmung der Kath. Kirchenkommission auf die "Ortsheiligen" angewiesen werden (§§ 73 - 78 KomO).

Endlich hatte die Kath. Kirchenkommission die Rechtsvertretung aller ihr unmittelbar oder mittelbar unterstellten Stiftungen wahrzunehmen (§ 89 KomO).

Die der Kirchenkommission übertragene Obsorge für die "Integrität" der Kirchenpfründen berechnete sie zur Überwachung der ordnungsgemäßen Anlage von Pfründkapitalien und zur Überprüfung des Vermögensstandes der Pfründen bei Eintritt ihrer Vakanz. Eine Teilung oder Zusammenlegung von Kirchenpfründen war nur mit Zustimmung des zuständigen Ordinariates und des Landesherrn möglich (§§ 90, 91 KomO).

Folgende die allgemeinen und örtlichen kath. Stiftungen betreffenden Rechtsgeschäfte blieben der allerhöchsten Genehmigung des Landesherrn vorbehalten: Veräußerung von Liegenschaften und ihre Hingabe in Erbpacht (§ 80 KomO), Kreditaufnahme (§ 81 KomO) ¹²³⁾, Kapitalanlage im Ausland (§71 KomO)

Schuldnachlässe über 50 fl (§ 79 Kom0), unständige Ausgaben, die die Jahreseinnahmen der dadurch belasteten Fonds überstiegen (§ 102 Kom).

Bei Liegenschaftsveräußerungen war außerdem - den Vorschriften des Postscripti v. 28. 10. 1790 entsprechend - die vorherige Genehmigung der zuständigen bischöfl. Behörde erforderlich (§ 80 Kom0).

Dem Landesherrn hatte die Kirchenkommission alljährlich einen Rechenschaftsbericht über ihre Vermögensverwaltung vorzulegen (§ 105 Kom0).

ß) Die Kath. Kirchenökonomiekommissionen

1807 wurde die Verwaltung der 1803 zum Kurfürstentum und 1806 zum Großherzogtum erhobenen ehemaligen Markgrafschaft Baden umgebildet und in Ausführung des I. KE die Kath. Kirchenkommission aufgehoben ¹²⁴⁾. Ihre nur lose Verbindung mit der übrigen Staatsverwaltung hatte zu häufigen Reibereien mit den ihr gleichgeordnet gegenüberstehenden Hofratskollegien geführt. Man verdächtigte sie, einseitig die Interessen der Kirche zu vertreten und einen "statum in statu" bilden zu wollen ¹²⁵⁾. Um eine bessere Integration der Kirche in den Staat zu erreichen, wurde die Ausübung der landh. Kirchenhoheitsrechte den drei in den neu eingeteilten Provinzen zu Mannheim, Karlsruhe und Freiburg errichteten Provinzregierungen übertragen ¹²⁶⁾, wobei nur für die Verwaltung des Kirchenvermögens besondere, konfessionell einheitliche Verwaltungskommissionen bei den Provinzregierungen eingerichtet wurden. Sie trugen den Namen "Kath. Kirchenökonomiekommissionen" und zählten neben Laien auch Geistliche zu ihren Ratsmitgliedern ¹²⁷⁾. Die bisher von der allgemeinen Staatsverwaltung abgetrennte, einheitliche Staatskirchenverwaltung war somit aufgehoben.

Die Kath. Kirchenökonomiekommissionen bildeten selbständige Beschluskollegien innerhalb der Provinzregierungen ¹²⁸⁾. Sie konnten nur über das jeweilige Provinzialkollegium mit

dem ihnen vorgesetzten Polizeidepartement ¹²⁹⁾ und mit den bischöfl. Behörden verkehren. In allen wichtigen Angelegenheiten der Kirchenvermögensverwaltung hatte die Kirchenökonomiekommission nur ein Vorentscheidungsrecht. Zur Wirksamkeit ihrer Beschlüsse war die Zustimmung der Provinzregierung erforderlich ¹³⁰⁾. So konnte die Kirchenökonomiekommission ohne Genehmigung der Provinzregierung bzw. des Provinzialkollegiums weder neue ständige Ausgaben anweisen noch über die Verwendung von Einnahmeüberschüssen der ihr unterstellten Stiftungen beschließen ¹³¹⁾. Die Prozeßführung für das ihrer Aufsicht unterstellte Kirchenvermögen hing ebenfalls von der zuvor erlangten Gutheißung des Provinzialkollegiums ab ¹³²⁾. Die Geschäftsführung der Kirchenökonomiekommission unterlag ganz allgemein der Kontrolle und Direktive der Provinzregierung. Die "leitende Aufsicht" der Provinzregierung sollte nur dann unberücksichtigt bleiben, wenn die Kirchenökonomiekommission Eingriffe der Provinzregierung in die Rechte der kath. Stiftungen und Kirchenpfründen rügte, oder wenn es sich um den Streit eines von der Kirchenökonomiekommission vertretenen Fonds mit einer von der Provinzregierung vertretenen Gemeinde handelte. In diesen Fällen entschied das Gr. Polizeidepartement ¹³³⁾.

Die Kath. Kirchenökonomiekommissionen übten ihre Oberaufsicht über die in grund- und standesherrlichen Orten befindlichen Lokalstiftungen mit Hilfe der landh. Landvogtei-, Obervogtei- und Oberämter aus ¹³⁴⁾. Letztere hatten vor allem die Aufgabe, eine Bestandsaufnahme des in den neu erworbenen Gebieten vorhandenen kath. Ortsvermögens zu machen und die hierzu notwendigen Nachforschungen bei den grund- und standesherrlichen Ämtern zu betreiben ¹³⁵⁾.

Von der zur Veräußerung oder zweckwidrigen Verwendung des Kirchenvermögens erforderlichen kirchenobrigkeitlichen Genehmigung war in der landh. VO v. 3. 11. 1807 nicht mehr die Rede. Selbst die kirchl. Seite ging davon aus, daß solche Genehmigungsvorbehalte mit dem in Art. 12 KE ihr noch belassenen Recht zur "Beiwirkung zur Sorge für dessen

(sc. des Kirchenvermögens) Erhaltung" nicht mehr verbunden seien. Das Fürstbischöfliche Generalvikariat in Bruchsal bat nur noch um das Recht des Ortspfarrers, Einsicht in die Lokalstiftungsrechnungen nehmen und bei der Rechnungsabhör des landh. bzw. standesherrlichen Amtes anwesend sein zu können 136).

γ) Das Kath. Kirchendepartement

Das landh. Organisationsreskript v. 26. 11. 1809 (OrgR) 137) schaffte die bisherigen Provinzialverwaltungen ab und setzte an die Stelle der drei Provinzen 10 Kreise mit je einem Kreisdirektorium an der Spitze. Die Verwaltungsaufgaben der aufgelösten Kirchenökonomiekommissionen wurden teils auf die Kreisdirektorien, teils auf das neugebildete Kath. Kirchendepartement übertragen. Das Kath. Kirchendepartement war eine Unterabteilung des Gr. MdI 138), das sich in insgesamt fünf Departements 139) aufgliederte. Jedes Departement war eine Kollegialbehörde mit einem Direktor an der Spitze. Die Departementsdirektoren bildeten zusammen mit dem Minister des Innern als Präsidenten und einem Generaldirektor als Vizepräsidenten das Generaldirektorium, das über alle wichtigen in den fünf Departements vorbehandelten Angelegenheiten mit Stimmenmehrheit zu beschließen hatte. Die Ministerialkanzlei war allen fünf Departements gemeinsam (OrgR, Beil. F, §§ 1, 2, 5, 8-10).

Das Kath. Kirchendepartement vereinigte fast alle aus der landh. Kirchenherrlichkeit fließenden Verwaltungsrechte wieder in einer einzig hierfür bestimmten konfessionellen Behörde (OrgR, Beilage F, § 20). Eine wichtige Ausnahme hiervon stellte die Verwaltung der kath. Spitäler, Waisen- und Siechenhäuser sowie aller Fonds, die "ausschließlich oder vorzüglich zur Unterstützung der Bedürftigen bestimmt" waren, dar. Ihre Leitung besorgte von nun an das ebenfalls zum MdI gehörende Gr. Polizeidepartement (OrgR, Beil. F, § 16e).

Das Kath. Kirchendepartement "besorgte die Zentralleitung

der Verwaltung aller den Katholiken zustehenden Fonds, welche zu kirchlichen oder den öffentlichen Unterricht betreffenden Zwecken" dienten. Es führte die Oberaufsicht über die Amtsführung der ihr nachgeordneten Verwaltungsbehörden (OrgR, Beil. F, § 20c), ordnete die Rechnungsabhör der den Kreisdirektorien unmittelbar unterstellten Bezirks- und grösseren Lokalfonds durch die Gr. Rechnungskammer ¹⁴⁰⁾ an und nahm die gerichtliche Vertretung aller seiner obersten Leitung anvertrauten kath. Schul- und Kirchenstiftungen wahr ¹⁴¹⁾.

Der unmittelbaren Aufsicht des Kath. Kirchendepartements unterstanden alle ihrer Zweckbestimmung nach die Grenzen eines Kreises überschreitenden Fonds. Das Kirchendepartement erteilte für sie die erforderlichen Einnahme- und Ausgaben-dekreturen, ordnete ihre Rechnungsabhör durch die Gr. Rechnungskammer an, fertigte ihre Jahresetats und erstellte die Tabellen über ihren Vermögensstand (OrgR, Beil. F, §§ 20d, 28). Die Verwalter oder Rechner der allgemeinen kath. Fonds ernannte die Gr. Ministerialkonferenz ¹⁴²⁾ auf Antrag des Innenministers (OrgR, Beil. F, § 38w). Einen Teil der mit der unmittelbaren Aufsicht zusammenhängenden Aufgaben (z.B. Kassen- und Naturalienstürze, monatliche Prüfung der Etats, Genehmigung von Gülten, Zehnt- und Gefällverpachtungen) überließ das Kath. Kirchendepartement denjenigen Kreisdirektorien, in deren Amtsbereich sich die Verrechnungsstelle eines allgemeinen Fonds befand ¹⁴³⁾. Die für Wohltätigkeitszwecke bestimmten Ertragnisse allgemeiner kath. Kult- und Schulstiftungen ¹⁴⁴⁾ wies das Kath. Kirchendepartement dem Polizeidepartement zur weiteren Verteilung an.

Die bisher bei der Kirchenvermögensverwaltung dem Landesherrn vorbehaltenen Genehmigungsrechte gingen fast alle auf das Generaldirektorium über, dessen Zustimmung das Kath. Kirchendepartement auch bei Schuldnachlässen über 25 fl, bei Verwendung von Überschüssen über 150 fl und bei Krediten, die den halben Jahresertrag der damit belasteten Fonds überstiegen, einholen mußte (OrgR, Beil. F, § 22z, aa-dd und hh).

Dem Beispiel seiner Vorgänger folgend, besaß das Kath. Kirchendepartement weltl. und geistl. Räte, die vom Großherzog und ohne Mitwirkung bischöfl. Behörden ernannt wurden ¹⁴⁵⁾. Das Kath. Kirchendepartement war - im Gegensatz zur Kath. Kirchenkommission und ebenso wie die Kath. Kirchenökonomiekommissionen - keine selbständige Behörde. Als Unterabteilung des MdI war es in ähnlicher Stellung wie die Kirchenökonomiekommissionen innerhalb der Provinzialkollegien. In allen wichtigen Fragen hatte das Kirchendepartement nur die Vorberatungen zu führen, während die Entscheidungen im konfessionell gemischten Generaldirektorium des MdI fielen.

Innerhalb der staatl. Behördenpyramide nahm das Kath. Kirchendepartement als Bestandteil des MdI den Platz einer Ministerialbehörde ein. Im Unterschied hierzu standen die Kath. Kirchenökonomiekommissionen und die Kath. Kirchenkommission im Range von Staatsmittelbehörden bzw. einer staatl. Zentralmittelbehörde.

Wie die Kath. Kirchenkommission die Ausübung fast aller staatl. Kirchenhoheitsrechte bei sich vereinigend, war das Kath. Kirchendepartement in seiner Verwaltungskompetenz weit beschränkter als die zuerst genannte Behörde. Mit der Errichtung des Kath. Kirchendepartements wurde erstmals ein Teil des - im III. OE und I. KE - staatlicherseits anerkannten Kirchenvermögens, die kath. Wohltätigkeitsstiftungen, der Leitung einer nicht konfessionellen, staatl. Oberbehörde, dem Gr. Landespolizeidepartement, überlassen. Da das Landespolizeidepartement ebenso wie das Kath. Kirchendepartement dem MdI angehörte, bestand über das Generaldirektorium noch eine lose Verbindung zwischen der Leitung der kath. Armenfonds und derjenigen der kath. Kult- und Schulfonds.

Die staatl. Kirchenverwaltung war nun völlig in die allgemeine Staatsverwaltung eingegliedert, was sich u.a. daran zeigte, daß die Kreisdirektorien und Ämter als gemeinsame Unterbehörden aller fünf Departements des MdI fungierten.

8) Die Kath. Kirchensektion

Die am 7. 4. 1813 im Reg. Bl. verkündete landh. VO v. 21.7. 1812 ¹⁴⁶⁾ hob das Generaldirektorium im MdI auf und verringerte die Zahl der beim MdI bestehenden Departements auf zwei. Das Landespolizeidepartement wurde mit dem Landeshoheitsdepartement und dem Landesökonomiedepartement zum Ersten Departement, das Kath. und das Ev. Kirchendepartement zum Zweiten Departement zusammengefaßt. Dem I. Departement waren eine Ökonomie- und eine Sanitätskommission angeschlossen. Das II. Departement gliederte sich in eine Kath. und eine Ev. Kirchensektion.

Demnach traten die Sektionen und Kommissionen an die Stelle der bisherigen Departements, und das I. und II. Departement ersetzten das bisherige Generaldirektorium. Da die beiden Departements unabhängig voneinander ihre Beschlüsse faßten ¹⁴⁷⁾, war an der Verwaltungsspitze wiederum eine Scheidung zwischen der allgemeinen Staatsverwaltung und der staatl. Kirchenverwaltung erfolgt. Dafür trat die enge Verquickung von kath. und ev. Staatskirchenverwaltung und die Gleichsetzung von kath. und ev. Landeskirche umso stärker in Erscheinung.

Über die neue Geschäftsbehandlung und Geschäftsverteilung im Gr. MdI gab ein am 12. 4. 1813 verkündetes landh. Reskript v. 21. 7. 1812 ¹⁴⁸⁾ näheren Aufschluß. Danach fielen in die Zuständigkeit des II. Departements, an dessen Spitze ein Direktor stand, die Geschäftsbereiche der beiden aufgehobenen Kirchendepartements sowie einige bisher von anderen Departements und von den Kreisdirektorien erledigte Schul- und Studiensachen ¹⁴⁹⁾. In der Zuständigkeit für die Kirchenvermögensverwaltung änderte sich jedoch nichts, d.h. die Verwaltung der kath. Wohltätigkeitsfonds ging vom aufgehobenen Landespolizeidepartement auf die neugebildete Ökonomiekommission über ¹⁵⁰⁾ und verblieb somit im Geschäftsreich des I. Departements.

Die Kath. Kirchensektion (KS) war wie das bisherige Kath.

Kirchendepartement eine kollegial verfaßte, unselbständige Ministerialbehörde und zählte sieben oder acht kath. Räte; drei geistl., vier oder fünf (je nach Bedarf) weltl. Räte. An ihrer Spitze stand ein vorsitzender Rat ¹⁵¹⁾. Selbständig entscheiden konnte sie nur über "rein geistliche Gegenstände", d.h. in allen die staatl. Aufsicht über die bischöfl. Generalvikariate in Bruchsal und Konstanz betreffenden Fragen ¹⁵²⁾. Im übrigen hatte die KS "alle Geschäfte bis zur Finalentschließung in der Hauptsitzung" des II. Departements vorzubereiten. Die "Hauptsitzung" oder das Plenum des II. Departements war ein konfessionell gemischtes Gremium. Ihm gehörten neben Mitgliedern der beiden Kirchensektionen auch der dem MdI vorstehende Minister sowie der Direktor des I. Departements an ¹⁵³⁾.

Ganz ohne Entscheidungsbefugnisse war jedoch die KS in jenen nicht "rein geistlichen Gegenständen" der staatl. Kirchenverwaltung nicht. So konnte sie in Angelegenheiten der Kirchenvermögensverwaltung alles, was "nur die Erhaltung der betreffenden Ordnung in ökonomischen Einrichtungen und Rechnungssachen" betraf, selbständig erledigen ¹⁵⁹⁾. Diese sehr verschwommene Kompetenzumschreibung ersetzte ein auf allerhöchste Entschließung v. 24. 2. 1814 ergangener Beschluß des I. Departements v. 3. 3. 1814 durch die Bestimmung, daß die KS "nur solche Gegenstände zur Plenarsitzung zu bringen habe, welche vormals dem General Directorio vorgelegt werden mußten".

Gleichzeitig wurden die Bezeichnungen "Erstes" und "Zweites Departement" wieder abgeschafft und angeordnet, daß die von der "weltlichen" und der "kirchlichen" Plenarsitzung gefaßten Beschlüsse jeweils im Namen des Gr. MdI unter fortlaufender Nummer zu ergehen hatten ¹⁵⁵⁾.

Die Stellung der KS entsprach also ganz derjenigen des früheren Kath. Kirchendepartements. Im Bereich der Kirchenvermögensverwaltung war sie ebenso wie dieses auf die Verwaltung und Beaufsichtigung der kath. Kult- und Schulfonds beschränkt und war hierbei im gleichen Umfang wie ihr Vorgänger zu

selbständigem Handeln befugt. Das bedeutete umgekehrt, daß alle wichtigeren Angelegenheiten der staatl. Kirchenvermögensverwaltung von der KS nur vorzuberaten, von dem - ebenso wie das ehemalige Generaldirektorium - konfessionell gemischten, "kirchlichen" Plenum im MdI aber zu entscheiden waren. Die bisher noch bestehende lose Verbindung zwischen der Verwaltung des kath. Kult- und Schulvermögens und derjenigen des kath. Armenvermögens war mit der Aufhebung des Generaldirektoriums verschwunden.

b) in Württemberg

Der Kath. Kirchenkommission entsprach in Württemberg der Erste Senat der Oberlandesregierung in Ellwangen. Er hatte alle iura maiestatica circa ~~pacra~~ wahrzunehmen und übte die Oberaufsicht über die Verwaltung des kath. Kirchenvermögens aus 156).

Mit der Auflösung der besonderen Verwaltung für "Neuwürttemberg" gingen die staatskirchl. Befugnisse der Ellwanger Oberlandesregierung an den 1806 begründeten Kgl. Kath. Geistl. Rat über. Der Kath. Geistl. Rat bildete eine Kollegialbehörde und setzte sich aus zwei weltl. und zwei geistl. Räten kath. Konfession zusammen. 1816 änderte der Kath. Geistl. Rat seinen Namen in Kath. Kirchenrat ab 157).

Der Kath. Kirchenrat übte die unmittelbare Verwaltung der allgemeinen Kirchenfonds und die Aufsicht über die Verwaltung der besetzten und unbesetzten Kirchenpfründen aus 158). Als allgemeiner und unmittelbar vom Kath. Kirchenrat verwalteter Kirchenfonds wurde 1808 der Interkalarfond ins Leben gerufen, der sich aus den Erträgen vakanter Pfründen speiste 159).

Neben dem Interkalarfond gab es keine weiteren allgemeinen kath. Kirchenfonds. Der württ. Staat hatte das gesamte allgemeine Kirchenvermögen, so auch den württ. Anteil am vorderöstr. Religionsfonds und gleichnamigen Studienfonds, zugunsten des Staatsärars eingezogen 160).

Die Oberaufsicht über die "Administration der Geistlichen und Armen-Verwaltungen" war dem Kath. Kirchenrat entzogen und gehörte zur Kompetenz des Oberlandesökonomiekollegiums, seit 1811 zu derjenigen des Kgl. Finanzdepartements ¹⁶¹⁾. Die losgelöst von der sonstigen staatl. Kirchenverwaltung geführte Oberaufsicht der allgemeinen Staatsbehörden über die Verwaltung der kath. Lokalstiftungen war eine Eigentümlichkeit der württ. Kirchenvermögensverwaltung.

c) in der französischen Pfalz

Frankreich ging in der Säkularisation des Kirchenvermögens dem Reich voran. In der seit 1794 zu Frankreich gehörenden Pfalz stellte Art. 2 des Arrêté v. 9. 6. 1802 das gesamte Kirchenvermögen "unter die Hand der Nation". Die Verwaltung des säkularisierten Kirchenvermögens übertrug Art. 7 des gleichen Gesetzes der Nationaldomänenregie ¹⁶²⁾.

d) in Bayern

Das im Gegensatz zu Baden und Württemberg von einer kath. Dynastie regierte Königreich Bayern faßte das kath. mit dem übrigen im Lande befindlichen Stiftungsvermögen unter einer einheitlichen, straff zentralisierten staatl. Verwaltung zusammen. Seit 1807 übte ein beim MdI errichtetes Zentralrechnungskommissariat die oberste Aufsicht über das nach den drei Hauptzwecken des Kultus, der Erziehung und des Unterrichts und der Wohltätigkeit aufgegliederte Stiftungsvermögen aus ¹⁶³⁾. Alles Stiftungsvermögen, das nicht "aus dem Privatvermögen hervorgegangen, und ausschließlich einem Kultus, einer Familie oder einem Orte gewidmet worden" war, wurde entsprechend den drei genannten Stiftungszwecken konsolidiert ¹⁶⁴⁾. Das bedeutete, daß die jeweiligen Ertragnisse aller Kult-, Schul- und Wohltätigkeitsstiftungen dem getrennt ermittelten Gesamtbedürfnis des Kultus, des Unterrichts und der Kranken- und Armenfürsorge gegenübergestellt und daraufhin feste Etats für jede einzelne Stiftung aufgestellt wurden. ¹⁶⁵⁾. Die Konsolidierung fand zwar für das

Stiftungsvermögen eines jeden Religionsteils getrennt statt 166), die bei der Konsolidierung errechneten Ertragsüberschüsse flossen jedoch ohne Unterschied in die Zentralstiftungskasse. Diese stand unter unmittelbarer Aufsicht des Zentralrechnungskommissariates und diente der Dotation von "Nationalanstalten" zur Unterstützung bedürftiger Stiftungen und zur Vergabe von Vorschüssen an "Unternehmungen", die "der Kultur, dem Gewerbe oder der örtlichen Verschönerung" galten 167).

Das Zentralrechnungskommissariat führte von Anfang 1808 168) bis 1810 seine Aufsicht über die Verwaltungen der Lokal- und Distriktsstiftungen unmittelbar, d.h., ohne sich hierzu einer Provinz- oder Kreisbehörde als Zwischenglied zu bedienen. Die 1810 das Zentralrechnungskommissariat ablösende "Ministerialstiftungs- und kommunalsektion" beim MdI beschränkte sich wiederum auf die mittelbar ausgeübte oberste Aufsicht über die Verwalter der Lokal- und Distriktsstiftungen 169).

Die bayer. Kirchenvermögensverwaltung hatte keinen konfessionellen Charakter. Die in Baden mit Hilfe des Generaldirektoriums bzw. des II. Departements im MdI angestrebte gemeinsame Verwaltung des kath. und ev. Stiftungsvermögens war hier voll verwirklicht. Der bei der personellen Zusammensetzung der Kirchendepartements bzw. Kirchensektionen noch beobachtete Grundsatz der konfessionellen Einheitlichkeit war in Bayern, wo nur eine unselbständige Ministerialbehörde - das Zentralrechnungskommissariat bzw. die Ministerialstiftungs- und kommunalsektion - zur Leitung des kath. und ev. Stiftungswesens berufen war, aufgegeben worden.

Die Zuweisung der nach der Konsolidierung der bayer. Stiftungen überschüssigen Stiftungserträge an die Zentralstiftungskasse stellte eine neuerliche Säkularisation dar und verstieß gegen die §§ 63, 65 RDHS, die "jeder Religion" den unversehrten Fortbestand der ihr eigentümlichen Stiftungen garantierten.

2) Die staatlichen Mittelbehörden

a) in Baden: die Großherzoglichen Kreisdirektorien

Die büromäßig organisierten Kreisdirektorien fungierten in Baden seit 1809 als allgemeine, mittlere Verwaltungsbehörden. Da das Kath. Kirchendepartement und später die KS Unterabteilungen des der allgemeinen Staatsverwaltung vorstehenden MdI waren, dienten ihnen die Kreisdirektorien als unmittelbar nachgeordnete Mittelbehörden. Die Kreisdirektorien besaßen wie das Kath. Kirchendepartement Zuständigkeiten auf allen Gebieten der staatl. Kirchenherrlichkeit¹⁷¹⁾. Im Bereich der Kirchenvermögensverwaltung führten sie die unmittelbare Aufsicht über die kath. Bezirks- und größeren Lokalfonds und die mittelbare Aufsicht über die kleineren kath. Lokalfonds¹⁷²⁾. Als nachgeordneten Behörden des Landespolizeidepartements bzw. der Ökonomiekommission unterstanden ihrer Aufsicht auch die auf einen Kreis beschränkten kath. Wohltätigkeitsfonds (OrgR, Beil. F, § 16e; Erl. des MdI v. 21. 4. 1810, § 2a-c).

Die Kreisdirektorien leiteten das Pfarr- und Schulhausbauwesen ihres Amtsbezirkes (OrgR, Beil. D § 11i). Ohne höhere Genehmigung konnten sie Bauarbeiten im Werte von 100 fl ausführen lassen, wenn sie zu Lasten der ihnen mittelbar oder unmittelbar unterstellten Fonds gingen¹⁷³⁾.

Im übrigen konnten die Kreisdirektorien auf die ihnen unmittelbar unterstellten Fonds unständige Einnahmen und Ausgaben nur provisorisch anweisen. Die endgültige Dekretur erteilten das Kath. Kirchendepartement und das Landespolizeidepartement anlässlich der Rechnungsabhör (Erl. des MdI v. 21. 4. 1810, § 2d in Verb. m. OrgR, Beil. D, § 19r), die sie mit Hilfe der Gr. Rechnungskammer alljährlich vornahmen (Erl. des MdI v. 21. 4. 1810, § 2h in Verb. mit OrgR, Beil. C, §§ 56w, 58 und Beil. F, § 28). Die Kreisdirektorien waren im beschränkten Umfang berechtigt, auf die ihrer unmittel-

telbaren Aufsicht unterstellten Fonds Kredite aufzunehmen und zu ihren Lasten Schuld nachlässe zu gewähren. Im Wege öffentlicher Versteigerung konnten sie Liegenschaften, Zehnten und Gülten verpachten (Erl. des MdI v. 21.4. 1810 in Verb. mit OrgR, Beil. D, §§ 19e, n und f).

Die aus den genannten kath. Fonds fließenden Beiträge zur Armenunterstützung wurden vom Kath. Kirchendepartement bzw. dem Polizeidepartement im einzelnen festgesetzt. Den Kreisdirektorien oblag es, im Rahmen dieser Unterstützungssetats die Armenfürsorge zu betreiben und entsprechende Ausgabedekreturen zu erteilen (Erl. des MdI v. 21.4.1810, § 2e in Verb. mit OrgR, Beil. F, §§ 16e, 2od und Beil. D, §§ 16c, 16e).

Zur Oberaufsicht über die unmittelbar den Ämtern unterstehenden kath. Lokalstiftungen bedienten sich die Kreisdirektorien der Mitwirkung der Gr. Dekane. Die Gr. Dekane, obwohl Geistliche, waren rein staatl. Beamte. Neben ihnen blieben die bischöfl. Kapitelsdekane als ausschließlich kirchl. Amtsdienner bestehen ¹⁷⁴⁾. Die Gr. Dekane traten 1809 an die Stelle der ebenfalls geistl. Schulvisitatoren ¹⁷⁵⁾. Die Gr. Dekane wurden von der Gr. Ministerialkonferenz ernannt und waren an die Weisungen der ihnen unmittelbar vorgesetzten Kreisdirektorien gebunden (OrgR, Beil. F, § 38w; Beil. D, § 4 und Beil. C, § 48). Neben Aufgaben der Kirchenvermögensverwaltung gehörten u.a. zum Geschäftsbereich der Gr. Dekane die Visitation von Schulen und Kirchen, die Prüfung von Lehramtskandidaten und die Abhaltung von Pfarrsynoden (OrgR, Beil. C, § 47a-d).

Zur Unterstützung der Oberaufsicht der Kreisdirektorien über die Lokalstiftungen hatten die Gr. Dekane das Recht und die Pflicht, Einsicht in die zur Abhör gestellten kath. "Local-, Stiftungs-, Allmosen- oder Heiligenrechnungen" zu nehmen und hierbei die notwendigen Erinnerungen zu machen, die von den Ämtern als Abhörbehörden zu berücksichtigen waren (OrgR, Beil. C, § 47e). Von den abgehörten Lokalstiftungsrechnungen hatten

die Ämter jährlich summarische Auszüge an die Kreisdirektorien einzusenden (Erl. des MdI v. 21.4. 1810, § 1c).

Da die Kreisdirektorien konfessionell gemischte Behörden waren und gleichermaßen die Aufsicht über die kath. und ev. Stiftungen ihres Kreises führten, waren die Gr. kath. und die ihnen entsprechenden ev. Dekane auf der mittleren Verwaltungsstufe die einzigen Überbleibsel einer ursprünglich konfessionell aufgeteilten und ausgerichteten landh. Kirchenvermögensverwaltung.

b) in Württemberg

Württemberg hatte 1808 das kirchl. Dekanatsamt mit dem landh. Amt eines Kgl. Dekans vereinigt. Von da an wurden die Dekane vom Kath. Geistl. Rat bzw. Kath. Kirchenrat ernannt und nicht mehr wie bisher von den Dekanatskapiteln gewählt ¹⁷⁶⁾.

Die landh. Dekane beaufsichtigten als nachgeordnete Organe des Kath. Kirchenrats die Verwaltung der besetzten Kirchenpfründen ¹⁷⁷⁾. Sie hatten bei Eintritt der Vakanz gemeinschaftlich mit den ebenfalls vom Kath. Kirchenrat ernannten Kapitelskämmerern die Pfründuntersuchung und erneute Pfründbeschreibung vorzunehmen ¹⁷⁸⁾. Die vakanten Pfründen verwalteten die Kapitelskämmerer unter der Aufsicht der Dekane und des Kath. Kirchenrates, der die Interkalarrechnung abhörte ¹⁷⁹⁾.

Als allgemeine mittlere Verwaltungsbehörden beaufsichtigten die Landvogteiämter die Verwaltung der kath. Lokalstiftungen 180).

c) in Bayern

In Bayern waren ebenso wie in Baden die allgemeinen mittleren Verwaltungsbehörden mit der Oberaufsicht über die Verwalter der lokalen Stiftungen betraut. Dem an der Spitze einer jeden bayer. Provinz stehenden Generallandeskommissariat war zu diesem Zweck eine besondere Behördenabteilung, die Stiftungs- und Kommunalkuratel, angegliedert worden ¹⁸¹⁾.

Einzig in der Ober- und Niederbayern umfassenden Provinz Baiern war eine besondere Staatskirchenbehörde an der Verwaltung des kirchl. Stiftungsvermögens beteiligt. Hier hatte der Kirchenadministrationsrat die Aufsicht über das "Stiftungsvermögen zum Behufe des Kultus", das in der Provinz Baiern ob ihrer konfessionellen Einheitlichkeit ausschließlich kath. Charakter trug¹⁸²⁾. 1808 gingen die von den Generallandeskommissariaten und dem Kirchenadministrationsrat geübten Aufsichtsrechte auf das Zentralrechnungskommissariat im MdI über¹⁸³⁾. 1810 wurde die Stiftungsverwaltung wieder etwas dezentralisiert, und von neuem erhielten die allgemeinen mittleren Verwaltungsbehörden, die nach der Einteilung des Königreiches in Kreise Kreiskommissariate hießen, die Aufsicht über die Verwalter der einzelnen Stiftungen¹⁸⁴⁾.

3) Die staatlichen Unterbehörden

a) in Baden

α) Die Bestandteile des Ortskirchenvermögens

Das örtliche Kirchenvermögen zerteilt sich zuvörderst in das zum Lebensunterhalt des Pfarrers bestimmte Pfründvermögen und in die dem Erhalt der Pfarrkirche und der Ausgestaltung des Gottesdienstes gewidmete Kirchenfabrik, deren Rechtssubjekt die Pfarrkirche ist ¹⁸⁵⁾.

Die Kirchenfabrik, die u.a. den Namen Kirchenfonds, Kirchenkasse, Heiligenfonds, Gotteshausvermögen trug, konnte neben dem für Gottesdienst und Kirchenbau bestimmten Vermögen auch andere für kirchl. Zwecke des jeweiligen Pfarrsprengels bestimmte Vermögensmassen, wie z.B. Zustiftungen für Kranken-, Armen- und Schuldienste, enthalten ¹⁸⁶⁾.

Seit dem Mittelalter bildeten sich auf der Pfarrebene selbständige, dem Nutzen einer bestimmten Schule, eines Spitals, eines Waisenhauses oder sonstigen wohltätigen Zwecken dienende Stiftungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, die oft einen eigenen, von der Verwaltung der Kirchenfabrik unabhängigen Stiftungspfleger besaßen ¹⁸⁷⁾.

Die ebenfalls seit dem Mittelalter innerhalb einzelner Pfarrsprengel entstandenen religiösen Bruderschaften verfügten über eigenes Korporationsvermögen, das sie in vielen Fällen selbständig verwalteten ¹⁸⁸⁾.

Zum örtlichen Kirchenvermögen gehörten also die Pfarrpfründe, die Kirchenfabrik, die örtlich begrenzten kirchl. Schul-, Armen- und Krankenstiftungen und das Korporationsvermögen religiöser Bruderschaften ¹⁸⁹⁾.

Da die Pfarrpfründe immer in der Verwaltung des geistl. Pfründnießers verblieb, gleichgültig welches rechtliche Schicksal das übrige Ortskirchenvermögen erlitt, zählt man sie häufig nicht zum Ortskirchenvermögen oder "Ortsheiligen" im engeren Sinn. Sie soll auch hier gesondert behandelt werden.

ß) Die Großherzoglichen Ämter 190)

Die Verwaltung der Kirchenfabrik und der übrigen Lokalstiftungen lag seit dem Spätmittelalter in der Hand von Laien, die ihr Amt oft im Namen und unter der Aufsicht der politischen Gemeinde oder eines weltl. Grund- und Patronats-herrn ausübten ¹⁹¹⁾. Im Zeitalter der Gegenreformation gelang es der Kirche, vielerorts dem von ihr immer betonten kirchl. Charakter der "Kirchenpflegschaft" Nachachtung zu verschaffen und die "Kirchen-" oder "Heiligenpfleger" ihrer Aufsicht zu unterwerfen ¹⁹²⁾. Der absolutistische Staat begann in gleicher Weise die Rechte der Kirche und der politischen Gemeinde einzuengen. Er nahm der Kirche und - soweit sie die Gemeinde besaß - der Gemeinde die Verwaltung der kirchl. Lokalstiftungen aus der Hand und übertrug sie staatl. Verwaltungsbehörden. In der Markgrafschaft Baden übertrug das Postscriptum v. 28. 10. 1790 den landh. Ämtern die unmittelbare Aufsicht über die "Ortsheiligen". Als ihre Rechner und Vollzugsorgane amtierten von der politischen Gemeinde bestellte "Heiligenpfleger".

Art. 22 OE und darauf aufbauend die KomO v. 31. 10. 1803 ließen die bisher in der bad. Markgrafschaft geübte Verwaltung des Ortskirchenvermögens bestehen und dehnten sie noch auf die neuerworbenen ehemals geistl. Gebiete aus. Die an Baden gefallenen ehemaligen Freien Reichsstädte ¹⁹³⁾ verwalteten hingegen ihre "Ortsheiligen" wie bisher selbst. Sie ernannten die städtischen Stiftungspfleger und hörten die Stiftungsrechnungen ab.

Die städtischen Stiftungsverwaltungen unterstanden ebenso wie die Ämter der "Oberpflegschaft" der Kath. Kirchenkommission, der die Superrevision aller Stiftungsrechnungen - gleichgültig, ob sie von den Ämtern oder den städtischen Magistraten abgehört wurden - zustand ¹⁹⁴⁾. Stiftungen mit Jahreseinnahmen über 100 fl. waren jährlich, kleinere Stiftungen alle drei Jahre zur Rechnungslegung vor der Kath. Kirchenkommission verpflichtet (§ 5 KomO). Die Ämter und

städtischen Magistrate waren bei Anweisungen an ihre Heiligenpfleger an die Vorschriften der KomO und die Einzelanordnungen der Kirchenkommission gebunden (§§ 83, 84 KomO). Die Rechtsvertretung der kath. Lokalstiftungen lag bei der Kath. Kirchenkommission (§ 89 KomO).

Wie schon an anderer Stelle dargelegt ¹⁹⁵⁾, waren die der Kath. Kirchenkommission bzw. dem Landesherrn selbst vorbehaltenen Oberaufsichtsrechte so umfassend, daß von einer eigenständigen Verwaltung der lokalen Stiftungsverwalter nicht gesprochen werden konnte. Die Beibehaltung der kommunalen Stiftungsverwaltung der mediatisierten Reichsstädte war daher mehr eine formale Geste.

Nach den gleichen Grundsätzen wie die Kath. Kirchenkommission übten von 1807 - 1809 die Kath. Kirchenökonomiekommissionen die Oberaufsicht über die Verwalter der lokalen kath. Stiftungen aus ¹⁹⁶⁾.

Das OrgR v. 26. 11. 1809 hob die kommunale Stiftungsverwaltung der ehemaligen Reichsstädte auf und unterstellte ihre "Ortsheiligen" - wie dies bei den übrigen Städten und Gemeinden des Landes schon längst der Fall war - den allgemeinen staatl. Verwaltungsbehörden ¹⁹⁷⁾. Je nach der Größe der Lokalfonds waren die Ämter oder die Kreisdirektorien zur unmittelbaren Aufsicht über sie berufen. Die mit dem II. Bad. Konstitutionsedikt v. 14. 7. 1807 begonnene und durch das OrgR vollendete Einordnung der Gemeinden in die allgemeine Staatsverwaltung ¹⁹⁸⁾ hatte zur Folge, daß von nun an das Amt die ihm unterstellten Heiligenpfleger bzw. Stiftungsrechner ernannte. Das Amt erteilte auf die kleineren Lokalfonds die Dekreturen "nach den nöthigen Bedürfnissen" (Erl. des MdI v. 21. 4. 1810, § 1b). Es konnte aus den entsprechenden Fonds selbständig Armenunterstützungen bis zu 24 fl pro Person und Jahr gewähren (OrgR Beil. D, § 16b). Die Rechnungsabhör der kleineren Lokalstiftungen nahm das Amt mit Hilfe besonderer Amtsrevisoren vor (OrgR, Beil. C, § 39f und n).

Die unmittelbare Aufsicht über die Ämter führten seit 1809 die Kreisdirektorien. Die Ämter waren als allgemeine untere Verwaltungsbehörden ebenso wie die Kreisdirektorien konfessionell gemischte Behörden. Ihnen unterstanden neben den kath. "Ortsheiligen" auch alle anderen in ihrem Amtsbezirk befindlichen kleineren Lokalfonds.

Lit. B, C des Postscripti v. 28. 10. 1790 bestimmten, daß der Ortsgeistliche zur Rechnungsabhör des "Ortsheiligen" zu laden war, um ihm die Gelegenheit zu verschaffen, etwaige Beanstandungen gegenüber der Verwaltung des Kirchenvermögens zu Protokoll geben zu können. Dieses Recht blieb dem Pfarrherrn auch nach Erlaß des I. KE erhalten. Allerdings versuchte man nun, den Ortsgeistlichen nicht mehr als Beauftragten des Bischofs, sondern nur noch im eigenen Namen bei der Rechnungsabhör mitwirken zu lassen. Auf Protest des Erzbischofs von Mainz und Bischofs von Konstanz, Dalberg, erkannte man staatlicherseits nochmals an, daß der Ortsgeistliche "nomine episcopi" an der Rechnungsabhör der kath. Ortsstiftungen teilnehmen ¹⁹⁹⁾. In einem Erl. des MdI v. 29. 1. 1810 war jedoch von einer bischöfl. Beauftragung des Ortspfarrers nicht mehr die Rede ²⁰⁰⁾.

War die Gr. Reg. bemüht, jede kirchl. Vertretereigenschaft des Ortsgeistlichen und eine evtl. darauf gestützte bischöfl. Einflußnahme auf die Kirchenvermögensverwaltung zu beseitigen bzw. zu unterbinden, so war sie andererseits geneigt, eine nicht im Auftrag des Bischofs handelnde, d.h. nur den staatl. Behörden verantwortliche Ortsgeistlichkeit stärker als bisher zur Überwachung der lokalen Stiftungsverwaltungen heranzuziehen. So forderte eine VO der Gr. Provinzregierung des Niederrheins v. 3. 8. 1809 ²⁰¹⁾ die kath. Pfarrer auf, "die Rechnungen ihres Sprengels öfters einzusehen, das nöthige, was sie besonders in Hinsicht der Sicherheit der Fonds und des Zwecks der Verwendung zu erinnern haben, bey den einschlägigen Oberämtern, Ämtern ... in Zeiten ... anzuzeigen, und, wenn sie da kein Gehör finden, ihre gegründeten Erinnerungen hierher vorzubringen, damit in Zeiten und bis zur

nächsten Rechnungsablage das nöthige berücksichtigt respective verfügt werden kann". Die Mitwirkung des Ortsgeistlichen bei der Rechnungsabhör wurde auch durch das OrgR v. 26.11. 1809 nicht abgeschafft, sondern mit Erl. des MdI v. 29. 1. 1810 neu für das ganze Land vorgeschrieben. Dabei erhielt der Ortsgeistliche das im Postscriptum von 1790 noch nicht enthaltene Recht, daß ihm 14 Tage vor der Rechnungsabhör die Stiftungsrechnungen zur Einsicht zuzustellen waren.

b) in Württemberg

Der Aufbau der staatl. Kirchenvermögensverwaltung in Württemberg nahm auf der untersten Stufe im großen und ganzen die gleiche Entwicklung wie in Baden. Die Verwaltung des Ortskirchenvermögens ging durch die landh. VO v. 9. 7. 1811 ²⁰²⁾ auf die auf Bezirksebene organisierten Kameralämter über, die daneben die Verwaltung der kgl. Domänen zu besorgen hatten. Die Kameralämter als staatl. Domänenverwaltungen waren ebensowenig wie die Gr. Bad. Ämter konfessionell ausgerichtete Behörden, so daß es häufig vorkam, daß ev. Kameralverwalter zur Verwaltung kath. Ortsstiftungen berufen wurden ²⁰³⁾.

Die Kameralämter hatten dem Kgl. Finanzdepartement monatliche Verzeichnisse über die Vergabe von Spitalpfründen und die Austeilung von Almosen zu übersenden ²⁰⁴⁾

c) in der französischen Pfalz

Zu einer bemerkenswerten Sonderentwicklung kam es in der franz. Pfalz. In Ausführung der organischen Artikel des fanz. Konkordates von 1801 wurden die örtlichen Kirchenfabriken als kirchl. Institute anerkannt und ihnen die vom Staat zurückgegebenen Kirchen und Pfarrhäuser einverleibt ²⁰⁵⁾. Durch Staatsdekrete v. 26. 7. 1803 und 30. 12. 1809 erhielten die Kirchenfabriken die bisher zurückbehaltenen und noch nicht veräußerten Kirchengüter und Renten, wozu auch Armenstiftungen gehörten, zurück ²⁰⁶⁾.

Das Dekret v. 30. 12. 1809 bestimmte, daß an die Spitze der Kirchenfabrik ein von den Gemeindebürgern ausgewählter Fabrikrat treten sollte, zu dessen Mitgliedern kraft Gesetzes der Ortspfarrer und der Gemeindevorsteher bzw. dessen Stellvertreter (je nach Religionszugehörigkeit) gehörten. Die ersten Mitglieder des Fabrikrates sollten vom Bischof und dem zuständigen Departementspräfekten ernannt werden, die spätere Ergänzung durch Kooptation von Seiten der Ratsmitglieder erfolgen ²⁰⁷⁾.

Dem Fabrikrat oblag die selbständige Verwaltung der örtlichen Kirchenfabrik. Als Vollzugsorgan bediente er sich eines seinen Weisungen unterstehenden Kirchenrechners. Die Aufsicht über den Fabrikrat führte der Bischof, der die Jahresvoranschläge zu genehmigen und die Jahresrechnungen abzuheören hatte. Zur Annahme von Stiftungen und Vermächtnissen, zur Veräußerung und Verpachtung (länger als 9 Jahre) von Immobilien und zur Prozeßführung bedurfte der Fabrikrat einer besonderen von der Präfektur zu erteilenden staatl. Genehmigung ²⁰⁸⁾.

Bei unzulänglichen Einkünften der Kirchenfabrik war die politische Gemeinde verpflichtet, finanzielle Zuschüsse zu gewähren. Fehlten dazu die notwendigen Eigenmittel, so hatte die Gemeinde auf dem Wege einer außerordentlichen Gemeindeumlage zur Aufbesserung des Kirchenvermögens beizutragen. Meldete ein Fabrikrat die Unzulänglichkeit des von ihm verwalteten Vermögens an, so stand dem Präfekten die Prüfung der Vermögenslage und die Entscheidung darüber zu, ob die vom Fabrikrat angeforderten Finanzmittel zur Deckung solcher kirchl. Bedürfnisse benötigt wurden, die staatlicherseits anerkannt waren ²⁰⁹⁾.

Der Fabrikrat war eine kirchl. Behörde. Dafür sprach der Umstand, daß die Kirchenfabrik als kirchl. Rechtssubjekt vom Staat anerkannt wurde. Die allgemeine Aufsichtsbehörde des Fabrikrates war das bischöfl. Ordinariat. Außerdem hatte der Bischof bei der erstmaligen Besetzung des Fabrikrates

die Mehrzahl seiner Mitglieder zu ernennen und konnte bei Unterlassung später notwendiger Ergänzungswahlen durch den Fabrikrat die Ergänzungen selbst vornehmen ²¹⁰⁾. Die staatl. Kontroll- und Mitwirkungsrechte beschränkten sich auf die dem Präfekten zustehenden besonderen Genehmigungsvorbehalte. Die zur Annahme von Stiftungen und zur Veräußerung von Grundstücken erforderliche Zustimmung des Präfekten gab dem Staat eine ausreichende Kontrolle über die jeweilige Entwicklung des Kirchenvermögens.

Obwohl die politische Gemeinde bei mangelnder Ergiebigkeit des Ortskirchenvermögens mit ihrem eigenen Vermögen einspringen mußte, übte sie nur über die geborene Mitgliedschaft ihres Vorstehers im Fabrikrat einen gewissen Einfluß auf die Kirchenvermögensverwaltung aus.

d) in Bayern

Mit der unmittelbaren Verwaltung des Distrikts- und Ortsstiftungsvermögens in Bayern waren nebeneinander die - in erster Linie zur Verwaltung des Fiskalvermögens berufenen - kgl. Rentämter, die Magistrate der Städte und Märkte und die grundherrlichen Ämter betraut. Die Rentämter und Magistrate verwalteten das Stiftungsvermögen zusammen mit dem Fiskal- bzw. Kommunalvermögen ²¹¹⁾. Seit 1807 waren sie fast nur noch Vollzugsorgane der ihnen übergeordneten Stiftungs- und Kommunkuratelen bei den Generallandeskommissariaten. Die Stiftungs- und Kommunkuratelen, die für jede in ihrer Provinz befindliche Stiftung einen festen "Spezialetat" aufzustellen hatten, erteilten die Dekreturen für alle Einzelausgaben der Stiftungen und überprüften vierteljährlich die Kassenauszüge der Stiftungsverwaltungen, unbeschadet der jährlichen Abhör der Stiftungsrechnungen ²¹²⁾.

Die allgemeine VO v. 30. 12. 1807 trennte die Stiftungsverwaltung von der Verwaltung des Fiskal- und Kommunalvermögens. Von nun an hatten allgemeine Distriktsstiftungsadministrationen, die unter unmittelbarer Aufsicht des Zentralrech-

nungskommissariates beim MdI bzw. seit 1810 der Kreiskommissariate standen, im Rahmen zentral festgelegter Einzel-etats die Einnahmen und Ausgaben der in ihren jeweiligen Verwaltungsdistrikten gelegenen Stiftungen zu vollziehen. Die Stiftungsadministrationen lieferten monatlich ihre Ertragsüberschüsse an die Zentralstiftungskasse ab. Sie hatten monatliche Kassenbuchauszüge sowie ihre Jahresrechnungen dem Zentralrechnungskommissariat zur Revision vorzulegen ²¹³⁾.

Bayern hatte ebenso wie Baden und Württemberg die Gemeinden von der Verwaltung des lokalen Kirchenvermögens ausgeschlossen. In allen drei Ländern waren auf der unteren Verwaltungsebene angesiedelte landh. Distriktsbehörden - Kgl. Stiftungsadministrationen, Gr. Ämter und Kgl. Kameralämter - mit der einheitlichen Verwaltung des kath. und nichtkath. Stiftungsvermögens beauftragt. Eine konfessionelle, geschweige denn eine kirchl. Verwaltung des lokalen Stiftungsvermögens wie in der franz. Pfalz gab es in keinem der genannten südd. Staaten.

II. DAS ZEITALTER DES FRÜHEN KONSTITUTIONALISMUS UND DIE HOCHBLÜTE DES SÜDWESTDEUTSCHEN STAATSKIRCHENTUMS

§ 5. Geistige Strömungen und politische Kräfte zur Zeit der Errichtung der Oberrheinischen Kirchenprovinz

1) Die süddeutschen Konstitutionen- erste Siege des Liberalismus

Die Ideen der franz. Revolution fanden beim deutschen Bürgertum bereitwillige Aufnahme. Der in den Freiheitskriegen aus patriotischem Pflichtbewußtsein zu den Waffen geeilte Bürger verlangte nach Wiederherstellung des Friedens seine Beteiligung an der politischen Macht. Seine Individualrechtssphäre sollte von nun an vor Übergriffen des Staates geschützt sein. Dazu war notwendig, daß das Verhältnis der Staatsgewalt zum Individuum und die daraus abgeleiteten Rechte und Pflichten des Staates und seiner Bürger in Form eines Staatsgrundgesetzes, einer Verfassung, für alle Beteiligten verbindlich normiert wurden. Das politisch interessierte Bürgertum verlangte deshalb die Verkündung einer Verfassung, die die Individualrechte garantierte und dem Volk eine Beteiligung an der Gesetzgebung einräumte ²¹⁴⁾.

Soweit, wie z.B. in Württemberg, die alten Landstände die Zeit des Absolutismus überdauert hatten, wurden sie zum Kristallisationspunkt der konstitutionellen Forderungen ²¹⁵⁾.

1817, 1818, 1819 und 1820 erließen Bayern, Baden, Württemberg und Hessen - Darmstadt Landesverfassungen. Die durch sie ins Leben gerufenen staatl. Vertretungskörperschaften knüpften in ihrer Zusammensetzung mehr oder weniger stark - am wenigsten in Baden - an die Tradition der "vorabsolutistischen" Landstände an.

Die neuen Stände gliederten sich jeweils in zwei Kammern. Nach der bad. Verfassung von 1819 bestand die I. Kammer fast

ausschließlich aus geborenen oder vom Großherzog ernannten Mitgliedern ²¹⁶⁾. Ihnen gegenüber standen die aus geheimen und indirekten Wahlen hervorgehenden Abgeordneten der II. Kammer (Art. 33 - 36 VU). Wahlberechtigt waren das Besitzbürgertum und die Beamtenschaft ²¹⁷⁾.

Die bad. Stände besaßen ein Zustimmungsrecht, jedoch kein Recht zur Gesetzesinitiative. Die Zustimmung der Stände war vor allem zur Verabschiedung des Staatsbudgets, zur Erhebung neuer Steuern und Abgaben und zur Erhöhung der Zivilliste erforderlich. Verfassungsänderungen und gesetzliche Beschränkungen der persönlichen Freiheit und des Eigentums benötigten sogar eine qualifizierte Mehrheit beider Kammern (Art. 53 - 65 VU) ²¹⁸⁾.

Nach nordamerikanischem und franz. Vorbild enthielten die südd. Verfassungen einen Grundrechtskatalog, in den u.a. das Recht auf Privateigentum aufgenommen war ²¹⁹⁾. Der verfassungsrechtliche Schutz betraf nicht nur das Eigentum des einzelnen, sondern auch dasjenige der drei vom Staat anerkannten christlichen Bekenntnisse. Art. 20 der bad., Art. 77 der württ., Art. 43 der hess. und Art. 9 Abs. 4 der bayer. Verfassung wiederholten die bereits im RDHS ausgesprochene Bestandsgarantie des kirchl. Kult-, Armen- und Schulvermögens ²²⁰⁾.

Die mit den ständischen Zustimmungsrechten übernommene Verantwortung für das Allgemeinwohl wandelte das Verhältnis des Bürgers zum Staat. Der dem Untertanendenken entwachsene Bürger versuchte sich nun mit den staatl. Zielen und Zwecken zu identifizieren, was nur möglich war, wenn die Staatsgewalt die Rechte des einzelnen achtete. Zur Verankerung des Rechtsstaates war nach Ansicht des frühen Liberalismus neben der Schaffung einer Volksvertretung und des verfassungsrechtlichen Garantie von Grundrechten die klare Begrenzung der Staatsaufgaben sowie eine weitgehende kommunale Selbstverwaltung, die die Staatsbürokratie zurückdrängen und den Bürger unmittelbar mit der Erfüllung öffentlicher Aufgaben betrauen sollte, vonnöten. Die Gemeindeautonomie begann im

Zeichen einer konstitutionellen und das genossenschaftliche Denken neu belebenden Ära wieder aufzublühen. Die sich allmählich verändernde Einstellung des Staates zur kommunalen Selbstverwaltung ²²¹⁾ beeinflusste auch die Verwaltung des örtlichen Kirchenvermögens, wie im einzelnen noch zu zeigen sein wird.

2) Der Wessenbergianismus

Die kath. Kirche wurde von der Säkularisation zu einem Zeitpunkt überrascht, als der Gedanke einer deutschen Nationalkirche, die Rom nur einen Ehrenprimat beließ, viele Anhänger in Klerus und Episkopat besaß. Die Existenz der geistl. Hochstifte und die umfangreichen kirchl. Einnahmen ließen die Errichtung einer deutschen Nationalkirche, die sich trotz ihrer Lösung von Rom eine selbständige Stellung gegenüber den deutschen Territorialfürsten bewahren könnte, als möglich erscheinen. Die Säkularisation entzog diesen Plänen ihre realpolitische Grundlage ²²²⁾.

Ein großer Teil der im aufklärerischen und febronianischen Geist befangenen deutschen Prälaten und niederen Kleriker war selbst angesichts der rücksichtslos vollzogenen Säkularisation außerstande, sich von liebgewonnenen, nationalkirchlichen Vorstellungen zu trennen. Eine Loslösung mußte umso schwerer fallen, als viele mit Recht bekämpften kirchl. Mißstände wie schlechte Katechese, mangelnde Volksnähe der Liturgie und an Aberglauben grenzende Andachtsübungen dem römischen Papalismus zur Last gelegt wurden ²²³⁾. Das höchste Ziel dieser Kreise war es, entsprechend den Emser Beschlüssen die ursprüngliche Episkopalverfassung der deutschen Kirche wiederherzustellen ²²⁴⁾ und dem kirchl. Obskurantismus, zu dem man neben wirklichen Mißständen alle kirchl. Lebensformen zählte, die nicht unmittelbar der religiös-sittlichen Unterweisung und Erziehung dienten ²²⁵⁾, zu bekämpfen. Nach Wiederherstellung der päpstlichen Macht in Rom erschien ihnen die Abwehr der päpstlichen Juridiktionsansprüche als vordringliche Aufgabe der kath. Kirche in Deutschland.

Zu diesem Zweck suchten sie die Unterstützung und den Schutz der deutschen Landesherren ²²⁶⁾, denen sie schon auf Grund ihres aufklärerisch-immanenten Kirchenverständnisses einen bedeutenden Einfluß auf die Kirche einzuräumen bereit waren. Der jeweilige Landesherr sollte u.a. das Recht haben, Lan-

desbistümer einzurichten, die kath. Landesbischöfe zu ernennen, das landh. Patronatsrecht auszuüben, kirchl. Gesetze dem landh. Plazet zu unterwerfen und das Kirchenvermögen gemeinsam mit der Kirche zu verwalten ²²⁷⁾).

Führer dieser Gruppe und ihr Sprecher auf dem Wiener Kongreß war der Weihbischof und - seit 1817 - Kapitelsvikar des Bistums Konstanz, Freiherr von Wessenberg. Er war ein Vertrauter und Schützling des letzten Erzbischofs von Mainz und Bischofs von Konstanz, Freiherrn von Dalberg ²²⁸⁾.

Wessenberg stellte in einer an den Wiener Kongreß gerichteten Denkschrift v. 27. 11. 1814, der er weitere zur Ergänzung und Erläuterung dienende Exposés folgen ließ ²²⁹⁾, den Antrag, daß eine künftige deutsche Reichsgewalt ein Konkordat mit dem Römischen Stuhl über die "kanonische Einrichtung" der kath. Kirche "im Umfange des deutschen Bundes" abschließen solle. Das Konkordat sollte die Errichtung einer in ihre "ursprünglichen Rechte und Freiheiten" wieder eingesetzten deutschen Nationalkirche bringen. Die Rechte des von Wessenberg vorgesehenen Primas sollten sich auf die Leitung der allgemeinen Angelegenheiten der deutschen Nationalkirche beschränken. Das einmal abgeschlossene Konkordat sollte ein wesentlicher Bestandteil der Verfassung des Deutschen Bundes sein und unter dem Schutz der obersten Bundesbehörde und des Bundesgerichtes stehen. Jeder Versuch Roms, die im Konkordat der deutschen Nationalkirche zugestandenen Freiheiten wieder einzuschränken, sollte somit als Verstoß gegen die Bundesverfassung gewertet werden und dem deutschen Bischöfen das Recht verleihen, den Schutz des Deutschen Bundes anzurufen.

Der Inhalt des Konkordates sollte vom Deutschen Bund einseitig festgelegt und dem Papst als fertiges "Vertragswerk" zur Zustimmung vorgelegt werden. Um sicher die Zustimmung des Hl. Stuhles zu erlangen, riet Wessenberg, in das Konkordat nur "die notwendigsten Bestimmungen, ohne welche die Freiheit der deutschen Kirche nicht bestehen" könnte, aufzunehmen. Die eigentlichen Streitfragen sollten nachträglich

vom Staat geregelt werden ²³⁰⁾. Dieser Ratschlag eines kirchl. Würdenträgers wurde bei den späteren Verhandlungen der südwestd. Staaten mit Rom auf das genaueste befolgt.

Wessenbergs Konkordatsvorschlag anerkannte die Säkularisation, verlangte jedoch, daß die §§ 63 und 65 RDHS streng eingehalten würden. Alle frommen und milden Stiftungen (§ 65 RDHS) sollten, soweit sie ihrem Zweck entfremdet wurden, wiederhergestellt und ihrer Widmung gemäß verwandt werden; über Schul- und Kirchengüter (§ 63 RDHS) sollte ohne "Beistimmung der Kirche" nicht verfügt werden können ²³¹⁾. Eine kirchl. Verwaltung der genannten Fonds forderte Wessenberg nicht. Lediglich "Kultusgegenstände und Kirchengelder" sollten einer ausschließlich konfessionellen Verwaltung vorbehalten bleiben, wobei es offenblieb, ob Wessenberg hiermit eine kirchl. Verwaltung oder nur eine konfessionell einheitliche, staatl. Verwaltung verlangen wollte ²³²⁾.

Im Bestreben, der "deutschen Kirche" eine gewisse Unabhängigkeit von der Staatsgewalt zu bewahren - hierin unterschied sich Wessenberg von vielen seiner Gesinnungsfreunde - verlangte Wessenberg eine Dotation der einzelnen deutschen Bistümer in liegenden Gütern. Die Realdotation sollte sich auf alle notwendigen Diözesaninstitute, insbesondere die Seminare, beziehen. Für die Realdotation sah Wessenberg in seinem Konkordatsvorschlag die Verwaltung durch kirchl. Organe vor ²³³⁾.

Die Pläne Wessenbergs für eine deutsche Nationalkirche scheiterten letztlich am Selbständigkeitswillen der deutschen Bundesstaaten, vor allem Bayerns ²³⁴⁾.

Wessenberg war zwar der bedeutendste, jedoch keineswegs der radikalste Vertreter der nach ihm "Wessenbergianer" benannten neofebronianisch-josefinischen Bewegung. Die Ausführung von Wessenbergs Verlangen, die einzelnen deutschen Bistümer mit einer von ihnen selbst zu verwaltenden Realdotation auszustatten, hätte der Kirche - trotz aller sonst von Wessenberg gebilligten Beschränkungen der kirchl. Vermögens-

verwaltung - eine Bewegungsfreiheit verliehen, die weit über das Maß hinausging, das ihr die deutschen Landesfürsten freiwillig zu geben bereit waren. Die radikaleren, eine rein staatskirchliche Lösung der deutschen Kirchenfrage befürwortenden "Wessenbergianer" hatten Wessenberg gegenüber den Vorzug, daß sie die Unmöglichkeit erkannten, zwischen Rom und dem landh. Staatskirchentum eine mittlere Position zu beziehen.

3) Das südwestdeutsche Staatskirchentum

a) Seine 1815 geschaffene politische Ausgangslage

Die Anerkennung der napoleonischen Gebietsvergrößerungen durch den Wiener Kongreß bescherte den südwestd. Staaten einen willkommenen Prestigezuwachs, der es ihnen erlaubte, die bereits vollzogene Verstaatlichung des kirchl. Organismus im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten und in Zukunft weiter zu vervollkommen.

Nachdem der Versuch, auf dem Wiener Kongreß ein Konkordat des Deutschen Bundes mit Rom herbeizuführen, gescheitert war, benützten die deutschen Einzelstaaten die Gelegenheit, die Bildung einer deutschen Nationalkirche endgültig zu vereiteln²³⁵⁾, und bemühten sich, die päpstliche Zustimmung zur Errichtung kath., nach den Grundsätzen des josephinischen Staatskirchentums geordneter Landeskirchen zu erlangen. Der den staatskirchlichen Wünschen entsprechende de facto-Zustand der deutschen Kirchenverhältnisse verlieh der staatl. Seite einen gewichtigen Trumpf für eventuelle Verhandlungen mit dem Hl. Stuhl.

b) Seine geistigen Grundlagen

Als theoretische Grundlage des südwestd. Staatskirchentums dienten neben dem Josefinismus vor allem die in enge Verbindung mit josephinischem Gedankengut gebrachten febronianischen Ideen²³⁶⁾. Die Betonung des Episkopalsystems sollte auch nach kirchl. Recht die Zurückdrängung des päpstlichen Einflusses auf die deutschen Kirchenverhältnisse rechtfertigen.

Eine Eigentümlichkeit des südwestd. Staatskirchentums war die Einfügung synodaler und presbyteraler Strukturelemente in die staatl. Kirchenorganisationspläne. Sie korrespondierten mit der Vorliebe der bei den südwestd. Regierungen sehr

einflußreichen Wessenbergianer für Kirchensynoden und eine verstärkte Teilnahme der Domkapitel an der Bistumsverwaltung²³⁷⁾.

c) Die "Grundzüge zu einer Vereinbarung über die Verhältnisse der kath. Kirche in deutschen Bundesstaaten"

Zur Wiederherstellung und Neuordnung der kath. Hierarchie in ihren Ländern versammelten sich auf Einladung Württembergs die Regierungsvertreter von Baden, Württemberg, Hessen-Darmstadt, Kurhessen und Nassau am 15.3. 1818 zu Frankfurt²³⁸⁾ und erarbeiteten folgende für die zukünftige Stellung der kath. Kirche in ihren Ländern maßgebenden "Grundzüge"²³⁹⁾:

Jedes Land erhält ein Landesbistum, das zusammen mit den anderen Landesbistümern einen Metropolitanverband bildet. Der dem Metropolitanverband vorstehende Erzbischof wird der Zahl der Landesbischöfe entnommen (§§ 7-12, 53, 54). Der Erzbischof leitet den kanon. Informativprozeß bei Bischofswahlen, übt das Devolutionsrecht aus, nimmt die Konsekration der Suffraganbischöfe vor, führt den Vorsitz auf Provinzialsynoden, visitiert die Suffraganbistümer, erkennt bei Klagen gegenüber einem seiner Suffragane und bildet das Beruungsgericht gegenüber Urteilen der bischöfl. Offizialate. Im Falle der Verhinderung oder Erledigung des Hl. Stuhles nimmt der Erzbischof die Rom vorbehaltenen Befugnisse wahr und trifft die für die Bedürfnisse der Bistümer notwendigen Maßnahmen und Entscheidungen (§ 57). Der Erzbischof hat vor Amtsantritt dem Landesherrn eines jeden zu seiner Kirchenprovinz gehörigen Staates den Treueid zu leisten. Zur Ausübung einiger Metropolitanrechte, wie z.B. zur Einberufung einer Provinzialsynode und zur Visitation von Suffraganbistümern, benötigt der Erzbischof die vorherige Zustimmung der hiervon betroffenen Staaten. Außerdem ist jede Landesregierung berechtigt, dem Erzbischof bei Visitationsreisen einen landh. Kommissar zur Seite zu geben.

Die Ruraldekane eines Bistums wählen vor jeder Bischofswahl aus ihrer Mitte eine der Zahl der Domkapitulare entsprechende Anzahl von Geistlichen, die mit ersteren zusammen das zur Bischofswahl berufene Kollegium bilden. In Anwesenheit eines landh. Kommissars bestimmt das Wahlkollegium drei vom Landesherrn nicht schon im voraus ausgeschlossene Geistliche des Diözesanklerus, die es dem Landesherrn als taugliche Bischofskandidaten empfiehlt. Darauf ernennt der Landesherr einen der vorgeschlagenen Kandidaten zum Landesbischof. Bestätigt Rom nicht innerhalb von sechs Monaten diese Ernennung, oder kann über die päpstlichen Einwendungen keine Einigung erzielt werden, so verbleibt es bei der landh. Ernennung, und die Bestätigung erfolgt durch den Erzbischof.

Jedem Bischof ist das Domkapitel als kirchl. Senat beigeordnet und unterstützt ihn in der Ausübung seiner Kirchengewalt. Der Landesherr ernennt die Domkapitulare auf Grund von Dreierorschlägen des aus den Domkapitularen und der gleichen Anzahl von Ruraldekanen bestehenden Wahlkollegiums. Die Vorschläge dürfen nur dem Landesherrn genehme Namen enthalten. Lediglich der Domdekan wird unmittelbar vom Souverän ernannt. Der Bischof kann nur ein Mitglied des Domkapitels zu seinem Generalvikar ernennen.

Das Domkapitel erhält eine kollegiale Geschäftsform und steht unter dem Vorsitz des Generalvikars. Zu seinen ordentlichen Mitgliedern gehört ein vom Staat ernannter "weltlicher kath. Rat", der mit Ausnahme "rein geistlicher Sachen" das gleiche Stimmrecht wie die Domkapitulare hat (§ 32).

Neben den landh. Dekanen sollen keine besonderen bischöflichen Dekane ernannt werden. Die Bestellung der landh. Dekane kann nur im Einverständnis von Kirche und Staat erfolgen (§46).

Alle "wichtigeren Verbesserungen in Kirchensachen" sollen auf Diözesan-, Provinzial- oder Nationalsynoden entschieden werden. Provinzialsynoden sind mindestens alle 10, Diözesansynoden alle fünf Jahre bei Anwesenheit eines landh.

Kommissars abzuhalten (§ 59).

Päpstliche Anordnungen können nur mit staatl. Genehmigung kundgemacht werden und treten bei Zurückziehung der Staatsgenehmigung wieder außer Kraft. Gegen alle kirchl. Amtshandlungen ist der "recursus ab abusu" gegeben. Die Exkommunikation von Laien und die Suspension von Geistlichen kann nur mit staatl. Zustimmung erfolgen. Das landh. Patronatsrecht bleibt in seinem bisherigen Umfang bestehen. Allerdings "soll einem jeden Bischoffe die Ernennung zu einer bestimmten Anzahl von Pfründen überlassen" werden (§ 43).

Die einzelnen Bistümer erhalten je eine in Liegenschaften bestehende Realdotation, aus der die Besoldung des Bischofs, der "Domherren und Domkapläne" und der Aufwand für die bischöfl. Kanzlei und das bischöfl. Seminar bestritten werden sollen. Die Realdotation wird von kirchl. Behörden unter Oberaufsicht des Staates verwaltet (§ 60). Unter der Bedingung, daß "a) ein für die wesentlichen Zwecke der Kirche vollkommen hinreichendes Grundvermögen der Kirche zwar vom Staatsvermögen ausgeschieden, dessen Verwaltung aber dem Staat überlassen wird, b) ... die wesentlichen Zwecke der Kirche ... wenigstens durch auf Domänen oder Ämter radicirte Renten sicher gestellt werden", kann von einer an die Kirche auszufolgernden Realdotation abgesehen werden, wenn einer solchen "Hindernisse im Wege stehen" (§§ 61, 62). Im letzteren Fall müssen jedoch die kirchl. Einkünfte, die zum Teil in Naturalien bestehen sollen, an eine allgemeine Kirchenkasse abgeführt werden, damit "die Detailverwendung für die Kirchenzwecke aus dieser allgemeinen Kirchenkasse durch die geistlichen Behörden, jedoch immer unter der Oberaufsicht der Staatsbehörden, geschehen" kann (§ 62).

Die einmal festgesetzten Dotationsbeträge werden, um ihre Wertbeständigkeit zu sichern, wenigstens alle fünf Jahre mit dem jeweiligen Getreidepreis verglichen und gegebenenfalls entsprechend erhöht (§ 67). Im übrigen ist dafür zu sorgen, "daß mit den steigenden Bedürfnissen der Kirche auch

die Mittel, sie zu befriedigen, sich mehrern können" (§ 61).

Aus dem Vermögen eines jeden Staates wird ein allgemeiner Kirchenfonds ausgeschieden, der zur Befriedigung all jener kirchl. Bedürfnisse beiträgt, für die örtliche Kirchenfonds entweder garnicht oder nur in unzureichendem Maß vorhanden sind. Eine aus kath. Laien bestehende Behörde verwaltet unter der Aufsicht des Staates und der Kirche den allgemeinen Kirchenfonds (§ 71). Dieser hat u.a. den Zweck, "die kirchlichen Lehr- und Wohltätigkeitsanstalten zu unterstützen" (§ 72), neu errichtete Pfarreien zu dotieren und zu gering dotierte Pfarr- und Kaplaneipfründen aufzubessern sowie zum Unterhalt von Emeritenanstalten beizutragen.

Neben dem allgemeinen Kirchenfonds soll "aus den Interkalar-gefallen aller erledigten geistlichen Stellen ... ein besonderer Fond errichtet, und auf eine Art verwaltet werden, die ihn sicher stellt, daß er nur zu Kirchenzwecken, und unter diesen auch nicht zu solchen verwendet werde, welche der Staat zu erfüllen hat. ... Der Ertrag dieses Fonds soll nach Abziehung der Pfründverwesungskosten vorzüglich ... zur Unterstützung kranker ... Hülfspriester ...; zur zeitigen Unterstützung der Pfarrer, deren Pfründen überhaupt, oder bei besonderen Unglücksfällen, zu ihrem Unterhalt, oder zur Aufstellung eines Hülfspriesters nicht zureichen; ... Die weitere Art der Verwendung hängt nach Zeit und Umständen von den Verabredungen zwischen Regierung und Bischoff ab" (§ 73).

Die Kirchenpfründen, die die Pfründinhaber unter der Aufsicht des Staates und des Bischofs verwalten, sowie alle allgemeinen und besonderen Kirchenfonds werden in ihrem Bestand garantiert (§ 76). "Die Verwaltung des katholischen Kirchenfabrik-, Bruderschaft- oder sonstigen Vermögens soll so einfach und wenig kostspielig als möglich eingerichtet werden. Die Pfarrer und Dekane nehmen an deren Verwaltung Theil, der Staat und der Bischoff führen aber die Oberaufsicht darüber. Veräußerungen einzelner Vermögenstheile können nur ... mit Bewilligung des Bischofs und Genehmigung des Staates statt

finden" (§§ 77, 78).

In den "Grundzügen" maßte sich der Staat das volle Organisationsrecht über die Kirche an und schickte sich an, selbst ihren hierarchischen Aufbau zu verändern. In ihre "ursprünglichen" Rechte wiedereingesetzt, sollten die deutschen Bischöfe Bischöfe der Aufklärung sein, d.h., sie hatten in Unterordnung unter den Staat und seine Zielsetzung für die religiös-sittliche Erziehung des Volkes zu sorgen. Da der Bischof diese Aufgabe nur in Hinordnung auf den Staat erfüllen konnte, existierte im Hinblick auf den Staat das Problem der bischöfl. Selbständigkeit und Unabhängigkeit nicht, und war eine klare rechtliche und organisatorische Trennung von Kirchen- und Staatsgewalt überflüssig. Die Kirche "bildet" keine der "Staatsgewalt gegenüberstehende Macht im Staate". Sie bezieht ihre Kraft aus dem "höheren geistigen Einfluß, den die sittliche Würde und die himmlische Weihe ihrer Lehre auf die Gemüter der Gläubigen" ausübt 240).

Die in den "Grundzügen" gezeigte Bereitschaft der "Frankfurter Staaten", den einzelnen Landesbistümern Realdotationen zu gewähren und sie ihrer Verwaltung zu überlassen, entsprach dem Wunsch Wessenbergs. Der gleichzeitig gemachte staatl. Vorbehalt, von einer Realdotation bei "im Wege stehenden Hindernissen" absehen zu können (§§ 61, 62), beraubte jedoch die vorherige allgemeine Zusage ihres verpflichtenden Charakters. Selbst bei Verwirklichung der Realdotation war nur an eine unter staatl. Oberaufsicht stehende kirchl. Dotationsverwaltung gedacht, wobei der Umfang der staatl. Oberaufsicht vom Gutdünken der einzelnen Regierung abhing.

Die Tatsache aber, daß von einer kirchl. Verwaltung der Bistumsdotationsverwaltung überhaupt gesprochen und sogar die uneingeschränkte Mitaufsicht des Bischofs über die Verwaltung des übrigen allgemeinen und örtlichen Kirchenvermögens anerkannt wurde (§§ 71, 73, 77, 78), mußte in Anbetracht der bestehenden staatl. Gesetzgebung und Verwaltungspraxis überraschen. Ihre Erklärung findet sie wahrscheinlich in der in den "Grundzügen" vorgesehenen völligen Einordnung der Kirchen-

leitung in die allgemeine Staatsverwaltung. Unter diesen Umständen konnte es im wohlverstandenen staatl. Interesse liegen, ebenso wie die landh. Dekane und Pfarrer den landh. Bischof bzw. dessen Domkapitel stärker an der Beaufsichtigung und Verwaltung des Kirchenvermögens zu beteiligen.

4) Der Aufstieg des Papsttums nach 1815

Die politische Niederlage des Papsttums in der napoleonischen Zeit verwandelte die Entschlossenheit Pius VII., der Polizeigewalt des franz. Staates zu widerstehen, in einen moralischen Sieg. Die scheinbar nur noch in überkommenen äußerlichen Organisations- und Kultformen dahinlebende Kirche zeigte in den Tagen der Verfolgung eine erstaunliche religiös-sittliche Kraft. Das Papsttum, seiner weltl. Machtmittel beraubt, bewies in der Leidensfähigkeit und Grundsatztreue seines damaligen Trägers ²⁴¹⁾, daß es nicht nur in kirchenpolitischer, sondern auch in religiöser Hinsicht das Herz der Weltkirche war. Nach Zerstörung der "Reichskirche" war der in den wiederhergestellten Kirchenstaat zurückgekehrte Papst die einzige von staatl. Kontrolle wirklich freie kirchl. Institution. Er rückte daher fast von selbst in die Stellung eines Vorkämpfers der kirchl. Freiheit ein ²⁴²⁾.

Kardinalstaatssekretär Consalvi, der die Kurie auf dem Wiener Kongreß vertrat, war ein Gegner von Wessenbergs nationalkirchlichen Plänen. Nachdem es ihm nicht gelang, ein Konkordat mit dem Deutschen Bund zustande zu bringen ²⁴³⁾, bemühte sich Consalvi um vertragliche Vereinbarungen mit den deutschen Einzelstaaten.

Auf dem Wiener Kongreß verlangte Consalvi die Wiederherstellung des alten Reiches, die Rückgabe der geistl. Fürstentümer und aller in fremder Hand befindlichen geistl. Güter und Einkünfte. Die Bistümer sollten neu umschrieben werden. Soweit ihnen ihr früheres Vermögen nicht mehr zurückgegeben werden konnte, sollten sie mit anderen Liegenschaften in ausreichendem Maß ausgestattet werden ²⁴⁴⁾.

Consalvi konnte aber ebenso wenig wie Wessenberg auf dem Wiener Kongreß seine Ziele erreichen. Er protestierte daher feierlich gegen "alles, was auf dem Wiener Kongreß der Kirche zum Nachteil geschehen sei" ²⁴⁵⁾.

In den Jahren nach 1815 übernahm Österreich, das sich allmählich von seiner josephinischen Vergangenheit zu lösen begann, die Rolle einer Schutzmacht des Hl. Stuhles. Ihr traditionsbewußter Geist und ihre gesellschaftspolitische Verknüpfung mit dem "ancien régime" ließen die Kirche als den natürlichen Verbündeten der konservativen Mächte im Kampf gegen die liberalen und nationalen Ideen erscheinen ²⁴⁶⁾. Es entsprach dem staatspolitischen Interesse Österreichs und nicht nur den Idealen der kirchl. Erneuerungsbewegung ²⁴⁷⁾, wenn der Kaiserstaat die Interessen des Hl. Stuhles zu vertreten begann und Metternich in der Auseinandersetzung Roms mit den südwestd. Staaten für die kirchl. Seite Partei ergriff ²⁴⁸⁾.

§ 6. Die Errichtung der Erzdiözese Freiburg und der Erlaß
der landesherrlichen Verordnung vom 30. 1. 1830

1) Die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen der Kurie
und den Staaten der Frankfurter Konferenz

Die Frankfurter Staaten waren an einer schnell fortschreitenden Konsolidierung ihrer Territorien interessiert. Diesem Ziel sollte die Errichtung von Landesbistümern dienen. Die Abschaffung, Errichtung und Neuumschreibung von Bistümern sowie ihre Besetzung konnte nur unter Mitwirkung des Papstes geschehen, solange die daran interessierten Staaten keine von Rom abgespaltenen Landeskirchen begründen wollten²⁴⁹⁾. Die Regierungen der Frankfurter Staaten waren davon überzeugt, daß sie den Hl. Stuhl zwingen könnten, die ordentliche Hierarchie in ihren Ländern unter den von ihnen festgesetzten Bedingungen wiederherzustellen. Zumindest glaubten sie, ein Übereinkommen mit Rom auf die von ihnen als unbedingt notwendig erachteten Punkte beschränken zu können.

Rom mußte, wollte es seinen Einfluß auf die kirchl. Entwicklung in Deutschland nicht ganz verlieren, in Verhandlungen mit den deutschen Einzelstaaten eintreten. Am Ende solcher Verhandlungen sollte nach dem Willen des Hl. Stuhles der Abschluß eines Konkordates stehen. Abgesehen von ihrem Inhalt hatten derartige Konkordate den Vorzug, daß sie die Zuständigkeit der Kurie für die Regelung der kirchl. Verhältnisse in Deutschland zur Anerkennung brachten und einer nationalkirchlichen Bewegung die staatl. Rückendeckung entzogen.

- 2) Der Verlauf der zwischen den Frankfurter Staaten und dem Heiligen Stuhl geführten Verhandlungen
- a) Von der Frankfurter Deklaration bis zum Erlaß der Zirkumskriptionsbulle "Provida solersque"

Die von der Frankfurter Konferenz in der ersten Sitzungsperiode (15. 3. - 30. 4. 1818) gefaßten Beschlüsse wurden in den "Grundzügen zu einer Vereinbarung über die Verhältnisse der kath. Kirche in deutschen Bundesstaaten" zusammengefaßt ²⁵⁰⁾. Im Sommer 1818 wurde auf der Frankfurter Konferenz eine für Rom bestimmte Deklaration ausgearbeitet, die nur diejenigen Bestimmungen der "Grundzüge" enthielt, die zur Errichtung der ordentlichen Hierarchie in den vorgesehenen fünf Landesbistümern und zur Sicherung der landesbischöflichen Rechte gegenüber Rom unbedingt erforderlich schienen und für die man die päpstliche Zustimmung zu erhalten hoffte ²⁵¹⁾. Die auf die landeskirchenherrlichen Aufsichts- und Verwaltungsrechte abstellenden Vorschriften der "Grundzüge" fanden sich in den geheimgehaltenen "Grundbestimmungen für das organische Kirchengesetz" wieder ²⁵²⁾.

Art. 8 der Deklaration, der sich mit dem Kirchenvermögen befaßte, wiederholte die Bestandsgarantie der §§ 74, 76 der "Grundzüge", erwähnte aber nicht das dort zugesicherte Mitaufsichtsrecht des Bischofs über die Kirchenvermögensverwaltung. Lediglich für die Bistumsdotation wurde ausdrücklich zugesagt, daß sie von der Kirche unter der Aufsicht des Bischofs verwaltet werden sollte. Die Ausstattung der Bistümer sollte in Liegenschaften und ständigen Gütern und, falls dies nicht in vollem Umfang möglich war, in genügend gesicherten festen Einkünften bestehen ²⁵³⁾.

Am 7. 10. 1818 schlossen Baden, Württemberg, Hessen-Darmstadt, Nassau, Kurhessen und die Freie Stadt Frankfurt einen Staatsvertrag ab, der nochmals alle früheren Beschlüsse bestätigte und die vertragschließenden Regierungen verpflichtete.

tete, nur gemeinsam die Errichtung der geplanten Landesbistümer zu betreiben ²⁵⁴⁾. In ihrem Auftrag übergab eine bad.-württ. Gesandtschaft im Frühjahr 1819 in Rom die in die Form einer pragmatischen Sanktion gekleidete "Declaratio". Die Gesandtschaft sollte keine Verhandlungen mit dem Hl. Stuhl führen, sondern nur dessen Votum zur "Declaratio im Ganzen" einholen ²⁵⁵⁾.

Dieses Votum brachte die "Esposizione" Kardinal Consalvis v. 10. 8. 1819 ²⁵⁶⁾. Darin lehnte die Kurie die in der Deklaration enthaltenen staatskirchlichen Forderungen, die sich auf die Besetzung der Bischofsstühle, die Verwaltung der Diözesen und das landh. Patronatsrecht bezogen, ab. Die in der Deklaration vorgesehenen Bistumsdotationen nannte Kardinal Consalvi bescheiden, der Hl. Stuhl wolle aber aus diesem Punkt keine Prinzipienfrage machen. Sollte über die strittigen Fragen keine Einigung erzielt werden, so schlage Rom vor, "einstweilen die bezeichnete Neubegrenzung der Diözesen in Vollzug zu setzen" und den bischöfl. Kirchen sodann "in gutem Einverständnis" Bischöfe zu verleihen ²⁵⁷⁾.

Auf Anfrage nannte die Kurie in einer weiteren Note v. 21. 9. 1819 ²⁵⁸⁾ die für den Erlaß einer bloßen Zirkumskriptionsbulle gestellten Bedingungen: Die Bistumsdotationen dürften nicht nur, wie dies in Art. 8 der Deklaration geschehen sei, ihrer Höhe nach festliegen. Es müßten vielmehr die zur Ausstattung der Bistümer vorgesehenen Liegenschaften und Fonds genau bezeichnet werden, so daß schon vor Erlaß der Zirkumskriptionsbulle die Bistumsdotationen vollzogen werden könnten. Die erstmalige Besetzung der Bischofsstühle sollte nach vorheriger Einigung auf einen Kandidaten durch päpstliche Ernennung erfolgen.

Als die Frankfurter Staatengruppe sah, daß der Hl. Stuhl nicht bereit war, bei einer an den Artikeln der Deklaration ausgerichteten Neuordnung der Hierarchie in ihren Ländern mitzuwirken, ging sie auf den römischen Vorschlag ein, zunächst nur die neuen Landesbistümer zu umschreiben und zu dotieren. Sie beschloß, zu Händen des Hl. Stuhles besondere

Dotationsurkunden anzufertigen, in denen die zur Dotation der Bistümer bestimmten Grundstücke, Fonds und Kassen einzeln aufgeführt wurden.

Die für die fünf geplanten Landesbistümer ausgestellten und im April 1821 dem Hl. Stuhl übergebenen ²⁵⁹⁾ Dotationsurkunden brachten im großen und ganzen nicht die von Rom geforderte Ausstattung in Liegenschaften und ständigen Fonds. Sie boten statt dessen in erster Linie hypothekarisch gesicherte Renten aus der Staatskasse an.

Die von der Kurie nicht gutgeheißenen Bestimmungen der Deklaration wurden zusammen mit den von Anfang an geheimgehaltenen "Grundbestimmungen" auf zwei neue und wiederum geheimgehaltene Urkunden, das "Fundationsinstrument" und die "Kirchenpragmatik", verteilt. Die Frankfurter Staaten verpflichteten sich gegenseitig, nach Errichtung und erstmaliger Besetzung der neuen Landesbistümer "die Kirchenpragmatik als die Verhältnisse der Kirche ordnendes organisches Staatsgesetz" ²⁶⁰⁾ zu verkünden und das "Fundationsinstrument", das die wichtigsten Bestimmungen der "Kirchenpragmatik" wiederholte und die landh. Stiftungsurkunde für das jeweilige Landesbistum darstellte, den Bischöfen und Domkapiteln bei ihrer Einsetzung zur Nachachtung vorzulegen.

Nachdem sich die "vereinten Staaten" auf die Errichtung eines gemeinsamen, "Oberrheinische Kirchenprovinz" genannten Metropolitanverbandes mit Sitz des Erzbischofs in Freiburg geeinigt und sich mit dem von Rom vorgeschlagenen provisorischen Besetzungsmodus für die Bistümer einverstanden erklärt hatten ²⁶¹⁾, erließ der Papst am 16. 8. 1821 die Zirkumskriptionsbulle "Provida solersque" ²⁶²⁾. Diese hob das alte Bistum Konstanz auf und brachte die Neuumschreibung und Errichtung der Oberrh. Kirchenprovinz, bestehend aus dem Erzbistum Freiburg (Baden und Hohenzollern) ²⁶³⁾ und den Suffraganbistümern Rottenburg (Württemberg), Mainz (Hessen-Darmstadt), Limburg (Nassau und Frankfurt) und Fulda (Kurhessen).

Für das Erzbistum Freiburg sah die Bulle "Provida solersque" die Einrichtung eines Domkapitels, bestehend aus einem Domdekan und sechs Domherren, von sechs Dompräbendarstellen und eines tridentinischen Seminars vor. Als Erzbistumsdotations wies sie gemäß dem bad. Dotationsinstrument v. 23. 12. 1820 an: die Herrschaft Linz und hypothekarisch gesicherte Einkünfte, die zusammen einen Jahresertrag von 75.364 fl ergaben. Von dieser Summe entfielen auf die "mensa archiepiscopalis" 13400 fl, den Domdekan 4000 fl, die sechs Domkapitulare 11300 fl, die sechs Dompräbendare 5400 fl, das Seminar 25000 fl, die Domfabrik 5264 fl, die Erzb. Kanzlei 3000 fl und die bereits bestehende bzw. noch zu errichtende Emeriten- bzw. Demeritenanstalt 8000 fl. Dem Erzbischof wurde außerdem ein Palais und ein Garten, den Domkapitularen und Dompräbendaren weitere Gebäude zur Wohnung angewiesen. Alle bisher nicht in ständigen Gütern und Grundstücken angewiesenen Dotationseinkünfte waren späterhin (postmodum) in solche umzuwandeln und in das Eigentum und die Verwaltung der Kirche zu geben.

b) Von der Zirkumskriptionsbulle bis zum Erlaß der
Ergänzungsbulle "Ad dominici gregis custodiam"

Die nach Erlaß der Bulle "Provida solersque" wieder zusammengetretenen Frankfurter Staaten beschlossen, die Veröffentlichung der Zirkumskriptionsbulle bis zur Besetzung der neuen Landesbistümer auszusetzen, und unterzeichneten am 8. 2. 1822 einen Staatsvertrag ²⁶⁴⁾, in dem sie sich verpflichteten, "nach der Einweisung der ersten Bischöfe ... die Fundationsinstrumente und die Kirchenpragmatik den Bischöfen und ihren Domkapiteln zu übergeben" und eine größtenteils die Kirchenpragmatik wiederholende "landesherrliche Verordnung als allgemein gültig" bekannt zu machen.

Zur Ermittlung des nach Rom vorzuschlagenden landh. Bischofskandidaten veranstaltete Baden - ebenso wie die anderen Staaten der Oberrh. Kirchenprovinz ²⁶⁵⁾ - 1822 eine Wahl unter

den Dekanen des Landes. Bei dieser Wahl konnte Wessenberg die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Großherzog Ludwig, der seit September 1822 eine konservative, österreichfreundliche Politik betrieb, war dem "liberalen" Wessenberg nicht günstig gesonnen und gab ihn als einen für Rom unannehmbaren Bischofskandidaten auf. Wanker ²⁶⁶⁾, der von Baden offiziell nominierte Kandidat für die Erzbischofswürde, wurde jedoch, ebenso wie die Bischofskandidaten Württembergs, Hessen-Darmstadts, Kurhessens und Nassaus, vom Hl. Stuhl abgelehnt, da Rom erfahren hatte, daß sie sich alle zur Befolgung der Kirchenpragmatik verpflichtet hatten ²⁶⁷⁾.

Nun war es endgültig klar, daß die Einsetzung eines von Rom anerkannten Episkopates in der Oberrh. Kirchenprovinz nur erreicht werden konnte, wenn man mit dem Hl. Stuhl eine allgemeine Regelung des bei der Besetzung der Bistümer einzuhaltenden Verfahrens aushandelte.

In der Frage der Besetzung der Bischofsstühle und Domkapitel war Baden von allen Frankfurter Vertragsstaaten am ehesten zu einem Kompromiß bereit ²⁶⁸⁾. Da die anderen verbündeten Regierungen, insbesondere Württemberg ²⁶⁹⁾, einer unbestimmten Verzögerungstaktik huldigten und in den strittigen Fragen keinerlei Entgegenkommen zeigten, entschloß sich Baden im Sommer 1823, geheime Sonderverhandlungen mit dem Hl. Stuhl anzuknüpfen ²⁷⁰⁾ und dazu die Vermittlung Österreichs, das sie gern gewährte, in Anspruch zu nehmen ²⁷¹⁾.

Nachdem sich Baden und der Hl. Stuhl auf das bei der Bestellung des Bischofs und des Domkapitels zu beobachtende Wahl- und Bestätigungsverfahren sowie über die Person des ersten Erzbischofs von Freiburg geeinigt hatten, schlug Baden der Kurie vor, den Frankfurter Staaten ein Ultimatum zu stellen, in dem sie zur endgültigen Annahme oder Ablehnung des vereinbarten Kompromisses aufzufordern seien. Das darauf am 16.6. 1825 an die Frankfurter Staaten übersandte päpstliche Ultimatum ²⁷²⁾ sah die grundsätzlich freie, vom Papst zu bestätigende Wahl der Bischöfe durch die Domkapitel vor, räumte aber den Landesherren ein Irisches Veto ²⁷³⁾ ein.

Die von Baden erwirkte Bereitschaft des Hl. Stuhles, die einmal ernannten Bischöfe und Domkapitel der Kirchenprovinz durch ein Breve anzuweisen, auf die vor der Besetzung von Bischofsstühlen und Domkapitularstellen dem jeweiligen Landesherrn vorzulegenden Kandidatenlisten keine Namen zu setzen, deren Träger nach ihrer Kenntnis der staatl. Seite minder-genehm waren ²⁷⁴⁾, führte schließlich zur Annahme des Ultimatums durch die Frankfurter Staaten ²⁷⁵⁾. Daraufhin verkündete der Hl. Stuhl am 11. 4. 1827 als Ergänzungsbulle zu "Provida solersque" die Bulle "Ad dominici gregis custodiam", die die sechs Artikel des Ultimatums enthielt ²⁷⁶⁾. Die zugesagten Breven "Diem quem votis" und "Re sacra" ergingen am 21. 5. 1827 bzw. 28. 5. 1827 an den Erzbischof und das Domkapitel zu Freiburg ²⁷⁷⁾.

Durch landh. EntschlieÙung v. 16. 10. 1827 nahm der bad. Großherzog die beiden päpstlichen Bullen "Provida solersque" und "Ad dominici gregis custodiam" ²⁷⁸⁾ mit Ausnahme der Art. 5 und 6 der Ergänzungsbulle ²⁷⁹⁾ an und verkündete sie als bad. Staatsgesetze ²⁸⁰⁾. Am gleichen Tag erließ er ein landh. Fundationsinstrument, "Kraft dieser Urkunde" im Großherzogtum Baden "ein Landesbisthum gegründet, gestiftet und ausgestattet" wurde. Das Gr. Bad. Fundationsinstrument enthielt u.a. die in einigen Punkten zugunsten der Kirche verbesserte bad. Dotationsurkunde v. 23. 12. 1820 ²⁸¹⁾.

Württemberg, Hessen-Darmstadt und Nassau publizierten die beiden Bullen ebenfalls im Oktober 1827. Kurhessen tat diesen Schritt erst am 31. 8. 1829 ²⁸²⁾. Das Kgl. Württ. Fundationsinstrument für das Bistum Rottenburg erging am 14. 5. 1828 ²⁸³⁾. Das nassauische Fundationsinstrument für das Bistum Limburg und das kurhessische Fundationsinstrument für das Bistum Fulda tragen das Datum v. 8. 12. 1827 und v. 10. 9. 1828 ²⁸⁴⁾.

3) Die landesherrliche Verordnung vom 30. 1. 1830

Die Kirchenpragmatik ²⁸⁵⁾ ließen die Frankfurter Staaten mit der am 13/16. 9. 1824 an den Hl. Stuhl gerichteten Note ²⁸⁶⁾ offiziell fallen, um den Widerstand des Hl. Stuhles gegen eine sofortige Besetzung der fünf Landesbistümer zu brechen. Die dem Staatsvertrag v. 8. 2. 1822 als Entwurf anliegende landh. VO, die im wesentlichen die Bestimmungen der Kirchenpragmatik wiederholte, wurde nicht aufgegeben, ihre Existenz jedoch Rom gegenüber verheimlicht. Sie sollte - gemäß dem zwischen den verbündeten Regierungen abgeschlossenen Zusatzvertrag v. 15. 11. 1827 ²⁸⁷⁾ - in ihrer redigierten Form nach Besetzung aller Bischofsstühle in den Staaten der Oberrh. Kirchenprovinz veröffentlicht werden ²⁸⁸⁾.

Trotz der Verkündung der Bulle "Ad dominici gregis custodiam" nahm die erstmalige Besetzung der fünf Landesbistümer drei weitere Jahre in Anspruch und war erst 1830 abgeschlossen. Der Grund für diese Verzögerung lag in dem Bestreben der einzelnen Regierungen, ihre Landesbistümer mit den eigenen, meist recht staatskirchlich gesinnten Kandidaten zu besetzen ²⁸⁹⁾.

Zur Überraschung des Hl. Stuhles, der annahm, daß die 1824 aufgegebene Kirchenpragmatik keine Nachfolgerin gefunden habe ²⁹⁰⁾, erließen die Staaten der Oberrh. Kirchenprovinz verabredungsgemäß am 30. 1. 1830 die gemeinsam ausgearbeitete "landesherrliche Verordnung, das landesherrliche Schutz- und Aufsichtsrecht über die katholische Kirche betreffend" ²⁹¹⁾.

Im Vergleich zur Kirchenpragmatik ließ die landh. VO v. 30. 1. 1830 eine leichte Abschwächung der staatl. Verfügungsrechte über die Kirche erkennen ²⁹²⁾. Dies war im wesentlichen auf die in der endgültigen Fassung der landh. VO berücksichtigten Bestimmungen der Bulle "Ad dominici gregis custodiam" zurückzuführen ²⁹³⁾.

Einige dem Wortlaut oder dem Sinngehalt der Ergänzungsbulle

widersprechende Vorschriften der Kirchenpragmatik hielt die landh. VO jedoch aufrecht ²⁹⁴⁾. So schrieb eine durch die Verweisung des § 14 ²⁹⁵⁾ beibehaltene Bestimmung der Kirchenpragmatik (§§ 19c, 25), die außerdem Eingang in das bad. und württ. Fundationsinstrument gefunden hatte ²⁹⁶⁾, vor, daß allen Wahlhandlungen der Domkapitel landh. Wahlkommis-säre beizuwohnen hatten ²⁹⁷⁾.

Die Vorschriften über das landh. Plazet und den "recursus ab abusu", die die Überwachung der Kirchenleitung durch den Staat sicherstellten, wurden uneingeschränkt aus der Kirchenpragmatik in die landh. VO von 1830 übernommen ²⁹⁸⁾.

Die staatl. Förderung episkopaler, presbyterialer und synodaler Strukturelemente der kath. Kirche fand ihren Höhepunkt in der Kirchenpragmatik ²⁹⁹⁾. Seitdem führte die besonders in Baden festzustellende Hinwendung zu einer österreichfreundlichen, konservativ-restaurativen Politik zu einer Abschwächung dieser kirchenpolitischen Bestrebungen, ohne daß sie jedoch völlig aufgegeben wurden ³⁰⁰⁾.

§ 21 der landh. VO von 1830 setzte "das Domkapitel einer jeden Cathedralkirche in den vollen Wirkungsbereich der Presbyterien" ein und bestellte es zu der "unter dem Bischof" amtierenden "obersten Verwaltungsbehörde der Diözese". Die Leitung des Domkapitels stand dem Domdekan zu. Der in § 32 der "Grundzüge" als Mitglied des Domkapitels vorgesehene "weltliche katholische Rat" fand in § 21 der landh. VO von 1830 keine Erwähnung mehr. Die Bezeichnung des Domkapitels als "Presbyterium" ließ die Absicht der Staatsregierungen erkennen, das Domkapitel, das an die Stelle des Bischöfl. Ordinariates treten sollte, in eine Art Ältestenrat der Diözese umzuwandeln ³⁰¹⁾.

4) Die das Kirchenvermögen betreffenden Bestimmungen der landesherrlichen Verordnung vom 30. 1. 1830

Die §§ 37-39, die wortwörtlich den §§ 46-48 der Kirchenpragmatik entsprachen, befaßten sich mit dem Kirchenvermögen und dessen Verwaltung. Im Vergleich zu den "Grundzügen" von 1818 brachten die §§ 37-39 der landh. VO von 1830 beträchtliche Veränderungen zu-ungunsten des Kirchenvermögens und der kirchl. Beteiligung an seiner Verwaltung.

Die bereits von der 1820³⁰²⁾ verfaßten Kirchenpragmatik vorgenommene Einschränkung der ursprünglich vorgesehenen bischöfl. Mitaufsichtsrechte über die Kirchenvermögensverwaltung war wohl auf die nach der römischen Ablehnung der Deklaration bei den Frankfurter Staaten wachsende Einsicht zurückzuführen, daß sich die zukünftigen kath. Landesbischöfe nicht in dem Maß, wie man bei der Abfassung der "Grundzüge" angenommen hatte, in die landh. Verwaltung eingliedern lassen würden. Daran, daß eine kirchl. Institution, die mehr oder weniger außerhalb der staatl. Verwaltung stand, Einfluß auf die Kirchenvermögensverwaltung nahm, hatte der Staat kein Interesse³⁰³⁾.

§ 37 befaßte sich mit der Verwaltung der Bistumsdotation. Das bad. Fundationsinstrument v. 16.10. 1827 dotierte das Erzbistum Freiburg gem. der bad. Dotationsurkunde v. 23.12. 1820 mit Jahreseinkünften in Höhe von 75364 fl . Davon entfielen 3200 fl auf die als Realdotation dem Erzbistum angewiesene Herrschaft Linz, 24600 fl waren unmittelbar aus der Staatskasse zu gewähren, rund 44500 fl flossen aus kirchl. Fonds. Beiträge zur Bistumsdotation sollten u.a. der "Meersburger, Bruchsalser und Heidelberger Seminarfond" sowie der Breisgauer Religionsfonds leisten.

Die auf 3000 fl veranschlagten Bedürfnisse der Erzb. Kanzlei sollten nach der Dotationsurkunde und dem Fundationsinstrument aus den Kanzleigebühren gedeckt werden³⁰⁴⁾. § 22 der landh. VO von 1830 verbot aber den kirchl. Behörden das

Erheben von Taxen und Kanzleigebühen, so daß die Deckung des erzb. Kanzleibedarfs von der Staatskasse übernommen werden mußte ³⁰⁵⁾.

Zur Realdotation des Erzbistums zählten noch die als Wohnungen des Erzbischofs, der Domkapitulare und Dompräbendare sowie zur Unterbringung des Priesterseminars angewiesenen Gebäude und Gärten.

Das bad. Fundationsinstrument übernahm die in der Bulle "Provida solersque" enthaltene Verpflichtung zur späteren Vervollständigung der Realdotation nicht. Es gebrauchte vielmehr die Formulierung: "Wir behalten aber Uns und Unseren Nachkommen vor, diese Einkünfte nach ihrem Werte in Grundeigentum oder Einkünfte aus demselben umzuwandeln". Dieser Vorbehalt verpflichtete den bad. Staat zu nichts. Er stellte eine in artige Worte gefaßte Zurückweisung des päpstlichen Begehrens nach späterer Realdotation des Erzbistums dar.

Die hauptsächlich aus einer Geldrente bestehende Erzbistumsdotation sollte gem. § 37 der landh. VO von 1830 nach der "Verfassung und den hierüber bestehenden Vorschriften" des bad. Staates verwaltet werden. Das bad. Fundationsinstrument bestimmte hierzu ergänzend, daß alle "Theile dieser Dotation an Gebäuden, Grundstücken und Einkünften ... unter der Aufsicht des Erzbischofs in ihrer Vollständigkeit erhalten werden" sollten. Wie die ergänzende Vorschrift des bad. Fundationsinstrumentes beweist, stand § 37 der landh. VO von 1830 im Gegensatz zur Bulle "Provida solersque", die in Übereinstimmung mit Art. 8 der Deklaration die ausschließlich kirchl. Verwaltung der Bistumsdotationen verlangte ³⁰⁶⁾. Noch § 62 der "Grundzüge" hatte vorgeschrieben, die aus Geld und Naturalien bestehenden Dotationseinkünfte in eine von kirchl. Behörden verwaltete Kasse einzubringen und so die unmittelbare Verwaltung der Dotationssumme der Kirche - unter Anerkennung einer staatl. Oberaufsicht - zu überlassen. Inwieweit die Staaten der Oberrh. Kirchenprovinz diese Vorschrift der "Grundzüge" zu den "hierüber" - d.h. über die Verwaltung der Bistumsdotation - "bestehenden Vorschrif-

ten " (§ 37) zählten, nach denen sie sich bei der Einrichtung der Bistumsdotationsverwaltung richten wollten, mußte die Zukunft lehren.

§ 38 Abs. 1 verbot eine neuerliche Zweckentfremdung des kirchl. Vermögens und bestimmte, daß die Kirchenpfründen und "alle allgemeinen und besonderen kirchlichen Fonds unter Mitaufsicht des Bischofs in ihrer Vollständigkeit erhalten" bleiben sollten. Unter den "besonderen kirchlichen Fonds" waren wohl die kath. Lokalstiftungen zu verstehen.

Die §§ 77, 78 der "Grundzüge" hatten verlangt, daß das allgemeine und besondere Kirchenvermögen unter der unbeschränkten Mitaufsicht des Bischofs zu verwalten sei. Im § 38 der landh. VO von 1830 war die bischöfl. Mitaufsicht auf die Erhaltung des Kirchenvermögens in seiner Vollständigkeit beschränkt. Das bedeutete, daß von vornherein alle nicht mit der Veräußerung und Zweckentfremdung von Kirchenvermögen zusammenhängenden Verwaltungshandlungen der kirchl. Mitsprache entzogen waren. Über die Rechte, die mit der so eingeschränkten kirchl. Mitaufsicht verbunden sein sollten, schwieg sich § 38 Abs. 1 aus. § 78 der "Grundzüge", der zur Veräußerung einzelner Vermögensteile die bischöfl. Zustimmung verlangte, wurde nicht übernommen ³⁰⁷⁾. Eine aus dem Jahre 1833 stammende bad. VO beweist jedoch, daß auch § 38 Abs. 1 dem Bischof ein Zustimmungsrecht bei der Veräußerung von Kirchenvermögen einräumen wollte ³⁰⁸⁾.

Ein Genehmigungsrecht zu irgendwelchen Verwaltungshandlungen, die das Kirchenvermögen betrafen, kam der obersten Kirchenbehörde in Baden nach den staatl. Vorschriften, die bis dahin zur Ausführung des Art. 12 KE erlassen worden waren, nicht zu ³⁰⁹⁾. § 38 Abs. 1 gab der kirchl. Oberbehörde ein auf bad. Recht beruhendes und nach 1807 nicht mehr besessenes Genehmigungsrecht für bestimmte Verfügungen über das Kirchenvermögen zurück.

§ 38 Abs. 2 überließ die Verwaltung der Kirchenpfründen, die alle bis auf einen Mindestertrag von 500 - 600 fl jährlich aufgestockt werden sollten, den kirchl. Pfründinhabern.

Bei der Verwaltung ihrer Pfründen hatten sich die geistl. Inhaber nach den Vorschriften des jeweiligen Staates zu richten. Von diesen hing es auch ab, ob die Pfründverwalter einer staatl. Oberaufsicht unterworfen waren oder nicht.

§ 39 sah zur Befriedigung aller kirchl. Bedürfnisse, für die keine gesetzliche Verbindlichkeit bestand oder keine Mittel vorhanden waren, die Schaffung eines allgemeinen kath. Kirchenfonds vor. § 71 der "Grundzüge" wollte diesen Fonds aus staatl. Mitteln errichten. § 39 der landh. VO von 1830 ließ offen, ob der fragliche Fonds aus dem Vermögen des Fiskus oder der Kirche gebildet werden sollte. Nachdem der in § 73 der "Grundzüge" besonders aufgeführte Interkalarfonds in der landh. VO von 1830 keine Erwähnung mehr fand, lag es nahe, die Aufgaben des geplanten "allgemeinen Kirchenfonds" den bereits in den einzelnen Staaten bestehenden Interkalarfonds zuzuweisen, um sich so der Verpflichtung, aus säkularisiertem Kirchengut einen allgemeinen Kirchenfonds ausscheiden zu müssen, entziehen zu können ³¹⁰).

§ 7. Die Verwaltung des Kirchenvermögens in der Zeit des uneingeschränkten Staatskirchentums in Baden (1815 - 1853)

1) Die staatliche Kirchenvermögensverwaltung

a) Die Kath. Kirchensektion und der Kath. Oberkirchenrat

x) Die Dezentralisation der staatlichen Kirchenvermögensverwaltung

Mit dem unter dem Eindruck des franz. Vorbildes stehenden OrgR v. 26. 11. 1809 hatte die Zentralisation der bad. Staatsverwaltung ihren Höhepunkt erreicht. Die folgenden Jahrzehnte der konservativen Restauration und des konstitutionellen Liberalismus brachten eine allmähliche Dezentralisierung. Diese Entwicklung blieb nicht ohne Rückwirkungen auf die staatl. Kirchenvermögensverwaltung.

So unterstellte die landh. VO v. 8. 7. 1819 "alle Lokal- und Bezirksstiftungen, nämlich solche, welche sich nicht über mehrere Kreise verbreiten, ... der Leitung und Obsorge der Kreisdirektorien" ³¹¹⁾. Dem Versuch, die kath. Bezirks- oder Distriktsfonds, die bisher fast ausnahmslos von der KS verwaltet wurden ³¹²⁾, der Verwaltung der Kreisdirektorien zu überlassen, war wenig Erfolg beschieden. § 6 der landh. VO v. 10.4. 1833 ³¹³⁾ bestimmte daher nur noch, daß alle "unter der unmittelbaren Verwaltung der Kirchensektionen stehenden Distriktsstiftungen, ... sofern sie nicht kirchliche Zwecke haben", d.h. Kultzwecken dienten, den inzwischen an die Stelle der Kreisdirektorien getretenen Kreisregierungen abzugeben waren. Außerdem sollten "die Fonds der Mittelschulen", die ja ebenfalls Distriktsstiftungen waren, "unter der Verwaltung der Kirchensektionen" verbleiben (§ 8). 1862, als die ausschließlich staatl. Verwaltung der kath. Stiftungen ihr Ende fand, verwaltete die Regierung des Seekreises nur einen einzigen kath. Distriktsfonds, die "Kreisverrechnung der kath.

Schullehrer-, Witwen- und Waisenkasse"³¹⁴⁾. Die drei übrigen Kreisregierungen hatten zu diesem Zeitpunkt überhaupt keine kath. Distriktsstiftungen zu verwalten ³¹⁵⁾. Die meisten kath. Distriktsstiftungen und selbst einige größere kath. Lokalstiftungen blieben nach wie vor in der Verwaltung der KS und des ihr nachfolgenden Kath. Oberkirchenrates (OKR) ³¹⁶⁾.

Eine weit größere praktische Bedeutung erlangten die gesetzlichen Vorschriften, die die Verlagerung der Aufsichtsbefugnisse über die kath. Lokalstiftungsverwaltungen von der KS auf die Kreisdirektorien bzw. Kreisregierungen zum Ziele hatten. Die Instrukтив-VO des MdI v. 21. 11. 1820 ³¹⁷⁾ übertrug der KS noch die Genehmigung aller wichtigeren, das lokale Stiftungsvermögen betreffenden Vermögensverfügungen, so z. B. die Veräußerung und Belastung von Grundstücken und die Übernahme neuer ständiger Ausgaben (§§ 15, 16), sowie die gerichtliche Vertretung der kath. Lokalstiftungen (§ 17). § 1 der landh. VO v. 10. 4. 1833 ließ alle in der Ministerial-VO v. 21. 11. 1820 der KS "noch vorbehaltenen Befugnisse" über die nicht unmittelbar ihr unterstellten Fonds auf die Kreisregierungen übergehen. Von jetzt an lag auch die gerichtliche Vertretung der kath. Lokalfonds bei den Kreisregierungen. Die Rechnungsabhör der wenigen unmittelbar unter den Kreisregierungen stehenden kath. Distriktsstiftungen, die bisher noch die KS besorgte ³¹⁸⁾, ging gem. § 1 ebenfalls auf die Kreisregierungen über. Die Kreisregierungen waren aber verpflichtet, der KS alljährlich "Übersichten über den Stand" der "ihrer Verwaltung allein zugehörigen Lokal- und Distriktsstiftungen" und "über die Rechnungserledigungen vorzulegen, und auf Verlangen Rechnungen zur Superrevision einzusenden". Die Beseitigung hierbei "wahrgenommener Mängel in der Verwaltung" der Kreisregierungen hatte die KS zu veranlassen (§ 2).

ß) Die der unmittelbaren Aufsicht der Kath. Kirchensektion unterstellten Fonds und die Art ihrer Verwaltung

Ab 1833 war die KS im Bereich der Kirchenvermögensverwaltung im wesentlichen auf die Beaufsichtigung bzw. Verwaltung der sog. "unmittelbaren" kath. Fonds beschränkt. Die Verwaltung der allgemeinen kath. Armenfonds war um das Jahr 1829 wieder mit der schon bisher von der KS ausgeübten Verwaltung der allgemeinen kath. Kult- und Schulfonds vereinigt worden ³¹⁹⁾. Nach der 1819 erfolgten Auflösung der Ökonomiekommission verwaltete das MdI, Plenum, für einige Zeit die allgemeinen kath. Wohltätigkeitsfonds ³²⁰⁾, bis sie in die Obhut der KS übergingen. Die neuerliche Einfügung der kath. Armenfonds in die Verwaltung der übrigen allgemeinen kath. Fonds zeigte, daß ihre 1809 vollzogene Abtrennung rein organisatorische Gründe hatte und nicht den kirchl. Charakter der kath. Armenfonds in Frage stellen wollte.

1835 hatte die KS u.a. folgende kath. Fonds zu verwalten ³²¹⁾: der Oberrheinische, Mittelrheinische und Unterrheinische Pfarrinterimsrevenuehauptfonds, die sich aus den Interkalargefällen des Landes speisten; der in Ausführung des § 39 der landh. VO v. 30. 1. 1830 im Jahre 1834 neu gebildete "Centralkirchenfond", der später den Namen "Allgemeine Kath. Kirchenkasse" führte und sich aus Beiträgen kath. Fonds und aus Interkalargefällen nährte ³²²⁾; die aus nicht säkularisiertem Diözesanvermögen der alten Diözesen Speyer und Konstanz stammenden Fonds: Bruchsaler Seminar- und Alumnatsfonds ³²³⁾, Meersburger Seminarfonds, Konstanzer Domfabrikfonds; der aus dem bad. Anteil des vorderöstr. Religions- und Studienfonds hervorgegangene Breisgau-Ortenauische Religionsfonds und der mit dem ausgeschiedenen Studienfonds vereinigte Konstanzer Lyzeumsfonds ³²⁴⁾; der Heidelberger Schul- und Seminariums fonds bzw. Hauptschulfonds ³²⁵⁾ und der Pfälzer Administrationsfonds; Gymnasial- und Studienfonds in Bruchsal, Tauberbischofsheim, Rastatt, Baden-Baden, Offenburg,

Freiburg und Donaueschingen sowie verschiedene Stipendienstiftungen und Unterstützungskassen für Schullehrer; kath. Wohltätigkeitsstiftungen, so z.B. die Friederike-Christiane-Louisen-Stiftung, die Altbadische Schullehrer-, Witwen- und Waisenkasse, der Barmherziger Brüder- Hospital- Oekonomiefonds und der Krankenhospital- Baufonds zu Bruchsal; verschiedene Mendikantenklosterfonds.

Zur Verwaltung der "unmittelbaren" kath. Fonds bediente sich die KS besonderer, hauptamtlich angestellter Stiftungsverwalter bzw. -verrechner ³²⁶⁾, die an den Verrechnungsstellen der großen Fonds, so u.a. in Heidelberg, Bruchsal, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz, ihren Sitz hatten und regelmäßig für eine Vielzahl von Fonds die Verrechnung führten ³²⁷⁾. Sie waren keine selbständigen Behörden, sondern Vollzugsorgane der KS, die die für die Stiftungsverwalter bzw. -verrechner verbindlichen Stiftungsetats festsetzte und die erforderlichen Einzeldekreturen erteilte ³²⁸⁾. Die von den Stiftungsverrechnern für die einzelnen Fonds zu erstellenden Jahresrechnungen waren von einer bei der KS errichteten Revisionsabteilung abzuheören und zur Erteilung des endgültigen Rechnungsbescheides der KS vorzulegen ³²⁹⁾. Eine Oberabhör der von der KS verwalteten Fonds fand bis 1834 nicht statt. Von diesem Zeitpunkt an wurde sie von der 1819 errichteten und nur dem Staatsministerium unterstellten Gr. Oberrechnungskammer vorgenommen ³³⁰⁾.

Zur Ausführung der auf den allgemeinen kath. Fonds lastenden Verpflichtungen zum Bau von Kirchen-, Pfarr- und Schulhäusern bestellte die KS 1840 einen kirchenärarischen Bauinspektor, dessen Zuständigkeit sich zunächst auf Fonds des ehemals kurpfälzischen Gebietes beschränkte, 1852 aber bereits alle allgemeinen kath. Fonds des Unter-, Mittel- und Oberrheinkreises umfaßte ³³¹⁾.

8) Die Stellung der Kath. Kirchensektion innerhalb des Großherzoglichen Ministeriums des Innern

1819 wurden die Ökonomiekommission und die Sanitätskommission,

die zusammen mit den beiden Kirchenministerialsektionen die vier Ministerialabteilungen des MdI bildeten, aufgehoben. Die an die Stelle der Ökonomiekommission tretende Staatsanstaltenkommission sowie die umgestaltete Sanitätskommission waren keine Bestandteile des MdI mehr und hatten nur noch den Rang von Zentralmittelbehörden ³³²⁾. Damit waren die Voraussetzungen, die zur Bildung des I. und II. Departements und später des "weltlichen" und "geistlichen" Plenums im MdI geführt hatten, weggefallen. Die Annahme wird daher wohl richtig sein, daß spätestens zu diesem Zeitpunkt das "geistliche" im "weltlichen Plenum" des MdI aufging und seine bisherigen Befugnisse zwischen "weltlichen Plenum" und den Kirchensektionen aufgeteilt wurden.

Die aus dieser Umgestaltung des MdI sich ergebende selbständigere Stellung der KS zeigte sich bereits in der Abfassung der Ministerial-VO v. 21. 11. 1820. § 16 der genannten VO verlangte zu Schuldnachlässen lokaler Stiftungsverwaltungen nur dann die Genehmigung der KS, wenn sie weder auf Vertrag noch richterlicher Entscheidung beruhten und den Wert von 100 fl überstiegen. Das Kath. Kirchendepartement, dessen Kompetenz nach der Geschäftsverteilung von 1814 ³³³⁾ für die KS maßgebend sein sollte, konnte hingegen Schuldnachlässe für die ihm unmittelbar und mittelbar unterstellten Fonds nur bis zum Betrag von 25 fl selbständig genehmigen (OrgR, Beil. F, § 22z).

§ 3 der landh. VO v. 10. 4. 1833 gestattete der KS die eigenverantwortliche Genehmigung aller 1500 fl nicht übersteigenden Zustiftungen - gleichgültig, ob sie in Immobilien bestanden oder nicht - zu den ihrer unmittelbaren Verwaltung anvertrauten kath. Fonds. Demgegenüber behielt die zur Erläuterung des OrgR erlassene VO des MdI v. 12. 12. 1811 ³³⁴⁾ noch alle Zustiftungen, die die Zuwendung von Immobilien betrafen, der allerhöchsten Genehmigung des Landesherrn vor. Überhaupt läßt sich aus der Tatsache, daß § 1 der landh. VO v. 10. 4. 1833 die Kreisregierungen zur Genehmigung aller Verfügungshandlungen für die ihnen unmittelbar oder mittel-

bar unterstellten kath. Fonds ermächtigte, schließen, daß spätestens ab 1833 die KS, und zwar schon auf Grund ihres höheren Behördenranges, die allgemeinen kath. Fonds mit der gleichen Selbständigkeit wie die Kreisregierungen verwaltete und ebenfalls alle Verfügungen über das Vermögen dieser Fonds in eigener Verantwortlichkeit vornahm ³³⁵).

Das konfessionell gemischte Plenum des MdI, dem die KS alljährlich eine Übersicht über den Vermögensstand der allgemeinen kath. Fonds und ihrer abgehörten Jahresrechnungen vorzulegen hatte (§ 2 d. landh. VO v. 10. 4. 1833), nahm also einen weit geringeren Einfluß auf die Verwaltung der kath. Fonds als zuvor das Generaldirektorium und das II. Departement im MdI. Die KS hatte im Zeitpunkt ihrer Auflösung bei der Verwaltung der allgemeinen kath. Fonds eine unabhängigere Stellung, als sie selbst die Kath. Kirchenkommission von 1803 besessen hatte.

8) Der Kath. Oberkirchenrat

Die allmähliche Verselbständigung der KS innerhalb des MdI fand ihren konsequenten Abschluß im Ausscheiden der KS aus dem MdI und in ihrer Umwandlung in eine Zentralmittelbehörde. Gem. § 1 der landh. VO v. 5. 1. 1843 ³³⁶) traten die "beiden Kirchenministerialsektionen ... unter der Benennung: Evangelischer Ober-Kirchenrath, Katholischer Ober-Kirchenrath" in "die Reihe der Central-Mittelbehörden" ein.

Außerhalb der Staatskirchenverwaltung fanden sich staatl. Zentralmittelbehörden vor allem im Bereich der staatl. Finanz- und Domänenverwaltung. Die bad. Zentralmittelbehörden standen auf der gleichen Behördenstufe wie die Gr. Kreisregierungen, die bekanntlich die allgemeinen mittleren Verwaltungsbehörden in Baden bildeten, und ebenso wie diese waren sie unmittelbar den Ministerien nachgeordnet. Im Gegensatz zu den Gr. Kreisregierungen, für die im Zweifel eine allgemeine sachliche Zuständigkeitsvermutung sprach, beschränkte sich die Verwaltungskompetenz der Zentralmittelbehörden auf ein bestimmtes Sachgebiet, wie z.B. die kath. Staatskirchenver-

waltung. Zum Ausgleich hierfür waren die Zentralmittelbehörden im Rahmen ihres Sachgebietes für das ganze Staatsgebiet als "zentrale" mittlere Verwaltungsbehörden zuständig und nicht wie die Gr. Kreisregierungen auf einen Landesteil beschränkt. Zur Wahrnehmung ihrer Verwaltungsaufgaben bedienten sich die Zentralmittelbehörden nicht der Vermittlung der Gr. Kreisregierungen. Sie verkehrten unmittelbar mit den staatl. Unterbehörden ³³⁷⁾.

Der Kath. Oberkirchenrat (OKR), die durch die landh VO v. 5. 1. 1843 neu errichtete staatl. Zentralmittelbehörde, unterstand dem Gr. MdI (§ 3). Der OKR besaß die gleiche "Geschäftskompetenz" wie die KS, war also wie diese für die staatl. Kirchenvermögensverwaltung und alle anderen mit der staatl. Kirchenherrlichkeit zusammenhängenden Aufgaben, wie z.B. die Leitung des kath. Schulwesens und die Besetzung der Pfarrpfünden, zuständig (§ 2). Da die KS mit ihrem Ausscheiden aus dem MdI nicht aufgelöst wurde, sondern unter anderem Namen als OKR fortlebte (§ 1), war der OKR wie die frühere KS eine aus kath. Laien und Geistlichen zusammengesetzte staatl. Kollegialbehörde. An der Spitze des OKR stand ein Direktor (§ 4). Dem OKR unmittelbar nachgeordnete Behörden waren die Gr. Bezirksamter und die Gr. Dekanate (§ 3). Die Errichtung des OKR berührte die bisherige Aufsicht der Gr. Kreisregierungen über die kath. Lokalfonds nicht. Der OKR verwaltete 1858 "unmittelbar" 56 kath. Kult-, Schul- und Armenfonds mit einem gemeinsamen Grundstockvermögen von 8.891.632, 59 fl ³³⁸⁾.

b) Die Kreisdirektorien und die Kreisregierungen

α) Die Kreisdirektorien

Die im Verlauf der Dezentralisation der Staatsverwaltung vollzogene Kompetenzerweiterung der staatl. Mittelbehörden ging Hand in Hand mit einer Verminderung ihrer Zahl. So waren bis 1819 die ursprünglich zehn Kreisdirektorien auf sechs zusammengeschmolzen und die Verwaltungsbereiche der aufgelösten

auf die fortbestehenden Kreisdirektorien aufgeteilt worden 339).

Die Kreisdirektorien blieben in allen Fragen der kath. Distrikts- und Lokalstiftungsverwaltung die nachgeordneten Behörden der KS. Sie hatten den zwischen der KS und den Lokalstiftungsverwaltungen erforderlichen Behördenverkehr zu vermitteln und die nach der Ministerial-VO v. 21. 11. 1820 notwendigen Genehmigungen der KS zu Verfügungsgeschäften der ihnen unterstellten kath. Distrikts- und Lokalstiftungen einzuholen 340).

Da die Kreisdirektorien trotz anderslautender gesetzlicher Vorschriften nur wenige kath. Distriktsstiftungen verwalteten, bestand ihre wichtigste Aufgabe in der Oberaufsicht über die kath. Lokalstiftungen. Hier brachte die VO v. 21. 11. 1820 einen wichtigen Kompetenzzuwachs der Kreisdirektorien, der auf Kosten der KS und der Gr. Ämter ging.

Bisher standen die kleineren Lokalfonds unter der unmittelbaren Aufsicht bzw. Verwaltung der Ämter, die größeren Lokalfonds in derjenigen der Kreisdirektorien. Bis 1820 waren die Aufsichtsrechte der Kreisdirektorien über die kleineren kath. Lokalfonds gering, da eine Superrevision der von den Amtsrevisoraten abgehörten Stiftungsrechnungen nicht stattfand, und es bei den Verfügungsgeschäften der kleineren Lokalfonds an einer von den Kompetenzen der Ämter und der KS abgegrenzten Eigenzuständigkeit der Kreisdirektorien fehlte 341).

Auf die größeren, von der KS revidierten Lokalfonds konnten die Kreisdirektorien als Verwaltungsbehörden unständige Einnahmen und Ausgaben, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur provisorisch anweisen.

Die Ministerial-VO v. 21. 11. 1820 überwies die Verwaltung der größeren und kleineren kath. Lokalfonds neu errichteten lokalen Verwaltungsbehörden (§1). Die Ämter und Kreisdirektorien hatten nun ebenso wie die KS nur noch Aufsichtsfunktionen gegenüber den kath. Lokalstiftungen wahrzunehmen 342). Die hierbei den Kreisdirektorien zufallenden Aufsichtsrechte waren jetzt jedoch fest umrissen und klar von den Aufsichts-

rechten der nachgeordneten Ämter und der übergeordneten KS abgehoben. So war z. B. von nun an zu allen unständigen Ausgaben zwischen 25 und 50 fl, zu allen nicht auf einem bestimmten Rechtsgrund beruhenden Schuldnachlässen unter 100 fl und zu allen für Gebäudereparaturen erforderlichen Ausgaben, die zu Lasten einzelner Lokalfonds gingen und nur aus den laufenden Einnahmen zweier Jahre bestritten werden konnten, die Zustimmung des zuständigen Kreisdirektoriums erforderlich und ausreichend (§§ 15, 16).

Die Rechnungsabhör aller kath. Lokalstiftungen ging von den Ämtern bzw. ihren Amtsrevisoraten und der KS auf die Kreisdirektorien über, die sie mit Hilfe besonderer Stiftungsrevisoren, die den 1819 bei den Kreisdirektorien errichteten Kreisrechnungsrevisionen angegliedert waren, vornahmen. Die Kreisrechnungsrevisionen bestanden aus mehreren Revisoren mit einem Oberrechnungsrat als Direktor an ihrer Spitze ³⁴³⁾. Die Stiftungsrevisoren, die über die Direktion der Kreisrechnungsrevision mit dem jeweiligen Kreisdirektorium verkehrten, erhielten von letzterem die von ihnen zu revidierenden Rechnungen der Lokalstiftungen zugewiesen. Nachdem die Stiftungsrevisoren die notwendigen Rechnungserinnerungen gemacht und diese von den Lokalstiftungsverwaltungen erledigt worden waren, verfertigten sie zu den einzelnen Stiftungsrechnungen vorläufige Abhörbescheide und legten sie zusammen mit den Rechnungen dem Kreisdirektorium zur Erteilung des endgültigen Abhörbescheides vor. Gegen die Entscheidung des Kreisdirektoriums stand dem Stiftungsrevisor die Beschwerde zur KS offen, wenn er glaubte, daß die getroffene Entscheidung der davon berührten Stiftung nachteilig war oder ihrer Zweckbestimmung zuwiderlief (§§ 18, 19, 21).

Der KS hatten die Kreisdirektorien jährlich Übersichten über die abgehörten Lokalstiftungsrechnungen mitzuteilen (§ 20).

Das Gr. Dekanat diente dem Kreisdirektorium weiterhin zur Aufsichtsführung über die Lokalstiftungsverwaltungen. An der an das Kreisdirektorium übergegangenen Abhör der lokalen Stiftungsrechnungen war es nicht mehr beteiligt (§ 10).

Nach der 1819 erfolgten Auflösung der Gr. Ministerialökonomiekommission unterstanden die Kreisdirektorien auch in bezug auf die Verwaltung der kath. Distrikts- und Lokalarmentfonds der Aufsicht und Leitung der KS ³⁴⁴).

A) Die Kreisregierungen

1832 wurden die sechs Kreisdirektorien aufgelöst und an ihrer Stelle die vier Kreisregierungen des Unterrhein-, Mittelrhein, Oberrhein- und Seekreises errichtet³⁴⁵). Die landh. VO v. 10. 4. 1833 ³⁴⁶) übertrug den Kreisregierungen für die ihnen unterstellten kath. Distrikts- und Lokalstiftungen alle bisher noch von der KS ausgeübten Aufsichtsrechte (§ 1). Das bedeutete, daß alle Verfügungsgeschäfte der ihnen unterstellten kath. Distrikts- und Lokalstiftungen, die nach der Ministerial-VO v. 21. 11. 1820 der Genehmigung der KS bedurften, hinfort in die ausschließliche Zuständigkeit der Kreisregierungen fielen. Außerdem erhielten die Kreisregierungen die Befugnis, Zustiftungen bis zum Wert von 1500 fl zu den ihrer Aufsicht anvertrauten Stiftungen zu genehmigen (§ 3). Für alle in Zukunft noch bei der Verwaltung der kath. Fonds erforderlichen höheren Genehmigungen hatten sich die Kreisregierungen unmittelbar an das MdI, Plenum, bzw. an das Erzb. Ordin. zu wenden (§§ 1,3,4).

Die Kreisregierungen verfügten in gleicher Weise wie die früheren Kreisdirektorien über besondere Kreisstiftungsrevisoren. Mit ihrer Hilfe hörten sie seit 1834 außer den kath. Lokalstiftungsrechnungen auch die wenigen Jahresrechnungen der von ihnen unmittelbar verwalteten kath. Distriktsstiftungen ab. Da die Kreisregierungen neben den kath. auch die ev. Stiftungsrechnungen ihres Verwaltungsbezirks abzuhören hatten, wurde entsprechend dem in den einzelnen Kreisen vorhandenen kath. oder ev. Stiftungsvermögen festgesetzt, welche Stiftungsrevisorenstellen auf Antrag der Kath. Kirchensektion und welche auf Antrag der Ev. Kirchensektion zu besetzen waren. Dabei sollten die auf Antrag der KS ernannten Stiftungsrevisoren nach Möglichkeit zur Abhör der kath. Stiftungs-

rechnungen verwandt werden und umgekehrt 347).

Die Kreisregierungen hatten, wie schon dargelegt wurde, der KS alljährliche Übersichten über den Stand der ihnen unterstellten kath. Fonds und über die von ihnen abgehörten Rechnungen vorzulegen und auf Verlangen Rechnungen zur Superrevision einzusenden. Daneben stand den Stiftungsrevisoren gegenüber den Rechnungsbescheiden der Kreisregierungen der Rekurs zur KS offen 348). Eine Superrevision der von den Kreisregierungen abgehörten Stiftungsrechnungen durch die Gr. Oberrechnungskammer fand jedoch nicht statt 349).

Sieht man vom Superrevisionsrecht der KS ab, so verwalteten die Kreisregierungen als allgemeine staatliche Mittelbehörden die ihnen unterstellten kath. Distrikts- und Lokalstiftungen völlig selbständig. In allen wesentlichen Punkten der kath. Stiftungsverwaltung waren sie der KS nicht mehr unter-, sondern nebengeordnet. Bezeichnend hierfür war ihr Recht zum unmittelbaren Verkehr mit dem MdI, Plenum. Die Umwandlung der KS in eine "Kath. Oberkirchenrath" genannte Zentralmittelbehörde führte auch de iure eine Gleichrangigkeit der Kreisregierungen mit der obersten Staatskirchenbehörde herbei. Das Superrevisionsrecht des OKR scheint hiervon nicht berührt worden zu sein.

c) Der Kath. Stiftungsvorstand 350)

Die Gr. Ämter oder Bezirksämter, wie sie später genannt wurden, und Kreisdirektorien waren bis 1820 die Verwaltungsbehörden der kath. Lokalstiftungen. Als ihre Vollzugsorgane fungierten örtliche Kirchenpfleger.

Mit der Ministerial-VO v. 21. 11. 1820 351) trat an die Stelle der örtlichen Kirchenpfleger ein aus dem Pfarrer, dem Gemeindevorsteher bzw. dem ersten kath. Mitglied des Gemeinderates und vier bis sechs von "der Kirchengemeinde des Orts" auf Lebenszeit gewählten Mitgliedern 352) bestehender Kath. Stiftungsvorstand (StV). Vorsitzender des StV war der Ortspfarrer, sein Stellvertreter der Vertreter der politischen Gemeinde.

Die gewählten Mitglieder des StV waren vom zuständigen Amt zu bestätigen, dem ein Veto zustand und das bei Mißliebigkeit der gewählten Vorstandsmitglieder eine Neuwahl anordnen konnte (§§ 1,2, 5).

Der StV war eine selbständige Behörde und nicht wie der örtliche Kirchenpfleger ein Vollzugsorgan des Amtes bzw. des Kreisdirektoriums. Er hatte das Dekreturrecht auf die ihm unterstellten Stiftungen und führte die Stiftungsverwaltung mit Ausnahme jener Fälle, in denen die Einholung einer höheren Genehmigung bzw. "Ermächtigung" ausdrücklich vorgeschrieben war, selbständig und in eigener Verantwortung (§§ 12,13).

Der StV war eine Kollegialbehörde und faßte seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entschied das Gr. Amt. Soweit der geistl. Vorsitzende mit einem Beschluß des StV nicht einverstanden war, konnte er die Entscheidung des Kreisdirektoriums und selbst des MdI bzw. der KS anrufen (§§ 8,9).

Als Vollzugsorgan des StV amtierte ein von ihm ernannter Rechner, der aber zu seiner endgültigen Anstellung der bezirksamtlichen Genehmigung bedurfte (§ 7). Der StV hatte die Amtsführung des Rechners zu überwachen und vor allem darauf zu achten, daß er pünktlich zu Ende der Rechnungsperiode, die je nach der Größe des Lokalfonds ein, zwei oder drei Jahre umfaßte (§ 14), die Rechnungen stellte. Der StV hatte sodann die gestellten Rechnungen mit seinen Bemerkungen zu versehen und sie durch das Amt an das Kreisdirektorium zur Revision einzuschicken (§ 13).

Der StV war eine selbständige, aber keine Selbstverwaltungsbehörde - etwa der Kirchspielsgemeinde. Er war vielmehr die unterste Behörde innerhalb des zur Verwaltung berufenen staatl. Behördenzuges und bei seiner Tätigkeit an die Weisungen der vorgesetzten Behörde - Amt, Kreisdirektorium und KS gebunden. Die fehlende Autonomie des StV bezeugten die Art, wie er bestellt wurde, das Recht des Amtes, bei Stimmengleichheit im StV die Entscheidung zu treffen, sowie das

Recht des geistl. Vorsitzenden, gegen Beschlüsse des StV die Entscheidung des Kreisdirektoriums bzw. der KS anzurufen.

Zu folgenden "Dekreturen" ³⁵³⁾ bzw. Beschlüssen, die die nachgenannten Gegenstände betrafen, benötigte der StV die "höhere Ermächtigung" der KS:

Annahme neuer Stiftungen und Zustiftungen; Erwerb und Veräußerung von Grundstücken sowie "ständige Veränderungen im nutzbaren Eigentum"; Neubauten; Baureparaturen, für die die Baupflicht der kirchl. Fonds nicht bestimmt war oder deren Kosten aus den laufenden Einnahmen zweier Jahre nicht bestritten werden konnten; Ausgaben, die nicht streng dem Stiftungszweck entsprachen; neue ständige Ausgaben; unständige Ausgaben über 50 fl; Anleihen, deren Rückzahlung aus den laufenden Einnahmen zweier Jahre nicht möglich waren; Pachtnachlässe und Abstrichsdekreturen über 100 fl, die weder auf Vertrag noch auf einer gerichtlichen Entscheidung beruhten.

Die "Ermächtigung" des Kreisdirektoriums hatte der StV einzuholen, wenn sich seine Dekreturen auf folgende Gegenstände bezogen:

Anleihen, die aus den laufenden Einnahmen zweier Jahre gedeckt werden konnten; Gebäudereparaturen, die der hierzu verpflichtete Fonds aus den laufenden Einnahmen zweier Jahre bestreiten konnte; Pachtnachlässe und Abstrichsdekreturen unter 100 fl, die nicht auf Vertrag oder richterlicher Entscheidung beruhten; unständige Ausgaben über 25 fl.

Die "Ermächtigung" des Gr. Amtes war erforderlich für unständige Ausgaben über 10 fl und für Pachtnachlässe und Abstrichsdekreturen, die aufgrund eines Vertrages oder eines entsprechenden richterlichen Erkenntnisses gewährt wurden (§§ 15,16).

Ein Erl. des MdI v. 28. 10. 1836 ³⁵⁴⁾ vermehrte noch die Beschlüsse des StV, die einer höheren "Ermächtigung" bzw. Genehmigung bedurften, so daß von nun an u. a. auch alle Zehnten und Güterverpachtungen, neuen "Erbbestands- und Schupflehenbegebungen" und alle Naturalienverkäufe, bei denen der

augenblickliche Marktpreis nicht erzielt werden konnte, genehmigungspflichtig waren.

1836 konnte der StV ohne Einholung einer höheren Genehmigung u. a. beschließen:

Ständige und unständige Einnahmen sowie bereits einmal genehmigte ständige Ausgaben in unbegrenzter Höhe; unständige Ausgaben, die im Einzelfall 10 fl nicht übersteigen durften³⁵⁵⁾; unständige Ausgaben in beliebiger Höhe für Baureparaturen, die zu Lasten eines kath. Lokalfonds gingen, wenn die hierzu notwendigen Mittel den laufenden Jahreseinnahmen des betr. Fonds entnommen werden konnten; den Verkauf von Naturalfrüchten, wenn dabei der gängige Marktpreis erreicht werden konnte.

Zu den "Dekreturen" des StV, die die "Ermächtigung" der KS erheischten, gehörte gem. § 15 o der VO v. 21. 11. 1820 auch die "rechtliche Vertretung der Stiftungen". Mit "rechtlicher Vertretung" war nur die Vertretung im Prozeß gemeint. So bestimmte der zur Erläuterung des § 15 o dienende § 17, daß unter der "rechtlichen Vertretung (§15 o) ... nicht die Beitreibung der Ausstände oder die Erledigung der Einwendungen eines Schuldners gegen die an ihn geltend gemachte Forderung verstanden" werde. "Nur ... wenn die Sache eine förmliche rechtliche Behandlung fordert", sei sie an die KS abzugeben. Diese Regelung entsprach dem geltenden Recht, nach dem allein die KS zur "gerichtlichen Vertretung" des kath. Stiftungsvermögens berufen war³⁵⁶⁾. Zur außergerichtlichen Vertretung der kath. Lokalfonds war der StV als unmittelbare Verwaltungsbehörde berufen, und zwar auch dann, wenn er zum Abschluß eines bestimmten Rechtsgeschäftes, z.B. dem Verkauf eines Grundstücks, eine höhere Genehmigung benötigte³⁵⁷⁾.

Hiergegen wandte sich J. Schmitt mit seinem die Rechtsvertretung des kath. Ortskirchenvermögens behandelnden Aufsatz

in der "Badischen Rechtspraxis 1903" ³⁵⁸⁾. Er unterschied gem. dem bad. Landrecht zwischen "Verwaltungshandlungen", die nur der Erhaltung und bestmöglichen Nutzung des Vermögens dienten, und "Verfügungs- oder Eigentumshandlungen", die Veränderungen in der Substanz des Vermögens hervorriefen. Schmitt, der das außergerichtliche Vertretungsrecht des StV bei jenen "Verwaltungshandlungen", die seiner selbständigen EntschlieÙung überlassen waren, anerkannte ³⁵⁹⁾, versuchte zu beweisen, daÙ bei "Verfügungshandlungen", zu denen der StV gem. §§15, 16 der "Ermächtigung" der KS bedurfte, die außergerichtliche Vertretung allein der KS zustand. Dabei hob er entscheidend auf den Wortlaut des §16 ab, der festsetzte, daÙ der StV in allen Fällen, in denen die Genehmigung der KS einzuholen sei, seine Beschlüsse der KS "mit gehörig motivierten Berichten zur Genehmigung und respective zur Verfügung" vorzulegen habe. Aus dem Wort "Verfügung" schloß Schmitt, daÙ nach der Ministerial-VO v. 21. 11. 1820 die KS nicht nur zur Abänderung von Beschlüssen des StV, sondern zur unmittelbaren, gegenüber Dritten rechtswirksamen Verfügung über das Ortskirchenvermögen berechtigt war, ihr also bei "Verfügungshandlungen" auch die außergerichtliche Vertretung zustand ³⁶⁰⁾. "Verfügung" im Sinne von § 16 bedeutete aber nur verwaltungsinterne Weisung. Dies folgt aus § 13, der im Blick auf den StV bestimmte: "... er erledigt die höheren Verfügungen, wenn er darin nichts gegen die Gesetze der Stiftung findet, und trägt in letzterem Fall seine Anstände der höheren Behörde vor". "Verfügungen" mit Rechtswirkung nach außen waren mit ihrem Erlaß vollzogen und bedurften keiner weiteren Erledigung durch den StV. Gegenüber rechtswirksamen Verfügungen der KS war auch kein Raum für Remonstrationen mehr, wie sie § 13 dem StV zugestand ³⁶¹⁾.

Bei der den Charakter einer verwaltungsinternen Weisung tragenden "Verfügung" war sowohl ihre "weitere Erledigung", d.h. ihre Umsetzung in einen rechtswirksamen Akt nach außen, als auch eine gegen sie gerichtete Remonstration notwendig bzw. möglich.

Waren die von der KS im Rahmen ihres Aufsichtsrechtes gem. §§ 15, 16 erlassenen "Verfügungen" keine Rechtsverfügungen, sondern verwaltungsinterne Weisungen, so stand ihr auch bei "Verfugungshandlungen", die das vom StV verwaltete Vermögen betrafen, kein außergerichtliches Vertretungsrecht der kath. Lokalstiftungen zu. Daher war nach der Ministerial-VO v. 21. 11. 1820 die außergerichtliche Vertretung des Ortskirchenvermögens eine ausschließliche Obliegenheit des StV ³⁶²⁾.

Da der StV eine weisungsgebundene Verwaltungsbehörde war, genügten verwaltungsinterne "Verfügungen" der KS, um von ihr mißbilligte Beschlüsse des StV zu beseitigen. Die "Verfügung" der KS trat an die Stelle eines ihr entgegenstehenden Beschlusses des StV. Die zur "Erledigung der Verfügung" etwa erforderliche rechtsgeschäftliche Erklärung gegenüber Dritten hatte sodann der StV im eigenen Namen abzugeben (§ 13).

Die Aufsichtsrechte der KS gingen zusammen mit ihrem Recht zur gerichtlichen Vertretung des kath. Ortskirchenvermögens 1833 auf die an die Stelle der Kreisdirektorien getretenen Gr. Kreisregierungen über ³⁶³⁾.

Das Gr. Amt, das neben der unmittelbaren Verwaltung der kath. Lokalstiftungen auch die Abhör ihrer Rechnungen verloren hatte, behielt nur die wenigen bereits genannten eigenständigen Aufsichtsrechte über die Kath. Stiftungsvorstände. Als nachgeordnete Behörde diente es dem Kreisdirektorium und der KS zur Wahrnehmung ihrer Aufsichtsrechte sowie zur allgemeinen Überwachung des StV (§§ 10, 16, 18, 19). Die landh. VO v. 10. 4. 1833 veränderte die Stellung des Amtes nicht. Es blieb weiterhin die dem StV unmittelbar vorgesetzte Aufsichtsbehörde, und der gesamte Behördenverkehr zwischen Kreisregierung und StV lief über das Amt ³⁶⁴⁾.

Der StV war im Gegensatz zu Amt und Kreisdirektorium, den bisherigen Verwaltern des lokalen Kirchenvermögens, eine lokale, konfessionelle und ausschließlich zur Verwaltung des Kirchenvermögens berufene Staatsbehörde. Die Rekonnfessionalisierung der staatl. Kirchenvermögensverwaltung fand ihren

sichtbarsten Ausdruck in der Berufung des Ortsgeistlichen zum Vorsitzenden des StV.

Der geistl. Vorsitz änderte jedoch nichts am rein staatl. Behördencharakter des StV sowie am staatl. Charakter seiner Verwaltung.

Der Einfluß des Pfarrherrn auf die lokale Kirchenvermögensverwaltung war seit 1808/09 langsam, aber stetig gewachsen. So war ihm bereits 1817 ³⁶⁵⁾ zusammen mit dem weltl. Ortsvorstand die Verwaltung der lokalen kath. Armenfonds anvertraut worden. Diese Entwicklung, die in der Ministerial-VO v. 21. 11. 1820 ihren Abschluß fand, hatte zur Voraussetzung gehabt, daß der Ortspfarrer nicht mehr im Auftrag des Bischofs und in Ausübung kirchl. Rechte, sondern ebenso wie der Gr. Dekan als landh. Beamter und in Ausübung staatl. Rechte an der Verwaltung des Ortskirchenvermögens teilnahm. Dementsprechend war nirgendwo in der VO von 1820 von kirchl. Mitwirkung an der Vermögensverwaltung die Rede. Anstelle des Pfarrers konnte jederzeit ein Regierungskommissar zum Vorsitzenden des StV ernannt werden (§ 5). Der geistl. Vorsitzende konnte gegen Beschlüsse des StV die Entscheidung der vorgesetzten Staatsbehörden erbitten (§ 8), nicht aber das Ordinariat anrufen, wie es ihm überhaupt untersagt war, wegen der Vermögensverwaltung mit seiner Kirchenbehörde in Verbindung zu treten ³⁶⁶⁾.

Mit der Ministerial-VO v. 21. 11. 1820 tauchte in der Verwaltung des Kirchenvermögens ein genossenschaftlich-demokratisches Element auf. Hier dürfte sich bereits der Einfluß liberaler Gedanken bemerkbar machen, die 1822 zu einer neuen württ. Gemeindeordnung führten und 1831 in der bad. Gemeindeordnung zum vollen Durchbruch gelangten ³⁶⁷⁾.

Der Wahlkörper des StV, der für gewöhnlich aus den Katholiken einer einzigen politischen Gemeinde bestand (§§ 2 - 4 der Ministerial-VO von 1820), ließ schon die Umrisse der späteren von der politischen Gemeinde unterschiedenen Kirchengemeindenkörperschaft erkennen. Die Zusammensetzung des StV verbürgte eine engere Beziehung zwischen der das Kirchenvermögen ver-

waltenden Behörde und den Nutznießern dieser Verwaltung, den Katholiken des Kirchspiels.

Eine Beteiligung der Parochianen an der Verwaltung des örtlichen Kirchenvermögens kannte schon das spätmittelalterliche Gemeinwesen. In Köln und einigen anderen mittelalterlichen Städten wählten die Pfarrgenossen aus ihrer Mitte "Kirchmeister" oder "Zechpfleger", die das "Gotteshausvermögen" der Pfarrkirche im Namen und Auftrag der Parochialgemeinde verwalteten. Diese Parochialgemeinden waren keine kirchl. Korporationen. Sie bildeten vielmehr Untergliederungen der politischen Gesamtgemeinde, in deren Hand normalerweise die Verwaltung des örtlichen Kirchenvermögens lag, und nahmen neben der Verwaltung des Kirchenvermögens auch rein staatl. Aufgaben wahr ³⁶⁸).

Die Kirche zeigte sich im Spätmittelalter bereit, Laien als Verwalter des örtlichen Kirchenvermögens zuzulassen, wenn sie ihr Amt im kirchl. Auftrag ausübten und den Pfarrherrn jährlich Rechnung legten. Sie wandte sich aber gegen die weitverbreitete Übung, die Kirchenpfleger als Gemeindebeamte anzustellen, die ausschließlich der Gemeinde Rechenschaft schuldeten.

Seit dem Konzil von Trient, das den kirchl. Charakter der Kirchenvermögensverwaltung betonte und von allen Verwaltern die jährliche Rechnungslegung vor dem Bischof verlangte, nahm die kanonistische Wissenschaft immer stärker gegen einen selbständigen Anteil des Laien an der Kirchenvermögensverwaltung Stellung. Die kirchl. Rechtslehrer des 17. und 18. Jahrhunderts wollten von dem Grundsatz, daß der Ortspfarrer das örtliche Kirchenvermögen verwalte, nur noch dann zugunsten von Laienverwaltern eine Ausnahme machen, wenn letztere vom Pfarrer zur Vermögensverwaltung berufen wurden und die Verwaltung im Namen des Pfarrherrn als dessen bloße Gehilfen (nudi ministri) besorgten ³⁶⁹).

Mit der kirchenrechtlichen Lehre von der bloßen Gehilfenstellung des Laienpflegers war die Struktur des bad. StV v.

1820, selbst wenn man von seinem staatl. Behördencharakter absieht, nur schwer zu vereinbaren. Sowohl die Kollegialverfassung des mehrheitlich mit Laien besetzten StV als auch die Wahl seiner Laienmitglieder durch die Pfarrangehörigen widersprach dem Bild eines in untergeordneter Stellung und einseitiger Abhängigkeit vom kirchl. Amtsträger stehenden Laienverwalters ³⁷⁾.

Obwohl der StV kein Selbstverwaltungsorgan der politischen oder kirchl. Gemeinde war, mußte die Art und Weise seiner Bestellung und seiner Beschlußfassung den synodalen, den Aufbau von unten nach oben und den körperschaftlichen Charakter betonenden Gedanken in der Kirche stärken. Das in den Jahren um 1820 von der bad. Regierung verfolgte Ziel, die kath. Kirche ihrer monarchischen Struktur zu entkleiden und sie in ihren Einrichtungen der ev. Landeskirche anzugleichen, macht es wahrscheinlich, daß die Regierung mit der Einführung des StV, der offiziell "Kirchen-oder Stiftungsvorstand" hieß (§1), auch ihre synodalen Kirchenpläne fördern und den Ansatz für einen kath. Pfarrältestenrat schaffen wollte ³⁷¹⁾.

Die politische Gemeinde, die erst 1831 ihre Autonomie in erneuerter Form zurückerhielt, gewann durch die geborene Mitgliedschaft des Gemeindevorstehers bzw. des ersten kath. Mitglieds des Gemeinderates und die ihm übertragene Funktion eines zweiten Vorsitzenden des StV einen gewissen Einfluß auf die Verwaltung des Ortskirchenvermögens zurück. Die Wahl der übrigen weltl. Vorstandsmitglieder durch die kath. Gemeindebürger begründete nicht nur eine erneute Anteilnahme des Kirchenvolkes an der Verwaltung des Kirchenvermögens, sondern brachte wieder eine stärkere Verkettung der örtlichen Kirchenvermögensverwaltung mit dem kommunalen Organismus zustande. Bei den Wahlberechtigten zum StV handelte es sich nicht zuletzt um Bürger der politischen Gemeinde, die mit ihrem Wahlentscheid auch die Interessen der letzteren vertraten.

d) Die bischöfliche Mitaufsicht über das Kirchenvermögen
und die beginnende Unterscheidung zwischen weltlichem
und kirchlichem kath. Stiftungsgut

Die Ministerial-VO v. 21. 11. 1820 sprach erstmals von kirchl. und weltl. kath. Stiftungen, wobei sie es unterließ, den Begriff der weltl. kath. Stiftung näher zu umschreiben. Allein die Tatsache, daß die Kultfonds in der Regel die Bezeichnung "Kirchen- oder geistliche Fonds" trugen, machte deutlich, daß mit "weltl. kath. Stiftungen" in erster Linie die kath. Schul- und Armenfonds gemeint waren. § 20 der Ministerial-VO wies die Kreisdirektorien an, in ihren Jahresübersichten an die KS die von ihnen abgehörten Rechnungen nach kirchl. und weltl. Stiftungen getrennt aufzuführen. Die Verwaltung der weltl. und kirchl. kath. Fonds war im übrigen gemeinsam und vollkommen gleichförmig geregelt.

Die landh. VO v. 10. 4. 1833 sprach wiederum von kirchl. und weltl. kath. Stiftungen, zog nun aber aus dieser unterschiedlichen Benennung einen bedeutsamen Schluß. Sie bestimmte in § 1, daß nur die kirchl. kath. Fonds unter die in § 38 der landh. VO v. 30. 1. 1830 zugesicherte "Mitaufsicht des Bischofs" bzw. Erzbischofs fallen sollten. Damit wurde den sog. weltl. kath. Stiftungen ihre kirchl. Natur, d. h. ihre Zugehörigkeit zum Kirchenvermögen, abgesprochen, und "kirchliche Stiftung" bedeutete von jetzt ab neben Kultstiftung vor allem eine kirchl. Charakter tragende, d. h. zum Kirchenvermögen gehörende Stiftung. Die Ministerial-VO v. 3. 3. 1853, die eine nähere Ausgestaltung des erzb. Mitaufsichtsrechtes über die staatl. Kirchenvermögensverwaltung brachte, hielt sich genau auf der Linie der landh. VO v. 10. 4. 1833 und gestand dem Erzbischof nur für die "kirchlichen" Stiftungen ein Mitaufsichtsrecht zu ³⁷²⁾.

Was im einzelnen das Kriterium für die kirchl. und weltl. kath. Stiftungen sein und wo genau die Trennungslinie zwischen beiden Vermögensmassen verlaufen sollte, wurde in der

Zeit ihrer ausschließlich staatl. Verwaltung nie mit Bestimmtheit festgelegt. Diese Entscheidung fiel erst im Verlauf des Streites, der nach Beendigung der ausschließlich staatl. Verwaltung der kath. Stiftungen zwischen Staat und Kirche über die Verwaltung der sog. weltl. kath. Stiftungen entbrannte.

Es war nicht zufällig, daß der Unterschied zwischen weltl. und kirchl. kath. Stiftungen gerade in dem Augenblick begann, rechtlich bedeutsam zu werden, als der nun doch nicht völlig in den Staat zu integrierenden Kirche ein Mitwirkungsrecht bei der staatl. Kirchenvermögensverwaltung eingeräumt werden mußte. Bisher war eine solche rechtliche Unterscheidung nicht aktuell gewesen, da sowieso nur der Staat Einfluß auf die kath. Stiftungsverwaltung nehmen konnte. Ab 1830 war aber eine derartige Unterscheidung geeignet, die wieder zugelassenen "bischöflichen Mitaufsichtsrechte" von vornherein auf einen Bruchteil aller bislang zum Kirchenvermögen gezählten kath. Stiftungen zu beschränken.

Das "bischöfl. Mitaufsichtsrecht", dessen Inhalt § 38 der landh. VO v. 30. 1. 1830 andeutete, ohne seine Grenzen klar zu umreißen ³⁷³⁾, war nicht nur von der bad. Reg. auf die sog. kirchl. kath. Fonds beschränkt worden, sondern auch dadurch von Anfang an sehr beschnitten, daß sich der Erzbischof in Fragen der Kirchenvermögensverwaltung, ebenso wie in allen Belangen der landh. Kirchenherrlichkeit, an die KS bzw. den OKR wenden mußte. Jeder unmittelbare Verkehr mit den Kreisdirektorien bzw. Kreisregierungen und den Kath. Stiftungsvorständen war ihm untersagt ³⁷⁴⁾.

In der Praxis der staatl. Kirchenvermögensverwaltung scheint das kirchl. Mitaufsichtsrecht erst seit den 40 er Jahren eine gewisse Berücksichtigung gefunden zu haben. Ab 1849 erhielt das Erzb. Ordin. vom OKR regelmäßige Rechnungsübersichten, die sich aber nur auf einen Teil der unter der Verwaltung des OKR befindlichen allgemeinen kath. Fonds be-

zogen ³⁷⁵⁾. 1856 konnte die oberste Kirchenbehörde erstmals eine Vermögensdarstellung der "kirchlichen und gemischten" kath. Distrikts- und Lokalfonds in Empfang nehmen ³⁷⁶⁾.

Abgesehen von ihrer Unvollständigkeit und ihrem summarischen Charakter bezogen sich die dem Erzbischof mitgeteilten Rechnungsübersichten auf zurückliegende Rechnungsperioden, berichteten also über bereits abgeschlossene Verwaltungsvorgänge, so daß die Kirchenbehörde keine andere Wahl hatte, als ihnen nachträglich zuzustimmen ³⁷⁷⁾. Im voraus wurde um die kirchl. Zustimmung zur Veräußerung oder Zweckentfremdung von Kirchengut in der Regel nicht nachgesucht ³⁷⁸⁾.

2) Die Verwaltung der niederen Kirchenpfründen

a) Die besetzten Kirchenpfründen

Die Verwaltung der Kirchenpfründe verblieb ihrem nach kanon. Recht hierfür zuständigen geistl. Inhaber. Jedoch hatte sich der Benefiziar bei der Verwaltung seiner Pfründe nach den darüber erlassenen staatl. Vorschriften zu richten ³⁷⁹⁾. Dies hatte zur Folge, daß der Pfründinhaber seine Pfründe nicht nach den Richtlinien des kanon. Rechtes und im Rahmen der kirchl. Verwaltung, sondern unter der Aufsicht und nach den Weisungen der KS bzw. des OKR als der zuständigen Staatskirchenbehörde verwaltete.

Die unmittelbare Aufsicht über die Kirchenpfründen verblieb auch nach 1833, als die Leitung und Überwachung der Kath. Stiftungsvorstände an die Kreisregierungen übergang, bei der KS bzw. ihrem Nachfolger, dem OKR ³⁸⁰⁾. Ihr oblag die gerichtliche Vertretung der Pfründen sowie die Genehmigung der Veräußerung und des Erwerbs von Pfründgütern ³⁸¹⁾.

b) Die erledigten Kirchenpfründen

Die Verwaltung der erledigten Pfründen besorgten aus den betreffenden Gemeinden zu bestellende, weltl. Interkalarverrechner. Sie standen unter der Oberaufsicht der KS, der sie zu Ende ihrer Verwaltungszeit Rechnung zu legen hatten ³⁸²⁾. Der OKR, der die Aufsicht über die erledigten Pfründen von der KS übernahm, erließ unter dem 30. 5. 1848 "eine Dienstweisung für die Verrechner der Interkalargefälle kath. geistlicher Pfründen" ³⁸³⁾, die eine Zusammenfassung der für den Interkalarverrechner maßgeblichen Verwaltungsvorschriften brachte.

Danach bestimmte der OKR, ob im Einzelfall eine besondere Verwaltung der erledigten Pfründe angeordnet, d. h. eine Interkalarrechnung geführt werden mußte oder darauf wegen der Geringfügigkeit der Pfründerträge, Kürze der Vakanz etc. verzichtet werden konnte (§ 2). Wurde eine Interkalarrechnung angeordnet, so ernannte das Gr. Amt auf Vorschlag des StV einen Bürger der politischen Gemeinde, in der sich die erledigte Pfründe befand, zum Interkalarverrechner (§ 4),

Zur Dienstaufsicht über den Interkalarverrechner bediente sich der OKR des örtlichen StV sowie des zuständigen Amtes. Der StV konnte jederzeit einen Kassensturz vornehmen und die Rechnungsführung des Interkalarverrechners überprüfen. Zog sich die Erledigung der Pfründe über mehrere Jahre hin, so hatte der StV wenigstens zum Jahresende das Rechnungstagebuch und die Kasse des Interkalarverrechners zu revidieren und ein hierüber angefertigtes Protokoll dem OKR zu übersenden.

Versah der Interkalarverrechner seinen Dienst nachlässig, so hatte ihn das Amt auf Antrag des StV oder des Pfarrverwesers mit einer Geldstrafe zu belegen oder zu entlassen und einen anderen Verrechner zu bestellen (§ 7).

Die selbständige Verwaltungsbefugnis des Interkalarverrechners war sehr geringfügig. Sie beschränkte sich im wesentlichen auf die Erledigung der feststehenden Einnahmen und Ausgaben der Pfründe. Zu allen unständigen Einnahmen und Ausgaben bis 10 fl benötigte er die Zustimmung des StV. Überstiegen die unständigen Einnahmen und Ausgaben 10 fl, so hatte sie das Amt zu genehmigen (§ 10).

Die nutzbaren Liegenschaften, Naturalvorräte, -erträge und -einnahmen der Pfründe hatte der Interkalarverrechner im Wege öffentlicher Versteigerung zu verpachten bzw. zu veräußern. Das Versteigerungsprotokoll war vom StV zu genehmi-

gen. Lagen die Versteigerungserlöse höher als 10 fl., so war die Genehmigung des Amtes einzuholen. Vor der Genehmigung des StV bzw. des Amtes durfte der Interkalarverrechner die verpachteten oder veräußerten Gegenstände nicht ausfolgen. Sollten Liegenschaften für mehr als drei Jahre verpachtet werden, so hatte zuvor der OKR seine Zustimmung zu geben (§§ 15-17).

Die gerichtliche Vertretung der erledigten Pfründen lag beim OKR (§ 11).

Die Verteilung der Interkalarmasse, d. h. der Nettoertragnisse der Pfründe in der Zeit ihrer Erledigung, erfolgte nach Abschluß der Interkalarrechnung durch den OKR. Anspruchsberechtigt gegenüber der Interkalarmasse waren der frühere Pfründinhaber bzw. seine Erben, der betr. Pfarrinterimsrevenuehauptfonds, der neue Pfründinhaber sowie der Kapitelsdekan (§ 1) ³⁸⁴⁾.

Zu Ende des Jahres, in dem die Pfründe wieder besetzt wurde, hatte der Interkalarverrechner seine Rechnung abzuschließen und sie innerhalb von sechs Wochen durch den StV dem Amt vorzulegen. Nachdem der abgegangene Pfründnießer bzw. dessen Erben, der Pfründnießer und der Kapitelsdekan, soweit er einen Anspruch auf den "Dekanatsmonat" besaß, Gelegenheit erhalten hatten, die Interkalarschlußrechnung einzusehen und etwaige Erinnerungen anzubringen, sandte das Amt die Rechnung zur Abhör an den OKR ein. Nach der Revision der Interkalarrechnung erteilte der OKR den für die Aufteilung der Interkalarmasse verbindlichen Verteilungsbescheid (§ 35).

Weder der Erzb. Kapitelsdekan noch der Gr. Dekan hatten einen Anteil an der Verwaltung der erledigten Pfründen.

3.) Die Dotation des Erzbistums

a) Die tatsächlich vollzogene Ausstattung des Erzbistums

α) Die Ausstattungsrente

Der bad. Staat hatte sich in seiner Dotationsurkunde v. 23. 12. 1820 ³⁸⁵⁾ verpflichtet, aus Mitteln des Staatsärars jährlich 24.600 fl zur Dotation des Erzb. Stuhles, des Domkapitels und der sechs Dompräbendare beizutragen. Die in dieser Summe enthaltenen Naturalleistungen zum damaligen Gegenwert von 11.600 fl wurden schon bei der erstmaligen Gewährung der Jahresdotation 1828 in eine Geldkompetenz umgewandelt, die allerdings infolge der seit 1820 gestiegenen Preise auf 13.312, 48 fl festgesetzt wurde ³⁸⁶⁾. 1831 übernahm der Staat die bisher von der Freiburger Pfarrpfünde St. Martin (1000 fl) und dem Konstanzer Domfabrikfonds (680 fl) laut Dotationsurkunde geleisteten Beiträge auf die Staatskasse ³⁸⁷⁾.

Zur Instandsetzung und baulichen Unterhaltung der Wohnungen von Erzbischof und Domkapitel fügte der Staat seiner im Staatsbudget erscheinenden Dotationsrente weitere 500 fl hinzu ³⁸⁸⁾. ~~Der~~ in der Dotationsurkunde von 1820 auf 3000 fl begrenzte Dotationsbeitrag zur Erzb. Kanzlei erhöhte die Gr. Reg. mit Staatsministerialentschließung v. 20. 2. 1829, Nr. 319, auf 7000 fl und setzte ihn 1831 erstmalig in den Staatsvoranschlag ein. Da die bad. Stände anfänglich nur 6000 fl für die Erzb. Kanzlei bewilligten, belief sich die 1831 unmittelbar aus dem Staatsärar gezahlte Dotationsrente auf insgesamt 34.492,48 fl ³⁸⁹⁾.

Als 1837 die bad. Stände einem staatl. Kanzleibetrag von 7000 fl zustimmten, erhöhte sich die staatl. Dotationsrente auf 35.492,48 fl, um seit 1842 endgültig bei 36.242,48 fl stehenzubleiben ³⁹⁰⁾.

Die aus dem Staatsvermögen zu leistende Dotationsrente wurde

in Vierteljahresraten an eine von der Kirchenbehörde bezeichnete Kasse ausbezahlt 391).

Die übrigen in der Dotationsurkunde v. 23. 12. 1820 ausgewiesenen und von der staatl. Dotationsrente nicht gedeckten Einkünfte des Erzbistums hatten kirchl. Fonds zu erbringen.

Die am Freiburger Münster befindliche Pfarrpfünde und Präsensstiftung hatten zusammen 4.500 fl zum Unterhalt der Domkapitulare und Dompräbendare beizutragen.

Als Domfabrik diente der Freiburger Münsterfabrikfonds, der jährlich 5.264 fl zur Ausgestaltung des bischöfl. Kultes in der Kathedralkirche beizusteuern hatte 392).

Die zum Unterhalt des Erzb. Seminars bestimmte Jahressumme von 25.000 fl hatten allgemeine kath. Fonds aufzubringen.

Die Staatsministerialschließung v. 2. 8. 1832, Nr. 2325 393), bezeichnete endgültig die hierfür geeignet erscheinenden Fonds und setzte die auf sie entfallenden Beiträge fest. Danach hatten die Maria-Viktoria-Verlassenschaftskasse 394) in Offenburg 5000 fl, der Alumnatsfonds in Bruchsal 3000 fl, der Seminarfonds der Unirten Kasse in Bruchsal 2.500 fl, der Hauptschulfonds oder Seminarfonds in Heidelberg 9000 fl, der separate Religionsfonds in Freiburg 3.500 fl, der Religionsfonds des Oberen Fürstentums in Konstanz 1000 fl und der Iberger Pastoreifonds in Offenburg 1000 fl zur Seminardotation beizutragen 395).

Die in der Dotationsurkunde zum Unterhalt einer Emeriten- und Demeritenanstalt vorgesehenen 8000 fl, die ebenfalls aus den Jahreserträgen kirchl. Fonds geleistet werden sollten, wurden nie ausgezahlt 396).

Die gesamte zum Unterhalt des Erzbistums 1837 gezahlte Ausstattungrente bezifferte sich auf 70.256,48 fl 397). Hier- von entfielen 35.492,48 fl auf die Staatskasse und 34.764 fl auf die Beiträge kirchl. Fonds. Im Vergleich zu den Angaben der Dotationsurkunde war der aus staatl. Mitteln bestrittene Teil der Ausstattungsbrente - sowohl absolut als auch relativ

gesehen - beträchtlich angestiegen.

§) Die Realdotation

Die Realdotation bestand aus der Herrschaft Linz und den in Freiburg gelegenen und in der Dotationsurkunde bzw. dem landh. Fundationsinstrument dem Erzbistum angewiesenen Gebäuden und Gärten.

Die in der ehemaligen Landgrafschaft Nellenburg gelegene Herrschaft Linz war in der Dotationsurkunde von 1820 mit einem jährlichen Ertragswert von 3.320 fl veranschlagt und diente dem Unterhalt des Erzb. Stuhles. Die Herrschaft bzw. das Rittergut Linz war kein Bestandteil des säkularisierten Kirchenvermögens. Sie gehörte vielmehr zum Grundstock des an Baden gefallenem Anteils des vorderöstr. Studienfonds ³⁹⁸⁾. Erst 1832 wurde die Herrschaft Linz an die "provisorische Verwaltung der Bistumsdotations" bzw. "provisorische Domverrechnung" ausgefolgt. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Verwaltung des separaten Studienfonds, die "Religions- respective Domfabrikverrechnung Konstanz", einen jährlichen Dotationsbeitrag von 3.320 fl an das Erzbistum überwiesen ³⁹⁹⁾. Da die Zweckbestimmung des separaten Studienfonds einen Beitrag zur Erzbistumsdotations nicht zuließ, bezog der Studienfonds seit Übergabe des Linzer Gutes an das Erzbistum 1832 jährlich 3.320 fl aus der Staatskasse ⁴⁰⁰⁾.

Die in Freiburg dem Erzbistum angewiesenen Gebäude dienten als Wohnung von Erzbischof und Domkapitel sowie zur Unterbringung des Seminars und der Erzb. Kanzlei. Von den 12 in der Dotationsurkunde v. 23. 12. 1820 ausgewiesenen Wohngebäuden ⁴⁰¹⁾ waren nur drei dem Staatsärar entnommen; neun weitere standen bisher im Eigentum kirchl. Stiftungen, nämlich der Münsterpräsenstiftung (6), der Münsterfabrik(2) und der Pfarrpfründe von St. Martin ⁴⁰²⁾.

Die Übergabe der Gebäulichkeiten an das Erzbistum wurde ebenfalls erst im Jahre 1832 abgeschlossen ⁴⁰³⁾.

Dabei gingen nur die aus dem Staatsärar herrührenden Gebäude in das Eigentum des Erzbistums über. Die aus dem Vermögen kirchl. Lokalfonds bzw. Pfründen stammenden Wohngebäude verblieben dagegen nach staatl. Auffassung im Eigentum ihrer bisherigen Inhaber. Das Erzbistum sollte lediglich das "Nutzeigentum" an ihnen erlangen ⁴⁰⁴). Eine Realdotation im strengen Sinn lag daher nur bei den durch das Staatsärar abgetretenen Gebäuden vor.

Nach der Dotationsurkunde von 1820 sollte das Priesterseminar im ehemaligen Freiburger Augustinerkloster untergebracht werden. Nachdem der bad. Staat das ehemalige Augustinerkloster 1822 an die Stadt Freiburg verkauft hatte, ließ er in den Jahren 1823 - 26 ein völlig neues Seminargebäude in Freiburg errichten ⁴⁰⁵). Das landh. Fundationsinstrument v. 16. 10. 1827 widmete das neue Seminargebäude einem dreifachen Zweck. Es sollte als Seminar der Priesteramtskandidaten, die das Universitätsstudium beendet hatten, als Konvikt der Theologiestudenten und als Erzb. Kanzlei dienen ⁴⁰⁶).

b) Die kirchliche Verwaltung der Erzbistumsdotation

α) Die Entstehung einer kirchlichen Dotationsverwaltung
und ihre Beaufsichtigung durch den Staat
1827 - 1835

Die Dotationsverwaltung bezog sich, soweit es sich nicht um die spärliche Realdotation handelte, nur auf die Dotations-einkünfte. Die kirchl. Fonds, selbst wenn sie wie die Freiburger Münsterfabrik und die dortige Münsterpräsenzstiftung fast ihre gesamten Ertragnisse zur Dotation beisteuern mußten, verblieben in der Obhut ihrer bisherigen staatl. Verwaltungsbehörden ⁴⁰⁷). Versuchen des Erzbischofs, die allgemeinen kirchl. Fonds, die zu Dotationsbeiträgen verpflichtet waren, in die Dotationsverwaltung mit einzubeziehen, war kein Erfolg beschieden ⁴⁰⁸).

Im Gegensatz zu Württemberg ⁴⁰⁹⁾ hatte die Gr. Reg. bei Errichtung des Erzbistums keine Vorschriften über die Verwaltung der Erzbistumsdotation erlassen. Man war sich zu Anfang augenscheinlich nicht darüber klar, in welchem Umfang die Dotationsverwaltung kirchl. Behörden überlassen werden und welche Aufsichtsrechte sich der Staat bei einer kirchl. Verwaltung vorbehalten sollte. Bis zur Konsolidierung der neuen Erzbistumsverwaltung verfuhr man recht pragmatisch und ging erst nach und nach daran, im mehr oder weniger großen Einvernehmen mit den erzb. Behörden verbindliche Verwaltungsvorschriften aufzustellen.

Nach Fertigstellung des neuen Seminargebäudes in Freiburg 1826 ernannte die KS zunächst einen provisorischen Seminarverwalter namens Michael Meißburger, dem nach Besetzung des Erzbistums auch die provisorische Verwaltung der Einkünfte des Erzb. Stuhls, des Domkapitels und der Dompräbendare übertragen wurde ⁴¹⁰⁾. 1832 führte Meißburger den Titel "Domkustos" ⁴¹¹⁾. Seit 1832 stand auch das Linzer Gut in der Verwaltung der "provisorischen Domverrechnung" ⁴¹²⁾. Wahrscheinlich flossen die Interkalargefälle vakanter Domkapitular- und Dompräbendarpfründen, die infolge der anfänglich nicht besetzten sechsten Domkapitularstelle gleich sehr beachtlich waren, ebenfalls in die Kasse der "provisorischen Domverrechnung" ⁴¹³⁾.

Ob Meißburger nach seiner 1833 erfolgten definitiven Anstellung als "Seminarkassenverrechner" die Führung der "Domverrechnung", die ungefähr zur gleichen Zeit wie die Seminar-dotationsverwaltung ihre endgültige Gestalt gewonnen hatte ⁴¹⁴⁾, beibehielt, konnte nicht festgestellt werden. Sicher ist, daß nach der Zurruesetzung von Meißburger 1837 das Amt eines Seminarfondsverwalters nicht mehr mit dem Amt eines "Erzb. Domverwalters" gekoppelt war. Andernfalls hätte das Erzb. Ordin. nicht erwägen können, das Amt des "Seminarkassenverrechners" dem jeweiligen Subregens des Erzb. Seminars zu übertragen ⁴¹⁵⁾.

Die Verwaltung der Seminarkasse bzw. des Seminarfonds, wie sie späterhin genannt wurde, stand zunächst unter der unmittelbaren Aufsicht der KS. Das Erzb. Ordin. hatte nur ein "Beistimmungsrecht" ⁴¹⁶⁾. Erst die Staatsministerialentschließung v. 2. 8. 1832, Nr. 2325, die die endgültige Verwaltung der Seminardotation festlegte, übergab die Seminarkasse der unmittelbaren Aufsicht des Erzb. Ordin. ⁴¹⁷⁾.

Die staatlicherseits anbefohlene und genehmigte "Instruction des Erzbischöflichen Ordinariats für den erzbischöflichen Verwalter der Dotation des Seminariums" v. 28. 12. 1832 ⁴¹⁸⁾ verpflichtete den nun von der Kirchenbehörde zu bestellenden "Seminarkassenverrechner", die jährliche Seminardotation in Höhe von 25.000 fl in Empfang zu nehmen und daraus den "für den Haushalt und den Bestand des Seminars erforderlichen Aufwand zu bestreiten". Für alle unständigen Einnahmen und Ausgaben, falls es sich nicht um "alltäglich vorkommende Kleinigkeiten" handelte, benötigte der Verrechner die "vorläufige Dekretur" des Erzb. Ordin.. Vor Beginn eines jeden Rechnungsjahres hatte der Verrechner einen Budgetvoranschlag beim Erzb. Ordin. einzureichen. Am Ende eines jeden Rechnungsjahres hatte er dem Ordin. die Rechnung zur Abhör zu stellen.

Aus den Einnahmen der Seminarkasse bzw. des Seminarfonds hatte der Verrechner jährlich 1000 fl abzuzweigen und als Grundstock für einen besonderen Seminarbaufonds anzulegen. Diese Summe wurde durch Staatsministerialentschließung v. 30. 3. 1836 auf 1500 fl erhöht ⁴¹⁹⁾.

Über den im Aufbau begriffenen Seminarbaufonds hatte der Verrechner von allem Anfang an gesondert Rechnung zu führen und zu legen.

6000 fl hatte der Seminarfonds jährlich zur Unterstützung von Theologiestudenten auszugeben. Die Verteilung der Stipendien besorgte die KS ⁴²⁰⁾.

Zur Überwachung der nun kirchl. Verwaltung der Seminardotation behielt die KS folgende Oberaufsichtsrechte: Ihr waren vom Erzb. Ordin. die Voranschläge und Jahresrechnungen des Seminar-

und Seminarbaufonds zur Einsicht bzw. Superrevision vorzulegen⁴²¹⁾. Sie nahm de facto bei der Bestellung des Verrechners sowie bei der Festsetzung seines Gehaltes ein Mitspracherecht, wenn nicht sogar ein Genehmigungsrecht in Anspruch⁴²²⁾. Die KS und die ihr vorgesetzten Ministerialbehörden setzten allein oder im Einverständnis mit dem Erzb. Ordin. die Verwendung der Überschüsse des Seminarfonds in den wesentlichen Grundzügen fest⁴²³⁾.

War auch die "provisorische Domverrechnung" mit aller Wahrscheinlichkeit ebenso wie die "provisorische Seminarverwaltung" von der KS durch Ernennung des ersten Domverrechners bzw. "Domverwalters" ins Leben gerufen worden⁴²⁴⁾, so stellte doch die KS die unmittelbare Aufsicht des Erzb. Domkapitels über die "Domverrechnung" nie in Frage. Die KS übte in den ersten Jahren des Erzbistums nicht einmal eine Oberaufsicht über die "provisorische Domverrechnung" aus⁴²⁵⁾. Dabei verwaltete die "provisorische Domverrechnung" bzw. seit 1833/34 die "Erzb. Domverwaltung" mit den Ertragnissen der erledigten Domherrenpfründen, den erzb. Interkalargefällen, die bis zum 1. 12. 1834 Einnahmen in Höhe von 10.175 fl erbrachten⁴²⁶⁾, die einzigen Dotationseinkünfte, die mit keinem besonderen Verwendungszweck belastet waren. Sie boten daher der kirchl. Verwaltung die Möglichkeit einer freien Disposition zugunsten besonders dringlicher Bedürfnisse, für die keine anderen Mittel vorhanden waren.

Das Erzb. Domkapitel nutzte nun das Fehlen einer tatsächlich ausgeübten Oberaufsicht der KS, um ohne Verständigung oder gar Zustimmung der KS mehrere Gebäude und Gärten zu Lasten des sich erst bildenden Erzb. Interkalarfonds zu erwerben⁴²⁷⁾. Als auf Grund der Staatsministerialentschließung v. 20. 3. 1833, Nr. 724⁴²⁸⁾, die KS sich bemühte, aus den Interkalargefällen des neu dotierten Erzbistums einen Baufonds zum Unterhalt der erzb. Gebäude, d. h. der Wohnhäuser von Erzbischof und Domkapitel, zu bilden, stellte es sich heraus, daß der Erzb. Interkalarfonds stark überschuldet und nicht in

der Lage war, die auf dem Staatsärar ruhende Baulast für die erzb. Gebäude zu übernehmen ⁴²⁹⁾. Um in Zukunft eine dem staatl. Interesse zuwiderlaufende Verwendung der erzb. Interkalargefälle zu verhindern, entschloß sich die Gr. Reg., den Verwendungszweck des Erzb. Interkalarfonds genau festzulegen und seine Verwaltung der strengen Oberaufsicht der KS zu unterwerfen. Die Staatsministerialentschließung v. 12. 8. 1835, Nr. 1449 ⁴³⁰⁾, bestimmte, daß der Interkalarfonds zunächst seine Überschuldung abzutragen und sodann aus seinen Einkünften nur noch den Bauaufwand der erzb. Gebäude und die Kosten bischöfl. Firmungsreisen zu bestreiten habe. Andere Ausgaben, insbesondere der Erwerb und die Veräußerung von Liegenschaften, sollte dem Erzb. Domkapitel nur noch mit Zustimmung der KS gestattet sein. Die Jahresrechnung des Interkalarfonds war der KS jeweils zur Superrevision mitzuteilen. In die Verrechnung der Einkünfte der besetzten Dompfründen, d.h. des Erzbischofs und seines Domkapitels, die sog. "Domkapitelsrechnung", die weiterhin zusammen mit der Interkalarfondsrechnung von der unter der unmittelbaren Aufsicht des Erzb. Domkapitels stehenden "Erzb. Domverwaltung" besorgt wurde, nahm die KS nach wie vor keine Einsicht ⁴³¹⁾. Ebenso wenig beanspruchte die KS ein Oberaufsichtsrecht über die unter der unmittelbaren Aufsicht des Erzb. Ordin. stehende und selbständig verwaltete Erzb. Kanzleikasse, in die der Dotationsbeitrag für die Erzb. Kanzlei floß ⁴³²⁾. Die Verwendung derjenigen Dotationseinkünfte, die zur Ausgestaltung des bischöfl. Kultes in der Domkirche bestimmt waren, war ebenfalls keiner staatl. Kontrolle unterworfen. Die vom Freiburger Münsterfabrikfonds aufzubringende Dotation der "Erzb. Domfabrik" wurde wahrscheinlich gar nicht als feste Jahressumme an das Erzbistum ausbezahlt, sondern vielmehr in Einzelbeträgen für den jeweils anfallenden Kulturaufwand geleistet ⁴³³⁾.

Zusammenfassend sei festgestellt: 1835, als der Aufbau der Dotationsverwaltung einen vorläufigen Abschluß gefunden hatte,

standen Ausstattungsrente und Realdotation des Erzbistums in der unmittelbaren Verwaltung kirchl. Behörden. Die schon in § 62 der "Grundzüge" ⁴³⁴⁾ vorgesehene staatl. Oberaufsicht wurde von der KS nur für einen Teil der kirchl. Dotationsverwaltung, die Verwaltung des Seminar-, Seminarbau- und Interkalarfonds, in Anspruch genommen. Seminardotation und Interkalargefälle waren jedoch die einzigen Einkünfte des Erzbistums, die Ersparnisse zuließen, d. h. bei deren Verwaltung in geringem Umfang eine selbständige Vermögensdisposition möglich war ⁴³⁵⁾. Ein solch selbständiges Vermögensgebaren der kirchl. Verwaltungsbehörden zu verhindern, war das wichtigste Ziel der staatl. Oberaufsicht über die drei genannten Fonds. Der Erreichung dieses Zieles diente neben dem Recht der KS zur Genehmigung von Grundstückserwerbungen und -veräußerungen ⁴³⁶⁾, zur Voranschlagsprüfung und Rechnungsoberabhör besonders die staatlicherseits beanspruchte Befugnis, die Verwendung der erzb. Interkalargefälle und der Ersparnisse aus der Seminardotation festzulegen.

*) Die Entwicklung der kirchlichen Dotationsverwaltung bis zum tatsächlichen Ende der bisher geübten staatlichen Oberaufsicht (1835 - 1853)

1840 stellte der Staat die säkularisierte Benediktinerabtei St. Peter/Schwarzwald dem Erzb. Seminarfonds zur Unterbringung des Priesterseminars zur Verfügung. Im ehemaligen Seminargebäude in Freiburg wurde ein Theol. Konvikt für die Theologiestudenten, die hierin bisher trotz der anderslautenden landh. Widmung keine Aufnahme gefunden hatten, eingerichtet. Die erstmalige Einrichtung des Theol. Konvikts erfolgte gem. der Staatsministerialentschließung v. 18. 11. 1841, Nr. 1846, aus Ersparnissen des Seminarfonds, der 1843 9.500 fl und in den folgenden Jahren je 8000 fl an den neugebildeten Theol. Konviktsfonds zu zahlen hatte ⁴³⁷⁾. Obwohl sich der Konviktsfonds aus Mitteln der Erzbistumsdotation speiste, wurde seine Rechnung von einem von Erzbischof und

Gr. Reg. ernannten Verwalter geführt und von der Gr. Oberrechnungskammer abgehört ⁴³⁸⁾.

Zumindest seit Ende der 30er Jahre bestand in Freiburg ein "Dommusikfond", der der musikalischen Ausgestaltung des Gottesdienstes in der Domkirche diente und somit seiner Zweckbestimmung nach ein Teil der "Domfabrik" war. Der Dommusikfonds, dessen Jahresertrag 2.400 fl betrug, ging nicht aus der Erzbistumsdotation hervor. Er war vielmehr aus hierzu geeigneten privaten Stiftungen gebildet worden ⁴³⁹⁾. Seine Verwaltung stand unter der gemeinsamen Aufsicht des Erzb. Ordin. und der Gr. Regierung des Oberrheinkreises ⁴⁴⁰⁾.

Der erste Erzbischof von Freiburg, Bernhard Boll, setzte testamentarisch das Erzb. Domkapitel zum Alleinerben seines Vermögens ein, "womit es frei und ungehindert verfügen" könne ⁴⁴¹⁾. Die mit einem Grundstockskapital von 45.500 fl gebildete Erzbischof Bernhard-Stiftung erkannte die Gr. Reg. mit Staatsministerialentschließung v. 7. 7. 1836, Nr. 1098/99 ⁴⁴²⁾, als eine in der Verwaltung des Erzb. Domkapitels stehende kirchl. Stiftung an.

Mit der letztwilligen Verfügung von Erzbischof Bernhard hatte das Erzbistum erstmalig nach seiner Errichtung frei verfügbares Vermögen erworben, das in keiner Beziehung zur Dotation stand und daher auch nicht ohne weiteres, wie dies mit den erzb. Interkalargefällen geschehen war, von der Gr. Reg. zur Erleichterung ihrer Dotationslast herangezogen werden konnte. Um dem kirchl. Verwaltungs- und Verwendungsrecht dennoch Schranken zu setzen, bestimmte die Staatsministerialentschließung v. 7. 7. 1836, daß die "Stiftung des Erzbischofs Bernhard" unter Staatsaufsicht stehe ⁴⁴³⁾. Wie diese staatl. Oberaufsicht aussehen sollte, machte die KS klar, als sie mit Erl. v. 2. 8. 1836 das Erzb. Domkapitel aufforderte, "Vorschläge über die Person des aufzustellenden Verwalters" zu machen, und mit Erl. v. 12. 2. 1841 "um gefällige Mittheilung der Rechnung über fragliche Stiftung" ersuchte ⁴⁴⁴⁾. Das Erzb. Domkapitel, das die Verwaltung der Erzbischof

Bernhard-Stiftung der Erzb. Domverwaltung übertrug⁴⁴⁵⁾, sie also gemeinsam mit den Dotationseinkünften von Erzbischof und Domkapitel sowie dem Erzb. Interkalarfonds verwalten ließ, beantwortete die Erlasse der KS nicht und teilte erstmalig mit Erl. v. 17. 7. 1846 dem OKR einen "Auszug" aus der Jahresrechnung 1845/46 zur "Einsichtnahme" mit⁴⁴⁶⁾. Nur noch einmal 1848 machte das Erzb. Domkapitel dem OKR eine Mitteilung über den Vermögensstand der Erzbischof Bernhard-Stiftung⁴⁴⁷⁾. Das Erzb. Domkapitel begegnete also dem Versuch, die staatl. Oberaufsicht auf sein nicht zur Erzbistumsdotations gehöriges Vermögen auszudehnen, mit den Mitteln des passiven Widerstandes.

Der OKR scheint es nach 1848 aufgegeben zu haben, seine Oberaufsicht über die Erzbischof Bernhard-Stiftung geltend zu machen. Seit dem Regierungsantritt Erzbischof Hermann von Vicaris 1842 fingen nämlich das Erzb. Ordin. und Erzb. Domkapitel an, auch die bisher anerkannte Oberaufsicht des OKR über die kirchl. Verwaltung des Seminar-, Seminarbau- und Erzb. Interkalarfonds zu bestreiten. So weigerte sich das Erzb. Ordin. seit 1844, die Superrevisionserinnerungen des OKR zu beantworten, und hörte 1851 gänzlich auf, dem OKR die Jahresrechnungen des Seminar- und Seminarbaufonds vorzulegen. Die letzten vom Erzb. Domkapitel an den OKR eingesandten Rechnungen des Erzb. Interkalarfonds stammten von 1851⁴⁴⁸⁾. Im Zuge des 1853 offen ausbrechenden Kirchenkampfes brach das Erzb. Ordin. jeden Verkehr mit dem OKR ab⁴⁴⁹⁾, so daß von nun an die Oberaufsicht des OKR über die kirchl. Dotationsverwaltung sowieso illusorisch wurde.

Erzb. Ordin. und Domkapitel unterließen es inzwischen, beim Erwerb von Liegenschaften aus Dotationsmitteln die vorherige Staatsgenehmigung einzuholen, und begnügten sich damit, das Gr. MdI vom vollzogenen Grundstückskauf zu benachrichtigen. Die Gr. Reg., seit 1856 ehrlich um eine Verständigung mit der Kirche bemüht, verzichtete mit Erl. v. 1. 5. 1857 stillschweigend auf ihr bisheriges Genehmigungsrecht bei Grund-

Delegation, sondern auf Mandat des Bischofs, der deshalb bei seiner Diözesanverwaltung an die Mitwirkung des Ordin. nicht gebunden ist und jederzeit die dem Ordin. verliehenen Rechte einschränken oder widerrufen kann. Das Ordin. hat also nach kirchl. Recht nicht die Funktion, die Rechte des Bischofs einzuschränken. Es soll vielmehr ihre Ausübung durch den Bischof erleichtern ⁴⁵³⁾.

Das Domkapitel, eine kirchl. Korporation mit eigener Rechtspersönlichkeit, hat nach kanon. Recht die Aufgabe, den Bischof zu wählen und in der Zeit der Sedisvakanz die interimistische Verwaltung der Diözese zu führen, zu welchem Zweck es aus seiner Mitte einen Kapitularvikar beruft. Dem jeweiligen Bischof gegenüber hat das Domkapitel kein Recht zur Bistumsverwaltung. Der Bischof ist nicht einmal verpflichtet, den Generalvikar und die Ordinariatsräte der Reihe der Domkapitulare zu entnehmen, obwohl er dies für gewöhnlich tun wird ⁴⁵⁴⁾.

Entsprechend § 8 des landh. Fundationsinstrumentes v. 16. 10. 1827 und dem fast gleichlautenden § 21 der landh. VO v. 30. 1. 1830 bemühte sich die Gr. Reg. in ähnlicher Weise wie die übrigen Staaten der Oberrh. Kirchenprovinz, die monarchische Stellung des Erzbischofs zugunsten der Befugnisse des Erzb. Domkapitels zu beschneiden. Der Unterschied zwischen Erzb. Ordin. und Domkapitel sollte aufgehoben und das Domkapitel unter Beibehaltung seiner kollegialen Beschlußform zur selbständigen Verwaltungsbehörde des Erzbischofs gemacht werden, an dessen Mitwirkung der Erzbischof gebunden und dessen Beschlüsse er nicht umgehen konnte ⁴⁵⁵⁾.

Am 8. 2. 1830 beauftragte das MdI, Plenum, die KS, "das erzb. Generalvicariat in Freiburg zu veranlassen ..., eine Geschäftsordnung für das erzb. Domcapitel unter Zugrundelegung der Kirchencommissionsordnung und der weiters ergangenen organischen Rescripte über die Geschäftsformen zu entwerfen, welche seiner Zeit zur Prüfung und Genehmigung hierher vor-

zulegen ist". Der entsprechende Erl. der KS an das Erzb. Generalvikariat v. 17. 2. 1830 fand jedoch keine Antwort 456).

Anläßlich einer Anfrage der württ. Reg. 457) brachte die KS mit Erl. v. 15. 9. 1837 458) dem Erzb. Domkapitel ihren Erl. v. 17. 2. 1830 in Erinnerung und ersuchte darum, "den fraglichen Entwurf einer Geschäftsordnung möglichst bald mittheilen, und zugleich gefällige Auskunft geben zu wollen, auf welche Weise die Bestimmungen des Fundationsinstrumentes für das Landesbistum (§ 8) und der landesherrlichen Verordnung vom 30. 1. 1830 (§ 21) bereits zur Ausführung gebracht, und welche Statuten etwa dortseits zu Stande gekommen seien". Nachdem es noch mehrmals angemahnt worden war, antwortete das Erzb. Domkapitel mit Erl. v. 4. 5. 1838, der in sehr bitterem Ton gehalten war und die gewünschte Auskunft als "herabwürdigend" verweigerte 459).

Als die KS ihr Ansuchen unter dem 30. 11. 1838 460) nochmals wiederholte, gleichzeitig aber jede Anspielung auf ein staatl. Prüfungs- oder Genehmigungsrecht unterließ und "ein Hochwürdiges erzb. Domkapitel oder Ordinariat" nurmehr um die bloße Mitteilung seiner Geschäftsordnung bat 461), teilte das Erzb. Domkapitel der KS mit Erl. v. 14. 12. 1838 462) folgendes mit: "... 1. daß die Geschäftsordnung, welche während der Bistumsverwaltung des Freiherrn von Wessenberg bearbeitet worden ist, auf uns übergang und die Norm unseres Geschäftsganges wurde, nach der wir verfahren ... 3. der oberste und leitende Grundsatz (sc. der Geschäftsordnung des Erzb. Domkapitels) ist ganz derselbe, wie er in der Dotationsurkunde des Erzbistums § 8 ausgedrückt ist mit den Worten: die Verwaltungsform ist collegialisch ...". Genauere Angaben über die Geschäftsordnung des Erzb. Domkapitels bzw. des in Wirklichkeit gemeinten und inzwischen wieder den Namen "Erzb. Ordinariat" tragenden Erzb. Generalvikariates wurden der KS und ihrem Nachfolger, dem OKR, nie gemacht, so daß die staatl. Seite zuletzt den Versuch aufgab, die Organisation der erzb. Bistumsverwaltung in ihrem

Sinne zu beeinflussen ⁴⁶³⁾.

Hatten es so Erzbischof und Domkapitel verstanden, eine vom Staat ausgehende Umwandlung des Erzb. Domkapitels in einen die Erzdiözese kollegial verwaltenden Ältestenrat zu vereiteln, so legten sie dennoch in der 1830 ohne Wissen oder gar Genehmigung der KS erlassenen "Geschäftsordnung des erzb. GeneralVicariats" ⁴⁶⁴⁾ der Vorschrift des § 21 der landh. VO v. 1830 großes Gewicht bei.

Nach § 7 der genannten Geschäftsordnung war jeder Domkapitular zugleich Mitglied des Generalvikariates. Eine ausdrückliche Beschränkung der Generalvikariats- bzw. Ordinariatsräte auf die Zahl der Domkapitulare enthielt § 7 nicht, so daß der Ordinarius neben den Mitgliedern des Domkapitels auch andere Geistliche zu seinen Räten berufen konnte. Von dieser Möglichkeit machte bereits Erzbischof Boll Gebrauch ⁴⁶⁵⁾. Der Generalvikar, den der Erzbischof aus der Mitte des Domkapitels ernannte, ohne an die Person des Domdekans gebunden zu sein, stand als "Präsident" dem Erzb. Generalvikariat vor (§ 2). Das Generalvikariat, dem § 10 der "Geschäftsordnung" die Erledigung aller bedeutsamen Angelegenheiten der kirchl. Diözesanverwaltung überließ ⁴⁶⁶⁾, faßte seine Beschlüsse gem. § 26 mit einfacher Stimmenmehrheit; seine "Verwaltungsform" war also "kollegialisch". Die Beschlüsse des Generalvikariates benötigten zu ihrer vollen Wirksamkeit der Zustimmung des Erzbischofs (§ 5).

Ein Vergleich der "Geschäftsordnung des erzb. GeneralVicariats" von 1830 mit § 8 des landh. Fundationsinstrumentes und § 21 der landh. VO v. 30. 1. 1830 zeigt, daß die kirchlicherseits erlassene "Geschäftsordnung" den staatl. Wünschen insoweit entgegenkam, als sie den kollegialen Charakter des Generalvikariates, seine Besetzung mit den Mitgliedern des Erzb. Domkapitels, seine umfassende Zuständigkeit und seine Selbständigkeit gegenüber dem Erzbischof anerkannte. Andererseits hielt die "Geschäftsordnung" die Verschiedenheit von Erzb. Generalvikariat und Erzb. Domkapitel aufrecht

und betonte sie, indem sie das Amt des Generalvikars und damit den Vorsitz im Generalvikariat nicht mit dem Amt des Domdekans verknüpfte und außerdem die Berufung zum Generalvikariats- bzw. Ordinariatsrat nicht von der Zugehörigkeit zum Erzb. Domkapitel abhängig machte. Während die kollegiale Beschlußfassung im Rahmen der korporativen Selbstverwaltung des Erzb. Domkapitels alleinige Verbindlichkeit besaß, beschränkte die "Geschäftsordnung" die Rechtswirksamkeit der Beschlüsse des Erzb. Generalvikariates durch das dem Erzbischof hiergegen eingeräumte Veto.

In dem Bestreben, die monarchische Stellung des Ordinarius zu wahren und ihn nicht zu einem Vollzugsorgan seiner eigenen Verwaltungsbehörde werden zu lassen, stand die "Geschäftsordnung" für das Erzb. Generalvikariat im klaren Gegensatz zu § 21 der landh. VO von 1830. Es ist daher verständlich, daß die kirchl. Behörden sich trotz mehrfacher Aufforderung nicht bereit fanden, diese "Geschäftsordnung" den staatl. Behörden mitzuteilen.

Die sich seit 1832 für die erzb. Verwaltungsbehörde wieder einbürgernde Bezeichnung "Erzb. Ordinariat" unterstrich ihre Eigenständigkeit gegenüber dem Erzb. Domkapitel ⁴⁶⁷⁾. Der sich unter den Nachfolgern von Erzbischof Boll verstärkende Widerstand gegen eine Beschneidung der bischöfl. Rechte führte zu einer allmählichen Rückbildung des Erzb. Ordin. in die ihm nach dem kanon. Recht zukommende Stellung eines Verwaltungsorgans des Erzbischofs. Gleichzeitig trat der Unterschied zwischen Erzb. Ordin. und Erzb. Domkapitel und ihre gegenseitige Abgrenzung voneinander immer stärker in Erscheinung ⁴⁶⁸⁾. Der staatl. Versuch, das Erzb. Domkapitel mit der tatsächlichen Leitung des Erzbistums zu betrauen und aus diesem Grunde das Erzb. Ordin. bzw. das Erzb. Generalvikariat im Erzb. Domkapitel aufgehen zu lassen, war schon längst vor der gesetzlichen Aufhebung des § 21 der landh. VO von 1830 durch § 7 KG gescheitert ⁴⁶⁹⁾.

4) Die Verwaltung der Landkapitelfonds

Die Landkapitel stellten seit altersher kirchl. Korporationen mit eigener Rechtspersönlichkeit dar, die Träger eines eigenen Korporationsvermögens, der sog. Kapitelfonds waren. Der Kapitelfonds entstand ursprünglich aus Taxen, die jeder Geistliche bei seinem Ein- und Austritt an das Landkapitel zu bezahlen hatte. Manche Kapitalfonds erlangten auf Grund von Schenkungen einen beachtlichen Vermögensstand ⁴⁷⁰⁾. Eine wichtige Einnahmequelle der Kapitelfonds waren die "Kapitelsmonate" der erledigten Pfründen ⁴⁷¹⁾.

An der Spitze der 35 Landkapitel ⁴⁷²⁾ standen die von den Geistlichen der einzelnen Kapitel, den Kapitularen, gewählten und vom Erzb. Ordin. bestätigten Erzb. Kapitelsdekane. § 23 der landh. VO von 1830, der die Zusammenlegung der Erzb. Landkapitelsdekanate und der Gr. Amtsbezirksdekanate vorsah, kam in Baden nicht zum Vollzug, so daß es bis zur Aufhebung des Gr. Dekanatsamtes 1853 nebeneinander landh. und kirchl. Dekane gab ⁴⁷³⁾.

Die Verwaltung des Kapitelsvermögens besorgte der ebenfalls von den Kapitularen gewählte Kapitelskammerer unter der unmittelbaren Aufsicht und Leitung des Kapitelsdekans und der ihm zur Seite stehenden Definitoren ⁴⁷⁴⁾. Bei unständigen Ausgaben hatte der Kammerer je nach ihrer Größe die Genehmigung des Dekans, der Definitoren, der Kapitelsversammlung oder des Erzb. Ordin., das die Oberaufsicht über die Vermögensverwaltung der Landkapitel führte, einzuholen. Der Kammerer hatte seine Jahresrechnung dem Definitorium, bestehend aus Dekan und Definitoren, zur Abhör vorzulegen, das sie samt Beilagen dem Erzb. Ordin. zur Oberabhör einreichte ⁴⁷⁵⁾.

Das Kapitelsvermögen blieb das einzige kirchl. Vermögen, das immer von staatl. Aufsicht und Verwaltung frei war, da die Gr. Reg. nie Anstalten machte, sich in seine Verwaltung einzumischen. Das Erzb. Ordin., das bei der Verwal-

tung der Erzbistumsdotation in den ersten Jahrzehnten seines Bestehens einer sehr fühlbaren staatl. Kontrolle unterworfen war, besaß in der Oberaufsicht über die Landkapitelfonds einen letzten Rest wirklich selbständiger kirchl. Vermögensverwaltung.

§ 8. Die im Blick auf die badischen Verhältnisse sich zeigende Übereinstimmung und Eigentümlichkeit der Kirchenvermögensverwaltung in Württemberg, Hessen-Darmstadt und Bayern

1) Die Kirchenvermögensverwaltung im Königreich Württemberg

a) Der Kath. Kirchenrat

Die oberste kath. Staatskirchenbehörde in Württemberg, der Kath. Kirchenrat, war im Gegensatz zur KS und in Übereinstimmung mit dem OKR keine Ministerialbehörde, sondern eine dem MdI unterstellte Zentralmittelbehörde ⁴⁷⁶⁾. Nach wie vor war nur ein Teil der staatl. Kirchenvermögensverwaltung der verantwortlichen Leitung des Kath. Kirchenrates, dem sonst die Wahrnehmung aller staatl. Kirchenhoheitsrechte zustand ⁴⁷⁷⁾, anvertraut.

Der Kath. Kirchenrat verwaltete den Interkalarfonds und führte die Aufsicht über die Verwaltung der besetzten und unbesetzten Kirchenpfünden.

Die Aufsicht über die Verwaltung der kath. Lokalstiftungen blieb ihm entzogen. Sollten jedoch aus den Mitteln kath. Lokalfonds Kirchen- oder Schulbauten aufgeführt werden, so waren seit 1820 die Baupläne und Kostenvoranschläge dem Kath. Kirchenrat zur Begutachtung vorzulegen ⁴⁷⁸⁾.

Ein allgemeiner Kirchenfonds, wie ihn § 39 der landh. VO v. 30. 1. 1830 vorsah und dessen Ausscheidung aus dem säkularisierten Kirchengut § 82 der württ. Verfassung von 1819 ausdrücklich vorschrieb ⁴⁷⁹⁾, wurde in Württemberg nie gebildet ⁴⁸⁰⁾. Daher blieb der Interkalarfonds der einzige vom Kath. Kirchenrat verwaltete allgemeine kath. Fonds.

Das Grundstocksvermögen des Interkalarfonds, der sich aus den Interkalargefällen aller württ. Kirchenpfünden speiste,

wuchs von 1820 - 1848 von 170.000 auf 400.000 fl an. Der Herkunft seiner Mittel entsprechend diente der Interkalarfonds zunächst der Aufbesserung gering dotierter Pfründen, der Ergänzung der aus den Pfründen zu beziehenden Ruhegehälter sowie der Gewährung des landh. Tischtitels an alle nicht mit einer Pfründe ausgestatteten Geistlichen. Außerdem wurden die Ertragnisse des Interkalarfonds für alle jene kirchl. Bedürfnisse in Anspruch genommen, zu deren Deckung niemand rechtlich verpflichtet war und die ursprünglich von dem in Aussicht gestellten allgemeinen Kirchenfonds befriedigt werden sollten ⁴⁸¹⁾.

b) Die Verwaltung der kath. Lokalfonds

Die Verwaltung der kath. Lokalstiftungen war bereits 1818 von den Kameralämtern auf die politischen Gemeinden übergegangen. Das Edikt über die Verwaltung der Stiftungen v. 31. 12. 1818 ⁴⁸²⁾ und das mit ihm fast wörtlich übereinstimmende Verwaltungsedikt v. 1.3. 1822 ⁴⁸³⁾ schrieben vor, daß ein aus den Ortsgeistlichen und dem politischen Gemeinderat gebildeter Stiftungsrat die örtlichen kath. Kirchen-, Armen- und Schulstiftungen zusammen mit den übrigen Gemeindestiftungen zu verwalten habe (§§ 120, 121).

Der Stiftungsrat war eine kollegiale Behörde und traf seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit. Den Vorsitz in ihm führten der erste Ortsgeistliche ⁴⁸⁴⁾ und der offiziell "Schultheiß bzw. Stadtschultheiß" genannte Bürgermeister gemeinschaftlich. Bei Abstimmungen hatte der Bürgermeister die erste, der erste Ortsgeistliche - im Falle der Stimmengleichheit - die entscheidende Stimme ⁴⁸⁵⁾. Gehörten dem Stiftungsrat sowohl kath. als auch ev. Gemeinderäte an, so waren sie in gleicher Weise zur Verwaltung der kath. und der ev. Lokalstiftungen berufen. Lediglich von den Beratungen über die konfessionellen Kultstiftungen waren die dem jeweils anderen Bekenntnis angehörenden Ratsmitglieder

ausgeschlossen (§ 122).

In letzterer Vorschrift spiegelte sich der von staatlicher Seite eingeführte und langsam immer stärker betonte Unterschied zwischen kirchl. und weltl. kath. Stiftungen wider. Waren in einer Gemeinde kath. Kultstiftungen vorhanden, und waren die kath. Mitglieder eines gemeindlichen Stiftungsrates nicht zahlreich genug, um ein selbständiges "Kolegium bilden zu können", so hatten die kath. Stimmbürger der Gemeinde das Recht, aus ihren Reihen die fehlende Anzahl kath. Stiftungsräte hinzuzuwählen ⁴⁸⁶).

Der Stiftungsrat wählte den Stiftungspfleger, der danach ebenfalls Sitz und Stimme im Stiftungsrat hatte (§ 124), prüfte den Jahresetat der Stiftungen und legte ihn dem Bürgerausschuß der Gemeinde zur Begutachtung vor (§§ 128, 131). Er beschloß, nachdem er zuvor den Bürgerausschuß gehört hatte (§ 137), über die wichtigeren Verwaltungsgeschäfte (§ 134) ⁴⁸⁷) und prüfte die vom Pfleger zu stellende Jahresrechnung der einzelnen Stiftungen (§ 139).

Als beständiger Ausschuß des Stiftungsrates amtierte der Kirchenkonvent, der sich aus den Ortsgeistlichen, dem Ortsvorsteher, dem Stiftungspfleger - als Vollzugsorgan des Stiftungsrates - und zwei bis drei vom Stiftungsrat aus seiner Mitte gewählten Beisitzern zusammensetzte. Der Kirchenkonvent hatte die laufenden Verwaltungsgeschäfte zu besorgen. Er erteilte die Einzeldekreturen für die im Stiftungsetat schon allgemein genehmigten Einnahmen und Ausgaben an den Stiftungspfleger und setzte die Einzelverwendung der zur Befriedigung bestimmter Stiftungszwecke vorgesehenen Stiftungserträge fest (§ 132).

War der Stiftungsrat konfessionell gemischt, so war zur Verwaltung der kath. Kultstiftungen ein besonderer kath. Kirchenkonvent einzusetzen, dem die kath. Ortsgeistlichen, der Ortsvorsteher - ohne Rücksicht auf seine Konfession -, der Stiftungspfleger und zwei bis drei von den kath. Stiftungsräten aus ihrer Mitte gewählte Beisitzer angehörten ⁴⁸⁸).

Der Kath. Kirchenkonvent bildete für die Katholiken einer Gemeinde ⁴⁸⁹⁾ eine Art Ältestenrat. Er hatte neben der Verwaltung der Kultstiftungen insbesondere die Aufgabe, über die Verbesserung des Schulwesens, die Kirchen- und Sittenzucht zu wachen. Gehörte der Ortsvorsteher nicht dem kath. Bekenntnis an, so durfte er in Sachen, die die kath. Kircheneinrichtungen betrafen, von seinem Stimmrecht keinen Gebrauch machen ⁴⁹⁰⁾.

Die unmittelbare Aufsicht über den Stiftungsrat führte das "gemeinschaftliche Oberamt in Kirchensachen" (§ 145) ⁴⁹¹⁾. Es setzte sich aus dem Oberamtman und dem kath. bzw. ev. Dekan des betreffenden Oberamtsbezirkes zusammen ⁴⁹²⁾. Zur Aufsicht über die kath. Stiftungen war nur das kath. "gemeinschaftliche Oberamt" berufen.

Das "gemeinschaftliche Oberamt in Kirchensachen" hatte neben der Beaufsichtigung der kath. Stiftungen u. a. die Kirchen-, Sitten- und Standespolizei sowie die Disziplinalgewalt über die Pfarrer, Mesner, Organisten und kirchl. Totengräber auszuüben ⁴⁹³⁾. In letzteren Angelegenheiten war es dem Kath. Kirchenrat ⁴⁹⁴⁾, hinsichtlich der kath. Stiftungen aber allein den Kgl. Kreisregierungen, d. h. den allgemeinen mittleren Verwaltungsbehörden, unterstellt (§§ 69, 70). Den Vorsitz im gemeinschaftlichen Oberamt führte der Oberamtman. Ein Beschluß des gemeinschaftlichen Oberamtes konnte aber nur zustandekommen, wenn Dekan und Oberamtman übereinstimmten ⁴⁹⁵⁾.

Als unmittelbare Aufsichtsbehörde des gemeindlichen Stiftungsrates hatte das gemeinschaftliche Oberamt den jährlichen Stiftungsetat zu genehmigen und die Abhör der bereits vom Stiftungsrat vorgeprüften Stiftungsrechnungen vorzunehmen. Seine Zustimmung war zu allen Beschlüssen des Stiftungsrates erforderlich, die den Erwerb oder die Veräußerung von Liegenschaften sowie irgendwelche anderen Grundstocksveränderungen, die Übernahme neuer Verbindlichkeiten (z.B. Anleihen) und neuer ständiger Ausgaben, wesentliche Verände-

rungen in der Nutzung des Stiftungsvermögens und die Überschreitung der im Stiftungsetat vorgesehenen Ausgaben anordneten oder Gegenstände betrafen, die die Vermögensinteressen eines Stiftungsratsmitgliedes berührten (§§ 140, 141, 146 in Verb. mit § 134) ⁴⁹⁶).

Das gemeinschaftliche Oberamt hatte wiederum die Entscheidung der Kreisregierung einzuholen, wenn es sich um die Veräußerung oder den Erwerb einer bedeutenden Liegenschaft, die Übernahme neuer Verbindlichkeiten (z.B. Anleihen) und neuer ständiger Ausgaben, die Verwendung von Grundstockskapitalien zur Bestreitung laufender Ausgaben und um wesentliche Veränderungen in der Nutzung des Stiftungsvermögens handelte sowie wenn sich Kgl. Dekan und Oberamtmann nicht einigen konnten (§ 148) ⁴⁹⁷). Das gemeinschaftliche Oberamt mußte jährlich einen allgemeinen Rechenschaftsbericht über den Zustand der in seinem Bezirk befindlichen Stiftungen an die Kreisregierung geben und alle 10 Jahre die Stiftungsetats dorthin zur Einsicht vorlegen (§ 149).

Die oberste Aufsicht über die Verwaltung der kath. Lokalfonds führte das Kgl. MdI (§ 69) ⁴⁹⁸).

Im Gegensatz zu Baden war in Württemberg die Verwaltung der kath. Lokalfonds der politischen Gemeinde übertragen. Ein mittelbarer kirchl. Einfluß zeigte sich nur in der Mitgliedschaft des Ortspfarrers im gemeindlichen Stiftungsrat und Kirchenkonvent. Der Vorsitz im Stiftungsrat gehörte aber nicht wie in Baden dem Pfarrer allein. Er mußte ihn vielmehr mit dem weltl. Ortsvorsteher teilen.

Zur Bildung eines aus den Pfarrangehörigen bestehenden Wahlkörpers für den Stiftungsrat kam es - anders als in Baden - nur in Ausnahmefällen ⁴⁹⁹).

Der Kirchenkonvent als besonderes, zwischen Stiftungsrat und Stiftungspfleger tretendes Verwaltungsorgan war eine württ. Eigentümlichkeit. Er war ebenso wie der Stiftungsrat grundsätzlich überkonfessionell, obwohl dies beim starken

Überwiegen der ungemischten Gemeinden tatsächlich nur selten der Fall war.

Selbst die in gemischten Gemeinden zur Verwaltung der Kulturstiftungen errichteten besonderen kath. und ev. Kirchenkonvente konnten in der Person des Ortsvorstehers ein bekenntnisfremdes Mitglied besitzen.

Der Kath. Kirchenkonvent entsprang dem Vorbild ev. Ältestenräte ⁵⁰⁰). Er wurde 1817 in den kath. Gemeinden eingeführt, wobei dessen nichtgeborene Mitglieder bis 1822 vom Ortsvorsteher und Ortsgeistlichen gemeinsam ernannt wurden ⁵⁰¹). Obwohl der Kirchenkonvent ursprünglich mit der unmittelbaren Verwaltung des lokalen Kirchenvermögens nichts zu tun hatte, hatte er schon von Anfang an das Recht, Einsicht in die Stiftungsverwaltung zu nehmen und Anträge zur Verwendung des Stiftungsvermögens zu stellen ⁵⁰²). Die wichtigste Aufgabe des Kirchenkonventes blieb auch nach 1822 die Förderung des örtlichen Schulwesens, die Aufsicht über die Kirchengzucht und die Wahrung der guten Sitten in Öffentlichkeit und Familie ⁵⁰³).

In der Einführung Kath. Kirchenkonvente war der Versuch des Staates zu sehen, auf der Pfarrebene eine Umstrukturierung der Kirche zugunsten presbyterial-kollegialer Organisationsprinzipien ⁵⁰⁴) unter gleichzeitiger Ineinanderverzahnung kirchl. und staatl. Institutionen herbeizuführen, um so den Einbau der Kirche in den Staat und dessen Kontrolle über sie weiter zu vervollkommen.

Dasselbe galt in abgeschwächtem Maß für die Errichtung der gemeindlichen Stiftungsräte bzw. - in gemischten Gemeinden - der in ihrer Mitte sich bildenden kath. "Partikularstiftungsräte" ⁵⁰⁵), die seit 1836 auch die nicht mit einem Schulamt verbundenen kath. Mesner- und Organistenstellen zu besetzen hatten ⁵⁰⁶).

Nicht zuletzt stand die 1818 erfolgte Übertragung der örtlichen Stiftungsverwaltung auf den durch die Ortsgeistlichkeit vergrößerten Gemeinderat, der aus den Wahlen der

Gemeindebürger hervorging und seit 1822 kommunales Selbstverwaltungsorgan war (§§ 3, 9), im Zeichen der neugeschaffenen und vom Frühliberalismus beeinflussten Selbstverwaltung der politischen Gemeinde ⁵⁰⁷⁾.

Das gemeinschaftliche Oberamt war ebenso wie der Kirchenkonvent eine württ. Eigentümlichkeit. Mit seiner Errichtung wurde das "verstaatlichte" Dekanatsamt - der Kgl. Dekan war zugleich Kapitelsdekan ⁵⁰⁸⁾ - so in die allgemeine Staatsverwaltung eingegliedert, daß es mit dem Oberamt, welches dem Gr. Amt in Baden entsprach, eine gemeinsame Behörde bildete.

Die Befugnisse, die dem gemeinschaftlichen Oberamt bei der Verwaltung bzw. Beaufsichtigung der kath. Lokalfonds zufielen, waren viel umfangreicher als die entsprechenden Kompetenzen des Gr. Amtes und des Gr. Dekanates zusammengenommen, die in Baden getrennte Behörden blieben. Das gemeinschaftliche Oberamt hörte die Rechnungen der kath. Lokalfonds ab und genehmigte ihre Jahresetats. Es nahm somit in vieler Hinsicht jene Stellung ein, die in Baden den Gr. Kreisdirektorien und später den Gr. Kreisregierungen gebührte.

Die vier Kgl. Württ. Kreisregierungen ⁵⁰⁹⁾ hatten sich die Genehmigung der wichtigeren Verfügungsgeschäfte vorbehalten und übten im übrigen die in Baden ~~der KS~~ bzw. dem OKR zustehenden Oberaufsichtsrechte über die kath. Lokalfonds aus.

1843, als der bad. OKR ebenso wie der Kath. Kirchenrat den jeweiligen Kreisregierungen nur noch gleichgeordnet gegenüberstand und letztere unmittelbar dem MdI nachgeordnet waren, hatte sich die Rechtsstellung des OKR fast vollkommen derjenigen des Kath. Kirchenrates, der bekanntlich von der Oberaufsicht über die kath. Lokalfonds ausgeschlossen war, angeglichen.

Ein "bischöfliches Mitaufsichtsrecht" gem. § 38 der landh. VO v. 30. 1. 1830 wurde bei der staatl. Verwaltung der kath.

Lokalfonds in Württemberg nicht zugelassen ⁵¹⁰⁾). Die Ortspfarrer waren ebenso wie die Kgl. Dekane und ebenso wie ihre bad. Amtsbrüder nur im staatl. Auftrag an der Verwaltung der kath. Lokalfonds beteiligt.

Auf dem Hintergrund der württ. Gegebenheiten stellte sich der StV, eine von dem politischen Gemeinderat und dem landh. Amt in gleicher Weise abgesonderte und aus Wahlen der Kirchspielsangehörigen hervorgehende Kollegialbehörde, als wichtigste Besonderheit der staatl. Kirchenvermögensverwaltung in Baden dar.

c) Die Verwaltung der Kirchenpfünden und Landkapitelfonds

Die niederen Kirchenpfünden wurden von ihren geistl. Inhabern unter der unmittelbaren Aufsicht der landh. Dekane verwaltet. Das in Württemberg ebenso wie in Baden ausgebildete landh. Patronatsrecht legte die Besetzung der Kirchenpfünden in die Hand des Landesherrn, in dessen Auftrag sie der Kath. Kirchenrat vornahm ⁵¹¹⁾. Erst 1844 erlangte der Bischof von Rottenburg das Recht, 15 der 638 Pfarreien seiner Diözese frei zu besetzen ⁵¹²⁾.

Die vakanten Kirchenpfünden verwalteten - dem kanon. Recht entsprechend und in Abweichung von der bad. Regelung - die Kapitelskammerer unter der Aufsicht der landh. Dekane und des Kath. Kirchenrates. Die Kapitelskammerer wurden ebenso wie die landh. Kapitelsdekane vom Kath. Kirchenrat ernannt ⁵¹³⁾.

Die Landkapitel verwalteten ihr Vermögen selbst. Der Kapitelskammerer fungierte als Rechner des Kapitels und vollzog die Einnahme- und Ausgabedekreturen der Kapitelsversammlung. Ihm legte er die Jahresrechnungen zur Abhör vor. Die Oberabhör der Kapitelfondsrechnungen oblag dem Bischöfl. Ordin. und dem Kath. Kirchenrat, die gemeinsam die Oberaufsicht über die Verwaltung der Kapitelfonds führten ⁵¹⁴⁾. Die staatl. Bevormundung der Landkapitel, die sich sowohl

in der staatl. Ernennung der Kapitelsvorsteher als auch in der Aufsicht über das Kapitelsvermögen zeigte, unterschied sich merklich von den Verhältnissen in Baden, wo die Landkapitel ihre Dekane und Kammerer selbst wählten und in ihrer Vermögensverwaltung nur dem Erzb. Ordin. verantwortlich waren.

d) Das Bischöfliche Ordinariat und die Verwaltung der Bistumsdotation

Das landh. Fundationsinstrument v. 14. 5. 1828 ⁵¹⁵⁾ gewährte dem württ. Landesbistum Rottenburg eine jährliche Geldrente von 49.422 fl., die bis auf 2.592 fl., den Erträgen einiger in die Bistumsdotation einbezogener Pfarr- und Kaplaneipfründen ⁵¹⁶⁾, aus der Staatskasse in Vierteljahresraten an das Bistum bezahlt wurden. Als Realdotation enthielt das landh. Fundationsinstrument nur die zur Wohnung und Unterbringung des Bischofs, Domkapitels, Priesterseminars und der Bischöfl. Kanzlei erforderlichen Gebäude und Gärten.

Die Verwaltung der Bistumsdotation hatte der Staat in Beil. C zum landh. Fundationsinstrument v. 14. 5. 1828 ⁵¹⁷⁾ bis in alle Einzelheiten hinein geregelt. Danach stand die "Verwaltung und stiftungsmäßige Verwendung" der "angewiesenen Dotation" dem "bischöflichen Ordinariat" zu, das hierfür einen vom Landesherrn zu bestätigenden "Bistumspfleger" ernannte.

Der Bistumspfleger hatte zu Beginn eines jeden Rechnungsjahres einen "Verwaltungsetat" aufzustellen, den das Ordin. nach eigener Prüfung dem Kath. Kirchenrat zur Genehmigung vorlegte. Im Rahmen des staatl. genehmigten Voranschlages erteilte das Bischöfl. Ordin. die erforderlichen Einnahme- und Ausgabedekreturen, die vom Bistumspfleger zu vollziehen waren. Zum Erwerb von Liegenschaften, zur Festsetzung des Dienst- und Ruhegehaltes kirchl. Bediensteter oder zur Ein-

führung anderer ständiger Ausgaben war unabhängig von ihrer Aufführung im Voranschlag eine besondere Genehmigung des Kath. Kirchenrates notwendig ⁵¹⁸⁾.

Sollten die im Voranschlag ausgewiesenen Ausgabeposten überschritten werden, oder traten völlig neue, im Voranschlag gar nicht berücksichtigte Ausgaben auf, so hatte das Ordin. dem Kath. Kirchenrat hiervon Mitteilung zu machen und dessen Entscheidung abzuwarten. Über Ersparnisse aus Dotationseinkünften, die sich bei der Aufstellung oder beim Vollzug des Voranschlags ergaben, konnte das Bischöfl. Ordin. nur mit Zustimmung des Kath. Kirchenrates verfügen. Derartige Ersparnisse waren in der Regel zur Bildung eines "Hilfs- und Ausbesserungsfonds" zu verwenden. In den zuletzt genannten Fonds flossen die Interkalargefälle des Bischöfl. Stuhles und des Domkapitels. Dieser Reservefonds sollte zunächst nur der Rücklagenbildung dienen und lediglich mit staatl. Zustimmung angegriffen, d. h. vom Bischöfl. Ordin. zur Ausgabendeckung herangezogen werden können.

Die Jahresrechnung, die der Bistumspfleger über die Verwaltung und Verwendung der Bistumsdotation aufzustellen hatte, gab auch Auskunft über den Stand des "Hilfs- und Ausbesserungsfonds". Nachdem sowohl das Bischöfl. Ordin. als auch der Kath. Kirchenrat die Jahresrechnung eingesehen und mit ihren Erinnerungen versehen hatten, hörte sie die Kgl. Oberrechnungskammer ab und erteilte den endgültigen Abhörbescheid.

War im Grundsätzlichen kein Unterschied zwischen der württ. und bad. Dotationsverwaltung festzustellen, so zeichnete sich dennoch die württ. Staatsaufsicht über die kirchl. Verwaltung der Bistumsdotation durch ihre Lückenlosigkeit und Engmaschigkeit aus.

Das zur Verwaltung der Bistumsdotation berufene Bischöfl. Ordin. bestand aus Bischof und Domkapitel ⁵¹⁹⁾. Letzteres war gem. § 21 der landh. VO v. 30. 1. 1830 und § 8 des landh. Fundationsinstrumentes ⁵²⁰⁾ "unter dem Bischof" die

oberste Verwaltungsbehörde der Diözese. Es traf seine Entscheidungen mit Stimmenmehrheit. Seine Geschäftsleitung hatte der Domdekan inne. Die Frage, welche Stellung der Bischof gegenüber seinem Domkapitel einnahm und worin sich die Selbständigkeit und gleichzeitige Unterordnung des Domkapitels unter den Bischof äußerte, konnte nur eine besondere Geschäftsordnung für das Bischöfl. Domkapitel bzw. das Bischöfl. Ordin. genau beantworten. Obwohl die württ. Reg. die Ausarbeitung einer solchen Geschäftsordnung Mitte der 30er Jahre ernstlich betrieb ⁵²¹⁾, scheint sie nie erlassen worden zu sein ⁵²²⁾. Auch ohne Verkündung einer landh. Geschäftsordnung stellte sich das von der Verwaltungsweise des früheren Generalvikariates Rottenburg vorgeprägte Verhältnis von Domkapitel und Bischof so dar, daß der Bischof weitgehend an die Beschlüsse seines Domkapitels gebunden war ⁵²³⁾.

Zu den Mitgliedern des Bischöfl. Ordin. zählte neben den Domkapitularen ein vom Landesherrn ernannter "weltlicher kath. Rat", der bereits dem Generalvikariat Rottenburg angehört hatte und dessen Beiziehung auf § 32 der "Grundzüge" beruhte. Der weltl. kath. Rat war bei allen Ordinariats-sitzungen zugegen, wo er, dogmatische Fragen ausgenommen, das gleiche Stimmrecht wie die übrigen Ordinariatsmitglieder hatte. Ihm war die Aufgabe zugedacht, etwaige Bedenken gegen Beschlüsse, die nach seiner Ansicht die Staatsgesetze verletzten, dem Ordin. vorzutragen und, falls er damit keinen Erfolg hatte, sie der Staatsregierung anzuzeigen. Der weltl. kath. Rat stand außerdem als Kanzleidirektor an der Spitze der Bischöfl. Kanzlei und hatte die Ausfertigung aller Ordinariatsbeschlüsse zu überwachen.

Ungefähr seit 1840 hatte der weltl. kath. Rat in den Ordinariatssitzungen nur noch eine beratende Stimme ⁵²⁴⁾.

Der württ. Reg. genügte es also nicht, die bischöfl. Verwaltungsbehörde in eine mit ihr genehmen Räten besetzte Kollegialbehörde umzuwandeln, sie ging als einzige der südwestd. Regierungen soweit, dem Ordin. selbst den Charakter

einer halbstaatlichen Behörde zu geben. Konnte sich die württ. Reg. bei der Ernennung eines weltl. kath. Ordinaratsrates auch auf § 32 der "Grundzüge", die von allen Staaten der Oberrh. Kirchenprovinz gebilligt worden waren ⁵²⁵⁾, berufen, so bewies sie mit dem Vollzug des § 32 wiederum ihre im Vergleich zu Baden sehr viel härtere und vor keinem staatl. Eingriff zurückschreckende Kirchenpolitik.

2) Die Kirchenvermögensverwaltung im Großherzogtum Hessen

a) Die Aufhebung des Kath. Kirchen- und Schulrates
und die Neugestaltung der Kirchenvermögensverwaltung

1803 wurden in der damaligen Landgrafschaft Hessen-Darmstadt zu Darmstadt, Gießen und Arnsberg je ein Kath. Kirchen- und Schulratskollegium zur Ausübung der landh. Staatskirchen-gewalt, wozu auch die Verwaltung des Kirchenvermögens ge-hörte, errichtet ⁵²⁶⁾. Nachdem in späterer Zeit für das ganze Land, das ab 1806 den Namen Großherzogtum Hessen trug, nur noch ein Kath. Kirchen- und Schulrat bestand, wurde diese Staatskirchenbehörde mit landh. Edikt v. 6. 6. 1832 ⁵²⁷⁾ aufgehoben. Ihre Aufgaben wurden auf die allgemeinen Staatsbehörden, den neugebildeten Oberschulrat ⁵²⁸⁾ und auf den Bischof des hess. Landesbistums Mainz übertragen ⁵²⁹⁾.

Die Abschaffung einer besonderen Staatskirchenbehörde in Hessen hatte weder zur Folge, daß die landh. Kirchenverwal-tung ihr Ende fand, noch bewirkte sie, daß die Staatskir-chenverwaltung in ihrer bisherigen Form von den allgemeinen, nicht konfessionell gebundenen Staatsbehörden einfach fort-geführt wurde. Da die Staatskirchenverwaltung in Zukunft gemeinsam mit der übrigen Staatsverwaltung ausgeübt wurde, überließ man es vielmehr den kirchl. Behörden des neuen Landesbistums, die bisher vom Gr. Kath. Kirchen- und Schul-rat mitberücksichtigten kirchl., unmittelbar die Seelsorge und den Kult betreffenden Bedürfnisse und Interessen bei der staatl. Kirchenverwaltung geltend zu machen. Die dazu erforderlichen Mitaufsichtsrechte wurden den kirchl. Behör-den auf dem Gebiet der staatl. Kirchenvermögensverwaltung im Anschluß an § 38 der landh. VO v. 30. 1. 1830 ⁵³⁰⁾ in großzügiger Weise eingeräumt.

Die landh. VO v. 6. 6. 1832, die Verwaltung des Kirchen-vermögens betr. ⁵³¹⁾, beauftragte das Gr. MdI und der

Justiz mit "der obersten Leitung der Verwaltung der besonderen und allgemeinen kirchlichen Fonds sowie der Kirchenpfründen" (Art. 1 VO).

Mit der unmittelbaren "Aufsicht und Leitung der kath. Fonds und Kirchenpfründen" wurden die "Kreisräthe", bürokratisch verfaßte Staatsmittelbehörden ⁵³²⁾, betraut, die sich ihrer Aufgabe "unter verordnungsmäßiger Mitwirkung der catholischen Decane" zu entledigen hatten (Art. 3 VO).

Um die Mitaufsicht des Bischofs über die Verwaltung der Kirchenpfründen und der "allgemeinen und besonderen cath. - kirchlichen Fonds" so zu gewährleisten, "daß dessen Einwirkung auf Erhaltung, Erwerbung und Verwendung jenes Kirchengutes zeitig eintreten kann" (Art. 4 VO), hatten "die Kreisräthe in allen Fällen, in welchen diese Verordnung die Entschließung der höheren kirchlichen Behörde" verlangte, mit "der bischöflichen Behörde zu communiciren" (Art. 5 VO). Stimmte die Ansicht des jeweiligen Kreisrates mit der in der nachgesuchten Entschließung der bischöfl. Behörde geäußerten Ansicht überein, so hatte er der Entschließung entsprechend zu verfahren. Vertrat er aber eine hiervon abweichende Meinung, so hatte der Kreisrat zur endgültigen Entscheidung über die in Frage stehende Verwaltungsmaßnahme "berichtliche Vorlage" an das Min. des Innern und der Justiz zu machen (Art. 5 VO).

Die Schlüsselfigur bei der Kirchenvermögensverwaltung in Hessen war der Gr. Kreisrat. Er hatte die unmittelbare Aufsicht über die Verwaltung der kath. Lokalfonds und verwaltete die in seinem Kreis befindlichen kath. Distriktsfonds (Art. 50 VO). Er setzte sich in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen mit der bischöfl. Behörde, den kath. Dekanen und dem ihm vorgesetzten Min. des Innern und der Justiz ins Benehmen und holte die erforderlichen Entschlie-ßungen ein. Die bischöfl. Behörde hatte sich in Fragen der Kirchenvermögensverwaltung nicht unmittelbar an das Ministerium zu wenden und verkehrte hierüber auch nicht mit den kath. Dekanen ⁵³³⁾.

Als die zur Mitwirkung bei der staatl. Kirchenvermögensverwaltung berufene "höhere kirchliche Behörde" bezeichnete die landh. VO v. 6. 6. 1832, die Verwaltung des Kirchenvermögens betr., den "Bischof" oder die "bischöfliche Behörde" ⁵³⁴). Aus der Gleichsetzung von "Bischof" und "bischöflicher Behörde" kann geschlossen werden, daß die hess. Reg. - anders als die bad. und württ. Reg. - nicht versuchte, § 21 der landh. VO v. 30. 1. 1830 in die Tat umzusetzen und das Domkapitel anstelle des Bischofs zur kollegialen Verwaltungsspitze des Bistums zu erheben. Oberste Kirchenbehörde in Mainz war das als Verwaltungsorgan des Bischofs vom Domkapitel unterschiedene Bischöfl. Ordin.

Die an der Aufsicht über das Ortskirchenvermögen beteiligten kath. Dekane wurden vom Bischof nach vorherigem Einvernehmen mit der Gr. Reg. ernannt ⁵³⁵). Von der Reg. bestellte Dekane wie in Württemberg und Baden gab es in Hessen-Darmstadt nicht. Wie ihre Ernennung zeigte, waren die hess. Dekane keine landh., sondern kirchl. Amtsträger. Sie waren weder in eine staatl. Behörde integriert wie in Württemberg, noch in ihrer Amtsführung an die Weisungen einer unmittelbar vorgesetzten staatl. Verwaltungsbehörde gebunden wie die Gr. Dekane in Baden ⁵³⁶). Die hess. Dekane standen auf gleicher Stufe mit den Gr. Kreisräten, die sich mit ersteren, soweit sie zur Mitwirkung an der Kirchenvermögensverwaltung berechtigt waren, ins Benehmen zu setzen hatten ⁵³⁷).

Zu untersuchen ist, ob die kirchl. Dekane in Ausübung kirchl. oder staatl. Aufgaben an der Kirchenvermögensverwaltung teilnahmen. Grundsätzlich war es möglich und im Zusammenhang mit der Kirchenvermögensverwaltung sogar sehr gebräuchlich, daß kirchl. Amtsträger neben kirchl. auch staatl. Aufgaben wahrnahmen und hierbei ausschließlich staatl. Weisungen befolgten ⁵³⁸).

Der Umstand, daß die Dekane völlig unabhängig von ihrem Bischöfl. Ordin. bei der Aufsicht über die kath. Lokalfonds mitwirkten und alle Vorlagen an die "höhere kirchliche Be-

hörde" vom Gr. Kreisrat ausgingen, könnte vermuten lassen, die Dekane wären hier im staatl. Auftrag tätig geworden. Für den kirchl. Auftrag der Dekane sprach die Vorschrift, die dem Gr. Kreisrat gebot, in jenen Fällen, in denen er das erforderliche Einvernehmen mit dem kath. Dekan nicht erreichen konnte, "die EntschlieÙung der höheren kirchlichen Behörde einzuholen" (§ 5 Ziff. 3 VO). War der Dekan nicht als kirchl. Organ an der Kirchenvermögensverwaltung beteiligt, so war es unverständlich, daß der Gr. Kreisrat bei mangelnder Übereinkunft mit dem Dekan die EntschlieÙung des Bischöfl. Ordin. einholen mußte bzw. daß er nur dann um sie nachzusuchen hatte, wenn er mit dem kath. Dekan nicht übereinstimmte. Die Ergänzung, die das Mitaufsichtsrecht der Dekane für das bischöfl. Mitaufsichtsrecht darstellte, trat zumeist dann in Erscheinung, wenn die "höhere kirchliche Behörde" nicht gehört werden mußte ⁵³⁹⁾, war ein weiteres Indiz für seinen kirchl. Charakter. Bei der Wahrnehmung ihres Mitaufsichtsrechtes waren die Dekane ebenso wenig wie das Bischöfl. Ordin. von staatl. Weisung abhängig. Die Dekane übten daher ihre Rechte als kirchl. Organe aus, so daß an der kirchl. Mitaufsicht über die staatl. Kirchenvermögensverwaltung in Hessen nicht nur das Bischöfl. Ordin., sondern auch die kath. Dekane beteiligt waren.

Zu dem der kirchl. Mitaufsicht unterstellten Kirchenvermögen zählten die kath. "Kirchen- und geistlichen Stiftungsfonds" (Art. 6 VO). Unter den "Kirchenfonds" verstand man die Kultfonds im engeren Sinn, während mit den "geistlichen Stiftungsfonds", denen die "weltlichen öffentlichen Stiftungsfonds" gegenüberstanden, wohl die kath. Wohltätigkeitsstiftungen gemeint waren ⁵⁴⁰⁾.

Die kath. Schulfonds wurden ab 1832 nicht mehr zu den "catholischen-kirchlichen Fonds" gerechnet und von der kirchl. Mitaufsicht ausgenommen. Sie wurden verwaltungsmäßig von den übrigen kath. Stiftungen abgesondert und gemeinsam mit den ev. und nichtkonfessionellen Schulfonds der

Oberaufsicht des neu errichteten Oberschulrates überantwortet 541).

Aus dem Gesagten wird ersichtlich, wie die Zulassung einer kirchl. Mitaufsicht über die staatl. Kirchenvermögensverwaltung in Hessen - in gleicher Weise wie in Baden 542) - zur Folge hatte, daß der Staat versuchte, den bisherigen Umfang des Kirchenvermögens mit Hilfe des Begriffs "kath. - kirchl. Stiftungsvermögen" einzuschränken.

b) Die Verwaltung des allgemeinen Kirchenvermögens

α) Der allgemeine kath. Kirchenfonds

Die "Verwaltung der allgemeinen geistlichen Stiftungsfonds, welche sich nämlich über mehr als einen Kreis erstrecken", übertrug Art. 50 VO dem Provinzialkommissär zu Darmstadt, "insofern wegen deren Verwaltung" vom Min. des Innern und der Justiz "nicht besondere Anordnungen getroffen werden" 543).

Der wichtigste allgemeine Kirchenfonds in Hessen war der aus den Interkalargefällen der niederen Kirchenpfründen gebildete allgemeine kath. Kirchenfonds, der gem. § 39 der landh. VO v. 30. 1. 1830 die Aufgabe hatte, für jene kirchl. Bedürfnisse aufzukommen, für die keine anderen Mittel vorhanden waren, noch irgendwelche gesetzlichen Verbindlichkeiten bestanden. Den allgemeinen kath. Kirchenfonds verwaltete ein besonderer Rechner unter der unmittelbaren Aufsicht des Kreisrates zu Darmstadt und der Oberaufsicht des Min. des Innern und der Justiz.

Die kirchl. Mitaufsicht des Bischöfl. Ordin. beschränkte sich auf die Kenntnissnahme "aller wichtigeren Verwaltungsangelegenheiten und Handlungen" 544). Die demgegenüber umfangreichere bischöfl. Mitaufsicht über die kath. - kirchl. Lokalfonds war schon durch Art. 50 VO auf jenen Teil des Kirchenvermögens beschränkt worden 545).

β) Die Bistumsdotation

Die Dotation des hess. Landesbistums Mainz bestand nach der Bulle "Provida solersque" aus den notwendigen Gebäulichkeiten zur Unterbringung von Bischof, Domkapitel, Priesterseminar und Bischöfl. Kanzlei und einer jährlichen Ausstattungsrente von 20.000 fl ⁵⁴⁶⁾.

Die Verwaltung der Bistumsdotation lag in den Händen des Bischofs, an den die Ausstattungsrente jährlich ausbezahlt wurde ⁵⁴⁷⁾.

c) Die Verwaltung des örtlichen Kirchenvermögens

α) Die Kath. Kirchengemeinden

1815 erwarb Hessen-Darmstadt mit der Provinz Rheinhessen einen Teil der ehemals franz. Pfalz. An die dort vorgefundenen Fabrikräte zur Verwaltung des örtlichen Kirchenvermögens ⁵⁴⁸⁾ schienen die Kath. Kirchengemeinden, die durch das landh. Ed. die Organisation der Kirchengemeinden ev. und kath. Konfession betr., v. 6. 6. 1832 ⁵⁴⁹⁾ geschaffen wurden, anzuknüpfen.

Die Kath. Kirchengemeinden, die jeweils einer "Kirchengemeinde" zugeordnet waren, bestanden aus dem Ortspfarrer und dem Bürgermeister bzw. dem Beigeordneten der politischen Gemeinde, wenn der Bürgermeister nicht der kath. Konfession angehörte, als geborenen Mitgliedern. War auch der Beigeordnete nicht kath., so ernannte der Gr. Kreisrat einen kath. Gemeinderat zum ständigen Mitglied des Kirchengemeinderates (Art. 2, 3 Ed). Zur Bestellung der nichtgeborenen oder unständigen Mitglieder des Kath. Kirchengemeinderates, deren Zahl je nach der Größe der "Kirchengemeinde" zwischen drei und fünf schwankte (Art. 6 Ed), wählte der politische Gemeinderat aus seiner Mitte so viele kath. Gemeinderäte, als unständige Kirchengemeinderatsmitglieder benötigt wurden.

Besaß ein Gemeinderat nicht genügend kath. Ratsmitglieder, so ernannte der Kreisrat die fehlende Anzahl aus der Reihe der Kirchspielsangehörigen. Das so gewählte bzw. ernannte Gremium bildete zusammen mit den ständigen Mitgliedern des Kirchenvorstandes das Wahlkollegium für die unständigen Kirchenvorstandsmitglieder, die Angehörige der "Kirchengemeinde" sein mußten (Art. 9 Ed). Die gewählten Mitglieder des Kirchenvorstandes waren vom Kreisrat zu bestätigen. Das Bischöfl. Ordin wurde durch den Dekan von der erfolgten Wahl benachrichtigt (Art. 11 Ed).

Die Wahl zum Kirchenvorstandsmitglied war auf sechs Jahre beschränkt. Jedesmal wenn ein unständiges Mitglied aus dem Kath. Kirchenvorstand ausschied, mußte eine Ergänzungswahl stattfinden (Art. 12, 13 Ed).

Der Kath. Kirchenvorstand hatte die unmittelbare Verwaltung der "Local- Kirchen- und geistlichen Stiftungs- Fonds ... unter der Aufsicht der höheren Behörden", d.h. des Kreisrates und des Min. des Innern und der Justiz, zu führen. Der Kath. Kirchenvorstand war eine Kollegialbehörde und faßte seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Den Vorsitz in ihm hatte der Ortsgeistliche inne (Art. 17, 19 Ed). Als sein Vollzugsorgan fungierte der "Kirchenrechner", den der Kreisrat "nach Anhörung des Kirchenvorstandes" und im Einverständnis mit dem kath. Dekan ernannte (Art. 7, 8 VO). Die vornehmlichsten Aufgaben des Kath. Kirchenvorstandes bestanden in der Aufstellung der jährlichen Voranschläge für die ihm unterstellten Lokalfonds und in der Überprüfung der vom Kirchenrechner anzufertigenden Jahresrechnungen⁵⁵⁰). Der Kath. Kirchenvorstand konnte im Rahmen des Voranschlags einfache Gebäudereparaturen ausführen lassen (Art. 42 Ziff. 2 VO) und mußte vom Kreisrat gehört werden, wenn dieser nicht etatmäßige Ausgaben anordnen wollte (Art. 24 VO). Ganz allgemein hatte der Kath. Kirchenvorstand "die Gegenstände der Verwaltung, insoweit sie nicht schon bei Gelegenheit des Voranschlags verhandelt" wurden, zu

beraten (Art. 15 Ed).

Der geistl. Vorsitzende und das "ständige weltliche Mitglied des Kirchenvorstandes", der Vertreter der politischen Gemeinde, bildeten einen Verwaltungsausschuß, der "nach Maassgabe der Beratungen des Kirchenvorstandes und der Beschlüsse der höheren Behörden" und unter der "Controle" des Kirchenvorstandes die laufende Stiftungsverwaltung führte (Art. 15 Ed, 6 VO). Das "vorsitzende und das ständige weltliche Mitglied des Kirchenvorstandes" erteilten im Rahmen des Voranschlags, dessen provisorische Aufstellung ihnen alljährlich oblag (Art. 15 VO), die Einzeldekreturen an den Kirchenrechner. Sie hatten sich hierbei genau an die Rubriken des Voranschlags zu halten und konnten nur dann Einsparungen zu anderen Ausgaben verwenden, wenn letztere ebenfalls im Voranschlag eingeplant waren (Art. 21 VO). Waren im Voranschlag für bestimmte Verwendungszwecke pauschale Beträge eingesetzt, so durfte der Verwaltungsausschuß des Kath. Kirchenvorstands im Rahmen der Pauschalbeträge Einzelausgaben bis zu 5 fl anweisen. Für höhere Ausgaben war die Genehmigung des Kreisrates erforderlich (Art. 23 VO). "Alle Verkäufe, Vertauschungen und Verpachtungen von Kirchenvermögen", alle Naturalienverkäufe und die Vergabe von Lohnarbeiten und Lieferungen erfolgten im Wege öffentlicher Versteigerung, die "vom ständigen weltlichen Mitgliede" des Kirchenvorstandes oder - "bei Gegenständen von Wichtigkeit oder aus besonderen Gründen" - vom Kreisrat geleitet wurde (Art. 26 VO).

Außer der unmittelbaren Verwaltung des Ortskirchenvermögens hatte der Kath. Kirchenvorstand die "Mitaufsicht über die äußere Kirchengzucht" zu führen. Er sollte hierbei den Geistlichen "durch Beispiel und Ermahnung" unterstützen und "strafbare Verletzungen der Kirchengzucht ... der competenten Strafbehörde" anzeigen⁵⁵¹).

3) Die staatliche Aufsicht und kirchliche Mitaufsicht über die "kath. - kirchlichen" Lokalfonds

Die unmittelbare Aufsicht über die Vermögensverwaltung der Kath. Kirchenvorstände führten die Gr. Kreisträte. Sie hatten die Voranschläge für die einzelnen Lokalfonds endgültig zu genehmigen und ihren Vollzug anzuordnen (Art. 17 VO). Enthielten Voranschläge Ausgabeposten, bei denen nur der Verwendungszweck und nicht die Verwendung im einzelnen festlag, so waren hierauf bezugnehmende Einzelausgaben über 5 fl von der Zustimmung des jeweiligen Kreisrates abhängig (Art. 23 VO).

Besondere Genehmigungen des Kreisrates, die aber, wenn möglich, zusammen mit der Genehmigung des Voranschlags zu erteilen waren (Art. 47 VO), erforderten die Verpachtung von Liegenschaften, die Kreditaufnahme und die Darlehensgewährung (Art. 30, 34, 35 VO).

Der Kreisrat war außerdem befugt, den Kirchenrechner aus disziplinarrechtlichen Gründen seines Amtes zu entheben oder mit einer Geldstrafe bis zu 20 fl zu belegen (Art. 13 VO).

Zu "Verkäufen und Vertauschungen von einer Kirche oder geistlichen Stiftung gehörigen Immobilien und kostbaren beweglichen Sachen" mußten die Kreisträte "die Entschliebung" des Min. des Innern und der Justiz einholen (Art. 30 VO). Sodann war die Entscheidung des Min. des Innern und der Justiz notwendig bei außerordentlichen Zuwendungen "aus Kirchen- und geistlichen Stiftungs-Fonds für Zwecke der Gottesverehrung, des Unterrichts und der Wohltätigkeit", die 20 fl überstiegen (Art. 36 VO), bei einmaligen "Renumerationen über 50 fl" sowie festen "Besoldungen und Gehaltszulagen aus kirchlichen Fonds" (Art. 37 VO) und bei Schenkungen und Zustiftungen über 100 fl "an Kirchen- und geistlichen Fonds" (Art. 39 VO).

Die "Ermächtigung" zur Führung von "Activ- und Passiv-Processen der Kirchen- und geistlichen Stiftungs-Fonds", bei

denen "förmliche Rechtsstreitigkeiten einzuleiten" waren, erteilte der Gr. Administrativjustizhof bzw. für die Provinz Rheinhessen die Gr. Provinzialdirektion in Mainz (Art. 4o VO).

Die Rechnungsabhör der kath.-kirchl. Lokalfonds erfolgte durch die Gr.Rechnungskammer, die unter anderem auch die Rechnungen der kath. Ortsschulfonds revidierte. Die abgehörten Jahresrechnungen wurden über die Kreisräte, die von der Rechnungskammer beanstandete Mängel in der Verwaltung der Kath. Kirchenvorstände durch entsprechende Verfügungen zu beseitigen hatten, an die Kath. Kirchenvorstände bzw. ihre Rechner zurückgegeben ⁵⁵²).

Des Einverständnisses des kath. Dekans hatte sich der Gr. Kreisrat zu vergewissern, wenn er dem Antrag eines Kirchenvorstandes auf Aufnahme oder Gewährung eines Darlehens stattgeben wollte (Art. 34, 35 VO). Die Voranschläge eines Kath. Kirchenvorstandes waren zunächst dem Dekan zuzuleiten, der sie prüfte und zusammen mit einem Gutachten dem Gr. Kreisrat übersandte (Art. 16 VO). Sollten im Verlauf des Rechnungsjahres Ausgaben notwendig werden, die im betreffenden Voranschlag nicht vorgesehen waren, so hatte sich der Kreisrat gleichfalls mit dem kath. Dekan ins "Benehmen" zu setzen (Art. 24 VO).

Schlugen die Bemühungen des Kreisrates, ein Einvernehmen mit dem Dekan zu erzielen, fehl, so hatte der Kreisrat die "Entschließung" des Bischöfl. Ordin. einzuholen ⁵⁵³). Darüberhinaus hatte der Kreisrat das Bischöfl. Ordin., dem zunächst die Voranschläge der Lokalfonds als Ganzes zur Prüfung und Beschlußfassung vorzulegen waren (Art. 16, 17 VO), in folgenden Fällen zur Abgabe einer gesonderten "Entschließung" aufzufordern: erstmalige Verpachtungen und Verpachtungen über einen Zeitraum von mehr als neun Jahre (Art. 3o VO), Aufnahme und Gewährung von Darlehen über 300 fl (Art. 34, 35 VO), außerordentliche Zuwendungen "aus Kirchen- und geistlichen Stiftungs-Fonds für Zwecke der

Gottesverehrung, des Unterrichts und der Wohltätigkeit" bis zu 20 fl (Art. 36 VO), einmalige "Renumerationen" bis zum Betrag von 50 fl (Art. 37 VO), Schenkungen und Zustiftungen an kath. - kirchl. Lokalfonds bis zu 100 fl (Art. 39 VO) und Neubauten und "Hauptreparaturen" (Art. 42 Ziff. 1 VO).

Der Kreisrat hatte die erforderlichen gesonderten "EntschlieBungen" des Bischöfl. Ordin. möglichst zusammen mit dessen "EntschlieBung" über den jeweiligen Stiftungsvoranschlag im ganzen einzuholen (Art. 47 VO) und danach zu trachten, die Voranschläge "nach den Beschlüssen" der höheren kirchl. Behörde abzuschließen ⁵⁵⁴). Konnte sich jedoch der Kreisrat der in den "EntschlieBungen" des Bischöfl. Ordin. zum Ausdruck kommenden Ansicht nicht anschließen, so mußte er die abschließende Entscheidung des Gr. Min. des Innern und der Justiz anrufen ⁵⁵⁵).

Sollten Liegenschaften oder "kostbare" Mobilien kirchl. Lokalfonds veräußert werden, so war nicht nur "die Entschlie - Bung", sondern "die Zustimmung" des Bischöfl. Ordin. vonnöten (Art. 29 VO). Zur vertraglichen "Ablösung von Grundrenten und Verwandlung von Zehnten in Grundrenten" (Art. 33 VO), zur Verminderung des Grundstockskapitals (Art. 35 VO), zur Anschaffung "kostbarer Kirchengeräthschaften" (Art. 38 VO) und zu Vergleichen "über streitige Rechtsobjecte" kath.-kirchl. Lokalfonds (Art. 40 VO) mußte ebenfalls die "Zustimmung" oder "Genehmigung" des Bischöfl. Ordin. vorhanden sein.

Verweigerte das Bischöfl. Ordin. seine Zustimmung, so konnte sie der Kreisrat nicht durch einen entsprechenden Beschluß des Gr. Min. des Innern und der Justiz ersetzen lassen. Die Möglichkeit der Aufhebung oder Ersetzung kirchl. Entscheidungen durch das Min. des Innern und der Justiz war nach dem klaren Gesetzeswortlaut auf jene Fälle, in denen der höheren kirchl. Behörde nur ein "EntschlieBungsrecht" eingeräumt war, beschränkt (Art. 5 VO).

8) Zusammenfassung und Vergleich

Der Kath. Kirchenvorstand war weder ein Selbstverwaltungsorgan der politischen noch der kirchl. Gemeinde. Ein Organ der politischen Gemeinde konnte er schon deshalb nicht sein, weil der Ortsgeistliche, sicherlich kein Repräsentant der politischen Gemeinde, in ihm den Vorsitz führte. Die landh. VO, die Verwaltung des Kirchenvermögens betr., v. 6. 6. 1832 bezeichnete in der Einleitung als eines ihrer Ziele, die "wohlthätige Mitwirkung der Kirchengemeinden" bei der Kirchenvermögensverwaltung "zu vermitteln". Die Zusammensetzung des Kath. Kirchenvorstandes und die Art und Weise seiner Bestellung ließen jedoch erkennen, daß ihm nicht die Stellung eines Selbstverwaltungsorgans der Kirchengemeinde zugedacht war.

Ob die kath. "Kirchengemeinde" nach hess. Staatskirchenrecht überhaupt eigene Rechtspersönlichkeit besaß, erscheint fraglich. Die 1832 erlassenen Vorschriften über die Verwaltung des Ortskirchenvermögens und die Errichtung von Kirchenvorständen, die in gleicher Weise für kath. und ev. "Kirchengemeinden" galten, enthielten keine ausdrückliche Verleihung der staatl. Rechtspersönlichkeit an die "Kirchengemeinden". Dazu ist zu bemerken, daß den kath. Kirchengemeinden nach dem kanon. Recht keine eigene Rechtspersönlichkeit zukam und selbst die ev. Kirchengemeinden, soweit sie nicht in der reformiert- kalvinistischen Tradition standen, bis ins 19. Jahrhundert hinein keine Korporationsrechte besaßen⁵⁵⁶⁾. Andererseits trat in den Vorschriften von 1832 die kath. Kirchengemeinde als solche nie aktiv - nicht einmal wie in Baden als Wahlkörper für die Kath. Kirchenvorstände - in Erscheinung, so daß von der getroffenen gesetzlichen Regelung her keine Notwendigkeit bestand, der kath. Kirchengemeinde eigene Rechtspersönlichkeit zuzuerkennen.

Der Kath. Kirchenvorstand war ebenso wie der StV in Baden eine rein staatl. Verwaltungsbehörde. Dies beweisen u. a.

die Bestätigung der unständigen Mitglieder des Kirchenvorstandes und die Ernennung des Kirchenrechners, des Vollzugsorgans des Kirchenvorstandes, durch den Gr. Kreisrat. Außerdem übte der Gr. Kreisrat allein die unmittelbare Aufsicht über den Kath. Kirchenvorstand aus und konnte diesem Weisungen erteilen.

Der staatl. Charakter des Kirchenvorstandes wurde durch den Vorsitz des Ortspfarrers nicht beeinträchtigt. Der geistl. Vorsitzende versah sein Amt im staatl. Auftrag und war darin - ebenso wie die ganze Behörde - nur dem Gr. Kreisrat verantwortlich. Der Kath. Kirchenvorstand war eine allgemein staatl. und keine kommunale Behörde. Dennoch war der Einfluß der politischen Gemeinde auf ihn beachtlich und wesentlich größer als bei der vergleichbaren Institution in Baden. Hierbei war zunächst die sehr starke Stellung des Gemeinderats im Wahlkollegium für die unständigen Kirchenvorstandsmitglieder sowie die geborene Mitgliedschaft des kath. Ortsvorstehers bzw. seines Stellvertreters im Kirchenvorstand zu beachten. Hinzu trat das Gewicht, das das "ständige weltliche Mitglied" im Kirchenvorstand dadurch erlangte, daß es zusammen mit dem geistl. Vorsitzenden einen - beim bad. StV nicht bestehenden und höchstens mit dem württ. Kirchenkonvent ⁵⁵⁷⁾ vergleichbaren - Verwaltungsausschuß zur Führung der laufenden Geschäfte des Kath. Kirchenvorstandes bildete.

Im Gegensatz zum StV verwaltete der Kath. Kirchenvorstand nur die kath. Kult- und Armenfonds und überließ die Verwaltung der kath. Ortsschulfonds einem besonderen Schulvorstand, der grundsätzlich keinen konfessionellen Charakter trug.

Eine Besonderheit der staatl. Kirchenvermögensverwaltung in Hessen war es, daß die Abhör der Jahresrechnungen der kath. Lokalfonds nicht den Kreisräten als den die unmittelbare Aufsicht führenden Verwaltungsbehörden, sondern der Gr. Rechnungskammer als allgemeiner staatl. Revisionsbehörde

übertragen war.

Die Einführung sich genau entsprechender Kirchenvorstände kath. und ev. Konfession entsprang u. a. dem Bestreben des landh. Staatskirchentums, nicht nur die ev. und kath. Staatskirchenverwaltung, sondern auch die innere Struktur der beiden "Landeskirchen" einander anzugleichen. Dies hatte zur Folge, daß der Kath. Kirchenvorstand neben der Kirchenvermögensverwaltung auch mit der "Mitaufsicht über die äußere Kirchenzucht" betraut wurde und somit eine Aufgabe erhielt, die nur ein "Kirchenältestenrat", wie er in der ev. Gemeindefradition verwurzelt, der kath. Pfarrstruktur aber gänzlich fremd war, zu Recht übernehmen konnte. Auf das staatl. Ziel, dem kath. Kirchenaufbau mit Hilfe der Kath. Kirchenvorstände synodal-presbyteriale Elemente einzufügen, wies die Einleitung zum Organisationsedikt v. 6. 6. 1832 ⁵⁵⁸⁾ hin. Danach diente die Schaffung der Kath. Kirchenvorstände u. a. dazu, "die zur Unterstützung der Aufsicht über die äußere Kirchenzucht erforderliche Mitwirkung weltlicher Mitglieder der Kirchenbehörden zu vermitteln!"

Mit seinem über die Kirchenvermögensverwaltung hinausreichenden Wirkungskreis unterschied sich der Kath. Kirchenvorstand vom bad. StV und näherte sich hierin dem württ. Kath. Kirchenkonvent, dessen Befugnisse allerdings noch weiter gingen ⁵⁵⁹⁾.

Das herausragende Merkmal der hess. Verwaltung der lokalen "Kirchen- und geistlichen Stiftungsfonds" war die ausgedehnte bischöfl. Mitaufsicht über sie, die vielleicht genauso wie die Kath. Kirchenvorstände ihr Vorbild im Rechtszustand der ehemals franz. Pfalz hatte ⁵⁶⁰⁾. Das bischöfl. Mitaufsichtsrecht unterteilte sich in ein weitabgestecktes "Entschließungs-" und ein vergleichsweise hierzu eng umgrenztes "Zustimmungsrecht".

Das "Entschließungsrecht" befähigte das Bischöfl. Ordin. zur selbstverantwortlichen Mitsprache bei allen wesentli-

chen Angelegenheiten der staatl. Kirchenvermögensverwaltung, gab ihm jedoch kein Veto gegenüber staatl. Verwaltungsmaßnahmen, da die Verbindlichkeit bischöfl. "EntschlieBungen" letztlich von der Beipflichtung der staatl. Behörden abhing.

Ein Zustimmungs- oder Genehmigungsrecht, d. h. die Möglichkeit, mißbilligte staatl. Verfügungen über das Vermögen der kath. - kirchl. Lokalfonds zu vereiteln, hatte das Bischöfl. Ordin. in allen Fällen, in denen ein Substanzverlust des lokalen Kirchenvermögens eintreten konnte, sowie dann, wenn - wie beim Erwerb von "Kirchengeräthschaften" - ausschließlich Gesichtspunkte des Kultes und der Seelsorge maßgebend waren.

Berücksichtigt man, daß die Gr. Kreisräte in ihrer Dienstinstruktion angewiesen worden waren, bei ihrer Verwaltung den "EntschlieBungen" der bischöfl. Behörde nach Möglichkeit Geltung zu verschaffen, so wird deutlich, daß der Kirche auch über den Rahmen der Substanz- oder Grundstocksveränderungen hinaus eine tatsächlich oft entscheidende Stimme zugebilligt wurde.

Im Vergleich zu Baden und Württemberg, die eine Beteiligung der obersten Kirchenbehörde an der staatl. Verwaltung der kath. Lokalfonds trotz § 38 Abs. 1 der landh. VO v. 30. 1. 1830 nicht kannten ⁵⁶¹⁾, war die hess. Regelung der bischöfl. Mitaufsicht über die Kirchenvermögensverwaltung überraschend großzügig. Dies war wohl zu einem gewichtigen Teil auf die in Hessen vollzogene Auflösung der besonderen Staatskirchenbehörde sowie auf die in der Provinz Rhein Hessen vorgefundene und auf die franz. Zeit zurückgehende kirchl. Vermögensverwaltung zurückzuführen ⁵⁶²⁾.

d) Die Verwaltung der niederen Kirchenpfründen

Die besetzten Kirchenpfründen verwalteten gem. § 38 Abs. 2 der landh. VO von 1830 die geistl. Pfründinhaber (Art. 52 VO).

Die vakanten Kirchenpfründen verwalteten die Kirchenrechner unter der unmittelbaren "Aufsicht und Leitung" der Kath. Kirchengenossen (Art. 53 VO) sowie der Oberaufsicht der Gr. Kreisräte bzw. des Min. des Innern und der Justiz nach der von letzterem erlassenen Verwaltungsinstruktion v. 17. 2. 1837 ⁵⁶³⁾. Für die Mitwirkung des Bischöfl. Ordin. und der kath. Dekane an der Aufsicht über die Interkalargefälle vakanter Pfründen waren außerdem die §§ 30 ff. der "Diöcesan-Statuten für das Bisthum Mainz" v. 2. 5. 1837 ⁵⁶⁴⁾ von Bedeutung.

Der Kirchenrechner hatte nach Wiederbesetzung der Kirchenpfründe seine Interkalarrechnung abzuschließen. Danach hörte sie der Gr. Kreisrat ab. Das Bischöfl. Ordin. erhielt von ihm eine Abschrift der revidierten Interkalarrechnung. Die Verteilung der Interkalarmasse auf den früheren Pfründnießer bzw. seine Erben, den neuen Pfründnießer und den allgemeinen kath. Kirchenfonds geschah unter der Leitung des Gr. Kreisrates durch das zuständige Kapitelsdefinitorium.

3) Die Kirchenvermögensverwaltung im Königreich Bayern

In Bayern, wozu nach 1815 auch Teile der bis dahin franz. Pfalz gehörten, wurden die Stiftungsadministrationen durch die landh. VO v. 6. 3. 1817, die Verwaltung des Stiftungs- und Kommunalvermögens betr., aufgelöst und die Verwaltung der kath. Lokalfonds den politischen Gemeinden übertragen. Gleichzeitig wurde dem Ortspfarrer wieder eine begrenzte Mitwirkung bei der örtlichen Kirchenvermögensverwaltung zugestanden ⁵⁶⁵⁾. Dessenungeachtet verblieb die Verwaltung der kath. Lokalfonds unter der ausschließlichen Aufsicht der allgemeinen Staatsbehörden mit dem MdI an der Spitze ⁵⁶⁶⁾. Ein kgl. Erl. v. 22. 1. 1818 hob die in der bayer. Pfalz bestehende und aus franz. Zeit stammende bischöfl. Aufsicht über die Verwaltung des Ortskirchenvermögens auf und ersetzte sie durch die im übrigen Bayern geltende Staatsaufsicht ⁵⁶⁷⁾.

Die mit der Aufsicht über die kath. Lokalfonds verbundenen Kontrollrechte waren folgendermaßen auf das MdI, die Kreisregierungen und die Bezirksämter aufgeteilt:

Die Genehmigung des MdI war erforderlich für die Errichtung einer neuen Stiftung und die Erstellung eines kirchl. Gebäudes im Werte von mehr als 20.000 fl; der vorherigen Zustimmung der Kreisregierung bedurften alle Veräußerungen von Immobilien und wertvolleren Mobilien, Verpachtungen über neun Jahre, Besoldungen und Besoldungszulagen und Neubauten im Wert von mehr als 500 fl; dem Bezirksamt oblag die Genehmigung der Stiftungsvoranschläge, die jährliche Rechnungsprüfung und die Zustimmung zur Veräußerung von Mobilien, Ablösung von Grundrenten, zu Verpachtungen, Kapitalanlagen, nicht etatmäßigen Ausgaben von mehr als 5 fl und zur Errichtung von Neubauten bis zu einer Bausumme von 500 fl ⁵⁶⁸⁾.

Das revidierte Gemeindeedikt v. 1. 7. 1834 ⁵⁶⁹⁾ richtete auch in Bayern eine von der übrigen Gemeindeverwaltung getrennte Verwaltungsbehörde für das örtliche Kirchenvermögen

ein. Das Kirchenvermögen einer jeden Gemeinde verwaltete von nun an eine Kollegialbehörde, die aus dem Ortsgeistlichen, dem Bürgermeister bzw. einem kath. Gemeinderatsmitglied und zwei bis acht "gewählten Gemeindemitgliedern" kath. Glaubens bestand (§§ 59 Abs. 3, 94 Abs. 5).

Die Voranschläge und Jahresrechnungen der einzelnen kath. Lokalfonds mußten auch in Zukunft dem Gemeinderat "zur Einsicht und Erinnerung" vorgelegt werden, der sie, mit seinen Bemerkungen versehen, an das Bezirksamt zur Genehmigung bzw. Rechnungsabhör weiterleitete (§§ 59 Abs. 4, 94 Abs. 6). Das zuständige Bischöfl. Ordin. das von seinen Pfarrämtern die Voranschläge und Rechnungsbelege der kath. Lokalfonds zugestellt bekam, konnte etwaige Einwendungen, die es gegenüber deneingesehenen Voranschlägen und Rechnungen zu machen hatte, der betreffenden Kreisregierung mitteilen (§§ 59 Abs. 5, 94 Abs. 7).

Eine Ministerialentschließung v. 21. 6. 1841 billigte schließlich den Bischöfl. Ordinariaten das Recht der Einvernahme durch die staatl. Aufsichtsbehörden in allen wichtigen die Verwaltung der kath. Lokalfonds betreffenden Angelegenheiten zu ⁵⁷⁰).

Die im bayer. Konkordat v. 5. 6. 1817 für die acht Landesbistümer zugesagten Realdotationen ⁵⁷¹) wurden nicht gewährt und statt dessen nur jährliche Geldrenten geleistet ⁵⁷²). Die Verwaltung der Ausstattungsrenten erfolgte durch die bischöfl. Behörden unter der Oberaufsicht des Staates ⁵⁷³).

Bayern, das mit dem Religionsedikt v. 26. 5. 1818 über ein der landh. VO v. 30. 1. 1830 vergleichbares staatskirchliches Grundgesetz verfügte ⁵⁷⁴), besaß ebenso wie Hessen keine besondere Staatskirchenbehörde und ließ die Aufsicht über die kath. Lokalfonds durch die allgemeinen staatl. Verwaltungsbehörden führen. Die seit 1834 bzw. 1841 den Bischöfl. Ordinariaten gewährte Mitaufsicht über die kath. Lokalfonds war zwar geringfügiger als in Hessen, hob sich

dagegen vorteilhaft von den in Baden und Württemberg herrschenden Zuständen ab. Es zeigte sich, daß das Fehlen einer besonderen Staatskirchenverwaltung, die ursprünglich ein Zeichen noch vollständigerer Einordnung der Kirche in den Staat war, im Augenblick des Wiedererstehens einer ordentlichen kirchl. Hierarchie die Beteiligung der kirchl. Behörden an der staatl. Kirchenverwaltung - hier: der staatl. Kirchenvermögensverwaltung - eher erleichterte als erschwerte ⁵⁷⁵⁾.

Die lokale Verwaltungsbehörde des Kirchenvermögens in Bayern wies eine ähnliche Struktur wie in Baden und Hessen auf. Der Einfluß, der der politischen Gemeinde nach 1834 auf die Verwaltung der kath. Lokalfonds verblieb, entsprach ungefähr demjenigen, den die politische Gemeinde in Hessen besaß. Die für die kath. Lokalfonds in Bayern - ebenso wie in Hessen und Württemberg - bestehende Voranschlagspflicht ließ für eine selbständige Verwaltungskompetenz der örtlichen Verwaltungsbehörde noch weniger Raum als in Baden. Der Ortsgeistliche war an der lokalen Kirchenvermögensverwaltung in Bayern nicht als staatl., sondern als kirchl. Organ beteiligt. Dies zeigte sich m. E. daran, daß der Ortsgeistliche die Voranschläge und Rechnungen der Lokalfonds dem Bischöfl. Ordin. zur Kenntnisnahme mitzuteilen hatte.

III. DER KAMPF GEGEN DAS STAATSKIRCHENTUM UND DIE BADISCHE KONVENTION VON 1859

§ 9. Die Neuformierung kirchlicher Kräfte im Zeitalter der Restauration

1) Das Anwachsen des päpstlichen Ansehens bei Episkopat und Klerus

a) Die Reaktion des Episkopates der Oberrheinischen Kirchen- provinz auf die landesherrliche Verordnung vom 30.1. 1830

Die Haltung, die die Bischöfe der neuen Kirchenprovinz gegenüber der landh. VO von 1830 einnahmen, stellte den Höhepunkt kirchl. Selbstaufgabe und Untertänigkeit dar. Daher ist bei der Betrachtung der wiedererstarkenden Kirche von diesem Ereignis auszugehen.

Die ersten Bischöfe der Oberrh. Kirchenprovinz hatten sich entweder schon in früherer Zeit als treue Sachwalter des staatl. Interesses erwiesen ⁵⁷⁶⁾ oder waren wegen ihrer politischen Unerfahrenheit und ihres Alters nicht in der Lage, den Anforderungen des Staates erfolgreichen Widerstand zu leisten ⁵⁷⁷⁾. Diesen Oberhirten mangelte weitgehend das Wissen um die eigenständige Stellung der Kirche im Staat. Erzogen im josephinischen Geist, waren sie umso mehr von der Priorität des Staates überzeugt ⁵⁷⁸⁾, als sie selbst den völligen Zusammenbruch der kirchl. Organisation und ihre Neuordnung durch den Staat erlebt hatten.

Mit dieser Gesinnung nahmen die Bischöfe von Limburg und Rottenburg die landh. VO von 1830 "in tiefer Devotion" entgegen. Der Bischof von Mainz verteidigte sogar in seiner Ordinariatssitzung v. 26. 3. 1830 die genannte VO und meinte, daß der Kirche durch diese VO "ihre Autonomie nicht genommen, auch nicht einmal angefochten, sondern ihr viel-

mehr Schutz dafür zugesichert werde". Lediglich die Oberhirten von Freiburg und Fulda protestierten offiziell gegen sie. Der Erzbischof von Freiburg ließ es aber bei diesem Protest bewenden und nahm, nachdem er damit keinen Erfolg hatte, die landh. VO von 1830 ebenfalls an ⁵⁷⁹).

Papst Pius VIII. ermahnte daraufhin in seinem Breve "Per-venerat" v. 30. 6. 1830 ⁵⁸⁰) die Bischöfe der Oberrh. Kirchenprovinz, ihrer Hirtenpflicht nachzukommen und "an gehörigem Orte zu beweisen, wie sehr die der Kirche verderblichen Anschläge der Vernunft und der Gerechtigkeit widerstrebten". Diejenigen Bischöfe, die die landh. VO bereits angenommen hatten, sollten ihre Zustimmung auf der Stelle (illico) widerrufen. Der Hl. Stuhl erwarte von jedem Bischof eine sofortige Antwort darüber, ~~der~~ sich der Haltung des Papstes anschließe oder nicht.

Während der Bischof von Rottenburg auf die päpstliche Ermahnung nicht reagierte, erklärte der Bischof von Limburg, er habe bisher keinen Grund zur Beschwerde gehabt, und der Bischof von Mainz berichtete gar von Vergünstigungen, die seine Diözese durch die landh. VO erlangt habe. Der Bischof von Fulda und Erzbischof Boll konnten wenigstens mitteilen, daß sie gegen die VO schon vor Erhalt des Breve protestiert hätten ⁵⁸¹). Zu weiteren Gegenmaßnahmen konnte sich aber der Erzbischof von Freiburg nicht entschließen. Lediglich in einem an den Großherzog gerichteten Schreiben v. 11. 2. 1831 trug er seine "besonderen Wünsche und Beschwerden", die sich auf die Wiederherstellung der bischöfl. Disziplinargewalt über den Klerus, die Pfründbesetzung, die bischöfl. Mitaufsicht über das Kirchenvermögen usw. bezogen, vor und beklagte sich über die "Hemmungen im bischöflichen Amte", die ihm durch den Vollzug der landh. VO von 1830 erwachsen seien ⁵⁸²).

Die schwache oder vollkommen fehlende Gegenwehr des südwestd. Episkopates führte dazu, daß Papst Gregor XVI. unter dem 4. 10. 1834 ein neuerliches Breve an die Bischöfe der Oberrh. Kirchenprovinz erließ, in dem er sie nochmals wegen ihrer Hinnahme der landh. VO von 1830 tadelte ⁵⁸³).

b) Das Erwachen eines streng kirchlichen Geistes in Klerus
und Episkopat

Ein schneller Gesinnungswandel war bei den im aufklärerisch-staatskirchlichen Geist befangenen Kirchenführern nicht zu erwarten. Die in den Breven von 1830 und 1834 gezeigte päpstliche Entschlossenheit, den modus vivendi mit den südwestd. Staatsregierungen nicht in jedem Fall aufrecht zu erhalten und hierbei den Kampf einer kirchl. Selbstaufgabe vorzuziehen ⁵⁸⁴), mußte die in den Domkapiteln der Kirchenprovinz vorhandenen Gegner eines weiteren kirchl. Nachgebens (z. B. Domdekan und Generalvikar Hermann von Vicari in Freiburg) stärken und bei Vertretern des Episkopates, die wie Erzbischof Bernhard Boll und dessen Nachfolger, Erzbischof Ignaz Demeter, nur wegen ihrer vermeintlichen Schwäche die Auseinandersetzung mit dem Staat mieden, als Ansporn zu größerem Selbstvertrauen wirken. So setzte Erzbischof Demeter mit einem an das Gr. MdI gerichteten Schreiben v. 15. 5. 1837 die zaghafte Bemühungen seines Vorgängers fort, die durch einseitige staatl. Maßnahmen verlorengegangenen kirchl. Rechte in bescheidenem Maß wieder zurückzugewinnen ⁵⁸⁵). Wie sehr aber Erzbischof Demeter jeden Konflikt mit der Staatsgewalt fürchtete, ließ deutlich sein Verhalten gegenüber dem bad. Ständevertreter Heinrich von Andlaw erkennen. Als von Andlaw 1839 in der I. Kammer eine Eingabe über die Beschwerden der Katholiken gegen die Übergriffe der KS ankündigte, veranlaßte ihn Erzbischof Demeter, seine Motion zurückzuziehen, weil er im Augenblick in Verhandlungen mit der bad. Regierung stehe und von der Parlamentsdebatte eine Verschlechterung der kirchl. Verhandlungsposition befürchte. Erzbischof Demeter wollte auf jeden Fall "eine Schreckensszene in der Kammer" vermeiden ⁵⁸⁶).

Die Wahl Erzbischof Hermann von Vicaris im Jahre 1842 brachte einen entschiedenen Gegner des Staatskirchentums an die Spitze des Erzbistums. Fanden sich die beiden ersten

Freiburger Erzbischöfe mit dem herrschenden Staatskirchentum im wesentlichen ab und versuchten sie lediglich, eine erträgliche Auslegung der staatskirchlichen Grundsätze zu erreichen, so war es das Ziel Erzbischofs von Vicari, die Freiheit der Kirche vom Staat und ihre enge Verbundenheit mit dem Hl. Stuhl zurückzuerlangen, der sich durch seine feste Haltung im Kölner Kirchenstreit einmal mehr als Fundament der kirchl. Freiheit erwiesen hatte ⁵⁸⁷).

Obwohl Erzbischof Hermann von Vicari seine theol. Ausbildung noch im "ancien régime", in der Zeit des aufgeklärten Rationalismus und des Febronianismus, gefunden hatte, war er der Vertreter einer neuen, übertriebenen Rationalismus ebenso wie nationalkirchliche Gedankengänge ablehnenden kirchl. Richtung ⁵⁸⁸). Getragen von der romantischen Grundstimmung der Zeit und unter dem Zwang der geistigen Auseinandersetzung mit den weltanschaulichen Gegnern fand man ein neues Verständnis für den übernatürlichen Charakter der Kirche und ihrer Ordnung und bekannte sich zur gesellschaftlichen Eigenständigkeit und Besonderheit der Kirche. Diese neue kirchl. Richtung sah ihr Ideal in der Gleichordnung von weltl. und kirchl. Gewalt und wandte sich sowohl gegen die Einordnung der Kirche in den Staat als auch gegen den Versuch, den monarchischen Aufbau der Kirche zu verwässern.

Einen bedeutenden Einfluß auf die geistige Regeneration der Kirche im südwestd. Raum hatte das aus der Konfrontation mit dem ev. Glauben, der Aufklärung und dem philosophischen Idealismus neu gewonnene Kirchenverständnis der Tübinger Theologenschule ⁵⁸⁹). Ihr bedeutendster Vertreter, Johann Adam Möhler, schuf mit seiner "Symbolik" und mit seinem Werk über "Die Einheit in der Kirche" das Bild einer sakramentalen in das Erlösungswerk Christi hineingestellten Kirche, die Gemeinschaft der Heiligen ist. Die wesensmäßige Einheit der Kirche findet nach Möhler ihren Ausdruck in der im Papsttum sich versinnbildenden Gemeinsamkeit des Epis-

kopates 590).

Neben der Tübinger Theologenschule trug vor allem der die Scholastik wiederbelebende, mehr auf die Praxis des kirchl. Lebens ausgerichtete Mainzer Kreis, der sich um das von Bischof Johann Ludwig Colmar gegründete Priesterseminar gebildet hatte, zur geistigen Überwindung des josefinisch-wessenbergianischen Denkens innerhalb des südwestd. Katholizismus bei 591).

Die Entwicklung in Baden war symptomatisch für die Neuorientierung des Episkopates in der ganzen Kirchenprovinz. Bischof Keller von Rottenburg, der als Regierungskandidat zum ersten Bischof des württ. Landesbistums ernannt worden war, zeigte im ersten Jahrzehnt seines Pontifikates eine so große Bereitschaft, den staatskirchlichen Wünschen zu entsprechen, daß Rom ernsthaft erwog, ihn seines Amtes zu entheben 592). Die Erfahrungen der eigenen Kirchenregierung, die entschiedene Haltung Roms und der in Württemberg erstarkende streng kirchl. Geist bahnten bei ihm einen Gesinnungswandel an. Am 13. 11. 1841 brachte Bischof Keller seine Motion zur Herstellung des Kirchenfriedens in der II. württ. Kammer ein 593), in der er ein bischöfl. Pfründbesetzungsrecht, eine selbständige Kirchenvermögensverwaltung, die ausschließlich bischöfl. Leitung des Priesterseminars, um nur einiges zu nennen, forderte. Der bischöfl. Erklärung in der Kammer folgte am 20. 1. 1843 eine ausführliche bischöfl. Punktation über die staatl. Bevormundung der Kirche 594). Die anschließenden Verhandlungen zwischen Bischof und Reg. führte nur zu geringfügigen staatl. Zugeständnissen, die am herrschenden Staatskirchentum nichts änderten 595). Die mit der bischöfl. Motion von 1841 erfolgte Kursänderung konnte aber nicht mehr rückgängig gemacht werden. Nachfolger von Bischof Keller wurde mit Bischof Josef Lipp ein Mann, der der neuen kirchl. Richtung nahestand 596).

2) Konservative und liberale kath. Ständevertreter als
Verfechter kirchlicher Selbständigkeit gegenüber
dem Staat

Die Einführung parlamentarischer Institutionen in den südwestd. Staaten hatte zur Folge, daß die politische Willensbildung des Volkes, wie sie sich in den Meinungen der Abgeordneten widerspiegelte, Einfluß auf die kirchenpolitische Entwicklung zu nehmen begann. Politische Organisationen waren anfangs verboten, und auch von einer Partei- oder Fraktionsbildung in den Kammern war nicht die Rede, wenn sich auch sehr bald eine Scheidung der Ständevertreter in einen mehr konservativem und einen mehr liberalem Gedanken- gut verhafteten Flügel bemerkbar machte. Die ständischen Vertretungen waren Honoratiorenversammlungen, die mit ständig wechselnden Mehrheiten ihre Beschlüsse faßten.

Die in den Ständekammern sitzenden Katholiken konnten erstmals eigenverantwortlich, d.h. weder als Vertreter des Staates noch der kirchl. Hierarchie, sondern allein in ihrer Eigenschaft als kath. Laien, zu Fragen, die die Kirche betrafen, Stellung nehmen. Der kath. Laie als selbständiger Faktor im kirchenpolitischen Kräftespiel war geboren ⁵⁹⁷⁾. Die kath. Ständemitglieder gehörten teils dem konservativen, teils dem liberalen Lager an. Die kath. Konservativen fand man vornehmlich unter den kath. Grund- und Standesherrn. Die liberalen Katholiken gehörten dem in den II. Kammern vertretenen Großbürgertum an.

Die kath. Konservativen blieben der Sozialstruktur des alten Reiches verbunden und traten für eine korporativ-ständische Gesellschaftsordnung ein. Sie standen der kath. Romantik nahe und verlangten eine von der Staatsbürokratie befreite und mit Rom verbundene, monarchisch strukturierte Kirche. Die aus staatl. Bevormundung gelöste Kirche sollte in eine auf Gleichberechtigung gegründete, enge Bindung zum Thron gebracht und so eine wirksame Abwehrfront gegen

den die Kirche und Monarchie als Garanten von Sitte und Recht gleichermaßen bedrohenden, egalitär-demokratischen Radikalismus aufgebaut werden ⁵⁹⁸).

In der württ. II. Kammer hatte der Katholik und ritterschaftliche Ständevertreter Freiherr August von Hornstein ⁵⁹⁹) bereits 1830 gegen den Erl. der landh. VO v. 30. 1. 1830 protestiert, da sie gegen die kath. Freiheiten verstieße ⁶⁰⁰). Der 1833 als Vertreter des grundherrlichen Adels in die I. bad. Kammer eingezogene kath. Freiherr Heinrich von Andlaw wandte sich in der allgemeinen Finanzdebatte des Jahres 1837 gegen die Befugnisse der KS auf dem Gebiet des Kirchen- und Schulwesens und verlangte die Aufhebung der ausschließlich staatl. Schulaufsicht und Pfründenbesetzung ⁶⁰¹). 1836 setzte sich von Hornstein im württ. Landtag für das bischöfl. Aufsichtsrecht über die Schule ein. 1839 wandte er sich gegen die die Kirche bedrängende staatl. Zensur und die staatl. Leitung der Theologenausbildung. Er mußte sich aber in beiden Fällen den die staatl. Maßnahmen verteidigenden Widerspruch von Bischof Keller gefallen lassen ⁶⁰²). 1844 beantragte von Andlaw Regierungsmaßnahmen zur Sicherung des kath. Stiftungsvermögens, 1846 forderte er in einer umfangreichen Motion u.a. die Aufhebung der landh. VO von 1830, die Errichtung erzb. Knabenkonvikte und die Beteiligung des Erzbischofs an der Leitung des kath. Volksschulwesens ⁶⁰³).

Die liberalen kath. Ständevertreter waren Verfechter eines bürgerlich-freiheitlichen Verfassungsstaates, dessen wichtigste Aufgabe die Einsetzung und Aufrechterhaltung einer Rechtsordnung sein sollte, die die individuelle Freiheit schützte.

Ihr Hauptvertreter in Baden, der Freiburger Rechtslehrer Carl von Rotteck, definierte den Staat als Rechtsverhältnis zwischen dem Träger der Staatsgewalt und dem Individuum, auf dessen vertraglicher Ausgestaltung die Freiheit und Rechtssicherheit des einzelnen beruhe. Rotteck war ein

Gegner "aller mit Gewaltrechten ausgestatteten intermediären Korporationen", da sie innerhalb ihres besonderen korporativen Gewaltverhältnisses dem Individuum nicht als Vertreter der durch den "Staatsvertrag" gebundenen Staatsgewalt gegenübertraten und so eine Beeinträchtigung der individuellen Freiheit darstellen würden ⁶⁰⁴).

Es war unter diesen Umständen nur natürlich, daß Rotteck dem aus eigenem Recht abgeleiteten Herrschaftsanspruch der Kirche mißtraute und die Aufsicht des durch Vertrag an das Individuum gebundenen Staates über sie befürwortete ⁶⁰⁵).

Das gleiche liberale Denken ließ Rotteck andererseits Stellung nehmen gegen alle polizeistaatliche Bevormundung der kath. Kirche, die das Maß der seines Erachtens notwendigen Staatsaufsicht überschritt. So lehnte Rotteck das landh. Plazet und das landh. Patronatsrecht als Mißbrauch der Staatsgewalt ab ⁶⁰⁶). In den Budgetberatungen des Jahres 1831 griff Rotteck heftig die KS wegen ihrer Übergriffe in den kirchl. Bereich an. Ähnlich wie Rotteck sprachen sich in den Kammerdebatten von 1831 auch die liberalen kath. Abgeordneten Mittermaier und von Itzstein aus, die sich gegen die "Vertretung katholischer Interessen" durch die Gr. Reg. wandten und die zweckwidrige Verwendung kath. Stiftungen rügten ⁶⁰⁷).

Die meisten kath. Liberalen hatten ebenso wie Rotteck ein durch die Aufklärung geprägtes Kirchenbild und standen Wessenbergs Gedankengängen nahe ⁶⁰⁸). So kam es, daß in der Kirchenfrage eine auf dem gleichen Glauben basierende gemeinsame Haltung der konservativen und liberalen Katholiken nicht zustande kam. Unter den kath. Liberalen der württ. II. Kammer zeigten sich indessen Ansätze für eine Zusammenarbeit mit den kath. Konservativen, die ihre Wurzeln in der beiderseits bejahten Laienverantwortung für das politische Geschick der Kirche hatten ⁶⁰⁹).

Im gleichen Maß wie kath. Laien sich mit ihrer Kirche verbunden zeigten und ohne besonderen Auftrag, selbst gegen

den Willen einer verängstigten und regierungshörigen Hierarchie, sich für kirchl. Ziele einsetzten, konnte vom kirchl. Standpunkt aus eine den gegebenen Möglichkeiten angepaßte Beteiligung der Laien an der Kirchenverwaltung ins Auge gefaßt werden. Kirchlich gesinnte, d.h. der kirchl. Erneuerung zugewandte Laien gaben im übrigen zu erkennen, daß sie in den Laienmitgliedern der Staatskirchenbehörden nicht nur ein Übel sahen, das bei der erstrebten Auflösung der Staatskirchenbehörden und ihrer Ersetzung durch kirchl. Verwaltungsbehörden zu verschwinden hatte ⁶¹⁰).

3) Die synodalen Bestrebungen in Baden

In seinem Kampf gegen Ordenswesen, Wallfahrten und Andachten, römischen Zentralismus und autoritäres Gehabe der Kirche verlangte Wessenberg als Heilmittel für die "kirchlichen Gebrechen" die regelmäßige Abhaltung von Diözesansynoden ⁶¹¹). Letztere Forderung fand umso allgemeinere Zustimmung beim Seelsorgsklerus, als Wessenbergs Reformen auf dem Gebiet der Priesterausbildung, der Katechese und Liturgie unbestreitbare Erfolge gebracht hatten und die regelmäßige Abhaltung von Synoden den Einfluß des niederen Klerus auf die kirchl. Entwicklung verstärkt hätte ⁶¹²). Darüberhinaus ließ die neugeschaffene Volksvertretung in Baden den Wunsch nach einer Demokratisierung der Kirche aufkeimen. Die regelmäßig abzuhaltenden Synoden sollten in Form "kirchlicher Stände" ein Gegengewicht zur monarchischen Gewalt des Bischofs bilden ⁶¹³).

Neben Klerikern forderten vor allem liberale kath. Laien, allen voran Carl von Rotteck ⁶¹⁴), die Einberufung einer Diözesansynode. Während Rotteck bereits 1819 eine "gemischte Synode", d.h. eine aus Klerikern und Laien zusammengesetzte Kirchenversammlung, forderte, verlangten die seit 1832 abwechselnd an den Erzbischof und die bad. Stände gerichteten Petitionen des Klerus zunächst nur eine geistl. Synode ⁶¹⁵). Eine von Geistlichen der Landkapitel Offenburg, Lahr und Ottersweier im Frühjahr 1840 an die II. Kammer abgesandte Petition verlangte erstmals die Beteiligung von Laienberatern an der einzuberufenden Diözesansynode ⁶¹⁶).

Dem "Ruf nach Synoden" schloß sich 1846 auch der StV von Heidelberg an, dessen Sprecher der liberale kath. Parlamentarier Mittermaier war ⁶¹⁷). Die Mitglieder des StV baten in einer an den Erzbischof gerichteten Eingabe v. 25. 1. 1846 um die Abhaltung einer Diözesansynode. Sie verwahrten sich hierbei gegen den Vorwurf, eine kirchl. Ständevertretung anzustreben und versicherten, nur eine Kirchen-

versammlung im Auge zu haben, die den kanon. Vorschriften entspräche. Ihre an eine zukünftige Synode gerichteten Wünsche, so z.B. die Abänderung des die kath. Kindererziehung vorschreibenden kirchl. Mischehenrechtes, bewiesen jedoch ihre der streng kirchl. Richtung, die seit dem Regierungsantritt Erzbischof von Vicaris in Freiburg die Oberhand erlangt hatte, entgegenstehende Grundhaltung, so daß sie mit ihrer Petition ebenso erfolglos wie die übrigen "Synodiker" bleiben mußten.

Bemerkenswert an der Aktion des Heidelberger StV ist aber, daß das mehrheitlich mit Laien besetzte und aus einem kath. Wahlkörper hervorgegangene Verwaltungskollegium für das Ortskirchenvermögen zum Ansatzpunkt einer Laieninitiative innerhalb des kirchl. Organismus geworden war ⁶¹⁸).

Die kleine Schar der "klerikal" gesinnten kath. Konservativen wandte sich scharf gegen die Synodalbewegung, da eine Synode im jetzigen Augenblick nur "Spaltungen, Lähmung der noch übrigen Ordnung und Zucht in der kath. Kirche und noch größere Erkaltung der Religiosität" zur Folge haben würde ⁶¹⁹).

Die Gr. Reg., die ursprünglich der Synodalbewegung sehr positiv gegenübergestanden hatte ⁶²⁰), verhielt sich angesichts ihrer Verquickung mit dem politischen Liberalismus immer zurückhaltender und unterstützte zuletzt offen die ablehnende Haltung des Freiburger Erzbischofs ⁶²¹).

§ 10. Die Revolution von 1848: Ihre Rückwirkungen auf die innerkirchliche Entwicklung und das Verhältnis von Kirche und Staat

1) Abschied von der Idee des Staatskirchentums

Während die restaurative Staatsgewalt in den Revolutionswirren von 1848 zusammenbrach oder sich nur mit militärischer Hilfe von außen im Aufstand des Bürgers zu behaupten wußte, blieb die Kirche in ihrem Bestand unerschüttert und offenbarte eine eigene, vom Schicksal der Staatsgewalt unabhängige soziale Standfestigkeit. Die Kirche bewies, daß sie mehr als eine traditionelle Erziehungsanstalt und mehr als die Hüterin eines überlieferten, der Zeit nicht mehr gerecht werdenden religiösen Kultes war. Sie erwies sich als eine geistige Macht in den Herzen vieler Menschen.

Wie der Zusammenbruch der kirchl. Ordnung unter dem Zugriff des säkularisierenden Staates eine entscheidende Gewichtsverlagerung zugunsten der Staatsgewalt gebracht hatte, so verursachten die revolutionären Erschütterungen der Jahre 1848/49 eine Kräfteverschiebung zu Gunsten der Kirche, die als rein geistliche Macht eine der staatl. Bürokratie fremde Anpassungsfähigkeit gegenüber den neuen Ideen und Idealen an den Tag legte.

Die Kirche nahm nun für sich als Korporation jene Grundrechte in Anspruch, die die liberale Bewegung jedem einzelnen als Glaubens- und Gewissensfreiheit, Vereins-, Presse- und Schulfreiheit zugestand ⁶²²⁾. Sie verband sich mit dem Liberalismus im Kampf gegen den Polizeistaat und den demokratisch-republikanischen Radikalismus ⁶²³⁾. Auch die nationale Bewegung der Revolutionsjahre machte sich die Kirche zunutze, indem sie nun versuchte, die landeskirchliche Aufspaltung des deutschen Katholizismus zu überwinden und einen Zusammenschluß des deutschen Episkopates herbeizuführen.

Auf Einladung des Erzbischofs von Köln, Johannes Geissel, versammelten sich am 22. 10. 1848 die deutschen Bischöfe in Würzburg zur ersten "nationalen" Bischofskonferenz seit den Tagen der Emser Punktation ⁶²⁴). Sie forderten die Unabhängigkeit der Kirche vom Staat. Künftighin sollte die Kirche ihre Ämter frei besetzen, ihr Vermögen, wozu auch die kath. Schul- und Armenstiftungen gerechnet wurden, selbständig verwalten können und in der Ausübung ihres Hirtenamtes weder durch das landh. Plazet noch durch den "recursus ab abusu" beschränkt sein.

Die kirchl. Führer wollten die Unabhängigkeit, nicht die Trennung der Kirche vom Staat ⁶²⁵). Letzteres mußte zum weltanschaulich neutralen Staat führen, bei dessen Verwirklichung die Kirche die Entchristlichung der Schule, den Wegfall der staatl. Bistumsdotationen sowie die Einführung der Zivilehe befürchtete. Ihr Ziel war es deshalb, die Bindung von Kirche und Staat unter Aufhebung der bisherigen Staatsaufsicht beizubehalten, so daß sie die Vorteile einer Trennung vom Staat erlangen konnte, ohne gleichzeitig auf die mit der Bindung an den Staat verknüpften Privilegien verzichten zu müssen. Im Verhältnis von Kirche und Staat sollte der einseitigen Unterordnung die gegenseitige Zuordnung folgen.

2) Die Kirche entdeckt das "katholische Volk"

In dem sich 1848 ankündigenden Zeitalter der Volkssouveränität und des Parlamentarismus konnte die Hierarchie nur dann auf eine Durchsetzung ihrer kirchenpolitischen Forderungen im Staat hoffen, wenn es ihr gelang, das kath. Volk, d.h. den kath. Laien, zur aktiven Parteinahme für die kirchl. Ziele zu gewinnen. Der kath. Laie war daher zur politischen Schlüsselfigur für die Kirche geworden. Er allein konnte ihr das notwendige politische Gewicht in den Parlamenten und den für die kommenden Auseinandersetzungen erforderlichen Rückhalt im Volk geben. Sein Mündigwerden im politischen Bereich entsprach daher dem Interesse der kirchl. Hierarchie und wurde von ihr kräftig unterstützt. So forderte z.B. der Erzbischof von Köln in seinem mit der Einladung zur Würzburger Bischofskonferenz verbundenen "Pro-memoria", daß "das Gefühl der kath. Laien für die Freiheit ihrer Religion und Kirche" geweckt und kath. Vereine sowie die kath. Presse gefördert werden müßten ⁶²⁶).

Der Aufruf, im öffentlichen Leben eine eigenverantwortliche Aufgabe im Dienst der Kirche zu übernehmen, fiel bei den kath. Laien auf fruchtbaren Boden.

Unter Mitwirkung und Anführung der Geistlichkeit gründeten sie seit März 1848 überall in Deutschland Piusvereine "zum Schutz der religiösen und kirchlichen Freiheit", um so die kath. Bevölkerung politisch zu organisieren und die Wahl kirchl. gesinnter Abgeordneter, die Abfassung von Massendemonstrationen zugunsten kirchl. Forderungen und die Gründung kath. Zeitungen zu ermöglichen ⁶²⁷). Vertreter aller Piusvereine Deutschlands kamen vom 3.10. - 6.10. 1848 in Mainz zum ersten deutschen Katholikentag zusammen, der zur Gründung einer Dachorganisation, des "Kath. Vereins Deutschlands", führte ⁶²⁸.

Die aus den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung hervorgegangenen kirchl. gesinnten bzw. "klerikalen"

kath. Abgeordneten schlossen sich unbeschadet ihrer sonstigen voneinander abweichenden liberalen oder konservativen Gesellschaftsauffassungen in der Paulskirche zu einem "Kath. Verein" zusammen, um eine gemeinsame Front bei der Beratung der kirchl. Fragen bilden zu können ⁶²⁹⁾.

Die Aufforderung des Laien zur Vertretung der Kirche nach "außen" mußte in ihm den Willen stärken, auch im innerkirchlichen Bereich eine seinen Kräften und seiner Eignung entsprechende Mitverantwortung zu tragen.

Die Entdeckung des kath. Laien trug dazu bei, die Frage nach dem korporativen Charakter der Kirche auch von Seiten der kirchl. Erneuerer neu zu stellen. Der bisher hauptsächlich von Wessenbergianern vorgebrachte Ruf nach Synoden ergriff jetzt auch streng kirchl. Kreise und fand ein zustimmendes Echo bei der Würzburger Bischofskonferenz. Letztere lehnte aber die jetzt verstärkt erhobenen Forderungen der Wessenbergianer nach Laienbeteiligung und "votum decisivum" für alle oder zumindest die geistl. Mitglieder der Synoden ⁶³⁰⁾ ab. Die endgültige Beschlußfassung über die auf der Synode behandelten Themen sollte dem Bischof zustehen ⁶³¹⁾.

Der ausschließlich klerikale Charakter zukünftiger Synoden stieß auch bei Anhängern der kirchl. Erneuerung auf Widerspruch. Sie wollten Laien als Berater oder wenigstens als Zuhörer zu den Synoden zulassen ⁶³²⁾. Man sah in diesen Kreisen ein, daß die "kirchl. Integration" des Laien sich nicht in seiner Mitarbeit bei kath. Vereinen und Organisationen erschöpfen durfte ⁶³³⁾. Er sollte vielmehr in angemessener Weise an den kirchl. Institutionen, Ämtern und Aufgaben teilhaben ⁶³⁴⁾. Von allen kirchl. Angelegenheiten schien die Verwaltung des Kirchenvermögens, deren Übergang an die Kirche für die nächste Zukunft erwartet wurde, am ehesten geeignet, der Mitverantwortung des Laien anvertraut zu werden ⁶³⁵⁾. Hatten schon bisher kath. Laien im Auftrag des Staates das Kirchenvermögen ordentlich verwaltet, so war nicht einzusehen, wieso sie nicht - ihre kirchl.

Gesinnung vorausgesetzt - unter Aufsicht des Bischofs diese Aufgabe weiter erfüllen sollten.

Das Scheitern der bürgerlichen Revolution und mehr noch die unvermittelte und vollständige Abwendung Roms von den neuen gesellschaftspolitischen Kräften ⁶³⁶⁾ führte nach dem Höhepunkt von 1848 das baldige Ende der synodalen Bewegung herbei ⁶³⁷⁾. Mit Schreiben v. 17. 5. 1849 ⁶³⁸⁾ lehnte Papst Pius IX. die von der Würzburger Bischofskonferenz vorgeschlagenen Diözesansynoden im gegenwärtigen Zeitpunkt ab und befürwortete statt dessen die baldige Abhaltung von Provinzialsynoden, d.h. von Bischofskonferenzen der einzelnen Kirchenprovinzen. Mit dieser Entscheidung wurden nicht nur die Bestrebungen der Wessenbergianer auf Einführung "gemischter, repräsentativer Synoden" verworfen, sondern auch alle Versuche gemäßigt und streng kirchl. Kreise vereitelt, über die Wiederbelebung des Synodalinstituts und unter voller Wahrung des hierarchischen Prinzips den körperschaftlichen Gedanken in der Kirche neu zu kräftigen ⁶³⁹⁾.

Für die zukünftige Stellung des Laien in der Kirche hatte die nun einsetzende kirchl. Restauration zur Folge, daß die Hierarchie eine aktive Kirchengliedschaft des Laien - trotz seines immer stärker werdenden politischen Einsatzes für sie - nicht anerkannte und ihm keinen im Rahmen des kath. Kirchenverständnisses möglichen Anteil am Kirchenregiment zubilligte. Soweit dem Laien in Zukunft bei der kirchl. Vermögensverwaltung - dem wichtigsten Beispiel einer möglichen Laienbeteiligung an der Kirchenverwaltung - ein Mitwirkungsrecht gewährt wurde, geschah dies im Zeichen kirchl. Kompromißbereitschaft gegenüber staatl. Forderungen.

3) Die Konkordatsära

Obwohl die bürgerliche Revolution 1850 gescheitert war, zeigte sich die kath. Kirche nicht bereit, auf die ihr von der Frankfurter Nationalversammlung zugestandene Freiheit von staatl. Bevormundung wieder Verzicht zu leisten ⁶⁴⁰⁾. Dabei kam ihr zugute, daß sie sich trotz ihrer Verbindung mit der Revolutionsbewegung im Kampf gegen den Polizeistaat im innerkirchlichen Bereich des liberalen Gedankengutes zu erwehren gewußt hatte und als beständigster konservativer Machtfaktor aus den Revolutionswirren hervorgegangen war. Als konservative "Massenbewegung" konnte die Kirche für die restaurative Staatsgewalt von unschätzbarem Nutzen im weiteren Kampf gegen das liberale Bürgertum sein ⁶⁴¹⁾. Andererseits mußte ein starres Festhalten am Staatskirchentum und ein darüber aufflammender Streit zwischen Staat und Kirche zur Schwächung des konservativen Lagers führen.

Im Besitz dieser innenpolitischen Ausgangsstellung erneuerten die 1851 in Freiburg versammelten Bischöfe der Oberrh. Kirchenprovinz die 1848 auf der Würzburger Bischofskonferenz gefaßten Beschlüsse über die Rechte und Freiheiten der Kirche im Staat. Auf die gemeinsame bischöfl. Denkschrift v. 7. 2. 1851 ⁶⁴²⁾ antworteten die Staatsregierungen der Oberrh. Kirchenprovinz mit der übereinstimmend erlassenen landh. VO v. 1. 3. 1853 ⁶⁴³⁾, die das Grundgesetz des südwestd. Staatskirchentums, die landh. VO v. 30. 1. 1830 nur unwesentlich zugunsten der Kirche abänderte. Gleichzeitig hob Baden das Gr. Dekanat auf und übertrug die bisher von den Gr. Dekanen geübte Aufsicht über die kath. Lokalstiftungen ⁶⁴⁴⁾ den gleichfalls geistl. Gr. Bezirksschulvisitatoren ⁶⁴⁵⁾. Zur Frage der Kirchenvermögensverwaltung erging unter dem 3. 3. 1853 eine VO des Gr. Bad. MdI, "das Mitwirkungs- und Mitaufsichtsrecht des Landesbischofs bei Verwaltung und Verwendung des kath. Kirchenvermögens betr." ⁶⁴⁶⁾.

Die Ministerial-VO v. 3. 3. 1853 brachte lediglich eine nähere Ausgestaltung des bereits durch § 38 der landh. VO v. 30. 1. 1830 anerkannten, aber bisher mehr oder weniger auf dem Papier stehenden bischöfl. Mitaufsichtsrechtes über die staatl. Kirchenvermögensverwaltung. Gem. den §§ 1, 2 der Ministerial-VO war der obersten Kirchenbehörde eine Vermögensaufstellung über "alle im Großherzogtum bestehenden kirchlichen Fonds" zu übergeben und dieselbe "von Zeit zu Zeit" durch eine auf den neuesten Stand gebrachte Darstellung zu ersetzen. Die Kirchenbehörde konnte "durch ihre Dekane oder sonstige Beauftragte" am Ort der staatl. Stiftungsverwaltungen die Stiftungsrechnungen einsehen lassen "und den oberen Verwaltungsbehörden ihre Erinnerungen und Bemerkungen zur gebührenden Berücksichtigung" mitteilen (§ 3). Ausgaben kirchl. Fonds, die nicht durch "Stiftungsbrief" oder "Herkommen" als stiftungsgemäß ausgewiesen waren, sowie Grundstockveränderungen wie z.B. Kauf, Tausch, Verpfändung, Ablösung unterlagen "der Beistimmung der Kirchenbehörde" (§§ 4, 5).

Selbst diese im Vergleich zur bischöfl. Forderung nach eigener Verwaltung des Kirchenvermögens bescheidenen Verwaltungsrechte wurden dem Erzbischof in praxi nicht voll zugestanden. So erhielt das Erzb. Ordin. erstmalig durch Erl. des Gr. MdI v. 13. 6. 1856, Nr. 7277 ⁶⁴⁷⁾, ein Verzeichnis der kath. "kirchlichen und gemischten" Lokalfonds. Ihr hierbei angegebener Vermögensstand fußte auf den Rechnungsunterlagen der Jahre 1849/50, war also restlos veraltet. Um die nach den §§ 4, 5 der Ministerial-VO erforderliche "Beistimmung der Kirchenbehörde" zu Grundstockveränderungen suchte der OKR nur nach, wenn es sich um Verfügungen über das Vermögen der Allgemeinen Kath. Kirchenkasse oder der Pfarrinterimsrevenuehauptkassen handelte ⁶⁴⁸⁾. Die restlichen rund 50 unmittelbar vom OKR verwalteten kath. Fonds blieben dem kirchl. "Beistimmungsrecht" verschlossen, da sie vom Staat nicht zu den "kirchlichen kath. Stiftungen" gezählt wurden.

Die Ablehnung aller wesentlichen bischöfl. Forderungen durch die "vereinigten Regierungen" veranlaßte Erzbischof von Vicari, den kirchl. Autonomieanspruch einseitig in die Tat umzusetzen und hiermit den offenen Konflikt mit der bad. Reg. heraufzubeschwören. Die Gr. Reg. beantwortete das entschlossene Vorgehen des Freiburger Erzbischofs mit Polizeimaßnahmen. So kam es zu den allgemein bekannten Ereignissen des bad. Kirchenkampfes ⁶⁴⁹⁾. Es sei an dieser Stelle nur die am 15. 11. 1853 erfolgte Exkommunikation des OKR erwähnt ⁶⁵⁰⁾, da von diesem Tage an das Erzb. Ordin. jeden Verkehr mit dem OKR abbrach und nur noch unmittelbar mit dem Gr. MdI verhandelte ⁶⁵¹⁾.

Zunehmende politische Isolierung und starker politischer Druck Österreichs ⁶⁵²⁾ zwangen die bad. Reg. trotz gegenteiliger Intervention Preußens zur allmählichen Änderung ihrer Politik.

Neben außenpolitischen waren es auch innenpolitische Gründe, die der Gr. Reg. einen gütlichen Ausgleich mit dem Erzbischof nahelegten. Die Verhaftung des Erzbischofs hatte seine Popularität unter Katholiken und Liberalen bedeutend gesteigert, die nun gemeinsam gegen die Gr. Reg. als Hort der Unfreiheit Stellung bezogen. Der außenpolitischen drohte die innenpolitische Isolierung der bad. Reg. zu folgen, aus welcher auf die Dauer eine neuerliche Gefährdung des kaum gefestigten Regimes entspringen mußte.

Die Presse Süddeutschlands und des benachbarten Elsaß ergriff zum überwiegenden Teil Partei für den Erzbischof und erhöhte noch den auf der bad. Reg. lastenden Druck.

Andererseits hatte auch Erzbischof von Vicari mit seiner starren Haltung den Bogen überspannt und sich in einen deutlichen Gegensatz zu seinen Suffraganen in Mainz und Rottenburg, den Bischöfen Wilhelm Freiherr von Ketteler und Josef Lipp, gebracht, die über Verhandlungen mit ihren Regierungen eine Aufhebung des Staatskirchentums zu erlangen hofften ⁶⁵³⁾.

Die Sackgasse, in die beide Parteien geraten waren, führte im April 1854 zu unmittelbaren Verhandlungen zwischen der bad. Reg. und dem Hl. Stuhl und im Sommer des gleichen Jahres zu einer vorläufigen Beendigung des Kirchenstreites ⁶⁵⁴⁾. Dieses interimistische Abkommen konnte die bad. Reg. nur durch ihre Bereitschaft erkaufen, Verhandlungen mit dem Hl. Stuhl über den Abschluß eines Konkordates, die endgültig im Frühjahr 1855 begannen, aufzunehmen ⁶⁵⁵⁾.

Die im Frühjahr 1856 erfolgende Ablösung der bad. "Kirchenkampfminister" ⁶⁵⁶⁾ und die Berufung des österreichfreundlichen, konservativen Freiherrn von Meysenbug, der im Frieden "mit der kath. Kirche das unabdingbare Postulat einer konservativen Regeneration der staatlichen Zustände" sah ⁶⁵⁷⁾, zum Minister des Gr. Hauses u. der Auswärtigen Angelegenheiten ⁶⁵⁸⁾ beseitigten die bisherigen staatl. Widerstände gegen die vertragliche Anerkennung einer grundsätzlich freien und selbständigen Kirche im Staat.

Die Bereitschaft des Staates, ein förmliches Konkordat abzuschließen, war bereits ein großer Erfolg für die kath. Kirche, da hiermit die bad. Reg. die zwischen ihrem Landesbistum, der Freiburger Erzdiözese, und der Weltkirche bestehende rechtliche Identität anerkannte und ihren Anspruch auf Einbeziehung der Kirche in den staatl. Organismus aufgab.

Staat und Kirche in Baden bewegten sich jetzt auf verschiedenen, grundsätzlich einander gleichgeordneten Ebenen, die eine einseitige Regelung der beiderseitigen Beziehungen nicht mehr zuließen.

Die Konkordatsverhandlungen der bad. Reg. liefen parallel zu ähnlichen Bemühungen anderer deutscher Staaten ⁶⁵⁹⁾.

Trug auch der Kirchenkampf in der Erzdiözese Freiburg typisch bad. Züge, so war sein Ausmünden in Konkordatsverhandlungen nur Teil einer großräumigeren Entwicklung.

§ 11. Die badische Konvention vom 28. 6. 1859

1) Die zwischen dem Heiligen Stuhl und der badischen Regierung gepflogenen Vertragsverhandlungen (1855 - 1859)

a) Der päpstliche Basisvorschlag vom 27. 6. 1855 und die badische Antwortnote vom 21. 5. 1856

Nachdem das Abkommen über die vorläufige Beendigung des Kirchenkampfes im November 1854 zur Ausführung gekommen war ⁶⁶⁰⁾, zögerte die Gr. Reg. den Beginn der eigentlichen Konkordatsverhandlungen noch bis Mitte April 1855 hinaus ⁶⁶¹⁾.

In der am 27. 6. 1855 dem bad. Unterhändler zugestellten "Basis für eine Übereinkunft zwischen dem Hl. Stuhl und dem Großherzogtum Baden" ⁶⁶²⁾ schlug der Hl. Stuhl folgende Ordnung der Kirchenvermögensverwaltung in Baden vor:

Die Verwaltung des in Baden befindlichen Kirchenvermögens untersteht grundsätzlich der freien und unbeschränkten Verwaltung des Erzbischofs bzw. der nach den "Heiligen Kanones hierzu bestimmten Personen".

Jeder Pfründinhaber verwaltet seine Pfründgüter frei nach den kanon. Vorschriften.

Die Verwaltung der örtlichen Kirchenfabriken und der erledigten Pfründen wird "gemischten Kommissionen" überlassen, die zu gleichen Teilen vom Erzbischof und der Gr. Reg. ernannt werden. Der Errichtung "gemischter Kommissionen" kann der Hl. Stuhl nur zustimmen, wenn sich die Gr. Reg. bereit erklärt, nur dem Erzbischof genehme Katholiken zu Kommissionsmitgliedern zu bestellen, und der Erzbischof oder dessen Beauftragter in den "gemischten Kommissionen" den Vorsitz führt. Die Gr. Reg. muß sich außerdem verpflichten, "alles zu ergänzen, was zur Wiederherstellung und Unterhaltung der Kirchenfabriken dienen könnte", und dafür Sorge zu tragen, daß die Interkalargefälle in erster Linie zur Pfründaufbesserung verwendet werden.

Der Basisvorschlag sah "gemischte Kommissionen" nur für die Verwaltung des lokalen Kirchenvermögens vor. Die Verwaltung der kath. Distrikts- und Landesstiftungen fand im Basisvorschlag keine Erwähnung. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, daß Rom, das damals gleichzeitig mit mehreren Staaten Konkordatsverhandlungen führte, noch ungenügend über die konkrete Beschaffenheit des bad. Kirchenvermögens unterrichtet war ⁶⁶³).

Auf den päpstlichen Basisvorschlag erwiderte die bad. Reg. mit ihrer Note v. 21. 5. 1856. Darin entwickelte sie für die zukünftige Verwaltung des Kirchenvermögens folgende Grundsätze ⁶⁶⁴):

Die Aufsicht über die Verwaltung des Kirchenvermögens ist von Staat und Kirche gemeinsam zu führen.

Die Pfründinhaber verwalten ihre Pfründen selbst.

Die unmittelbare Verwaltung der erledigten Pfründen und örtlichen Kirchenfabriken obliegt Kommissionen, die in ihrer Zusammensetzung und Bestellung den bisherigen Kath. Stiftungsvorständen gleichen und ebenso wie diese auch zur Verwaltung der örtlichen kath. Schul- und Wohltätigkeitsstiftungen berufen sind.

Die Verwaltung bzw. Beaufsichtigung des allgemeinen und örtlichen Kirchenvermögens wird einer zentralen Fachbehörde übertragen.

Die Interkalargefälle dienen zunächst den Bedürfnissen der erledigten Pfründen, sodann dem Aufwand der örtlichen Kirchenfabriken und erst zuletzt und nur bei vorhandenem Einverständnis des Erzbischofs der Deckung anderer kirchl. Bedürfnisse.

Der Hauptunterschied zwischen den Vorschlägen des Hl. Stuhles und der bad. Reg. lag darin, daß die staatl. Seite an der bisherigen Verwaltungsweise des örtlichen Kirchenvermögens festhalten und nur eine gemeinsame Oberaufsicht von Erzbischof und Gr. Reg. zugestehen wollte, die Kurie hingegen die Einrichtung neuer kirchl. Verwaltungskommissionen

unter ausschließlich kirchl. Oberaufsicht verlangte. Der staatl. Vorschlag, mit der unmittelbaren Aufsicht über die lokale Kirchenvermögensverwaltung und mit der Verwaltung des allgemeinen Kirchenvermögens eine geschulte Fachbehörde zu betrauen, ließ außerdem die Absicht der bad. Reg. erkennen, den OKR in irgend-einer Form als zentrale Aufsichts- und Verwaltungsbehörde bestehen zu lassen ⁶⁶⁵).

Gegenüber den vom Hl. Stuhl für die Verwaltung des Ortskirchenvermögens in Aussicht gestellten "gemischten Kommissionen" gab die Gr. Reg. zu bedenken, daß eine paritätische Besetzung der Verwaltungskommissionen zur Bildung zweier gegnerischer Lager im Schoß einer jeden Kommission führen und so eine gedeihliche Verwaltung erschweren müßte. Die Beibehaltung der bisherigen örtlichen Verwaltungskommissionen sei daher vorzuziehen ⁶⁶⁶).

Die Annahme des staatl. Vorschlags hätte bedeutet, daß anstelle der von Rom gewünschten kirchl. "gemischten Kommissionen", bei denen der Staat nur ein Mitbesetzungsrecht haben sollte, weiterhin staatl. Verwaltungskommissionen die unmittelbare Verwaltung des Ortskirchenvermögens besorgt hätten. Als Gegenleistung für das hier verlangte kirchl. Zugeständnis wollte die bad. Reg. die gemeinsame Verwaltung der örtlichen kath. Kult-, Armen- und Schulstiftungen aufrechterhalten, obwohl sie die kath. Schul- und Armenfonds als sog. weltl. kath. Stiftungsvermögen nicht zum Kirchenvermögen rechnete.

b) Der päpstliche Konventionsentwurf vom 13. 12. 1856 und die badische Antwortnote vom 19. 3. 1857

Der Konventionsentwurf v. 13. 12. 1856 ⁶⁶⁷) zeigte, daß der Hl. Stuhl zugunsten einer einheitlichen Verwaltung des kirchl. und nichtkirchl. oder weltl. kath. Stiftungsvermögens - eine Unterscheidung, die der Hl. Stuhl nie ausdrücklich anerkannte und die, sobald als Kirche und Staat sich über die Ver-

waltung des sog. weltl. kath. Stiftungsvermögens nicht einigen konnten, zum eigentlichen Streitpunkt werden mußte - bereit war, den staatl. Wünschen entgegenzukommen ⁶⁶⁸).

Der das Kirchenvermögen betreffende Art. 10 des Entwurfs hielt an dem Grundsatz, daß das Kirchenvermögen "im Namen der Kirche unter der Autorität und Überwachung des Erzbischofs" zu verwalten sei, fest. In der zu Art. 10 erteilten ausführlichen Erklärung willigte jedoch der Hl. Stuhl ein, "daß die unmittelbare Verwaltung des kirchlichen Vermögens in der bisher geübten Weise fortgesetzt werde und daß die Regierung an der Aufsicht über die Verwaltung teilnehme", wenn die Gr. Reg. u.a. folgende Bedingungen annehme:

Der Erzbischof und das Domkapitel "verwalten frei und ohne irgendeine Aufsicht von Seiten der Regierung" die Bistumsdotation und alle Fonds, "welche etwa aus ersparten Einkünften ~~dieser~~ Dotation" gebildet sind oder werden; "ebenso die Stiftungen, welche von Privaten zum Vorteil irgendeines dieser Fonds gemacht" sind oder werden. Der Erzbischof führt die Aufsicht über das von den Landkapiteln verwaltete Kapitelsvermögen.

"Der Erzbischof bestätigt entweder selbst oder durch seine Ruraldekane die von den kath. Gemeinden für die Lokalstiftungskommissionen gewählten Personen und die von diesen bestellten Rechner. Der Pfarrer wird in diesen Kommissionen als Beauftragter des Erzbischofs handeln. Auch die Dekane werden von diesem beauftragt werden, in Gemeinschaft mit den Verwaltungsbeamten der Regierung die Lokalstiftungen zu überwachen ...

Für die oberste Verwaltung aller kirchlichen Stiftungen, sowohl der örtlichen wie der allgemeinen ..., wird eine gemischte Kommission gebildet werden, welche im Namen der Kirche handeln und mit eine hinlänglichen Zahl von Personen, die zur Hälfte von der Regierung, zur Hälfte vom Erzbischof ausgewählt werden, besetzt sein wird. Die Organisation und die Dienstberechtigungen dieser Kommission

sowie die für die Geschäftseinrichtungen zu erlassenden Instruktionen werden unter Zustimmung des Erzbischofs festgestellt". Die Kommission hat dem Erzbischof jederzeit Auskunft über den Stand der einzelnen Fonds zu geben. Dem Erzbischof steht es auch frei, "diese Kommission mit der definitiven Verbescheidung der Rechnungen zu beauftragen oder sich in Ansehen derjenigen Stiftungen, welche er für die bedeutenderen hält, die Genehmigung des Rechnungsbescheides vorzubehalten".

Trotz ihrer im Konventionsentwurf enthaltenen Versicherung, die seither in Baden geübte unmittelbare Verwaltung des Kirchenvermögens nicht verändern zu wollen, hielt die Kurie, wie sich aus den von ihr gestellten Bedingungen ergab, nicht nur am alleinigen Oberaufsichtsrecht des Erzbischofs, sondern auch am kirchl. Charakter der zur unmittelbaren Verwaltung berufenen Behörden fest. Sie gab zwar die von ihr zur Verwaltung des Ortskirchenvermögens vorgesehenen "gemischten Kommissionen" zugunsten der bisher diese Verwaltung führenden Kath. Stiftungsvorstände auf, verlangte jedoch das alleinige kirchl. Bestätigungsrecht für den dem StV vorstehenden Ortsgeistlichen, die gewählten Vorstandsmitglieder und den Rechner sowie die Anerkennung des geistl. Vorsitzenden als Beauftragten des Erzbischofs. Das bedeutete die Umwandlung des StV von einer staatl. in eine kirchl. Behörde. Den staatl. Vorschlag, mit der Verwaltung des allgemeinen Kirchenvermögens und der Aufsicht über die örtlichen Stiftungsverwaltungen eine zentrale Fachbehörde zu beauftragen, griff der päpstliche Konventionsentwurf auf und sah als zentrale Aufsichts- und Verwaltungsbehörde eine gemischte, paritätisch von Erzbischof und Gr. Reg. zu besetzende Kommission vor. Der Vorsitz des Erzbischofs oder seines Beauftragten in der Kommission wurde nicht verlangt. Hingegen sollte die Organisation und Geschäftseinrichtung der obersten Verwaltungskommission nur mit Zustimmung des Erzbischofs erfolgen können. Weitere den Behördencharakter der neuen Kom-

mission bestimmende Vorschriften ⁶⁶⁹⁾ enthielt der römische Konventionsentwurf nicht. Es mag daher dahingestellt bleiben, ob der Hl. Stuhl die geplante oberste "gemischte Kommission" als rein kirchl. Behörde errichtet wissen wollte. Sicherlich lehnte er den von der Gr. Reg. angestrebten ausschließlich staatl. Charakter dieser zentralen Verwaltungsbehörde ab und forderte zumindest eine gleichermaßen im kirchl. und staatl. Behördenaufbau verankerte Kommission.

Am ausschließlich kirchl. Charakter der der zentralen "gemischten Kommission" zu übertragenden Befugnisse - die rechtliche Natur des Amtes darf nicht mit der Rechtsnatur der Behörde, die dieses Amt verwaltet, verwechselt werden, da beide nicht übereinzustimmen brauchen ⁶⁷⁰⁾ - ließ der päpstliche Konventionsentwurf nicht rütteln. So sollte die oberste "gemischte Kommission" ihre Verwaltung nur "im Namen der Kirche" führen, jederzeit dem Erzbischof auf Verlangen Auskunft über die einzelnen Fonds erteilen und ihm auf ein entsprechendes Ersuchen die Abhörbescheide der bedeutenderen Fondsrechnungen zur Genehmigung vorlegen. Der Gr. Reg. wurde hierbei nicht gedacht, obwohl ihr der Konventionsentwurf grundsätzlich das Recht zuerkannte, "an der Aufsicht über die Verwaltung" teilzunehmen.

In ihrer offiziellen Erwiderung v. 19. 3. 1857 ⁶⁷¹⁾ willigte die bad. Reg. in die - de facto bereits bestehende ⁶⁷²⁾ - selbständige Verwaltung der Erzbistumsdotation durch Erzbischof und Domkapitel unter der Bedingung ein, daß zur Veräußerung von Liegenschaften und anderer wichtiger Bestandteile der Erzbistumsdotation die staatl. Genehmigung eingeholt und der Gr. Reg. gelegentlich Einsicht in die Rechnungen gewährt werde.

Alle Mitglieder der Kath. Stiftungsvorstände sollten der staatl. Bestätigung bedürfen, d.h., die örtlichen Verwaltungskommissionen sollten auch in Zukunft staatl. Behörden bleiben. Mit der paritätischen Besetzung der zentralen Verwaltungskommission erklärte sich die Gr. Reg. für den Fall

einverstanden, daß die von Erzbischof und Reg. ernannten Kommissionsmitglieder beiden Teilen genehm sein mußten.

Den Grundsatz, daß dem Erzbischof allein und nicht nur gleichberechtigt neben der Gr. Reg. die Oberaufsicht über die Verwaltung des Kirchenvermögens zukomme, erkannte die Regierungsnote nicht an. Dem Erzbischof wurden statt ~~dessen~~ einzelne Aufsichtsrechte wie die Genehmigung zur Veräußerung von Kirchengut und die Einsicht in die Stiftungsrechnungen zugestanden. Die Aufsichtsrechte des Erzbischofs sollten sich im übrigen auf die Verwaltung der kirchl. kath. Stiftungen beschränken; denn die Reg. schlug in ihrer Note v. 19. 3. 1857 vor, die geplante oberste Verwaltungskommission in zwei "Sektionen" aufzugliedern, von denen je eine die Verwaltung der kirchl. und der nichtkirchl. oder weltl. kath. Stiftungen übernehmen sollte. Die von der Kurie mit ihrem Entgegenkommen erstrebte einheitliche kirchl. Verwaltung aller kath. Stiftungen lehnte die Gr. Reg. also ab.

c) Der päpstliche Konventionsentwurf vom 16. 9. 1857

Der päpstliche Konventionsentwurf v. 16. 9. 1857 ⁶⁷³⁾ beruhte auf den im April und Juni des gleichen Jahres von den Bevollmächtigten der Kirche und des Staates über den Konventionsentwurf v. 13. 12. 1856 und die staatl. Erwiderung v. 19. 3. 1857 geführten Verhandlungen ⁶⁷⁴⁾.

Der päpstliche Konventionsentwurf v. 16. 9. 1857 kam den staatl. Wünschen in vielen Punkten entgegen. So sollte zur Veräußerung und Belastung von Grundstücken und Fonds, die zur Erzbistumsdotation gehörten, die Zustimmung der Gr. Reg. eingeholt werden. Die in die örtlichen Verwaltungskommissionen zu wählenden Mitglieder und der Stiftungsrechner sollten neben der kirchl. auch der staatl. Bestätigung bedürfen.

Die Kurie war damit einverstanden, daß die sog. nichtkirchl. kath. Stiftungen der Leitung einer von der obersten "gemischten" Verwaltungskommission getrennten staatl. Behörde anver-

traut wurden. Beide obersten Verwaltungsbehörden sollten jedoch einen gemeinsamen Vorsitzenden haben.

Der päpstliche Konventionsentwurf hielt am Prinzip der allein kirchl. Leitung und Oberaufsicht über die Kirchenvermögensverwaltung, soweit sie der obersten "gemischten" Verwaltungskommission unterstehen sollte, fest, gestand aber im einzelnen der Gr. Reg. fast die gleichen Oberaufsichtsrechte wie dem Erzbischof zu.

d) Die Auseinandersetzung über das erzbischöfliche Mitaufsichtsrecht über die sogenannten weltlichen kath. Stiftungen und das Problem der Pfründausscheidung

Die von der Kurie in ihrem Entwurf v. 16. 9. 1857 vorgeschlagene Regelung der Kirchenvermögensverwaltung fand im wesentlichen Aufnahme in den endgültigen Konventionstext.

Bis zum Schluß der Konkordatsverhandlungen streitig blieb die vom Hl. Stuhl verlangte erzb. Mitaufsicht über das weltl. kath. Stiftungsvermögen. Die bad. Reg. sprach der Kirche jedes Mitwirkungsrecht bei der Verwaltung dieses Vermögens ab und weigerte sich, dem Erzbischof ein förmliches Mitaufsichtsrecht darüber einzuräumen.

Das schwierigste in den Konkordatsverhandlungen noch zu lösende Problem, in dessen Schatten das bischöfl. Aufsichtsrecht über die nichtkirchl. bzw. weltl. kath. Stiftungen immer mehr geriet, war die Pfründausscheidung⁶⁷⁵⁾.

Über die Aufhebung des bisher geltenden und staatsrechtlich begründeten landh. Patronatsrechtes waren sich beide Parteien einig. Die Gr. Reg. wollte jedoch, daß die Kurie die Verleihung des weitaus größten Teiles der bad. Kirchenpfründen dem Privatpatronat des bad. Großherzogs überließ, ohne Rücksicht darauf, ob in jedem einzelnen Fall das beanspruchte Pfründverleihungsrecht des Monarchen kanon.-rechtlich begründet war oder nicht. Für die Gr. Reg. war die staatl. Verleihung der Kirchenpfründen eine Frage des politischen Ein-

flusses, "der Macht und der gesicherten Existenz" ⁶⁷⁶⁾. Umgekehrt sahen die kirchl. Vertreter in der bischöfl. Verleihung der Kirchenpfründen die Voraussetzung für die Schaffung eines kirchentreuen Klerus und bestanden darauf, daß der Großherzog zukünftig nur noch solche Pfründen verleihen dürfe, die nach kanon. Recht in sein Privatpatronat fielen ⁶⁷⁷⁾.

Nach Untersuchung aller Pfründen bot die Kurie im Juli 1858 ⁶⁷⁸⁾ an, 310 von insgesamt rund 600 zwischen Krone und Erzbischof zu teilenden Pfründen ⁶⁷⁹⁾ dem Patronat des Landesherrn zu unterstellen, während die bad. Unterhändler 450 Pfründen durch den Großherzog verliehen wissen wollten.

Als Preis für ein weiteres Entgegenkommen verlangte Rom u.a. die Mitbeteiligung des Erzbischofs an der Verwaltung des weltl. kath. Stiftungsvermögens ⁶⁸⁰⁾. Die Gr. Reg., die sich hartnäckig gegen ein förmliches erzb. Mitaufsichtsrecht über das weltl. kath. Stiftungsvermögen gewehrt hatte ⁶⁸¹⁾, willigte zuletzt und nachdem die Kurie die dem Patronat des Landesherrn zufallenden Pfründen auf 400 erhöht hatte ⁶⁸²⁾ darin ein, dem Erzbischof in einer besonderen, der Konvention beizufügenden Note das jederzeitige Einsichtsrecht in die Rechnungen und Urkunden der weltl. kath. Fonds zuzusichern. Etwaige Beanstandungen des Erzbischofs wegen der Verwendung dieses Vermögens sollten von Seiten des Staates gebührende Berücksichtigung finden ⁶⁸³⁾.

2) Die in der Konvention vom 28. 6. 1859⁶⁸⁴⁾ getroffene
Regelung der Kirchenvermögensverwaltung in Baden

a) Realdotation und Verbot einer neuerlichen Säkularisation

In Art. 3 der Konvention verpflichtete sich der bad. Staat, die Realdotation des Erzbistums, "sobald es die Verhältnisse gestatten", zu verwirklichen. Art. 3 bekräftigte die aus § 35 RDHS fließende Verpflichtung des Staates zur Ausstattung des Erzbistums mit liegenden Gütern und Fonds⁶⁸⁵⁾, setzte jedoch für den endlichen Vollzug der Realdotation keine Frist und ermöglichte so ihre Vertagung auf einen ungewissen Zeitpunkt in der Zukunft. Art. 3 gab aber dem kirchl. Verlangen auf Realdotation eine neue rechtliche Grundlage und beendete den Streit über die staatl. Verpflichtung hierzu.

Art. 12 Abs. 1 sicherte der Kirche den Bestand ihres jetzigen und zukünftigen Vermögens nach Maßgabe der für alle geltenden Gesetze zu, verbot sonach den Erlass eines auf die neuerliche Säkularisation von Kirchenvermögen gerichteten Sondergesetzes.

b) Grundsatz der kirchlichen Vermögensverwaltung

Art. 12 Abs. 2 Satz 1 lautete: "Das Kirchenvermögen wird im Namen der Kirche unter Aufsicht des Erzbischofs von denjenigen verwaltet, die nach Vorschrift der Kirchengesetze oder nach dem Herkommen oder infolge eines Privilegiums oder endlich durch eine besondere Bestimmung des Stifters zu solcher Verwaltung berufen sind".

Art. 12 Abs. 2 Satz 1 bedeutete ein Obsiegen der kirchl. Auffassung, da er die Oberaufsicht und Leitung der Kirchenvermögensverwaltung allein dem Erzbischof zusprach und die ausschließlich kirchl. Zuständigkeit für die Verwaltung des Kirchenvermögens im Grundsatz anerkannte. Soweit nach In-

krafttreten der Konvention staatl. oder halb staatl. Behörden mit der Verwaltung des Kirchenvermögens betraut werden sollten, konnte dies nur im Rahmen einer kirchl. Auftragsverwaltung geschehen.

c) Die oberste gemischte Verwaltungskommission

α) Die Delegation der erzbischöflichen Verwaltungsrechte

In Weiterführung des in Art. 12 Abs. 2 Satz 1 niedergelegten Grundsatzes verpflichtete Art. 12 Abs. 2 Satz 2 der Konvention alle mit der Obsorge für das Kirchenvermögen betrauten Vermögensverwalter zur jährlichen Rechnungslegung vor dem Erzbischof oder dessen Bevollmächtigten, mochten sie "auch auf Grund der oben angeführten Titel (Art. 12 Abs. 2 Satz 1) anderen gegenüber" - z.B. der Gr. Reg. - "die gleiche Verpflichtung haben".

Zum Ausgleich dafür, daß der Staat den kirchl. Charakter der Kirchenvermögensverwaltung zugestand, erklärte sich der Hl. Stuhl unter der Voraussetzung, daß die gegenwärtigen Verhältnisse fortdauern und die Staatskasse notfalls für die allgemeinen und örtlichen Kirchenbedürfnisse Zuschüsse leisten würde, dazu bereit, das Kirchenvermögen in der in der Konvention festgesetzten Art und Weise verwalten zu lassen (Art. 12 Abs. 3).

Außerdem wies der Hl. Stuhl in seiner "vertraulichen Note v. 28. 6. 1859 über einige weitere Weisungen an den Erzbischof von Freiburg" ⁶⁸⁶⁾ den letzteren darauf hin, daß unter dem Bevollmächtigten, dem gem. Art. 12 Abs. 2 Satz 2 anstelle des Erzbischofs von den Kirchenvermögensverwaltern jährlich Rechnung gelegt werden solle, die in den Art. 18 und 19 näher umschriebene oberste gemischte Verwaltungskommission zu verstehen sei.

An der Spitze der gem. Art. 16 - 21 zur Verwaltung des kirchl. Stiftungs- und Pfründvermögens berufenen Verwaltungsorgane

stand die oberste gemischte Verwaltungskommission, die "im Namen der Kirche" die Verwaltung der allgemeinen kirchl. Stiftungen "zu überwachen" und "die Oberaufsicht über die Verwaltung sämtlicher kirchlicher Fonds des Großherzogtums zu führen" hatte (Art. 18 Satz 1).

Im "Namen der Kirche" bedeutete nichts anderes als im Namen und Auftrag des die oberste Verwaltungskommission hiermit bevollmächtigenden Erzbischofs ⁶⁸⁷⁾.

Die oberste gemischte Verwaltungskommission war nicht auf Grund einer Vollmacht, die nur ein höchst persönliches Vertretungsrecht gewährt und das Recht des Vertretenen zur selbständigen Erledigung der in den Rahmen der Vollmacht fallenden Geschäfte bestehen läßt, Bevollmächtigte des Erzbischofs geworden. Ihre Bevollmächtigung beruhte auf Delegation, nicht auf Mandat ⁶⁸⁸⁾, d.h., der Erzbischof hatte seine in Art. 12 ihm zugesprochenen Verwaltungsrechte - bzw. Teile hiervon ⁶⁸⁹⁾ - auf die oberste Verwaltungskommission übertragen, die sie im Auftrag des jeweiligen Ordinarius, aber in eigener Zuständigkeit (Kompetenz) wahrnahm. Die oberste Verwaltungskommission war nicht wie das Erzb. Ordin. eine mit dem Erzbischof identische Behörde, sondern rechtlich von ihm unterschieden. Solange die Delegation an die oberste gemischte Verwaltungskommission andauerte, war der Erzbischof von der Ausübung der der Verwaltungskommission übertragenen Aufsichts- und Verwaltungsrechte ausgeschlossen.

A) Die Zusammensetzung der obersten gemischten Verwaltungskommission

Sie sollte eine kollegiale Behörde sein, deren Mitglieder katholisch waren und zu je gleichen Teilen vom Erzbischof und der Gr. Reg. ernannt wurden. Alle Mitglieder der Verwaltungskommission mußten sowohl der Reg. als auch der obersten Kirchenbehörde genehm sein. Die Ernennung des Vorstehers der obersten Verwaltungskommission erfolgte im Einvernehmen

von Erzbischof und Reg. (Art. 19 Abs. 1).

Die Art und Weise, in der die gemischte Kommission ihr Amt zu führen hatte, d.h. die für sie geltenden Organisations- und Dienstvorschriften, sollten die Gr. Reg. und der Erzbischof im gegenseitigen Einvernehmen festsetzen (Art. 19 Abs. 2).

Ihr Besetzungsmodus und ihre verwaltungsinterne Organisation wiesen darauf hin, daß die oberste gemischte Verwaltungskommission als halb kirchl., halb staatl. Behörde errichtet werden sollte. Diesen halb kirchl., halb staatl. Charakter, der die oberste Verwaltungskommission sowohl der kirchl. als auch der staatl. Behördenorganisation zuordnete, hatte die Kurie bereits mit ihrem Konventionsentwurf v. 16. 9. 1857, dessen Art. 19 wörtlich Eingang in die Konvention gefunden hatte, als Konzession an die von der Regierungsseite verlangte "gemeinsame Verwaltung des kirchlichen Vermögens" zugestanden.

Da die gemischt staatl. - kirchl. Verwaltungskommission auf Grund der erzb. Delegation die Leitung der kirchl. Vermögensverwaltung übernehmen sollte, liegt es nahe, zu fragen, ob die im Prinzip anerkannte oberste Verwaltungsbefugnis des Erzbischofs durch die Delegation seiner Verwaltungsrechte an die genannte Behörde nicht wieder zugunsten einer gleichberechtigten staatl. - kirchl. Leitungsgewalt aufgehoben worden war.

Die Beantwortung dieser Frage hängt von dem Umfang der Rechte ab, die dem Erzbischof trotz der Delegation an die gemischte Verwaltungskommission verblieben waren.

8) Die Abgrenzung der Verwaltungskompetenz des Erzbischofs
und der obersten gemischten Verwaltungs-
kommission

Bevor das Ausmaß der vom Erzbischof delegierten Verwaltungsrechte untersucht werden soll, soll geprüft werden, ob es eine Möglichkeit gab, diese Kompetenzverschiebung wieder rückgängig zu machen.

Im Gegensatz zum Mandat beschränkt sich die Delegation nicht auf die Person des Deleganten, so daß sie mit dessen Tode wieder erlöschen würde. Der Delegatar erlangt einen echten Rechtszuwachs, der seiner originären Kompetenz einverleibt wird. Er übt die ihm delegierten Rechte nicht im fremden, sondern im eigenen Namen aus. Daraus folgt aber, daß die Rechtswirksamkeit der Delegation für den Amtsnachfolger des Deleganten ebenso wie die Rechtsgültigkeit der übrigen "Rechtsverfügungen" bestehen bleibt. Eine Delegation ist grundsätzlich unwiderruflich, es sei denn, die Widerruflichkeit wird im Delegationsakt ausdrücklich vorbehalten⁶⁹⁰⁾.

Die Delegation der erzb. Verwaltungsrechte an die oberste gemischte Verwaltungskommission war Bestandteil eines völkerrechtlichen Vertrages. Ihr Widerruf war daher nur unter den vertraglichen Voraussetzungen und bei Aufhebung des Vertrages möglich. Art. 12 Abs 3, der zusammen mit Art. 18 Satz 1 die Kompetenzdelegation des Erzbischofs darstellte, besagte, daß der Hl. Stuhl und - durch ihn vertreten - der Erzbischof von Freiburg die in der Konvention vorgesehene Verwaltung des Kirchenvermögens gutheiße, solange die Staatskasse sich verpflichtet fühle, notfalls für die allgemeinen und örtlichen Kirchenbedürfnisse Zuschüsse zu leisten. Das bedeutete, daß der Erzbischof dann ein Recht zur Zurücknahme der an die oberste gemischte Verwaltungskommission delegierten Rechte hatte, wenn die Staatskasse sich weigerte, im Bedürfnisfall die kirchl. Finanzen aufzubessern⁶⁹¹⁾.

Der Umfang der Rechte, die mit der Delegation übertragen wer-

den, hängt allein vom Willen des Deleganten ab. Er kann alle seine Rechte oder nur einige davon delegieren.

Wie schon die in den Art. 12 ff. der Konvention aufgezählten besonderen Aufsichtsrechte des Erzbischofs beweisen, sollte nur ein Teil der erzb. Verwaltungskompetenz auf die oberste gemischte Verwaltungskommission übertragen werden. So sollte z.B. die Veräußerung kirchl. Liegenschaften nach wie vor von der Genehmigung des Erzbischofs abhängig bleiben (Art. 13).

Ein Anhaltspunkt für die dem Erzbischof trotz der Delegation verbliebenen Aufsichtsrechte läßt sich aus der Überlegung gewinnen, daß sich der Erzbischof der unmittelbaren Leitung der kirchl. Vermögensverwaltung, die gem. Art. 18 der obersten gemischten Verwaltungskommission zukam, nicht aber der ihm als oberster Kirchenbehörde gem. Art. 12 Abs 2 Satz 1 auch zustehenden Aufsicht über die Amtstätigkeit der obersten Verwaltungskommission begeben wollte⁶⁹²⁾. Die Kompetenzen von Erzbischof und oberster gemischter Verwaltungskommission können daher so voneinander abgegrenzt werden, daß man sagt, der obersten Verwaltungskommission sollte die Aufsicht über das Verwaltungsgebaren der einzelnen Vermögensverwalter, dem Erzbischof aber die Aufsicht über die Verwaltungs- und Aufsichtstätigkeit der obersten Verwaltungskommission übertragen sein.

8) Die erzbischöfliche Oberaufsicht

Einzelne aus seiner Oberaufsicht über die oberste Verwaltungskommission abgeleitete Befugnisse des Erzbischofs fanden sich in der Konvention aufgezählt. Hierher gehörten die den §§ 4, 5 der Ministerial-VO v. 3. 3. 1853⁶⁹³⁾ entnommenen erzb. Genehmigungsvorbehalte bei Veräußerung und Belastung kirchl. Liegenschaften sowie zweckwidriger Verwendung von Stiftungserträgen (Art. 13). Hinzu kamen die Genehmigung von Verpachtungen über neun Jahre (Art. 13), der Erlaß der für die oberste gemischte Verwaltungskommission

geltenden Organisations- und Dienstanweisungen (Art. 19 Abs. 2), die Einsichtnahme in die Akten und Rechnungen der kirchl. Stiftungen, die Festlegung einer Verwaltungsdirektive für jede einzelne Stiftung (Art. 20 Abs. 1 und 2) sowie ein Weisungsrecht für die Verwendung aller zur Ausgestaltung des Gottesdienstes bestimmten Stiftungserträge (Art. 20 Satz 3).

Der in den Art. 13 ff. aufgestellte Katalog erzb. Aufsichtsrechte über die oberste gemischte Verwaltungskommission war nicht vollständig⁶⁹⁴). Die im Konventionstext genannten erzb. Rechte verdankten ihre Erwähnung dem Umstand, daß sie fast alle auch der Gr. Reg. zustehen sollten⁶⁹⁵) und der Erzbischof bei ihrer Ausübung auf ein Einvernehmen mit der obersten Staatsbehörde angewiesen war.

Die Mitaufsichtsrechte der Gr. Reg. beschränkten sich notwendigerweise auf ihre in der Konvention einzeln aufgeführten Befugnisse, da ihr der Vertragstext - im Gegensatz zum Erzbischof - kein allgemeines Aufsichtsrecht über die Kirchenvermögensverwaltung zusprach.

Die Richtigkeit der These, daß das erzb. Oberaufsichtsrecht in den Art. 13 ff. keine abschließende Ausgestaltung erfahren hat, zeigt sich u.a. daran, daß die besagten Artikel einige wichtige Aufsichtsrechte, die die spätere landh. VO v. 20. 11. 1861⁶⁹⁶) dem Erzbischof einräumte, nicht erwähnten. Es ist aber nicht anzunehmen, daß die landh. VO v. 20. 11. 1861, die keine die alleinige erzb. Oberaufsicht im Grundsatz anerkennende Bestimmung mehr enthielt, dem Erzbischof eine größere Einwirkung auf die Kirchenvermögensverwaltung zubilligen wollte als die Konvention von 1859.

Anhand der ausführlicheren landh. VO von 1861 können noch folgende Befugnisse dem in Art. 12 der Konvention anerkannten erzb. Oberaufsichtsrecht mit Sicherheit zugerechnet werden: ein Superrevisionsrecht, das die oberste gemischte Verwaltungskommission verpflichtete, regelmäßig eine Auswahl der von ihr geprüften Stiftungsrechnungen dem Erzbischof zur

Nachprüfung vorzulegen (§ 15 der landh. VO); das Recht des Erzbischofs, zulässige Beschwerden gegen Verfügungen der obersten Verwaltungskommission entgegenzunehmen und zu bescheiden ⁶⁹⁷⁾.

ε) Die staatliche Mitaufsicht

Wie schon angedeutet, hatte sich die Gr. Reg. bestimmte Mitwirkungsrechte bei der Beaufsichtigung der obersten gemischten Verwaltungskommission vorbehalten. So konnten die Organisations- und Dienstweisungen für die oberste Verwaltungskommission und die Verwaltungsdirektiven für die einzelnen Stiftungen nur von Erzbischof und Gr. Reg. gemeinsam erlassen werden (Art. 19 Abs. 2, Art. 20). Zur Veräußerung und Belastung kirchl. Liegenschaften und zur stiftungswidrigen Verwendung von kirchl. Stiftungsvermögen war nicht nur die Zustimmung des Erzbischofs, sondern auch diejenige der Gr. Reg. erforderlich (Art. 13 Abs. 2). Die Rechnungsprüfung durch die oberste gemischte Verwaltungskommission erfolgte im Namen des Erzbischofs und der Gr. Reg. (Art. 18 Satz 2).

Obwohl sich die Gr. Reg. ein umfangreiches Mitaufsichtsrecht gesichert hatte und die in Art. 18 Satz 2 gebrauchte Formulierung "im Namen des Erzbischofs und der Großherzoglichen Regierung" Erzbischof und Reg. in ihrer Beziehung zur obersten gemischten Verwaltungskommission auf die gleiche Stufe zu stellen schien, sollte die bad. Reg. keine dem Erzbischof gleichgestellte Oberaufsicht über die gemischte Verwaltungskommission ausüben.

Art. 18 Satz 1 ⁶⁹⁸⁾, der den ganzen Aufgabenbereich der obersten gemischten Verwaltungskommission umschrieb und somit die Grundsatzregelung enthielt, bestimmte, daß die oberste Verwaltungskommission ihr Amt "im Namen der Kirche" zu führen habe. Er knüpfte damit an den in Art. 12 Abs. 2 Satz 1 niedergelegten Grundsatz der erzb. Oberaufsicht über die Kirchenvermögensverwaltung an. Von der Gr. Reg. war in

Art. 18 Satz 1 nicht die Rede, sie fand erst in Satz 2 Berücksichtigung.

Art. 18 Satz 2 sprach von der Rechnungsprüfung, die nur eine, wenn auch die wichtigste der Aufsichtsfunktionen war, die die oberste Verwaltungskommission auszuüben hatte. Die Rechnungsprüfung sollte die oberste gemischte Verwaltungskommission "im Namen des Erzbischofs" ⁶⁹⁹⁾ und "im Namen der Großherzoglichen Regierung" vornehmen, d.h., bei der Rechnungsprüfung nahm sie nicht nur kirchl., sondern auch staatl. Aufsichtsrechte wahr, was wiederum auf ein doppelspuriges Oberaufsichtsrecht von Kirche und Staat hinwies.

Da aber Art. 18 Satz 2 im Gegensatz zu Art. 18 Satz 1 nur einen Einzelfall regelte, war er wie alle übrigen Konventionsbestimmungen, die der Gr. Reg. Aufsichtsrechte über die kirchl. Vermögensverwaltung zusprachen, eine den Regelfall der rein kirchl. Oberaufsicht durchbrechende Ausnahmenvorschrift. Ein allgemeines, von der Sache her begründetes Recht zur Beaufsichtigung der obersten gemischten Verwaltungskommission bestand beim kirchl. Charakter ihrer Tätigkeit auch nur für den Erzbischof.

Die "Aufsichtsrechte" der Gr. Reg. stellten sich rechtlich als eine von kirchl. Seite ausnahmsweise zugestandene Teilhabe an den originären erzb. Aufsichtsrechten dar ⁷⁰⁰⁾. Die Mitwirkung der Gr. Reg. entsprach hierbei dem früheren in der landh. VO v. 30. 1. 1830 verankerten erzb. Mitaufsichtsrecht. War bis 1859 die Kirchenvermögensverwaltung eine staatl. Angelegenheit, und kam dem Erzbischof nur in bestimmten Fällen ein gleichberechtigtes Mitaufsichtsrecht neben den zuständigen Staatsbehörden zu, so sollte nach Inkrafttreten der Konvention die Kirchenvermögensverwaltung eine kirchl. Angelegenheit und die Mitwirkung der Gr. Reg. nur ausnahmsweise erforderlich sein. Der Umstand, daß die in der Konvention verbriefte staatl. "Mitaufsicht" umfangreicher als die bisherige "Mitaufsicht" des Erzbischofs sein sollte, ändert nichts an ihrer rechtlichen Beurteilung.

7) Der Aufgabenbereich der obersten gemischten Verwaltungskommission

Die oberste gemischte Verwaltungskommission leitete und beaufsichtigte gem. Art. 18 Satz 1 in Verb. mit Art. 21 Satz 1 die Verwaltung der allgemeinen, Distrikts- und Ortskirchenstiftungen einschließlich der besetzten und unbesetzten Pfründen ⁷⁰¹). Einzig die Erzbistumsdotation und die Landkapitelfonds waren ihrer Aufsicht entzogen (Art. 14, 15).

Die allgemeinen Kirchenstiftungen sollten wie bisher von besonderen hauptamtlich hierzu berufenen Rechnern unter der unmittelbaren Leitung der obersten Verwaltungskommission verwaltet werden. Die Rechner waren gemeinsam von Erzbischof und Reg. zu ernennen (Art. 18 Satz 1, 19 Abs. 3) ⁷⁰²).

Die Entscheidung der Frage, welche der bisher dem OKR unterstellten allgemeinen kath. Fonds als kirchl. bzw. als nichtkirchl. oder weltl. kath. Stiftungen zu betrachten seien, wurde einer späteren Vereinbarung zwischen Erzbischof und Reg. vorbehalten (Art. 18 Satz 3). Die Konvention erkannte namentlich nur den Interkalarfonds als allgemeine kirchl. Stiftung an (Art. 19 Abs. 3).

Die oberste gemischte Verwaltungskommission führte die Aufsicht über die die Distrikts- und Ortskirchenstiftungen verwaltenden Distrikts- und Ortsstiftungskommissionen und die Verwalter der besetzten und unbesetzten Pfründen. Bei der Aufsicht über die Ortsstiftungskommissionen hatte sie sich des Erzb. Dekans und des Gr. Bezirksamtes als Zwischeninstanzen zu bedienen (Art. 18 Satz 1 in Verb. mit Art. 16 Abs. 2 Satz 2) ⁷⁰³). In Ausübung ihrer Verwaltungsaufsicht prüfte und beschied die oberste gemischte Verwaltungskommission die Rechnungen der ihr unterstellten Vermögensverwalter (Art. 18 Satz 2).

d) Die Verwaltung der sogenannten nichtkirchlichen oder weltlichen katholischen Stiftungen

Die Konvention ließ die Streitfrage nach dem Umfang des kirchl. Vermögens unbeantwortet. Um eine Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat über die Rechtsnatur der staatlicherseits als weltl. Stiftungen beanspruchten kath. Schul- und Armenstiftungen ⁷⁰⁴⁾ zu vermeiden, sollte die bisherige gemeinsame Verwaltung aller kath. Fonds weitgehend beibehalten und dem Erzbischof ein großzügiges Informationsrecht bei der weiterhin staatl. Verwaltung der sog. weltl. kath. Stiftungen ⁷⁰⁵⁾ eingeräumt werden.

In Art. 19 Abs. 1 Satz 3 verpflichtete sich die Gr. Reg., den von ihr und dem Erzbischof gemeinsam ernannten Vorsitzenden der obersten gemischten Verwaltungskommission auch zum Vorsteher jenes aus Katholiken bestehenden Kollegiums zu bestellen, "welchem die Leitung der katholischen Schulen des Großherzogtums übertragen ist, und welchem zugleich die Aufsicht über die Verwaltung des im Großherzogtum für den katholischen Religionsteil bestimmten Vermögens obliegt" (Art. 19 Abs. 1 Satz 3). In einer "weiteren Weisung" zu Art. 18 erklärte sich der Hl. Stuhl damit einverstanden, daß für die beiden Oberbehörden auch eine gemeinsame Kanzlei und Revisionsabteilung eingerichtet werde.

Der engen Verbindung von oberster gemischter Verwaltungskommission und oberstem Verwaltungskollegium für die kath. Schulen und das weltl. kath. Stiftungsvermögen entsprach auf der Gemeindeebene die fortbestehende gemeinsame Verwaltung der kirchl. und weltl. kath. Ortsstiftungen durch die Kath. Stiftungskommissionen (Art. 16 Abs. 1) ⁷⁰⁶⁾.

Die Gr. Reg. war außerdem geneigt, "dem Kollegium für die kath. Schulen und Stiftungen" ⁷⁰⁷⁾ - ebenso wie der obersten gemischten Verwaltungskommission - die bisher von den Kreisregierungen geübte Aufsicht über die nichtkirchl. kath. Distrikts- und Lokalstiftungen zu übertragen. Auf diese Weise

hätte - abgesehen vom Gr. Bezirksamt, das nur gemeinsam mit dem Erzb. Dekan handeln konnte - keine ohne kirchl. Mitwirkung zu besetzende Staatsbehörde an der Verwaltung des sog. nichtkirchl. oder weltl. kath. Stiftungsvermögens teilgenommen.

Die Oberaufsicht und Leitung des weltl. kath. Stiftungsvermögens stand der Gr. Reg. zu. Das in einer Regierungsnote v. 28. 6. 1859 ⁷⁰⁸⁾ näher umschriebene erzb. Mitaufsichtsrecht über die nichtkirchl. kath. Stiftungen enthielt keine Genehmigungsvorbehalte und allgemeinen Weisungsbefugnisse, wie sie der Gr. Reg. für die Verwaltung des kirchl. Stiftungsvermögens gewährt wurden. Der Erzbischof sollte lediglich das Recht besitzen, Einsicht in die Rechnungen und Urkunden des nichtkirchl. Stiftungsvermögens nehmen und gegebenenfalls wegen der "Erhaltung und stiftungsgemäßen Verwendung dieses Vermögens" Beschwerde bei der Gr. Reg. einlegen zu können.

Weniger umfangreich als die staatl. Mitaufsicht über die Verwaltung der kirchl. Stiftungen, war die erzb. Mitaufsicht über die Verwaltung der weltl. kath. Stiftungen von gleicher Rechtsnatur und gestattete dem Erzbischof die förmliche Teilnahme an ihrer grundsätzlich staatl. Verwaltung.

Die Bereitschaft der Gr. Reg., die staatl. Verwaltung des sog. nichtkirchl. kath. Stiftungsvermögens in enger Verbindung mit der kirchl. Stiftungsverwaltung zu belassen, was der Kirche de facto, wenn auch nicht de iure einen erheblichen Einfluß auf das weltl. kath. Stiftungswesen verlieh, dürfte der Hauptgrund für das Entgegenkommen gewesen sein, das die kirchl. Seite in der Frage der erzb. Mitaufsicht über die Verwaltung der weltl. kath. Stiftungen bewies.

e) Die Kath. Distriktsstiftungskommissionen

Art. 17 sah die Errichtung besonderer Kath. Distriktsstiftungskommissionen vor. Diese sollten Kollegialbehörden sein, deren Mitglieder, Katholiken, paritätisch von Erzbischof und Reg. zu ernennen waren und beiden Seiten genehm sein mußten. Der Rechner, das Vollzugsorgan jeder Distriktsstiftungskommission, war von Reg. u. Erzbischof zu bestätigen. Im Gegensatz zur obersten gemischten Verwaltungskommission hatten die Mitglieder der Distriktsstiftungskommissionen das Recht, ihren Vorsitzenden selbst zu wählen.

Wie ihr Besetzungsmodus andeutete, sollten auch die Kath. Distriktsstiftungskommissionen gemischt staatl.-kirchl. Behörden sein. Sie hatten unter der Aufsicht der obersten gemischten Verwaltungskommission die Verwaltung der kirchl. Distriktsstiftungen, die bisher in den Händen des OKR und der Gr. Kreisregierungen lag ⁷⁰⁹⁾, zu führen. Die ebenfalls von den Gr. Kreisregierungen geübte Aufsicht über die kirchl. Lokalfonds ⁷¹⁰⁾ sollte voll und ganz auf die oberste gemischte Verwaltungskommission übergehen. Die zu errichtenden Kath. Distriktsstiftungskommissionen waren hieran nicht beteiligt.

f) Die Kath. Stiftungskommissionen

Die bisherigen "Stiftungsvorstände" sollten als örtliche Stiftungskommissionen in unveränderter Zusammensetzung erhalten bleiben und weiterhin die Verwaltung der lokalen kirchl. und nichtkirchl. oder weltl. kath. Stiftungen besorgen (Art. 16 Abs. 1) ⁷¹¹⁾.

Art. 16 Abs. 2 Satz 1 bestimmte, daß die gewählten Mitglieder der Ortsstiftungskommissionen und die von ihnen zu wählenden Stiftungsrechner von Erzbischof und Reg. zu bestätigen waren. Die örtliche Stiftungskommission war keine rein staatl., sondern eine halbstaatl., halb kirchl. Verwaltungsbehörde.

Die Verwaltung der kirchl. Ortsstiftungen erfolgte "im Namen der Kirche".

Der geistl. Vorsitzende der Kommission, der ihr neben dem kath. Bürgermeister bzw. ersten kath. Gemeinderat als geborenes Mitglied angehörte (§ 2 der Min.-VO v. 21. 11. 1820), übte sein Amt, das sich auch auf die Verwaltung der weltl. kath. Ortsfonds bezog, "im Namen und im Auftrag des Erzbischofs" aus (Art. 16 Abs. 1) ⁷¹²).

Die unmittelbare Aufsicht über die Verwaltung der lokalen kirchl. und nichtkirchl. kath. Stiftungen führten das Gr. Bezirksamt und der Erzb. Dekan gemeinschaftlich (Art. 16 Abs. 2 Satz 2) ⁷¹³).

Als Verwalterin der kirchl. Lokalfonds unterstand die Kath. Stiftungskommission der Oberaufsicht der obersten gemischten Verwaltungskommission (Art. 18 Satz 1).

Bei der Verwaltung der weltl. kath. Lokalfonds war die örtliche Stiftungskommission als Ganzes nur im staatl. Auftrag tätig und unterstand für diesen Bereich der Oberaufsicht der Gr. Kreisregierung bzw. des "Kollegiums für die kath. Schulen und Stiftungen" ⁷¹⁴).

g) Die Verwaltung der niederen Kirchenpfründen

Die Verwaltung der besetzten Pfründen sollte wie bisher von ihren Inhabern besorgt werden. Jedoch hob Art. 21 Satz 1 den § 38 Abs. 2 der landh. VO v. 30. 1. 1830 auf und bestimmte, daß die Verwaltung der besetzten Pfründen von nun an nach den Vorschriften des kanon. Rechtes zu erfolgen habe.

Die vakanten Pfründen sollten entweder von den Kapitelskammerern oder von besonderen, von Erzbischof und Reg. gemeinsam zu bestellenden Verwaltern verwaltet werden ⁷¹⁵).

Die Aufsicht über die vakanten und besetzten Pfründen war der obersten gemischten Verwaltungskommission übertragen (Art. 21, 18).

h) Die Verwaltung des nicht der Aufsicht der obersten
gemischten Verwaltungskommission unterstellten
Kirchenvermögens

α) Die Erzbistumsdotation

Das in erster Linie aus der staatl. Dotationsrente gespeiste Vermögen des Erzb. Stuhles, des Erzb. Domkapitels, der Metropolitankirche und des Erzb. Seminars sollte unmittelbar durch den Erzbischof und das Erzb. Domkapitel nach den Vorschriften des kanon. Rechtes verwaltet werden. Dem Vermögen dieser kirchl. Rechtsinstitute sollten auch alle jene privaten Stiftungen zuzurechnen sein, die bisher oder zukünftig zu ihren Gunsten gemacht wurden oder werden (Art. 14 Abs. 1). Der Erzbischof und das Erzb. Domkapitel waren in ihrer Verwaltung frei von staatl. Aufsicht. Lediglich die Veräußerung oder Belastung von Grundstücken und ständigen Fonds, die dem Erzbistum im Rahmen seiner Ausstattung vom Staat überwiesen worden waren oder in Zukunft überwiesen werden, sollte der Zustimmung der Gr. Reg. bedürfen (Art. 14 Abs. 2).

β) Das Vermögen der Landkapitel

Art. 15 der Konvention beließ die Kapitelfonds in der Ob-
sorge der Landkapitel, die sie wie bisher unter der unmittelbaren Aufsicht des Erzbischofs bzw. des Erzb. Ordin. zu verwalten hatten.

§ 12. Die badische Konvention im Spiegel der zwischen Kirche und Staat getroffenen Vereinbarungen in Württemberg und Hessen-Darmstadt

1) Die vorläufige württembergische Übereinkunft vom 12. 1. / 16. 1. 1854

Die schwächere Stellung des kath. Volksteils und die flexible Haltung des Bischofs von Rottenburg, Josef Lipp, verhinderte, daß es in Württemberg ebenso wie in Baden zum offenen Machtkampf zwischen Kirche und Staat kam. Die bereits zu Ende des Jahres 1853 zwischen Bischof Lipp und der württ. Reg. angeknüpften Verhandlungen führten am 12. 1. / 16. 1. 1854 zu einer vorläufigen Übereinkunft ⁷¹⁶⁾.

In Art. 16 dieser Übereinkunft anerkannte die württ. Reg. ihre Verpflichtung zur Realdotation des Bistums Rottenburg und versprach, sie "nach Zulassung der Staatsfinanzlage" zu erfüllen. Art. 17 sprach dem Bischof "die oberste Verwaltung des Vermögens der Kirchenpfründen und des daraus gebildeten Interkalarfonds" zu. Die "Inswerksetzung und Einrichtung" der neuen bischöfl. Verwaltung sollte "im gemeinsamen Benehmen" von Bischof und Reg. erfolgen. Bis dahin verblieb die Verwaltung der Kirchenpfründen und des Interkalarfonds unter der leitenden Aufsicht des Kath. Kirchenrats. Die Verwaltung der kath. Lokalfonds fand in der Übereinkunft keine Berücksichtigung.

2) Die vorläufige hessische Übereinkunft vom 23. 8. 1854

In Hessen, wo die Reg. von jeher mehr Rücksicht auf die kirchl. Wünsche genommen hatte als in Baden und Württemberg, trat Bischof Wilhelm Emanuel Freiherr von Ketteler 1854 in Verhandlungen mit der Gr. Reg. ein, um so den Staat zur Anerkennung und Erfüllung der kirchl. Forderungen zu bewegen.

Als Richtschnur für ihre Verhandlungsführung diente der hess. Reg. die württ. Übereinkunft vom Januar 1854. Da die württ. Regelung nur den Interkalarfonds und die Kirchenpfünden der obersten Verwaltung des Bischofs unterstellte, die kath. Lokalfonds, die in Hessen schon bisher unter starker Mitwirkung der kirchl. Behörden verwaltet wurden ⁷¹⁷⁾, aber gar nicht erwähnte, war die hess. Reg. zunächst wenig geneigt, an der hergebrachten Kirchenvermögensverwaltung ihres Landes etwas zu ändern. Lediglich die bischöfl. Mitaufsicht über die staatl. Verwaltung des "allgemeinen kath. Kirchenfonds" sollte erweitert werden, so daß in Zukunft alle Ausgaben des Fonds vom Bischof zu genehmigen waren ⁷¹⁸⁾.

Nachdem Bischof Ketteler, der nach wie vor die kirchl. Verwaltung des Kirchenvermögens forderte, ausdrücklich anerkannt hatte, "daß der Staatsregierung die erforderliche Einwirkung auf die Verwaltung des Kirchenvermögens zustehe, um sich darüber zu verlässigen, daß dasselbe wirklich gehörig verwaltet ... werde", zeigte sich die hess. Reg. zuletzt bereit, der bischöfl. Oberaufsicht über die Kirchenvermögensverwaltung zuzustimmen ⁷¹⁹⁾.

Dem Vorbild der württ. Übereinkunft v. 12. 1. / 16. 1. 1854 folgend, beschränkte sich die am 23. 8. 1854 zwischen der hess. Reg. und dem Bischof von Mainz geschlossene vorläufige Übereinkunft ⁷²⁰⁾ im Bereich der Kirchenvermögensverwaltung auf eine Grundsatzregelung.

In Art. 15 der Übereinkunft anerkannte die hess. Reg. ihre "Verbindlichkeit zur realen Dotation des Bistums" Mainz und

sagte "baldmögliche Erfüllung" zu. Art. 16 überließ die Neuordnung der Kirchenvermögensverwaltung - ebenso wie Art. 17 der württ. Übereinkunft - einer besonderen Vereinbarung zwischen Kirche und Staat und stellte nur die hierfür maßgeblichen Grundsätze auf. Danach sollte dem Bischof "die obere Aufsicht und Leitung" der Kirchenvermögensverwaltung zukommen, der Gr. Reg. aber "die erforderliche Einwirkung gesichert" werden, "teils um die Kirche, soweit nötig, zu unterstützen, teils um sich darüber zu verlässigen, daß das Kirchenvermögen auch wirklich gehörig verwaltet, seiner Bestimmung gemäß verwendet und in seiner Substanz erhalten werde".

Auf die Besetzung der kirchl. Behörden, die schon bisher Anteil an der Kirchenvermögensverwaltung hatten, das Bischöfl. Ordin. und die kath. Dekanate, wollte der Staat keinen Einfluß mehr nehmen. Gem. Art. 14 hatte der Bischof seine Ernennungen der hess. Reg. nur noch anzuzeigen.

Bischof Ketteler hatte die Übereinkunft v. 23. 8. 1854 unter dem Vorbehalt der nachfolgenden päpstlichen Genehmigung abgeschlossen. Diese Genehmigung erteilte der Hl. Stuhl nicht, gestattete jedoch nach anfänglichem Zögern, daß der Mainzer Bischof die mit dem hess. Staat getroffene Vereinbarung beibehalten könne, wenn an ihr noch einige Verbesserungen zugunsten der Kirche vorgenommen würden. Im Juli 1856 legte Bischof Ketteler dem Hl. Stuhl einen mit Rücksicht auf die päpstlichen Wünsche veränderten Vertragsentwurf vor, den die Kurie ohne weitere Gegenäußerung zu den Akten nahm. So kam es, daß die vorläufige Übereinkunft v. 23. 8. 1854 in ihrer ursprünglichen Form von der hess. Reg. und dem Bischof von Mainz zur Anwendung gebracht wurde und bis 1866 in Kraft blieb 721).

Die hess. Übereinkunft, die im Gegensatz zur bad. Konvention von 1859 nur zwischen Bischof und Landesregierung abgeschlossen worden war, besaß keine den Art. 12 ff. der bad. Konvention vergleichbare Detailbestimmungen. Sie stellte

dafür umso deutlicher die bischöfl. Leitung der Kirchenvermögensverwaltung und die im Vergleich hierzu untergeordnete und beschränkte Mitaufsicht des Staates heraus, zwei Grundsätze, die in der bad. Konvention infolge der vielen Einzelvorschriften weniger klar zum Ausdruck kamen.

3) Die württembergische Konvention vom 8. 4. 1857

Nachdem der Hl. Stuhl die zwischen Bischof Lipp und der württ. Reg. getroffene Übereinkunft v. 12. 1./16. 1. 1854 ausdrücklich verworfen hatte, kam es Mitte des Jahres 1856 zu direkten Verhandlungen zwischen der württ. Reg. und dem Hl. Stuhl, die am 8. 4. 1857 zur Unterzeichnung einer Konvention führten. Der Hl. Stuhl veröffentlichte sie mit der Bulle "Cum in sublimi principis" v. 22. 6. 1857 ⁷²²⁾, die wiederum durch die landh. VO v. 21. 12. 1857 ⁷²³⁾ in Württemberg offiziell bekanntgemacht wurde.

In Art. 3 der Konvention, der an die Stelle des Art. 16 der vorläufigen Übereinkunft von 1854 getreten war, versprach die württ. Reg. die baldmögliche Erfüllung der von ihr "immer anerkannten" Verbindlichkeit zur Realdotation des Bistums Rottenburg.

Art. 4 brachte die Aufhebung des landh. Dekanats und überließ die Wahl der vom Bischof zu bestätigenden Dekane wieder den Landkapiteln ⁷²⁴⁾. Gleichzeitig wurde dem Bischof die grundsätzlich freie Ernennung seines Generalvikars und der "außerordentlichen Mitglieder des Ordinariats" zugestanden ⁷²⁵⁾, d.h. die Gleichsetzung des Bischöfl. Ordin. mit dem Domkapitel aufgehoben ⁷²⁶⁾.

Der sehr umfangreiche Art. 10 der Konvention behandelte die Verwaltung des Kirchenvermögens.

Art. 10 Abs. 1 garantierte den Bestand des Vermögens, "welches die Kirche als ihr Eigentum besitzt oder in Zukunft erwerben wird", und machte jede "Veränderung oder Veräußerung" und jede stiftungswidrige Verwendung von Kirchengut von der "Zustimmung der Kirchengewalt" abhängig.

Art. 10 Abs. 2 ging vom Grundsatz der kirchl. Vermögensverwaltung aus und bestimmte, daß alles Kirchenvermögen "im Namen der Kirche und unter der Aufsicht des Bischofs" von denjenigen zu verwalten sei, die nach dem kanon. Recht, "nach dem Herkommen oder durch ein Privilegium und eine besondere

Bestimmung für irgendeine milde Stiftung zu solcher Verwaltung berufen sind". Alle Verwalter des Kirchenvermögens sollten "dem Bischof oder seinem Bevollmächtigten" jährlich Rechnung legen.

Die Absätze 3 ff. des Art. 10 beschäftigten sich mit der Anwendung der in den beiden ersten Absätzen entwickelten Grundsätze auf die in Württemberg vorgefundene konkrete Verwaltungssituation.

Die Verwaltung der "Kirchenfabriken sowie der übrigen kirchlichen Lokalstiftungen" wollte Art. 10 Abs. 3 in der bisherigen Weise fortführen lassen, sofern dies nur "im Namen der Kirche" geschah und die Pfarrer und Dekane die ihnen hierbei übertragenen Befugnisse fortan "im Auftrag des Bischofs" ausübten. Die nähere "Ausführung dieser Angelegenheit" blieb einer besonderen Vereinbarung zwischen dem Bischof von Rottenburg und der württ. Reg. vorbehalten.

Solange der Fiskus zu den allgemeinen und örtlich begrenzten Bedürfnissen der Kirche beitrug, sollten "die vakanten Pfründen und der Interkalarfond unter der Oberleitung des Bischofs und im Namen der Kirche durch eine gemischte Kommission verwaltet werden; die eine Hälfte der Mitglieder dieser Kommission erwählt der Bischof aus Geistlichen, die andere die Königliche Regierung aus Katholiken, den Vorsitz hat der Bischof oder dessen Bevollmächtigter" (Art. 10 Abs. 4).

Die gemischte Kommission hatte gem. Art. 10 Abs. 6 ⁷²⁷⁾ der Kgl. Reg. immer ~~genau~~ Kenntnis von der Verwendung des Interkalarfonds und der Erhaltung seines Grundstocks zu geben.

Die besetzten Pfründen waren von ihren Inhabern nach den Vorschriften des kanon. Rechtes unter der Oberaufsicht der gemischten Kommission zu verwalten (Art. 10. Abs. 7).

Über die Errichtung der gemischten Kommission und die damit zusammenhängenden Einzelfragen sollten Bischof und Reg. eine besondere Vereinbarung treffen (Art. 10 Abs. 4).

Art. 3 der württ. Konvention fand sich fast wortwörtlich in Art. 3 der bad. Konvention wieder. Beide Staaten verpflicht-

teten sich zur Realdotation ihrer Landesbistümer, ohne sich hierfür auf einen bestimmten Zeitpunkt festzulegen. Gleichermaßen enthielten Art. 10 Abs. 1 der württ. und Art. 12 Abs. 1 der bad. Konvention eine Bestandsgarantie für das jetzige und zukünftige Kirchenvermögen.

Gem. Art. 10 Abs. 2 war die Kirchenvermögensverwaltung eine kirchl. Angelegenheit und unter der Aufsicht des Bischofs zu führen. Den gleichen Grundsatz sprach auch der mit Art. 10 Abs. 2 identische Art. 12 Abs. 2 der bad. Konvention aus.

Art. 10 Abs. 4 der württ. Konvention delegierte die bischöfl. Aufsichtsrechte über den Interkalarfonds und die Kirchenpfründen auf eine "gemischte" Verwaltungskommission, die ebenso wie die bad. gemischte Verwaltungskommission unter der Oberaufsicht des Bischofs ihre Amtspflichten zu erfüllen hatte.

Je die Hälfte der Mitglieder des gemischten Verwaltungskollegiums waren vom Bischof und der Reg. zu ernennen. Im Gegensatz zur bad. Regelung mußten die vom Bischof ernannten Kollegialmitglieder dem geistl. Stand angehören. Letztere Vorschrift war sicherlich im Blick auf den Kath. Kirchenrat erlassen worden, an dessen Stelle die gemischte Verwaltungskommission treten sollte und der bekanntlich aus der gleichen Anzahl geistl. und weltl. Mitglieder bestand⁷²⁸⁾.

War die oberste gemischte Verwaltungskommission der Art. 18, 19 der bad. Konvention eine dem Erzbischof untergeordnete, aber klar von ihm getrennte Behörde, dessen Vorsitzender im Einverständnis von Erzbischof und Reg. zu bestellen war, so sollte den Vorsitz in der württ. gemischten Verwaltungskommission der Bischof oder dessen persönlicher Vertreter innehaben.

Die württ. Regelung stellte die gegenseitige Unabhängigkeit von Bischof und gemischter Kommission in Frage. Stand der Bischof selbst oder sein persönlicher Vertreter der Verwaltungskommission vor, so konnte er nicht gleichzeitig als ihre Aufsichtsbehörde fungieren, sondern mußte alle Entschei-

dungen der Kommission als seine eigenen gelten lassen. Sollte er aber trotzdem "die Oberleitung" über die Verwaltungskommission behalten, so war dies nur möglich, wenn der Bischof nicht nur als primus inter pares der Kommission vorstand, sondern gleichzeitig ein Veto gegen alle oder einen Teil der Kommissionsbeschlüsse besaß. Ein solches Veto hätte aber die kollegiale Beschlußfassung der gemischten Verwaltungskommission gefährdet und die Kommission zu einem Beratungsorgan des Bischofs herabgemindert, was wiederum die Delegation der bischöfl. Verwaltungsrechte an die gemischte Kommission hinfällig gemacht hätte.

Die Lösung dieses zentralen Problems sowie vieler anderer Fragen überließ Art. 10 Abs. 4 einer besonderen Übereinkunft zwischen Bischof und Reg..

Vielleicht gewitzigt durch die nach Abschluß der württ. Konvention ausbrechenden Streitigkeiten zwischen Kirche und Staat, regelte man in der bad. Konvention das Verhältnis der obersten gemischten Verwaltungskommission zu Erzbischof und Gr. Reg. viel ausführlicher.

Die Mitaufsicht der württ. Reg. über die gemischte Verwaltungskommission beschränkte sich auf die Einsicht in die Vermögensentwicklung und die Ausgaben des Interkalarfonds. Sie war also weit geringer als die entsprechende Mitaufsicht der bad. Reg. über die oberste gemischte Verwaltungskommission⁷²⁹⁾. Dafür sollten - anders als in Württemberg - der bad. gemischten Verwaltungskommission neben dem Interkalarfonds noch andere allgemeine kirchl. Fonds unterstellt sein.

Überließ die bad. Konvention die lokalen kirchl. Fonds der Aufsicht und Leitung der obersten gemischten Verwaltungskommission, so schloß die württ. Konvention die gemischte Verwaltungskommission von der Aufsicht über die kath. Lokalfonds aus. In dieser eingeschränkten, der bisherigen Kompetenz des Kath. Kirchenrats angepaßten Verwaltungsbefugnis der württ. gemischten Verwaltungskommission lag der wesentlichste Unterschied zur bad. gemischten Verwaltungskommission.

aber auch zur gesamten Regelung der Kirchenvermögensverwaltung, wie sie die bad. Konvention vorsah.

Gem. Art. 10 Abs. 3 der württ. Konvention sollten die "Kirchenfabriken" und "übrigen kirchlichen Lokalfonds" in der bisherigen Weise, d.h. durch staatl. Behörden, jedoch "im Namen der Kirche" verwaltet werden. Das aus der kirchl. Auftragsverwaltung fließende bischöfl. Aufsichtsrecht über die kirchl. Lokalfonds hatte zur Folge, daß von nun an die Ortspfarrer und kath. Dekane die Befugnisse, die ihnen in den gemeinschaftlichen Oberämtern und gemeindlichen Stiftungsräten übertragen waren, "im Auftrag des Bischofs" auszuüben hatten. Die Frage war nun, ob die im bischöfl. Auftrag an der Kirchenvermögensverwaltung mitwirkenden Pfarrer und Dekane an die Weisungen des Bischofs gebunden waren oder sich weiterhin nur nach den Anordnungen der Vorgesetzten staatl. Behörden zu richten hatten. Offen ließ Art. 10 Abs. 3 auch, ob sich die bischöfl. Aufsicht über die kirchl. Lokalfonds in der "Beauftragung" der Ortsgeistlichen und Dekane erschöpfte, oder ob dem Bischof in Anwendung von Art. 10 Abs. 1 wenigstens die Genehmigung aller Verfügungen, die das lokale Kirchenvermögen schmälerten oder seinem Stiftungszweck widersprachen, vorbehalten blieb ⁷³⁰).

Die Beantwortung der von Art. 10 Abs. 3 aufgeworfenen Fragen sollte eine zu seiner "Ausführung" abzuschließende Vereinbarung zwischen Bischof und Reg. bringen.

Die im Spätjahr 1857 zwischen Bischof Lipp und der württ. Reg. begonnenen Verhandlungen über den Vollzug des Art. 10 Abs. 3 und 4 brachten sogleich die gegensätzlichen Standpunkte von Kirche und Staat, die mit den Formulierungen des Art. 10 nur mangelhaft verdeckt worden waren, offen zum Vorschein.

Bischof Lipp, den eine päpstliche Instruktion v. 30. 6. 1857 noch angewiesen hatte, die zur Veräußerung von Kirchengut gem. Art. 10 Abs. 1 erforderliche kirchl. Genehmigung nicht

den Dekanen und Pfarrern zu überlassen 731), legte der württ. Reg. am 13. 11. 1857 ein Statut für die Verwaltung der kirchl. Lokalstiftungen vor. Danach sollten die Kgl. Kreisregierungen, die gem. § 148 des Verwaltungsedikts v. 1. 3. 1822 die Veräußerung von bedeutenderen kirchl. Liegenschaften zu genehmigen hatten, in Zukunft vor einer jeden Genehmigung die Zustimmung des Bischöfl. Ordin. einholen.

Die württ. Reg. lehnte die bischöfl. Vorschläge ab und bestritt, daß der Bischof aufgrund des Art. 10 Abs. 1 berechtigt sei, die Liegenschaftsveräußerungen kirchl. Lokalfonds von seinem Einverständnis abhängig zu machen. Art. 10 Abs. 3 bestimme ausdrücklich, daß die bisherige Verwaltung der kirchl. Lokalfonds bestehen bleiben solle. Die kirchl. Lokalfonds stünden im übrigen gar nicht im Eigentum der Kirche, sondern seien selbständige juristische Personen.

Kardinalstaatssekretär Antonelli unterstützte in seinem Schreiben v. 11. 5. 1858 den bischöfl. Standpunkt. Art. 10 Abs. 1 der Konvention, der für die Veräußerung von Kirchengut die "Zustimmung der Kirchengewalt" erfordere, sei auch auf die Verwaltung der kirchl. Lokalfonds anzuwenden. Der staatl. Unterhändler sei während der Konventionsverhandlungen hierauf aufmerksam gemacht worden und habe dies damals grundsätzlich zugestanden.

Die Reg. behauptete hingegen, die Kurie habe sich während der Konventionsverhandlungen darauf beschränkt, für den Bischof einen mit der bestehenden Gesetzgebung zu vereinbaren den Einfluß auf die Verwaltung der kirchl. Lokalfonds zu verlangen. Ein bischöfl. Genehmigungsrecht bei der Veräußerung von lokalem Kirchengut sei aber ohne gesetzliche Neuordnung der lokalen Stiftungsverwaltung nicht zu verwirklichen.

Zuletzt zeigte sich zwar der Minister des Innern geneigt, die Kgl. Kreisregierungen anzuweisen, jedesmal, wenn sie die Veräußerung einer kirchl. Liegenschaft zu genehmigen hatten, Rücksprache mit dem Bischöfl. Ordin. zu nehmen. Vor Ablehnung der Konvention durch die II. württ. Kammer kam es aber

zu keiner Vereinbarung über die kirchl. Lokalfonds mehr 732).

Zu Ende des Jahres 1857 begannen, wie schon erwähnt, auch die in Art. 10 Abs. 4 der Konvention vorgesehenen Verhandlungen über die Errichtung einer gemischten Verwaltungskommission.

Unter dem 2. 11. 1857 empfahl die Kurie dem Bischof von Rottenburg, den Sitz der gemischten Kommission, die Art. 10 unter seine Autorität gestellt habe, nach Rottenburg zu verlegen, um so selbst jederzeit ihren Vorsitz übernehmen zu können.

Bischof Lipp schlug daraufhin der württ. Reg. vor, Rottenburg zum Sitz der gemischten Kommission zu bestimmen, damit er selbst ihr vorstehen und ein Domkapitular als stellvertretender Vorsitzender amtieren könne. Die gemischte Kommission sollte ihm, dem Bischof, untergeordnet und er an ihre Mehrheitsentscheidungen nicht gebunden sein.

Die württ. Reg. vertrat in all diesen Fragen den genau gegenteiligen Standpunkt. Sie wollte den Sitz der gemischten Verwaltungskommission nach Stuttgart legen und zu deren Vorsitzenden einen juristisch vorgebildeten Laien bestellen. Die Reg. verstand unter der gemischten Kommission "ein mit Stimmenmehrheit Beschlüsse fassendes Kollegium, das die allgemeinen Verwaltungsgrundsätze festzustellen, über Einkünfte und Ausgaben zu disponieren und überhaupt gegenüber Oberkirchenbehörde und Staatsbehörde eine selbständige Kompetenz haben" sollte 733).

Nach langwierigen Verhandlungen mit der Reg. war Bischof Lipp bereit, den Vorsitz in der gemischten Kommission, die ihren Sitz in Stuttgart haben sollte, einem Laien zu übertragen und sie mit einer selbständigen Verwaltungskompetenz ähnlich derjenigen, die die bad. Konvention für die dortige oberste gemischte Verwaltungskommission vorgesehen hatte, auszustatten. In ihrer Verwaltung sollte sich die Kommission nach einer von Bischof und Reg. gemeinsam auszuarbeitenden Instruktion richten. Zur Wahrung seiner Oberaufsicht über

die gemischte Kommission verlangte der Bischof, daß der Vorsitzende der Kommission, der von ihm zu ernennen sei, bei Stimmengleichheit in der Kommission den Stichentscheid habe. Außerdem wollte sich der Bischof die Genehmigung von Liegenschaftsveräußerungen selbst vorbehalten.

Obwohl sich nun die Ansichten von Bischof und Reg. sehr angenähert hatten, kam es vor dem endgültigen Scheitern der Konvention zu keinem Abschluß der Verhandlungen mehr ⁷³⁴⁾.

§ 13. Das Ende der Konkordatsära

1) Der Umschwung von 1860

Das seit 1815 von der päpstlichen Diplomatie verfolgte Ziel, die Freiheit der Kirche im Staat wiederherzustellen, fand bei den konservativen Regierungen des Nachmärz, die in der Kirche eine Verteidigerin des Legitimus und der staatl. Autorität sahen, eine weitaus günstigere Resonanz als in den Jahren vor 1848 ⁷³⁵⁾. Stand auch die Kirche der staatl. Restauration wohlwollend gegenüber, so war sie dennoch bestrebt, ein Übergreifen der staatl. Restauration auf den kirchl. Bereich zu verhindern. Der Abschluß von Konkordaten schien ihr dazu am besten geeignet, da die vertragsschließenden Regierungen ausdrücklich die gleichberechtigte, dem Staat zugeordnete Stellung der Kirche anerkannten und sich selbst die Hände für eine einseitige Abänderung der einmal getroffenen Vereinbarungen banden.

Die im Frühjahr 1860 erfolgende Ablehnung der bad. Konvention durch die bad. Stände brachte die Wende in der bis dahin so erfolgreichen kirchl. Konkordatspolitik. Wie es dazu kam, soll nun kurz dargestellt werden.

2) Die nationalliberale Bewegung

Seit 1858, dem Beginn der "Neuen Ära" in Preußen, war die liberale Bewegung in Deutschland wieder in starkem Aufstieg begriffen. War es bis 1848 der individuelle Freiheitsgedanke, so war es jetzt hauptsächlich die Freiheit des Volkes, das Selbstbestimmungsrecht der Nation, d.h. der nationale Gedanke, der das politische Wollen des Bürgertums beflügelte⁷³⁶).

Ein von der Romantik beeinflusstes Gesellschaftsbild ließ den Staat als einen geschichtlich gewordenen Organismus begreifen, der Ziel und Zweck in sich selbst trug. Er verkörperte den Fortschritt in der Geschichte und war Ausdruck der lebendigen Volksgemeinschaft, deren "nationale Fähigkeiten, Bedürfnisse und Lebensfunktionen" Maß und Grundlage seiner Rechtsordnung bildeten. Eine Gegenüberstellung von Staat und Individuum und eine Beschränkung des Staatszwecks durch den die staatl. Gemeinschaft begründenden Gesellschaftsvertrag, Vorstellungen des von Frankreich und England beeinflussten frühen deutschen Liberalismus (Konstitutionalismus), wandern in das neuen Denken, das das gesamte öffentliche Leben als einheitlichen Organismus verstand, fremd⁷³⁷).

Die Übernahme des Organismusgedankens durch den deutschen Liberalismus führte zu einer stärkeren Betonung des Staates in der Idealform des Nationalstaates und zu einer Abwertung der dem staatsfreien Raum zugedachten Freiheitsrechte des Individuums.

Sollte der Nationalstaat anfänglich nur eine Folge der individuell ausgeübten Freiheitsrechte sein, so trat jetzt die der staatl. Gemeinschaft als Ganzes zukommende Freiheit, das Selbstbestimmungsrecht der Nation und ihre Unabhängigkeit nach außen, an die erste Stelle der liberalen Forderungen. Das Recht des einzelnen auf Freiheit vom Staat trat im liberalen Parteiprogramm im gleichen Maß, wie sich die parlamentarische Kontrolle der Exekutive erweiterte, zugun-

sten der Freiheit und Unabhängigkeit des den einzelnen umschließenden Staates in den Hintergrund ⁷³⁸⁾. Der liberale Konstitutionalismus wandelte sich zum nationalen Liberalismus ⁷³⁹⁾.

3) Die Stellung der Nationalliberalen zur Kirche

In der Frankfurter Paulskirche konzentrierten sich die Forderungen der Liberalen auf die Trennung von Kirche und Staat. Man war nicht bereit, die Kirche als gleichberechtigte Größe neben dem Staat zu dulden, doch wollte man innerhalb des anerkannten kirchl. Bereichs auf jede besondere Mit- und Einwirkung des Staates verzichten ⁷⁴⁰⁾.

Den Liberalen der 60er Jahre genügte die Trennung von Kirche und Staat nicht mehr. Sie bekämpften die These, daß die "auf das Gebiet des Glaubens und des Kultus" beschränkte Kirche von staatl. Kontrolle freizuhalten sei. Die Kirche sollte "unbeschadet ihrer berechtigten Tätigkeit dem einheitlichen Organismus des Zusammenlebens" wie "alle anderen gesellschaftlichen Gestaltungen im Volke" eingefügt werden. "Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit" sollte sie nicht von "Gehorsam und Unterordnung" unter "den allgemeinen Organismus in weltlichen Dingen" entbinden ⁷⁴¹⁾. Der spätere bad. Minister Julius Jolly bezeichnete die Trennung von Kirche und Staat als eine "marklose Theorie", da "die Kirche im Staat dem Staat schlechthin untertan" sei. Für Jolly war kirchl. Selbständigkeit nichts anderes als die kirchl. Wahrnehmung staatl. zuerteilter und kontrollierter Verwaltungsfunktionen ⁷⁴²⁾. Dies bedeutete die Wiederaufnahme des josefinischen Staatskirchentums durch den säkularisierten Staat.

Vermochte ein großer Teil der Liberalen von 1860 der Trennung von Kirche und Staat nicht mehr zuzustimmen, so lehnte er eine vertragliche Regelung der staatl.-kirchl. Beziehungen, die von der Gleichordnung von Kirche und Staat ausging, noch entschiedener ab. Bei der Ablehnung von Konkordaten berief man sich meist gar nicht lange auf ihren sachlichen Inhalt. Die Rechtsform des Vertrages, durch den der Staat sein Verhältnis zur Kirche regeln wollte, erschien bereits verwerflich ⁷⁴³⁾.

Welcker - einer der frühesten vom Organismusgedanken beein-

flußten Liberalen in Baden - sah im Konkordat einen Angriff auf die staatl. Funktion als Ordnungsmacht des Gesamtorganismus 744).

Der württ. Liberale Reyscher erklärte es für "gar nicht wünschenswert", ein Konkordat abzuschließen, da es allein Sache des Staates sei, im Konfliktfall "seinen Gesetzen Achtung zu verschaffen" 745).

Für Jolly stand die "hoheitliche Überwachung und Leitung des nationalen Kulturlebens" dem Abschluß eines Konkordates entgegen 746).

Die in der II. bad. Kammer von 1860 noch stark vertretenen konstitutionellen Liberalen hatten aus formalrechtlichen Gründen gegen den Abschluß eines Konkordates nichts einzuwenden. Sie lehnten aber die bad. Konvention aus sachlichen Gründen, u.a. wegen der in ihr enthaltenen staatl. Zugeständnisse auf dem Gebiet der Schule und des Ehrechts, ab. Gerade weil sie am alten liberalen Ideal der Trennung von Kirche und Staat festhielten, wachten sie eifersüchtig über die Integrität der staatl. Sphäre, zu der nach ihrer Ansicht das Ehrecht und das Erziehungswesen gehörten 747).

4) Die Niederlage Österreichs in Italien

In Österreich erblickten die deutschen Liberalen das Zentrum der restaurativen und antinationalen Kräfte. Als Vormacht des Deutschen Bundes hatte es maßgeblichen Anteil an der Niederwerfung der 48er Revolution und unterstützte die konservativen Regierungen in den südd. Mittelstaaten. Der Vielvölkerstaat Österreich widersprach in seiner Existenz der nationalliberalen Staatsauffassung.

Nach 1850 war Österreich der einzige größere deutsche Bundesstaat ohne Verfassung. Mit dem Konkordat von 1855 war in Österreich jener gesellschaftspolitische Zustand eingetreten, der von den Liberalen in ihrem Kampf gegen die südd. Konkordate als Schreckgespenst staatl. Ohnmacht und Selbstverstümmelung an die Wand gemalt wurde ⁷⁴⁸⁾.

Da Österreich die Konkordatsverhandlungen Württembergs und Badens diplomatisch förderte, schrieben die Liberalen den Abschluß des bad. und württ. Konkordates den politischen Intrigen des Kaiserstaates zu ⁷⁴⁹⁾.

Die militärische Niederlage des mit dem Papst gegen die italienische Nationalbewegung verbündeten Österreich bei Solferino im Jahre 1859 war daher für die deutschen Liberalen das Signal, die Wahrzeichen der staatl. - kirchl. Reaktion in ihren Ländern, die württ. und bad. Konvention, zu Fall zu bringen ⁷⁵⁰⁾.

5) Evangelische Besorgnisse

Besorgnisse gegen die württ. und bad. Konvention wurden sowohl von liberalen als auch pietistischen Kreisen des ev. Volksteils vorgebracht. In Baden betonte die "Durlacher Richtung" - so benannt nach einer am 28. 11. 1859 in Durlach abgehaltenen Konferenz führender ev. Konventionsgegner - die innere Wesensverwandtschaft zwischen ev. Glauben und modernem Staat und hob deren gemeinsame Bedrohung durch das Konkordat hervor. Der Protestantismus habe "den Staat nicht allein frei gemacht von fremden Banden", er habe "ihm auch zuerst die göttliche Mission zuerkannt, alle hohen und sittlichen Lebenszwecke menschlicher Gesellschaft vermittels seiner Ordnungen zu erreichen". Andererseits sei es eine "kräftige und unabhängige Staatsgewalt", die bisher die Evangelischen vor "solcher kanonischer Vergewaltigung geschützt habe", wie sie durch die bad. Konvention drohe ⁷⁵¹⁾.

Eine schwerwiegende Verletzung der Parität zwischen den beiden großen Konfessionen war die geringste Befürchtung, die ev. Christen für den Fall des Inkrafttretens der württ. und bad. Konvention hegten. In Württemberg befürchtete man, daß die Annahme der Konvention die Preisgabe des ev. Charakters des württ. Staates und eine allmähliche Diskriminierung des lutherischen Bekenntnisses im Gefolge haben würde. Ein württ. Pietist sprach in einer Flugschrift sogar die Erwartung aus, daß die Konvention mit dem Hl. Stuhl zu einer zwangsweisen Zurückführung der ev. Christen zum Katholizismus führen werde, da die kath. Kirche nur das Schwert, nicht aber die Toleranz kenne ⁷⁵²⁾.

6) Die Ablehnung der badischen Konvention durch die
II. Kammer am 30. 3. 1860

Am 19. 10. 1859 wurde in Rom die von Baden und dem Hl. Stuhl abgeschlossene Konvention mit der Bulle "Aeterni pastoris" publiziert. Die Gr. Reg. machte ihrerseits die Bulle "Aeterni pastoris" mit der landh. VO v. 5. 12. 1859 ⁷⁵³⁾ öffentlich bekannt.

Bereits zur Eröffnung der Sitzungsperiode 1859/60 der bad. Stände am 22. 11. 1859 teilte die Reg. den Ständevertretern den Text der Konvention und ihrer Beilagen mit und erklärte, daß der Konvention widersprechende Gesetze gem. dem Vorspruch der landh. VO v. 5. 12. 1859 und gem. Art. 23 der bad. Konvention durch entsprechende Abänderungsvorlagen, die den Ständen zur Genehmigung unterbreitet würden, aufgehoben werden sollten ⁷⁵⁴⁾. Nur diese Abänderungsvorlagen, nicht aber die Konvention selbst sollten nach dem Willen der Gr. Reg. dem Votum der Stände unterworfen werden, da die Reg. die der Konvention feindliche Haltung der liberalen Mehrheit der II. Kammer kannte.

Die II. Kammer wollte sich jedoch eine Beschlußfassung über die Konvention als Ganzes nicht entgehen lassen und bestellte am 7. 12. 1860 eine Kommission zur Prüfung der Konvention. Diese Prüfungskommission genehmigte den von ihrem Berichtstatter, Hofgerichtsrat Hildebrandt, erstatteten Bericht und erhob am 20. 3. 1860 dessen Vorschlag, an den Großherzog einen Antrag auf Aufhebung der Konvention zu stellen, mit acht gegen eine Stimme zum Kommissionsbeschluß.

Der Kommissionsbericht kam zu dem Ergebnis, daß die ohne ständische Mitwirkung abgeschlossene und im Reg. Bl. verkündete Konvention keine Rechtsverbindlichkeit besitze. Auch für das Verhältnis von Kirche und Staat stehe die Rechtsetzungsbefugnis allein dem Staat zu, so daß eine dauerhafte Regelung dieser Fragen nur im Wege der staatl. Gesetzgebung möglich sei ⁷⁵⁵⁾.

Am 29. und 30. 3. 1860 verhandelte die II. Kammer über die Annahme des oben genannten Kommissionsbeschlusses. Da die Reg. die Zuständigkeit der Kammer bestritt, spitzte sich die Debatte auf die Frage zu, ob der Großherzog bzw. die ihn vertretende Reg. ohne Zustimmung der Stände eine rechtsverbindliche Konvention mit dem Hl. Stuhl abschließen könne oder nicht ⁷⁵⁶).

Die Gr. Reg. ging davon aus, daß die in der Verfassung von 1818 verbrieften Zustimmungsrechte der II. Kammer eng auszulegen seien, da in der konstitutionellen Monarchie der Monarch grundsätzlich alleiniger Inhaber der legislativen Gewalt sei. Die Beschränkung der monarchischen Gewalt durch die Kammer bilde die Ausnahme und müsse jeweils ausdrücklich in der Verfassung niedergelegt sein. Dies ergebe sich aus § 5 VU, der bestimme, daß der Großherzog die gesamte Staatsgewalt bei sich vereinige ⁷⁵⁷). Das Verhältnis des Staates zur kath. Kirche sei in der Landesverfassung "außerhalb des Gebietes ständischer Wirksamkeit gelassen" worden, so daß die bad. Konvention zu ihrer Rechtswirksamkeit nur die Zustimmung des Großherzogs benötigt habe. § 66 VU weise das staatl. Aufsichtsrecht über die kath. Kirche allein dem Großherzog zu ⁷⁵⁸).

Demgegenüber stellte sich die Mehrheit der II. Kammer auf den Standpunkt, daß es nicht angehe, die Rechte der Krone gegen die Rechte der Stände auszuspielen. Bei der Auseinandersetzung um die Konvention ständen beider Rechte auf dem Spiel. Es gelte nicht, die unveräußerlichen Kronrechte gegen die Stände, sondern gegen den Zugriff der Kirche zu verteidigen. Die Kammermehrheit wandte sich gegen eine restriktive Auslegung der in der Verfassung enthaltenen ständischen Zustimmungsrechte und verlangte ein Genehmigungsrecht zu allen die Landesgesetzgebung und das Staatskirchenrecht verändernden Verordnungen der Reg. ⁷⁵⁹). Sie stützte sich hierbei auf § 67 VU ⁷⁶⁰), der nach Ansicht des Abgeordneten Walli so auszulegen war, daß "sooft eine Verordnung im Regierungsblatt erschienen ist, worin Bestimmungen enthalten sind, die

nach Auffassung der Stände zu ihrer Zustimmung gehören, diese als solche außer Wirksamkeit treten soll" 761).

Zum Schluß der Debatte stimmte die II. bad. Kammer am 30. 3. 1860 mit 45 gegen 15 Stimmen der von ihrer Kommission bereits gebilligten Adresse an den Großherzog zu, mit der um die Aufhebung der Konvention nachgesucht wurde 762).

Die II. Kammer stellte sich damit auf den Standpunkt, daß ihre für das Zustandekommen staatl. Rechtsetzungsakte notwendige Zustimmung nicht die Ausnahme, sondern die Regel bilde. Sie kehrte die bisher aus der Verfassung herausgelesene Kompetenzvermutung zugunsten des Großherzogs um und nahm sie für sich in Anspruch.

Die II. Kammer verstand sich nicht mehr als Interessenvertretung der Untertanen gegenüber dem die ganze Staatsgewalt innehabenden Monarchen, sondern sprach sich mit ihrer Forderung nach unbeschränkter Kontrolle der Gesetzgebung selbst als Repräsentanten der Staatsgewalt an. Damit war die Frage nach dem Souverän in der konstitutionellen Monarchie aufgeworfen, und der Zusammenstoß zwischen den Ständen und dem Großherzog schien unvermeidlich.

Die bad. Konvention konnte nur dann noch gerettet werden, wenn sich der Großherzog rückhaltlos hinter seine Reg. stellte und dadurch einen Beitritt der I. Kammer zum Beschluß der II. Kammer verhinderte 763).

Der damalige Großherzog Friedrich stand aber unter dem Einfluß des Jolly nahestehenden Liberalen von Roggenbach, eines entschiedenen Gegners der Konvention 764), und war im Begriff, das bisher streng konservative, österreichfreundliche Regierungssystem zugunsten einer liberalen, preußenfreundlichen Politik aufzugeben. Dabei ließ Großherzog Friedrich den ev. Einwänden gegen das Konkordat ein immer willigeres Ohr und war selbst im Frühjahr 1860 an einem Vollzug der Konvention nicht mehr interessiert. Die ablehnende Haltung der II. Kammer kam daher seinen Wünschen entgegen, und er

war nicht bereit, dem Kabinett von Meysenbug- von Stengel gegenüber den Ständen den Rücken zu stärken ⁷⁶⁵⁾.

Nachdem der Großherzog verlauten ließ, daß er auf jeden Fall die Stellungnahme der I. Kammer abwarten und sich bis dahin weder in billiger noch mißbilliger Weise zur Entscheidung der II. Kammer äußern wolle, erließ der bad. Innenminister von Stengel, um die Konvention zu retten, am 31. 3. 1860 einen Erlaß an alle Amtsvorstände, in dem er den Willen der Gr. Reg. bekundete, entschieden an der Konvention festzuhalten.

Jetzt war der Großherzog gezwungen, sofort seine Ansicht zur Konvention kundzutun, wollte er nicht, daß seine Zurückhaltung als Einverständnis mit dem Vorgehen der Reg. ausgelegt wurde. Er entschied sich gegen die Konvention und entließ am 2. 4. 1860 das Kabinett von Meysenbug - von Stengel ⁷⁶⁶⁾.

Noch am gleichen Tag berief er das "liberale" Kabinett Lamey von Stabel ⁷⁶⁷⁾.

Die noch ausstehende Beschlußfassung der I. Kammer zur Konvention war nach der Entscheidung des Großherzogs nur noch von untergeordneter Bedeutung. Daher stimmte die I. Kammer in ihrer Sitzung v. 15. 5. 1860 gar nicht mehr über die Konvention ab und pflichtete formlos dem Aufhebungsantrag der II. Kammer zu ⁷⁶⁸⁾.

Eine ausdrückliche Kündigung der Konvention durch Baden erfolgte nicht. Die neue Gr. Reg. begnügte sich damit, den Hl. Stuhl von der Ablehnung der Konvention durch die Stände in Kenntnis zu setzen ⁷⁶⁹⁾.

Die Aufhebung der Konvention machte den Versuch der Kirche, mit Hilfe eines völkerrechtlichen Vertrages die staatl. Anerkennung ihrer Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu erlangen, ein Ende. Das neue vom national-etatistischen Liberalismus geprägte Souveränitätsbewußtsein lehnte die vom Staat unabhängige Rechtsnatur der Kirche ab und verlangte die

Begrenzung des kirchl. Bereichs und der hierfür zu gewährenden kirchl. Autonomie' durch das Gesetz ⁷⁷⁰⁾.

Da das politische Gewicht der gewählten Volksvertretungen ständig wuchs, mußte die Kirche zur Erreichung ihrer Ziele versuchen, auf die innenpolitische Parteibildung Einfluß zu nehmen. Dies hatte sie in Baden bisher versäumt. Die von Buß und von Andlaw 1848/49 gegründeten Piusvereine ⁷⁷¹⁾ hatten die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt und waren längst wieder eingeschlafen. Von den Abgeordneten der II. Kammer des Jahres 1859/60 war nicht einmal die Hälfte katholisch, obwohl die Katholiken 67 % der bad. Bevölkerung ausmachten. Die kath. Abgeordneten gehörten zudem in ihrer Mehrheit zu den Konventionsgegnern und stellten eine Reihe ihrer liberalen Wortführer ⁷⁷²⁾. Eine kath. Fraktion wie im preußischen Landtag gab es in Baden nicht ⁷⁷³⁾.

Die Ablehnung der Konvention durch die II. bad. Kammer entfachte die aus den gleichen Quellen wie in Baden gespeiste Agitation gegen die württ. Konvention erst zu ihrer vollen Stärke. Am 16. 3. 1861 verwarf die II. württ. Kammer mit 63 zu 27 Stimmen die Konvention v. 8. 4. 1857, obwohl die Reg. bereits zuvor den Vertragscharakter der Konvention preisgegeben hatte, um wenigstens deren sachlichen Inhalt zu retten ⁷⁷⁴⁾.

IV. DAS BADISCHE KIRCHENGESETZ VOM 9. 10. 1860

§ 14. Die nach der Ablehnung der Konvention durch die II. Kammer entstandene kirchenpolitische Situation in Baden

1) Die Gefahr eines neuen Kirchenkampfes

Die Verwerfung der Konvention hatte zur Folge, daß die landh. VO v. 30. 1. 1830, das Grundgesetz des Staatskirchentums, weiterhin in Kraft blieb.

Erzbischof von Vicari verwahrte sich gegen die Aufhebung der Konvention und zeigte sich entschlossen, an der Konvention festzuhalten und die hierin verbrieften kirchl. Rechte auch einseitig auszuüben ⁷⁷⁵⁾. In dieser Haltung wußte der Erzbischof die Geistlichkeit seiner Erzdiözese geschlossen hinter sich ⁷⁷⁶⁾.

Der Hl. Stuhl, der die landh. VO von 1830 nie anerkannt hatte, war ebenfalls entschlossen, die Konvention aufrechtzuerhalten, und lehnte die Argumentation der bad. Reg., die Konvention habe mit der Verwerfung durch die Stände ihre Rechtsverbindlichkeit verloren, ab ⁷⁷⁷⁾. Die Kurie erblickte in der Verhaltensweise der Gr. Reg. einen Vertragsbruch, der ihr die volle Handlungsfreiheit zurückgebe. Der Erzbischof von Freiburg konnte bei einer neuerlichen Auseinandersetzung mit dem Staat auf ihre uneingeschränkte Unterstützung zählen.

Bei der bekannten unbeweglichen Härte Erzbischof von Vicaris war daher die Gefahr eines neuen Kirchenkampfes in bedrohliche Nähe gerückt.

2) Kompromißbereitschaft der Großherzoglichen Regierung

Der bad. Großherzog wußte, daß das bisherige Staatskirchentum trotz des Scheiterns der Konvention nicht beibehalten werden konnte. Er suchte daher nach einem für beide Seiten gangbaren Weg aus der neu aufgebrochenen Krise.

Der Wille des Großherzogs, es nicht zum Äußersten kommen zu lassen, zeigte sich schon in der Zusammensetzung der neuen Reg..

Der neue Präsident des MdI, August Lamey, war bisher Abgeordneter der II. Kammer und stand zwischen den vom bisherigen Kabinett von Meysenbug - von Stengel repräsentierten konservativen Kräften und den um den späteren Staatsminister Jolly sich gruppierenden Nationalliberalen ⁷⁷⁸⁾. Er war ein Vertreter des konstitutionellen Liberalismus und hielt an der Unterscheidung von Gesellschaft und Staat sowie daran fest, daß das Hauptziel liberaler Politik die Freiheit des einzelnen und der gesellschaftlichen Kräfte im Staat sei ⁷⁷⁹⁾.

Als Anhänger der 1848 von den Liberalen verfochtenen Trennungsidee bejahte Lamey grundsätzlich die Selbständigkeit der Kirche, ja sogar die Möglichkeit für den Staat, mit ihr ein Konkordat abzuschließen ⁷⁸⁰⁾. Sein Votum gegen die Konvention begründete er in der Konventionsdebatte der II. Kammer nicht mit formalen Bedenken gegen den Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrages zwischen Kirche und Staat, sondern mit dem den sachlichen Inhalt der Konvention betreffenden Argument, daß in den Konventionsartikeln ein Auseinanderrücken von Kirche und Staat in solche gegenseitige Positionen, "wo sie in keinen Konflikt (sc. mehr) geraten können", nicht verwirklicht worden sei ⁷⁸¹⁾.

Die neue Kirchenpolitik legte der Großherzog mit seiner Osterproklamation v. 7. 4. 1860 ⁷⁸²⁾ dar. Im einzelnen kündigte er an, daß ein unter dem Schutz der Verfassung stehendes Gesetz erlassen werde, das die Selbständigkeit der kath. Kirche bei der Ordnung ihrer Angelegenheiten zur vollen

Geltung bringen und den Inhalt der Konvention in berechtigter Weise berücksichtigen werde. Ganz allgemein gab er zu verstehen, daß seine Reg. begründeten Forderungen der kathol. Kirche "auf verfassungsmäßigem Wege" entsprechen wolle. Um Befürchtungen der ev. Kirche wegen einer etwa auftretenden Verletzung der Parität zu zerstreuen, versicherte der Großherzog in der gleichen Proklamation, daß er geneigt sei, "der evangelisch-protestantisch-unierten Landeskirche auf der Grundlage ihrer Verfassung eine möglichst freie Entwicklung zu gewähren".

§ 15. Die Bestimmungen des Kirchengesetzes vom 9. 10. 1860

1) Allgemeiner Teil: Der weltanschaulich neutrale Staat

Zur Ausführung der in der Osterproklamation angekündigten neuen Kirchenpolitik legte die Gr. Reg. am 22. 5. 1860 der II. Kammer sechs das Verhältnis von Kirche und Staat betreffende Gesetzentwürfe vor.

Nachdem die bad. Stände die Gesetzentwürfe mit geringfügigen Abänderungen gebilligt hatten ⁷⁸³⁾, wurden am 9. 10. 1860 fünf von ihnen zum Gesetz erhoben ⁷⁸⁴⁾. Das wichtigste von ihnen und das allein hier interessierende war das Gesetz, die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchl. Vereine im Staat betr. (KG) ⁷⁸⁵⁾.

Das KG unterteilte sich in einen allgemeinen, nicht nur die beiden großen christlichen Kirchen, sondern alle vom bad. Staat tolerierten Religionsgemeinschaften betreffenden und einen besonderen, allein die Rechtsstellung der kath. und ev. Kirche im Staat behandelnden Teil. Die im besonderen Teil des KG aufgestellten gemeinsamen Grundsätze für die ev. Unionskirche und die kath. Kirche in Baden erfüllten die ev. Forderung nach paritätischer Behandlung der beiden Kirchen im Staat.

Die Bestimmungen des allgemeinen Teils (§§ 1 - 6 KG) brachten zum Ausdruck, daß der Staat sich von jeder einseitigen Bindung an ein religiöses Bekenntnis lossagte und sich zum Grundsatz der weltanschaulichen Neutralität bekannte. Jeder Staatsbürger sollte in der Wahl und Ausübung seines religiösen Bekenntnisses frei sein. Von jetzt ab gab es keine Staatskirche mehr ⁷⁸⁶⁾. Die Abgrenzung staatl. Zuständigkeiten gegenüber dem kirchl. Bereich oblag allein dem Staat.

Das im allgemeinen und besonderen Teil des KG verwirklichte Auseinanderrücken von Kirche und Staat war ein Kompromiß zwischen der von den konstitutionellen Liberalen geforderten

Loslösung der Kirche vom Staat, der von den Nationalliberalen verlangten Unterordnung der Kirche unter einen von der Kirche getrennten Staat und der von der kath. Kirche verfochtenen Koordination einer freien Kirche mit dem Staat.

So erklärt es sich, daß der bad. Staat der ev. Unionskirche und der kath. Kirche weiterhin eine bevorrechtigte Stellung gegenüber anderen religiösen Bekenntnissen einräumte. Er beließ ihnen in § 1 KG den Charakter öffentlich-rechtlicher Korporationen und gewährte ihnen als einzigen Religionsgemeinschaften im ganzen Land - unter Aufhebung der Art. 2, 3 KE ⁷⁸⁷⁾ - das Recht öffentlicher Gottesverehrung ⁷⁸⁸⁾.

Die in § 1 verankerte "Sonderstellung" der kath. und ev. Kirche begründete man u.a. mit der Feststellung, daß der Staat zu Beginn seiner Entwicklung "die großen Genossenschaften der Kirchen bereits vorgefunden, mit besonderen Vorrechten von jeher ausgestattet und als bevorzugte öffentliche Körperschaften anerkannt" habe ⁷⁸⁹⁾. Die den beiden Kirchen zuerkannte Sonderstellung nahm andererseits der konfessionell nicht mehr gebundene Staat zum Anlaß, ihnen gegenüber auch künftighin besondere Aufsichtsrechte zu beanspruchen ⁷⁹⁰⁾.

Die weltanschauliche Trennung von Kirche und Staat mußte sich besonders auf dem Gebiet des Eherechts und des Schulwesens auswirken, deren Regelung und Beaufsichtigung Kirche und Staat gleichermaßen für sich beanspruchten und die bisher unter einer konfessionell-staatl. Verwaltung standen, die sich kath. bzw. ev. Geistlicher als Standesbeamter bzw. Schulinspektoren bediente ⁷⁹¹⁾.

§ 4 Satz 1 KG hob das kanon. Ehehindernis der "disparitas cultus" als bürgerliches Ehehindernis auf und wies damit auf die nun beginnende Auseinanderentwicklung von staatl. und kirchl. Eherecht hin ⁷⁹²⁾.

Um die Durchsetzung des staatl. Eherechts zu sichern, bestimmte § 4 Satz 2 KG, daß "für jede nach den Staatsgesetzen zulässige Ehe eine rechtliche Form der Eingehung durch das Gesetz" gewährt werden müsse. Aufgrund dieser Vorschrift

führte das Gesetz v. 9. 10. 1860, die bürgerliche Standesbeamtung in Ausnahmefällen betr., die fakultative Ziviltrauung - vorgenommen durch das Gr. Bezirksamt (§ 2) - für alle die Fälle ein, in denen die geistl. Standesbeamten die Beurkundung einer bürgerlichen Eheschließung verweigerten 793).

An sich wäre das Stehenbleiben bei der fakultativen Zivil-ehe mit den Grundsätzen eines säkularisierten Staatswesens zu vereinbaren gewesen 794). Allein das neue liberale Denken, dessen Ideal nicht mehr der liberale "Nachtwächterstaat", sondern der liberale "Kulturstaat" war, beanspruchte für seine Prinzipien eine keine Ausnahme duldende Geltungskraft und drängte deshalb auf Einführung der obligatorischen Zivilehe, was 1869 auch geschah 795).

§ 6 KG, der das öffentliche Unterrichtswesen der staatl. Leitung unterstellte, änderte seinem Wortlaut nach an der hergebrachten Ordnung des Schulwesens nichts. Die Aufhebung der konfessionellen Bindung des Staates mußte indessen der staatl. Leitung des öffentlichen Unterrichtswesens einen anderen Charakter verleihen. Es war von einem säkularisierten Staat nicht zu erwarten, daß er die konfessionell aufgespaltene Schulverwaltung beibehielt und den Geistlichen wie bisher die Schulaufsicht in Bezirk und Gemeinde anvertraute 796).

So ließen die zum Vollzug des § 6 KG erlassene landh. VO v. 12. 8. 1862, die Beaufsichtigung und Leitung des Schulwesens im Großherzogtum betr., und das Gesetz v. 29. 7. 1864, die Aufsichtsbehörden für die Volksschulen betr., nur auf der Gemeindeebene konfessionelle "Ortsschulräte" bestehen. Die oberste Leitung des Volksschulwesens und die Aufsicht über die Ortsschulräte übertrugen sie dem überkonfessionellen Gr. Oberschulrat bzw. den von diesem ernannten, gleichfalls überkonfessionellen Kreisschulräten 797).

Der Abschaffung der konfessionell ausgerichteten Schulaufsicht folgte mit dem Gesetz v. 12. 3. 1868, den Elementarun-

terricht betr., die Einführung der fakultativen Simultanschule und - im Gefolge des immer stärker betonten staatl. Kulturmonopols - am 18. 9. 1876 die zwangsweise Umwandlung aller noch bestehenden Konfessionsschulen in Simultanschulen 798).

2) Besonderer Teil: Das System der staatlichen Kirchenhoheit

Entsprechend der vom Staat in seinem Bereich in Anspruch genommenen Freiheit von jeglicher kirchl. Bindung sollte von nun ab auch die Kirche ihre Angelegenheiten "frei und selbständig" verwalten können. § 7 KG, der diesen Grundsatz verkündete, sicherte dabei ausdrücklich den freien Verkehr mit den kirchl. Oberen zu.

Der Staat war bereit, das bisherige josephinische Staatskirchentum aufzugeben und die Kirche aus dem Bereich der staatl. Verwaltung zu entlassen. Er wollte jedoch keine freie Kirche neben dem Staat, sondern eine Kirche, die unter der souveränen Oberhoheit des Staates stand, dessen Normen ihrer Autonomie Grenzen setzten ⁷⁹⁹⁾. Zur Sicherung der staatl. Oberhoheit und zum Schutz gegenüber Versuchen der Kirche, "sich neben oder gar über den Staat zu stellen" ⁸⁰⁰⁾, enthielt der besondere Teil des KG einige wesentliche, die kirchl. Selbstverwaltung einschränkende Vorbehaltsrechte des Staates.

Das mit dem KG eingeführte System der staatl.-kirchl. Beziehungen trägt allgemein den Namen "staatliches Kirchenhoheitssystem" ⁸⁰¹⁾.

Die allgemeinen Grenzen der in § 7 niedergelegten kirchl. Selbstverwaltung fanden sich in § 13 KG, der daher m.E. aus gesetzestechnischen Gründen besser unmittelbar hinter § 7 KG einzuordnen gewesen wäre ⁸⁰²⁾. § 13 Abs. 1 unterwarf die Kirche in "bürgerlichen und staatsbürgerlichen Beziehungen" den staatl. Gesetzen. § 13 Abs. 2, der der Kirche verbot, "aus ihrer Verfassung oder ihren Verordnungen Befugnisse abzuleiten", die zu den Staatsgesetzen im Widerspruch standen, leitete sich unmittelbar aus dem Grundsatz des § 13 Abs. 1 ab.

Die Vorschrift, daß die kirchl. Selbstverwaltung am staatl. Gesetz seine Grenze finde, mußte für sich genommen keine un-

angemessene Beeinträchtigung der kirchl. Freiheit zur Folge haben. In ihrer Existenz bedroht sah sich die frisch gewonnene kirchl. Freiheit allein durch die Tatsache, daß das KG weder eine sachliche Umschreibung der kirchl. Angelegenheiten brachte, die der Verwaltung der Kirche nicht ganz oder teilweise entzogen werden durften, noch eine gegen die kirchl. Autonomie gerichtete staatl. Sondergesetzgebung verbot. Formell konnte zwar die kirchl. Autonomie ohne Abänderung des KG nicht beseitigt werden; gegen eine materielle Aushöhlung derselben boten aber die §§ 7, 13 KG keinen Schutz.

Die von den §§ 8 bis 12, 14 bis 16 KG - teils unmittelbar, teils mittelbar - ausgesprochene Anerkennung der kirchl. Natur einzelner Sachbereiche⁸⁰³⁾ ersetzte teilweise die fehlende umfassende materielle Abgrenzung der kirchl. Angelegenheiten und gab der Kirche wenigstens die Gewißheit, daß ihr für diese Sachbereiche das Recht zur Selbstverwaltung ohne förmliche Abänderung des KG nicht genommen werden konnte.

Die Gefahr, die der kirchl. Selbstverwaltung aus dem Fehlen einer materiellen Rechtsgarantie für die Zukunft erwachsen konnte, wurde von der das KG befürwortenden Mehrheit der beiden Kammern sehr wohl erkannt⁸⁰⁴⁾. Man war jedoch vom Dogma der an keine Grenzen gebundenen Staatssouveränität so überzeugt, daß man nicht daran dachte, der zukünftigen staatl. Gesetzgebung zum Schutz der kirchl. Interessen eine irgendwie geartete Beschränkung aufzuerlegen⁸⁰⁵⁾. Nach der herrschenden Staatslehre hatte die Gesetzgebung "als die oberste und schlechthin verbindliche Willensäußerung des souveränen Staates" begrifflich keine Schranken⁸⁰⁶⁾.

Die Entscheidung darüber, wie weit oder wie eng der durch das Gesetz bestimmte Rahmen der kirchl. Selbstverwaltung jeweils zu ziehen war, sollte nicht rechtlicher, sondern politischer Natur sein⁸⁰⁷⁾.

Für den geschichtlichen Zeitpunkt des Jahres 1860 hatte sich der staatl. Gesetzgeber zu den in den §§ 8 ff. KG enthaltenen Begrenzungen der kirchl. Selbstverwaltung entschlossen, die

entsprechend dem die Freiheit im Staat betonenden Denken des verantwortlichen Ministers Lamey und gemessen am bisherigen Rechtszustand in Baden eher weitläufig als eng zu nennen waren.

§ 8 KG hob das landh. Patronatsrecht auf und bestimmte als Grundsatz: "Die Kirchenämter werden durch die Kirche selbst verliehen".

Diejenigen Pfründen, für die ein privatrechtliches Patronatsrecht oder ein öffentlich-rechtliches Besetzungsrecht des Staates bestand, sollten der freien kirchl. Verleihung entzogen bleiben ⁸⁰⁸).

Die privatrechtlichen Patronatsrechte des Landesherrn wurden durch § 8 KG nicht aufgehoben. Als grund- und standesherrlicher Patronatsherr standen ihm die gleichen Rechte wie den übrigen Inhabern von Privatpatronaten zu ⁸⁰⁹).

Wie schon die Konventionsverhandlungen gezeigt hatten, war zwischen Staat und Kirche die Frage sehr umstritten, welche bisher im Namen des Großherzogs besetzten Pfründen dem landh. Patronat und welche dem Privatpatronat des Großherzogs zugehörten. Daher sollte gem. § 17 Abs. 2 KG die Aufhebung des landh. Patronatsrechtes durch eine besondere landh. VO in Vollzug gesetzt werden und bis zu diesem Zeitpunkt das landh. Patronatsrecht fortbestehen ⁸¹⁰).

§ 9 Abs. 1 KG gewährte der Gr. Reg. anstelle des von ihr aufgegebenen landh. Patronatsrechtes ein mit Gründen zu versehenes Veto gegenüber allen Pfarramtskandidaten, die ihr "in politischer oder bürgerlicher Beziehung" mißliebig waren. Der Erzbischof war daher bei der Besetzung der von ihm zu verleihenden Pfründen nicht frei und mußte auf die staatl. Wünsche Rücksicht nehmen. Die Begründungspflicht der Gr. Reg. verlieh andererseits einen gewissen Schutz gegen die willkürliche Einlegung des staatl. Vetos.

Zum Vollzug des § 9 Abs. 1 KG erging die erzb. VO v. 30. 11. 1861, das Verfahren bei Besetzung erledigter Pfründen betr. ⁸¹¹). Danach legte der Erzbischof vor Besetzung einer

"freien Pfründe" der Gr. Reg. die Liste der Bewerber zur Stellungnahme vor. Wollte die Gr. Reg. einen Kandidaten wegen "Mindergenehmheit" ausschließen, so hatte sie innerhalb von drei Wochen ihr Veto einzulegen, andernfalls galten die Kandidaten als genehm (§ 8).

§ 15 KG schwächte das landh. Plazet auf das Erfordernis ab, daß alle kirchl. Verordnungen gleichzeitig mit ihrer Verkündung der Gr. Reg. mitzuteilen waren ⁸¹²⁾. Verordnungen, die "in bürgerliche oder staatsbürgerliche Verhältnisse" eingriffen, worüber die Gr. Reg. entschied, durften jedoch erst nach Ergehen der staatl. Genehmigung zur Ausführung gebracht werden ⁸¹³⁾.

Der "recursus ab abusu" wurde abgeschafft. § 16 KG ließ eine staatl. Überprüfung von "Verfügungen und Erkenntnissen der Kirchengewalt" nur noch zu, wenn sie in "die Freiheit oder das Vermögen einer Person" eingriffen und die Kirche zu ihrer Vollstreckung die staatl. Zwangsgewalt in Anspruch nehmen wollte ⁸¹⁴⁾.

3) Die Regelung der Kirchenvermögensverwaltung (§ 10 KG)

a) Die "gemeinsame Leitung der Kirche und des Staates"

Die Bestimmungen des KG, die die kirchl. Selbstverwaltung inhaltlich beschränkten, gingen jeweils vom Grundsatz der kirchl. Alleinzuständigkeit aus und engten diesen sodann zugunsten besonders genannter staatl. Aufsichtsrechte ein ⁸¹⁵⁾.

§ 10 KG ⁸¹⁶⁾ wich für den Bereich der Kirchenvermögensverwaltung von diesem Schema ab. Er berief Staat und Kirche zur "gemeinsamen Leitung" des "den kirchlichen Bedürfnissen" gewidmeten Vermögens und gewährte der Kirche anstelle des Selbstverwaltungsrechtes nur ein ihr neben dem Staat gleichberechtigt zustehendes Mitverwaltungsrecht. Daraus folgt, daß das KG, das in § 7 der Kirche die Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten gestattete, in der Verwaltung des "den kirchlichen Bedürfnissen" gewidmeten Vermögens keine ausschließ-lich kirchl., sondern eine gemischte, Kirche und Staat in gleicher Weise betreffende Angelegenheit sah ⁸¹⁷⁾.

Die Anordnung einer "gemeinsamen Leitung" stellte den Staat beim Aufbau einer neuen Kirchenvermögensverwaltung auf die gleiche Stufe wie die Kirche und zwang die Gr. Reg., zu diesem Zweck in Verhandlungen mit dem Erzbischof einzutreten ⁸¹⁸⁾. In Erwartung zäher und langwieriger Verhandlungen bestimmte § 17 Abs. 2 KG, daß bis zum Erlaß einer besonderen Vollzugs-VO zu § 10 KG die bisherige Kirchenvermögensverwaltung fortbestehen sollte.

b) Das "den kirchlichen Bedürfnissen" gewidmete Vermögen

Der zentrale Begriff, von dessen Auslegung der rechtliche Inhalt des § 10 KG wesentlich abhing, war das "den kirchlichen Bedürfnissen" gewidmete Vermögen. Fiel hierunter nur das der Ausgestaltung des Gottesdienstes dienende Vermögen, oder umschloß es auch das der kath. Erziehungsarbeit und

Armenfürsorge gewidmete Vermögen? Der Gesetzeswortlaut gab keinen Aufschluß, da die Frage, was unter "den kirchlichen Bedürfnissen" zu verstehen sei, notwendigerweise genauso umstritten war wie der Umfang des kirchl. Vermögens selbst. Die Konvention hatte die Entscheidung hierüber umgangen⁸¹⁹⁾. Vielleicht halfen im Falle des § 10 KG die Gesetzesmaterialien weiter.

Die Möglichkeit, daß der Gesetzgeber mit dem "den kirchlichen Bedürfnissen" gewidmeten Vermögen das kath. Kult-, Schul- und Armenvermögen bezeichnen wollte, scheidet aus. Die Gr. Reg. hatte sich schon bei den Konventionsverhandlungen geweigert, das gesamte kath. Stiftungsvermögen als kirchl. Vermögen anzuerkennen. Es war klar, daß sie auch in dem an die Stelle der Konvention getretenen KG keine derartige Feststellung treffen wollte⁸²⁰⁾.

Es spricht einiges dafür, daß der Gesetzgeber mit dem Begriff des "den kirchlichen Bedürfnissen" gewidmeten Vermögens wiederum eine klare Definition des kirchl. Vermögens vermeiden und es bei den unterschiedlichen Auffassungen der Kirche und des Staates über die Rechtsnatur des kath. Schul- und Armenvermögens bewenden lassen wollte. So befand sich weder in der Reg. Begründung zum KG-Entw. noch in den Kommissionsberichten der I. und II. Kammer eine Inhaltsbestimmung des kirchl. bzw. nichtkirchl. kath. Stiftungsvermögens⁸²¹⁾.

§ 10 KG konnte einer Entscheidung über die Rechtsnatur der einzelnen Teile des kath. Stiftungsvermögens nur dann aus dem Wege gehen, wenn er gleichzeitig eine Kirche und Staat befriedigende Verwaltung für dasselbe anbot⁸²²⁾, d.h. die hierüber in der Konvention getroffene Regelung als staatl. Recht übernahm. Dementsprechend äußerte die Gr. Reg. in ihrer Begründung zum KG-Entw. die Absicht, "die Verwaltung des kirchlichen Vermögens so zu ordnen, wie die Konvention mit dem päpstlichen Stuhle die Regelung getroffen hat"⁸²³⁾.

Sodann hätte die von § 10 KG geforderte "gemeinsame Leitung"

des "den kirchlichen Bedürfnissen" gewidmeten Vermögens die kirchl. Verwaltung der Kultstiftungen und die staatl. Verwaltung der kath. Schul- und Armenstiftungen bei gegenseitiger Einräumung von Mitaufsichtsrechten bedeutet. Die Kirche hätte entgegen dem zu allgemein gehaltenen Wortlaut des § 10 KG für den Bereich ihres Kultvermögens das Recht zur alleinigen Verwaltung erhalten. Die Ansicht, daß mit der "gemeinsamen Leitung" des § 10 KG die Konventionsregelung, und zwar auch insoweit, als sie die Verwaltung des sog. nichtkirchl. kath. Stiftungsvermögens betraf, gemeint war, findet in den Erklärungen, die Minister Lamey vor der II. Kammer abgab, neue Nahrung. Hier sagte Lamey, daß er die Errichtung zweier Kollegien zur Verwaltung der kirchl. und nichtkirchl. kath. Stiftungen befürworte, daß aber, "falls eine passende Persönlichkeit vorhanden sei, kein Grund vorliege, den Präsidenten des einen Kollegiums nicht auch mit der Vorstanderschaft des andern Kollegiums zu betrauen" 824).

Der Komm. Ber. der I. Kammer setzte sich für die in § 10 vorgesehene "gemeinschaftliche Leitung des kirchlichen Vermögens" ein, da es nur auf diese Weise möglich sei, "die zu unabsehbaren Streitigkeiten führende scharfe Ausscheidung von Fonds zweifelhafter Art zu unterlassen" 825).

Die der zuerst skizzierten Auslegung des § 10 KG entgegenstehende Annahme, der Gesetzgeber habe die Frage nach dem Umfang des "den kirchlichen Bedürfnissen" gewidmeten Vermögens nicht unbeantwortet gelassen, sondern sie mit den genannten Worten unter Beschränkung des kirchl. Vermögens auf das Kultvermögen entschieden, kann ebenfalls gewichtige Argumente für sich ins Feld führen. Sie kann darauf verweisen, daß die Worte "kirchliches Vermögen" 826) doppeldeutig waren und einmal das der Bestreitung des Kulturaufwandes dienende Vermögen, ein andermal das gesamte kirchl. Charakter tragende Vermögen bezeichneten, nach staatl. Auffassung aber beide Sinngehalte übereinstimmten 827). Auch war es schwer vorstellbar, daß der Gesetzgeber, nachdem er in § 6 KG den

staatl.-weltl. Charakter des öffentlichen Schulwesens festgestellt hatte, in § 10 KG den weltl. Charakter des zum Unterhalt öffentlicher Schulen bestimmten kath. Schulvermögens offenließ.

War das "den kirchlichen Bedürfnissen" gewidmete Vermögen mit dem kath. Kultvermögen identisch, so entzog § 10 das kath. Schul- und Armenvermögen völlig dem kirchl. Einfluß und unterstellte das kath. Kultvermögen - unter Abweichung von der Konventionsregelung - der "gemeinsamen Leitung", d.h. der gleichberechtigten Verwaltung von Kirche und Staat. Der Komm. Ber. der II. Kammer, der dieser Auslegung des § 10 KG zu folgen schien, verlangte daher folgerichtig, daß für die Verwaltung des nichtkirchl. Stiftungsvermögens "eine besondere Staatsverwaltungsbehörde besteht und daß zum anderen von der Bestimmung des Artikel 19 der Konvention völlig abgesehen werde, wonach der Vorstand der gemischten Verwaltungsbehörde zugleich der Vorsteher des andern Collegiums sein soll, welches das Schulwesen leitet und die obere Leitung des nicht kirchlichen Stiftungsvermögens führt" ⁸²⁸⁾.

Eine authentische, den Willen des Gesetzgebers mit Sicherheit widerspiegelnde Auslegung der zusammenhängenden Begriffe des "den kirchlichen Bedürfnissen" gewidmeten Vermögens und dessen "gemeinsamer Leitung" durch Kirche und Staat läßt sich m.E. nicht geben.

Die Gr. Reg. schloß sich dem Bestreben der II. Kammer, zukünftig eine Personalunion zwischen den Vorstehern der obersten Verwaltungskollegien für das kirchl. und nichtkirchl. kath. Stiftungsvermögen auszuschließen, nicht an. Sie unterließ es aber, auf die aus der Annahme des § 10 KG erwachsende gesetzliche Verpflichtung hinzuweisen, die gesamte Konventionsregelung und damit auch Art. 19 der Konvention als staatl. Recht zu übernehmen ⁸²⁹⁾. Statt dessen wollte Minister Lamey die Personalunion zwischen den Vorstehern der genannten Kollegien von dem Vorhandensein einer "passenden Persönlichkeit" abhängig machen.

Auf die Frage eines Abgeordneten, ob die in der Konvention vorgesehene einheitliche Verwaltung aller kath. Lokalfonds durch den StV beibehalten werde, antwortete Lamey in ähnlicher Weise und sagte, "hier werde sehr viel von der Haltung der Kirche abhängen, wie man zu verfügen genötigt werde" ⁸³⁰⁾.

Das Verhalten des verantwortlichen Ministers machte deutlich, daß sich die Gr. Reg. zu keiner der beiden möglichen Auslegungen des § 10 KG mit Eindeutigkeit bekannte.

c) Das Eigentum am Kirchenvermögen

Die Frage nach dem Eigentümer des für kirchl. Zwecke bestimmten Vermögens ließ § 10 KG nach der Aussage der Gr. Reg. bewußt offen. Die Reg. behauptete, daß es zweifelhaft sei, ob die Kirche Eigentümerin des den kirchl. Bedürfnissen gewidmeten Vermögens sei. Zur Regelung der jetzt anstehenden Probleme genüge es, "sich an den unbestrittenen Satz zu halten, daß dieses Vermögen stiftungsmäßig bestimmten kirchlichen Zwecken gewidmet ist" ⁸³¹⁾. Die Gr. Reg. deutete hiermit ihre allmähliche Hinwendung zu jener im Stiftungsgesetz v. 5. 5. 1870 ⁸³²⁾ ihren Niederschlag findenden Theorie an, die der Kirche kein privatrechtliches Eigentum, sondern nur ein öffentlich-rechtliches und daher grundsätzlich widerrufliches Verwaltungsrecht an den den kirchl. Bedürfnissen gewidmeten Stiftungen zusprach ⁸³³⁾.

d) Die Mitwirkung der "berechtigten Gemeinden" an der Verwaltung des Kirchenvermögens

§ 10 Abs. 2 KG verlangte, daß "bei der Verwaltung des kirchlichen Distrikts- und Ortsvermögens die berechtigten Gemeinden vertreten sein" müßten. § 10 Abs. 2 wollte das demokratische Element in der kirchl. Vermögensverwaltung sichern und die "berechtigten Gemeinden" in ihrem "rechtlichen Interesse" schützen, "bei der Verwaltung und Verwendung des ihrem kirchlichen Wohle gewidmeten Vermögens vertreten zu sein" ⁸³⁴⁾.

Wer aber waren die "berechtigten Gemeinden"? Die Formulierung "des ihrem kirchlichen Wohle gewidmeten Vermögens" und die ebenfalls in der Reg. Begründung zum KG-Entw. enthaltene Bemerkung, daß die "Stiftungen für kirchliche Zwecke ... theils und vorzugsweise den Kirchengemeinden als gewidmet erscheinen" ⁸³⁵⁾, beweisen, daß der Gesetzgeber unter den "berechtigten Gemeinden" in erster Linie die Kirchengemeinden verstand.

Bisher waren im StV sowohl die Kirchengemeinde ⁸³⁶⁾ durch die von ihr bzw. den Angehörigen des Pfarrsprenges gewählten Vorstandsmitglieder als auch die politische Gemeinde - geborene Mitgliedschaft des Bürgermeisters bzw. des ersten kath. Gemeinderates - vertreten.

Für die Annahme, daß § 10 Abs. 2 KG auch weiterhin die kirchl. und die politische Gemeinde und nicht nur die Kirchengemeinde im Verwaltungsorgan für das Ortskirchenvermögen vertreten wissen wollte, lassen sich verschiedene Gründe anführen. Zunächst fällt die neutrale Ausdrucksweise des Gesetzes auf, das nur von den "Gemeinden" sprach. Wollte der Gesetzgeber auf das Vertretungsrecht der politischen Gemeinde verzichten, so hätte er dies ohne weiteres klarer zum Ausdruck bringen können. Andererseits war die gewählte Ausdrucksweise geeignet, sowohl das Vertretungsrecht der kirchl. als auch der politischen Gemeinde zu rechtfertigen. Ein "rechtliches Interesse" an "der Verwaltung und Verwendung" des Kirchenvermögens war der politischen Gemeinde solange nicht abzusprechen, als sie bei Dürftigkeit des Kirchenvermögens zu Leistungen für den Kirchenbau herangezogen werden konnte ⁸³⁷⁾.

Die Konvention von 1859, nach deren Vorbild die Gr. Reg. die Verwaltung des kirchl. Vermögens zu ordnen beabsichtigte, behielt den StV in seiner seitherigen Zusammensetzung auf Verlangen der staatl. Unterhändler bei ⁸³⁸⁾, obwohl der Erzbischof in seiner Denkschrift v. 22. 7. 1857 die Aufhebung der geborenen Mitgliedschaft des Bürgermeisters gefordert hatte ⁸³⁹⁾.

Die Komm. Ber. der I. und II. Kammer zum KG-Entw. gingen auf den Begriff der "berechtigten Gemeinden" nicht näher ein und begnügten sich bei ihrer empfehlenden Stellungnahme zu § 10 Abs. 2 mit der vom KG-Entw. gewählten allgemeinen Formulierung. Dabei vermieden sie es aber, jene in der Reg. Begründung enthaltenen Wendungen zu wiederholen, die besonders auf das Vertretungsrecht der Kirchengemeinden hinwiesen⁸⁴⁰⁾.

Eine die kirchl. und die politische Gemeinde berücksichtigende Auslegung des Begriffs der "berechtigten Gemeinden" steht auch im Einklang mit der in § 10 Abs. 1 KG festgelegten "gemeinsamen Leitung" von Kirche und Staat.

Eine zwingende, jeden Zweifel ausschließende Bestimmung des in § 10 Abs. 2 KG verwandten Gemeindebegriffs ist m.E. nicht möglich. Sicher scheint jedoch, daß der Gesetzgeber im Zweifel unter der "berechtigten Gemeinde" die kirchl. und politische Gemeinde verstanden wissen wollte⁸⁴¹⁾.

e) Die Priorität der vom Stifter angeordneten Vermögensverwaltung

§ 10 KG sollte für die Verwaltung des den kirchl. Bedürfnissen gewidmeten Vermögens nur verbindlich sein, wenn die jeweiligen Stifter des Vermögens keine entgegenstehenden Verwaltungsanordnungen getroffen hatten (§ 10 Abs. 1). Hatte ein Stifter bei der Errichtung seiner Stiftung dieselbe ausdrücklich der Verwaltung der Kirche übergeben, so durfte sie auch nicht aufgrund des § 10 einer staatl. oder einer gemischt staatl. - kirchl. Verwaltung unterstellt werden.

Eine großzügige Anwendung dieser Vorschrift hätte die Auseinandersetzung über Umfang und Verwaltung des Kirchenvermögens - zumindest für die Zukunft - wesentlich entschärft. Wie jedoch schon in den Verhandlungen der I. Kammer von der Gr. Reg. betont wurde, sollte die bisher für jede neue Stiftung oder Zustiftung notwendige Staatsgenehmigung⁸⁴²⁾ wei-

terhin erforderlich sein⁸⁴³⁾. Da die Genehmigung einer Stiftung im freien Ermessen der Reg. lag, besaß sie die Möglichkeit, die Errichtung von Stiftungen, die der Stifter entgegen ihrem Wunsch der kirchl. Verwaltung anvertrauen wollte, zu vereiteln.

Wert oder Unwert der in § 10 Abs. 1 KG anerkannten Privatrechtsautonomie des Stifters - für die Frage der Stiftungsverwaltung - hing daher von der Handhabung des staatl. Genehmigungsrechtes ab. Indessen schwieg sich die Gr. Reg. über die Grundsätze, von denen sie sich bei der zukünftigen Genehmigung neuer Stiftungen leiten lassen wollte, aus.

f) Abschließende Wertung des § 10 KG

§ 10 KG hatte programmatischen Charakter und besaß keine unmittelbar rechtsgestaltende Wirkung. Seine Umsetzung in unmittelbar geltendes Recht war einer besonderen Vollzugs-VO vorbehalten.

Als Richtschnur für die neu zu ordnende Kirchenvermögensverwaltung hätte § 10 KG die Grundsatzentscheidungen vorwegnehmen und der Vollzugs-VO nur die daraus für die Einzelregelung zu ziehenden Folgerungen überlassen dürfen. § 10 erfüllte diese Aufgabe nicht. Er wich den richtungsweisenden Entscheidungen aus und ließ alle Türen für die zukünftige Entwicklung der Kirchenvermögensverwaltung offen. Diese konnte sowohl die Übernahme der Konventionsregelung als auch ihre mehr oder weniger starke Abänderung zuungunsten der Kirche bringen⁸⁴⁴⁾. Die eigentliche Weichenstellung für die Kirchenvermögensverwaltung mußte daher in der Vollzugs-VO zu § 10 KG und den darüber zwischen Kirche und Staat zu führenden Verhandlungen erfolgen, soweit sie in einigen Punkten nicht wiederum vertagt wurde.

Die Gründe für die unbestimmte Ausdrucksweise des § 10 waren politischer Natur. Die Gr. Reg. wollte zunächst durch eine möglichst großzügige Fassung des KG die kirchl. Vorwürfe

entkräften, daß sie die Konvention nur habe scheitern lassen, um nicht die in ihr zugesagte kirchl. Freiheit gewähren zu müssen ⁸⁴⁵⁾. Gleichzeitig hatte die Reg. bei der Formulierung des KG auf die Einstellung der II. Kammer Rücksicht zu nehmen, die mehrheitlich eine Einschränkung der in der Konvention niedergelegten kirchl. Rechte befürwortete.

Der Versuch, mit dem KG Kirche und Stände gleichermaßen zufriedenzustellen, war bei der Regelung einer so umstrittenen Frage wie der Kirchenvermögensverwaltung besonders schwierig. Die Gr. Reg. half sich mit einer möglichst unverfänglichen, die Schwierigkeiten umgehenden Abfassung des § 1o KG.

V. ZUSAMMENFASSUNG

Die wichtigsten Aussagen und Ergebnisse der vorliegenden Arbeit lassen sich in folgenden Thesen zusammenfassen:

1. Vorbereitet und gefördert durch die Ideen des Josefinismus und Febronianismus brachte die Säkularisation von 1803 die Entmachtung und Enteignung der alten deutschen Reichskirche. Lediglich das lokalkirchliche Vermögen sowie die der Erziehung und charitativen Zwecken gewidmeten kath. Fonds blieben der Kirche erhalten.
Die Einverleibung des Bistum- und Klostervermögens machte den Staat zum Schuldner der auf den säkularisierten Kirchengütern ruhenden kirchl. Lasten. Außerdem verband § 35 RDHS das Recht des Staates zur unterschiedslosen Einziehung des Klostervermögens mit der Verpflichtung zur Realdotation der bei der kirchl. Neuorganisation in Deutschland verbleibenden Bistümer.
2. Die in den neuen süd- und südwestd. Staaten eingeführte Parität der beiden großen Konfessionen hatte zur Folge, daß die in die Landesuntertänigkeit geratene kath. Reichskirche nicht nur die gleichen Privilegien wie die ev. Landeskirchen erhielt, sondern auch in gleicher Weise der landh. Gewalt ein- und untergeordnet wurde. So unterstellten die bad. Religionsedikte von 1803 und 1807 das von ihnen als kirchl. Vermögen anerkannte kath. Kult-, Schul- und Armenvermögen der staatl. Aufsicht und Verwaltung.
3. Mit der landh. kath. Kirchenverwaltung in Baden wurde 1803 die in Bruchsal errichtete Kath. Kirchenkommission betraut. Sie war eine mit kath. Laien und Geistlichen besetzte Kollegialbehörde und unterstand in ihrer Amtsführung dem Geheimen Rat des Landesherrn. Die Kath. Kirchenkommission verwaltete unmittelbar die allgemeinen über das ganze Land oder größere Distrikte sich erstreckenden kath. Fonds und beaufsichtigte die Verwaltung der kath. Lokalfonds und Pfründen. Die Mitwirkung der noch bestehenden

bischöfl. Behörden war nur zur Veräußerung kirchl. Liegenschaften erforderlich.

Im Zuge der sich verstärkenden Einbeziehung der Kirche in den Staat wurde die Kath. Kirchenkommission 1807 aufgehoben, und ihre Befugnisse gingen auf die landh. Provinzregierungen über. Allein zur Verwaltung des Kirchenvermögens wurden besondere kath. Verwaltungskollegien, die Unterabteilungen der Provinzregierungskollegien bildeten und "Kath. Kirchenökonomiekommissionen" hießen, berufen.

4. Die 1809 vollzogene Zentralisierung der bad. Staatsverwaltung führte zur neuerlichen Errichtung einer obersten kath. Staatskirchenbehörde, des Kath. Kirchendepartements im Gr. MdI. Das Kath. Kirchendepartement bildete zusammen mit vier weiteren Departements die fünf Unterabteilungen des Gr.MdI. Es vereinigte bei sich wiederum die Leitung der gesamten staatl. Kirchenverwaltung mit alleiniger Ausnahme der Verwaltung der kath. Armenfonds, die dem Polizeidepartement im MdI oblag. Das Kath. Kirchendepartement hatte innerhalb seines Ressorts für alle wichtigen Sachfragen nur Vorberatungen zu führen, da sich das Generaldirektorium im MdI, das die fünf Departements zusammenfasste und keinen konfessionellen Charakter trug, die endgültigen Entscheidungen hierüber vorbehalten hatte.
5. 1813 wurde die Organisation des Gr. MdI verändert. Die Funktionen des Kath. Kirchendepartements übernahm die Kath. Kirchensektion (KS), die ebenso wie ihr Vorgänger nur mit kath. Räten besetzt war und zusammen mit der ihr entsprechenden Ev. Kirchensektion das II. Departement im Gr. MdI, das an die Stelle des aufgehobenen Generaldirektoriums rückte, bildete. Nach Auflösung des II. Departements und Einrichtung eines einzigen die Geschäfte im MdI leitenden Plenums verselbständigte sich nach und nach die Stellung der KS innerhalb des MdI. In der Verwaltung und Beaufsichtigung des ihr unterstellten Kirchenvermögens, wozu seit 1829 auch wieder die kath. Armenfonds gehörten, hatte die

KS bis 1833 die volle Autonomie erlangt. Dem Plenum des MdI hatte sie nur noch Jahresübersichten vorzulegen.

6. Dem Kath. Kirchendepartement bzw. der KS dienten die 1809 als allgemeine mittlere Verwaltungsbehörden errichteten Gr. Kreisdirektorien als nachgeordnete Behörden: die Kreisdirektorien führten u.a. die Aufsicht über die kath. Lokalfonds und ließen hierbei die Lokalfondsrechnungen durch die ihnen unterstellten Gr. Dekane, die 1809 in Konkurrenz zu den bischöfl. Kapitelsdekanen als landh. Beamte eingesetzt worden waren, prüfen. 1827 wurden die Befugnisse der Kreisdirektorien erheblich erweitert.
7. In Unterordnung unter die Kreisdirektorien und die jeweilige oberste Staatskirchenbehörde verwalteten die allgemeinen unteren Verwaltungsbehörden, die Gr. Ämter, die kath. Lokalfonds. Zwei Wochen vor ihrer Abhör durch die Amtsrevisoren waren die Lokalfondsrechnungen dem jeweiligen Ortspfarrer zur Einsicht zu geben, damit er im staatl. Auftrag hierzu Stellung nehmen konnte.
8. Württemberg errichtete 1806 eine in Kompetenz und Struktur der bad. Kath. Kirchenkommission entsprechende Staatskirchenbehörde, die ab 1816 den Namen "Kath. Kirchenrat" trug. Sie verwaltete das allgemeine kath. Kirchenvermögen. Die Oberaufsicht über das lokale Kirchenvermögen mit Ausnahme der Kirchenpfründen war ihr entzogen und gehörte zusammen mit seiner Verwaltung zur Zuständigkeit der staatl. Finanzverwaltung. Bayern, das keine besondere Staatskirchenbehörde besaß, verwaltete das straff zentralisierte kath. Kult-, Schul- und Armenvermögen zusammen mit den übrigen Stiftungen des Landes und dem allgemeinen Kommunalvermögen. Die unmittelbare Verwaltung der kath. Fonds war sog. Distriktsstiftungsadministrationen anvertraut worden. Die politischen Gemeinden waren daher in Bayern ebenso wie in Württemberg und Baden von der Verwaltung des lokalen Kirchenvermögens ausgeschlossen.

9. Die in der nachnapoleonischen Zeit erfolgte Wiedererrichtung und Neuordnung der ordentlichen Hierarchie im südwestd. Raum stand im Zeichen des auf Josefinismus und Wesenbergianismus gegründeten Staatskirchentums. Die Regierungen Badens und der anderen Staaten der Oberrh. Kirchenprovinz waren bestrebt, die an den Staat übergegangene Kirchenverwaltung - so auch die staatl. Verwaltung des Kirchenvermögens - aufrechtzuerhalten und die Wirksamkeit der neu ernannten kath. "Landesbischöfe" auf den pastoralen Bereich zu beschränken. Selbst das mit § 38 der landh. VO v. 30. 1. 1830, dem gemeinsam erlassenen Kirchenstatut der Staaten der Oberrh. Kirchenprovinz, wieder zugelassene bischöfl. Mitaufsichtsrecht bei der staatl. Kirchenvermögensverwaltung blieb in Baden und Württemberg bis zur Mitte der 50er Jahre ohne Nachachtung.
10. In Baden führte die größere Selbständigkeit der KS innerhalb des Gr. MdI 1843 zur Umwandlung der KS in eine Zentralmittelbehörde mit dem Namen "Kath. Oberkirchenrat" (OKR).
Der OKR übernahm alle Zuständigkeiten, die die KS im Zeitpunkt ihrer Auflösung besessen hatte. Er verwaltete die allgemeinen kath. Kult-, Schul- und Armenstiftungen fast selbständig und war dem MdI gegenüber nur zur jährlichen Vorlage von Rechnungs- und Vermögensübersichten verpflichtet. Die Superrevision der allgemeinen kath. Fondsrechnungen nahm die Gr. Oberrechnungskammer wahr. Die Oberaufsicht des OKR über das Ortskirchenvermögen betraf im wesentlichen nur noch die Verwaltung der Kirchenpfründen.
11. In endgültiger Abwendung von der 1809 vollzogenen Zentralisation der staatl. Kirchenvermögensverwaltung gingen auf die vier Kreisregierungen, die 1832 an die Stelle der Kreisdirektoren getreten waren, 1833 die bisher noch von der KS innegehabten Aufsichtsrechte über die kath. Lokalfonds über. Die Kreisregierungen unterstanden nun auch in Fragen der Kirchenvermögensverwaltung unmittelbar dem MdI,

Plenum, und hatten der KS bzw. dem OKR nur noch Jahresübersichten über den Vermögensstand und die abgehörten Rechnungen der ihnen unterstellten kath. Fonds einzusenden sowie auf besonderes Verlangen abgehörte Rechnungen zur Superrevision einzureichen.

12. Die unmittelbare Verwaltung der kath. Lokalfonds in Baden wurde 1827 örtlichen, konfessionell ausgerichteten Behörden, den "Kath. Stiftungsvorständen" (StV), übertragen, die hierin die auf Bezirksebene organisierten, konfessionsneutralen Gr. Ämter ablösten. Der StV, eine Kollegialbehörde, ging aus Wahlen der kath. Pfarrangehörigen hervor, zählte einen Vertreter der politischen Gemeinde zu seinen Mitgliedern und stand unter dem Vorsitz des Ortspfarrers. Der StV, der nur in geringem Umfang zu selbständiger Verwaltung befugt war, war eine reine Staatsbehörde und ausschließlich an die Weisungen der ihm vorgesetzten staatl. Verwaltungsbehörden gebunden.
13. Die Dotationen, die den Bistümern der Oberrh. Kirchenprovinz gewährt wurden, bestanden hauptsächlich aus Geldrenten, die teils der Staatskasse, teils kirchl. Fonds und Pfründen entnommen wurden. Die Verrechnung der Dotationsrente, die dem jeweiligen Bischof und Domkapitel unter dem Vorbehalt staatl. Oberaufsicht überlassen wurde, stellte - sieht man in Baden von der nie unterbrochenen kirchl. Verwaltung der Landkapitelfonds ab - den neuen Anfang einer sich langsam verfestigenden eigenständigen kirchl. Vermögensverwaltung dar.

Die wichtigsten Fonds, die sich aus der Dotationsrente des Erzbistums Freiburg speisten und Ersparnisse zuließen, waren der Erzb. Interkalarfonds, der Erzb. Seminar- und der Erzb. Seminarbaufonds. Sie wurden vom Erzb. Domkapitel und vom Erzb. Ordin. unter Aufsicht der KS verwaltet. Einige kleinere aus der Erzbistumsdotations gebildete Fonds, die keine frei verfügbaren Einkünfte besaßen, sowie einige private Stiftungen, die im Laufe der Zeit zu den Dotations-

fonds hinzukamen, verwalteten die kirchl. Diözesanbehörden frei von staatl. Aufsicht. Das seit dem Regierungsantritt Erzbischof Hermann von Vicaris sich wieder kräftig regende kirchl. Selbstbewußtsein drängte die staatl. Aufsicht über die kirchl. Dotationsverwaltung langsam zurück, so daß sich diese 1857 de facto auf die Genehmigung der Veräußerung von Liegenschaften, die zur geringfügigen staatl. Realdotation des Erzbistums gehörten, beschränkte.

In Württemberg war das Domkapitel, das zusammen mit dem kath. "Landesbischof" die dortige Dotationsrente unter der Aufsicht des Kath. Kirchenrates verwaltete, selbst eine halbstaatliche Behörde, da ihm ein weltl. Rat mit Sitz und Stimme angehörte.

14. In Württemberg lag seit 1818 die Verwaltung der kath. Lokalfonds in den Händen der politischen Gemeinden, die zu diesem Zweck ihre Gemeinderatskollegien um die Zahl der Ortsgeistlichen beider Konfessionen verstärkten. Lediglich bei der Verwaltung der kath. Kultfonds waren die nichtkath. Mitglieder der so gebildeten gemeindlichen Stiftungsräte von der Beschlußfassung ausgeschlossen.

Den gemeindlichen Stiftungsräten übergeordnet waren die gemeinschaftlichen Oberämter, die aus dem Oberamtman und dem landh. Dekan bestanden und als Aufsichtsbehörden der gemeindlichen Stiftungsräte wiederum den Kgl. Kreisregierungen und in letzter Instanz dem Kgl. MdI unterstanden.

15. Hessen löste 1832 die bis dahin bestehende oberste Staatskirchenbehörde auf und ließ das kath. Kirchenvermögen durch die allgemeinen Staatsbehörden verwalten und beaufsichtigen. Die kirchl. Behörden, d.h. das Bischöfl. Ordin. und die kath. Dekanate, die in Hessen keinen staatl. Behördencharakter trugen, wurden in umfangreicher Weise an der Aufsicht über die kath. Lokalfonds beteiligt.

Die Kath. Kirchenvorstände, die unter der Aufsicht der Gr. Kreisräte seit 1832 die unmittelbare Verwaltung der kath. Lokalfonds führten, standen unter dem Vorsitz des jeweili-

gen Ortspfarrers. Der geistl. Vorsitzende bildete zusammen mit dem kath. Vertreter der politischen Gemeinde den ständigen Verwaltungsausschuß des Kath. Kirchenvorstandes, dessen nichtständige Mitglieder aus Wahlen hervorgingen, an denen der Ortsgeistliche, der kath. Vertreter der politischen Gemeinde im Kirchenvorstand sowie die kath. Gemeinderäte beteiligt waren. Der Kath. Kirchenvorstand verfügte nur über wenige selbständige Verwaltungsrechte und war ebenso wie der bad. StV eine reine Staatsbehörde.

16. Bayern, das 1817 die Verwaltung der kath. Lokalfonds dezentralisierte und sie den politischen Gemeinden anvertraute, richtete 1834 für das örtliche Kirchenvermögen von der übrigen Gemeindeverwaltung getrennte Verwaltungsbehörden ein, die in ihrer Zusammensetzung den bad. Kath. Stiftungsvorständen nahekamen und der gestaffelten Aufsicht der allgemeinen staatl. Verwaltungsbehörden unterworfen waren.

Die Mitaufsicht über die Verwaltung der kath. Lokalfonds, die Bayern seit 1841 seinen Bischöfen einräumte, erreichte nicht den Umfang der in Hessen gewährten bischöfl. Mitaufsicht.

17. Die Verfassungen der deutschen Einzelstaaten schufen Raum für den in eigenständiger Verantwortung für seine Kirche eintretenden kath. Laien. Obwohl sich der Einsatz des Laien und sein Nutzen für die Kirche fortwährend erhöhte, war die Hierarchie nicht bereit, freiwillig der Teilhabe des Laien an der Kirchenverwaltung, und sei es nur der Kirchenvermögensverwaltung, zuzustimmen.

Die durch die Revolution von 1848 erschütterte Staatsgewalt sah sich im Nachmärz angesichts einer von neuer Kraft erfüllten und ihre Unabhängigkeit vom Staat betonenden Kirche zur Überprüfung des bisher geübten josefinischen Staatskirchentums genötigt.

18. Die zur Ablösung und Überwindung des Staatskirchentums zwischen Baden und dem Hl. Stuhl abgeschlossene Konvention

von 1859 bekannte sich zum Grundsatz der kirchl. Verwaltung des Kirchenvermögens. Sie sah die Errichtung einer gemischten, d.h. von Kirche und Staat paritätisch zu besetzenden, zentralen Verwaltungskommission vor, die unter der Oberaufsicht des Erzbischofs und beschränkter Mitaufsicht der Gr. Reg. die Verwaltung der allgemeinen und lokalen kath. Kirchenfonds und Pfründen zu leiten hatte.

Da der Staat inzwischen den kirchl. Charakter der kath. Schul- und Armenstiftungen nicht mehr anerkannte und deshalb eine Einigung mit der Kirche über den Umfang des Kirchenvermögens nicht möglich war, bestimmte die Konvention, daß nur die kath. Kultstiftungen der Aufsicht und Verwaltung der obersten gemischten Verwaltungskommission, die kath. Schul- und Armenstiftungen aber der Leitung einer konfessionellen Staatsbehörde anvertraut werden sollten. Die geplante konfessionelle Staatsbehörde sollte mit der gemischten Verwaltungskommission sowohl den Vorsitzenden als auch die Kanzlei gemeinsam haben.

19. Die unmittelbare Verwaltung der kath. Lokalfonds beließ die bad. Konvention den Kath. Stiftungsvorständen, die jedoch von nun an gemischte staatl.-kirchl. Behörden sein und nur als Verwalter der Kultstiftungen der obersten gemischten Verwaltungskommission unterstehen sollten. Mit der unmittelbaren Aufsicht über die Kath. Stiftungsvorstände wurden die Gr. Bezirksamter in Gemeinschaft mit den Erzb. Dekanen betraut, nachdem die landh. Dekanate bereits 1853 aufgehoben worden waren.
20. Die 1857 zwischen Württemberg und dem Hl. Stuhl abgeschlossene Konvention ging gleichfalls vom Grundsatz der kirchl. Vermögensverwaltung aus. Es sollte eine im kirchl. Auftrag amtierende, gemischte Verwaltungskommission errichtet werden, die sich in erster Linie dem Bischof gegenüber zu verantworten hatte und nur in beschränktem Maß der Aufsicht der württ. Reg. unterworfen war. Die gemischte Verwaltungskommission sollte in Anlehnung an die bisherige Kompetenz

des Kath. Kirchenrates nur für die Verwaltung der allgemeinen Kirchenfonds und der Kirchenpfründen zuständig sein. Die Aufhebung der staatl. Verwaltung der kath. Lokalfonds war nicht beabsichtigt.

21. Die Aufhebung der bad. Konvention, die im Frühjahr 1860 die liberale, antirömisch eingestellte Mehrheit der bad. Stände erzwungen hatte, machte den Weg frei für den Erlaß des bad. Kirchengesetzes v. 9. 10. 1860 (KG), das nun auf dem Weg der einseitigen staatl. Gesetzgebung eine Neuordnung des Verhältnisses von Kirche und Staat brachte. § 10 KG, der das "den kirchlichen Bedürfnissen" gewidmete Vermögen des ganzen Landes der gemeinsamen Leitung von Kirche und Staat unterstellte, hatte programmatischen Charakter, ließ aber die für einen Programmsatz notwendige Klarheit vermissen. Die Entscheidung über die endgültige Gestalt der Kirchenvermögensverwaltung in Baden blieb daher der Vollzugs-VO zu § 10 KG vorbehalten.

VI. A N M E R K U N G E N

- 1) Eine kurze Einführung in das geltende Recht gibt Föhr, Oberrheinisches Pastoralblatt 1959, Bd. 60, S. 29 ff.
- 2) Longner, Beiträge, S. 77
- 3) In der pragmatischen Sanktion des Reichstages von Bourges 1438 wurden die Reformdekrete des Basler Konzils, die u.a. die päpstlichen Annaten und Kurialtaxen aufhoben sowie die päpstlichen Reservationen, die nicht im gemeinen kirchl. Recht ihre Begründung fanden, beseitigten, zum franz. Staatsgesetz erklärt (Johann Villiger, Basler Konzil/LThK II, Sp. 24; Leo Just, Gallikanismus/LThK IV, Sp. 499 - 503).
- 4) Die ersten offiziellen "Gravamina der Deutschen Nation" verkündeten die Mainzer Provinzialsynode von 1455 und der Frankfurter Reichstag von 1458 (Heribert Raab, Gravamina/LThK IV, Sp. 1174/75)
- 5) Symptomatisch für den Niedergang des Papsttums war die 1773 von den kath. Mächten erzwungene Aufhebung des Jesuitenordens. Die wachsende Schwäche der päpstlichen Zentralgewalt traf in Deutschland mit einer neuerlichen Verweltlichung des Episkopates zusammen.
- 6) Unter diesem Namen verfaßte der Trierer Weihbischof in den Jahren 1763 - 1773 ein fünfbändiges Lehrbuch über die Kirchenverfassung und das Staatskirchenrecht.
- 7) Unter dem Einfluß febronianischer Ideen erhoben der Erzbischof von Salzburg als Primas Germaniae und die drei geistl. Kurfürsten 1769 wegen der Jurisdiktion der päpstlichen Nuntien in Wien und Köln beim kaiserlichen Hofgericht in Wien Beschwerde gegen Rom (Leo Just, Febronianismus/LThK IV, Sp. 46/47).
- 8) Geier, S. 2; Leo Just, Febronianismus/LThK IV, Sp. 46/47
- 9) Zum Verlauf des Nuntiaturstreites s. Schotte, HJ 1914, Bd. 35, S. 80 ff.

- 10) Longner, Beiträge, S. 113 ff.; Leo Just, Emser Kongreß/LThK III, Sp. 856/57
- 11) Art. II und III der Emser Punktation sprachen den Bischöfen das Recht zu, den Zweck kirchl. Stiftungen zugunsten anderer kirchl. Bedürfnisse abzuändern.
Die Emser Punktation ist abgedruckt in: Die neuesten Grundlagen der deutsch-katholischen Kirchenverfassung, S. 216 ff.
- 12) Art. XV, und XXIII der Emser Punktation; Schreiben der Erzbischöfe von Mainz, Köln, Trier und Salzburg an Kaiser Josef II. v. 8. 9. 1786 (Die neuesten Grundlagen der deutsch-katholischen Kirchenverfassung, S. 233 ff.).
- 13) Freisen, S. 5; Schotte, S. 89, 103, 804; Leo Just, Emser Kongreß/LThK III, Sp. 856/57
- 14) Schotte, S. 100/101, 104, 107, 109
- 15) Schotte, S. 102, 104, 786 ff., 799
- 16) Schotte, S. 88, 93, 96, 320/21, 338; Heribert Raab, Nuntiaturstreit/LThK VII, Sp. 1072/73; Art. XIII, XXII der Emser Punktation
- 17) Schotte, S. 92 ff., 108, 341; Vigener, HZ 1913, Bd. 111, S. 530; Leo Just, Febronianismus/LThK, Sp. 46/47
- 18) Schotte, S. 99/100; Heribert Raab, Febronianismus/Staatslexikon III, Sp. 233 - 235 (234)
- 19) Geier, S. 4 Anm. 1
- 20) Dabei wurde die heilsgeschichtliche, nicht auf den zivilisatorischen Fortschritt, sondern auf die transzendente Bestimmung des Menschen gerichtete Funktion der Kirche völlig übersehen. Eine derartige Betrachtungsweise paßte nicht in das rationalistische Denken jener Zeit.
- 21) Wobei aber der Begriff des Dogmas sehr eng ausgelegt wurde. So ließ z.B. Josef II. für die habsburgischen Lande eigene Gebets- und Liedertexte für den Gottes-

- 21) (Forts.) dienst ausarbeiten und erließ genaue Vorschriften über das kirchl. Zeremoniell (Geier, S. 184 ff.).
- 22) Zu den Problemen des Josefinismus s. Ferdinand Maaß, Josephinismus/LThK V, Sp. 1137 - 1139 und die dort angegebene Literatur, besonders aber die Quellenveröffentlichung von Ferdinand Maaß und die Darstellung von Eduard Winter.
- 23) Ihre Namen sind von Riegger, von Martini, von Sonnenfels, Eybel, Pehem.
- 24) Riegger: Institutiones iuris ecclesiastici, 1765, §§ 315, 346; Sägmüller, S. 12, 19
- 25) Sägmüller, S. 16 ff.
- 26) Geier, S. 201 ff.
- 27) Neben dem Religionsfonds wurde in Vorderösterreich ein sog. Studienfonds gebildet, der sich im Breisgau aus dem Vermögen des ehemaligen Freiburger Jesuitenkollegs und des erloschenen Rektorates zu Ottersweier zusammensetzte und besonders schulischen Zwecken diente (GLA 235/13015: Bemerkungen des Respizienten des Gr.MdI v. 3. 5. 1869 zum Erl. des Erzb. Kapitelsvikariates v. 10. 10. 1868, Nr. 7581 - 83, den Breisgauer Religionsfonds und dessen Zugehörden betr.). Erst 1790 wurde der vorderösterr. Religions- und Studienfonds aus der Verwaltung des Hauptreligionsfonds zu Wien entlassen und einer selbständigen Verwaltung unterstellt (Geier, S. 165). 1806 besaß der vorderösterr. Religions- und Studienfonds ein Grundstockskapital von 2.671.372 fl, wovon 668.076 fl auf den Studienfonds entfielen (Geier, S. 153 ff., 168). Trotzdem war die Zahl der in Vorderösterreich unter Josef II. aufgehobenen Klöster sehr gering (Geier, S. 156 ff.).

- 28) Zur Anpassung der kirchl. Organisation an die staatl. Verwaltung, zur Ausschaltung jeder nicht der Staatsaufsicht unterstehenden kirchl. Jurisdiktion und zur wirk-sameren Gestaltung der kirchl. Seelsorge ließ Josef II. die österreichischen Diözesen neu umschreiben, bisher bestehende Bistümer aufheben und neue errichten. Der Versuch, ein Landesbistum für Vorderösterreich zu er-richten, scheiterte jedoch (Geier, S. 25 ff.).
Aus Mitteln des Religionsfonds errichtete Pfründen un-terstanden dem landh. Patronatsrecht (Geier, S. 96).
- 29) Zur Zweckbestimmung des Religionsfonds vgl. Sägmüller, S. 20; Geier, S. 161.
- 30) Der Tischtitel, der bisher von jedermann verliehen wer-den konnte und der Versorgung unbemittelter Geistlicher diente, durfte seit 1783 nur noch vom Landesherrn ver-liehen werden. Seit 1792 wurden alle Tischtitel aus dem Ertrag des Religionsfonds bestritten (Geier, S. 104 ff.). Die Schaffung eines landh. Tischtitels sollte die Ver-staatlichung der Priesterbesoldung vorbereiten.
- 31) Geier, S. 167. Die Generalseminarien, die ausschließlich staatl. Leitung unterworfen waren, sollten die bischöfl. Seminarien ablösen und das Ausbildungsmonopol für alle in Österreich anzustellenden Geistlichen besitzen. In Vorderösterreich gelang es nicht, die bischöfl. Semi-narien mit Hilfe des in Freiburg errichteten General-seminars auszuschalten, da sich die bischöfl. Seminarien nicht auf österreichischem Boden befanden (Geier, S. 85 ff.).
- 32) Geier, S. 162
- 33) Geier, S. 108/109
- 34) Natürlich waren die Geldsorgen des Staates nicht der einzige Grund für die Aufhebung der religiösen Bruder-schaften im Jahre 1783. Zumindest die gleiche Rolle spielte die Abneigung des josefinischen Staates gegen

34) (Forts.)

die "irrationale" und "unzweckmäßige" Frömmigkeit dieser Bruderschaften (Hugo Hantsch, Josephinismus/Staatslexikon IV, Sp. 656 - 659 (658); Geier, S. 192 ff.).

35) Die staatl. Verwaltung der Kirchenfabriken bzw. die staatl. Aufsicht über die Verwaltung derselben war schon vor Josef II. in Österreich eingeführt worden (Ferdinand Maaß, Josephinismus/LThK V, Sp. 1137 - 39 (1137); Petzek I, Nr. 241, S. 491 ff.). Die unmittelbare Verwaltung der Kirchenfabriken oblag im vorderöstr. Breisgau den von den Gemeinden oder grundherrlichen Patronatsherren eingesetzten Kirchenpflegern, die zumeist den Namen "Kirchenpröbste" trugen (Petzek I, Nr. 283, S. 572; Nr. 309, S. 633). Die "Kirchenpröbste" hatten vor landh. Beamten und im Beisein eines bischöfl. Beauftragten Rechnung zu legen (Petzek I, Nr. 296, S. 592; Nr. 241, S. 491 ff.). Sie hatten sich bei ihrer Verwaltung nach den Vorschriften und Weisungen der landh. Verwaltungsbehörden zu richten (Petzek I, Nr. 301, S. 600). Bewegliche oder unbewegliche Sachen durften ohne landh. Genehmigung weder veräußert noch belastet werden (Petzek I, Nr. 303, S. 604/605). Der Ortspfarrer war von jeder Mitwirkung bei der Verwaltung der Kirchenfabrik ausgeschlossen (Petzek II, Nr. 435, S. 243). Die Verwaltung der vakanten Pfründen besorgten die gemeindlichen bzw. grundherrlichen Kirchenpfleger (Petzek I, Nr. 268, S. 559). Nach Beendigung der Vakanz hatten sie vor der vorderöstr. Reg. Rechnung zu legen und die nicht zur Besoldung des Pfarrverwesers verwandten Interkalargefälle an den Religionsfonds abzuführen (Geier, S. 108).

36) Petzek I, Nr. 235, S. 475

37) Geier, S. 4 ff.; Ferdinand Maaß, Josephinismus/LThK V, Sp. 1137 - 39 (1138)

38) Geier, S. 37/38, 41; Petzek I, Nr. 74, S. 147; Nr. 77, S. 152; Nr. 79, S. 155

- 39) Petzek II, Nr. 463, S. 279
- 40) Geier, S. 13. So bedurften z.B. alle päpstlichen Bullen, Breven und Konstitutionen, aber auch alle bischöfl. Verordnungen und Hirtenbriefe vor ihrer Verkündung des landh. Plazets (Petzek I, 235, S. 468 ff.). Die Bischöfe hatten sich bei ihren Dispensationen in Ehesachen nach staatl. Vorschriften zu richten (Petzek I, Nr. 85, S. 163; Geier, S. 40).
- 41) Schotte, S. 93, 104, 324/25; Schreiben Josephs II. an die vier Erzbischöfe des Emser Kongresses v. 16. 11. 1786 (abgedruckt in: Die neuesten Grundlagen der teutsch-katholischen Kirchenverfassung, S. 237 ff.).
- 42) Zum josephinischen Kirchenverständnis vgl. Hugo Hantsch, Josephinismus/Staatslexikon IV, Sp. 656 - 59 (656/57)
- 43) Art. 7 des Friedensvertrages von Lunéville (Freisen, S. 77); die Säkularisation war schon auf dem Rastatter Kongreß von 1798 beschlossen worden (Scharnagl, HJ 1951, Bd. 70, S. 238).
- 44) Scharnagl, S. 243 Anm. 18.
Die Entscheidung über die Verteilung der Entschädigungslande war bereits in einem Vertrag zwischen Frankreich und Rußland gefallen, als die mit der Entschädigung der deutschen Reichsfürsten beauftragte Deputation des Reichstages am 24. 8. 1802 erstmals zusammentrat (Scharnagl, S. 239).
- 45) Zu den Problemen des RDHS vgl. Huber I, S. 51 ff.; der RDHS ist abgedruckt bei Zeumer, S. 509 ff. und Huber, Dokumente I, S. 1 ff.
- 46) Da die Säkularisation die kirchl. Ordnung nicht beeinträchtigen, d.h. die Fürstbistümer als kirchl. Sprengel erhalten wollte (vgl. die §§ 62, 63 RDHS), läßt sich die in § 34 fehlende Unterscheidung zwischen Vermögen des Hochstiftes und der Diözese bzw. ihre Gleichbehandlung in § 61 nur daraus erklären, daß in den ehemaligen

- 46) (Forts.) Fürstbistümern keine rechtspersönliche und verwaltungsmäßige Trennung von kirchl. und weltl. Gut bestand (Isele, S.66, 142) und die Einnahmen aus der Fiskalhoheit des geistl. Fürstentums und diejenigen aus diözesankirchlichen Abgaben und Stiftungen in die gleiche Kasse flossen. (Isele, S. 22). Die in den Fürstbistümern vorhandene Einheit von Kirchen- und Fiskalvermögen führte dazu, daß bei der Säkularisation der Fürstbistümer nicht zwischen dem aus den Mitteln des Staatsärars gebildeten Vermögen und dem Vermögen rein kirchl. Natur unterschieden wurde.
- 47) Scharnagl, S. 239/240
- 48) Da sich die Säkularisationsermächtigung des § 35 RDHS auch auf die Klöster der altangestammten Besitzungen bezog, kam sie auch denjenigen Landesherren zugute, die keine Entschädigungsansprüche anmelden konnten (Scharnagl, S. 240).
- 49) J. Schmitt, Staat und Kirche, S. 37
- 50) Eine Ausnahme bildete Österreich, das nach der unter Josef II. durchgeführten Säkularisation auf eine neuerliche Säkularisation von Kloostergut verzichtete.
- 51) Vgl. die hierzu in der Reichsdeputation von Bayern und Württemberg abgegebenen Vota (Regensburger Protokolle I, S. 374, 385/86). In Art. V, § 25 IPO (Zeumer, S. 395 ff.) hieß es: "Quaecumque Monasteria, Collegia, Ballivias, Commendas, templa, fundationes, scholas, hospitalia, aliave bona ecclesiastica mediata ...". J. Schmitt, Staat und Kirche, S. 18: "Die Pfarrkirchen, Pfarrkirchenfabriken, Pfarrpfründen, Pfarrfonds, andere örtliche Fonds und die Kirchengemeinden waren der Säkularisation nicht unterworfen. Sie sind in keiner Bestimmung des RDHS als einziehbar bezeichnet, verloren daher weder Vermögen noch Vermögensfähigkeit".

- 52) Isele, S. 141
- 53) Zum rechtlichen Fortbestand der Domkapitel vgl. Isele, S. 141 sowie die in diesem Punkt übereinstimmenden Vota der Mitglieder der Regensburger Reichsdeputation (Regensburger Protokolle I, S. 49, 267, 286, 314, 354, 374, 385, 393).
- 54) Das zum Ausstattungsanspruch des § 35 abgegebene Votum Kursachsens sprach von der "Dotation der nötigen Bistümer" (Regensburger Protokolle I, S. 62).
Vgl. J. Schmitt, Staat und Kirche, S. 53; Lammeyer, S. 49, 95; a.A. Isele, S. 139.
- 55) J. Schmitt, Staat und Kirche, S. 54; Regensburger Protokolle I, S. 267
- 56) Vgl. die Vota von Kursachsen und Kurmainz zu § 34 des zweiten franz.-russischen Entschädigungsplanes (Regensburger Protokolle I, S. 267/68, 412).
- 57) Die Deklaration ist abgedruckt bei Longner, Beiträge, S. 630 ff.; zu Art. 8 vgl. J. Schmitt, Ablösung der Staatsleistungen, S. 133/34
- 58) Zu den Staaten der Frankfurter Konferenz gehörten u.a. Baden und Württemberg (vgl. S. 65).
- 59) Die württ. Konvention ist abgedruckt bei Schneider, Kirchenrechtsquellen, S. 145 ff.
- 60) Vgl. S. 189
- 61) J. Schmitt, Staat und Kirche, S. 53; Scharnagl, S. 258; a.A. Sägmüller, S. 110
- 62) Der Dotationsanspruch der Domkirchen war ein "neurechtlicher" Anspruch, da das zur Disposition der Landesherren gestellte Klostervermögen ursprünglich nicht zur Ausstattung der Domkirchen bestimmt war und ihm § 35 RDHS diese Verbindlichkeit erstmalig aufbürdete (vgl. J. Schmitt, Staat und Kirche, S. 37, 53, 55).

- 63) Die auf dem Klostervermögen lastenden Verbindlichkeiten zur Bestreitung des Kulturaufwandes (Kirchenbau, Unterhalt für Geistliche usw.) waren meistens infolge klösterlicher Inkorporationen entstanden. Sie konnten aber auch im unvordenklichen Herkommen oder in einem bestimmten Vertrag ihren Rechtsgrund haben (Scharnagl, S. 258/59; J. Schmitt, Ablösung der Staatsleistungen, S. 77).
- 64) Vgl. J. Schmitt, Staat und Kirche, S. 37/38; zur Entstehung und Auslegung des § 35 vgl. Scharnagl, S. 250 - 55 mit weiterem Quellennachweis.
- 65) Der gemeinrechtliche Satz "res transit cum suo onere, et qui commodo rei gaudet, ferre etiam debet eius incommodum" gehört zu den naturrechtlichen Grundlagen des deutschen und europäischen Rechtes. Er wurde mit § 419 auch ins BGB übernommen (Denkschrift von 1924, S. 2; J. Schmitt, Staat und Kirche, S. 33).
- 66) Vgl. J. Schmitt, Staat und Kirche, S. 34/35.
Art. 9 Abs. 2 KE erkannte den mit der Säkularisation des Klostervermögens verbundenen Schuldübergang mit den Worten an: "Das Vermögen der Ordensgesellschaften fällt demnach, sooft jene aufgehoben werden oder erlöschen, dem Staat jedoch mit Lasten und Vorteilen anheim, mithin auch mit der Pflicht, die fortdauernde kirchliche oder Staatszwecke, als: Seelsorge, Jugendunterricht, Krankenverpflegungen und dergleichen anderweit hinlänglich zu begründen".
- 67) J. Schmitt, Staat und Kirche, S. 57.
Das Reichsgericht stellte in mehreren Entscheidungen fest, daß mit der Säkularisation des Kloster- und Bistumsvermögens die auf diesem ruhenden kirchl. Lasten auf den Fiskus übergegangen waren (RGZ 96/36 ff., 97/171 ff., 101/12 ff.).
- 68) J. Schmitt, Kirchenbaupflicht, S. 36; AfKRR Bd. 24/112, 76/266. Sägmüller, S. 113, bemerkt mit Recht, daß bei der Bewertung der im Laufe der Zeit in beträchtlichem

- 68) (Forts.) Umfang gestiegenen Staatszuschüsse für kirchl. Aufgaben berücksichtigt werden müsse, daß sich nicht nur der Umfang der vom Staat zu deckenden kirchl. Ausgaben, sondern auch der Wert der säkularisierten Kirchengüter gesteigert habe.
- 69) J. Schmitt, Staat und Kirche, S. 37/38, 56/57, 81
- 70) J. Schmitt, Staat und Kirche, S. 79 ff.
- 71) Dies ergibt sich aus der Tatsache, daß das Bistums- und Kloostervermögen vor seiner Säkularisation ebenfalls nur zu Geld- oder Naturalleistungen verpflichtet war. Für das durch Inkorporationen belastete Kloostervermögen versteht es sich von selbst, daß es nicht wiederum zur Realdotation der inkorporierten Pfarrkirchen verpflichtet war. Die bischöfl. Domänen und die Güter der Domkapitel bildeten die Realdotationen der berechtigten kirchl. Rechtssubjekte (Bischöfl. Stuhl, Kathedralkirche, Domkapitel usw.). Sie konnten daher nicht selbst mit der Pflicht zur Realdotation ihrer Eigentümer belastet sein, sondern nur mit der Verpflichtung, die konkreten Ausgaben derselben abzudecken.
- 72) Scharnagl, S. 256; Sägmüller, S. 46.
Die §§ 71, 72 der "Grundzüge" sind abgedruckt bei Sägmüller, S. 43; § 82 der württ. Verfassung v. 27. 9. 1819 (Staats- u. Reg.Bl. 1819, Nr. 65, S. 633 ff.; Schneider, Kirchenrechtsquellen, S. 309) lautete: "Die katholische Kirche erhält zur Bestreitung derjenigen kirchlichen Bedürfnisse, wozu keine örtlichen Fonds vorhanden sind oder die vorhandenen nicht zureichen und besonders für die Kosten der höheren Lehranstalten einen eigenen, diesen Zwecken ausschließlich gewidmeten Kirchenfond. Zum Behufe der Ausscheidung desselben vom Staatsgut und der näheren Bestimmung der künftigen Verwaltungsweise wird ... eine Kommission niedergesetzt werden".

- 73) Vgl. Art. 20 KE; Mejer I, S. 206, 282, 291 ff.
- 74) Zu Dalbergs kirchenpolitischen Vorstellungen vgl. Schotte, S. 345/46; zu seinen nach der Säkularisation verfolgten politischen Zielen vgl. Mejer I, S. 204 ff.
- 75) Seit dem Westf. Frieden waren die Reformierten, Lutheraner und Katholiken als nach Reichsrecht gleichberechtigte Konfessionen anerkannt.
- 76) Das III. Bad. Organisationsedikt v. 11. 2. 1803 (OE) wurde zusammen mit den zwölf übrigen Organisationsedikten von 1803 veröffentlicht in: "Organisation der Badenschen Lande".
- 77) Das I. Bad. Konstitutionsedikt v. 14. 5. 1807 (KE) erschien zusammen mit den sechs anderen Konstitutionsedikten als Sonderdruck in der Macklot'schen Hofbuchhandlung Karlsruhe, 1807/09. Es ist außerdem abgedruckt bei Utz, S. 3 ff.
- 78) z.B. Bayern (Religionsedikt von 1806), Württemberg (Religionsedikte von 1803 und 1806), Hessen-Darmstadt (Religionsedikt von 1803), Nassau-Weilburg (Religionsedikt von 1803).
- 79) Bei Beibehaltung einer einzigen Landeskirche wären die noch ungefestigten Staaten einer untragbaren innenpolitischen Belastung ausgesetzt gewesen.
- 80) Für das Paritätsproblem kann die Zweiteilung des ev. Bekenntnisses in Reformierte und Lutheraner außer Betracht bleiben.
- 81) Longner, Beiträge, S. 39; Hagen I, S. 164
- 82) Die Angehörigen des ortsfremden Bekenntnisses konnten sich auf Wunsch von Geistlichen ihrer Konfession trauen, beerdigen oder taufen lassen, sofern nur die vorgenommenen kirchl. Handlungen dem Kirchspielpfarrer angezeigt und an ihn die Stolgebühren entrichtet wurden (Art. 25 KE).

- 83) Hagen I, S. 164
- 84) Hagen I, S. 171
- 85) Longner, Beiträge, S. 38
- 86) vgl. zum folgenden Ammann, S. 114 ff.; Hagen I, S. 166
- 87) Für Württemberg vgl. Hagen I, S. 170; für Hessen-Darmstadt und Nassau-Weilburg vgl. Longner, Beiträge, S. 51 und 41/42.
- 88) Art. 13, 21 KE in Verb. mit der VO des Gr. Polizeidepartements v. 15. 6. 1807 (Reg.Bl. 1807, Nr. 21); in § 31 des III. Bad. Konstitutionsediktes v. 22. 7. 1807 hieß es: "... Die Präsentierten müssen bei Katholiken Unser Gutheißen ihrer Ernennung und die weltliche Einweisung... von Uns erlangen" (Reg.Bl. 1807, Nr. 29). Vgl. hierzu auch §§ 33, 34 der KomO.
- 89) Art. 13 KE überließ es der Kirchengewalt, "nach Gutfinden wandelbare Gehülfen der angestellten Kirchen- und Schuldienere" zu ernennen.
- 90) So geschah es z.B. mit der durch Art. 14, 16 KE aufgehobenen kirchl. Gerichtsbarkeit in weltl. Angelegenheiten, zu der u. a. die Strafjustiz über Geistliche und die Ziviljustiz in Fragen des ehelichen Güterrechts gehörten (vgl. Art. 22 OE, § 52 KomO). Sie wurde den ordentlichen staatl. Gerichten übertragen.
- 91) Art. 24 OE und in Verb. hiermit § 48 KomO beschäftigten sich von vornherein nur mit der wichtigsten personenstandsrechtlichen Tätigkeit der Kirche, der Eheschließung. Der kirchl. Charakter von Taufe und Beerdigung stand noch gar nicht in Frage. Im Bereich der Ehegerichtsbarkeit und der Ehepolizei sollte nur dann eine staatl. Zuständigkeit bestehen, wenn es sich um die Eheschließung zwischen Katholiken und Evangelischen handelte.

An den in den bad. Religionsedikten von 1803 und 1807

- 91) (Forts.) enthaltenen unterschiedlichen Vorschriften über die Standesbeamtung läßt sich deutlich das schnelle Vordringen des Staatskirchentums ablesen. Vgl. Longner, Beiträge, S. 59
- 92) Unter diese "Gewaltshandlungen" fielen auch Kirchenvisitationen, Firmungsreisen und kirchl. Versammlungen (§§ 54, 55 KomO). In Württemberg war zur Abhaltung von Visitationen und kirchl. Versammlungen sogar die vorherige Staatsgenehmigung erforderlich (Hagen I, S. 166).
- 93) Art. 22 Ziff. 2 OE verlangte für kirchl. Verordnungen nur dann das landh. Plazet, wenn sie "mittelbar oder unmittelbar" in "die äußere Staatslage des Unterthanen" eingriffen.
- 94) Art. 22 OE ließ die überkommenen bischöfl. Jurisdiktionsbezirke unangetastet.
- 95) Art. 20 OE berief sich auf eine Vorschrift des Westf. Friedens, die bestimme, daß "Niemand der Religion wegen von Spitälern, Siechenhäusern und Almosengaben ausgeschlossen werden solle". Er bezog sich damit auf Art. 5 § 35 IPO (Zeumer, S. 420), in dem es u.a. hieß: "Sive Catholici, sive Augustanae Confessionis fuerint subditi, nullibi ob Religionem despiciatui habeantur, nec a mercatorum, opificum aut tribuum communione, haereditatibus, legatis, hospitalibus, leproso^{ri}is, eleemosynis aliisve iuribus aut commerciis multo minus publicis coemeteriis honoreve sepulturae arceantur...".
- 96) § 65 RDHS lautete: "Fromme und milde Stiftungen sind wie jedes Privateigentum zu konservieren, doch so, daß sie der landesherrlichen Aufsicht und Leitung untergeben bleiben".
- Nicht nur den Bestimmungen des Westf. Friedens, sondern auch dem Sinn und Zweck caritativer Einrichtungen entsprach es, daß Spitäler, Siechenhäuser und Almosenstiftungen grundsätzlich allen Notleidenden, gleichgül-

- 96) (Forts.) tig welchen Glaubens sie waren, zugute kamen. Diese Zweckbestimmung schloß ihren kirchl. Charakter nicht aus, da die Kirche ihren diakonischen Dienst an der Welt nie auf ihre Mitglieder beschränkt wissen wollte. Wenn daher § 65 RDHS der Kirche nicht im gleichen Maß, wie es § 63 RDHS für das Kult- und Schulvermögen tat, den ungestörten Besitz und Genuß der ihr eigentümlichen "frommen und milden Stiftungen" garantierte, so wollte er nur das bei diesen Stiftungen mögliche Mitgenußrecht Andersgläubiger berücksichtigt wissen, nicht aber ihre Zugehörigkeit zum Kirchenvermögen bestreiten, was der Wortlaut des Art. 2o OE zusätzlich klarstellte. Vgl. hierzu Anm. 51.
- 97) Die bad. Religionsedikte von 18o3 und 18o7 machten noch nicht die späterhin so wichtige Unterscheidung zwischen kirchl. und "nur" konfessionellem Stiftungsvermögen. Die Worte "Religion, Religionstheil" und "Kirche" wurden in diesem Zusammenhang, wie ein Vergleich zwischen § 63RDHS, Art. 18, 2o OE und 9 KE zeigt, völlig gleichbedeutend verwandt.
- 98) Der hier bedeutsame Satz des Art. 2o OE lautete: "Die Verwaltung (sc. der Spitäler, Siechenhäuser und Almsgaben) gehört in jedem Fall, als eine kirchliche Angehörde, dem Religionstheil, der sie hergebracht hat und darf ihm nicht entzogen werden". (Art. 2o OE ist abgedruckt bei Heimberger, S. 52).
- 99) Vgl. landh. VO v. 8. 1o. 18o7(Reg.Bl. 18o7, Nr. 36; Sammlung I, S. 365) und landh. VO über die Amtsverhältnisse der kath. und ev. Kirchenökonomekommissionen v. 3. 11. 18o7, II,Ziff. 8 d (Reg.Bl. 18o7, Nr. 39; Sammlung I, S. 376).
- In Art. 39 des III. Bad. Konstitutionsediktes v. 22. 7. 18o7 (Reg.Bl. 18o7, Nr. 29, S. 149) behielt sich der Landesherr "bei allen Religionen" die obere Leitung der

- 99) (Forts.) Verwaltung des Kirchen- Schulen-und milden Stiftungs-Vermögens" vor.
- 100) Vgl. die Konstitutionsurkunde für das Königreich Baiern v. 1. 5. 1808, Erster Titel, § VI (Baier. Reg. Bl. 1808, Nr. 22, Sp. 988).
- 101) Das IV. Bad. Organisationsedikt (abgedruckt in "Organisation der Badenschen Lande"), das der Ausführung des § 35 RDHS diene, hob nicht alle auf bad. Gebiet gelegenen Klöster auf. Es ließ vor allem einige Mendikantenklöster (Art. 13) und die der Erziehung sich widmenden Frauenklöster (Art. 11) bestehen. Zum weiteren Schicksal der bad. Mendikantenklöster vgl. Lauer, S. 22 und 25 ff.
- 102) 1771 wurde die kath. Markgrafschaft Baden-Baden mit der ev. Markgrafschaft Baden-Durlach unter den ev. Markgrafen von Baden-Durlach vereinigt.
- 103) Abgedruckt in "Organisation der Badenschen Lande" sowie bei Friedberg, S. 474 ff. und bei Seng, S. 310 ff.
- 104) Vgl. die Einleitung des Postscripti v. 28. 10. 1790
- 105) Zu Charakter und Umfang der "frommen Stiftungen" s. Lammeyer, S. 191
- 106) In der kath. Markgrafschaft Baden-Baden übte seit ungefähr 1550 die Fürstliche Rentkammer die Aufsicht über die "frommen Stiftungen" aus. 1788 übernahm das Fürstliche Hofratskollegium die Funktionen der Rentkammer (Freisen, S. 166; Einleitung des Postscripti v. 28. 10. 1790).
- 107) s. zu Lit. 0 auch das erläuternde Postscriptum ad Rescriptum praecedens v. 21. 8. 1791.
- 108) Zur kirchl. Verwaltung des Kirchenvermögens im Hochstift Speyer vgl. Wetterer, S. 261 ff.

- 109) Mißverständnisse konnten daraus entstehen, daß das III. OE im Zusammenhang mit der Eigentumsfrage zwischen kath. Bevölkerungsteil und Kirche keinen Unterschied machte und für beide den Begriff kath. "Religionstheil" verwandte, bei der Verwaltungsregelung aber mit dem Begriff "Religionstheil" nur den kath. Bevölkerungsteil bezeichnen wollte. So billigte Art. 22 OE den bischöfl. Behörden nur die wenigen im markgräflichen Postscriptum von 1790 verbrieften Mitwirkungsrechte zu, obwohl gleichzeitig Art. 20 OE dem kath. "Religionstheil" das alleinige Recht zur Verwaltung seines Vermögens garantierte.
- Das I. KE setzte nun, soweit es um das Eigentum am Kirchenvermögen ging, an die Stelle des Wortes "Religionstheil" das Wort "Kirche" (Art. 9 KE), soweit es sich um die Mitwirkungsrechte der kirchl. Behörden bei der Kirchenvermögensverwaltung handelte, sprach es von der "Kirchengewalt" (Art. 12 KE). Das Recht des kath. Bevölkerungsteils zur ausschließlichen Verwaltung des Kirchenvermögens erwähnte das I. KE nicht ausdrücklich. Es konnte nur mittelbar aus Art. 20 KE am Ende geschlossen werden.
- 110) Vgl. Longner, Beiträge, S. 39, 43, 51; Hagen I, S. 166; Freisen, S. 197; Mejer I, S. 297
- 111) Abgedruckt in "Organisation der Badenschen Lande".
- 112) Die Kath. Kirchenkommission war eine Zentralmittelbehörde, d.h., sie stand unmittelbar unter dem die Regierungsgewalt ausübenden Geheimratskollegium und war den an der Stelle der späteren Mittelbehörden amtierenden Provinzkollegien koordiniert.
- 113) Die KomO ist 1804 als Sonderdruck erschienen.
- 114) Pfalzgrafschaft und Markgrafschaft am Rhein.
- 115) Vgl. Lit. M des Postscripti v. 28. 10. 1790

- 116) So lautete bezeichnenderweise die Überschrift zu Abschnitt VIII der KomO: "Die Oberverwaltung der kirchlichen oder politischen milden Stiftungen". Die Art. 41 ff. des X. Bad. Organisationsedikts (abgedruckt in "Organisation der Badenschen Lande") übertrugen die Verwaltung bestimmter allgemeiner kath. Waisen- und Krankenfonds der Kath. Kirchenkommission. Von allgemeinen kath. Kultstiftungen war in so konkreter Form nirgendwo in den Organisationsedikten die Rede.
- 117) z.B. Gymnasialfonds Freiburg, Gymnasialfonds Offenburg, Gymnasialfonds Tauberbischofsheim, Gymnasialfonds Donaueschingen
- 118) Vgl. Ber. des Gr. Kath. Oberkirchenrates (OKR) v. 30. 10. 1862, Nr. 16490, an Gr. MdI (GLA 235/31764); zur Ausscheidung des bad. Anteils des vorderöstrerr. Religionsfonds und des gleichnamigen Studienfonds vgl. GLA 235/13015: Ber. des Respizienten des Gr. MdI v. 3. 5. 1869 zum Erl. des Erzb. Kapitelsvikariates (KV) v. 10. 10. 1868, den Breisgauer Religionsfonds und dessen Zugehörden betr.
- 119) Zu Entstehung und Schicksal des Bruchsaler Priesterseminarfonds vgl. GLA 235/13165; zur Verwaltung des "Bruchsaler" Stiftungsvermögens kurz vor und nach der Säkularisation vgl. Wetterer, FDA 1930, Bd. 30 n.F., S. 261 ff. Das Seminar in Bruchsal diente bis 1805, das Seminar in Meersburg bis 1827 der Priesterausbildung (vgl. Reinhard, FDA 1928, Bd. 29 n.F., S. 185, 189).
- 120) Nach Erl. des Kath. Kirchendepartements an das Bischöfl. Ordin. Konstanz v. 31. 7. 1811, Nr. 6044, wollte "Seine Kgl. Hoheit das Constanzer Domfabrikvermögen als Kirchengut betrachtet wissen" (s. OR II, S. 264 ff.: Erl. des Erzb. Ordin. v. 11. 12. 1862, Nr. 12821, an MdI).

- 121) Durch Staatsministerialentschließung v. 17. 8. 1820 wurde das Vermögen der übriggebliebenen Mendikantenklöster zu Kirchenvermögen erklärt, versilbert und den allgemeinen Kirchenfonds zugewiesen (vgl. GLA 235/15168; Bemerkungen des staatl. Respizienten, die Natur und den Zweck des Religionsfonds des Obern Fürstentums betr.; GLA 235/13015: Ber. des Respizienten des MdI v. 21. 6. 1869, die Natur und den Zweck des Radolfzeller Filialreligionsfonds und des Dominikanerfonds in Konstanz betr.). 1820 wurde das Vermögen der Mendikantenklöster auf 255.000 fl Aktiva und 581.700 fl Passiva veranschlagt (Denkschrift von 1926, S. 21).
- 122) OR II, S. 501 ff.; Ber. des Kath. Oberstiftungsrates (KO) an das Erzb. Ordin. v. 3. 3. 1863, Nr. 4452.
- 123) Darlehen, die den Jahresertrag der belasteten Stiftung nicht überstiegen, waren nicht genehmigungspflichtig (§ 81 KomO).
- 124) Aufgehoben wurde auch das Hofratskollegium in Konstanz und das von ihm verwaltete Obere Fürstentum. Letzteres ging in der neugebildeten Oberrh. Landgrafschaft (Provinzhauptstadt Freiburg) auf (Reg.Bl. 1807, Nr. 23; Sammlung I, S. 308). Zur Aufhebung der Kath. Kirchenkommission s. die VO des Gr. Polizeidepartements v. 15. 6. 1807 (Reg.Bl. 1807, Nr. 21; Sammlung I, S. 307) sowie Andreas, S. 172/73.
- 125) In einem an den Gr. Staatsrat gerichteten Gutachten des Direktors des Kath. Kirchendepartements, Guignard, v. 9. 3. 1812 hieß es : Die "während dem Dasein der Kirchenkommission ... sich allgemein, und bei allen Stellen fixierte Idee, als wollte die genannte Kirchenbehörde sich ein ganz eigenes, der weltlichen Gewalt entgegenstehendes Kirchenregiment anmaßen, und so einen Statum in Statu formiren , wird um so leb-

- 125) (Forts.) hafter wieder erwachen, als ..." (GLA 236/7761).
- 126) Vgl. die landh. VO des Gr. Geheimen Rats, des Justiz-, Polizei- und Finanzdepartements v. 10. 8. 1807 (Reg. Bl. 1807, Nr. 31; Sammlung I, S. 345) und die landh. VO v. 8. 10. 1807 (Reg. Bl. 1807, Nr. 36; Sammlung I, S. 365).
- 127) s. die landh. VO v. 29. 9. 1807 (Reg. Bl. 1807, Nr. 34, S. 196, 198 und 199).
- 128) Zur Organisation und Zuständigkeit der Kath. Kirchenökonomiekommissionen s. die "Landesverordnung über die Amtsverhältnisse der kath. und ev. Kirchenökonomiekommissionen v. 3. 11. 1807" (Reg. Bl. 1807, Nr. 39; Sammlung I, S. 375 ff.).
Die Provinzregierungen von 1807 waren ebenso wie die Hofratskollegien von 1803 Kollegialbehörden und trugen deshalb auch den Namen "Provinzialkollegien".
- 129) Die 1807 vorgenommenen Veränderungen in der Staatsverwaltung betrafen auch das Gr. Geheimratskollegium.
An die Stelle der bisherigen drei Departements traten jetzt vier Departements, und zwar das Staats-, Justiz-, Polizei- und Finanzdepartement. Das Polizeidepartement übte die Oberaufsicht über die Provinzregierungen in "weltlichen und geistlichen" Angelegenheiten. Zum Ressort des Polizeidepartements gehörte der gesamte Bereich der staatl. "Kirchenherrlichkeit" mit Ausnahme der Ehepolizei, die der Leitung des Justizdepartements anvertraut war. So unterstand auch die Kirchenvermögensverwaltung der Kirchenökonomiekommissionen der Kontrolle des Polizeidepartements. Vgl. hierzu die landh. VO v. 20. 3. 1807 (Reg. Bl. 1807, Nr. 11; Sammlung I, S. 281 ff.).
- 130) landh. VO v. 3. 11. 1807, I, §§ 5, 6 und 7

- 131) ebenda, I § 10
- 132) ebenda, II § 11a; die Zustimmung des Provinzialkollegiums zur Prozeßführung der Kirchenökonomiekommission beschränkte sich in ihrer Wirkung auf das Innenverhältnis, so daß ihr Fehlen die Prozeßvollmacht des bei der Kirchenökonomiekommission angestellten Kirchenanwaltes nicht beeinträchtigte (II § 11b).
- 133) ebenda, I § 5
- 134) Entgegen I § 3 der landh. VO v. 3. 11. 1807 übten die Kirchenökonomiekommissionen ihre "Oberpflegschaft" über die in grund- und standesherrlichen Orten befindlichen kath. Lokalstiftungen unter dauernder Zwischenschaltung der landh. Landvogtei-, Obervogtei- und Oberämter aus, die aufgrund der landh. VO v. 15. 12. 1807 (Reg.Bl. 1807, Nr. 44; Sammlung I, S. 396 ff.) zur landh. Beaufsichtigung der standesherrlichen Ämter errichtet worden waren (GLA 234/943).
- 135) GLA 234/943
- 136) Vgl. das Schreiben des Fürstbischöflich-Speyerischen Generalvikariates Bruchsal an die Gr. Bad. Reg. des Niederrheins v. 11. 1. 1809 (GLA 234/944).
- 137) Das Organisationsreskript v. 26. 11. 1809 (Org R) findet sich samt Beilagen A-F veröffentlicht im Reg. Bl. 1809, Nr. 49-52; Sammlung I, S. 693 ff.
- 138) 1808 wurde der Gr. Geheime Rat aufgehoben und durch einen "Gr. Cabinetsrath" ersetzt. Dem Kabinettsrat unterstellt waren die fünf Ministerialdepartements der Justiz, der auswärtigen Verhältnisse, des Innern, der Finanzen und des Kriegswesens (landh. VO, die Organisation der obersten Staatsbehörden betr., v. 5. 7. 1808 = Reg.Bl. 1808, Nr. 21; Sammlung I, S. 496 ff.). Die §§ 10, 11, 13 OrgR hoben den Gr. Kabinettsrat wieder auf und setzten an dessen Stelle die Ministerialkonferenz, die aus den Ministern der fünf in Mini-

- 138) (Forts.) sterien umgewandelten Ministerialdepartements bestand (s. auch OrgR, Beil. F § 37).
- 139) Landeshoheitsdepartement, Landespolizeidepartement, Landesökonomiedepartement, Kath. Kirchendepartement, Ev. Kirchendepartement.
- 140) Die Gr. Rechnungskammer war eine dem Cassendepartement im Gr. Ministerium der Finanzen unterstellte Revisionsbehörde, die alle bei den Ministerien anfallenden Revisionsarbeiten, sie mochten sich auf "landesherrliche oder Amts-, Kirchen-, Stiftungs-, Gemeinds- und andere Cassen" beziehen, auszuführen hatte, wobei aber die endgültige Entscheidung über die Abhörbescheide dem jeweiligen Ministerium bzw. Departement verblieb (OrgR, Beil. F § 28).
- 141) Nach dem im Anschluß an das OrgR verkündeten Erl. des MdI v. 23. 7. 1810 (Reg.Bl. 1810, Nr. 31; Sammlung I, S. 829) waren die gerichtliche Vertretung der kath. Schul- und Kult bzw. Kirchenstiftungen zwischen dem Kath. Kirchendepartement und den Kreisdirektorien aufgeteilt. Die landh. VO v. 17. 10. 1811 übertrug jedoch die gerichtliche Vertretung der kath. Kirchen- und Schulstiftungen allein dem Kath. Kirchendepartement (Reg.Bl. 1811, Nr. 29; Sammlung I, S. 930).
- 142) Zur Ministerialkonferenz vgl. Anm. 138.
Die landh. VO v. 21. 9. 1811 löste die Ministerialkonferenz wieder auf und übertrug ihre Funktionen dem Geheimen Kabinett des Großherzogs (Reg.Bl. 1811, Nr. 24; Sammlung I, S. 921). Es wurden drei referierende "Geheime Cabineträte" ernannt. Sie gehörten jeweils demjenigen Ministerium mit Sitz und Stimme an, dessen Beschlüsse sie dem Landesherrn zur höchsten Genehmigung vorzutragen hatten (Andreas, S. 331).
An die Stelle des Geheimen Kabinettsrates und der Kabinettsreferate trat 1817 das Gr. Staatsministerium,

- 142) (Forts.) dem alle Departementsvorsteher, ein als Stellvertreter des Großherzogs im Staatsministerium amtierender Staatssekretär und besondere vom Großherzog berufene Staatsräte mit Sitz und Stimme angehörten (landh. Verordnungen v. 15. 7. 1817 und v. 6. 8. 1817 = Reg. Bl. 1817, Nr. 18 und 20; Sammlung I, S. 1345/46).
- 143) Erl. des Gr. MdI, die künftige Verwaltung der kirchl. und milden Fonds betr., v. 21. 4. 1810, § 3c (Reg.Bl. 1810, Nr. 19; Sammlung I, S. 774 ff.).
- 144) Kath. Fonds, die nicht überwiegend für Wohltätigkeitszwecke bestimmt waren, verblieben in der Verwaltung des Kath. Kirchendepartements (OrgR, Beil. F, §§ 16e, 20d).
- 145) s. das landh. Reskript v. 31. 12. 1809 (Reg.Bl. 1810, Nr. 3).
- 146) Reg.Bl. 1813, Nr. 10; Sammlung I, S. 1139
- 147) Vgl. das landh. Reskript v. 21. 7. 1812, § 3 (GLA 236/7761).
- 148) GLA 236/7761
- 149) § 1 des Reskripts v. 21. 7. 1812; s. auch die landh. VO v. 7. 4. 1813, nähere Bestimmungen der Geschäftsverwaltung der Kreise betr. (Reg.Bl. 1813, Nr. 11 ; Sammlung I, S. 1140).
- 150) § 5 des Reskripts v. 21. 7. 1812
- 151) ebenda, §§ 7, 8 und landh. Reskript v. 25. 8. 1813, die Personalorganisation des Gr. MdI betr. (GLA 236/7761)
- 152) Vgl. die landh. VO v. 21. 7. 1812 (Reg.Bl. 1813, Nr. 10)
In einem Gutachten des Staatsrates Stösser v. 8. 4. 1812 (GLA 236/7761) hieß es: "Die sogenannten geistlichen oder Pfarr-, Kirchen- und Schulsachen lassen sich in drei Classen eintheilen: 1) die rein geist-

- 152) (Forts.) lichen: diese werden bei den Katholischen von den Vicariaten ... besorgt. Bei den Katholischen hatten die weltlichen Regierungen die Aufsicht darüber, daß die Vicariate ihre Gewaltsgrenzen nicht überschritten, auch erteilten dieselben das placitum regium bei Abänderungen oder neuen Einrichtungen der Vicariate ...".
- 153) §§ 2, 7, 8 des landh. Reskriptes v. 21. 7. 1812
- 154) ebenda, §§ 5, 8
- 155) Mit Eingabe v. 27. 1. 1814 (GLA 236/7761) wurde "in Übereinstimmung sämtlicher Vorsteher der verschiedenen Zweige des Ministerium des Innern" dem Großherzog die Bitte vorgetragen, aus Gründen der Geschäftsvereinfachung die Hauptsitzung des II. Departements abzuschaffen und ihre Funktionen der Hauptsitzung des I. Departements zu übertragen. Die Kirchensektionen sollten aber bestehen bleiben und ihren bisherigen Geschäftsbereich behalten. Da "eine geistliche Mitherrschaft den Souverainetäts-Rechten und dem Geist der Zeit nicht mehr angepaßt" wäre, sollte "die Gleichstellung der geistlichen Gewalt mit der weltlichen Gewalt durch Benennung erstes und zweites Departement ferner unterlassen und alles unter der Generalfirma Ministerium des Innern ... in fortlaufenden Nummern ausgefertigt" werden.

Der allerhöchste Kabinettsbeschluß v. 24. 2. 1814 (GLA 236/7761) zeigte aber, daß sich in der nächsten Umgebung des Souveräns Widerstände gegen den Plan des MdI gezeigt hatten. In der allerhöchsten Entschließung v. 24. 2. 1814 hieß es: "Seine Königliche Hoheit denken diesen Vorschlag (sc. v. 27. 1. 1814) nur in dem Fall zu sancioniren, wenn die Erfahrung bestätigen wird, daß der Geschäftsgang an Schnelligkeit und Gründlichkeit dabei gewinne, ohne daß in personeller Hinsicht Beschwerde über Zurücksetzung im Organisa-

- 155) (Forts.) tionsmäßigen, Sitz und Stimmrecht entstehen. Höchstdieselbe wollen also geschehen lassen, daß provisorisch nach dem Vorschlag verfahren werde, erwarten nach Verlauf dreier Monate ausführlichen Bericht über den Erfolg ...".

Der daraufhin vom MdI, I. Departement, erlassene Beschluß v. 3. 3. 1814 (GLA 236/7761) ging daher nicht soweit wie die ursprüngliche Eingabe v. 27. 1. 1814. Er ließ vor allem die beiden getrennten "Hauptsitzungen" des I. und II. Departements bestehen und schrieb nur vor, daß "bei den in den beiden Hauptsitzungen gefaßt werdenden Beschlüssen die Benennung I. und II. Departement wegbleiben und die Fertigungen im Namen Ministerium des Innern geschehen" sollten. Ferner verordnete er, "daß die Oeconomie Commission nur solche Gegenstände zur Plenarsitzung zu bringen, welche vormals dem General Directorio vorgelegt werden mußten, die übrigen aber selbst zu erledigen habe" und, "daß es ebenso von Seiten der Ev. und der Kath. Kirchensection zu halten, somit die vorher zum General Directorio gebrachten Gegenstände nunmehr zur kirchlichen Plenarsitzung zu bringen seyen".

- 156) Hagen I, S. 166

- 157) Hagen I, S. 171

- 158) Hagen I, S. 270. Als zur Wahrnehmung der landh. Kirchenherrlichkeit berufenen Behörde hatte der Kath. Kirchenrat neben der Beaufsichtigung und Verwaltung des Kirchenvermögens u.a. das kath. Schulwesen zu leiten und das landh. Patronatsrecht auszuüben (Hagen I, S. 171; Cl. Bauer, S. 12/13, 132).

- 159) Hagen I, S. 284

- 160) Vogt, AfkKR 1863, Bd. 9, S. 38/41

- 161) Vgl. landh. VO v. 9. 7. 1811 (Staats- und Reg. Bl. 1811, S. 357)
- 162) Schneider, Staatsaufsicht, S. 20
- 163) Vgl. kgl. VO v. 29. 12. 1806, die Verwaltung der Stiftungen betr., Art. V, XXII (Baier. Reg. Bl. 1807, Nr. 2, Sp. 49 ff.); s. zum folgenden auch Schneider, Staatsaufsicht, S. 32 ff. und Meurer I, S. 13 mit weiterem Quellennachweis.
- 164) kgl. VO v. 29. 12. 1806, Art. V, VI
- 165) kgl. VO v. 29. 12. 1806, Art. VII, XI; kgl. VO, die Kompetenzverhältnisse zwischen den Stiftungs- und Kommunal-Kuratelen und den Landesdirektionen betr., v. 9. 3. 1807 (Baier. Reg. Bl. 1807, Nr. 12, Sp. 425 ff). Das OrgR v. 26. 11. 1809 hatte seiner zentralistischen Tendenz entsprechend ebenfalls die Aufstellung fester Etats für alle Stiftungsverrechnungen vorgesehen. Das mit dieser Aufgabe betraute Kassendepartement im Ministerium der Finanzen sollte zuerst feste Etats für die landh. "Verrechnungen" aufstellen und "nach und nach auf gleiche Weise" den einzelnen Stiftungen ihre Etats vorschreiben (OrgR, Beil. F, § 27). Zu einer dauerhaften Festsetzung der Stiftungseinnahmen und -ausgaben ist es aber nicht gekommen. Dieser Plan scheint später wieder aufgegeben worden zu sein, da ihn die später erlassenen Vorschriften über die Stiftungsverwaltung nicht mehr erwähnten (vgl. z.B. die Instructiv-VO des MdI v. 21. 11. 1820, die Verwaltung und Rechnungserledigung der kath., kirchl. und weltl. Local- und Districtsstiftungen betr. = Reg. Bl. 1827, Nr. 1; Sammlung II, S. 59 ff.).
- 166) Org. Ed. über die Generaladministration des Stiftungs- und Kommunalvermögens im Königreich Baiern v. 1. 10. 1807 (= Beil. I der Allgemeinen VO, die Generaladministration des Stiftungs- und Kommunalvermögens im

- 166) (Forts.) Königreich Baiern betr., v. 30. 12. 1807), Art. VII (Baier. Reg.Bl. 1808, Nr. 5, Sp. 218).
- 167) kgl. VO v. 29. 12. 1806, Art. VIII, IX; Org. Ed. v. 1. 10. 1807, Art. VII
- 168) Org. Ed. v. 1. 10. 1807, Art. VIII; Instruktion zum Vollzuge des Org. Ed. über die Verwaltung des Stiftungs- und Kommunalvermögens v. 1. 10. 1807 in Beziehung auf die äußeren allgemeinen und besonderen Stiftungsadministratoren (= Beil. V der Allgemeinen VO v. 30. 12. 1807), Abschnitt I, Kapitel II, § 2 (Baier. Reg.Bl. 1808, Nr. 5, Sp. 285).
- 169) kgl. Dekret, die Generaladministration des Stiftungs- und Kommunalvermögens betr., v. 16. 10. 1810, Art. 2 (Baier. Reg.Bl. 1810, Nr. 63, Sp. 1145 ff.).
- 170) Dem Kreisdirektor als Leiter der Behörde stand die alleinige Entscheidungsbefugnis zu (OrgR, Beil. D, §§ 1, 3). Die ihm beigegebenen Räte waren anfänglich nur Sachbearbeiter. Später trat eine Abschwächung des büromäßigen Behördencharakters zugunsten des kollegialischen Prinzips ein (landh. VO v. 7. 4. 1813 = Reg. Bl. 1813, Nr. 10; Sammlung I, S. 1140).
Die 10 an die Stelle der drei Provinzregierungen getretenen Kreisdirektorien waren Ausdruck für die 1809 erfolgte Verwaltungszentralisation. Die ursprüngliche Stellung der Kreisdirektoren war derjenigen der franz. Präfekten nachgebildet (Andreas, S. 262).
- 171) 1813 gingen anlässlich der Aufhebung des Kath. Kirchendepartements alle nicht mit dem Kirchenbauwesen und der Kirchenvermögensverwaltung zusammenhängenden staatskirchlichen Befugnisse der Kreisdirektorien auf die neu errichtete KS über (landh. VO v. 7. 4. 1813).
- 172) Erl. des Gr. MdI v. 21. 4. 1810, die künftige Verwaltung der kirchl. und milden Fonds betr., § 1 b und c

- 172) (Forts.) (Reg.Bl. 1810, Nr. 19; Sammlung I, S. 774 ff).
- 173) Erl. des MdI v. 21. 4. 1810, § 2d in Verb. mit OrgR, Beil. D, § 19 o; Erl. des MdI, die Einsendung der Baupläne oder Hauptveränderungsüberschläge der Schulhausgebäude betr., v. 22. 4. 1811 (Reg.Bl. 1811, Nr. 12; Sammlung I, S. 905).
- 174) Zum Nebeneinanderbestehen bischöfl. Kapitelsdekane und Gr. Dekane in Baden vgl. GLA 234/1420 und GLA 234/1422.
- 175) Das VI. Bad. Organisationsedikt v. 9. 3. 1803 (abgedruckt in "Organisation der Badenschen Lande") teilte den Verwaltungsbezirk der Kath. Kirchenkommission in 13 jeweils mehrere Ämter umfassende Kirchenvogteien ein. In jedem Kirchenvogteibezirk hatte ein kath. Geistlicher im Auftrag der Kath. Kirchenkommission die kath. "Kirchen-, Sitten- und Schulpolizei" auszuüben. Der betreffende Geistliche trug den Namen "Schulvisitator" oder "Schulinspektor". 1807 wurde die Zahl der nun "Schulvisitaturen" oder "Schulinspektorate" genannten Kirchenvogteibezirke vermehrt. Vgl. hierzu die VO des Gr. Polizeidepartements, die kirchl. Landesbezirkseinteilung kath. Teils betr., v. 10. 12. 1807 (Reg.Bl. 1807, Nr. 44; Sammlung I, S. 398) und die §§ 47, 49, 50 und 53 KomO.
Das OrgR v. 26. 11. 1809 ersetzte die Schulvisitatoren durch die Gr. Dekane, deren Dekanatsbezirke in der Regel mit den Verwaltungsbezirken der Gr. Ämter übereinstimmten. 1814 gab es z.B. 80 Gr. Dekanate (Reg. Bl. 1814, Nr. 16; Sammlung I, S. 1199), 1831 zählte man in Baden 82 Gr. Dekanate (GLA 234/1533: Erl. der KS v. 8. 2. 1831, Nr. 1375, an MdI, Plenum).
Die zwischen 1803 und 1809 eingetretene Konsolidierung des bad. Staatskirchentums führte zu einer Vermehrung der den geistl. Bezirksbeamten übertragenen landh.

- 175) (Forts.) Kirchenhoheitsrechte. So zählte die Kirchenvisitation, die 1803 noch eine unbestritten kirchliche Angelegenheit war, 1809 ebenso wie die Schulvisitation zu den von den Gr. Dekanen wahrzunehmenden Aufgaben der weltl. Kirchengewalt (vgl. §§ 53-56 KomO und OrgR, Beil. C, § 47a, b und d).
- 176) Hagen I, S. 354; Brück, S. 159; von Vogt, S. 128 Anm.1
- 177) Vgl. von Vogt, S. 465, 509 ff., 538, 547/48
- 178) von Vogt, S. 474, 496 ff.
- 179) von Vogt, S. 220, 373, 341; Pfaff, S. 108 ff.; Longner, Rechtsverhältnisse, S. 311; VO des Kath. Kirchenrates v. 28. 2. 1818, Ziff. 1, 10 und 11 (Staats- und Reg.Bl. 1818, S. 118 ff.).
- 180) landh. VO v. 9. 7. 1811 am Ende (Staats- und Reg.Bl. 1811, S. 357).
- 181) kgl. VO v. 29. 12. 1806, Art. X, XI. (Baier.Reg.Bl. 1807, Nr. 2, Sp. 49 ff.); kgl. VO v. 9. 3. 1807 (Baier. Reg.Bl. 1807, Nr. 12, Sp. 425 ff.).
- 182) kgl. VO, die Kuratel des Stiftungs- und Kommunalvermögens in Ober- und Niederbaiern betr., v. 6. 3. 1807 (Baier. Reg.Bl. 1807, Nr. 12, Sp. 440 ff.). Der Kirchenadministrationsrat war 1802 errichtet worden und zunächst für die gesamte Verwaltung des "Kirchen- und sonstigen frommen geistlichen Stiftungs-Vermögens" sowie "des Schulfonds" verantwortlich gewesen (Dyroff, S. 667).
- 183) Allgemeine VO v. 30. 12. 1807 (Baier. Reg.Bl. 1808, Nr. 5, Sp. 209 ff.); Org. Ed. v. 1. 10. 1807, Art. VIII (Baier. Reg.Bl. 1808, Nr. 5, Sp. 220 ff.); Instruktion zum Vollzug des Org. Ed. v. 1. 10. 1807, Abschnitt I, Kapitel II (Baier. Reg.Bl. 1808, Nr. 5, Sp. 285 ff.).
- 184) kgl.Dekret v.16.10.1810 (Baier.Reg.Bl.1810,Nr.63,

- 184) (Forts.) Sp. 1145 ff.).
- 185) Schröcker, Ortskirchenvermögen, S. 19/20
- 186) Lammeyer, S. 191
- 187) Lammeyer, S. 73, 118, 128 ff.; Schröcker, Kirchengpflegschaft, S. 93/94; Hermelink, 1. Teil, S. 80
- 188) Lammeyer, S. 126/27; Geier, S. 193; landh. VO v. 20. 11. 1861, § 5a (Reg.Bl. 1861, Nr. 52, S. 465 ff.).
- 189) Dementsprechend sprach auch Art. XVI der zwischen dem Hl. Stuhl und Baden abgeschlossenen Konvention v. 28. 6. 1859 von dem "Vermögen der Kirchenfabriken und anderer kirchlicher Ortsstiftungen" (Reg.Bl. 1859, Nr. 60, S. 441 ff.).
- 190) Die standesherrlichen Ämter, die das OrgR v. 26. 11. 1809 noch bestehen ließ, wurden durch das landh. Ed. v. 14. 5. 1813 (Reg.Bl. 1813, Nr. 15; Sammlung I, S. 1145 ff.) aufgehoben.
Im Zuge der nach 1815 einsetzenden Restauration und im Vollzug des Art. 14 der Deutschen Bundesakte v. 8. 6. 1815 ging man in Baden seit 1823 daran, die standesherrlichen Ämter wiederherzustellen. Sie wurden in ihrer Einrichtung und Kompetenz völlig den landh. Ämtern angepaßt und unterstanden ebenso wie diese unmittelbar den Kreisdirektorien. Vgl. hierzu die landh. VO v. 12. 12. 1823, die staatsrechtlichen Verhältnisse der fürstlichen Standesherrschaft Fürstenberg betr. (Reg.Bl. 1824, Nr. 1; Sammlung I, S. 1737 ff.), und die landh. VO über die standesherrlichen Verhältnisse des Fürsten von Leiningen v. 22. 5. 1833 (Reg.Bl. 1833, Nr. 25; Sammlung II, S. 649 ff.).
In den standesherrlichen Gebieten ernannten die jeweiligen Standesherrn die Stiftungsverwalter überall dort, "wo sie dieses (sc. Recht) hergebracht hatten" (§ 51 der landh. VO v. 12. 12. 1823, § 20 der landh. VO v. 22. 5. 1833).

- 191) Schröcker, Kirchenpflegschaft, S. 95 ff.
- 192) Schröcker, Kirchenpflegschaft, S. 147 ff., 165, 170; Dyroff, S. 658
- 193) Offenburg, Gengenbach, Zell, Überlingen, Pfullendorf und Biberach (1810 württ.)
- 194) Art. 4, 6, 55 i, 56 des VII. Bad. Organisationsediktes v. 18. 3. 1803 (abgedruckt in "Organisation der Badenschen Lande"); § 83 KomO; Andreas, S. 68 ff.
- 195) vgl. S. 34
- 196) Landes-VO v. 3. 11. 1807, §§ 8 ff. (Reg.Bl. 1807, Nr. 39; Sammlung I, S. 375 ff.).
- 197) §§ 4, 17 OrgR in Verb. mit OrgR, Beil. B, § 20
- 198) Art. 5 des II. Bad. Konstitutionsediktes v. 14. 7. 1807 (Reg.Bl. 1807, Nr. 26; Sammlung I, S. 326 ff.) ließ die vor dem Preßburger Frieden (1805) gewährten kommunalen Rechte und Freiheiten nur insoweit fortbestehen, als sie mit den übrigen Bestimmungen des II. Konstitutionsediktes und späteren Gesetzen zu vereinbaren waren. Art. 11 des gleichen Ed. verwies die Gemeinden in die Rechtsstellung von Minderjährigen. Im OrgR von 1809 setzte sich die gemeindefeindliche Gesetzgebung fort. § 3a OrgR gliederte die Gemeinden vollkommen in die allgemeine Staatsverwaltung ein und erklärte die "Ortsvorgesetzten" in "staatsrechtlicher und staatspolizeilicher Hinsicht" zu untersten, den Ämtern unterstellten allgemeinen Verwaltungsbehörden. Die Ortsvorgesetzten, die in den Städten "Bürgermeister oder Oberbürgermeister" und in den Dörfern "Vogt" hießen, wurden durch die Kreisdirektorien bzw. Ämter ernannt (Beil. B, § 4 des OrgR). Die den Ortsvorgesetzten zur Seite stehenden "Stadträte bzw. Ortsgerichte" ernannten die Ortsvorgesetzten erstmals - unter Bestätigung durch das Amt - selbst. Später er-

- 198) (Forts.) nannten die Stadträte bzw. Ortsgerichte ihre neu hinzukommenden Mitglieder (OrgR, Beil. B, § 11).

Zur Gemeindefeindlichkeit des OrgR von 1809 vgl. Andreas, S. 259/60 und Schnabel II, S.147.

- 199) GLA 234/944: Erl. des Gr. Polizeidepartements an die Provinzregierung des Niederrheins v. 7. 5. 1808: "Nach dem erfolgten Ableben des Fürst Bischoffs von Würzburg ... sollen die Pfarrer gleich anderwärts im Land bei Abhör der Heiligen und milden StiftungsRechnungen, aber nicht nomine Ordinariatus sondern nomine proprio und ohne neuen Kostenaufwand, zugezogen werden ...".

Auf den Protest von Erzbischof Dalberg v. 8. 8. 1808 teilte die Reg. des Niederrheins unter dem 18. 8. 1808 dem "Erzbischöflichen Regensburger Vicariat zu Aschaffenburg" mit, daß die Zuziehung des Ortsgeistlichen nomine proprio nur für "die Pfarreyen des vormals Würzburgischen Diözese-Antheils in den Großherzoglichen Landen" gelte " und ... eine nothwendige Folge davon" sei, "daß mit dem Tode des ... Fürstbischofs die Würzburgische Diözesan-Gewalt für das Großherzogthum für erloschen erklärt und nicht mehr anerkannt worden ist".

Noch am 26. 1. 1809 erklärte sich die Niederrheinische Provinzregierung dem "Fürstbischofl. Speyerischen Vicariat zu Bruchsal" gegenüber damit einverstanden, "daß 1) den Pfarrern vor der Abhör die Rechnungen ad monenda zugestellt; 2) die Pfarrer dort, wo sie im Orte abgehört werden, episcopi nomine beiwohnen können; 3) der Beschluß über die Rechnungen denselben zur Einsicht und Abschrift mitgetheilt werde, jedoch ... dieses alles nur auf Kirchengut beschränkt bleibe". Das Recht des Bischofs, die Abschrift des Abhörbescheides zur Durchsicht vom Ortsgeistlichen anfordern oder gar die Rechnungen selbst durch einen besonderen Bevollmäch-

- 199) (Forts.) tigten überprüfen zu lassen(vgl. Lit. K des Postscripti v. 28. 10. 1790), erwähnte das regierungsamtliche Schreiben v. 26. 1. 1809 nicht mehr. Danach leiteten sich aus der Teilnahme des Ortspfarrers an der Rechnungsabhör "episcopi nomine" keine noch so geringfügigen bischöfl. Aufsichtsrechte mehr ab. Im Hinblick auf die bischöfl. Rechte bestand zwischen den "episcopi nomine" und "nomine proprio" tätig werdenden Ortsgeistlichen kein Unterschied mehr. Die staatlicherseits noch zugestandene Formel "episcopi nomine" war zur inhaltslosen Floskel geworden, die bei passender Gelegenheit gleichfalls beseitigt werden konnte.
- 200) Erl. des MdI v. 29. 1. 1810, die Mitwirkung der Pfarrer zur Abhör der Kirchenrechnungen betr. (Reg.Bl. 1810, Nr. 5; Sammlung I, S. 747).
- 201) GLA 234/944
- 202) Staats- und Reg.Bl. 1811, S. 357
- 203) Hagen I, S. 283
- 204) landh. VO v. 9. 7. 1811 am Ende (Staats- und Reg.Bl. 1811, S. 357).
- 205) Schneider, Staatsaufsicht, S. 18-20
- 206) ebenda, S. 22/23
- 207) ebenda, S. 23/24
- 208) ebenda, S. 24/25
- 209) ebenda, S. 25/26; 1808 erklärte Bayern die bei Unzulänglichkeit des Ortskirchenvermögens notwendigen Zuschüsse zu Gemeindelasten. 1812 wurde die Gemeinde bei fehlenden kirchl. Eigenmitteln zur Bestreitung kirchl. Bedürfnisse umlagepflichtig (Meurer I, S.13).
- 210) Schneider, Staatsaufsicht, S. 25

- 211) Vo des Generallandeskommissariates der Provinz Baiern als Etatskuratel für das Stiftungs- und Kommunalvermögen v. 24. 2. 1807 (Baier. Reg.Bl. 1807, Nr. 10, Sp. 376); VO des Kgl. Kirchenadministrationsrathes der Provinz Baiern v. 23. 2. 1807 (Baier. Reg.Bl. 1807, Nr. 10, Sp. 377 ff.); VO des Generallandeskommissariates der Provinz Baiern als Stiftungs- und Kommunal-etatskuratel v. 28. 3. 1807 (Baier. Reg.Bl. 1807, Nr. 15, Sp. 572 ff.); Allgemeine VO v. 30. 12. 1807 (Baier. Reg.Bl. 1808, Nr. 5, Sp. 213); Instruktion zum Vollzug des Org. Ed. v. 1. 10. 1807, Abschnitt I, Kapitel II, § 1 (Baier. Reg.Bl. 1808, Nr. 5, Sp. 285).
- 212) kgl. VO v. 29. 12. 1806, Art. X und XI (Baier. Reg. Bl. 1807, Nr. 2, Sp. 52); kgl. VO v. 9. 3. 1807 (Baier. Reg.Bl. 1807, Nr. 12, Sp. 425 ff.); VO des General-landeskommissariates in der Provinz Baiern v. 24. 2. 1807
- 213) Allgemeine VO v. 30. 12. 1807 und Org. Ed. v. 1. 10. 1807, Art. VIII (Baier. Reg.Bl. 1808, Nr. 5, Sp. 220 ff.); Instruktion zum Vollzug des Org.Ed. v. 1. 10. 1807, Abschnitt I, Kapitel II, § 2.
- Ab 1810 gab es folgende jetzt unter der Aufsicht der Kreiskommissariate stehende Distriktsstiftungsadministrationen: allgemeine und besondere, d.h. nur zur Verwaltung von Stiftungen des gleichen Stiftungszwecks berufene (Org. Ed. v. 1. 10. 1807, Art. VIII, 9) Stiftungsadministrationen; Patrimonialstiftungsadministrationen und isolierte Stiftungsadministrationen. Letztere waren mit der Verwaltung der aus Privateigentum stammenden "und ausschließlich einem Kultus, einer Familie oder einem Ort" gewidmeten Stiftungen (Org. Ed. v. 1. 10. 1807, Art. VII) betraut. Die Überschüsse der "isoliert" verwalteten Stiftungen wurden als einzige nicht an die Zentralstiftungskasse abgeführt, sondern blieben den jeweiligen Stiftungen

- 213) (Forts.) erhalten (Org. Ed. v. 1. 10. 1807, Art. VIII, 11).
Zur Verwaltung der Distriktsstiftungsadministrationen vgl. das kgl. Dekret v. 16. 10. 1810, Abschnitt I, Art. V (Baier. Reg.Bl. 1810, Nr. 63, Sp. 1146).
- 214) Theodor Schieder, System des Deutschen Bundes/
Gebhardt III, S. 100
- 215) Theodor Schieder, Kräfte der Bewegung/Gebhardt III,
S. 96
- 216) Zu den geborenen Mitgliedern gehörten die Prinzen des Gr. Hauses, die Häupter der standesherrlichen Familien und der kath. Landesbischof. Der grundherrliche Adel und die beiden Landesuniversitäten entsandten acht bzw. zwei gewählte Vertreter in die I. Kammer (Art. 27 VU; die VU ist abgedruckt bei Binding, Deutsche Staatsgrundgesetze, Heft 8 und Huber, Dokumente I, S.157 ff.).
- 217) Huber I, S. 345
- 218) Verfassungsänderungen mußte jede Kammer mit Zweidrittelmehrheit, gesetzlichen Beschränkungen der persönlichen Freiheit und des Eigentums mit absoluter Mehrheit zustimmen (Art. 64, 65 VU). Bei der Abstimmung über Finanzgesetze konnte die I. Kammer nur dann zur Beschlußfassung aufgerufen werden, wenn die II. Kammer bereits zugestimmt hatte. Lehnte die I. Kammer eine Finanzvorlage der Reg. ab, so wurden die bejahenden und verneinenden Stimmen beider Kammern zusammengezählt (Art. 60, 61 VU).
- 219) Huber I, S. 350
- 220) Schneider, Kirchenrechtsquellen, S. 202, 308, 336, 372
- 221) Huber I, S. 317, 378; Schnabel II, S. 146 ff.
- 222) Vigener, HZ 1913, Bd. 111, S. 531/32

- 223) Vigener, S. 534/35; Beck, S. 125/26, 128 ff., 136, 152
- 224) Mejer I, S. 465; Mejer II, S. 38/39, 44, 48
- 225) Vigener, S. 527; Mejer I, S. 294; Mejer II, S. 67.
Das Eindringen von aufklärerischem Gedankengut in die kath. Theologie führte dazu, daß auch kirchl. Vertreter an die vernunftsmäßige Durchdringung und Auflösung alles Religiösen glaubten und den gnadenhaften, das Heil bewirkenden Charakter der Kirche mit dem Wort "Mystizismus" abtaten (Vigener, S. 527 - 29; Cl. Bauer, S. 16/17).
- 226) Mejer I, S. 456, 460, 465, 486/87; Mejer II, S. 38/39, 43, 46, 51/52, 55/56
- 227) Mejer I, S. 462/63; Mejer II, S. 36/37, 39, 41/42, 44/45, 81, 83.
In der Einräumung staatl. Kirchenrechte gingen die verschiedenen Vertreter der nationalkirchlichen Richtung nicht gleich weit. Besonders Wessenberg versuchte, die Unabhängigkeit der "deutschen Kirche" sowohl Rom als auch den deutschen Bundesstaaten gegenüber zu behaupten (Mejer I, S. 457, 461, 466/67).
- 228) Zur Person Wessenbergs vgl. Konrad Gröber, Heinrich Ignaz Freiherr von Wessenberg, FDA 1927, Bd. 28 n.F., S. 362 ff.; 1928, Bd. 29 n. F., S. 294 ff. sowie Wolfgang Müller, Wessenberg/LThK X, Sp. 1064 - 1066
- 229) Longner, Beiträge, S. 397 ff.; Mejer I, S. 456 ff.
- 230) Mejer I, S. 463, 465; Mejer II, S. 55/56.
Andere Wessenbergianer waren sogar der Ansicht, auf ein Konkordat könne ganz verzichtet werden. "Es genüge, daß die Staaten für die Existenz der kath. Kirche in ihren Gebieten Bedingungen festsetzen und diese dem Papst zur Annahme übergeben lassen" (Mejer II, S. 43).
- 231) Mejer I, S. 457, 472/73

232) Mejer I, S. 478/79

233) Mejer I, S. 457, 461, 467.

In der Realdotation der Bistümer sah Wessenberg die eigentliche Sicherung der Kirche gegenüber staatl. Bevormundung. "Bei Völkern, deren Verfassung auf Grund und Boden beruht, ist nur der als ein wahrhaft Freier geachtet, der Grund und Boden besitzt. Das weltliche Besitztum der Kirche ist demnach die äußere Gestalt, an welcher man die Bürgerschaft eines unabhängigen Wirkens erkennt" (Mejer I, S. 461).

234) Mejer I, S. 481 ff.

235) Vigener, S. 533/34

236) Als Arbeitsgrundlagen der Frankfurter Konferenz von 1818 dienten u.a.: Concordata principum von 1446, die Emser Punktation von 1786, die Schriften der josefinischen Kanonisten und die josefinische Kirchenverfassung Österreichs (Brück, S. 11; Mejer II, 4. Buch, S. 179). Zu den staatskirchlichen Grundsätzen der südwestd. Regierungen vgl. Mejer II, S. 25 ff.; Cl. Bauer, S. 17.

Johann Ludwig Klüber schrieb in seinem 1815 erschienenen "Staatsrecht des deutschen Bundes" wie folgt: "Kirche ist eine Gesellschaft, welche zu sittlicher Vervollkommnung der Einzelnen und zu gemeinschaftlicher äußerer Gottesverehrung nach einem bestimmten Lehrbegriffe vereinigt ist". Sie "ist dem Staate untergeordnet, denn aus dem natürlichen Verhältnisse zwischen Staat und Kirche fließt der Hauptsatz: eine Kirche ist nicht Staat im Staate. Als im Staatsgebiete...bestehende Gesellschaft mit eigenem Zwecke ist sie untergeordnet der Staatsgewalt" (Mejer II, S. 31).

237) Mejer I, S. 295; Mejer II, S. 39, 46/47, 79; Mejer II, 4. Buch, S. 212; Beck, S. 112 ff., 157; Cl. Bauer, S. 31/32

- 238) Ein Vertreter der Stadt Frankfurt nahm seit der 6. Sitzung (31. 3. 1818) an der Konferenz teil. Die an der Konferenz ursprünglich beteiligten mittel- und norddeutschen Staaten (u.a. Oldenburg, Mecklenburg, Bremen und Lübeck) zogen sich nach und nach von der Konferenz wieder zurück (Mejer II, 4. Buch, S. 276/77, 216).
- 239) "Die Grundzüge zu einer Vereinbarung über die Verhältnisse der kath. Kirche in deutschen Bundesstaaten" v. 30. 4. 1818 gingen aus den von der württ. Delegation der Frankfurter Konferenz als Diskussionsgrundlage vorgelegten "Allgemeinen Grundsätzen, nach welchen in deutschen Staaten ein Concordat abzuschließen wäre" hervor. Die "Grundzüge" sind abgedruckt bei Münch, Bd. 2, S. 338 ff.; die wichtigsten Bestimmungen der "Allgemeinen Grundsätze" und der "Grundzüge" finden sich bei Mejer II, 4. Buch, S. 179-185, 190-196, 201/02; zu Entstehung und Inhalt der "Grundzüge" s. auch Longner, Beiträge, S. 422-443.
- 240) Hagen I, S. 257
- 241) Mejer II, S. 20 ff.; Schnabel IV, S. 18, 21
- 242) Schon auf dem Wiener Kongreß traten drei Oratoren auf (zwei Domherren aus Worms und Speyer und ein juristischer Beirat), die von den Fürstbischöfen von Eichstätt und Hildesheim und einem Teil des deutschen Klerus unterstützt wurden und in enger Verbindung mit Consalvi standen. Sie wandten sich gegen die nationalkirchlichen Pläne Wessenbergs, da eine Loslösung von Rom die Unfreiheit der deutschen Kirche nur noch verschlimmern würde (Mejer I, S. 449, 446; Bockenheimer, AfKKR, Bd. 9, S. 342).
- 243) Mejer II, 3. Buch, S. 3, 87/88; Huber I, S. 410-12.
Die Kurie wollte regelrechte Konkordatsverhandlungen und kein einseitiges staatl. Diktat, dem sie nur

- 243) (Forts..) noch zustimmen konnte. Aus diesem Grunde wandte sie sich gegen die von Wessenberg angestrebten kirchl. Verfassungsartikel in der zukünftigen Bundesverfassung (Mejer I, S. 469-471, 484/85, 488).
- 244) Mejer I, S. 454/55; vgl. hierzu die Forderungen der Oratoren, die insoweit mit denjenigen Consalvis übereinstimmten (Bockenheimer, AfkKR, Bd. 9, S. 342).
- 245) Mejer I, S. 491
- 246) Mejer III, S. 297; Schnabel IV, S. 42/43
- 247) Das Wirken von Clemens Maria Hofbauer machte Wien zwischen 1810 und 1820 zum deutschen Zentrum der innerkirchlichen Erneuerung (Schnabel IV, S. 48/49; Eduard Hosp, Hofbauer/LThK V, Sp. 413/414).
- 248) Mejer III, S. 307 ff., 314; s. auch ein Schreiben Metternichs an den österreichischen Gesandten beim Hl. Stuhl, Ritter von Genotte, v. 7. 9. 1824, abgedruckt bei Mejer III, S. 328 Anm. 3
- 249) Jedoch ein Schisma beabsichtigten die Frankfurter Staaten nicht. Vgl. hierzu Mejer II, 3. Buch, S. 25 ff., 41, 78
- 250) vgl. Anm. 239
- 251) Die Deklaration v. 1818 ist abgedruckt bei Mejer III, S. 10 ff. und Longner, Beiträge, S. 630 ff.. Zur Entstehungsgeschichte der Deklaration vgl. Mejer II, 4. Buch, S. 217 ff. und Longner, Beiträge, S. 444 ff., 458; zur Deklaration sowie zu den ganzen Verhandlungen zwischen den Frankfurter Staaten und dem Hl. Stuhl bis zum Erl. der Bulle "Provida solersque" vgl. Göller, FDA 1928, Bd. 29 n.F., S. 436 ff.
- 252) Die Frankfurter Staaten verpflichteten sich, die Ende Juli 1818 gebilligten "Grundbestimmungen" als gemeinschaftliche und unwandelbare Grundsätze anzuerkennen und sie, sobald die neuen Landesbistümer errichtet und

- 252) (Forts.) besetzt sein würden, "unverzüglich in Ausübung zu bringen" (Mejer II, 4. Buch, S. 225/226).
- 253) Art. 8 Abs. 2 der Deklaration lautete: "Episcopatus..., capitulis.... ac Seminariis fundationes... adsignabuntur, et quidem in bonis ac fundis immobilibus, aut ubi omni ex parte id fieri nequit, in redditibus stabilibus sufficienter tutis".
- 254) Longner, Beiträge, S. 444 ff.
- 255) s. Gesandtschaftsinstruktion v. 24. 7. 1818 (Mejer II, 4. Buch, S. 224)
- 256) Eine ausführliche Inhaltsangabe der "Esposizione dei Sentimenti di Sua Santità sulla Dichiarazione de' Principi e Stati Protestanti riuniti della Confederazione Germanica" findet sich bei Mejer III, S. 23 ff. und Longner, Beiträge, S. 466 ff.; abgedruckt ist die "Esposizione" bei Münch, Bd. 2, S. 378 ff. und in "Die neuesten Grundlagen der deutsch-kath. Kirchenverfassung", S. 332 ff.
- 257) Mejer III, S. 33
- 258) Note des Kardinalstaatssekretärs Consalvi v. 21. 9. 1819, abgedruckt bei Mejer III, S. 48 ff.
- 259) Mejer III, S. 58, 192, 197/98; das bad. Dotationsinstrument trägt das Datum v. 23. 12. 1820 und ist veröffentlicht in der Denkschrift von 1926, S. 24 ff.
- 260) vgl. Mejer III, S. 199ff.; die "Kirchenpragmatik" ist abgedruckt bei Longner, Beiträge, S. 636 ff. und bei Münch, Bd. 2, S. 323 ff.
Das Fundationsinstrument wurde auf der 37. Sitzung der Frankfurter Konferenz v. 13. 5. 1820, die Kirchenpragmatik auf der 38. Sitzung v. 14. 6. 1820 gebilligt (Longner, Beiträge, S. 510/11).
- 261) Mejer III, S. 194-96, 198/99

262) Reg.Bl. 1827, Nr. 33; Sammlung II, S. 121 ff.. Die Bulle "Provida solersque" ist außerdem abgedruckt bei Schneider, Kirchenrechtsquellen, S. 110 ff. und Longner, Beiträge, S. 607 ff.

263) Hohenzollern-Sigmaringen, Hohenzollern-Hechingen und Baden schlossen einen am 18. 10. 1821, 27. 10. 1821 und 14. 11. 1821 unterzeichneten und am 17. 11. 1821, 29. 1. 1822 und 8. 2. 1822 von den jeweiligen Landesherren ratifizierten Staatsvertrag ab, der den Anschluß der beiden Fürstentümer Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen an das "Großherzoglich-badische Landesbisthum zu Freiburg" zum Inhalt hatte.

§ 1 des Vertrages erklärte die beiden Fürstentümer zu "einem integrierenden Theil" des bad. "Landesbisthum". Gem. § 2 hatte der bad. Bevollmächtigte in Frankfurt zukünftig auch die Interessen von Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen wahrzunehmen. Ebenso blieb es dem bad. Großherzog überlassen, "wegen dieser Anschließung (sc. der hohenzollernschen Fürstentümer an das Erzbistum Freiburg) die nöthige Einleitung bey dem Kirchenoberhaupte in Rom zu treffen" (eine Abschrift des Staatsvertrages v. 17. 11. 1821/ 29. 1. 1822/ 8. 2. 1822 befindet sich im GLA 48/5333).

Die entscheidenden Verhandlungen über den Anschluß der beiden Hohenzollern an das bad. Landesbistum fanden bereits im Herbst 1820 statt, so daß schon die Bulle "Provida solersque", die, soweit es die Umschreibung der Erzdiözese Freiburg anbelangte, auf dem bad. Zirkumskriptionsinstrument, das zusammen mit der Dotationsurkunde beim Hl. Stuhl hinterlegt worden war, aufbaute, die hohenzollernschen Pfarreien als Bestandteile der Erzdiözese Freiburg aufführte (vgl. Göller, FDA 1928, Bd. 29 n.F., S. 586-88 und Anm. 213).

- 264) Mejer III, S. 219; der Staatsvertrag v. 8. 2. 1822 ist abgedruckt bei Mejer III, S. 409 ff.
- 265) Ziff. 1 des I. Separatartikels zum Staatsvertrag v. 8. 2. 1822 lautete: "Die Landesherren, in deren Gebieten sich die bischöflichen Sitze befinden, werden sich, bevor sie sich über die in Rom zu Bischöfen in Antrag zu bringenden Subjecte entscheiden, von den Geistlichen ihres Landes auf beliebige Weise drei Geistliche, welche sie für das bischöfliche Amt geeignet erachten, namhaft machen lassen" (Mejer III, S. 413).
Zu der 1822 vorgenommenen Wahl der Dekane s. Mejer III, S. 225, 271 und Großmann, S. 113, 117.
- 266) Wanker war Professor in Freiburg und hatte hinter Wessenberg und Burg, dem ersten Freiburger Weihbischof und späteren Bischof von Mainz, die meisten Stimmen der bad. Dekane erhalten (Großmann, S. 113; Mejer III, S. 273; Longner, Beiträge, S. 518 ff.).
- 267) Zur Einstellung Großherzog Ludwigs gegenüber Wessenberg s. Mejer III, S. 271 ff.; zur Ablehnung der landh. Bischofskandidaten durch Rom s. Mejer III, S. 286 ff. und Longner, Beiträge, S. 522 ff.
- 268) Die Gründe, die der bad. Regierung eine baldige Verständigung mit Rom und damit zusammenhängend eine baldige Errichtung der Erzdiözese Freiburg geraten erscheinen ließen, waren kurz folgende: Baden besaß zwei bischöfl. Vikariate in Bruchsal und Konstanz, deren eines die bad. Anteile der Bistümer Speyer, Worms und Würzburg und deren anderes die bad. Anteile der Bistümer Konstanz, Basel und Strassburg verwaltete. Dazu kam, daß der Vorsteher des bischöfl. Vikariates in Bruchsal, Friedrich Rothensee, mit dem Konstanzer Kapitularvikar Wessenberg nur schlecht harmonierte. Das lang andauernde Provisorium hinderte

- 268) (Forts.) das Zusammenwachsen der kath. Bevölkerung in Baden und verzögerte so die innere Konsolidierung des Staates. Daneben befürchtete die konservative Reg. von Berstett (BB I, S. 75 ff), daß das kirchl. Interregnum, bis zu dessen Ende Wessenbergs Einfluß beherrschend blieb, das Anwachsen des liberalen Klerus befördere und so den im Lande vorhandenen Widerstand gegen die restaurative Haltung der Regierung verstärke (Mejer III, S. 272/73, 279, 295, 297; Großmann, S. 84. Zum bischöfl. Vikariat in Bruchsal vgl. Wetterer, FDA 1928, Bd. 29 n.F., S. 49 ff.; 1930, Bd. 30 n.F., S. 208 ff.).
- 269) Die württ. Reg. war mit der augenblicklichen kirchenpolitischen Lage in ihrem Land recht zufrieden, da sie in Weihbischof von Keller einen für das ganze Land zuständigen, sehr gefügigen Bistumsverweser hatte. Sie glaubte daher, in der Auseinandersetzung um die erstmalige Besetzung des württ. Landesbistums Rottenburg Rom gegenüber am längeren Hebel zu sitzen und auf ein päpstliches Nachgeben in dieser Frage warten zu können (vgl. Mejer III, 289/90, 292/93, 301 ff., 360; Brück, S. 112).
- 270) Zuerst wollte Baden nur über die provisorische Errichtung eines ganz Baden umfassenden Generalvikariates verhandeln (Mejer III, S. 293, 295, 326). Rom ließ sich aber darauf nicht ein und verlangte eine endgültige Regelung für das bei der Besetzung des Freiburger Erzstuhles zu beobachtende Verfahren (Mejer III, S. 332). Daraufhin erklärte sich Baden mit der Ausarbeitung einer dauerhaften Regelung einverstanden (Mejer III, S. 333, 342 ff.).
- 271) Metternich, dem es in erster Linie um die Befestigung der konservativ-restaurativen Ordnung in Baden ging, sah in Rom einen natürlichen Verbündeten seiner Politik. Eine Verständigung mit dem Papst lag nach

- 271) (Forts.) seiner Meinung auch im Interesse einer konservativen bad. Reg., so wie wiederum der Versuch, die unbestreitbaren Rechte des Hl. Stuhles bei der Leitung und Ordnung der kath. Kirche zu beseitigen, nur auf liberale Umtriebe zurückgeführt werden könne. Metternich machte zur Vorbedingung einer österreichischen Vermittlung beim Hl. Stuhl, daß Baden auf die Kirchenpragmatik verzichte. Im Verlauf der bad. Separatverhandlungen mit Rom, die von Österreichs Gesandten beim Hl. Stuhl, Graf Apponyi und Ritter von Genotte, geführt wurden, drang Metternich wiederholt darauf, daß sich Baden notfalls von den übrigen Frankfurter Staaten, besonders von Württemberg, trenne, um allein mit Rom abschließen zu können. Dies wollte Baden vermeiden, da es befürchtete, in diesem Fall sein Erzbistum zu verlieren (zur Haltung Metternichs vgl. Mejer III, S. 308 ff., 316, 322, 328 ff., 391; zur Haltung Badens vgl. Mejer III, S. 273 ff., 311, 324/25, 351, 363/64, 384).
- 272) Hagen I, S. 249; Mejer III, S. 352/53
- 273) Zu Inhalt und Bedeutung des Irischen Vetos vgl. Großmann, S. 259.
- 274) Mejer III, S. 381 ff.; Großmann, S. 99; Brück, S. 112
- 275) Die Frankfurter Staaten wiesen allerdings in ihrer Note v. 4./7. 9. 1826 darauf hin, daß sie gegenüber den Art. 5 und 6 des Ultimatums, die sich mit der Leitung der Seminarien und mit der bischöfl. Jurisdiktion sowie dem freien Verkehr der Bischöfe mit Rom befaßten, ihre unveräußerlichen Souveränitätsrechte geltend machen müßten, falls sie in die vorgesehene Ergänzungsbulle zu "Provida solersque" übernommen würden (Die Note v. 4./7. 9. 1826 sowie die Antwortnote von Kardinalstaatssekretär Somaglia v. 6. 1. 1827 sind abgedruckt bei Stutz, Bischofswahl-

- 275) (Forts.) recht, S. 103 - 105).
- 276) Reg.Bl. 1827, Nr. 23; Sammlung II, S. 121 ff.
Die Bulle "Ad dominici gregis custodiam" ist außerdem abgedruckt bei Schneider, Kirchenrechtsquellen, S. 123 ff.; Longner, Beiträge, S. 576 ff.; Mercati I, S. 700 ff.
- 277) Die beiden an den Bischof und das Domkapitel gerichteten Breven wurden für jedes Bistum gesondert ausgefertigt und denselben nach ihrer erstmaligen Investitur zugesandt (Mejer III, S. 392/93; Longner, Beiträge, S. 601/02, 652). Das am 28. 5. 1827 an das Erzb. Domkapitel gerichtete Breve "Re sacra" ist abgedruckt bei Schneider, Kirchenrechtsquellen, S. 127 und bei Mercati I, S. 703. Das am 21. 5. 1827 an den Erzbischof von Freiburg, Bernhard Boll, gerichtete Breve "Diem quem votis" findet sich veröffentlicht bei Longner, Beiträge, S. 652.
- 278) Die Bulle "Ad dominici gregis custodiam" machte zwischen der Wahl des Erzbischofs und derjenigen der Suffragane keinen Unterschied. Baden verpflichtete sich aber im II. Separatartikel zum Staatsvertrag v. 15. 11. 1827, vor Ausübung seines Irischen Vetos die anderen Staaten der Oberrh. Kirchenprovinz über die Genehmigung des Erzbischofskandidaten zu befragen (der Staatsvertrag v. 15. 11. 1827 ist abgedruckt bei Mejer III, S. 409 ff.).
- 279) Zur staatl. Sanktion der Bullen "Provida solersque" und "AD dominici gregis custodiam", deren Wortlaut zwischen den Staaten der Oberrh. Kirchenprovinz abgesprochen worden war, vgl. Stutz, Bischofswahlrecht, S. 19 ff.; Huber I, S. 440; Mejer III, S. 388 ff.
- 280) Reg.Bl. 1827, Nr. 23
- 281) Das bad. Fundationsinstrument ist größtenteils abgedruckt bei Will, S. 412 ff.; ein kleiner Auszug

- 281) (Forts.) desselben findet sich bei J. Schmitt, Staat und Kirche, S. 92/93; eine vollständige Abschrift des Fundationsinstrumentes und der Dotationsurkunde v. 23. 12. 1820 enthalten die Akten GLA 48/5338.
- 282) Mejer III, S. 398/99
- 283) Das württ. Fundationsinstrument ist abgedruckt bei Longner, Rechtsverhältnisse, S. 512 ff.
- 284) vgl. Huber I, S. 441 Anm. 3
- 285) s. Anm. 260
- 286) Mejer III, S. 326/27
- 287) abgedruckt bei Mejer III, S. 409 ff.
- 288) Art. 6 des Staatsvertrages v. 15. 11. 1827; Mejer III, S. 397/98, 405
- 289) Brück, S. 119, 122; Mejer III, S. 400/401
- 290) s. Stutz, Bischofswahlrecht, S. 105/106 mit der dort angegebenen Literatur.
- 291) Die landh. VO v. 30. 1. 1830 (Reg.Bl. 1830, Nr. 3; Sammlung II, S. 279 ff.) ist abgedruckt bei Schneider, Kirchenrechtsquellen, S. 303 ff.
- 292) s. hierzu die übersichtliche Gegenüberstellung von Kirchenpragmatik und landh. VO v. 30. 1. 1830 bei Longner, Beiträge, S. 636 ff.
- 293) Anstelle der in der Kirchenpragmatik enthaltenen Bestimmungen über die Wahl und Ernennung der Bischöfe und Domkapitel verwies § 14 der landh. VO von 1830 auf die für die jeweilige Wahl "vorgeschriebene Form". Die Verweisung des § 14 war jedoch nicht eindeutig und konnte sich neben den Vorschriften der Ergänzungsbulle "Ad dominici gregis custodiam" auch auf andere, nicht in die landh. VO v. 30. 1. 1830 übernommene Bestimmungen der Kirchenpragmatik beziehen. Die Verbind-

- 293) (Forts.) lichkeit der "Grundbestimmungen" und der Kirchenpragmatik wurde durch die landh. VO von 1830 nicht schlechthin aufgehoben. Gemäß Art. 5 des Staatsvertrages v. 15. 11. 1827 galten die genannten Vorschriften, soweit die landh. VO von 1830 nichts Gegenteiliges bestimmte, weiter. Es lag also im Belieben der einzelnen Regierungen der Staaten der Oberrh. Kirchenprovinz, inwieweit sie zur Rechtfertigung ihrer staatskirchlichen Maßnahmen auf den Inhalt der "Grundbestimmungen" und der Kirchenpragmatik zurückgreifen wollten.
- 294) So widersprachen z.B. die §§ 19, 25 - 27 der landh. VO von 1830, die den kirchl. Verkehr mit Rom und die Theologenausbildung regelten, den Art. 5 und 6 der Bulle "Ad dominici gregis custodiam".
- 295) s. Anm. 293
- 296) vgl. Will, S. 412 ff.; Longner, Rechtsverhältnisse, S. 512 ff.
- 297) Diese Norm wandte die Gr. Bad. Reg. 1836 bei der Wahl Erzbischof Ignaz Demeters zum letzten Mal an (Maas, S. 133; Stutz, Bischofswahlrecht, S. 76 ff.).
- 298) vgl. die §§ 4, 5 und 36 der landh. VO v. 30. 1. 1830
- 299) Die Kirchenpragmatik wiederholte hierbei die wesentlichen Bestimmungen der "Grundzüge". Als neues Institut von synodal - presbyterialem Charakter führte § 9 der Kirchenpragmatik die Synodalkonferenz ein. Die Synodalkonferenz bestand aus je einem Vertreter des Erzbischofs und seiner Suffragane und sollte jährlich "zur Erledigung aller, die Kirchenprovinz betreffenden Verwaltungsangelegenheiten" zusammentreten.
- 300) Im Gegensatz zur Kirchenpragmatik vermieden es die §§ 9, 18 der landh. VO von 1830, bestimmte Zeiträume für die Abhaltung von Provinzial- und Diözesansynoden festzusetzen. § 8 der landh. VO von 1830 ver-

- 300) (Forts.) traute die "wiederhergestellte Metropolitanverfassung" dem besonderen staatl. Schutz an, ohne wie § 13 der Kirchenpragmatik die Metropolitanrechte im einzelnen aufzuzählen.
- 301) Die synodal-presbyteriale Zielsetzung wurde staatlicherseits nur dort eingeschränkt, wo man, wie im Falle der Synoden, die Gefahr liberaler Strömungen in Klerus und Volk befürchtete. Von der rechtlichen Aufwertung des Domkapitels und seiner Umwandlung in ein Presbyterialkollegium konnte keine Liberalisierungsgefahr ausgehen. Dazu fehlte diesem Gremium der repräsentative Charakter einer Synode. Die Strukturveränderung des Domkapitels war aber geeignet, die kirchl. Bande nach Rom weiter aufzulockern, was nach wie vor der Absicht der Frankfurter Staaten entsprach. Staatlicherseits wurden die episkopalen Rechte Rom gegenüber betont und im "diözesanen Innenverhältnis" nach Möglichkeit eingeschränkt.
- 302) s. Anm. 260
- 303) vgl. hierzu S. 69/70
- 304) vgl. hierzu Anm. 259 und 281; eine Inhaltsangabe der bad. Dotationsurkunde v. 23. 12. 1820 findet sich bei J. Schmitt, Staat und Kirche, S. 86/87.
- 305) J. Schmitt, Staat und Kirche, S. 97
- 306) Die entscheidenden Worte der Bulle "Provida solersque" lauteten: "... et mandamus, ut ad supradictorum Ecclesiarum, Capitulorum et Seminariorum in bonis, fundisque stabilibus, aliisque redditibus cum iure Hypothecae specialis, et in fundos postmodum ac bona stabilia convertendis, ab iis in proprietate possidendis et administrandis respectivam dotacionem procedat"
- (Reg.Bl. 1827, Nr. 23; Sammlung II, S. 126).

- 307) Bereits die unmittelbar an die Stelle der "Grundzüge" getretenen "Grundbestimmungen für das organische Staatskirchengesetz" hatten auf diese eindeutige Formulierung des § 78 verzichtet (Mejer II, 4. Buch, S. 223, Anm. 3).
- 308) § 1 der landh. VO v. 10. 4. 1833, die Verwaltung der kirchl. und weltl. Stiftungen betr. (Reg.Bl. 1833, Nr. 18), schrieb den Gr. Kreisregierungen vor, daß sie, "wo zu Verfügungen über kirchliche Stiftungen die Zustimmung der Kirchenbehörde kirchenverfassungsmäßig nötig ist, ... diese Zustimmung ... von dem Ordinariat ... einzuholen" hatten.
- 309) vgl. S. 30, 36/37
- 310) vgl. Vogt, AfkKR 1863, Bd. 9, S. 57
- 311) landh. VO v. 8. 7. 1819, B II (Reg.Bl. 1819, Nr. 21, S. 125 ff.)
- 312) Nach einem Ber. von Staatsrat von Brauer (BB I, S. 117 ff.) v. 10. 4. 1812 standen unter der unmittelbaren Aufsicht der Kreisdirektorien im Jahre 1812 höchstens 10 kath. Fonds (GLA 236/7761).
- 313) landh. VO v. 10. 4. 1833, die Verwaltung der kirchl. und weltl. Stiftungen betr. (Reg.Bl. 1833, Nr. 18, S. 97 ff.)
- 314) Nach einem Verzeichnis der Reg. des Seekreises v. 30. 9. 1862 gab es im Seekreis acht kath. kirchl. Distriktsstiftungen. In ihrem Ber. an das MdI v. 1. 8. 1862 erklärte sie aber, daß nur die weltl. kath. Stiftung der "Schullehrer-, Witwen und Waisenkasse" unter ihrer unmittelbaren Verwaltung stehe (GLA 235/31764). Eine Bekanntmachung der Seekreisregierung v. 21. 6. 1854 (VO-Bl. des Seekreises 1854, Nr. 17, S. 45 ff.) führte neben der "Kreisverrechnung der allgemeinen Schullehrer-, Witwen- und Waisenkasse" 12 als kath. Distriktsstiftungen bezeichnete Konstanzer Fonds auf,

- 314) (Forts.) die zunächst der Verwaltung eines besonderen Verwaltungsrates anvertraut waren und nur mittelbar unter der Verwaltung der Seekreisregierung standen (vgl. hierzu §§ 9, 10 der landh. VO v. 10. 4. 1833).
- 315) vgl. die auf Erl. des MdI v. 22. 7. 1862 erstellten Berichte der Regierungen des Unterrheinkreises v. 1. 8. 1862, des Mittellrheinkreises v. 24. 7. und 3. 10. 1862 und des Oberrheinkreises v. 10. 9. 1862 (GLA 235/31764) sowie die Bekanntmachungen der Regierungen des Unterrheinkreises v. 19. 7. 1854 (VO-Bl. des Unterrheinkreises 1854, Nr. 19, S. 43 ff.) und des Oberrheinkreises v. 8. 10. 1853 (VO-Bl. des Oberrheinkreises 1853, Nr. 26, S. 71 ff.).
- 316) Ber. des Kath. Oberkirchenrates (OKR) an das MdI v. 30. 10. 1862, Nr. 16490, die Verwaltung des kath. Kirchenvermögens betr.: "... wieder andere (sc. der vom OKR unmittelbar verwalteten Fonds) sind reine Localfonds, wie die Cassa pia in Mannheim ... oder wie die Armen Studenten Casse zu Bruchsal ...; wieder andere sind Distriktsfonds, welche wie die vorbemerkte Localfonds eigentlich von den Gr. Kreisregierungen hätten verwaltet werden müssen, wie z. B. die ... Casse für geringe kath. Schuldienste, ... oder der Waisenfond in Bruchsal, ... oder die Fürst von Styrum'sche Freischulenstiftung in Bruchsal ..." (GLA 235/31764).
- 317) Instrukтив-VO des Gr. MdI v. 21. 11. 1820, die Verwaltung und Rechnungserledigung der kath., kirchl. und weltl. Lokal- und Distriktsstiftungen betr., die "in Gemäßheit höchsten Staatsministerialerlasses v. 30. 11. 1826, Nr. 1816" im Reg.Bl. 1827, Nr. 1, S. 1 ff. (Sammlung II, S. 59 ff.) veröffentlicht wurde.
- 318) Gem. OrgR, Beil. F, § 20d in Verb. mit Erl. des MdI v. 21. 4. 1810, § 2h, stand die Rechnungsabhör der

318) (Forts.) von den Kreisdirektorien verwalteten kath. Fonds dem Kath. Kirchendepartement bzw. der KS zu. Diese Vorschrift änderte die Ministerial-VO v. 21. 11. 1820 nicht ab, sie blieb folglich noch bis 1833 in Kraft (vgl. Einleitung der VO v. 21. 11. 1820).

319) In einem Referentenvortrag zum MdI, Plenum, die Einrichtung einer vereinigten Revisionsbehörde beim MdI betr., v. 14. 2. 1829 hieß es: " ... Zum Geschäftsumfang dieser neu zu errichtenden Revisionsbehörde würde gehören: ... 3) Revisionsabtheilung der Stiftungs- und Gesellschaftscassen. Diese hat die Abhör ... der Landalmosen (ev.), Waisencassen (ev.), Catharina Barbara-, Palmischen-, Hospital-, wie aller gleichen, etwa noch entstehenden oder als allgemein erkannten Landesstiftungsrechnungen (excl. der Catholischen) zu besorgen ...".

In einem Ber. des MdI zum Gr. Staatsministerium v. 27. 2. 1832, die Errichtung einer vereinigten Revisionsanstalt beim MdI betr., hieß es: "... Die Verwaltungsaufsicht über diese ev. Stiftungen (badendurlachischen Landallmosen, badendurlachische Waisenfonds, Prinzessin Catharina Barbara- und von Palmische Stiftung) wurde bisher unmittelbar von dem Ministerium des Innern geführt, und deren Rechnungen durch dessen Oberrevision abgehört. Wenn man für geeignet gehalten hat, mehrere katholische, nicht gerade für kirchliche Zwecke gewidmete Stiftungen vor einiger Zeit von dem Ministerium des Innern an die katholische Kirchensection mit höchster Genehmigung zu überweisen, so wird es auch keinem Anstand unterliegen können, die obengenannten evangelischen Stiftungen an die evangelische Kirchensection zu überweisen ...".

Ber. von Staatsrat Nebenius (BB II, S. 99 ff.) zum Gr. Staatsministerium vom März (?) 1832: "... Auch

- 319) (Forts.) damit bin ich einverstanden, ... daß II. die Verwaltung 1. des Baden-Durlachschen Allmosens, 2. des Baden-Durlachschen Waisenfonds ... der evangelischen Kirchensektion auf gleiche Weise überwiesen werden, wie die Verwaltung ähnlicher katholischer Fonds der katholischen Kirchensektion überwiesen worden ist ..." (GLA 236/7764).
Schon bald nach der Aufhebung der Gr. Ministerial-
ökonomiekommission 1819 und vor der Verwaltung der
allgemeinen kath. Armenfonds hatte die KS die Ober-
aufsicht über die kath. Distrikts- und Lokalarmen-
fonds zurückerlangt.
Den Beweis hierfür bieten die Ministerialverordnun-
gen v. 21. 11. 1820 und v. 10. 5. 1825 (Reg.Bl. 1828,
Nr. 21, S. 195 ff.), die im Gegensatz zur Ministerial-
VO v. 28. 4. 1817 (Reg.Bl. 1817, Nr. 13; Sammlung
I, S. 1321), die Verwaltung der örtlichen milden
Stiftungen betr., alle kath. bzw. ev. Lokal- und
Distriktsfonds der Oberaufsicht der Kath. bzw. Ev.
Kirchensektion unterstellten.
- 320) Zur Auflösung der Ministerialökonomiekommission s.
das landh. Reskript v. 15. 5. 1819 (Reg.Bl. 1819,
Nr. 13, S. 71 ff.); zur Übernahme der Verwaltung
der allgemeinen kath. Armenfonds durch das MdI, Ple-
num, vgl. GLA 236/494: Beschluß des MdI, Plenum,
v. 1. 6. 1819, Nr. 5455, an die Gr. Ökonomiekommis-
sion.
- 321) vgl. hierzu die "Bekanntmachung der Matrikel der
unter der Verwaltung der beiden Kirchenministerial-
sektionen stehenden Stiftungen v. 31. 12. 1834"
(Reg.Bl. 1835, Nr. 4; Sammlung III, S. 161 ff.) so-
wie das "Verzeichnis derjenigen von der Gr. Kath.
Kirchensektion ressortirenden kirchlichen und Stif-
tungsrechnungen, welche nach der Ansicht der Konfe-
renz v. 21. 3. 1833 der Superrevision der Gr. Ober-

- 321) (Forts.) rechnungskammer zu unterwerfen sein dürften" (GLA 234/1534).
- 322) Staatsministerialentschließung v. 24. 7. 1834, Nr. 1580 (GLA 235/12915); zur Entwicklung der Allgemeinen Kath. Kirchenkasse s. GLA 235/12915.
- 323) Da 1835 der Bruchsaler Seminarfonds ein Bestandteil der aus verschiedenen kath. Kult-, Schul- und Armenstiftungen gebildeten "Unirten Casse" zu Bruchsal war (s. im einzelnen GLA 235/13165: Ber. des KO v. 9. 7. 1863, Nr. 11812, die Natur, den Zweck und Vermögensstand des geistlichen Seminarfonds in Bruchsal betr., an das Erzb. Ordin.; Ber. des Gr. Oberschulrates v. 18. 12. 1869, Nr. 21964, an das MdI), erschien er in der "Bekanntmachung" v. 31. 12. 1834 (Reg.Bl. 1835, Nr. 4) unter dem Namen "Unirte Kasse".
- 324) Der bad. Anteil des vorderösterr. Religionsfonds und des gleichnamigen Studienfonds wurde von 1807 bis 1835 als "gemeinsamer Religions- und Studienfonds" verwaltet, und dessen Erträgnisse zu $\frac{2}{3}$ für Zwecke des ursprünglichen Religionsfonds und zu $\frac{1}{3}$ für Zwecke des ursprünglichen Studienfonds verwandt. Über die beiden sich aus den Erträgnissen des "gemeinsamen Religions- und Studienfonds" bildenden "separaten Religionsfonds" bzw. "separaten Studienfonds" wurden besondere Rechnungen geführt. 1835 wurde das Grundstockvermögen des "gemeinsamen Religions- und Studienfonds" im Verhältnis 2:1 - entsprechend der bisherigen Verteilung seiner Erträgnisse - geteilt und dem "separaten Religionsfonds" bzw. dem "separaten Studienfonds" zugeschrieben, die nun den Namen "Breisgau-Ortenauischer Religionsfonds" bzw. - nach Vereinigung mit dem Fonds gleichen Namens - "Constanzer Lyzeumsfonds" führten (vgl. GLA 233/10701: Gutachten des Min. der Justiz, des Kultus und Unterrichts, den an Baden gekommenen Teil des vorder-

- 324) (Forts.) österr. Religions- und Studienfonds betr., v. 15. 5. 1911; GLA 235/13015: Bemerkungen des Respizienten des MdI v. 3. 5. 1869 zum Erl. des KV v. 10. 10. 1868).
- 325) In Heidelberg bestand wenigstens bis 1812 ein 1733 für die Theologen der Kurpfalz begründetes Priesterseminar. Es war neben den Seminarien in Bruchsal und Meersburg das dritte, 1803 an Baden gekommene kath. Priesterseminar. Der nach Aufhebung des Heidelberger Seminara weiter als kath. Stiftung geführte "Heidelberger Seminarfonds" wurde später mit dem "Heidelberger Hauptschulfonds" vereinigt. (vgl. Reinhard, FDA 1928, Bd. 29 n.F., S. 185 Anm. 3; Göller, FDA 1928, Bd. 29 n.F., S. 448; die Bekanntmachung des MdI v. 31. 12. 1834 ((Reg.Bl. 1835, Nr. 4)) zählte zu den von der KS unmittelbar verwalteten Fonds den "Heidelberger Schul- und Seminariumsfonds", der spätestens ab 1841 den Namen "Hauptschulfonds" trug ((vgl. GLA 235/13040))).
- 326) Maas, AfkKR 1862, Bd. 8, S. 133 Anm. 1
- 327) GLA 235/13158; in Heidelberg bestanden sogar zwei Unterverwaltungen der KS: die Schaffnei Heidelberg, zu der der Pfälzer Administrationsfonds gehörte, und die Hauptschulfondsverwaltung Heidelberg, zu der neben dem Hauptschulfonds auch der Unterrheinische Pfarrinterimsrevenuehauptfonds zählte (GLA 235/13040).
- 328) OrgR, Beil. F, § 20d
- 329) landh. VO, die Superrevision der kirchl. und Stiftungsrechnungen betr., v. 18. 12. 1834 (Reg.Bl. 1834, Nr. 56; Sammlung III, S. 155), Art. 1; GLA 234/1534. Die im OrgR, Beil. F, § 28 als Revisionsbehörde aller Ministerien vorgesehene Rechnungskammer scheint nur kurze Zeit bestanden zu haben. So waren bereits 1811

- 329) (Forts.) für das damalige Landespolizei- und Landesökonomiedepartement besondere Revisoren angestellt worden (GLA 236/7763: Ber. des Ministerialrates Kaufmann an die Ministerialökonomiekommission v. 5. 4. 1817, das Revisionswesen betr.). Die landh. VO v. 21. 7. 1812 (Reg.Bl. 1813, Nr. 10), die eine Neuordnung der Ministerien des Innern und der Finanzen brachte, erwähnte die Gr. Rechnungskammer nicht mehr. Die KS besaß wahrscheinlich von ihrer Errichtung an eine eigene Revision. 1822 wurde der vergebliche Versuch gemacht, die Revisionen der Kath. und Ev. KS mit der Revision des MdI, Plenum, zu vereinen. Die KS verteidigte u.a. ihre selbständige Revisionsbehörde mit dem Hinweis auf die in Art. 19~~20~~KE zugesicherte ungemischte Verwaltung des Kirchenvermögens (GLA 234/1534: Ber. der KS v. 20. 3. 1822, Nr. 2705/2706, zum MdI, Plenum).
- 330) Zur Errichtung der Gr. Oberrechnungskammer im Jahre 1819 und zur Erweiterung ihrer Kompetenz im Jahre 1832 vgl. die landh. VO v. 16. 3. 1819 (Reg.Bl. 1819, Nr. 11; Sammlung I, S. 1478 ff.) und die landh. VO v. 11. 10. 1832 (Reg.Bl. 1832, Nr. 56; Sammlung II, S. 592 ff.); zur Superrevision der von der KS abgehörten Stiftungsrechnungen durch die Gr. Oberrechnungskammer vgl. die landh. VO v. 18. 12. 1834 (Reg. Bl. 1834, Nr. 56).
- 331) Schweitzer, FDA 1923, Bd. 24 n.F., S. 13 ff.; GLA 235/12916
- 332) Zur Umgestaltung der Sanitätskommission s. das landh. Reskript v. 15. 5. 1819 (Reg.Bl. 1819, Nr. 13) und die Staatsministerialentschließung v. 6. 5. 1819 (Reg.Bl. 1819, Nr. 17, S. 107).
Zum Behördencharakter der Sanitätskommission und der Staatsanstanaltenkommission vgl. GLA 236/494: Staatsministerialentschließung v. 2. 12. 1819, Nr. 3897:

- 332) (Forts.) " Das Ministerium des Innern wird ermächtigt, der Staatsanstaltenkommission zu eröffnen, daß sie sich nicht in die Categorien der Kirchensectionen sondern nur in die der Sanitäts - Commission zu setzen habe, und dieserhalb ihre Anträge dem Ministerium des Innern - mittelst Berichts - vorzulegen, nicht aber mit andern Ministerien zu communiciren habe".
- 333) s. S. 41
- 334) VO des MdI v. 12. 12. 1811, die Ertheilung der Staatsgenehmigung zu Schenkungen und Vermächtnissen an Gemeinsarme oder sonst gemeinnützige und fromme Stiftungen betr. (Reg.Bl. 1811, Nr. 36; Sammlung I, S. 938).
- 335) Die Tendenz der landh. VO v. 10.4. 1833, KS und Kreisregierungen bei der Verwaltung der ihnen jeweils unterstellten Stiftungen gleiche Kompetenzen zu verleihen (vgl. §§ 1 - 4), spricht gleichfalls dafür, daß die Verfügungsgewalt der KS über die allgemeinen kath. Fonds der entsprechenden Kompetenz der Kreisregierungen nicht nachstand.
In einem Ber. des KO v. 6. 3. 1863, Nr. 4664, an das Erzb. Ordin. (OR II, S. 545 ff.) hieß es: "...Hinsichtlich der uns übertragenen gemischten oder sogenannten weltlichen Fonds sind unsere Befugnisse, wie es bei dem früheren kath. Oberkirchenrath (sc. der Nachfolgerin der KS) der Fall, unbeschränkt..."
- 336) landh. VO v. 5. 1. 1843 (Reg.Bl. 1843, Nr. 2, S.9 ff.)
- 337) vgl. hierzu Walz, S. 117/18; von Mohl, Staatsrecht II, S. 57 - 59
- 338) Erl. des MdI v. 20. 6. 1859 an das Erzb. Ordin., die Verwaltung des kath. Kirchen- und Stiftungsvermögens betr. (OR I).
- 339) vgl. die landh. VO v. 3. 3. 1819 (Reg.Bl. 1819, Nr.

339) (Forts.) 8, S. 33).

340) Instrukтив-VO des MdI v. 21. 11. 1820 (Reg.Bl. 1827, Nr. 1), § 16

341) vgl. S. 45/46.

Der Zuständigkeitsbereich des Kath. Kirchendepartements bzw. der KS begann - von unten her gesehen - entsprechend den sehr umfangreichen Genehmigungsvorbehalten des ehemaligen Generaldirektoriums im MdI (OrgR, Beil. F, § 22z) schon sehr früh. Andererseits war die Zuständigkeit der Ämter nach oben ohne klare Abgrenzung geblieben (Erl. des MdI v. 21. 4. 1810, § 1b = Reg.Bl. 1810, Nr. 19; OrgR, Beil. C, § 27). In der landh. VO v. 8. 7. 1819 (Reg.Bl. 1819, Nr. 21) erhielten die Ämter sogar das Recht "zur unbeschränkten Anweisung auf Lokalfonds, wenn die laufenden Ausgaben noch bestritten werden können, und die Summe, um welche sich der Stock jährlich vermehren soll, noch gedeckt bleibt...".

342) Die Einleitung vor § 1 der Ministerial-VO v. 21. 11. 1820 war irreführend, wenn sie davon sprach, daß "den Kreisdirektorien die unmittelbare Verwaltung der sämtlichen kath., kirchlichen und weltlichen Local- und respective Distriktsstiftungen überwiesen" worden seien. Die nachfolgenden Bestimmungen der Ministerial-VO ebenso wie § 11 der landh. VO v. 10. 4. 1833 machten demgegenüber klar, daß an eine unmittelbare Verwaltung der Lokalstiftungen durch die Kreisdirektorien bzw. Kreisregierungen nicht gedacht worden war. Vgl. hierzu das Urteil des Gr. Bad. Oberhofgerichtes Mannheim v. 27. 10. 1870 (Annalen 1871, S. 67).

343) Zur Organisation und Zuständigkeit der Kreisrechnungsrevisionen vgl. die landh. VO v. 16. 3. 1819 (Reg.Bl. 1819, Nr. 11).

344) s. Anm. 319 am Ende.

- 345) vgl. die landh. VO, die Einteilung des Großherzogtums in vier Kreise und Aufstellung von Regierungen betr., v. 26. 1. 1832 (Reg.Bl. 1832, Nr. 9; Sammlung II, S. 481 ff.).
- 346) Reg.Bl. 1833, Nr. 18
- 347) vgl. §§ 1, 9, 10 der landh. VO v. 22. 5. 1834 (Reg. Bl. 1834, Nr. 24; Sammlung III, S. 80 ff.); die Besoldung der Stiftungsrevisoren erfolgte zu Lasten der von ihnen revidierten Stiftungen (§§ 2 - 8).
- 348) Die landh. VO v. 22. 5. 1834 widerrief die entsprechende Bestimmung (§ 21) der Ministerial-VO v. 21. 11. 1820 nicht. Sie galt folglich weiter.
- 349) Staatsministerialentschließung v. 19. 9. 1839, Nr. 1540: "Der Oberrechnungskammer wird auf die ... Frage: in wiefern es in dem Beruf der Oberrechnungskammer liege, die den Kirchensektionen zustehende Superrevision der bei den Kreisregierungen zur Abhör kommenden Kirchen- und Stiftungsrechnungen zu beaufsichtigen? ... dass die Verordnung v. 18. 12. 1834 nicht beabsichtigt habe, ihr auch die Beaufsichtigung der Superrevision der kirchlichen und milden Stiftungsrechnungen, welche von den Kreisstiftungsrevisionen revidiert werden, zur Pflicht zu machen ..." (GLA 234/1534).
- 350) Zu den folgenden Ausführungen vgl. Maier, S. 39-47
- 351) Reg.Bl. 1827, Nr. 1
- 352) § 2 der Ministerial-VO v. 21. 11. 1820 beschränkte die Amtszeit der gewählten Mitglieder des StV nicht. Nach dem Ber. eines Referenten im Gr. MdI v. 15. 9. 1863 wurden die nichtgeborenen Mitglieder des StV auf Lebenszeit gewählt (GLA 235/12917).
- 353) Die Ministerial-VO v. 21. 11. 1820 verstand unter den "Dekreturen" nicht nur die Anweisungen des StV an den Rechner, bestimmte Einnahmen und Ausgaben der

- 353) (Förts.) Stiftung zu vollziehen, sondern auch die den Einzelanweisungen vorausgehenden und zugrundeliegenden rechtsgeschäftlichen Handlungen und öffentlich-rechtlichen Verwaltungsakte. Dies ergibt sich eindeutig aus dem Katalog des § 15, der die "Dekreturen" des StV anführte, die eine "höhere Ermächtigung" erforderten.
- 354) Der Erl. des MdI v. 28. 10. 1836, Nr. 12005, ist abgedruckt bei Utz, S. 268.
- 355) vgl. das Separatvotum des Oberstiftungsrates Wagner v. 16. 4. 1864 zum Ber. des KO an das Erzb. Ordin. v. 18. 3. 1864, Nr. 6245, in dem u.a. ausgeführt wurde: "Schon unter der Herrschaft der früheren Verordnung (sc. v. 21. 11. 1820) wußten die Stiftungsvorstände die ihnen auferlegte Beschränkung in der Art zu umgehen, daß für einen und denselben Aufwand verschiedene Kostenzettel im Einzelbetrag bis zu 10 fl erhoben wurden, um auch für höhere Beträge keine Dekreturermächtigung erwirken zu müssen" (OR III).
- 356) vgl. die landh. VO v. 17. 10. 1811, die gerichtliche Vertretung sämtlicher Kirchen- und milden Fonds durch die Ministerialdepartements betr., v. 17. 10. 1811 (Reg.Bl. 1811, Nr. 29, S. 139).
- 357) vgl. hierzu den Plenarbeschluß des Gr. Oberhofgerichtes Mannheim v. 7. 12. 1844, Nr. 5302, Ziff. 4 (Annalen 1844, S. 379/80); Urteil des Gr. Oberhofgerichtes Mannheim aus dem Jahre 1867 (Annalen 1867, S. 274); Urteil des Gr. Oberlandesgerichtes Mannheim v. 17. 9. 1883 (Annalen 1883, S. 373).
- 358) J. Schmitt, Bad. Rechtspraxis 1903, S. 202 ff.
- 359) ebenda, S. 204; J. Schmitt, Simultankirchenrecht, S. 182.
In Anlehnung an den Aufsatz von J. Schmitt in Bad. Rechtspraxis 1903 meint Ammann, S. 96: "Der Vorgän-

- 359) (Forts.) ger des heutigen Stiftungsrates, der durch Verordnung v. 21. 10. 1820 geschaffene Stiftungsvorstand, hatte kein Recht zu einer Verfügung über das seiner Verwaltung unterliegende Vermögen, vielmehr war er nur zu Verwaltungshandlungen befugt. Die Verfügungs- oder Eigentumshandlungen waren den ... Vorgängern des Kath. Oberstiftungsrates überwiesen. Dementsprechend war auch die Vertretungsmacht geteilt".
- 360) J. Schmitt, Bad. Rechtspraxis 1903, S. 204
- 361) Da die bad. Reg. bestrebt war, die Verwaltung der kath. und ev. Landeskirche und noch vielmehr die Verwaltung des kath. und ev. Kirchenvermögens, die sie als rein staatl. Aufgabe ansah, gleichförmig zu regeln, erscheint es berechtigt, ergänzend zu den §§ 13, 15-17 der Ministerial-VO v. 21. 11. 1820 auf die Ministerial-VO v. 10. 5. 1825 (Reg.Bl. 1828, Nr.21) zu verweisen. Die VO des MdI v. 10. 5. 1825 befaßte sich mit der Verwaltung der ev. "örtlichen milden Stiftungen". Sie bestimmte in § 1, daß ihre "Verwaltung ... in der Regel den Kirchengemeinderäthen" zustehe. Zu den "anderweitige Ermächtigung" erfordernden "Verwaltungsgegenständen" zählte § 3 l die "Führung der Prozesse". § 5 lautete: "Keine Aufsichtsbehörde darf ohne vorgängige Vernehmung der Verwaltungsbehörde irgend eine Anweisung auf die Stiftungen erteilen. Geschieht es dennoch, so haben Letztere den Rekurs an die höhere Behörde zu ergreifen".
- "Anweisungen" der Aufsichtsbehörden, die mit dem "Rekurs" anfechtbar waren, konnten keine Vermögensverfügungen mit Rechtswirksamkeit gegenüber Dritten sein, da sie in diesem Fall nicht mehr aufhebbar waren.
- 362) Der Tatsache, daß § 15 der VO v. 21. 11. 1820 für bestimmte "Dekreturen" des StV anstelle einer höheren Genehmigung eine "höhere Ermächtigung" verlangte, kommt keine Bedeutung zu. Vor allen Dingen kann hier-

362) (Forts.) aus nicht geschlossen werden, daß der KS, soweit sie die "höhere Ermächtigung" zu erteilen hatte, auch die außergerichtliche Vertretung der kath. Lokalfonds zukommen und der StV nur als ihr Bevollmächtigter zu Vermögensverfügungen berechtigt sein sollte.

Andernfalls wäre nicht nur die KS und der StV, sondern auch das Kreisdirektorium und das Amt im Rahmen ihrer Kompetenz zur außergerichtlichen Vertretung der kath. Lokalfonds befugt gewesen. "Höhere Ermächtigung" hatte in § 15 den gleichen Sinn wie höhere Genehmigung. So sprach § 13 in seinem auf § 15 verweisenden Satz 1 nur von "höherer Bestätigung".

Nur für § 15 o, der die gerichtliche Vertretung im ganzen und nicht nur wie die übrigen "Dekreturen" des § 15 eine einzelne Rechtshandlung betraf, hatte das Wort "Ermächtigung" die Bedeutung von Bevollmächtigung, da unabhängig von der jeweiligen Verwaltungszuständigkeit die gerichtliche Vertretung der kath. Lokalfonds in den Händen der KS lag (landh. VO v. 17. 10. 1811 = Reg.Bl. 1811, Nr. 29).

J. Schmitt (Bad. Rechtspraxis 1913, S. 205; GLA 235/12920: Ber. des KO zum Gr. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts, v. 23. 8. 1902, Nr. 26226, die Rechtsvertretungs- und Verwaltungsbefugnis des Kath. Oberstiftungsrates bezüglich des örtlichen Kirchenvermögens betr.) und ihm folgend Ammann (Ammann, S. 96) suchten das Recht der KS bzw. des später an ihre Stelle tretenden KO, die kath. Lokalstiftungen bei "Verfügungshandlungen" im Sinne des bad. Landrechts auch außergerichtlich zu vertreten, u. a. aus dem prozessualen Vertretungsrecht derselben abzuleiten. Wer zur Verfügung im Prozeß befugt sei, sei zur Verfügung schlechthin berechtigt.

Dieser Schluß wäre wohl zwingend, wenn es sich bei der

- 362) (Forts.) KS und dem StV um zwei Privatrechtssubjekte handeln würde. Innerhalb der Staatsverwaltung ist es aber wohl denkbar, daß die Rechtsvertretung einer Stiftung kompetenzmäßig auf zwei Behörden des gleichen Instanzenzuges aufgeteilt wird. Die Argumentation von J. Schmitt und Ammann verfängt auch deshalb nicht, weil beide Autoren für die badisch-landrechtlichen "Verwaltungshandlungen" eben jene für die "Verfügungshandlungen" abgelehnte Aufteilung der gerichtlichen und außergerichtlichen Vertretung der kath. Lokalstiftungen bejahen (Bad. Rechtspraxis 1903, S. 206; Ammann, S. 96/97).
- 363) § 1 der landh. VO v. 10. 4. 1833 (Reg.Bl. 1833, Nr. 18).
- 364) § 11 der landh. VO v. 10.4. 1833
- 365) vgl. Ministerial-VO v. 28. 4. 1817, die Verwaltung der örtlichen milden Stiftungen betr. (Reg.Bl. 1817, Nr. 13).
- 366) Bader, S. 278, 281, 285; Maas, AfkKR 1862, Bd. 8, S. 133; Heimberger, S. 36
- 367) vgl. Kgl. Württ. Verwaltungsedikt für die Gemeinden, Oberämter und Stiftungen v. 1. 3. 1822 (Staats- und Reg.Bl. 1822, S. 178 ff.) und Gr. Bad. Gesetz über die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden v. 31. 12. 1831 (Reg.Bl. 1832, Nr. 8, S. 81 ff.).
- 368) vgl. Schröcker, Kirchenpflegschaft, S. 96 ff., 110 ff., 125 ff.
- 369) Zur Haltung der Kirche gegenüber Laienpflegern im Spätmittelalter vgl. Schröcker, Kirchenpflegschaft, S. 150 ff.; zur Einstellung des Trienter Konzils und der nachtridentinischen Kanonistik vgl. a.a.O., S. 165 ff.
- 370) Das geltende gemeine kanon. Recht geht in c. 1182 CIC

- 370) (Forts.) vom Grundsatz der Verwaltung des Ortskirchenvermögens durch den Pfarrer als "rector ecclesiae" aus, läßt aber in c. 1183 die Bildung eines mit Laien besetzten Kirchenfabrikrates unter dem Vorsitz des Pfarrers als "administrator ecclesiasticus" zu. Für den Fall, daß partikularrechtliche Vorschriften nichts anderes bestimmen, sollen die Laienmitglieder des Kirchenfabrikrates vom Ordinarius oder dessen Bevollmächtigten ernannt werden (c.1183). Die für die Stellung der Laienverwalter entscheidende Frage, ob der Kirchenfabrikrat beschließende oder nur beratende Funktion haben soll, lassen die c. 1183 ff. CIC offen und überlassen sie der partikularrechtlichen kirchl. Gesetzgebung (Schröcker, Ortskirchenvermögen, S. 35 ff.).
- 371) In Württemberg und Hessen-Darmstadt traten die in Baden nur andeutungsweise vorhandenen Tendenzen zur Schaffung kath. Pfarrältestenräte stärker in Erscheinung. Zu den württ. "Kath. Kirchenkonventen" und den hess. "Kath. Kirchenvorständen" vgl. S. 134, 148, 154
- 372) VO des Gr. MdI, das Mitwirkungs- und Mitaufsichtsrecht des Landesbischofs bei Verwaltung und Verwendung des kath. Kirchenvermögens betr., v. 3. 3. 1853 (Reg.Bl. 1853, Nr. 7, S. 57).
- 373) vgl. S. 84
- 374) vgl. Bader, S. 285; Erl. des OKR an das Erzb. Ordin. v. 28. 1. 1853, Nr. 1536 (OR. I).
- 375) vgl. Bader, S. 287; Maas, AfKKR 1862, Bd. 8, S. 132. Mit Erl. v. 18. 11. 1851, Nr. 29083, gab der OKR dem Erzb. Ordin. eine "Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben und das Vermögen der unter diesseitiger Aufsicht stehenden kath. kirchl. Fonds für 1850". Hierbei beschränkte der OKR seine Übersicht auf folgende Fonds: Alumnatsfonds und Geistlicher Seminarfonds Bruchsal, Religionsfonds und Pfarrinterimsre-

- 375) (Forts.) venüenhauptfonds in Freiburg, Hauptschul-
fonds und Pfarrinterimsrevenüenhauptfonds Heidelberg,
Allgemeine Kath. Kirchenkasse und Pfarrinterimsre-
venüenhauptfonds in Karlsruhe, Meersburger Priester-
hausfonds und Religionsfonds des oberen Fürstentums
in Konstanz (OR I).
- 376) Erl. des MdI v. 13. 6. 1856, Nr. 7277, an das Erzb.
Ordin. (OR I); Maas, AfkKR, Bd. 8, S. 132.
Die unrichtige Angabe bei Bader, S. 287, dem Erzbi-
schof sei erstmalig 1849 "der allgemeine Vermögens-
stand der kath. Stiftungen mitgeteilt" worden, dürfte
wohl darauf zurückzuführen sein, daß die allgemeine
Vermögensübersicht des Jahres 1856 auf "dem Rech-
nungsstand von 1849/50" (Erl. des MdI v. 13. 6. 1856,
Nr. 7277) beruhte.
- 377) Maas, a.a.O., S. 132; Bader, S. 288
- 378) Als Ausnahme von der Regel sei hier die Errichtung
des "Centralkirchenfonds", der späteren Allgemeinen
Kath. Kirchenkasse, erwähnt. Da er sich aus Beiträgen
anderer kath. Fonds speisen sollte, wurde vor seiner
Errichtung laut Staatsministerialentschließung v. 24.
7. 1834, Nr. 1580, "die Beistimmung des Erzb. Ordin."
eingeholt (GLA 235/12915).
- 379) vgl. § 38 Abs. 2 der landh. VO v. 30. 1. 1830 (Reg.
Bl. 1830, Nr. 3).
- 380) Maas, AfkKR 1862, Bd. 8, S. 133/34
- 381) Utz, S. 74 ff., 80 ff.; eine ausführliche Darstellung
der für die Pfründverwaltung maßgeblichen Vorschrif-
ten findet sich bei Kintzinger, S. 236 ff.
- 382) Utz, S. 75; Longner, Rechtsverhältnisse, S. 342;
Kintzinger, S. 235
- 383) Die "Dienstweisung für die Verrechner der Interkalar-
gefälle kath. geistlicher Pfründen" v. 30. 5. 1848

- 383) (Forts.) ist abgedruckt bei Utz 1853, S. 7 ff.
- 384) In einigen Landkapiteln der Erzdiözese Freiburg erhielten die Erzb. Kapitelsdekane die Pfründerträge des ersten Monats der Vakanz, den "Dekanatsmonat". Dieser sollte den Dekan für die ihm bei der Ausübung seines Amtes entstehenden Auslagen entschädigen. In einigen Landkapiteln flossen die Interkalargefälle des ersten Monats in die Kapitelskasse, aus der sodann der Amtsaufwand des Dekans zu bestreiten war. Die in die Kapitelskasse fließenden Erträge nannte man "Kapitelsmonat". In wieder anderen Landkapiteln bestand weder ein Kapitels- noch ein Dekanatsmonat.
- Die Pfründen der ehemals inkorporierten Kloster- oder Regularpfarreien waren bis 1860 von der Entrichtung eines Dekanats- oder Kapitelsmonats ausgenommen. Erst die Staatsministerialentschließung v. 9. 10. 1860, Nr. 1199, unterwarf die erledigten Pfründen der Regularpfarreien aller Landkapitel, in denen ein Dekanats- oder Kapitelsmonat bestand, der gleichen Abgabe (GLA 235/12996). Vgl. hierzu Heiner, S. 64
- 385) s. Anm. 259, 281 und 304
- 386) GLA 234/1533
- 387) In ihrem Ber. an das MdI, Plenum, v. 8. 2. 1831, Nr. 1375, nannte die KS die Gründe, die dazu führten, daß die auf der Kirchenpfründe von St. Martin und dem Konstanzer Domfabrikfonds lastenden Dotationsbeträge von der Staatskasse übernommen wurden. Die Konstanzer Domfabrik benötigte "ihre Einnahme zur Erfüllung ihrer eigenen Verpflichtungen selbst, und kann höchstens zur Bestreitung des vermehrten Aufwandes des Pfarrkultes, nicht aber zur Bestreitung des bischöflichen Kultes in Anspruch genommen werden". Die Einbeziehung der Pfründe von St. Martin in die Erzbistumsdotations setzte voraus, daß der in den

- 387) (Forts.) Genuß ihrer Einkünfte kommende Prälat auch die Pastoration der St. Martinspfarre übernahm.
"Die Verwaltung der St. Martinspfarre will" jedoch "der Bischof nicht übernehmen und kann sie auch nicht übernehmen", da Erzbischof und Domkapitel nach Ansicht der KS zu sehr mit Arbeit überlastet waren, um diese Seelsorgsarbeit noch leisten zu können (GLA 234/1533).
- 388) Zum Unterhalt der erzb. Gebäude vgl. Denkschrift von 1926, S. 13 ff. sowie GLA 235/12898.
In den Jahren 1833 und 1834 wurden je 1000 fl zum Unterhalt des erzb. Palais und der Domherrenwohnungen in den staatl. Dotationsbeitrag aufgenommen. Vgl. hierzu den Ber. des Erzb. Domkapitels an Gr. Ministerium der Finanzen v. 11. 7. 1834, Nr. 154 (GLA 235/12898), sowie die Auszüge aus dem Staatshaushalt 1833/34 und 1835/36, den Ausgabetitel XX, Kath. Kultus, betr. (GLA 234/1533).
- 389) vgl. Ber. der KS an MdI, Plenum, v. 8. 2. 1831, Nr. 1375, sowie die Auszüge aus dem Staatshaushalt 1831/32 und 1832/33, den Ausgabetitel XX, Kath. Kultus, betr. (GLA 234/1533); Denkschrift von 1926, S. 16
- 390) vgl. Auszüge aus dem Staatshaushalt 1837/38 und 1842/43, den Ausgabetitel XX, Kath. Kultus, betr. (GLA 234/1533).
- 391) Erl. des Ministeriums der Finanzen an die Gr. Kassenkommission v. 1. 12. 1827, Nr. 6680 (GLA 48/5335).
- 391) Vortrag des Rechtsreferenten der KS, die Bau- und Unterhaltungspflicht der zur erzb. Dotation gehörigen Gebäude betr., v. 9. 1. 1833 (GLA 235/12898).
- 393) Zum Unterhalt des Priesterseminars vgl. Denkschrift von 1926, S. 22.
- 394) Zur Entstehung und zum Vermögensstand der Maria-Viktorie-Verlassenschaftskasse vgl. Bekanntmachung des

- 394) (Forts.) MdI v. 14. 6. 1833 (Reg.Bl. 1833, Nr. 25; Sammlung II, S. 653 ff.).
- 395) Zu den zum Unterhalt des Erzb. Seminars beitragspflichtigen Fonds fügte die Staatsministerialentschließung v. 16. 3. 1837 noch den Meersburger Seminar- oder Priesterhausfonds hinzu (Reinhard, FDA 1928, Bd. 29 n.F., S. 186).
- 396) Denkschrift von 1926, S. 24
- 397) Weitere 1600 fl zahlten die übrigen vier Staaten der Oberrh. Kirchenprovinz für den Unterhalt des Freiburger Metropolitansitzes. Vgl. hierzu den Ber. des Erzb. Domkapitels an Gr. MdI v. 26. 3. 1838, Nr. 142, in dem das Domkapitel auf ministerielle Anfrage bestätigte, daß Württemberg, Hessen-Darmstadt, Nassau und Kurhessen ihren Dotationsbeitrag für den Freiburger Erzstuhl tatsächlich leisteten (GLA 48/5335).
- 398) vgl. Berichte der KS an das MdI, Plenum, v. 8. 2. 1831, Nr. 1375, und v. 26. 2. 1831, Nr. 2155 (GLA 234/1533).
- 399) Erl. der KS an das Erzb. Domkapitel v. 11. 2. 1832, Nr. 1759 (GLA 234/1533).
- 400) Der separate Studienfonds erfüllte mit der Abtretung des Linzer Rittergutes an das Erzbistum eine Verpflichtung, die gem. § 35 RDHS auf dem säkularisierten Kirchengut lastete. Da der bad. Staat diese Verpflichtung anerkannte, zahlte er jährlich eine Entschädigung von 3.320 fl an den separaten Studienfonds und späteren Konstanzer Lyzeumsfonds. Die Ausgleichszahlung an den separaten Studienfonds erschien im Staatshaushalt unter dem Ausgabetitel XX, den Kath. Kultus betr. (GLA 234/1533: Berichte der KS an das MdI, Plenum, v. 8. 2. 1831, Nr. 1375, und v. 26. 2. 1831, Nr. 2155, sowie Voranschlag der KS für den Ausgabetitel XX der Budgetperiode 1831/34; Auszüge aus

- 400) (Forts.) dem Staatshaushalt 1832/33 und 1833/34, den Ausgabetitel XX, Kath. Kultus betr.).
- 401) Den "St.Blasianer Hof", der in der Dotationsurkunde von 1820 als Wohnung dreier Domkapitulare ausgewiesen wurde, ersetzte das Gr. Fundationsinstrument v. 16. 10. 1827 (vgl. Anm. 277) durch drei andere Wohnhäuser. Beim Vollzug der Dotation hielt man sich jedoch nicht an das landh. Fundationsinstrument von 1827, sondern an die frühere Dotationsurkunde von 1820 und übergab den "St.Blasianer Hof" an das Erzbistum.
- 402) vgl. hierzu die Dotationsurkunde v. 23. 12. 1820; Ber. des Direktoriums des Dreisamkreises an KS v. 24. 6. 1828, Nr. 9156, und Vortrag des Rechtsreferenten der KS, die Bau- und Unterhaltungspflicht der zur erzb. Dotation gehörigen Gebäude betr., v. 9. 1. 1833 (GLA 235/12898).
- 403) Durch Staatsministerialentschließung v. 6. 10. 1831, Nr. 1659, wurde das Gr. Finanzministerium angewiesen, "Dem Erzbisthum den in der Dotationsurkunde zu Wohnungen für Domkapitularen bestimmten ehemaligen Sanctblasianischen Hof in der Salzgasse zu Freiburg ... zu übergeben" (GLA 235/12898). Die Übergabe erfolgte durch Beschluß des Finanzministeriums v. 3. 4. 1832 (s. Ber. der KS an MdI, Plenum, v. 29. 4. 1835 = GLA 235/12898).
- 404) Im Vortrag des Rechtsreferenten der KS v. 9. 1. 1833 hieß es: "Rücksichtlich der ... Münsterfabrik- und der Präsenzhäuser, wovon von der Stadt Freiburg nicht das Grund- sondern bloß das Nutz Eigentum für den Staat auf unbestimmte Dauer, nemlich so lange der Bischofssitz in Freiburg bleibt, abgetreten wurde, wird sich die Baupflicht nach den Grundsätzen über die Verbindlichkeiten des Nutz Eigentums zu richten haben, und daher ebenfalls das Ärar treffen, weil

- 404) (Forts.) diese Gebäude zu seinem Vorthail abgegeben sind ..." (GLA 235/12898).
- 405) vgl. Reinhard, FDA 1928, Bd. 29 n.F., S. 184 ff.
- 406) vgl. Maas, S. 29 Anm. 2
- 407) Die Freiburger Münsterpräsenzstiftung und Münsterfabrik verwaltete bei Errichtung des Erzbistums die "Münster- und Präsenzverwaltung Freiburg" unter unmittelbarer Aufsicht des Kreisdirektoriums in Freiburg (GLA 235/12898). 1833 trat gem. der Ministerial-VO v. 21. 11. 1820 und der landh. VO v. 10. 4. 1833 an ihre Stelle ein Münsterstiftungsvorstand, der bis 1862 amtierte (Stutz, S. 30).
Die allgemeinen kirchl. Fonds, die Beiträge zur Seminardotation leisteten, blieben nach wie vor unter der unmittelbaren Aufsicht der KS (vgl. S. 88).
- 408) vgl. Maas, S. 65 ff., 72 ff.
- 409) vgl. S. 137
- 410) In der "Vorstellung des Verrechners der provisorischen Seminarverwaltung in Freiburg, Michael Meißburger", an die KS v. 18. 1. 1831 hieß es u.a.: "Der Dompräbendar- und Präsensschaffner Meißburger versieht ... seit dem 1. 10. 1826 bis itzt die SeminariumsVerwaltung provisorisch. Dieses Provisorium wurde ihm durch die Rechnungsinstruktion mittelst ... kath. KirchensectionMinisterialbeschuß v. 12. 2. 1828, Nr. 1589, neuerlich aufgetragen, ohne daß etwas über eine Renumeration für dieses weitschichtige Geschäft bestimmt wurde. Als man mit Errichtung des Bisthums noch die Domcapitelsche zu führen beauftragt wurde", erlaubte die KS dem Verwalter Meißburger durch Erl. v. 26. 11. 1828, Nr. 14243, die Anstellung eines zweiten "Scribenten", dessen zusätzliche Gebühren auf die zu verwaltenden Fonds umzulegen waren (GLA 234/1472).

- 411) vgl. Erl. der KS an das Erzb. Ordin. v. 28. 11. 1832, Nr. 14331 (GLA 234/1472).
- 412) Erl. der KS an das Erzb. Domkapitel v. 11. 2. 1832, Nr. 1759, eröffnete u.a., "daß das zur Bistumsdotation gewidmete Gut Linz mit dem 1. 6. 1832 der provisorischen Verwaltung der Bistumsdotation überwiesen" werde. Gleichzeitig beauftragte die KS einen gewissen Ministerialrat von Hauser, "die nöthigen Anordnungen zur Überweisung des Gutes Linz an die provisorische Domverrechnung Freiburg alsbald vorzubereiten" (GLA 234/1533).
- Die "provisorische Domverrechnung" war wohl identisch mit der von Meißburger geführten "Domcapitelsche" Verwaltung. Ein Erl. des Erzb. Domkapitels an die KS v. 12. 2. 1830, Nr. 18, sprach von "unserem Domverwalter". Die Kasse, in die u.a. die Einkünfte des Domkapitels flossen, nannte ein Ber. des Direktoriums des Dreisamkreises an die KS v. 24. 6. 1828 "Domfonds". Ein Erl. des Min. der Finanzen an MdI v. 16. 7. 1834, Nr. 5526, sprach von der "Erzb. Domkasse" (GLA 235/12898).
- 413) Von einer besonderen Verwaltungseinrichtung für die erzb. Interkalargefälle war in den eingesehenen Akten der Jahre 1827 - 35 nirgends die Rede.
- Die sechste Domkapitularstelle war zu Anfang des Jahres 1833 noch unbesetzt (s. Vortrag des Referenten der KS v. 9. 1. 1833, die Bau- und Unterhaltungspflicht der zur erzb. Dotation gehörigen Gebäude betr. = GLA 235/12898).
- 414) Die Erlasse des Erzb. Domkapitels, des MdI und des Min. der Finanzen aus dem Jahre 1834 sprachen einhellig von der "Erzb. Domverwaltung". Der 1832 noch verwandte Zusatz "provisorisch" wurde nicht mehr gebraucht, Das wies m.E. daraufhin, daß die Verwaltung der Dotationseinkünfte von Erzbischof und Domkapitel

- 414) (Forts.) inzwischen endgültig eingerichtet worden war (GLA 235/12898).

Die Überführung der "provisorischen Domverrechnung" in eine ordentliche "Domverwaltung" scheint das alleinige Werk des Erzb. Domkapitels, unter dessen Aufsicht sie auch stand, gewesen zu sein (s. Akten des Jahres 1834 in GLA 235/12898).

- 415) Michael Meißburger wurde am 13. 3. 1833 als erster ordentlicher Verwalter der Erzb. Seminarkasse verpflichtet. Das Rücktrittsgesuch Meißburgers teilte das Erzb. Ordin. unter dem 9. 7. 1837 der KS mit. Den von der KS abgelehnten Vorschlag, den jeweiligen Subregens des Priesterseminars zum Verrechner der Seminarkasse zu bestellen, machte das Erzb. Ordin. mit Erl. v. 21. 7. 1837 (GLA 234/1472).

- 416) Die KS ernannte Meißburger zum provisorischen Seminarverwalter und verlängerte dieses Provisorium im Jahre 1828. Sie gestattete dem Verwalter, sein Personal zu erhöhen und die entsprechenden Unkosten auf die verwalteten Fonds umzulegen. An die KS wandte sich Meißburger mit einer schriftlichen Eingabe v. 18. 1. 1831, um die Gewährung einer festen Vergütung für seine Verwaltungstätigkeit zu erlangen. Die KS setzte sodann mit Erl. v. 1. 3. 1831, Nr. 232o, "unter Beystimmung des erzb. Generalvicariates" die bei der Seminarkassenverwaltung vom Verwalter für sich in Abzug zu bringende Verrechnungsgebühr fest (GLA 234/1472).

Aus den genannten Tatsachen ergibt sich, daß die provisorische Seminarverwaltung staatl. Charakter trug, d.h. unter der unmittelbaren Leitung und Aufsicht der KS stand. Das Erzb. Ordin. bzw. das Erzb. Generalvikariat, wie das Erzb. Ordin. in Erlassen der KS aus dem Jahr 1831 genannt wurde, besaß für bestimmte Verwaltungsmaßnahmen ein Beistimmungs- oder Genehmi-

- 416) (Forts.) gungsrecht. Eine etwaige Zustimmung des Erzb. Ordin. wurde von der KS als Aufsichtsbehörde der provisorischen Seminarverwaltung eingeholt (vgl. Erl. der KS an Erzb. Generalvikariat v. 25. 1. 1831, Nr. 816 = GLA 234/1472).
- 417) vgl. Maas, S. 80; Denkschrift von 1926, S. 22.
In der Staatsministerialentschließung v. 2. 8.1832, Nr. 2325, hieß es u.a.: "Das Erzb. Ordinariat habe den Verwalter (sc. der Seminarkasse bzw. des Seminarfonds) zu bestellen, nach eingeholter diesseitiger Genehmigung zu instruieren, durch die kompetente Staatsstelle verpflichten ... zu lassen ..." (GLA 234/1472).
- 418) Die "Instruction" v. 28. 12. 1832 bezog sich auch auf die Bildung und Verwaltung des Seminarbaufonds. Sie findet sich abschriftlich in GLA 234/1472.
- 419) Vgl. die "Beilage zu A₁ des Kirchensteuervoranschlags des badischen Anteils der Erzdiözese Freiburg für die Jahre 1900 - 1902, vorgelegt der am 6. 11. 1900 erstmals zusammengetretenen Kirchensteuervertretung der Erzdiözese Freiburg" (GLA 235/12898).
- 420) vgl. Denkschrift von 1926, S. 22
- 421) Ein Referentenbericht der KS v. 29. 4. 1828, der sich mit der Frage auseinandersetzte, ob die unmittelbare Aufsicht über den Seminarfonds dem Erzb. Ordin. oder der KS überlassen werden sollte, sprach sich für den Übergang des Seminarfonds in die Obhut des Erzb. Ordin. aus. Dabei empfahl der Ber., die KS solle ihr Oberaufsichtsrecht "durch Einsicht der Rechnungen, und selbst auch durch Einfordern von Nachweisungen im Laufe des Rechnungsjahres, ... besonders durch alljährliche Vorlage des Budgets" wahren.
Dementsprechend wies die "Instruction" des Erzb. Ordin. für den Seminarfondsverwalter v. 28. 12. 1832

- 421) (Forts.) auf das Recht der KS zur Vorschlagsprüfung und Superrevision hin (GLA 234/1472).
Nach einem Ber. der KS an das MdI v. 10. 12. 1841, Nr. 23341, wurden ihr bezüglich des Seminar- und Seminarbaufonds "jeweils der Voranschlag zur Einsicht und die Jahresrechnung mit den Resultaten der Primärrevision zur Superrevision ... mitgeteilt" (GLA 48/5335).
- 422) Die KS erklärte dem Erzb. Ordin. gegenüber mit Erl. v. 28. 11. 1832, Nr. 14331, daß sie "gegen die definitive Ernennung des bisherigen provisorischen Verrechners Domkustos Meißburger nichts zu erinnern" habe.
Mit Erl. v. 27. 6. 1837, Nr. 8548, stellte die KS dem Erzb. Ordin. anheim, "einen anderen SeminarCasseVerrechner zu ernennen", und sah hierwegen "gefälliger Mitteilung entgegen". Mit ihrem Erl. v. 1. 8. 1837, Nr. 10278, lehnte die KS den Vorschlag des Erzb. Ordin., den Subregens zum Verwalter des Seminarfonds zu ernennen, ab und schlug vor, einen Dompräbendar oder einen befähigten Bürger mit der Seminarverwaltung zu betrauen. Falls das Erzb. Ordin. "dieser Ansicht beipflichtet; so wolle ein solcher Verwalter ernannt und uns hiervon gefällige Mitteilung gemacht werden. Andernfalls sehen wir weiterer beliebiger Äußerung entgegen".
Mit Erl. v. 15. 1. 1839, Nr. 755, nahm die KS auf Vorlage des Erzb. Ordin. zur Erhöhung der Verwaltungsgebühr für den Seminarfondsverwalter Stellung (GLA 234/1472).
- 423) In der Staatsministerialentschließung v. 30. 3. 1836 hieß es: "Statt der bisherigen 1000 fl sind künftig 1500 fl aus der Seminariumsdotations zu dem zu bildenden Baufonds zu ziehen. Dabei wird dem Ministerium des Innern überlassen, bei dem erzb. Ordinariat dahin

- 423) (Forts.) zu wirken, daß die sich etwa ergebenden Überschüsse an der jährlichen Seminariumsdotations ganz oder teilweise zur Verstärkung des Baufonds verwendet werden" (vgl. Beil. zu A₁ des Kirchensteuervoranschlages des bad. Anteils der Erzdiözese Freiburg 1900/o2 = GLA 235/12898).
- 424) Für die Bestellung Meißburgers zum provisorischen Domverwalter durch die KS spricht, daß die KS ihm die mit dieser Geschäftserweiterung zusammenhängende Anstellung eines zweiten "Scribenten" zu Lasten der Dom- und der Seminarverrechnung gestattete (vgl. Anm. 410).
- 425) vgl. Ber. der KS an MdI, Plenum, v. 29. 4. 1835, Nr. 4812 (GLA 235/12898).
- 426) Von diesen 10.175 fl waren bis zum 1. 12. 1834 "auf wechselweise Anweisung des Erzb. Domkapitels oder Ordinariats verausgabt: 5.051 fl" (GLA 235/ 12898: Ber. der KS v. 29. 4. 1835).
- 427) Die Grundstückserwerbungen des Erzb. Domkapitels waren wegen der schleppenden Übergabe der in der Dotationsurkunde ausgewiesenen Wohngebäude und der teilweisen Unbewohnbarkeit der angewiesenen Gebäude sachlich gerechtfertigt, wie selbst die KS in ihrem Ber. v. 29. 4. 1835 hervorhob.
Vgl. hierzu und zum folgenden die Denkschrift von 1926, S. 14
- 428) GLA 235/12898
- 429) Nach dem Ber. der KS v. 29. 4. 1835 war der Interkalarfonds infolge der vom Erzb. Domkapitel veranlaßten Grundstückserwerbungen in Höhe von 27.384 fl überschuldet.
- 430) GLA 235/12898: in Verb. mit der Staatsministerialentschließung v. 12. 8. 1835, Nr. 1449, s. auch den

- 430) (Forts.) Vortrag des MdI zum Staatsministerium v. 13. 7. 1835, Nr. 6197.
- 431) Auf die fortdauernde Verwaltung der Einkünfte des Erzbischofs, der Domkapitulare und Dompräbendare durch die dem Erzb. Domkapitel unterstellte Erzb. Domverwaltung wies schon die 1841 für diese Verwaltung verwandte Bezeichnung "Domkapitelsrechnung" hin (GLA 48/5335: Ber. der KS an MdI v. 10. 12. 1841, Nr. 23341).
- Ob allerdings das Linzer Gut, dessen Erträgnisse zu den Einkünften des Erzb. Stuhles, der erzb. Pfründe, gehörten, in der Obhut der Erzb. Domverwaltung verblieb oder bereits jetzt, wie es später der Fall war, einer besonderen erzb. Partikularverwaltung in Konstanz, die unter der Aufsicht des Erzb. Ordin. stand, anvertraut wurde, muß offenbleiben.
- Der der unmittelbaren Aufsicht des Erzb. Domkapitels unterstellte Erzb. Interkalarfonds (vgl. Denkschrift von 1926, S. 14) wurde auch nach 1835 von der Erzb. Domverwaltung verwaltet. Die Gründe für diese Annahme sind folgende: zum einen fehlt es an jeglichem Hinweis darauf, daß das Erzb. Domkapitel neben der Erzb. Domverwaltung über eine weitere Unterbehörde zur Verwaltung seines Vermögens verfügte; zum andern wurde der staatl. Dotationsbeitrag zum baulichen Unterhalt der erzb. Gebäude (500 fl), der seit der Neuregelung des Jahres 1835 in den Erzb. Interkalarfonds floß. (Denkschrift von 1926, S. 14), laut Ber. der KS v. 10. 12. 1841 von der Kasse der "Domkapitelsrechnung", d.h. nach dem zuvor Gesagten von der Erzb. Domverwaltung vereinnahmt (GLA 48/5335: Ber. der KS an MdI v. 10. 12. 1841, Nr. 23341).
- Zum Verzicht der KS auf Ausübung einer Oberaufsicht über die "Domkapitelsrechnung" vgl. ebenfalls den Ber. der KS v. 10. 12. 1841.
- 432) vgl. Ber. der KS an MdI v. 10. 12. 1841

433) vgl. Ber. der KS an MdI v. 10. 12. 1841.

Bei einer jährlichen oder vierteljährlichen Überweisung der zur Ausstattung der "Domfabrik" bestimmten Jahresrente von 5.264 fl an das Erzbistum hätte es innerhalb der erzb. Dotationsverwaltung zur Ausbildung einer besonderen "Domfabrikkasse" und zur Führung einer "Domfabriksrechnung" kommen müssen. Für beider Vorhandensein finden sich keine Anzeichen. Andererseits war es in dem gleichzeitig als Pfarr- und Bischofskirche verwandten Freiburger Münster schwierig, den Aufwand für den pfarrlichen und erzb. Kult fein säuberlich voneinander zu trennen. Da die Freiburger Münsterfabrik sowohl den pfarrlichen als auch den bischöfl. Kulturaufwand zu bestreiten hatte, lag es nahe, ihr die Auszahlung der jährl. Dotationsrente für die "Domfabrik" zu erlassen und sie dafür zu verpflichten, im Rahmen der Dotationssumme die jeweils notwendigen zusätzlichen Ausgaben für den erzb. Kult auf Anweisung hin zu begleichen.

434) vgl. S. 67

435) Die Seminardotation war im Vergleich zum Seminaraufwand der ersten Jahrzehnte des Erzbistums reichlich bemessen und ließ deshalb ansehnliche Ersparnisse zu.

Die Kanzleidotation war hingegen sehr knapp bemessen. Die Einkünfte der "Domkapitelsrechnung" stellten die Gehälter des Erzbischofs und der Domherren dar, die für gewöhnlich in vollem Umfang an die betreffenden Personen ausbezahlt werden mußten.

Von dem nicht der Aufsicht der KS unterworfenen Teil der Erzbistumsdotations konnte höchstens das Linzer Gut bei vorteilhafter Bewirtschaftung und Verwaltung einen Ertragsüberschuß abwerfen, der der freien Disposition der Kirchenbehörde verblieb. Bei der geringen Größe des Linzer Gutes waren aber erhebliche Überschüsse nicht zu erwarten(vgl. hierzu Beil. zu A₁ des

- 435) (Forts.) Kirchensteuervoranschlags des bad. Anteils der Erzdiözese Freiburg 1900/02 = GLA 235/12898; Ber. der KS an MdI v. 10. 12. 1841, Nr. 23341 = GLA 48/5335).
- 436) Das Verbot, ohne vorherige Genehmigung der KS Grundstücke zu erwerben oder zu veräußern, galt für den Erzb. Seminar- und Seminarbaufonds in gleicher Weise wie für den Erzb. Interkalarfonds, für den dies die Staatsministerialentschließung v. 12. 8. 1835 ausdrücklich festgestellt hatte. Darüberhinaus war es den kirchl. Behörden untersagt, ohne staatl. Einverständnis Teile der Realdotation zu veräußern (vgl. Ber. der KS an MdI v. 10. 12. 1841).
- 437) Die Zahlungen des Seminarfonds an den Theol. Konviktsfonds traten an die Stelle der bisher von ihm ausgeworfenen 6000 fl für Theologenstipendien (hierzu und zur Errichtung des Theol. Konvikts vgl. Denkschrift von 1926, S. 22/23).
- Die Klostergebäulichkeiten in St. Peter wurden dem Erzb. Seminarfonds nur leihweise zur Verfügung gestellt und blieben Eigentum des Staates. So hieß es im Erl. des Min. der Finanzen an die Gr. Hofdomänenkammer v. 19. 4. 1842: "Durch die Übereinkunft ist übrigens in den Eigentumsverhältnissen der betreffenden Gebäude und Grundstücke (sc. in St. Peter) nichts geändert. Dieselben müssen daher, und namentlich auch die Mesnergüter fortwährend als ärarisches Eigentum in den Rechnungen nachgeführt werden" (GLA 235/12898).
- 438) vgl. das "Statut für das Collegium theologicum" (Reg.Bl. 1841, S. 171 ff.) sowie die Denkschrift von 1926, S. 23.
- 439) vgl. den Ber. der KS an MdI v. 10. 12. 1841, Nr. 23341 (GLA 48/5335).

- 440) s. den Ber. der Reg. des Oberrheinkreises an das MdI v. 10. 9. 1862 und das ihm angegliederte Verzeichnis aller unter Aufsicht der genannten Kreisregierung stehenden kirchl. kath. Fonds (GLA 235/31764).
- 441) Eine Abschrift des Testaments von Erzbischof Bernhard Boll v. 21. 9. 1835 findet sich in den Akten GLA 235/12902.
- 442) GLA 235/12903
- 443) Gleichzeitig versuchte die Staatsministerialentscheidung v. 7. 7. 1836 (GLA 235/12903) den Eindruck zu erwecken, als ob die letztwillige Verfügung Erzbischof Bernhards eine die Verfügungsfreiheit des Erzb. Domkapitels einschränkende Auflage enthalten habe. Vgl. hierzu auch die Bekanntmachung des MdI v. 15. 7. 1836 (Reg.Bl. 1836, Nr. 38, S. 289).
- 444) Erlasse der KS an Erzb. Domkapitel v. 2. 8. 1836, Nr. 9422, und v. 12. 2. 1841, Nr. 2467 (GLA 235/12902).
- 445) Die Verwaltung der Erzbischof Bernhard-Stiftung durch die Erzb. Domverwaltung ergibt sich aus dem Erl. des Erzb. Domkapitels an die Erzb. Domverwaltung v. 27. 2. 1846 (GLA 235/12902).
- 446) Erl. des Erzb. Domkapitels an OKR v. 17. 7. 1846, Nr. 176 (GLA 235/12902).
- 447) GLA 235/12902
- 448) vgl. Ber. des OKR an MdI v. 15. 4. 1857, Nr. 7007 (GLA 235/12898).
- 449) vgl. S. 178
- 450) Mit dem Erl v. 27. 3. 1857, Nr. 146, gab das Erzb. Domkapitel dem MdI lediglich "Kenntniß" von dem auf dem Versteigerungsweg vollzogenen Erwerb eines Hauses zu Lasten des Erzb. Interkalarfonds. Der OKR wies

450) (Forts.) in seinem Ber. an das MdI v. 15. 4. 1857, Nr. 7007, darauf hin, daß das Erzb. Domkapitel "vor der Steigerungstagfahrt durch eine motivirte Vorlage die Ermächtigung zur Theilnahme an derselben hätte einholen sollen, damit die in § 1" der Staatsministerialentschließung v. 12. 8. 1835 "vorbehaltene Staatsgenehmigung nicht zur bloßen Formalität herabsinke". Trotzdem begnügte sich das MdI in seinem Erl. v. 1. 5. 1857, Nr. 5541, damit, das Erzb. Domkapitel daran zu erinnern, daß die Veräußerung von Dotationsbestandteilen der staatl. Genehmigung bedürfe. Da es sich aber bei der vorliegenden Neuerwerbung um keine derartige Veräußerung handle, beschränke sich die Gr. Reg. darauf, "die dortige Anzeige ... zur Kenntniß hinzunehmen" (GLA 235/12898).

451) Denkschrift von 1926, S. 23

452) vgl. S. 116 ff.

453) Müller, S. 12/14, 17, 73/74, 75, 78, 83, 85, 91/92, 104/05

454) Müller, S. 15

455) § 8 des württ. Foundationsinstrumentes v. 14. 5. 1828, der dem § 8 des bad. Foundationsinstrumentes v. 16. 10. 1827 genau entsprach, lautete: "Das Domkapitel der Cathedralkirche tritt in den vollen Wirkungskreis der Presbyterien, und bildet unter dem Bischof die oberste Verwaltungsbehörde der Diöcese; sorgt auf gesetzliche Weise für die Diöcesanverwaltung, wenn der Bischofssitz gehindert oder erledigt ist, die Verwaltungsform ist collegialisch" (Longner, Rechtsverhältnisse, S. 518/19; zum bad. Foundationsinstrument vgl. Anm. 281).

§ 21 der landh. VO v. 30. 1. 1830 lautete: "Das Domkapitel einer jeden Cathedralkirche tritt in den vollen Wirkungskreis der Presbyterien und bildet unter

- 455) (Forts.) dem Bischof die oberste verwaltungsbehörde der Diözese; der Dekan führt die Direktion" (Reg. Bl. 1830, Nr. 3; Longner, Beiträge, S. 636 ff.; ders., Rechtsverhältnisse, S. 520 ff.).
- Die unter staatl. Anleitung erlassene "Geschäftsordnung für das Bischöflich-Limburgische Domcapitel vom 29. 12. 1827" (Longner, Rechtsverhältnisse, S. 471 ff.) gibt am deutlichsten die von den Staaten der Oberrh. Kirchenprovinz bei der "presbyterialen" Umgestaltung der Diözesanverwaltung angestrebten Ziele wieder. In § 1 der "Geschäftsordnung" hieß es: "Der Geschäftsgang bei dem Domcapitel ist collegialisch. Der ... Bischof präsidiert in der Regel in den Sitzungen dieses Collegiums, und der Herr Domdechant versieht dabei jedesmal die Stelle des Directors". In eiligen Fällen konnte der Domdekan als Direktor des Verwaltungskollegiums selbständig eine Entscheidung fällen. Unmittelbar "nachher muß aber dem Collegium davon Kenntniß gegeben werden, welches, wenn die Mehrzahl dem gefaßten Beschlusse nicht beistimmt, darauf bestehen kann, daß die Sache dem Bischof zur Entscheidung vorgelegt werde" (§ 3 Abs. 1). In den Sitzungen des Domkapitels entschied bei Stimmengleichheit die Stimme des Direktors, "insofern der Bischof nicht präsidiert. Ist die Mehrzahl abweichend von der Meinung des Directors, so kann er, wenn er es nöthig finden sollte, verfügen, daß ... die Sache dem ... Bischofe vorgelegt werde" (§ 3 Abs. 2). Alle "von dem Collegium ergehenden Ausfertigungen werden von dem Director ... unterschrieben" (§ 3 Abs. 3). Der Direktor ist "mit der Leitung der ganzen Geschäftsführung und der Sorge für die gründliche Bearbeitung der einzelnen Sachen beauftragt ... Er hat die erste Aufsicht auf das gesamte Personale, so wie auf Ordnung, Gründlichkeit und Beförderung der Geschäfte" (§ 3 Abs. 4).
- Die zitierten Bestimmungen der "Geschäftsordnung für das Bischöflich-Limburgische Domcapitel" legten die

- 455) (Forts.) Bistumsverwaltung in die Hände des Domkapitels. Die Stimme des Bischofs sollte nur in Ausnahmefällen entscheidendes Gewicht besitzen.
Zu den Gründen des staatl. Strebens, das Domkapitel zur eigentlichen Verwaltungsbehörde des Bistums zu machen, vgl. Müller, S. 113 .
- 456) Erl. des MdI, Plenum, an KS v. 8. 2. 1830, Nr. 1199;
Erl. der KS an Erzb. Generalvikariat v. 17. 2. 1830, Nr. 1724 (GLA 48/5362).
- 457) Der württ. Bundestagsgesandte richtete am 18. 8. 1836 ein Schreiben an den bad. Bundestagsgesandten zu Frankfurt, in dem er mitteilte, daß das württ. MdI "seit längerer Zeit mit der Feststellung einer Geschäftsordnung für das Domcapitel zu Rottenburg beschäftigt" sei. Er wollte nun namens seiner Reg. wissen, was Baden bisher in dieser Frage getan habe. "Insbesondere wäre hierbey die Frage von Wichtigkeit, in welcher Weise die Bestimmungen des Fundationsinstrumentes für das Landesbisthum (§ 5) und" der landh. VO v. 30. 1. 1830 " (§ 21) über die Bedeutung und Attribute des Domcapitels ...zur Ausführung gekommen sind? Namentlich handelt es sich dabei von den Feststellungen, in welchen die Bedeutung des Capitels als Presbyterium und oberste Verwaltungsbehörde der Diöcese dem Bischoffe gegenüber im Einzelnen dargestellt worden ist und von der näheren Entwicklung des aufgestellten Grundsatzes, daß die Verwaltungsform des Capitels collegialisch seyn soll..." (GLA 48/5362).
Am 18. 8. 1837 wiederholte der württ. Bundestagsgesandte in Frankfurt seine Anfrage (GLA 48/5343).
- 458) Erl. der KS an Erzb. Domkapitel v. 15. 9. 1837, Nr. 12097 (GLA 48/5362).
- 459) Erl. des Erzb. Domkapitels an KS v. 4. 5. 1838,

- 459) (Forts.) Nr. 125: Der KS "beehren wir uns zu erwidern: daß wir das fragliche Verlangen für unsere Stellung als zu herabwürdigend ansehen, weil es glauben machen muß, wir würden für so unwürdig gehalten, daß uns die Norm einer Geschäftsführung vorgeschrieben werden müsse, als ob wir uns dieselbe nicht selbst zu geben vermöchten.
- Dieses schmerzliche Gefühl, und weil unsere Geschäftsgegenstände doch anderer Natur sind, als bey den ... Staatsbehörden verhandelt werden, und daher eine dortseitige Geschäftsführung nicht als Norm für unsere kirchliche Leitung ganz passend wäre, veranlaßte uns bisher, lieber zu schweigen, und hiemit das Ansuchen zu stellen, von diesem ... Verlangen abstehen ... zu wollen ..." (GLA 48/5362).
- 460) Erl. der KS an Erzb. Domkapitel v. 30. 11. 1838, Nr. 21757 (GLA 48/5362).
- 461) Sprach die KS in ihrem Erl. v. 15. 9. 1837 noch von dem "Entwurf einer Geschäftsordnung", d.h. einer provisorischen, vom Staat erst noch zu genehmigenden Geschäftsordnung des Domkapitels, so hieß es im Erl. v. 30. 11. 1838 sehr viel zurückhaltender: "... aber ein Hochwürdiges Ordinariat wird zugeben, daß dem Staate daran gelegen und er das Recht habe, die Grundsätze und Regeln zu kennen, nach welchen die kirchlichen Geschäfte von der kirchlichen Oberbehörde geführt und geleitet werden, also die Geschäftsordnung zu kennen, die sich diese Oberbehörde selbst gegeben hat".
- 462) Erl. des Erzb. Domkapitels an KS v. 14. 12. 1838, Nr. 337 (GLA 48/5343).
- 463) Ber. des OKR an MdI v. 30. 11. 1847, Nr. 29085: "... Instruktionen über den Geschäftskreis des erzb. Ordinariates und des erzb. Domkapitels sind der diesseitigen Stelle nicht bekannt ... 1837 und 1838 wur-

- 463) (Forts.) de das erzb. Domkapitel ... wiederholt um Mitteilung der Geschäftsordnung ersucht. Alle dahin gerichteten weiteren Betreibungen führten zu keinem Ergebnis, so daß man endlich von weiteren Betreiben dieser Angelegenheit abstand" (GLA 48/5343).
- 464) Die hier wiedergegebenen Bestimmungen der "Geschäftsordnung des erzb. GeneralVicariats" von 1830 finden sich abgedruckt bei Maas, S. 43/44 und - von Maas übernommen - bei Großmann, S. 287. Leider gab Maas weder das genaue Datum des Erl. der "Geschäftsordnung" noch die benutzte Quelle an.
Wie aus den zitierten Erlassen der KS an das Erzb. Domkapitel hervorgeht, war den staatl. Behörden die "Geschäftsordnung" von 1830 nicht bekannt.
- 465) Erzbischof Bernhard Boll ernannte am 21. 6. 1830 den Pfarrektor Herr von Kuppenheim, der kein Mitglied des Erzb. Domkapitels war, zum voll stimmberechtigten Ordinariatsrat (Großmann, S. 287).
- 466) Gem. § 10 der "Geschäftsordnung" gehörten u.a. zum Geschäftsbereich des Erzb. Generalvikariats der Erl. der erzb. Verordnungen, Rundschreiben, Hirtenbriefe, die Besetzung der Kirchenämter, Errichtung von Seelsorgestellen, Leitung des Klerus und die Aufsicht über das Kirchenvermögen, die kirchl. Gebäude und kirchl. Vereine (Maas, S. 44).
- 467) Am 28. 11. 1832 richtete die KS einen Erl. an das "Erzb. Ordinariat", nachdem sie 1831 noch den Ausdruck "Erzb. Generalvikariat" verwendet hatte. In Aktenstücken der Jahre nach 1832 konnte die Bezeichnung "Erzb. Generalvikariat" nicht mehr festgestellt werden (GLA 234/1472). Im Ber. des OKR an das MdI v. 30. 11. 1847, 29085, hieß es: "Die kirchliche Behörde gebrauchte in den ersten Jahren nach Errichtung des Erzbistums die Benennung erzbischöfliches

- 467) (Forts.) Generalvikariat ... seit mehreren Jahren ist aber an die Stelle dieser Benennung erzbischöfliches Ordinariat in Übung gekommen ..." (GLA 48/5343).
- 468) Die staatl. Behörden gebrauchten noch viele Jahre die Anrede: "Erzbischöfliches Domkapitel", wenn sie sich in Wirklichkeit an das Erzb. Ordin. wandten, und hielten so die Fiktion der Identität von Erzb. Domkapitel und Erzb. Ordin. aufrecht. 1867 war der zwischen Ordin. und Domkapitel bestehende Unterschied wieder so selbstverständlich geworden, daß das Erzb. Domkapitel das MdI mit Erl. v. 31. 10. 1867, Nr. 241, auffordern konnte, jeweils genau darauf zu achten, ob es sich mit seinen Erlassen an das Erzb. Ordin. oder das Erzb. Domkapitel wende und dementsprechend die Anrede zu wählen (GLA 235/12906).
- 469) Müller, S. 124
- 470) Bader, S. 282
- 471) vgl. Anm. 384.
Aus dem Kapitelfond bzw. der Kapitelskasse waren die Auslagen für Jahrtagsstiftungen, erzb. Dekanats-, Pfarr- und Kirchenvisitationen, Kapitelsversammlungen, den Kapitelsvorstand, die Kapitelsbibliothek und den Kapitelslesezirkel zu bestreiten (s. § 18 Ziff. 6 der "Allgemeine Verordnung für die Kapitels-Statuten der Erzdiözese Freiburg", vom Erzb. Ordin. mit Ber. v. 12. 1. 1838, Nr. 267, der KS zur Erteilung der Staatsgenehmigung vorgelegt = GLA 234/ 1515).
- 472) Kintzinger, S. 174
- 473) Zur Aufhebung des Gr. Dekanates vgl. S. 176; zum Nebeneinanderbestehen der Erzb. und Gr. Dekane vgl. Kintzinger, S. 174 ff.
Zur Wahl der Erzb. Kapitelsdekane vgl. § 12 der "Allgemeine Verordnung für die Kapitels-Statuten der

- 473) (Forts.) Erzdiözese Freiburg", deren Genehmigung die KS mit Erl. v. 31. 8. 1838, 15443, nur deshalb ablehnte, weil sie die baldige Zusammenlegung des Erzb. und Gr. Dekanatsamtes erwartete. Nach dem Ber. des Referenten der KS v. 30. 8. 1838 enthielten die vom Erzb. Ordin. vorgelegten "Kapitels-Statuten" im wesentlichen nur eine Zusammenfassung des schon bisher geltenden Rechtes (GLA 234/1515).
Ber. der KS an Min. des Gr. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten v. 1. 2. 1839, Nr. 2020, den Vollzug des § 23 der landh. VO v. 1830 betr.: "... In Anbetracht dessen (sc. der noch nicht erfolgten Neueinteilung der Gr. Ämter) ließen wir die Eintheilung der Dekanatsbezirke und den davon abhängigen Vollzug des § 23 einstweilen ausgesetzt. Die Kapitel wählen wie von jeher so noch itzt ihre Dekane, und die Gewählten werden sowohl von der Staatsbehörde als von dem erzb. Ordinariat, von Ersterer jedoch wegen der zu erwartenden Ämtereinteilung nur provisorisch, bestätigt" (GLA 234/1515).
- 474) vgl. §§ 12, 17 Ziff. 1 des Entwurfs für eine "Allgemeine Verordnung für die Kapitels-Statuten der Erzdiözese Freiburg" (GLA 234/1515).
Die "Definitoren" waren die Vorsteher der einzelnen "Regiunkeln", in die das Landkapitel nochmals unterteilt war.
- 475) vgl. §§ 17 Ziff. 2 u. 3, 18 Ziff. 7 - 9 des Entwurfs für eine "Allgemeine Verordnung für die Kapitels-Statuten der Erzdiözese Freiburg" (GLA 234/1515). Zu den Obergerichtsrechten des Erzb. Ordin. vgl. Bader, S. 282.
- 476) kgl. Bekanntmachung v. 18. 11. 1817, Beil. V, § 33 (Staats- und Reg.Bl. 1817, Beil. V, S. 14 zu S. 541); Hagen I, S. 269
- 477) Zur Zuständigkeit des Kath. Kirchenrates außerhalb

- 477) (Forts.) der Kirchenvermögensverwaltung s. Hagen I, S. 270 und Golther, S. 33 ff.
- 478) von Vogt, S. 284
- 479) vgl. Anm. 72 und S. 85
- 480) Golther, S. 59; Sägmüller, S. 102
- 481) von Vogt, S. 217 ff.; Hagen I, S. 284 ff.; Longner, Rechtsverhältnisse, S. 310 ff.; Vogt, AfKKR 1863, Bd. 9, S. 68/69; Pfaff, S. 127.
- 482) Das Ed. v. 31. 12. 1818 ist abgedruckt im Anhang zum Staats- und Reg.Bl. 1818
- 483) Das Verwaltungsedikt für die Gemeinden, Oberämter und Stiftungen, III. Kapitel, §§ 120 ff., v. 1.3. 1822 (Staats- und Reg.Bl. 1822, S. 178 ff.) ist mit den im folgenden ohne Zusatz zitierten §§ abgedruckt bei von Vogt, S. 637 ff. und Longner, Rechtsverhältnisse, S. 315 ff.
Soweit das Verw. Ed. v. 1. 3. 1822 vom Ed. v. 31. 12. 1818 abweicht, wird dies besonders vermerkt werden.
- 484) Dies galt nur für den Fall, daß in einer Gemeinde mehrere Geistliche der gleichen oder verschiedener Konfession ihren Sitz hatten (§ 121).
- 485) § 3 des Ed. v. 31. 12. 1818 gab dem Ortsvorsteher und dem ersten Ortsgeistlichen ein votum decisivum. Konnten sich die beiden Stiftungsratsvorsitzenden nicht einigen, so ging die Entscheidung an das gemeinschaftliche Oberamt oder an die Kgl. Kreisregierung über.
- 486) Erl. des württ. MdI v. 7. 3. 1822 (von Vogt, S. 642/43).
- 487) § 134 behielt u.a. folgende vermögenswirksamen Einzelmaßnahmen der Beschlußfassung des Stiftungsrates vor: Übernahme neuer Verbindlichkeiten und neuer ständiger Ausgaben, Kreditaufnahme, Erwerb und Ver-

- 487) (Forts.) Äußerung von Liegenschaften und Gefällen, Rechtsverzicht und Forderungserlaß, wesentliche Veränderungen in der Nutzung oder Anlage des Stiftungsvermögens, Überschreitung der im Voranschlag eingeplanten Ausgaben.
Von der Beratung des Bürgerausschusses über Verfügungsgeschäfte, die eine kath. Kultstiftung betrafen, waren die nichtkath. Bürgerausschussmitglieder ausgeschlossen (§ 137 Abs. 2).
- 488) Erl. des MdI v. 7. 3. 1822 in Verb. mit § 132
- 489) Bestanden in einer politischen Gemeinde mehrere kath. Pfarreien, denen jeweils eigene Kultfonds zugeordnet waren, so war dennoch nur ein Kath. Kirchenkonvent zu bilden, da in diesem Fall auch nur ein aus dem gemeindlichen Stiftungsrat hervorgegangenes kath. Stiftungsratskollegium bestand (Erl. des MdI v. 7. 3. 1822 in Verb. mit § 121 Abs. 3 und 4).
- 490) § 2 der landh. VO v. 15. 1. 1817 (von Vogt, S. 276 ff.).
- 491) s. zum folgenden auch die landh. VO v. 23. 8. 1825 (Staats- und Reg.Bl. 1825, S. 347 ff.), die auszugsweise abgedruckt ist bei von Vogt, S. 378 ff.
- 492) Neben dem "gemeinschaftlichen Oberamt in Kirchensachen" gab es auch ein "gemeinschaftliches Oberamt in Schulsachen", das vom Oberamtman und dem geistl. Schulinspektor gebildet wurde (§ 1 der landh. VO v. 23. 8. 1825).
- 493) vgl. §§ 2, 3 der landh. VO v. 23. 8. 1825.
Soweit das "gemeinschaftliche Oberamt in Kirchensachen" die Aufgaben der Kirchen-, Sitten- und Standespolizei wahrnahm, war es die vorgesetzte Behörde der Kath. Kirchenkonvente seines Oberamtsbezirkes (§ 4 der landh. VO v. 23. 8. 1825).
Die Aufsicht über die Amtsführung der Geistlichen führte der Kgl. Dekan insoweit allein, als es sich

- 493) (Forts.) um Fragen der Gottesdienstfeier und der Katechese handelte (§ 2 Ziff. 1 der landh. VO v. 23. 8. 1825).
- 494) §§ 2, 15 der landh. VO v. 23. 8. 1825 und § 17 der landh. VO v. 15. 1. 1817 (Staats- und Reg.Bl. 1817, S. 33 ff.).
- 495) § 14 der landh. VO v. 23. 8. 1825
- 496) Im Vergleich zu § 27 des Ed. über die Verwaltung der Stiftungen v. 31. 12. 1818 war im Verw. Ed. v. 1. 3. 1822 die selbständige Entscheidungsbefugnis des gemeindlichen Stiftungsrates etwas erweitert worden.
- 497) Gegenüber § 29 des Ed. v. 31. 12. 1818 waren die Genehmigungsvorbehalte der Kgl. Kreisregierung im Verw. Ed. v. 1. 3. 1822 eingeschränkt worden.
- 498) vgl. hierzu §§ 30, 34 der Beil. V zur kgl. Bekanntmachung v. 18. 11. 1817 (Staats- und Reg.Bl. 1817, Beil. V, S. 14 zu S. 541).
- 499) Voraussetzungen hierfür waren die Notwendigkeit einer Ergänzung der kath. Stiftungsratsmitglieder (vgl. S. 131) und die Übereinstimmung der politischen Gemeindegrenzen mit den Kirchspielgrenzen, da die Wahlberechtigung eines Katholiken nicht von seiner Pfarreizugehörigkeit, sondern von seiner politischen Gemeindegzugehörigkeit abhing (§ 121 Abs. 4 in Verb. mit Erl. des MdI v. 7. 3. 1822).
- 500) Der Vorspruch zur landh. VO, die allgemeine Einführung der Kirchenkonvente in den kath. Landesteilen betr., v. 15. 1. 1817 (Staats- und Reg.Bl. 1817, S. 33 ff.) lautete: "Da ~~die in~~ dem protestantischen Teil Unseres Königreichs und auch in einigen kath. Landkapiteln bestehende Anstalt der Kirchenkonvente in den kath. Landesteilen noch nicht allgemein eingeführt ist, Wir aber von der Zweckmäßigkeit derselben für die Erhaltung äußerer Ordnung und für die Beförderung

- 500) (Forts.) der Religiosität und Sittlichkeit, so wie für die Wirksamkeit der Geistlichen Uns überzeugt halten: so wollen Wir hierdurch Kirchenkonvente in allen kath. und gemischten Pfarrorten ... angeordnet haben".
- 501) § 1 der landh. VO v. 15. 1. 1817; s. auch Cl. Bauer, S. 13, 72
- 502) § 15 der landh. VO v. 15. 1. 1817
- 503) Wo in gemischten Orten besondere ev. und kath. Kirchenkonvente gebildet wurden, hatten diese und nicht der außerdem bestehende allgemeine Kirchenkonvent die zuletzt genannten schulischen, kirchen- und sittenpolizeilichen Aufgaben wahrzunehmen (§ 3 der landh. VO v. 15. 1. 1817 in Verb. mit dem Erl. des MdI v. 7. 3. 1822).
- 504) Der Kath. Kirchenkonvent war ein in der Mehrzahl aus gewählten kath. Laien zusammengesetztes Kollegium, das in Wahrung der Kirchengucht (Überwachung des Gottesdienstbesuches und des Sakramentenempfanges) unmittelbar seelsorgerliche Aufgaben erledigte und insoweit an die Stelle des Pfarrers trat (vgl. hierzu von Vogt, S. 279).
- 505) Den Ausdruck "Partikularstiftungsräte" verwandte der Erl. des MdI v. 7. 3. 1822.
- 506) landh. VO v. 29. 9. 1836 (von Vogt, S. 364).
- 507) vgl. Schnabel II, S. 146 ff.; Erich Becker, Gemeinde/Staatslexikon III, Sp. 687-703(691).
- 508) s. Anm. 176; vgl. hierzu Referentenvortrag zur KS v. 30. 8. 1838, die Statuten für die Landkapitel betr. (GLA 234/1515).
- 509) Zur Errichtung der Kgl. Kreisregierungen im Jahre 1817 vgl. kgl. Bekanntmachung v. 18. 11. 1817, die Reorganisation der Staatsbehörden betr., Beil. V,

- 509) (Forts.) § 34 (Staats- und Reg.Bl. 1817, Beil. V, S. 14 zu S. 541).
- 510) Das bischöfl. Mitaufsichtsrecht fand lediglich bei der Verwaltung des Interkalarfonds eine gewisse Berücksichtigung. Der Kath. Kirchenrat teilte der Kirchenbehörde jährlich die Interkalarfondsrechnung, die außerdem im Staats- und Reg.Bl. erschien, mit (Longner, Rechtsverhältnisse, S. 312; Hagen I, S. 285/86).
- 511) von Vogt, S. 431; Freisen, S. 135; Hagen I, S. 270. Die dem Privatpatronat weltl. Grund- und Standesherrn unterstehenden Kirchenpfründen konnten nur mit Zustimmung des Kath. Kirchenrates besetzt werden (Hagen I, S. 270; von Vogt, S. 431).
- 512) Hagen I, S. 543; 1837 hatte der bad. Großherzog Erzbischof Demeter das freie Besetzungsrecht für 24 Pfründen zurückgegeben (Gönner - Sester, S. 60; Maas, S. 104).
- 513) Hagen I, S. 282; zur Verwaltung der besetzten und unbesetzten Kirchenpfründen vgl. S. 47
- 514) vgl. Erl. des Domkapitels (sede vacante) an die Dekanate und Kamerariate v. 3. 2. 1846 (von Vogt, S. 350 ff.); Pfaff, S. 102 ff.
- 515) Longner, Rechtsverhältnisse, S. 512 ff.
- 516) Vogt, AfKKR 1863, Bd. 9, S. 54
- 517) Die Beil. C zum württ. Fundationsinstrument v. 14. 5. 1828 ist abgedruckt bei Longner, Rechtsverhältnisse, S. 305 ff. und Lang, S. 1074 ff.
- 518) Eine Veräußerung der dotationsmäßig angewiesenen Gebäude und Gärten war natürlich dem Bischöfl. Ordin. ebenfalls nur mit landh. Genehmigung gestattet (Beil. C, Ziff. 11 = Longner, Rechtsverhältnisse, S. 507).

- 519) Nach dem landh. Fundationsinstrument v. 14. 5. 1828 sollte "die Verwaltung dieser Ausstattung ... durch den Bischof unter Mitwirkung seines Domkapitels ... nach den hierüber in der weiteren Beilage C erteilten Vorschriften geführt werden" (Longner, Rechtsverhältnisse, S. 516). Beil. C nannte zumeist das "bischöfliche Ordinariat" als zur Verwaltung der Bistumsdotations berufenen kirchl. Institut, sprach einige Male aber anstelle des "bischöflichen Ordinariates" von Bischof und Domkapitel (vgl. Beil. C, Ziff. 1, 5 und 12).
- 520) s. Anm. 455
- 521) s. Anm. 457
- 522) Als 1840 das Buch von Ignaz Longner, Rechtsverhältnisse, erschien, war eine entsprechende Geschäftsordnung für das Rottenburger Domkapitel noch nicht erlassen worden (vgl. Longner, Rechtsverhältnisse, S. 470).
- 523) Longner, Rechtsverhältnisse, S. 169
- 524) Golther, S. 48, 74; Longner, Rechtsverhältnisse, S. 169, 170; Hagen I, S. 258.
- 525) s. S. 66
- 526) Longner, Beiträge, S. 50, 51
- 527) landh. Ed., die Aufhebung des kath. Kirchen- und Schulrats betr., v. 6. 6. 1832 (Hess. Reg.Bl. 1832, Nr. 58, S. 405 ff.).
- 528) Der neue Gr. Oberschulrat war keine konfessionelle Staatsbehörde mehr und leitete sowohl das kath. als auch das ev. Volksschulwesen. Vgl. hierzu das landh. Ed., das Volksschulwesen in dem Großherzogtum überhaupt und insbesondere die Organisation der Behörden zur Leitung der Schulangelegenheiten betr., v. 6. 6. 1832 (Hess. Reg.Bl. 1832, Nr. 59, S. 431 ff.).

- 529) Im Ed., die Aufhebung des Kath. Kirchen- und Schulrates betr., v. 6. 6. 1832 hieß es: "Wir haben ... die Vorschläge zur Besetzung der cath. Pfarreien und geistlichen Beneficien, welche Wir früher Unserem Kirchen- und Schulrathscollegium überwiesen hatten, vertrauensvoll dem Bischof überlassen".
- 530) vgl. landh. Ed. v. 6. 6. 1832, die Aufhebung des Kirchen- und Schulrats betr.: " ... haben Wir Uns bewogen gefunden, durch Unsere Verordnung vom Heutigen, die Verwaltung des Kirchenvermögens betreffend, zur weiteren teilweisen Ausführung des § 38 der" landh. VO von 1830 "die erforderlichen Anordnungen zu treffen, wodurch die Güter der cath. Kirchenpfründen, so wie alle allgemeinen und besonderen kirchlichen Fonds, unter Mitaufsicht des Bischofs, in ihrer Vollständigkeit erhalten und ihrer Bestimmung gemäß zu keinem anderen als catholisch-kirchlichen Zwecken verwendet werden".
- Diese wörtliche Bezugnahme auf § 38 der landh. VO v. 30. 1. 1830 hatte mehr formale als inhaltliche Bedeutung. In Wirklichkeit gingen die vom hess. Staat gewährten bischöfl. Mitaufsichtsrechte, die noch gesondert darzustellen sind, weit über den - allerdings sehr verschwommenen - Rahmen des § 38 der landh. VO von 1830 hinaus. Vgl. hierzu S. 84
- 531) Die landh. VO, die Verwaltung des Kirchenvermögens betr., v. 6. 6. 1832 (Hess. Reg.Bl. 1832, Nr. 58, S. 412 ff.) ist abgedruckt bei Longner, Rechtsverhältnisse, S. 361 ff. und auszugsweise bei A. Schmidt, S. 122
- Die Artikel dieser VO v. 6. 6. 1832 werden im folgenden mit dem Zusatz "VO" zitiert werden.
- 532) Die "Kreisträte" wurden durch das landh. Ed., die Organisation der dem Min. des Innern und der Justiz untergeordneten Regierungsbehörden betr., v. 6. 6. 1832

- 532) (Forts.) (Hess. Reg.Bl. 1832, Nr. 55, S. 365 ff.)
ins Leben gerufen. Sie waren unmittelbar dem Min.
des Innern und der Justiz untergeordnet (Art. 5)
und vereinten in sich sowohl die Funktionen der mitt-
leren als auch der unteren allgemeinen Verwaltungs-
behörden. "Kreisrat" war der Titel des an der Spitze
eines jeden Kreises stehenden Verwaltungsbeamten
(Art. 2). Die dem Kreisrat unterstellte Kreisverwal-
tung war sein Organ, und der Kreisrat trug die allei-
nige Verantwortung für die in seinem Namen geführte
Verwaltung (Art. 10).
In der linksrheinischen Provinz Rheinhessen wurden
die "Kreisräte" nicht eingeführt. Ihre Aufgaben nahm
dort die Provinzialdirektion zu Mainz wahr (Art. 2 ff.)
- 533) vgl. Art. 4, 5 Ziff. 3 VO
- 534) Art. 4 VO: "Um dem cath. Bischof die Ausübung der
demselben ... zustehenden Mitaufsicht möglich zu ma-
chen, ... weisen Wir ... die Kreisräthe an, in den
betreffenden Fällen die bischöfliche Behörde durch
geeignete Communicationen von den beabsichtigten Ver-
waltungshandlungen in Kenntniß zu setzen und zu der
ihr zustehenden Mitwirkung zu veranlassen". s. im
übrigen Art. 5, 29 VO.
- 535) Brück, S. 159; Longner, Rechtsverhältnisse, S. 424
- 536) vgl. S. 46, 47, 132/33, 135
- 537) Art. 5 Ziff. 3 VO
- 538) Die Ortsgeistlichen, die ebenso wie die bischöfl.
Dekane kirchl. Amtsträger waren, waren z.B. in Baden
als Vorsitzende der Stiftungsvorstände im staatl.
Auftrag tätig und insofern staatl. Amtsträger
(vgl. S. 102).
Das landh. Dekanatsamt war im Gegensatz zum Pfarramt
und bischöfl. Dekanatsamt ein staatl. Amt, das der
Ausübung staatl. Funktionen diente. Pfarramt und

538) (Forts.) bischöfl. Dekanatsamt waren hingegen kirchl. Ämter, die zur Ausübung kirchl. Rechte geschaffen waren und nur ausnahmsweise - gleichsam in Form einer staatl. Auftragsverwaltung - zur Wahrnehmung staatl. Aufgaben herangezogen werden konnten.

Dem herrschenden Staatskirchentum war allerdings der hier beschriebene Unterschied zwischen kirchl. und staatl. Amt nicht geläufig. Sein Versuch, das kirchl. Amt völlig in der staatl. Ämterordnung aufgehen zu lassen, gelang jedoch nicht, so daß der hier aufgezeigte Unterschied zwischen kirchl. und staatl. Amt trotz aller Grenzverwischung der damaligen Zeit fortbestand.

539) vgl. Art. 7, 34, 35 VO

540) Unter den "geistlichen Stiftungen" waren zumeist kirchl. oder Kultstiftungen zu verstehen. Das Wort "geistlich" stand für das Wort "kirchlich", vgl. z.B. OrgR, Beil. C, § 58, und Beil. F, § 16e (s. Anm. 137); Erl. des MdI v. 21. 4. 1810, § 3 (s. Anm. 143).

Andererseits konnte "geistlich" ebenso wie "kirchlich" im Gegensatz zu "weltlich" gebraucht werden. In diesem Fall bedeutete "geistlich" ganz allgemein "kirchlichen Charakter tragend"; vgl. z.B. OrgR, Beil. F, § 38m (s. Anm. 137). In letzterem Sinn verwandte auch die landh. VO v. 6. 6. 1832, die Verwaltung des Kirchenvermögens betr. (Hess. Reg.Bl. 1832, S. 412 ff.), den Begriff "geistlich". Art. 6 VO, der den Ausdruck "Kirchen- und geistliche Stiftungs-Fonds" benutzte, konnte mit dem Wort "geistlich" nicht "kirchlich = zu Kultzwecken bestimmt", sondern nur "kirchlich = kirchlichen Charakter tragend" gemeint haben. Andernfalls hätte es in Art. 6 VO anstatt "Kirchen- und geistliche Stiftungs-Fonds" heißen müssen: "Kirchen- oder geistliche Stiftungsfonds", da die zu Kultzwecken bestimmten Stiftungen schon mit dem Wort "Kirchen-

540) (Forts.) fonds" genannt waren. Der Ausdruck "Kirchen- und geistliche Stiftungs-Fonds" umfaßte daher die Kirchen- oder Kultstiftungen und die übrigen kirchl. Charakter tragenden Fonds.

Mit letzteren Fonds waren wohl die kath. Wohltätigkeitsstiftungen gemeint. Den wichtigsten Hinweis hierauf gab das Wort "Stiftungs-Fonds". Vielfach wurden nämlich die Armenstiftungen im Gegensatz zu den Schul- und Kultstiftungen einfach "Stiftungen" genannt (vgl. z.B. landh. VO v. 3. 11. 1807, II § 9a = Reg. Bl. 1807, Nr. 36). Ebenso verwandte auch die landh. VO, "die Revision der Local- Kirchen-, Stiftungs- und Schul-Rechnungen" betr., v. 6. 6. 1832 (Hess. Reg. Bl. 1832, S. 427 ff.) den Begriff "Stiftungen". Diese VO sprach in ihrer Einleitung von den "Rechnungen aller Kirchen-, geistlichen und weltlichen Stiftungs- und Schul-Fonds". Art. 1 derselben VO sprach von den "Rechnungen der Local- Kirchen-, geistlichen und weltlichen öffentlichen Stiftungs- und Schul-Fonds". Art. 2 Ziff. 1 der gleichen VO handelte von den "Rechnungen der Localkirchenfonds und der geistlichen Stiftungsfonds". Vgl. auch Art. 16 Ziff. 9 und 14 des landh. Ed., die Organisation der dem Min. des Innern und der Justiz untergeordneten Regierungsbehörden betr., v. 6. 6. 1832 (Hess. Reg. Bl. 1832, S. 365 ff.).

541) vgl. Art. 58 ff. des Schuledikts v. 6. 6. 1832 (s. Anm. 528).

542) s.S. 105 ff.

543) In Art. 50 VO wurden mit den Worten "allgemeine geistliche Stiftungsfonds" nicht nur wie in Art. 6 VO die kath. Wohltätigkeitsstiftungen, sondern alle allgemeinen kirchl. Stiftungen, also auch die allgemeinen Kultstiftungen angesprochen. Dies muß m.E. daraus geschlossen werden, daß Art. 50 VO neben den "geist-

- 543) (Forts.) lichen Stiftungsfonds" nicht auch die "geistlichen Kirchenfonds" nannte und somit auf eine Aufgliederung der kirchl. Stiftungen nach ihren Zwecken verzichtete.
- 544) Zur Verwaltung des allgemeinen kath. Kirchenfonds in Hessen vgl. Ber. des Gr. MdI an den Großherzog von Hessen, die Regelung der Verhältnisse des Staates zur kath. Kirche im Großherzogtum Hessen betr., v. 4. 7. 1854 (GLA 235/13032).
- 545) In Art. 50 VO hieß es: "Die Verwaltung dieser Fonds (sc. der kirchl. Distrikts- und Landesfonds) geschieht nach den darüber bestehenden oder noch erlassen werdenden Bestimmungen".
- 546) vgl. die landh. Bekanntmachung, die Organisation der kath. Kirchenangelegenheiten im Großherzogtum Hessen betr., v. 21. 12. 1829 (A. Schmidt, S. 25) und die Bulle "Provida solersque" (s. Anm. 262).
- 547) vgl. die Einleitung des landh. Ed., die Aufhebung des kath. Kirchen- und Schulrates betr., v. 6. 6. 1832 (Hess. Reg.Bl. 1832, S. 405).
- 548) s. S. 53 ff.
- 549) Das landh. Ed., die Organisation der Kirchenvorstände ev. und kath. Konfession betr., v. 6. 6. 1832 (Hess. Reg.Bl. 1832, Nr. 58, S. 407 ff.) findet sich abgedruckt bei Longner, Rechtsverhältnisse, S. 355 ff. und bei A. Schmidt, S. 49 ff.
Die Artikel dieses Ed. v. 6. 6. 1832 werden im folgenden mit dem Zusatz "Ed" zitiert werden.
- 550) Zur Aufstellung der Voranschläge s. Art. 15 VO.
Die Jahresrechnungen der "Kirchen- und geistlichen Stiftungsfonds" waren zunächst öffentlich aufzulegen, um jedermann die Möglichkeit zu geben, die Rechnungen einzusehen "und etwaige Bemerkungen dazu niederzuschreiben". Danach hatte der Kath. Kirchenvorstand die Rechnungen durchzugehen, um sowohl

- 550) (Forts.) seine eigenen Rechnungserinnerungen anzubringen als auch die bei der Offenlegung der Rechnungen gemachten Bemerkungen schriftlich zu begutachten. Die von ihm geprüften Rechnungen schickte der Kath. Kirchenvorstand samt Anlagen an die zuständige Staatsbehörde zum Vollzug der Rechnungsabhör ein (vgl. Art. 5 und 6 der landh. VO, die Revision der "Local- Kirchen-, Stiftungs- und Schul- Rechnungen" betr., v. 6. 6. 1832 = Hess. Reg.Bl.1832, S. 427 ff.).
- 551) s. landh. Ed., die Organisation der Kirchenvorstände ev. und kath. Konfession betr., v. 6. 6. 1832 (s. Anm. 549).
- 552) s. Art. 6 ff. der landh. VO, die Revision der Lokalfondsrechnungen betr., v. 6. 6. 1832 (s. Anm. 550).
- 553) s. S. 144.
Im Falle des Art. 24 VO hatte der Kreisrat ausnahmsweise auch dann um die "Entschließung" des Bischöfl. Ordin. nachzusuchen, wenn er zuvor eine Übereinkunft mit dem kath. Dekan erzielt hatte.
- 554) vgl. § 53 der Dienstinstruktion für die Gr. Kreisräte v. 20. 9. 1832 (Hess. Reg.Bl. 1832, S. 609 ff.).
- 555) s. S. 142
- 556) Zur Rechtspersönlichkeit der ev. Kirchengemeinde vgl. Wolf. S. 365 ff., 400 ff.; Hans Liermann, Kirchengemeinde/Staatslexikon IV, Sp. 979 - 983 (980).
- 557) s. S. 131
- 558) landh. Ed., die Organisation der Kirchenvorstände ev. und kath. Konfession betr., v. 6. 6. 1832 (s. Anm. 549).
- 559) s. S. 131, 134
- 560) s. S. 53 ff.
- 561) s. S. 106/07, 135/36
- 562) Brück führte die Tatsache, daß sich "die Mainzer Diözese besserer Zustände als die übrigen Teile

- 562) (Forts.) der oberrheinischen Kirchenprovinz" erfreute, auf die "weniger kirchenfeinliche Gesinnung" der hess. Reg. sowie auf die "Gewandtheit" des Mainzer Bischofs Burg zurück, der "auf dem Wege besonderer Verhandlungen die Härte einiger Punkte" der landh. VO v. 30. 1. 1830 "in Praxi zu mildern und sich wenigstens faktisch einen größeren, den bischöflichen Rechten mehr entsprechenden Einfluß auf die Regierung der Diözese zu verschaffen wußte. Sodann rührte die bessere Stellung des Mainzer Bistums daher, daß in einem Teile der Diözese der Geist des Bischofs Colmar vorherrschte, weshalb der kirchenfeindliche Bürokratismus mit mehr Behutsamkeit auftreten mußte" (Brück, S. 128).
- 563) s. Hess. Reg. Bl. v. 4. 3. 1837, S. 14 ff.
- 564) Die "Diöcesan-Statuten für das Bisthum Mainz" v. 2. 5. 1837 finden sich teilweise abgedruckt bei Longner, Rechtsverhältnisse, S. 381 ff.
- 565) Schneider, Staatsaufsicht, S. 33; Dyroff, S. 676
- 566) Schneider, Staatsaufsicht, S. 33
- 567) ebenda, S. 34
- 568) ebenda, S. 42 ff.
- 569) Das revidierte Gemeindeedikt v. 1. 7. 1834 (Baier. Reg.Bl. 1834, S. 109 ff.) findet sich auszugsweise abgedruckt bei Schneider, Kirchenrechtsquellen, S. 234 Anm. 1
- 570) Schneider, Staatsaufsicht, S. 46
- 571) vgl. Art. 4 des Konkordates v. 5. 6. 1817 (Schneider, Kirchenrechtsquellen, S. 1 ff.) und die in Ausführung des bayer. Konkordates erlassene Zirkumskriptionsbulle v. 1. 4. 1818 (Schneider, Kirchenrechtsquellen, S. 10 ff.).
- 572) Der mit dem Vollzug der Zirkumskriptionsbulle v. 1.4.

- 572) (Forts.) 1818 beauftragte Nuntius in Bayern gab in der Vollziehungsurkunde v. 8. 9. 1821 (Schneider, Kirchenrechtsquellen, S. 38 ff.) das kirchl. Einverständnis dazu, daß die Dotationen der bayer. Bistümer vorerst in Geld erfolgten.
- 573) s. Art. 4 des Konkordates v. 1817 und § 75 des bayer. Religionsedikts v. 26. 5. 1818 (Schneider, Kirchenrechtsquellen, S. 204 ff.), das als Beil. zur bayer. Verfassung vom gleichen Tag erschienen ist und einseitig die Geltungskraft des Konkordates einschränkte. Vgl. außerdem Schneider, Staatsaufsicht, S. 36 und Mejer III, S. 139
- 574) vgl. Schnabel IV, S. 34, 37, 41
- 575) Es soll hier nicht übersehen werden, daß in Württemberg von Anfang an und in Baden seit 1833 die Aufsicht über die kath. Lokalfonds in den Händen der allgemeinen staatl. Verwaltungsbehörden lag. In Baden hatte sich aber die KS gewisse Kontrollrechte vorbehalten (vgl. S. 87), und in Württemberg war die Aufsicht der allgemeinen Staatsbehörden durch die Zwischenschaltung der als besondere Staatsbehörden fungierenden gemeinschaftlichen Oberämter "aufge-lockert" (vgl. S. 132). Die KS und die gemeinschaftlichen Oberämter hatten bei der allgemeinen Staatsverwaltung die Belange des "kath. Religionsteils" zu vertreten, d. h. jene Aufgabe auszuüben, die die neuerstandenen Kirchenbehörden für sich beanspruchten und beim Fehlen besonderer Staatskirchenbehörden - wie das Beispiel von Hessen und Bayern zeigt - auch tatsächlich übertragen erhielten.
- 576) Dies galt für die ersten Bischöfe von Rottenburg, Mainz und Limburg, Keller, Burg und Brand (Brück, S. 119 ff.; Mejer III, S. 400/401).
- 577) Erzbischof Bernhard Boll von Freiburg und Bischof

- 577) (Forts.) Kempff von Fulda waren bei ihrer Inthronisation bereits 70 Jahre alt (Brück, S. 119 ff.; Mejer III, S. 400/401; Freisen, S. 173).
- 578) Vigener, HZ 1913, Bd. 111, S. 534; Schnabel IV, S. 102
- 579) Brück, S. 125/26
- 580) Das Breve "Pervenerat" ist abgedruckt bei Walter, S. 345 ff.
- 581) Maas, S. 63
- 581) ebenda, S. 73
- 583) Freisen, S. 174; Brück, S. 139.
Das Breve v. 4. 10. 1834 ist abgedruckt bei Roskovány II, S. 340 ff.
- 584) Vigner, S. 565; Schnabel IV, S. 78/79
- 585) Erzbischof Demeter erstrebte in erster Linie eine Abschwächung des landh. Patronatsrechtes (Gönner-Sester, S. 59/60; Maas, S. 104).
- 586) Maas, S. 96/97, 97/98; Dor, von Andlaw, S. 46/47, 51 ff.
- 587) Vigener, S. 565; Schnabel IV, S. 139/40
- 588) Vigener, S. 535
- 589) Vigener, S. 555; Cl. Bauer, S. 54/55; Schnabel IV, S. 65 ff.
- 590) Vigener, S. 561/62; Cl. Bauer, S. 57 ff.; Josef Rupert Geiselman, Johann Adam Möhler/LThK VII, Sp. 521/22
- 591) Zu Johann Ludwig Colmar, dem ersten Bischof des 1801 für die linksrheinischen Departements neu errichteten Bistums Mainz, und zum "Mainzer Kreis" vgl. Vigener, S. 543 ff.; Schnabel IV, S. 74 ff.; Ludwig Lenhart, Johann Ludwig Colmar/LThK III, Sp. 7; Ludwig Lenhart, Bruno Franz Leopold Liebermann/LThK VI, Sp. 1045.

- 592) Cl. Bauer, S. 91 ff.
- 593) Die genannte Motion und ihr Nachtrag v. 9. 2. 1842 findet sich abgedruckt in: Verhandlungen der württ. Kammer der Abgeordneten 1841/43, 17. Beilagenband, S. 353 - 364 und 516 - 598. Eine kurze Inhaltsangabe der Motion findet sich bei Cl. Bauer, S. 98.
- 594) Cl. Bauer, S. 107 ff.; Hagen I, S. 537
- 595) Das wichtigste staatl. Zugeständnis bestand darin, daß der Bischof von jetzt an 15 der 638 Pfründen seiner Diözese frei besetzen konnte (Hagen I, S. 543).
- 596) Zu Bischof Josef Lipp vgl. Hagen, Staat und Kirche II, S. 35 ff., 203/204
- 597) Das kath. Ständemitglied Heinrich von Andlaw erklärte am 22. 7. 1846 in der I. bad. Kammer: "Ich bespreche die Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche in Baden, nicht ihr Dogma, ihre Lehre und Disziplin. Diese letzteren liegen ausschließlich ... dem Oberhirten ob; aber die Rechte der Kirche aufrecht zu erhalten und zu wahren, dazu ist jeder Katholik, sei er Priester oder Laie, in seinem Gewissen verpflichtet; dies ist auch meine Pflicht, welcher ich durch diesen öffentlichen Schritt nachkommen muß, nachdem seit Jahren jede Erwartung zu einer billigen ... Lösung der kirchlichen Verhältnisse getäuscht worden ist..." (Dor, von Andlaw, S. 57).
- 598) Dor, von Andlaw, S. 56 ff., 85, 89, 92 ff., 119; Cl. Bauer, S. 25, 82, 124 ff.; Schnabel IV, S. 102/103, 105; Scholtissek, S. 44 ff.; Hagen, Staat und Kirche I, S. 25
- 599) Neben dem in der II. württ. Kammer sitzenden Freiherrn von Hornstein taten sich vor allem die der I. württ. Kammer angehörenden kath. Adelsvertreter Erbgraf Konstantin von Waldburg-Zeil und Graf Schaesberg als Verteidiger kirchl. Rechte hervor (Cl. Bauer,

599) (Forts.) S. 125/26, 134/35).

600) Brück, S. 124

601) Dor, von Andlaw, S. 32, 43 ff.

602) Cl. Bauer, S. 130/31, 140/41.

Der bad. Ständevertreter von Andlaw mußte bekanntlich 1839 eine bereits angekündigte Motion, in der u.a. die Fragen der kirchl. Pfründenbesetzung und der Kirchenvermögensverwaltung anschneiden wollte, auf Wunsch von Erzbischof Demeter wieder zurückziehen (s. Anm. 586).

603) Dor, von Andlaw, S. 69 ff., 79 ff.

Neben von Andlaw gab es in der Zeit des Vormärz nur einen kirchl. gesinnten, konservativen Ständevertreter in Baden, den Freiburger Rechtslehrer Franz Joseph Buß, der 1837 und 1846 Mitglied der II. bad. Kammer war. Er setzte sich als erster Politiker in Deutschland für eine Sozialgesetzgebung ein. Buß gab seit 1845 mit der "Südteutsche Zeitung für Kirche und Staat" die erste "klerikale" Zeitung Badens heraus. Zum Leben und Wirken von Buß vgl. die Biographien von Dor und Dorneich.

604) Wild, S. 30/31; zur Persönlichkeit Karl von Rottecks vgl. die Biographie von Ehmke.

605) Wild, S. 39; Schnabel IV, S. 38; Bechtold, S. 57 ff.

606) Wild, S. 40

607) Maas, S. 96; Schnabel IV, S. 101/102

608) Rotteck war mit Wessenberg befreundet und setzte sich in der II. Kammer für dessen Bischofskandidatur ein. Bezeichnenderweise galt auch Wessenberg, der als Konstanzener Bistumsverweser bis 1827 Mitglied der I. Kammer war, in den Augen der Gr. Reg. als liberaler Politiker (Mejer III, S. 166, 272, 295, 333; Schnabel IV, S. 38).

- 609) Zur Charakteristik der kath. Liberalen der II. württ. Kammer vgl. Cl. Bauer, S. 124/25, 127 ff., 152 ff.
- 610) So schrieb der Katholik Wilhelm Wiest, Oberjustizrat in Tübingen, in seiner 1842 anonym erschienenen Schrift "Censuren über die Abweisung des Bischofs von Rottenburg durch die württembergische Abgeordneten-kammer": "Das Bestehen einer derartigen Behörde (sc. Kath. Kirchenrat) ist umso heilsamer, als sie für die fast ganz abhanden gekommene Vertretung der Laien den regierenden Priestern gegenüber wenigstens einigen, wenngleich schon wegen der mangelnden Unabhängigkeit sehr unvollkommenen Ersatz bietet" (Cl. Bauer, S. 76).
- 611) s. Bechtold, S. 13 ff.
Einen Überblick über die "kath. Aufklärung" und das reformerische Wirken Wessenbergs gibt Schnabel IV, S. 10 ff.
- 612) Vigener, S. 534/35; zur Synodalbewegung in Baden vgl. Brück, S. 240 ff.; Freisen, S. 171 ff. und besonders die ausführliche Darstellung von Bechtold.
- 613) Strobel, S. 71/72, 91
- 614) Nach Rottecks Überzeugung widersprach das hierarchisch-autokratische Prinzip der Kirche den liberalen Grundsätzen der Zeit und war ein Überbleibsel des absolutistischen Geistes. Rotteck unterstützte daher alle Tendenzen zur Demokratisierung des innerkirchlichen Lebens und stellte die Kirchenfreiheit neben die bürgerliche Freiheit als ein "allgemeines Prinzip für alle der Unmündigkeit entwachsenen Menschen" (Schnabel IV, S. 38). Er forderte bereits 1819 beim erstmaligen Zusammentritt der II. bad. Kammer die Einberufung einer aus Klerikern und Laien zusammengesetzten Diözesansynode, die als Legislativorgan des Landesbistums fungieren sollte (Bechtold, S. 63 ff.).

- 615) Bechtold, S. 88 ff., 127 ff., 137 ff., 167 ff., 188 ff.
- 616) Bechtold, S. 197/98; Maas, S. 114/15
- 617) vgl. zum folgenden Bechtold, S. 247 ff.
- 618) Die Laienbeteiligung an der Unterschriftenaktion für die an den Erzbischof gerichtete Petition des Gr. Dekans Dominik Kuenzer v. 8. 12. 1845 (Bechtold, S. 239 ff.) unterschied sich wesentlich von der eineinhalb Monate später ergriffenen Initiative des Heidelberger StV. Die Unterschriftenaktion für die Kuenzersche Petition wurde weitgehend von den mit Kuenzers Extremismus sympathisierenden politischen Gemeindebehörden getragen und betrieben. Die Einschaltung kommunaler Behörden ließ das Synodalbegehren des Dekans Kuenzer nicht mehr als innerkirchliche Aktion erscheinen. Die dieser Petition zuteilgewordene Laienunterstützung war daher auch keine Laieninitiative im kirchl. Raum (Strobel, S. 146; Bechtold, S. 239, 241).
- Der StV, obwohl eine staatl. Behörde, nahm mit der Kirchenvermögensverwaltung eine Aufgabe wahr, die nach Auffassung der Kirche kirchl. und nicht staatl. Charakter trug. Er war die einzige Behörde, die aus Wahlen des kath. Kirchengvolkes hervorging und in der kath. Laien nicht als Fachbeamte, sondern als ehrenamtliche Repräsentanten des Kirchengvolkes Sitz und Stimme hatten. Es ist daher gerechtfertigt, eine auf die Institution des StV gestützte Petition an den Erzbischof anders zu beurteilen als eine von den Gemeindebehörden betriebene Unterschriftenaktion und erstere Initiative als eine innerhalb des kirchl. Raumes gelegene Aktion kath. Laien zu bezeichnen.

- 619) So schrieb Buß in der "Südteutsche Zeitung für Kirche und Staat", 1845, Nr. 81, S. 337.
Neben von Andlaw und Buß war es vor allem Franz Josef Mone, Direktor des Karlsruher Generallandesarchives, der sich durch seine anonym verfaßten Schriften gegen das bad. Staatskirchentum als führender kath. Konservativer auswies. Mone wandte sich ebenso wie Buß gegen die Synodalbewegung der 40er Jahre, da sie bei ihrer wachsenden Radikalisierung nur zur Auflösung der kirchl. Ordnung und sonst zu gar nichts führen könne. Die von der synodalen Bewegung geforderte Aufwertung des Laien in der Kirche fand bei diesen konservativ denkenden, das monarchische Prinzip in Staat und Kirche hochhaltenden "Klerikalen" keine Gegenliebe.
Vgl. Bechtold, S. 229 ff., 244/45; zu Mones konservativem Katholizismus und seinen Beziehungen zu Buß und von Andlaw vgl. Schnütgen, FDA 1921, Bd. 22 n.F., S. 71 - 76; 1925, Bd. 26 n.F., S. 1 - 20. Zu Mones Einstellung zur Synodalbewegung vgl. Schnütgen, FDA 1926, Bd. 27 n.F., S. 179 - 183
- 620) s. § 9 der Kirchenpragmatik und die §§ 9, 18 der landh. VO v. 30. 1. 1830, auf die sich die Petitionen der "Synodiker" an die II. bad. Kammer immer wieder beriefen (Bechtold, S. 192 ff.; Maas, S. 114/115).
- 621) Umso mehr sich die kirchl. Synodalbewegung mit dem politischen Liberalismus verband und so zu einer Gefahr für Kirche und restaurativen Staat wurde, umso mehr war die Gr. Reg. bereit, den Freiburger Erzbischof in seinem Kampf gegen den Synodalismus zu unterstützen (Bechtold, S. 205/06, 215 ff., 242 ff.).
- 622) vgl. Schnabel, Zusammenschluß, S. 15/16, 26/27; Franz, S. 42/43, 51; Würth, S. 20, 25

- 623) Ein Zusammenwirken der "Klerikalen" - so wurden seit 1848 diejenigen politischen Kreise genannt, die sich unabhängig von ihren jeweiligen gesellschaftspolitischen Vorstellungen zusammenschlossen, um gemeinsam die Durchsetzung der kirchl. Forderungen an den Staat zu betreiben - und Liberalem war vor allem bei den Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung und hier wiederum in erster Linie im Rheinland festzustellen. Die Tatsache, daß es zu einem ähnlichen Zusammenwirken in Baden nicht kam und alle Mandate des bad. Oberlandes an Kandidaten der radikalen Richtung gingen, dürfte auf die Entfremdung zwischen den "wessenbergianisch" gesinnten Liberalen und der amtlichen Kirche zurückzuführen sein, die besonders durch die ablehnende Haltung, die Erzbischof von Vicari dem Ruf nach Synoden entgegenbrachte, gefördert wurde. Die in Baden wirkenden "klerikalen" Politiker des Jahres 1848 gehörten alle dem konservativen Lager an. In Württemberg, wo es kirchlich gesinnte Liberale gab, kam es zur Wahl von drei "klerikalen" Abgeordneten für die Paulskirche (Schnabel, Zusammenschluß, S. 26 ff., 30 ff.).
- 624) Zur Würzburger Bischofskonferenz und zur Kölner "Vorkonferenz" v. 10. 5. - 13. 5. 1848 vgl. zunächst die Darstellung von Storz, sodann Schnabel, Zusammenschluß, S. 12 ff., 90 ff.; Franz, S. 48 ff.; Hagen, Staat und Kirche II, S. 28 ff.; AfkKR 1869, Bd. 21, S. 158 ff., 207 ff.; Bd. 22, S. 214 ff., 373 ff.
- 625) Schnabel, Zusammenschluß, S. 15 ff., 84; Hagen I, S. 13
- 626) Maas, S. 217; das "Promemoria" findet sich abgedruckt im AfkKR 1869, Bd. 21, S. 129 ff.
- 627) vgl. Schnabel, Zusammenschluß, S. 40 ff.
Bei der Organisation der kath. Massen tat sich

- 627) (Forts.) besonders Franz Joseph Buß hervor, der allein in Baden über 400 kath. Vereine gründete (Schnabel, Zusammenschluß, S. 44). Obwohl Buß wie von Andlaw an ihren alten konservativen Überzeugungen festhielten, waren sie beide entschlossen, die politische Agitationsweise des durch die liberale Revolution heraufbeschworenen demokratischen Zeitalters zu übernehmen, um so den kirchl. Forderungen durch Organisierung der kath. Massen zum Sieg zu verhelfen (Schnabel, Zusammenschluß, S. 22 ff., 47; Dor, von Andlaw, S. 112 ff.).
- 628) Schnabel, Zusammenschluß, S. 46 ff.
- 629) ebenda, S. 58 ff.
- 630) vgl. hierzu die Resolutionen der "revolutionären" Kapitel in Baden (Bechtold, S. 266 ff.) und die Rede des Gr. Dekans Dominik Kuenzer in der Paulskirche v. 24. 8. 1848 (Bechtold, S. 325 ff.).
- 631) ebenda, S. 334 ff.
- 632) Der Kanonist George Phillips, M. Filser und der Pastoraltheologe Joseph Amberger wollten Laien als Auditoren zur Diözesansynode laden. Als Ratgeber sollten Laien, soweit sie benötigt wurden, außerhalb der Synode gehört werden (Bechtold, S. 389, 390, 395). Allein der Freiburger Moraltheologe und Domkapitular Johann Baptist von Hirscher verlangte in seiner 1849 erschienenen Schrift über "Die kirchlichen Zustände der Gegenwart", daß Laien unmittelbar zu den Beratungen der Synode hinzugezogen werden sollten (Bechtold, S. 367).
- 633) Kirchl. Vereine "haben keine kirchlichen Organe" und daher auch "keine kirchliche Autorität und Mission". Sie sind deshalb kein Ersatz für die Teilnahme des Laien an Synoden. Nur die Synode ist in der Lage, dem Laien echte Mitverantwortung für die Kirche und damit unmittelbares Interesse an ihrem Geschick zu geben

633) (Forts.) (so Hirscher nach Bechtold, S. 367).

634) Bechtold, S. 389, 390.

Auch der Kölner Erzbischof Geissel hatte in dem erwähnten "Promemoria" den zur Würzburger Konferenz geladenen Bischöfen zu bedenken gegeben, ob nicht den gebildeten Laien eine Teilnahme am kirchl. Organismus eingeräumt werden könne (afkKR 1869, Bd. 21, S. 129 ff.).

635) So M. Filser nach Bechtold, S. 390/91

636) vgl. Schnabel, Zusammenschluß, S. 127/28

637) vgl. Bechtold, S. 420/21, 424

638) ebenda, S. 346/47

639) Symptome der nun einsetzenden Entwicklung, die zur inneren Verfestigung der Kirche und als Tribut hierfür zur Ausschaltung all jener Kräfte führte, die dem Geist der neuen Zeit offener und damit vielleicht ihren Gefahren weniger gefeit gegenüberstanden und eine Verlebendigung des kirchl. Organismus unter Miteinbeziehung der Laien befürworteten, waren die Indizierung von Hirschers Schrift über "Die kirchlichen Zustände der Gegenwart" und der Sieg des konservativ - klerikalen über den liberal - klerikalen Flügel im "Katholischen Verein" in Frankfurt (Schnabel, Zusammenschluß, S. 77, 79).

Die Tragik eines Mannes wie Hirscher war es, daß er seine synodalen Pläne nicht frei vom wessenbergischen Gedankengut halten konnte und die zentrale Aufgabe der kommenden Jahre, die Befreiung der Kirche von staatl. Bevormundung, nicht genügend erkannte (vgl. Bechtold, S. 363 ff.).

640) § 17 der am 27. 12. 1848 von der Frankfurter Nationalversammlung verabschiedeten "Grundrechte des deutschen Volkes" regelte das Verhältnis von Kirche und Staat. Er lautete: "Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig, bleibt aber den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen. Keine Religionsgesellschaft genießt vor anderen Vorrechte durch den Staat; es besteht fernerhin keine Staatskirche. Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden, einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht" (Freisen, S. 79).

Die Formulierung des § 17 entsprach nur teilweise den kirchl. Forderungen, da sie die Sonderstellung der beiden großen Kirchen aufhob und ihre Einflußnahme auf den staatl. Sektor beseitigte. Andererseits befreite § 17 die Kirche von jeder staatl. Bevormundung und verbot jede Art von staatl. Sondergesetzgebung ihr gegenüber. Dies bedeutete die volle Erfüllung der kirchl. Autonomiewünsche und war weit mehr, als die Kirche unter dem staatskirchlichen Regime der vorangegangenen Jahrzehnte je zu erreichen hoffte.

641) Franz, S. 57

642) Eine gedrängte Inhaltsangabe der Denkschrift v. 7. 2. 1851 findet sich bei Will, S. 42 ff.

Zur südwestd. Kirchengeschichte nach 1848 vgl. Freisen, S. 140; Maas, S. 220 ff.; Brück, S. 305 ff.; Will, S. 40 ff.

643) landh. VO, die Ausübung des oberhoheitlichen Schutz- und Aufsichtsrechtes über die kath. Kirche betr., v. 1. 3. 1853 (Reg.Bl. 1853, Nr. 7, S. 51 ff.).

644) s. S. 94

645) landh. VO, die Aufhebung der landh. kath. Dekanate betr., v. 1. 3. 1853 (Reg.Bl. 1853, Nr. 7, S. 55).
Zum Amt des Gr. Bezirksschulvisitators vgl. Anm. 791

- 646) Reg.Bl. 1853, Nr. 7, S. 57
- 647) OR I
- 648) GLA 235/7184: Ber. des OKR v. 30. 10. 1862, Nr. 16490, an das Gr. MdI
- 649) Zur Auseinandersetzung zwischen Erzbischof und bad. Reg. von den Märzverordnungen bis zum offenen Ausbruch des Kirchenkampfes im November 1853 sowie zum bad. Kirchenkampf selbst vgl. Will, S. 53 ff. und die ausführliche Darstellung von Peveling.
- 650) s. hierzu Maas, S. 238 ff.
- 651) Das Erz. Ord. nahm bis zur Auflösung des OKR im Jahre 1862 den Verkehr mit demselben nicht mehr auf (vgl. GLA 235/12898: Ber. des OKR an MdI v. 15. 4. 1857, Nr. 7007; GLA 235/12916: Erl. des Erz. Ord. an Gr. MdI v. 15. 5. 1862, Nr. 4581; Ber. des OKR an MdI v. 30. 5. 1862, Nr. 8231; Erl. des MdI an Erz. Ord. v. 30. 7. 1862, Nr. 9222). Der Bruch mit der kath. Staatskirchenbehörde war das äußere Zeichen dafür, daß der Erzbischof die staatl. Kirchenverwaltung und damit auch die staatl. Kirchenvermögensverwaltung nicht mehr als rechtmäßig anerkannte.
- 652) Österreich ging bereits am 19. 12. 1853 soweit, Baden bei Fortdauer des Kirchenkampfes mit einer Intervention zu drohen (vgl. Will, S. 77/78; Blum, S. 40/41).
- 653) vgl. Will, S. 85 ff.
- 654) ebenda, S. 99 - 124
- 655) Die bad. Reg. wollte ursprünglich nur über die Beseitigung der augenblicklichen Krise, nicht aber über die ihr zugrunde liegenden kirchenpolitischen Forderungen mit dem Hl. Stuhl verhandeln, da sie in der Rechtsstellung der kath. Kirche in Baden weiterhin ein rein innenpolitisches Problem sah (Will, S. 99, 101, 108).

- 655) (Forts.) Rom sah hingegen in dem Ersuchen der Gr. Reg., auf den Freiburger Erzbischof mäßigend einzuwirken, einen willkommenen Anknüpfungspunkt für Verhandlungen über alle Staat und Kirche berührenden Streitfragen. Die Kurie war daher an einer provisorischen Regelung des bad. Kirchenstreites ohne daran anschließende Konkordatsverhandlungen nicht interessiert (Will, S. 95, 97-99, 106, 109 ff., 125).
- 656) Die Regierungsgeschäfte führten während des Kirchenkampfes Friedrich Freiherr von Wechmar als Minister der Justiz (1851 - 1856) und des Innern (1853 - 1856) und Ludwig Freiherr von Rüd't als Minister des Gr. Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten (1850 - 1856). Vgl. hierzu BB II, S. 224 ff. und 434/35
- 657) Will, S. 79/80
- 658) Wilhelm Freiherr Rivalier von Meysenbug, an dessen Seite Franz Freiherr von Stengel als Minister des Innern und der Justiz in die Reg. eintrat (Will, S. 152; BB II, S. 78 ff., 311 ff.), sah im Bündnis von "Thron und Altar" das beste "Hilfsmittel gegen die liberalen Ideen, die den Thron untergraben" (Will, S. 80). Er sprach sich für die Aufhebung des bisherigen Staatskirchentums aus, da nur auf diesem Wege das für eine konservative Reg. so notwendige freundschaftliche Einvernehmen mit der Kirche erreicht werden könne (Will, S. 79, 82/83).
- 659) Will, S. 124/25; Hagen II, S. 47 ff.; Brück, S. 457
- 660) Will, S. 124
- 661) ebenda, S. 128
- 662) Der päpstliche Basisvorschlag findet sich abgedruckt bei Will, S. 433 ff.
- 663) So wurde noch im ersten päpstlichen Konventionsentwurf vom November 1856 (abgedruckt bei Will, S. 445ff)

- 663) (Forts.) laut Anmerkung zu Art. 17 "aus Mangel genauer und bestimmter Notizen" darauf verzichtet, die konkrete Anwendung des Grundsatzes der kirchlichen Vermögensverwaltung auf die bad. Verhältnisse festzulegen (Will, S. 452).
- 664) Will, S. 169/70
- 665) In den Verhandlungen über die Regierungsnote v. 21. 5. 1856 schlug der bad. Bevollmächtigte vor, das allgemeine Kirchenvermögen "durch den Staat im Namen der Kirche" verwalten zu lassen. Der päpstliche Bevollmächtigte war hingegen nur bereit, das allgemeine Kirchenvermögen einer vom Erzbischof präsi dierten "gemischten Kommission", d. h. einer grundsätzlich kirchl. Verwaltungsbehörde, zu unterstellen (Will, S. 170/71).
- 666) Will, S. 169
- 667) Der Konventionsentwurf v. 13. 12. 1856 findet sich abgedruckt bei Will, S. 453 ff.
- 668) "Die Vereinigung der Verwaltung des kirchlichen Vermögens mit der Verwaltung aller für Katholiken gewidmeten Stiftungen im Großherzogtum Baden" nannte der Hl. Stuhl als ersten Grund für sein Entgegenkommen in der Frage der Kirchenvermögensverwaltung (Will, S. 462).
- 669) Der Rechtscharakter einer Behörde wird neben den Vorschriften über das Bestallungs- und Organisationsrecht u. a. bestimmt durch die Vorschriften über die Innehabung der Disziplinargewalt und die Bestreitung des Behördenaufwandes.
- 670) Es kann sowohl eine kirchl. Behörde mit staatl. als auch eine staatl. Behörde mit kirchl. Aufgaben betraut werden, ohne deshalb den ausschließlichen Charakter als kirchl. bzw. staatl. Behörde zu verlieren. So blieben die kath. Pfarrämter, auch soweit sie mit

- 670) (Forts.) der Führung der Personenstandsregister betraut und hierbei allein staatl. Weisungen unterworfen waren, kirchl. Behörden (s. S. 24 und Anm. 538). Umgekehrt wird man nicht sagen können, daß die staatl. Finanzämter, die mit der Erhebung der Kirchensteuer, einer nach Zuerkennung des Besteuerungsrechtes rein kirchl. Angelegenheit, betraut sind, dadurch ihren rein staatl. Behördencharakter verloren haben.
- 671) Will, S. 183/84
- 672) s. S. 122
- 673) Der Konventionsentwurf v. 16. 9. 1857 ist abgedruckt bei Will, S. 465 ff.
- 674) Will, S. 185
- 675) Zu den Verhandlungen über die Pfründausscheidung vgl. Will, S. 192 ff.
- 676) ebenda, S. 219
- 677) ebenda, S. 195, 228/29
- 678) ebenda, S. 206
- 679) Die restlichen 150 - 200 Pfründen des Großherzogtums fielen in das Privatpatronat bad. Standes- und Grundherrschaften (vgl. Will, S. 201, 211, 221/22, 239).
- 680) vgl. Will, S. 206, 208, 249, 253, 254
- 681) ebenda, S. 206, 212, 220/21, 252/53, 257.
- 682) ebenda, S. 456
- 683) ebenda, S. 261/62, 263
- 684) Der vom Hl. Stuhl gebilligte deutsche Text der Konvention v. 28. 6. 1859 und der mit der Konvention eine Einheit bildenden neun Zusatznoten des Hl. Stuhles und der bad. Bevollmächtigten vom gleichen Tag ist abgedruckt bei Will, S. 481/518 und in:

- 684) (Forts.) Verhandlungen der Stände-Versammlung....
1859/60, 4. Beilagenheft, S. 105 - 145.
Von den neun Zusatznoten sind hier von Bedeutung:
1. Vertrauliche Note des Hl. Stuhles v. 28.6.1859
über einige weitere Weisungen an den Erzbischof von
Freiburg; 2. Note der bad. Bevollmächtigten v. 28.
6. 1859 über das nichtkirchliche Vermögen.
Der Konventionstext wurde veröffentlicht im Reg. Bl.
1859, Nr. 60, S. 441 ff.
- 685) s. S. 13
- 686) hinfort nur "weitere Weisungen" genannt
- 687) Die Formulierung "im Namen der Kirche" fand sich in
Art. 12, 16 und 18 der Konvention und bedeutete zu-
nächst ganz allgemein "im Namen der nach kanonischem
Recht zur Verwaltung des kirchlichen Vermögens beru-
fenen kirchlichen Institutionen".
Da zur Verwaltung kirchl. Vermögensmassen meist meh-
rere kirchl. Institutionen nebeneinander berufen
waren, läßt sich mit Hilfe des Begriffs der "zur
Verwaltung des kirchl. Vermögens berufenen kirchl.
Institutionen" der Ausdruck "im Namen der Kirche"
nicht eindeutig bestimmen. Es muß daher unter den in
Frage kommenden "kirchl. Institutionen" eine weite-
re Auswahl getroffen werden.
An der Verwaltung des kirchl. Vermögens waren und
sind nach kanon. Recht beteiligt:
1. die zur unmittelbaren Verwaltung berufenen kirchl.
Institutionen, wie z. B. der Ortspfarrer (Verwaltung
der Kirchenfabrik), der Bischof (Verwaltung des Diö-
zesankirchenvermögens), kirchl. **Korporationen** wie
das Domkapitel, Landkapitel und die kath. Bruder-
schaften (Verwaltung des jeweiligen Korporationsver-
mögens) usw.;
2. der Bischof, dem die Beaufsichtigung und subsidiä-
re Verwaltung des in der Diözese befindlichen

- 687) (Forts.) Kirchenvermögens obliegt (c. 1519);
3. der Papst, der zur obersten Leitung und Beaufsichtigung der Verwaltung des gesamten Vermögens der Weltkirche berufen ist (c. 1518).

Die Annahme, daß die Art. 12, 16 und 18 der Konvention unter "Kirche" die einzelnen zur unmittelbaren Verwaltung des Kirchenvermögens berufenen kirchl. Institutionen verstanden, schloß schon Art. 12 Abs. 2 Satz 1 aus, der lautete: "Das Kirchenvermögen wird im Namen der Kirche ... von denjenigen verwaltet, welche nach Vorschrift der Kirchengesetze ... zu solcher Verwaltung berufen sind". Es hatte keinen Sinn, zu sagen, daß z.B. das Erzb. Domkapitel sein Vermögen im Namen des Domkapitels verwalte.

Für die Annahme, daß die in der Konvention benutzte Ausdrucksweise "im Namen der Kirche" gleichbedeutend mit "im Namen des Bischofs bzw. Erzbischofs" sein sollte, sprechen folgende Gründe:

Art. 12 Abs. 2 Satz 1 anerkannte ausdrücklich das aus einer "im Namen und Auftrag des Erzbischofs" geführten Kirchenvermögensverwaltung folgende erzb. Oberaufsichtsrecht. Die in Art. 12 verwandte Formulierung "im Namen der Kirche unter Aufsicht des Erzbischofs" ging auf Art. 10 des päpstlichen Konventionsentwurfs v. 13. 12. 1856 zurück, wo es noch deutlicher hieß: "im Namen der Kirche unter der Autorität und Überwachung des Erzbischofs".

Der Erzbischof ist Repräsentant und Vertreter jener *de iure divino* bestehenden und durch die Konvention allein in Mitleidenschaft gezogenen bischöfl. Teilkirche.

Für die dritte Alternative, die Möglichkeit nämlich, "im Namen der Kirche" mit "im Namen des Hl. Stuhles" gleichzusetzen, läßt sich im wesentlichen nur die Tatsache anführen, daß die Konvention zwischen dem

687) (Forts.) Großherzogtum Baden und dem Papst abgeschlossen wurde.

Andererseits hatte der Hl. Stuhl nie ein aus einer etwaigen "päpstlichen Auftragsverwaltung" abzuleitendes Oberaufsichtsrecht über die Kirchenvermögensverwaltung in Baden für sich beansprucht, sondern dieses in der Konvention ausdrücklich dem Erzbischof überlassen.

Soweit dem Papst nach dem kanon. Recht Oberaufsichtsrechte über die Kirchenvermögensverwaltung der einzelnen Diözesen zustanden, traten sie nur im Innenverhältnis zwischen ihm und dem jeweiligen Bischof bzw. Erzbischof in Erscheinung (s. die Vollmachtserteilung des Hl. Stuhles an den Erzbischof von Freiburg v. 22. 11. 1859 = Maas, AfKKR 1862, Bd. 8, S. 138 Anm.2). Gegenüber Dritten war immer der Bischof der Träger des kirchl. Oberaufsichtsrechtes.

Da im übrigen die Gr.Reg. einer Formulierung innerhalb der Konvention, die dem Papst unmittelbare Einwirkungsmöglichkeiten auf die Verwaltung des bad. Kirchenvermögens verliehen, nicht zugestimmt hätte (vgl. Prestinari, S. 16), konnte die in Art. 12, 16 und 18 der Konvention verwandte Formulierung "im Namen der Kirche" nur bedeuten: im Namen und Auftrag des Erzbischofs.

Die "im Namen der Kirche" auszuübende Kirchenvermögensverwaltung in Baden war also erzb. Auftragsverwaltung.

Die aus der erzb. Auftragsverwaltung abgeleitete und in Art. 12 anerkannte erzb. Oberaufsicht sollte gem. Art. 18 von der obersten gemischten Verwaltungskommission, und zwar wiederum "im Namen der Kirche", d.h. des Erzbischofs, ausgeübt werden.

688) Zu den Begriffen "Delegation" und "Mandat" im

- 688) öffentlichen Recht vgl. Triepel, S. 23 ff.
Zur Vermengung der beiden Begriffe im kanon. und
gemeinen Recht vgl. Triepel, S. 17 - 21
- 689) s. S. 194
- 690) vgl. Triepel, S. 14, 27
- 691) Eine weitere an die Delegation der erzb. Verwaltungs-
rechte geknüpfte Bedingung, die "Fortdauer der dama-
ligen Verhältnisse" (Art. 12 Abs. 3), war so allge-
mein gehalten, daß sie nicht als eine - die Konven-
tion als Ganzes nicht berührende - aufschiebende Be-
dingung des erzb. Rechtes zum Widerruf der Delega-
tion angesehen werden kann. Sie war nur eine aus-
drückliche Erwähnung der jedem Vertrag selbstverständ-
lich zugrunde liegenden "Clausula rebus sic stanti-
bus".
- 692) Das erzb. Aufsichtsrecht leitete sich aus dem in den
Worten "im Namen der Kirche" enthaltenen Grundsatz
der erzb. Auftragsverwaltung ab (vgl. Anm. 687). Da
auch die Aufsichtstätigkeit der obersten gemischten
Verwaltungskommission im erzb. Auftrag geübt werden
sollte, mußte auch sie dem in Art. 12 verankerten
erzb. Aufsichtsrecht unterworfen sein. Insoweit er-
setzte dieses Oberaufsichtsrecht das durch die Dele-
gation verlorengegangene unmittelbare Aufsichtsrecht
des Erzbischofs über die einzelnen Verwalter der
kirchl. Fonds und Pfründen.
- In der zur Erläuterung der Konvention an Erzbischof
von Vicari gerichteten Instruktion des Kardinal-
staatssekretärs Antonelli v. 30. 9. 1859 hieß es:
"Nihil dubitat Summus Pontifex, quin omnia Commis-
sionis iura strenue tuearis, ac simul impendas,
quominus Commissio ipsa nunquam suam naturam amit-
tat, administrandi scilicet tuendique nomine et
auctoritate ecclesiae bona quae ad ipsam pertinent.." (Maas, S. 340 Anm. 1).

693) s. S. 177

694) Der päpstliche Unterhändler beim Abschluß der Konvention v. 28. 6. 1859, Kurienkardinal Graf Reisach, wies in seinen "Erläuterungen zur Konvention" (Original im OR: Nachlaß Reisach; umfangreiche Inhaltsangabe bei Will, S. 285 ff.) darauf hin, daß die Art. 13 ff. "nur Hinweise" enthielten, wie das grundsätzlich in Art. 12 Abs. 2 Satz 1 festgehaltene kirchl. Verwaltungsrecht im Einzelfall auszuüben sei (Will, S. 320).

Die Unvollständigkeit der in der Konvention genannten erzb. Aufsichtsrechte gab auch der Komm.Ber. der II. bad. Kammer zu, in dem er auf die fehlende Regelung des Beschwerderechts hinwies und sie einer späteren Vereinbarung zwischen Kirche und Staat vorbehalten wissen wollte (vgl. Komm.Ber. über die Vereinbarung von 1859, S. 20).

695) Verpachtungen von Kirchengütern über neun Jahre (Art. 13) benötigten nur die kirchenobrigkeitliche Genehmigung. Ebenso stand es nur dem Erzbischof zu, die Verwendung der "für den Cultus" bestimmten Stiftungserträge anzuordnen und zu überwachen (Art. 20 Satz 3).

696) landh. VO, die Verwaltung des kath. Kirchenvermögens betr., v. 20. 11. 1861 (Reg.Bl. 1861, Nr. 52, S. 465 ff.).

697) § 5 der "Grundlagen zu einer Verwaltungsinstruktion" v. 25. 10. 1861, die sich u.a. abgedruckt finden in: Sammlung der Vorschriften über die Verwaltung des kath. Kirchenvermögens, S. 5.

698) Art. 18 der Konvention von 1859 lautete:
"(1) Außerdem wird eine gemischte Kommission gebildet werden, welche im Namen der Kirche die Verwaltung der Interkalarfonds sowie der übrigen allgemeinen kirchlichen Fonds zu überwachen, und welche zugleich

698) (Forts.) die Oberaufsicht über die Verwaltung sämtlicher kirchlicher Fonds des Großherzogtums zu führen hat. (2) Diese Kommission wird sowohl im Namen des Erzbischofs als auch der Großherzoglichen Regierung von allen einzelnen Verwaltern sich Rechnung stellen lassen und über eine jede einzelne Verwaltung den geeigneten Bescheid erteilen. (3) Welche Fonds als allgemeine kirchliche Fonds zu betrachten seien, wird im gegenseitigen Einverständnisse der Großherzoglichen Regierung und des Erzbischofs festgesetzt werden!

699) Der in Art. 18 Satz 2 für "im Namen der Kirche" verwandte Ausdruck "im Namen des Erzbischofs" wies auf die Bevollmächtigung der obersten gemischten Verwaltungskommission durch den Erzbischof hin.

Der wechselseitige Gebrauch beider Ausdrücke in Art. 18 zeigt auch ihre sachliche Übereinstimmung. Übt die oberste Verwaltungskommission ihre gesamte Tätigkeit "im Namen der Kirche" aus (Satz 1), so kann sie einen Teil derselben, die Rechnungsprüfung, nur dann "im Namen des Erzbischofs" besorgen (Satz 2), wenn sich der Sinngehalt beider Formulierungen nicht überschneidet (vgl. Anm. 687).

700) In der Erklärung zu Art. 10 des päpstlichen Konventionsentwurfs v. 13. 12. 1856 hieß es, die Kurie wolle unter bestimmten Umständen darin ein, "daß die Regierung an der Aufsicht über die Verwaltung (sc. des Kirchenvermögens) teilnehme" (s. S. 183). Es war also nur von "einer Teilnahme an der Aufsicht", nicht aber von einer "Aufsicht zu gleichen Teilen" die Rede. Da im Konventionsentwurf von 1857 und im endgültigen Konventionstext eine derartig grundsätzliche Stellungnahme zum staatl. Mitaufsichtsrecht fehlte, kann die Formulierung des päpstlichen Konventionsentwurfs v. 13. 12. 1856 zur Auslegung des

700) (Forts.) endgültig vereinbarten staatl. Aufsichtsrecht über die Kirchenvermögensverwaltung herangezogen werden.

Der den staatl. Aufsichtsrechten anhaftende Ausnahmecharakter kam deutlich in der Wortwahl des Art. 13 Abs. 2 zum Vorschein, der lautete: "Der Heilige Stuhl willigt darin ein, daß, wenn Kirchengüter veräußert...., hierzu stets die Zustimmung der Großherzoglichen Regierung eingeholt werden müsse". Hätte die Konvention der Gr. Reg. ebenso wie dem Erzbischof ein allgemeines Oberaufsichtsrecht eingeräumt, so wäre die besondere Verwilligung einzelner staatl. Zustimmungsrechte durch den Hl. Stuhl überflüssig gewesen.

Der Komm.Ber. der II. bad. Kammer sagte zu Art. 13: "Art. 13 spricht von Verfügungshandlungen. Der Staatsgewalt ist, folgerichtig mit dem Grundsatz, daß eigentlich die Kirche allein zu verfügen habe, in Abs. 2 ein beschränkteres Zustimmungsrecht eingeräumt, da s sich namentlich nicht auf Verpachtungen über neun Jahre hinaus erstrecken soll". Zu Art. 12 bemerkte der gleiche Bericht: "Die Verwaltung des Kirchen- und Stiftungsvermögens stand bisher im allgemeinen dem Staat zu; die Kirche hatte ein Miteinsichts- und in wichtigen Fällen ... ein Mitwirkungsrecht ... Durch die Convention werden die Befugnisse von Staat und Kirche fast geradezu umgestaltet. Was gesetzlich bisher dem Staat zustand, soll grundsätzlich nun nach Maßgabe der Kirchenvorschriften der Kirche zustehen" (Komm.Ber. über die Vereinbarung von 1859, S. 18 und 19).

701) Art. 21 Satz 1 lautete: "Die Pfründen werden unter Aufsicht der gedachten gemischten Kommission von ihren Inhabern nach Vorschrift der Kirchengesetze verwaltet werden".

- 701) (Forts.) Art. 21 Satz 2 bestimmte, daß die Überschüsse der erledigten Pfründen dem Interkalarfonds, der als allgemeiner kath. Fonds gem. Art. 18 Satz 1, 19 Abs. 3 unter der unmittelbaren Aufsicht der obersten gemischten Verwaltungskommission stehen sollte, zuweisen waren. Vgl. hierzu Komm.Ber. über die Vereinbarung von 1859, S. 19; Maas, S. 340.
- 702) Art. 19 Abs. 3 lautete: "Ebenso werden die Verwalter der Interkalarfonds und der anderen allgemeinen kirchlichen Fonds, von welchen in Artikel 18 die Rede ist, aus Katholiken im gegenseitigen Einvernehmen der Großherzoglichen Regierung und des Erzbischofs gewählt werden".
- 703) Die Einschaltung des Gr. Bezirksamtes in die Aufsicht über die örtlichen Kath. Stiftungskommissionen beruhte darauf, daß die Kath. Stiftungskommissionen nicht nur die kirchl., sondern auch die nichtkirchl. kath. Lokalfonds verwalten sollten. Der päpstliche Konventionsentwurf v. 13. 12. 1856, der erstmals vorschlug, "die Decane... in Gemeinschaft mit den Verwaltungsbeamten der Regierung" die örtlichen Stiftungskommissionen überwachen zu lassen (s. S. 172), ging von der einheitlichen Verwaltung aller kath. Stiftungen aus. Diese einheitliche Verwaltung hielt die Konvention v. 28. 6. 1859 mindestens für die lokale Ebene aufrecht (s. Anm. 706).
- 704) vgl. Rosshirt, AfKKR 1871, Bd. 25, S. 94 und die "Darstellung der mit dem päpstlichen Stuhl getroffenen Übereinkunft" in der regierungsamtlichen "Karlsruher Zeitung" 1859, Nr. 288, S. 8 (Sonderabdruck in GLA 233/ 10666).
- 705) Die Regierungsnote über das nichtkirchliche kath. Vermögen v. 28. 6. 1859 (s. Anm. 684) vermied es ebenso wie die Konvention, das nichtkirchliche kath.

- 705) (Forts.) Stiftungsvermögen näher zu bezeichnen, obwohl beide Vertragspartner wußten, daß es sich hierbei nur um die kath. Schul- und Wohltätigkeitsstiftungen handeln konnte. (So sprach die Instruktion des Kardinalstaatssekretärs Antonelli an Erzbischof von Vicari v. 30. 9. 1859 von den "bona ita appellata non ecclesiastica, quae ad catholicos pertinent, quaeque vel instructioni vel beneficentiae operibus sunt attributa" = Maas, S. 342 Anm.1!) Da aber der Hl. Stuhl den weltl. Charakter der genannten Vermögensmassen nicht anerkannte, blieb es bei der allgemeinen Bezeichnung "nichtkirchliches kath. Stiftungsvermögen", deren rechtliche Unverbindlichkeit die kirchl. Seite mit dem Zusatz "sogenanntes" noch unterstrich (vgl. hierzu Rosshirt, a.a.O., S. 94). Auch die von Art. 18 Satz 3 vorgesehene Vereinbarung zwischen Erzbischof und Gr. Reg. sollte nicht endgültig über die Rechtsnatur der allgemeinen kath. Fonds entscheiden, sondern lediglich ihre Aufteilung in sog. kirchl. Kult- und sog. nichtkirchliche Schul- und Wohltätigkeitsstiftungen bringen. Denn die in der Konvention für die Verwaltung der allgemeinen wie der lokalen kath. Fonds gefundene Kompromißlösung sollte gerade die sehr langwierige und den frisch gewonnenen Frieden zwischen Kirche und Staat gefährdende Auseinandersetzung über den kirchl. oder weltl. Charakter der einzelnen kath. Stiftung überflüssig machen. Maas, S. 340: "Welche Fonds als allgemeine kirchliche und welche als sogenannte nicht kirchliche kath. Stiftungen zu betrachten seien, wird im gegenseitigen Einverständnisse der Regierung und des Erzbischofs festgestellt werden."
- 706) Nach Art. 16 Abs. 1 sollte "das Vermögen der Kirchenfabriken und anderer kirchlicher Ortsstiftungen ... auf die bisherige Art, d.h. durch die örtlichen

706) (Forts.) Stiftungskommissionen, weiter verwaltet werden". Das bedeutete, falls die bisherige Zuständigkeit der seither "Stiftungsvorstände" genannten Kath. Stiftungskommissionen zur Verwaltung der kath. Orts- schul- und Armenfonds staatlicherseits nicht aufgehoben werden konnte, die Beibehaltung der gemeinschaftlichen Verwaltung aller kath. Lokalfonds.

Die Gr. Reg. hatte bereits in ihrer Erwiderung auf den päpstlichen Basisvorschlag die gemeinschaftliche Verwaltung der örtlichen kath. Kult-, Armen- und Schulstiftungen für den Fall angeboten, daß sich die Kurie mit dem Fortbestehen der Kath. Stiftungsvorstände als lokaler Verwaltungsbehörden einverstanden erklären würde. (s. S. 182).

Daraufhin nahm der päpstliche Konventionsentwurf v. 13. 12. 1856 die Kath. Stiftungsvorstände als lokale kirchl. Stiftungskommissionen an und verlangte die kirchl. Bestätigung der gewählten Kommissionsmitglieder und des Kommissionsrechners (s. S. 184).

In ihrer Erwiderung v. 19. 3. 1857 hielt die Gr. Reg. hingegen am staatl. Behördencharakter der örtlichen Kath. Stiftungskommissionen fest und forderte die staatl. Bestätigung der gewählten Kommissionsmitglieder und des Rechners (s. S. 185).

Diesem Ansinnen kam der päpstliche Konventionsentwurf v. 16. 9. 1857 entgegen. Er schlug für die gewählten Stiftungskommissionsmitglieder und den Rechner sowohl die kirchl. als auch die staatl. Bestätigung vor (s. S. 186).

Da die Gr. Reg. den kirchl. Kompromißvorschlag - wie es sich aus seiner Übernahme in den Art. 16 der Konvention ergab - angenommen hatte, ohne ihr Angebot einer gemeinschaftlichen Verwaltung aller kath. Lokalfonds zurückzuziehen, war die Fortdauer der einheitlichen Verwaltung aller kath. Ortsstiftungen

- 706) (Forts.) durch die Kath. Stiftungskommissionen, wovon die Kurie bei all ihren Vorschlägen für die Gr. Reg. erkennbar ausging, zu einem ungeschriebenen Bestandteil des Art. 16 der Konvention geworden.

Nach den "Erläuterungen" Kardinal von Reisachs zu Art. 16 der Konvention und nach der "Instruktion" des Kardinalstaatssekretärs Antonelli v. 30. 9. 1859 hatte die Gr. Reg. die einheitliche Verwaltung der kath. Lokalfonds bei Abschluß der Konventionsverhandlungen nochmals ausdrücklich zugesagt (Maas, S. 339 Anm.2, 342 Anm. 1).

- 707) vgl. "Karlsruher Zeitung" 1859, Nr. 288 (Sonderabdruck in GLA 233/10666); Maas, S. 342 Anm.1

- 708) s. Anm. 684

- 709) s. S. 86/87

- 710) s. S. 87, 95/96

- 711) s. Anm. 706

- 712) Art. 16 Abs. 1 lautete: "Das Vermögen der Kirchenfabriken und anderer kirchlicher Ortsstiftungen kann auf die bisherige Art, d. h. durch die örtlichen Stiftungskommissionen, weiter verwaltet werden, falls die Verwaltung im Namen der Kirche erfolgt und die Ortsgeistlichen das ihnen in diesen Kommissionen zustehende Amt im Namen und im Auftrag des Erzbischofs ausüben".

Das dem Ortspfarrer in der Stiftungskommission übertragene Amt des Vorsitzenden bezog sich nach der Ministerial-VO v. 21. 11. 1820 (Reg.Bl. 1827, Nr. 1) auf die gesamte Verwaltungstätigkeit der Kath. Stiftungskommission bzw. des damaligen Kath. Stiftungsvorstandes. Der Ortspfarrer hatte daher gem. Art. 16 Abs. 1 sein Amt als Vorsitzender auch bei der Verwaltung der sog. nichtkirchl. oder weltl.

- 712) (Forts.) kath. Lokalstiftungen "im Namen und im Auftrag des Erzbischofs" zu führen.
- 713) Art. 16 Abs. 2 Satz 2 lautete: "Die Verwaltungsaufsicht über die Stiftungskommissionen wird von den erzbischöflichen Dekanen und den Staatsverwaltungsbehörden gemeinschaftlich ausgeübt". Vgl. hierzu Anm. 703
- 714) s. S. 199
- 715) vgl. hierzu Maas, S. 343 Anm.2
- 716) Die Übereinkunft zwischen der württ. Reg. und dem Bischof von Rottenburg "im Betreff der Regelung der Verhältnisse des Staates zur kath. Kirche" v. 12. 1./16. 1. 1854 ist abgedruckt bei Hagen, Staat und Kirche II, S. 236 ff.
Eine ausführliche Inhaltsangabe der Übereinkunft v. 12. 1./16. 1. 1854 gibt Golther, S. 150 ff.
- 717) s. S. 150/51
- 718) vgl. den Ber. des Gr. MdI an den Großherzog von Hessen v. 4. 7. 1854, die Regelung der Verhältnisse des Staates zur kath. Kirche im Großherzogtum Hessen betr. (GLA 235/13032).
- 719) vgl. den Ber. des Gr. MdI an den Großherzog von Hessen v. 18. 8. 1854, die Stellung der kath. Kirche zum Staate betr. (GLA235/13032).
- 720) Die vorläufige Übereinkunft v. 23. 8. 1854 ist abgedruckt bei Schneider, Kirchenrechtsquellen, S. 372 ff.; die hier einschlägigen Artikel der Übereinkunft v. 23. 8. 1854 sind auch abgedruckt bei Brück, S. 547
- 721) vgl. Freisen, S. 200 ff.; Brück, S. 461 ff.
- 722) Der lateinische Text der Publikationsbulle v. 22. 6. 1857 ist abgedruckt bei Hagen, Staat und

- 722) (Forts.) Kirche II, S. 258 ff. und Schneider, Kirchenrechtsquellen, S. 145 ff.
- 723) Die kgl. VO, die Bekanntmachung einer auf die Verhältnisse der kath. Kirche im Königreich bezüglichen päpstlichen Bulle, v. 21. 12. 1857 (Staats- und Reg.Bl. 1857, S. 189 ff.) ist abgedruckt bei Hagen, Staat und Kirche II, S. 266 ff.
Eine ausführliche Inhaltsangabe der württ. Konvention von 1857 gibt Golther, S. 161 ff.
- 724) Bereits Art. 14 der vorläufigen Übereinkunft v. 12. 1./16. 1. 1854 überließ den Landkapiteln wieder die Wahl ihrer Dekane. Es wurde allerdings hinzugefügt, daß ihre "Bestätigung, so lange sie auch staatliche Verrichtungen auszuüben haben, im Einvernehmen mit der Staatsbehörde durch den Bischof" zu erfolgen habe, "wobei für den Fall, daß eine Verständigung nicht erzielt werden sollte, die Regierung sich vorbehält, die staatlichen Verrichtungen des Dekans einem anderen Geistlichen des Kapitels zu übertragen" (Golther, S. 156/57).
Einen sinnentsprechenden Zusatz erhielt auch Art. 4 in der Beilage I zur Konvention v. 8. 4. 1857 (Golther, S. 171).
Mit Erl. v. 12. 1. 1858 setzte das Bischöfl. Ordin. Rottenburg Art. 4 der Konvention von 1857 in Vollzug und schrieb wieder die Dekanswahl durch die Landkapitel vor (von Vogt, S. 127 ff.).
- 725) In der Beil. I zur Konvention v. 8. 4. 1857 verpflichtete sich der Bischof, "zum Generalvikar und zu außerordentlichen Räten und Assessoren des Ordinariats nur solche Männer" zu ernennen, von denen er wisse, daß sie der Kgl. Reg. "in bürgerlicher und politischer Hinsicht nicht unangenehm seien" (Golther, S. 171).

- 726) s. S. 138 ff.
- 727) Art. 10 Abs. 5 der Konvention betraf die Verwendung der Interkalarfondserträge und bestimmte, daß etwaige Überschüsse, die nicht zum Unterhalt der Seelsorgegeistlichkeit gebraucht würden, nur für andere kirchl. Bedürfnisse verwandt werden dürften.
- 728) s. S. 42
- 729) vgl. Golther, S. 188
- 730) Zur Auslegung des Art. 10 Abs. 3 der württ. Konvention meint Golther, S. 187: "Wenigstens wird man ... annehmen dürfen, daß auch der Kirche und dem Bischof gewisse Rechte in Beziehung auf die Verwaltung und deren Beaufsichtigung (sc. der kirchl. Lokalfonds) eingeräumt werden sollten, zumal wenn man die in dem ersten und zweiten Absatz des vorliegenden Artikels anerkannten canonisch-rechtlichen Grundsätze ins Auge faßt ... Dies würde aber alsdann wohl mit Nothwendigkeit dahin führen, daß der seither geltende Grundsatz, wonach das fragliche Vermögen von den Organen der Kirchengemeinden verwaltet und diese Verwaltung von den staatlichen Behörden beaufsichtigt wird, wesentliche Modificationen erfahren müßte".
Vgl. hierzu auch Hagen, Staat und Kirche II, S. 65/66, 119
- 731) vgl. Hagen II, S. 76
- 732) Zu den nach Abschluß der württ. Konvention zwischen Bischof und Reg. gepflogenen Verhandlungen über die kath. Lokalfonds vgl. Hagen, Staat und Kirche II, S. 60 ff.; Hagen II, S. 77
- 733) Schreiben der Kgl. Württ. Reg. v. 11. 7. 1860 an den Bischof von Rottenburg (Hagen, Staat und Kirche II, S. 68).

- 734) Zu den nach Abschluß der württ. Konvention zwischen Bischof und Reg. gepflogenen Verhandlungen über die Errichtung einer gemischten Verwaltungskommission vgl. Hagen, Staat und Kirche II, S. 67 ff.; Hagen II, S. 78
- 735) Franz, S. 51, 57/58
- 736) Franz, S. 54, 68/69; Wild, S. 183 ff.
- 737) Wild, S. 35/36, 58 - 60, 68
- 738) vgl. die Hist.-pol. Blätter 1860, Bd. 1, S. 1111
- 739) Der Einfluß des Hegelschen Denkens, nach dem der Staat der einzige Kultur- und Lebensträger, die Macht die Voraussetzung des Rechts und der Staat der Inbegriff der Sittlichkeit und Ordnung war, tat ein übriges, die deutschen Liberalen ihre ursprüngliche Gegnerschaft zur Staatsallmacht vergessen zu lassen (vgl. Wild, S. 102, 104, 105, 109).
- 740) Schnabel, Zusammenschluß, S. 85; Wild, S. 130, 150/51; Würth, S. 20
- 741) von Mohl I, S. 189, 214 - 217; vgl. hierzu Wild, S. 72
- 742) Wild, S. 41/42.
Jolly, S. 4: "Der Grundsatz 'die Kirche ist frei und selbständig' ist gegenüber den römischen Interpretationskünsten mehr als bedenklich; es muß hinzugefügt werden: 'sie ist dem Staat unterthan'... dieser ist also wie berechtigt, so verpflichtet, nicht bloß die allgemeinen Staatsgesetze der Kirche gegenüber zur Anwendung zu bringen, sondern auch, soweit sie etwas Besonderes ist und ihre Besonderheit es nöthig macht, über ihre Verhältnisse besondere Gesetze aufzustellen".
- 743) Hagen II, S. 87; Brück, S. 445; Maas, S. 380, 397
- 744) Wild, S. 73
- 745) ebenda, S. 55

- 746) ebenda, S. 54
- 747) ebenda, S. 78, 149/50; Blum, S. 49/50, 59
- 748) Hagen II, S. 87; Franz, S. 56
- 749) Wild, S. 131
- 750) Wild, S. 111, 192; Maas, S. 351, 397; Bertele, S. 7 ff.; Hagen, Staat und Kirche II, S. 121, 122.

Nach Verwerfung der bad. Konvention durch die II. Kammer konnte ein Mitglied der Kammer sagen: "Die Zeit ist vorüber, wo der durch Erschütterung geschwächte Staat das Bewußtsein seiner Kraft" im Kirchenkonflikt von 1853 und bei den Konventionsverhandlungen "verloren hatte ... Die Zeit ist vorüber, wo eine verbündete Regierung (sc. Österreich) gegen den Schmerzensschrei eines rebellischen Untertanen (sc. Erzbischof von Vicari) in unserem Lande nicht taub war, sondern ihn ermutigte - Jahre vor der Zeit, wo die franco-sardische Politik eben an diesem Staate die Vergeltung übte" (Haeusser, S. 12).

- 751) Wild, S. 215, 218; zur ev. Agitation gegen die bad. Konvention vgl. Hist.-pol. Blätter 1860, Bd. 1, S. 223 ff., 868
- 752) Hagen II, S. 87/88; Hagen, Staat und Kirche II, S. 98 ff., 123 ff.
- 753) Reg.Bl. 1859, Nr. 60, S. 441 ff.; vgl. Will, S. 332/33
- 754) Der Vorspruch der landh. VO, die Vereinbarung mit dem päpstlichen Stuhle zur Regelung der Angelegenheiten der kath. Kirche im Großherzogtum betr., v. 5. 12. 1859 (Reg.Bl. 1859, Nr. 60) lautete: "Wir haben Uns bewogen gefunden ... und es ist unter dem 28. Juni d.J. eine Vereinbarung zu Stande gekommen, welcher Wir in Anbetracht, daß die durch sie der kath. Kirche eingeräumte größere Selbständigkeit in der Leitung ihrer Angelegenheiten Unser unveräußerliches

- 754) (Forts.) obersthöheitliches Schutz- und Aufsichtsrecht nicht beeinträchtigt, unter dem Vorbehalt der ständischen Zustimmung zur Änderung der der Vereinbarung entgegenstehenden Gesetzesbestimmungen Unsere höchste Genehmigung erteilt haben... Die beteiligten Ministerien sind, jedes in seinem Geschäftskreise, mit der Eileitung und Anordnung des Vollzugs beauftragt".
- Art. 23 der Konvention lautete: "Verordnungen und Verfügungen, welche mit der gegenwärtigen Vereinbarung im Widerspruch stehen, treten außer Kraft; gesetzliche Bestimmungen, welche der Vereinbarung entgegenstehen, werden geändert werden".
- Nach Art. 23 sollten also nur die formale Gesetze, nicht die ohne Mitwirkung der Stände erlassenen Verordnungen zu ihrer Aufhebung bzw. Abänderung besonderer an die Zustimmung der Stände gebundener Gesetze bedürfen.
- Vgl. hierzu und zu den folgenden Ausführungen Will, S. 363 ff.
- 755) Komm.Ber. über die Vereinbarung von 1859; Will, S. 369
- 756) Zu den folgenden Ausführungen vgl. Bad. Landtag: Verhandlungen über die Konvention, S. 171 ff.
- 757) § 5 VU lautete: "Der Großherzog vereinigt in sich alle Rechte der Staatsgewalt, und übt sie unter den in dieser Verfassungsurkunde festgesetzten Bestimmungen aus. Seine Person ist heilig und unverletzlich" (s. Anm. 216).
- 758) Maas, S. 369
- 759) ebenda, S. 366, 370
- 760) § 67 VU lautete: "Die Kammern haben das Recht der Vorstellung und Beschwerde; Verordnungen, worinnen Bestimmungen eingeflossen, wodurch sie ihr Zustimmungsrecht für gekränkt erachten, sollen auf ihre

- 760) (Forts.) erhobene begründete Beschwerde sogleich außer Wirksamkeit gesetzt werden. Sie können den Großherzog unter Angabe der Gründe um den Vorschlag eines Gesetzes bitten ..." (s. Anm. 216).
- 761) Maas, S. 371
- 762) Will, S. 381
- 763) ebenda, S. 371/72, 381
- 764) Zur Person Franz Freiherr von Roggenbachs, seinen Gedankengängen und seiner Einflußnahme auf Großherzog Friedrich vgl. BB VI, S. 641 ff.; Wild, S. 48 ff.; Bertele, S. 39 ff.; Blum, S. 51, 59/60
- 765) Bertele, S. 39/40, 42; Wild, S. 215
- 766) Will, S. 381 ff.; Bertele, S. 10, 43
- 767) August Lamey übernahm das MdI, Anton von Stabel das Ministerium der Justiz und das Ministerium des Gr. Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten. Am 2. 5. 1860 gab von Stabel das Ministerium des Gr. Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten an von Roggenbach ab und wurde hierfür mit dem seit 1846 verwaisten Staatsministerium betraut.
Zur Persönlichkeit August Lameys und Anton von Stabels vgl. BB V, S. 453 ff. und BB III, S. 163 ff.; Will, Anm. 756 und 776
- 768) Bertele, S. 44; Will, S. 387 ff.; Maas, S. 372
- 769) vgl. das Memorandum der Gr. Reg. an Kardinalstaatssekretär Antonelli v. 14. 6. 1860 (abgedruckt in AfkKR 1861, Bd. 6, S. 139 ff.; Inhaltsangabe bei Will, S. 391 ff. und Bertele, S. 44).
Eine Staatsministerialentschließung v. 9. 10. 1860 (Reg.Bl. 1860, Nr. 51, S. 382/83) hatte folgenden Wortlaut: "Nach Bestätigung und Verkündigung des Gesetzes vom Heutigen über die rechtliche Stellung der

- 769) (Forts.) Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate finden Wir Uns zur weiteren Bekanntmachung bewogen, daß der mit dem päpstlichen Stuhle zur Regelung der Angelegenheiten der kath. Kirche im Großherzogtum am 28. 6. v.J. vereinbarten und durch" Landh. VO v. 5. 12. 1859 (Reg.Bl. 1859, Nr. 60) "zur allgemeinen Kenntniß gebrachten Übereinkunft keine rechtliche Wirksamkeit beizulegen ist und daß das erwähnte Gesetz an die Stelle jener Übereinkunft tritt".
- 770) Wild, S. 54, 55, 78, 120; Maas, S. 380, 397
- 771) s. Anm. 627
- 772) so z.B. der kath. Abgeordnete Hildebrandt, der dem zur Verwerfung der Konvention führenden Komm.Ber. (s. S. 223) der II. Kammer verfaßt hatte (vgl. Will, S. 362 ff.).
- 773) So konnte es geschehen, daß sich in der II. bad. Kammer nur wenige Verteidiger der Konvention fanden, obwohl eine nach Abschluß der Konvention an den Großherzog gerichtete Dankadresse des bad. Volkes 85000 Unterschriften - gegenüber 16000 Unterschriften einer Gegenadresse - trug (Will, S. 380; Hist.-pol. Blätter, 1860, Bd. 1, S. 855).
Zur Gründung einer bad. Kath. Volkspartei kam es erst im Jahre 1869.
- 774) Freisen, S. 141 ff.; Hagen II, S. 91 ff.; Hagen, Staat und Kirche II, S. 122; Golther, S. 190 ff.
- 775) Mit Schreiben v. 12. 4. 1860 wandte sich Erzbischof von Vicari an den Großherzog und ersuchte ihn, die Konvention aufrechtzuerhalten. Seine an den Großherzog gerichteten Vorstellungen brachte er mit Rundschreiben v. 21. 4. 1860 dem Diözesanklerus zur Kenntnis und teilte gleichzeitig seine Absicht mit, die Konvention so weit als möglich zum Vollzug zu

- 775) (Forts.) bringen. Dieses erzb. Rundschreiben löste am 7. 5. 1860 einen scharfen schriftlichen Verweis der Gr. Reg. aus. Trotzdem beharrte der Erzbischof mit seiner Erwiderung v. 22. 5. 1860 in der von ihm einmal eingenommenen Haltung (die erwähnten Schreiben v. 12. 4., 21. 4., 7. 5. und 22. 5. 1860 sind abgedruckt im Anhang zur Erzb. Denkschrift vom 1860, S. I - VIII).

In der Denkschrift v. 2. 7. 1860 legte der Erzbischof Rechtsverwahrung gegen die von der Reg. vorgelegten Kirchengesetzentwürfe ein, soweit der Inhalt die Rechte der Kirche, des Hl. Stuhles und des Erzb. Stuhles beeinträchtigte. Außerdem erklärte der Erzbischof, daß er bis zum Eintreffen neuer päpstlicher Anweisungen "unverrückt an dem Inhalte der ... Konvention und an den dadurch dem Erzbisthume Freiburg erwachsenen Rechten festhalten" werde (Erzb. Denkschrift vom 1860, S. 32/33; Will, S. 389).

- 776) Am 23. 7. 1860 versammelten sich 200 Geistliche zu Appenweier, um gegen die Aufhebung der Konvention und die neue Kirchengesetzgebung zu protestieren (Hist.-pol. Blätter 1860, Bd. 2, S. 507).

- 777) vgl. das Memorandum der Gr. Reg. v. 14. 6. 1860 und die Antwortnote des Hl. Stuhles v. 26. 7. 1860 (abgedruckt in AfkKR 1861, Bd. 6, S. 139 ff.; Inhaltsangabe der beiden Noten bei Will, S. 391 ff.).

- 778) Lamey stand vom Anfang seiner Regierungstätigkeit an im Gegensatz zu Jolly, nach dessen Ansicht er der Kirche gegenüber zu große Konzessionen machte und zu wenig die staatl. Oberhoheit betonte (vgl. Wild, S. 151; Bertele, S. 49; Blum, S. 59/60, 66/67; Jolly, S. 10).

Zum Leben und Wirken August Lameys vgl. BB V, S. 453 ff.; zur Persönlichkeit und zum Lebenslauf von.

- 778) (Forts.) Julius Jolly vgl. BB V, S. 327 ff.
- 779) Wild, S. 143 ff.; Blum, S. 34, 37, 48, 52/53
- 780) Wild, S. 149 ff.; Blum, S. 58/59
- 781) Bad. Landtag: Verhandlungen über die Konvention, S. 55
- 782) Bertele, S. 45; von Weech, S. 15/16; Würth, S. 21/22
- 783) Will, S. 387, 396.
Die sechs Gesetzentwürfe sind abgedruckt im Anhang zur Erzb. Denkschrift von 1860, S. IX/X und in : Verhandlungen der Stände-Versammlung 1859/60, 4. Beilagenheft, S. 446 ff.; vgl. hierzu Anm. 805
- 784) Die am 9. 10. 1860 (Reg.Bl. 1860, Nr. 51, S. 375 ff.) erlassenen Gesetze waren: 1. Gesetz, die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchl. Vereine im Staat betr.; 2. Gesetz, die teilweise Aufhebung des Gesetzes v. 24. 2. 1849 über den Verzicht der Fürsten von Fürstenberg und Leiningen auf die Gerichtsbarkeit, die Polizei- und Patronatsrechte betr.; 3. Gesetz, die bürgerliche Standesbeamtung in Ausnahmefällen betr.; 4. Gesetz, die Ausübung des Erziehungsrechtes in Bezug auf die Religion der Kinder betr.; 5. Gesetz, die Bestrafung der Amtsmißbräuche von Geistlichen betr.
- 785) Das Gesetz, die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchl. Vereine im Staat betr., v. 9. 10. 1860 (KG) ist abgedruckt bei Schneider, Kirchenrechtsquellen, S. 337 ff.; Spohn, S. 3 ff.; Friedberg, S. 237 ff.
- 786) Würth, S. 26.
Die neue weltanschauliche Neutralität des Staates zeigte sich besonders in § 3 KG, der die Zulassung anderer als bisher im Lande bereits bestehender Religionsgemeinschaften allein von der Voraussetzung abhängig machte, daß " ihre Verfassung und ihr

- 786) (Forts.) Bekenntnis ... den Staatsgesetzen und der Sittlichkeit nicht widersprechen". Vgl. hierzu Spohn, S. 8/9
- 787) s. S. 20
- 788) Würth, S. 26; Reg.Begründung zum KG-Entw., S.4: Der Staat "beläst sie (sc. die Kirchen) ... im Vollgenuß derjenigen öffentlich-rechtlichen Stellung, die sie seither im Staat erlangt haben, und gewährleistet ihnen das Recht der öffentlichen Gottesverehrung. Die Wirkung dieser Bestimmung wird... sein, daß künftighin jede der beiden großen Kirchengemeinschaften in jeder Gemeinde des Großherzogtums öffentlichen Gottesdienst zu errichten befugt ist, ohne hierzu, wie seither, bezüglich der sogenannten ungemischten Orte der vorherigen landesherrlichen Genehmigung zu bedürfen". Vgl. hierzu Friedberg, S. 3 ff.
- 789) s. Komm.Ber. der I. Kammer zum KG-Entw., der auszugsweise abgedruckt ist bei Spohn, S. XIII ff.; vgl. außerdem Spohn, S. 6 und 8
- 790) Reg.Begründung zum KG-Entw., S. 4: "Es läßt sich aber schlechthin behaupten, daß kein Staat die volle Freiheit ... der Kirchen mit den Bevorzugungen, welche ihnen heutzutage noch als Folge geschichtlicher Entwicklungen eingeräumt sind, zugeben kann, ohne dem eigensten Wesen des Staates zu nahe zu treten", Komm.Ber. der I. Kammer zum KG-Entw. (Spohn, S. 19): "Es stoßen hierbei (sc. § 9 des KG-Entw.) zwei Bedenken auf; erstens, ob überhaupt der Staat berechtigt ist, von dem Dienste in unabhängigen Gesellschaften alle diejenigen auszuschließen, welche ihm mißfällig sind?...Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Verlangen des Staates nicht zu rechtfertigen ist, wenn das amerikanische System dem Verhältnisse der beiden Landeskirchen im Großherzogtum zu Grunde läge.

- 790) (Forts.) Allein die beiden Landeskirchen stehen zum badischen Staat nicht im Verhältnisse bloßer Privatvereine. Wenn er ihnen aber im Staate eine mannigfach bevorrechtigte Stellung einräumt, und namentlich ihren Beamten theils persönliche Privilegien gibt, theils öffentliche Geschäfte überläßt, so kann er auf der anderen Seite billig verlangen, daß die Kirchen ihm nicht eine offene Feindseligkeit erweisen durch Übertragung ihrer Ämter an Personen, welche ihm offenkundig entgegentreten".
- 791) vgl. Art. 22 KE.
Das OrgR v. 26. 11. 1809 (Beil. C, Ziff. 45) übertrug den Gr. Dekanen die Aufsicht über das Schulwesen ihres jeweils mit dem Bezirk eines Gr. Amtes übereinstimmenden Dekanatsbezirks.
Die landh. VO v. 15. 5. 1834 über das Volksschulwesen (Reg.Bl. 1834, Nr. 25) trennte die Schulaufsicht vom Amt des Gr. Dekans und übertrug sie besonderen geistl. Bezirksschulvisitatoren, die vom der Kath. bzw. Ev. KS zu ernennen waren (§§44, 46). In konfessionell ungemischten Gemeinden war der Ortspfarrer örtlicher Schulinspektor und Vorsitzender des Schulvorstandes (§ 36). Die kath. Schulinspektoren und Schulvisitatoren unterstanden der Aufsicht der KS bzw. (seit 1843) des OKR (§§ 50, 51).
- 792) Das Ehehindernis der Religionsverschiedenheit oder der "disparitas cultus" verbot die Heirat zwischen Christen und Nichtchristen. Bisher hatte das staatl. Eherecht das kanon. Ehehindernis der "disparitas cultus" anerkannt. Es konnte von ihm nur durch besonderen Gnadenakt des Großherzogs Befreiung erlangt werden (§ 60 der landh. Eheordnung v. 15. 7. 1807 = Reg.Bl. 1807, Nr. 26, S. 131 ff.; Sammlung I, S.331 ff.). Vgl. Spohn, S. 10

793) Die durch Breve des Papstes Gregor XVI. an Erzbischof von Vicari v. 23. 5. 1846 verschärfte kirchl. Ehegesetzgebung führte dazu, daß kath. Geistliche nur noch dann bereit waren, die Ehe zwischen einem kath. und einem nicht kath. Christen in feierlicher Form einzusegnen, wenn der nicht kath. Ehepartner die kath. Kindererziehung versprach. Im andern Fall begnügten sie sich mit der passiven Assistenz oder verweigerten schon die Einleitung des Aufgebotverfahrens. Da das bad. Recht das kanon. Ehehindernis der Konfessionsverschiedenheit nicht kannte, führte diese Verhaltensweise zu dauernden Spannungen zwischen Kirche und Staat (vgl. Cl. Bauer, S. 72 ff., 111 ff.; Maas, S. 108 ff., 168 ff.).

Die Aufhebung des bürgerlichen Ehehindernisses der Religionsverschiedenheit mußte die Schwierigkeiten noch vergrößern. Um die Durchsetzung des staatl. Ehe-rechtes zu sichern und eine Diskriminierung von Brautpaaren, die eine nach staatl., nicht aber nach kirchl. Recht zulässige Ehe schlossen, zu verhindern, führte § 4 Satz 2 KG in Verb. mit dem am gleichen Tag verabschiedeten Gesetz, die bürgerliche Standesbeamtung in Ausnahmefällen betr., die fakultative Zivilehe ein. (vgl. Spohn, S. 11, 100).

794) Vom nicht mehr an ein bestimmtes Bekenntnis gebundenen Staat konnte nicht verlangt werden, daß er sich bei seiner Ehegesetzgebung nach den Vorschriften eines einzigen Bekenntnisses richtete. Soweit das staatl. vom kirchl. Eherecht abwich, war der Staat genötigt, wollte er nicht Bürger erster und zweiter Klasse schaffen, die fakultative Zivilehe einzuführen. Im Zuge der Verselbständigung von Kirche und Staat war es auch verständlich, daß der Staat bestrebt war, die bürgerliche Standesbeamtung ganz von der kirchl. Standesbeamtung zu lösen und sie besonderen weltl. Beamten zu übertragen.

- 794) (Forts.) Zur Einführung der obligatorischen Zivilehe bestand aber kein zwingender Grund. Es hätte keine Diskriminierung Andersgläubiger bedeutet, wenn der Staat es seinen Bürgern freigestellt hätte, sich mit Wirkung für das bürgerliche Recht vor einem kirchl. Amtsdienner oder einem weltl. Standesbeamten zu verehelichen.
- 795) vgl. das Gesetz, die Beurkundung des bürgerlichen Standes und die Förmlichkeiten bei Schließung der Ehe betr., v. 21. 12. 1869 (Reg. Bl. 1869, Nr. 40). Die Tendenz zur Einführung der obligatorischen Zivilehe bestand bereits 1860 (s. Komm.Ber. der I. Kammer zum KG-Entw., S. 27; Komm.Ber. über den Gesetzesentwurf über die bürgerliche Standesbeamtung im Ausnahmefällen, S. 19).
- 796) Die Beibehaltung einer konfessionell aufgespaltenen Schulverwaltung wäre mit dem weltanschaulich neutralen Staat zu vereinbaren gewesen. Sie war aber nicht zu erwarten, da der Staat, wenn er seinen Prinzipien getreu bleiben wollte, zukünftig neben kath. und ev. auch konfessionsneutrale Schulen einrichten mußte, wie er es mit dem Gesetz v. 12. 3. 1868, den Elementarunterricht betr., auch tat. (Vgl. hierzu Komm.Ber. der II. Kammer zum KG-Entw., S. 11).
- 797) vgl. die landh. VO v. 12. 8. 1862 (Reg.Bl. 1862, Nr. 49, S. 325 ff.), § 2 und das Gesetz v. 29. 7. 1864 (Reg.Bl. 1864, Nr. 33, S. 405 ff.), §§ 2, 7
- 798) vgl. das Gesetz v. 12. 3. 1868, den Elementarunterricht betr. (Reg.Bl. 1868, Nr. 15, S. 251 ff.), §§ 6, 10.
Das Elementarschulgesetz brachte nicht nur, wie es einem wahrhaft liberalen, weltanschaulich neutralen Staat entsprochen hätte, die Möglichkeit zur Errichtung von Simultanschulen unter gleichzeitiger Wah-

- 798) (Forts.) rung der Rechte der Konfessionsschulen. Es versuchte vielmehr, der Simultanschule das Übergewicht zu geben, indem es diese u.a. finanziell besser stellte als die Konfessionsschule (§ 78). Die Errichtung kirchl. Privatschulen wurde vom Erl. eines besonderen Gesetzes abhängig gemacht (§ 109), d. h., den Katholiken sollte es nicht gestattet sein, auf dem Weg über Privatschulen ihr kath. Volksschulwesen zu erhalten.
- Der im Elementarschulgesetz zum Ausdruck kommende liberale Kulturabsolutismus Jollyscher Prägung fand seinen krönenden Abschluß im Gesetz v. 18. 9. 1876, die Änderung einiger Bestimmungen des Gesetzes v. 8. 3. 1868 über den Elementarunterricht betr. (Reg.Bl.1876, Nr. 40, S. 305 ff.), das die zwangsweise Umwandlung aller Konfessionsschulen in Gemeinschaftsschulen befahl.
- Vgl. hierzu die Denkschrift von 1926, S. 8 - 10, und die dem bad. Schulkampf gewidmete Untersuchung von Wemmer.
- 799) "Unter dem Ausdruck 'frei' kann indessen nicht etwa eine Unabhängigkeit der Kirchen von der Gewalt und den Gesetzen des Staates, sondern selbstverständlich mehr nicht gemeint sein, als daß den Kirchen Freiheit innerhalb der Grenzen des Gesetzes eingeräumt sein soll" (Komm.Ber. der II. Kammer zum KG-Entw. = Spohn, S. 16).
- "Frei und selbständig sollen die Kirchen im Staate sein...;allein souverän sollen sie nicht sein, d.h., sie sollen keinen Staat neben dem Staate bilden" (Komm.Ber. der I. Kammer zum KG-Entw. = Spohn, S.16).
- 800) Reg.Begründung zum KG-Entw., S. 5
- 801) vgl. Würth, S. 27
- 802) vgl. Jolly, S. 7/8

- 803) So erkannten z.B. die §§ 8, 9 die Besetzung der Kirchenämter, § 15 die Disziplinargewalt über Kleriker und Laien grundsätzlich als kirchl. Angelegenheiten an.
- 804) Komm.Ber. der I. Kammer zum KG-Entw., S. 42: Die in der Erzb. Denkschrift von 1860 gegen § 13 des KG-Entwurfs erhobene Einwendung hängt offenbar "mit der ebenfalls ausgesprochenen Annahme zusammen, daß der Staat mit Hilfe von gewissenlosen Ministern und Kammermännern willkürliche und die Autonomie der Kirche ganz nach Belieben beschränkende oder aufhebende Gesetze erlassen könne. Dies ist freilich möglich, wie jede Schlechtigkeit möglich ist". Vgl. auch Spohn, S. 28
- 805) Ursprünglich hatte die Gr. Reg. mit dem KG-Entw. auch einen Gesetzentwurf, der das neu zu erlassende KG zum Verfassungsgesetz erklären sollte, bei den Ständen eingebracht. Dieser Gesetzentwurf fand die Zustimmung der II. Kammer (Verhandlungen der Ständeversammlung 1859/60, 4. Beilagenheft, S. 276 ff.). Nachdem aber die I. Kammer die Abstimmung über den gleichen Gesetzentwurf wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses (§ 74 VU) "bis auf weiteres" vertagte, kam der betreffende Gesetzentwurf aus unerfindlichen Gründen nicht mehr zur Beratung in den Ständen (vgl. Spohn, S. 34; Friedberg, S. 3, 5; Maas, S. 405/406). Lamey erklärte in der II. bad. Kammer (Spohn, S.27): "Der § 13 ... ist ein bescheidener Paragraph und hat nur die Bedeutung, daß nämlich die Kirche, wenn ein Gesetz über ihre verfassungsmäßigen Berechtigungen beraten wird, nicht sich über dieses Gesetz wegsetzen und sagen kann: das Gesetz gefällt mir nicht".
- 806) vgl. Sartorius, S. 140 ff.
- 807) Komm.Ber. der II. Kammer zum KG-Entw., S. 1: Die Gr. Reg. "hat nun den Weg betreten,... die

- 807) (Forts.) rechtliche Stellung der Kirchen im Staat auf dem Weg der Gesetzgebung zu ordnen. Sie übt damit ein ihr zweifellos zustehendes Recht und wahrt dem Land die Möglichkeit zu Änderungen, wenn solche für notwendig oder zweckmäßig erachtet werden ..."
- 808) Unter den öffentlich-rechtlichen Besetzungsbefugnissen "sind die der Staatsgewalt eingeräumten Rechte bezüglich der Besetzung des erzbischöflichen Stuhls, des Domkapitels und der Dompräbenden, sowie die Besetzung derjenigen Stellen, welche der Staatsgewalt vermöge ihres Verwaltungsrechts zustehen muß, vorbehalten, wie z.B. die Besetzung der Stellen von Geistlichen an Straf- oder anderen Staatsanstalten, Garnisonen etc." (Komm.Ber. der II. Kammer zum KG-Entw., S. 12). Vgl. hierzu Reg.Begründung zum KG-Entw., S.9; Spohn, S.17
- 809) vgl. Spohn, S. 17
- 810) Am 13. 3. 1861 kamen Erzbischof und Gr. Reg. überein, der landesfürstlichen Präsentation 304, der freien kirchl. Verleihung 178 Pfründen zu überlassen und 132 "umstrittene" Pfründen nach dem Ternasystem (der Patron ist bei seiner Präsentation an einen Dreierorschlag des Bischofs gebunden) zu besetzen (Maas, S. 463 ff.; Gönner-Sester, S. 212). Das Übereinkommen v. 13. 3. 1861 ist abgedruckt bei Friedberg, S. 243 ff.; Offizielle Actenstücke VI, S. 182 ff. Aufgrund des Übereinkommens v. 13. 3. 1861 erging am 20. 11. 1861 die landh. Vollzugs-VO, die Aufhebung des landh. Patronatsrechtes betr. (Reg.Bl. 1861, Nr. 52, S. 443 ff.). Eine kirchl. VO gleichen Inhalts erließ der Erzbischof am 30. 11. 1861 (Anzeigeblatt, 1861, Nr. 20).
- 811) Die erzb. VO v. 30. 11. 1861 (Anzeigeblatt 1861, Nr. 20) ist abgedruckt bei Friedberg, S. 245 ff.; Offizielle Actenstücke VI, S. 162 ff.

- 811) (Forts.) Die erzb. VO, das Verfahren bei Besetzung erledigter Pfründen betr., fußte auf dem zum Vollzug der Konvention zwischen Erzbischof und Reg. geschlossenen Übereinkommen v. 10. 11. 1859 (abgedruckt bei Friedberg, S. 240 ff.), das, soweit es das Verfahren bei Besetzung erledigter "bischöflicher" Pfründen betraf, in das Übereinkommen v. 13. 3. 1861 übernommen worden war (vgl. Friedberg, S. 18).
- 812) Für "allgemeine kirchliche Anordnungen und öffentliche Erlasse, welche rein geistliche Gegenstände betreffen", hatte bereits § 2 der landh. VO v. 1. 3. 1853 (Reg.Bl. 1853, Nr. 8, S. 51 ff.) das Erfordernis der vorhergehenden Staatsgenehmigung abgeschafft.
- 813) vgl. Spohn, S. 30
- 814) Zum Begriff des "recursus ab abusu" vgl. S. 24/25. § 16 KG ging davon aus, daß der Kirche eine eigene hoheitliche Zwangsgewalt nicht zukomme (vgl. Spohn, S. 33; Komm.Ber. der II. Kammer zum KG-Entw., S.17; Maas, S. 448 ff.).
- 815) Die §§ 8 (Verleihung der Kirchenämter) und 12 (Erteilung des Religionsunterrichts) KG sprachen den Grundsatz der kirchl. Alleinzuständigkeit aus, die §§ 11 (Ordenswesen), 15 (kirchl. Verordnungsrecht) und 16 (kirchl. Disziplinarrecht) KG gingen erkennbar von ihm aus (vgl. Spohn, S. 29 - 33).
- 816) § 10 KG lautete: "Das Vermögen, welches den kirchlichen Bedürfnissen, sei es des ganzen Landes oder gewisser Distrikte oder einzelner Orte gewidmet ist, wird unbeschadet anderer Anordnungen durch die Stifter unter gemeinsamer Leitung der Kirche und des Staates verwaltet.
Bei der Verwaltung des kirchlichen Distrikts- und Ortsvermögens müssen die berechtigten Gemeinden vertreten sein."

817) Das der Kirche gegenüber geltend gemachte staatl. Aufsichtsrecht setzte begrifflich eine ausschließ-lich kirchl. Verwaltung voraus. Solange der Staat eine kirchl. Angelegenheit selbst verwaltete bzw. mitverwaltete, benötigte er zum Schutz seiner Interessen keine besonderen Aufsichtsrechte.

Beanspruchte der Staat statt eines Aufsichts- ein Mitverwaltungsrecht, so hob er notwendigerweise für den betreffenden Sachbereich das kirchl. Selbstverwaltungsrecht auf. Gleichzeitig gab der Staat seine übergeordnete Stellung, die er als Aufsichtsbehörde der Kirche gegenüber einnahm, zugunsten einer Gleichordnung als Mitverwaltungsbehörde auf.

Die Absicht, das Kirchenvermögen anstatt einer unter Staatsaufsicht stehenden kirchl. Verwaltung einer gleichberechtigten staatl.-kirchl. Verwaltung zu unterstellen, drückte § 10 mit den Worten aus: "Das Vermögen ... wird... unter gemeinsamer Leitung der Kirche und des Staates verwaltet".

Vgl. hierzu Jolly, S. 16/17

818) Dementsprechend behielt sich die Gr. Reg. in ihrer Begründung zum KG-Entw. vor, "innerhalb der Schranken dieses Gesetzes Vereinbarungen mit der Kirchengewalt zu treffen" (Reg.Begründung zum KG-Entw., S. 10). Auch die Kommission der II. Kammer erkannte die Notwendigkeit von Verhandlungen mit der Kirche an (Komm.Ber. der II. Kammer zum KG-Entwurf, S. 14,18). Jollys Haupteinwand gegen § 10 KG war, daß aus der "gemeinsamen Leitung" die Verpflichtung des Staates erwachse, mit der Kirche eine Vereinbarung über die Verwaltung des Kirchenvermögens zu treffen (Jolly, S. 16).

819) s. S. 199

820) Minister Lamey ging bei seinen vor der II. Kammer

- 820) (Forts.) zu § 10 KG abgegebenen Erklärungen wie selbstverständlich von der Existenz eines kirchl. und eines nichtkirchlichen kath. Vermögens aus (vgl. Verhandlungen der II. Kammer zum KG-Entw., S. 21).
- 821) vgl. Reg.Begründung zum KG-Entw., S. 9 ff.; Komm.Ber. der I. Kammer zum KG-Entw., S. 37; Komm.Ber. der II. Kammer zum KG-Entw., S. 14 ff.
- 822) Da im Hintergrund des Streites um den kirchl. oder weltl. Charakter des kath. Stiftungsvermögens die Frage nach dessen Verwaltung stand, konnte die Austragung dieses Streites nur vermieden werden, wenn man sich in pragmatischer Weise über die Verwaltung des strittigen Vermögens einigte.
- 823) Reg.Begründung zum KG-Entw., S. 10.
Der Komm.Ber. der II. Kammer gab den aus der Reg. Begründung zum KG-Entw. zitierten Satz so wieder, daß er an die Stelle der Worte "so zu ordnen" die Worte "in ähnlicher Weise zu ordnen" setzte (Komm.Ber. der II. Kammer zum KG-Entw., S. 14). Diese Satzänderung durch die eine enge Auslegung des § 10 KG befürwortende Kommission der II. Kammer beweist die für die Auslegung des § 10 entscheidende Bedeutung der Worte "so zu ordnen".
- 824) Verhandlungen der II. Kammer zum KG-Entw., S. 21
- 825) Komm.Ber. der I. Kammer zum KG-Entw., S. 37
- 826) Entsprechendes galt für die Worte "das den kirchlichen Bedürfnissen gewidmete Vermögen".
- 827) Diese grundsätzliche Einstellung des Staates führte wahrscheinlich zu der vom der Erzb. Denkschrift vom 1860 vertretenen Ansicht, § 10 KG spreche nur vom kath. Kultvermögen und lasse das kath. Schul- und Armenvermögen völlig unberücksichtigt (Erzb. Denkschrift von 1860, S. 15).
Mit Blick auf das ev. Kirchenvermögen äußerte sich

- 827) (Forts.) der ev. Prälat Ullmann in ähnlicher Weise (vgl. Verhandlungen der I. Kammer zum KG-Entw., S. 15).
- 828) vgl. Komm.Ber. der II. Kammer zum KG-Entw., S. 14
- 829) Diese rechtlichen Folgerungen ergaben sich aus der hier zuerst dargestellten Auslegungsalternative für § 10 KG, der sich die Gr. Reg. bei Ablehnung der vom der II. Kammer befürworteten engen Auslegung des § 10 anschließen mußte, wollte sie sich in den strittigen Fragen des § 10 überhaupt entscheiden.
- 830) Verhandlungen der II. Kammer zum KG-Entw., S. 21
- 831) Reg.Begründung zum KG-Entw., S. 9
- 832) Reg.Bl. 1870, Nr. 33, S. 399 ff.
- 833) vgl. Reg.Begründung zum StG-Entw.
- 834) Reg.Begründung zum KG-Entw., S. 9
- 835) Reg.Begründung zum Kg-Entw., S. 2/3
- 836) Die Frage, ob es bereits 1860 eine kath. Kirchengemeinde mit eigener Rechtspersönlichkeit gab, kann hier offenbleiben. Sicher ist, daß die Kirchengemeinde als Wahlkörper für den StV bereits bestand.
- 837) Art. 14 und 26 des bad. Kirchenbauedikts v. 26. 4. 1808 (Reg.Bl. 1808, Nr. 13).
- 838) s. S. 181 ff. und Maas, S. 339 Anm. 2
- 839) Maas, S. 306
- 840) So sprach der Komm.Ber. der II. Kammer nicht mehr von dem dem "kirchlichen Wohle" der Gemeinden gewidmeten Vermögen, sondern nur von "denjenigen Gemeinden, für deren Interesse kirchliches Vermögen gestiftet ist" (Komm.Ber. der II. Kammer zum KG-Entw., S. 14).

- 841) vgl. hierzu Maier, S. 62/63; a.A. Maas, S. 431 und Spohn, S. 22/23, die unter den "berechtigten Gemeinden" nur die Kirchengemeinden verstanden. Prälat Ullmann bemerkte in der Debatte der I. Kammer, nach § 10 Abs. 2 KG solle "bei der Verwaltung des kirchlichen Distrikts- und Lokalvermögens eine Vertretung der Gemeinden eingeführt werden. Die Art und Weise, wie dies geschehen soll, ist noch nirgends näher erörtert, und dieser Punkt scheint überhaupt noch nicht zu voller Klarheit gebracht zu sein. Jedenfalls kann es sich wohl nur um die Kirchengemeinden als solche handeln, nicht um Einmischung der politischen" (Verhandlungen der I. Kammer zum KG-Entw., S. 14).
- 842) vgl. die VO des MdI v. 12. 12. 1811, die Erteilung der Staatsgenehmigung zu Schenkungen und Vermächtnissen an Gemeinsarme oder sonst gemeinnützige und fromme Stiftungen betr. (Reg.Bl. 1811, Nr. 36; Sammlung I, S. 938).
- 843) Auf die Anfrage des kath. Adelsvertreters Freiherr von Stotzingen, ob gem. § 10 Abs. 1 KG "ein Vermächtnis mit der Bedingung, daß es nur durch die Kirche verwaltet werde, giltig sei und fortbestehe", antwortete Staatsminister Stabel u.a.: "Wenn also Jemand für gut finde, auf die erwähnte Weise eine Stiftung zu machen, so frage sich natürlich nur, ob der Staat seine Genehmigung ertheile oder nicht, und bejahenden Falls verwalte alsdann die Kirche... das betreffende Vermögen allein.." (Verhandlungen der I. Kammer zum KG-Entw., S. 16).
- 844) Selbst Minister Lamey gab die fehlende Bestimmtheit des § 10 KG zu, als er vor der I. Kammer erklärte, "es scheine ihm, daß man sich über den § 10 überhaupt noch nicht vollständig verständigt habe" (Verhandlungen der I. Kammer zum KG-Entw., S. 14).

- 845) vgl. die an den Hl. Stuhl gerichteten Noten der bad. Reg. v. 14. 6. und 11. 9. 1860 (abgedruckt in AfKKR 1861, Bd. 6, S. 139 ff.; Inhaltsangaben der beiden Regierungsnoten finden sich bei Maas, S. 390 ff. und Will, S. 391 ff.).

L e b e n s l a u f

Geboren am 20. 10. 1935 in Singen am Hohentwiel,
legte ich 1954 in meiner Heimatstadt nach Besuch
des dortigen Gymnasiums das Abitur ab. Seit dem
Sommersemester 1954 studierte ich an der Univer-
sität Freiburg im Breisgau die Rechtswissen-
schaften und Geschichte. Im Herbst 1958 bestand
ich in Freiburg das Erste und im Sommer 1964
in Stuttgart das Zweite Juristische Staatsexamen.

